# Historisches taschenbuch

Friedrich von Raumer, Wilhelm Heinrich Riehl, ...

Digitized by Google

114.a.12

Taylor Institution.

# Hiſtoriſches Taſchenbuch.

Sechste Folge. Zweiter Jahrgang.

Digitized by Google

# Hiſtoriſches

# Taſchenbuch.

Begründet von Friedrich von Raumer.

Herausgegeben

von

Wilhelm Maurenbrecher.

Sechste Folge. Zweiter Jahrgang.

Leipzig:

F. A. Brockhaus.

1883.

Digitized by Google

Das Recht der Ueberſetzung iſt vorbehalten.

Digitized by Google

# Inhalt.

Seite

Aus den letzten Monaten des Jahres 1813. Archivaliſche Mittheilungen von Profeſſor Dr. Wilhelm Oncken in Gießen 1

Wirthſchaft und Recht der Franken zur Zeit der Volksrechte. Von Dr. Karl Lamprecht in Bonn ........................ 41

Der Schwäbiſche Bund. Von Dr. Karl Klüpfel in Tübingen 91

Der Humanismus in Wien. Von Profeſſor Dr. Adalbert Horawitz in Wien ................................. 137

Friedrich der Große im Jahrzehnt vor dem Siebenjährigen Kriege. Von Dr. Reinhold Koſer in Berlin ................. 201

Die Lehrjahre Philipp's II. von Spanien. Von Profeſſor Dr. Wilhelm Maurenbrecher in Bonn ................. 271

Digitized by Google

# Aus den letzten Monaten des Jahres 1813.

Archivaliſche Mittheilungen

von

Profeſſor **Dr. Wilhelm Oncken** in Gießen.



Digitized by Google

In den erſten Tagen des September 1813 erſchien im Hauptquartier der Verbündeten zu Teplitz der jugendliche Lord Aberdeen als außerordentlicher Botſchafter und bevollmächtigter Miniſter Sr. großbritanniſchen Majeſtät am öſterreichiſchen Hofe. Unter dem 5. September meldete er kurz dem Lord Caſtlereagh den überaus huldvollen Empfang, den er beim Kaiſer Franz, und die ausgezeichneten Geſinnungen, die er beim Grafen Metternich gefunden, und eine Woche darauf erſtattete er den erſten ſeiner eingehendern Berichte, denen wir im Nachſtehenden einige charakteriſtiſche Beiträge zur Aufhellung der öſterreichiſchen Politik entnehmen wollen.

„Es iſt unmöglich“, ſchrieb Aberdeen am 12. September, „in herzlichern Worten oder aufrichtigerer Weiſe von dem Bündniſſe mit England zu reden, als dies hier fort und fort geſchehen iſt. Graf Metternich erklärte, dies Bündniß ſei immerdar ſein ſehnlichſter Wunſch geweſen; obgleich zeitweiſe gezwungen, dem Drucke der Umſtände nachzugeben [1], habe er die gute Sache, oder den Werth einer Verbindung mit England niemals aus den Augen verloren; der natürliche Lauf der Dinge ebenſo ſehr als die Erfahrung der Geſchichte erhärte die Weisheit einer Verbindung, die, gänzlich frei von jeder geheimen

[1] Das bezieht ſich auf die erſten Jahre von Metternich's Miniſterium. Vgl. ſeine geheimen Eröffnungen an den Grafen Hardenberg ſeit December 1809 in meinem Werke: „Oeſterreich und Preußen im Befreiungskriege“, II, 52 fg.

Quelle von Misvergnügen oder Intereſſengegenſatz, gar keine andere Folge haben könne als den wechſelſeitigen Vortheil beider Länder.“

Einer der Hauptgegenſtände, über welche ſich Metternich in wortreichen Ausführungen verbreitete, war die Frage der Wiederaufnahme der römiſch-deutſchen Kaiſerwürde durch den Kaiſer von Oeſterreich. In dieſer erblickte bekanntlich das Cabinet von Saint-James, berathen durch den Grafen Münſter, den erſten und nothwendigſten Schritt zur Wiederherſtellung eines unabhängigen Deutſchen Reichs, den bündigſten Proteſt gegen alle Umwälzungen ſeit 1806 und das ſicherſte Mittel, um einer Theilung Deutſchlands in ein Norddeutſchland mit preußiſcher und ein Süddeutſchland mit öſterreichiſcher Spitze vorzubeugen.[1] Oeſterreichiſcherſeits aber wollte man von einem Kaiſer ohne Reich nichts mehr wiſſen. Das hatte Graf Metternich nie verhehlt und auch dem Lord Aberdeen verhehlte er es nicht. Dieſem ſagte er: „Der Antrag, dieſe Würde wieder anzunehmen, ſei von Rußland und Preußen[2] geſtellt worden als ein Zeichen von Artigkeit und gutem Willen (as a mark of kindness and good will); denke er ſich aber die Sache verwirklicht, ſo könne er keinerlei praktiſchen Vortheil darin entdecken; es ſei doch nichts weiter als ein leerer Name, und er ſcheue ſich nicht auszuſprechen, daß ihm Oeſterreich, in Anbetracht der Sache, mit der es jetzt befaßt ſei, ſtärker erſcheine, als wenn es an der Spitze des corpus germanicum ſtände. Da das große Ziel unſerer Sache“ — um ſeine eigenen Worte zu brauchen — „das iſt, die Macht Frankreichs einzuſchränken und Deutſchland wieder unabhängig zu machen, ſo iſt, um dies auch wirklich zu erreichen, nothwendig, die Stimmungen der Fürſten

---

[1] Vgl. die „Observations“ des Grafen Münſter über den Breslauer Vertrag vom 19. März und ſeine Depeſche an Ompteda vom 1. September 1813. Ompteda, „Zur deutſchen Geſchichte“, IV, 75 fg. und 232 fg.

[2] Kaiſer Alexander hat das allerdings in ſeinen Geſprächen mit Lebzeltern gethan („Oeſterreich und Preußen“, I, 354 fg.); preußiſcherſeits aber iſt nichts der Art geſchehen.

Digitized by Google

und der Völker für uns zu werben, kurz, die Sache wahrhaft populär zu machen. Fechten wir, um einen Zuſtand der Dinge wieder aufzurichten, der längſt zuſammengebrochen iſt und deſſen Wiederbelebung wir kaum wünſchen können, ſelbſt wenn ſie möglich wäre, ſo würden wir auf einen Weg gerathen, welcher die Mitwirkung der kleinern Staaten lähmen müßte; fechten wir aber für die Unabhängigkeit aller, ſtellen wir uns ſelbſt an die Spitze dieſer Staaten, im Kampfe um dieſe Unabhängigkeit, ſo vereinigen wir in unſerer Sache alle edeln Gefühle der Menſchenbruſt und geben ihr mit ſolcher Popularität eine Stärke, die wir ihr auf keinem andern Wege geben könnten. Iſt dereinſt die Macht Frankreichs" — fuhr er fort — „weſentlich eingeſchränkt, dann werden wir noch übergenug Zeit haben, das Geſchick der deutſchen Staaten zu beſtimmen, für Oeſterreich aber wünſchen wir kein anderes Reich oder Uebergewicht in Deutſchland, als jenen berechtigten Einfluß, welcher einem Großſtaat auf die Entſchlüſſe benachbarter Kleinſtaaten zukommt; dieſen Einfluß werden wir der Natur der Sache nach beſitzen, und das iſt alles, was wir wünſchen." Er ſagte, Rußland ſcheine auf dieſe Grundſätze einzugehen, Preußen aber hege gewiſſe Sonderplane, die, obwol nicht unnatürlich bei ſeiner Lage, weniger freiſinnig und weniger gerecht ſeien[1]: er wünſche die Anſichten der Regierung Englands kennen zu lernen. Aberdeen erwiderte, auch für England ſei die Hauptſache in dieſem Kriege die Schwächung Frankreichs, die dauernde Befreiung Europas und insbeſondere der deutſchen Staaten, und was immer zur ſichern Erreichung dieſer Ziele beitrage, das werde auch England willkommen ſein. Der Prinz-Regent würde es mit Freuden begrüßen, wenn der Kaiſer von Oeſterreich die deutſche Kaiſerkrone wieder annehmen oder irgendeine andere Maßregel ergreifen wolle, um das Anſehen ſeines Hauſes als Vormacht Deutſchlands weſentlich zu ſtärken, doch ſei er, Aberdeen, durch-

[1] Die Plane einer norddeutſchen Hegemonie ſind gemeint. Vgl. unter anderm den Entwurf für den Vertrag mit Rußland vom 8. Februar 1813 in: „Oeſterreich und Preußen", I, 188.

Digitized by Google

aus von der Richtigkeit der Anſicht durchdrungen, daß es zunächſt darauf ankomme, durch alle möglichen Mittel die allgemeine Popularität der Sache zu ſteigern und jedes perſönliche Intereſſe zurückzuſtellen, bis das große Ziel der Allianz erreicht ſei. — Eben um der Popularität des Krieges willen, glaubte Metternich, müſſe man jedem Friedensantrag Gehör ſchenken, dürften wir uns niemals weigern zu unterhandeln; das ganze Odium des Krieges müſſe auf Bonaparte abgewälzt werden; verlieren werde man nichts durch Unterhandlungen, denn es könne ja keiner der Verbündeten je ein Intereſſe daran finden, auf einem Congreß ſich von den andern zu trennen, und da ein guter Friede doch das einzige Endziel des Krieges ſei, ſo ſei es gleichgültig, auf welchem Wege er erreicht werde. Aberdeen antwortete, England hätte gegen Unterhandlungen an ſich nichts einzuwenden, vorausgeſetzt, daß deren wirkliches Ziel eben der Friede ſei. Ihn beruhigte hierüber durchaus der Wortlaut des Bündnißvertrags, welchen Metternich und Neſſelrode eben am 9. September unterzeichnet hatten[1] und von dem er eine Abſchrift nach London ſchickte.

Weiterhin erfuhr Aberdeen vom Grafen Metternich, wie es zugegangen war, daß der König Murat, trotz ſeines allbekannten Zerwürfniſſes mit Napoleon und trotz ſeiner geheimen Unterhandlungen mit Oeſterreich und Rußland, nun doch wieder an der Spitze der Reiterei im Heere des Kaiſers erſchienen war. Gelegentlich ſeines Aufenthalts in Dresden, in den Tagen vom 25. bis 30. Juni, hatte Metternich durch Murat ſelber Mittheilungen erhalten, denen er Glauben ſchenkte, weil ihm anderweitige Thatſachen bekannt waren, welche ſie beſtätigten. Napoleon hatte es ſo einzurichten gewußt, daß Murat, nachdem er Ende Januar von der großen Armee nach Neapel deſertirt war[2], von den deutſchen Dingen, insbeſondere den Verhandlungen mit Oeſterreich, keinerlei unmittelbare Kunde mehr erhalten hatte.

[1] Der ganze Text bei Martens: „Recueil des traités et conventions. III. Traités avec l'Autriche", S. 117 fg.

[2] „Oeſterreich und Preußen", I, 103.

Digitized by Google

Zur Zeit der Verhandlungen über den Waffenſtillſtand hatte er ihm dann eines Tages geſchrieben, über die Friedensfrage ſei er mit Oeſterreich im Reinen; der Abſchluß könne noch nicht gleich bekannt gemacht werden, aber er ſei endgültig erfolgt und werde einer allgemeinen Friedensſtiftung als Grundlage dienen; er hoffe, ſein Schwager werde nicht der letzte ſein wollen, der ſich mit ihm vergleiche; er bitte ihn deshalb nach Dresden zu kommen, und hier werde alles ſeinen Wünſchen gemäß geordnet werden. Nach Einlauf dieſer Mittheilungen hielt Murat einen Miniſterrath ab, in welchem beſchloſſen ward, daß er nach Dresden gehen müſſe, weil dies in ſeiner, wie er glaubte, ganz verlaſſenen Lage das einzige Mittel ſein werde, die Rache des Kaiſers abzuwenden. Dieſer Beſchluß war aber entgegen der Anſicht und den dringenden Vorſtellungen der Königin, die offenbar gegen ihren Bruder äußerſt feindſelig geſinnt iſt. Obgleich nun Murat in München und an andern Orten Anlaß genug fand, an der Wahrſcheinlichkeit des Friedensſchluſſes zu zweifeln, ſetzte er doch ſeine Reiſe fort und kam am Tage vor Unterzeichnung des Waffenſtillſtandes in Dresden an. Hier wurde er erſt verhaftet, dann freigelaſſen und mit dem Oberbefehl über die Reiterei betraut, den er aber nur angenommen haben wollte unter der Bedingung, daß Bonaparte nach den erſten Erfolgen ſo gemäßigte und billige Friedensvorſchläge machen werde, daß ſie für die Verbündeten annehmbar wären. Dieſem ſonderbaren Abkommen zum Trotz, hat er von Dresden aus dem Grafen Metternich einen Agenten zugeſchickt, um dieſem zu verſichern, daß ſeine Truppen die ſtrengſte Neutralität beobachten, daß nicht ein Mann derſelben Neapel verlaſſen würde und daß er die frühern Unterhandlungen fortzuſetzen wünſche. Metternich antwortete, mit einem Manne in ſeiner Stellung ſei irgendeine befriedigende Unterhandlung ganz unmöglich; entweder müſſe er ſelber ſich unabhängig erklären oder ſeine Autorität öffentlich einem andern zum Zweck ſolcher Unterhandlungen übertragen. Nichtsdeſtoweniger war ſeitdem der diplomatiſche Verkehr wieder aufgenommen und Metternich ſprach die Hoffnung aus, daß Murat ſchließlich den Verbünde-

Digitized by Google

ten beitreten werde, namentlich wenn ein Obſiegen Napoleon's unwahrſcheinlich werde [1] — und das iſt denn auch nachher, wie bekannt, geſchehen.

Ein Erbieten des Herzogs von Berri, welcher ein franzöſiſches Corps anwerben und den Fahnen des Lords Wellington zuzuführen gedachte, benutzte Aberdeen, um Metternich's Geſinnung in Bezug auf die dynaſtiſche Zukunft Frankreichs zu erforſchen. Metternich ſprach ſofort die inſtändige Bitte aus, England möge, wo es ſich um Verfolgung des Krieges gegen Frankreich handle, durchaus abſehen von jeder Rückſicht auf ein öſterreichiſches Intereſſe an der Frage, welche ſich mit der Perſon des franzöſiſchen Kaiſers verknüpfe: die Anſichten Oeſterreichs ſeien in dieſem Punkte ganz dieſelben wie die Englands, und auf nichts gerichtet, als auf die Erzielung eines gediegenen Friedens durch raſche und wirkſame Verminderung oder Zerſtörung der Uebermacht Bonaparte's. Die Behandlung des Antrags des Herzogs von Berri gebe er ganz dem Ermeſſen des Lords Wellington und der britiſchen Regierung anheim. Wären ſie der Meinung, daß die Dienſte deſſelben geeignet ſeien, die gemeinſame Sache zu fördern, ſo wünſche er, daß ſie in ſolcher Weiſe angenommen würden, wie ſie am beſten verwerthet werden könnten. Dabei bemerkte er allerdings, er kenne das Innere Frankreichs genau und ſei entſchieden der Meinung, durch die Gegenwart und Mitwirkung Sr. Hoheit werde nicht viel gewonnen werden, und über Höhe und Werth der Streitkräfte, die ihm folgen würden, äußerte er ſich ſehr ungläubig. Wörtlich fügt Aberdeen hinzu: „Ich bin geneigt zu glauben, daß der öſterreichiſche Miniſter ſelbſt an Feindſeligkeit wider die Regierung oder Perſon Bonaparte's nichts zu wünſchen übrig läßt. Die Schwierigkeit liegt im Kaiſer. Infolge einer Schwäche, die nicht ganz unnatürlich gefunden werden kann, ſchwankt er zwiſchen der Rückſicht auf das Wohl ſeines Volks und der auf die Sicherheit ſeiner Tochter. Doch möchte ich nicht, daß Ew. Lordſchaft hieraus ſchlöſſe, als ob ich aus dieſer

[1] Aberdeen an Caſtlereagh, Prag, 14. September 1813.

Digitized by Google

Schwäche irgendwelchen Einfluß auf die Anſichten und Handlungen Sr. Majeſtät bezüglich der Verfolgung des Krieges auch nur im mindeſten fürchtete: im Gegentheil, ich bin überzeugt, daß, was der Kaiſer ſich vorgeſetzt hat, durchaus weiſe und gerecht iſt und nicht der geringſte Grund vorliegt, an ſeinem Eifer und ſeiner Ausdauer bei Ausführung deſſelben zu zweifeln. In Wahrheit habe ich die beſten Gründe für den Glauben, daß er, nur inſoweit eben die Sicherheit ſeiner Tochter damit zuſammenhängt, irgendwelches Intereſſe an dem Schickſal Bonaparte's nimmt und daß er, wenn er ſie in Wien gut aufgehoben wüßte, ſich ſehr zufrieden darein finden würde, keinen Schwiegerſohn zu haben. Ganz insbeſondere aber möchte ich Ew. Lordſchaft als meinen Eindruck anvertrauen, daß Graf Metternich perſönlich noch viel weiter entfernt iſt, für die Perſon des franzöſiſchen Kaiſers irgendwelche zärtliche Geſinnung zu hegen. Zur Beſtätigung dieſer Anſicht kann ich mich auf einige bemerkenswerthe Aeußerungen berufen, die er jüngſt hierüber gethan hat. Er ſagte, die Allianz[1] ſei in England nicht verſtanden worden und von der übrigen Welt ebenſo wenig. Er fügte hinzu: «Kein Land Europas hat mehr gerungen oder mehr gelitten im Dienſte der guten Sache, die wir niemals aus den Augen verloren haben. Wir haben uns gehalten wie die Eiche, als wir Stärke und Mittel hatten, und haben uns gebückt wie das Rohr unter dem Druck gebietender Verhältniſſe; aber im Nachgeben wie im Widerſtehen haben wir jederzeit das Heil Europas im Auge gehabt und immer vorwärts geſchaut nach einem Zuſtand der Ruhe, gegründet auf ein angemeſſenes Gleichgewicht der großen Mächte der Chriſtenheit.»"[2]

---

[1] Unter dieſem allgemeinen Namen faßt Metternich die ganze Politik zuſammen, die mit der Heirath der Erzherzogin begann und in dem Bündniſſe vom 14. März 1812 gipfelte. Wie Metternich jene Heirath verſtanden wiſſen wollte, hat er dem Grafen Hardenberg anvertraut; vgl. „Oeſterreich und Preußen", II, 54 fg., und wie das Bündniß gegen Rußland eigentlich gemeint war, wiſſen wir jetzt aus dem petersburger Archiv; ſ. ebend., S. 93, 94.

[2] Aberdeen an Caſtlereagh, Teplitz, 22. September.

Digitized by Google

Unter dem 24. September konnte Aberdeen das unmittelbare Bevorſtehen des Anſchluſſes Baierns an die Verbündeten melden, denn am Tage vorher waren dem Prinzen Reuß die Vollmachten für den Abſchluß des Allianzvertrags mit General Wrede zugegangen, und bei Gelegenheit einer Unterredung über dieſes Ereigniß ließ Metternich ſich über ſeine Abſichten wegen der Zukunft Italiens vernehmen. Er bezeichnete den Mincio als die Grenze, welche er für Oeſterreichs Beſitzungen ins Auge gefaßt habe, und fügte hinzu, der Großherzog von Würzburg werde nach Toscana zurückverſetzt werden müſſen, da Würzburg dem König von Baiern als Entſchädigung für das an Oeſterreich zurückkehrende Tirol zugedacht ſei. Ferner ſagte er, alle Welt werde damit einverſtanden ſein, daß Rom dem Papſte zurückgegeben werde, während die drei Legationen für andere Zwecke vorzubehalten ſeien. Mit Befriedigung bemerkte Aberdeen, daß Metternich ſich ſehr befliſſen zeigte, den König von Sardinien „mit einem großen Zuwachs an Macht und Gebiet wiederherzuſtellen“.

Als Beweiſe der guten Geſinnung des Königs von Baiern theilte Aberdeen am 25. September zwei Thatſachen mit: jüngſt von Napoleon aufgefordert, eine Verſtärkung von 10000 Mann zu Fuß und 2000 Mann zu Pferd zu ſchicken, hatte er dies Anſinnen rundweg zurückgewieſen und überdies den General, der die bairiſchen Truppen bei der franzöſiſchen Armee befehligte, angewieſen, ſobald als möglich mit ſeiner ganzen Streitmacht an die bairiſche Grenze zurückzukehren und für den Fall, daß Napoleon ihn an dem Abzug zu hindern ſuche, die Armee aufzulöſen und in einzelnen Regimentern oder wie das ſonſt möglich ſein werde, zurückgehen zu laſſen.

In dieſen letzten Septembertagen machte Napoleon noch einen recht merkwürdigen Verſuch ſich ſeinem Schwiegervater zu nähern und Oeſterreich von ſeinen Verbündeten loszureißen. Am ſpäten Abend des 25. September erſchien bei den öſterreichiſchen Vorpoſten bei Berkersdorf ein franzöſiſcher Parlamentär, der den commandirenden General Grafen Bubna zu ſprechen verlangte und dieſem durch den Fürſten von Neufchâtel

Digitized by Google

(Berthier) empfohlen war. Er nannte ſich nicht, aber der Offizier der Vorpoſten erkannte in ihm den General Flahault. Bubna ließ ihn in einem Hauſe in der Nachbarſchaft der Vorpoſten unterbringen und kam in Begleitung des Generals Grafen Neipperg, des ruſſiſchen Generals Kapziewitſch und mehrerer ruſſiſcher Offiziere, um ihn zu empfangen.

In Gegenwart dieſer Zeugen übergab der General ein Schreiben Napoleon's an den Kaiſer von Oeſterreich und wurde nach kurzem Aufenthalt noch in der Nacht durch die Vorpoſtenkette zurückgeleitet. Dem Hauptmann Heß vom Generalſtabe, der ihn begleitete, ſchüttete er nun ſein Herz aus: er bedauere es als ein großes Unglück, daß er den General Bubna nicht allein habe ſprechen können. Der Kaiſer Napoleon habe ihn beauftragt gehabt, den Kaiſer von Oeſterreich wiſſen zu laſſen, daß er den Frieden wolle, daß er dabei — im Einklang mit dem, was er zu Dresden zu Graf Bubna geſagt — in erſter Linie das Intereſſe Oeſterreichs ins Auge faſſen und ſogar Preußen Vergrößerungen gewähren werde; der Kaiſer werde noch weiter gehen, wenn man ihn nur anhören wolle; der Augenblick, wo Vortheile und Verluſte der beiden Heere ſich gleichſtänden, ſei der geeignetſte zum Unterhandeln, weil, wenn der Kaiſer große Niederlagen erlitte, was übrigens nicht wahrſcheinlich ſei, von Frieden gar nicht mehr die Rede ſein könne; die franzöſiſche Nation werde voll Enthuſiasmus ſein, nachdem der Kaiſer ihr die Ueberzeugung beigebracht, daß er den Frieden gewollt habe.

Der ſeltſame Brief Napoleon's lautete:

Dresden, 25. September 1813.

Mein Herr Bruder und ſehr geliebter Schwiegervater!

Ich wünſche den Platz Zamosc zu übergeben und möchte zu dem Behuf eine kleine Convention mit Ew. Majeſtät ſchließen. Viel Vergnügen würde es mir machen, wenn Sie den Grafen Bubna beauftragen wollten, hierüber Eröffnungen entgegenzunehmen. Da der General Graf Bubna, wie es ſcheint,

beſtimmt iſt, eine Beobachtungsdiviſion zu befehligen, ſo möchte ich, daß Ew. Majeſtät ihn ermächtigen wollte, der Kanal unſers Schriftenwechſels zu ſein. Durch den Ueberbringer meines Schreibens habe ich den Grafen Bubna wiſſen laſſen, daß ich die friedfertigſten Geſinnungen hege. Ich kann mich nicht überreden, daß Ew. Majeſtät Intereſſe finden könnte an der Fortſetzung eines Krieges, welcher in ſeinem weitern Verlauf das Unglück Frankreichs, Deutſchlands und Oeſterreichs wäre und nur zum Vortheil Englands und Rußlands ausſchlagen kann. Die letzten Nachrichten, die ich von der Kaiſerin erhalten habe, ſind vom 18. Sie war aus Saint-Cloud zurück und erfreute ſich guter Geſundheit, war aber, wie Ew. Majeſtät begreifen wird, ſehr bekümmert über ſolchen Krieg.

Ew. k. k. Majeſtät

guter Bruder und Schwiegerſohn.[1]

Die Antwort des Kaiſers Franz lautete:

Teplitz, 29. September 1813.

Ich habe den Brief Ew. Majeſtät vom 25. September erhalten. Da der Platz Zamosc nicht von meinen Truppen belagert iſt, ſo kann ich mich in ſeine Uebergabe nicht miſchen: dieſer Gegenſtand kann nur durch die betreffenden Befehlshaber geregelt werden. Ew. Majeſtät kann nicht an den Wünſchen zweifeln, die ich für den Frieden hege. Von 21 Regierungsjahren ſind 10 für das Heil meiner Völker verloren. Der Erlaß, den der Herzog von Baſſano am 18. Auguſt an den Grafen Metternich gerichtet hat, ſcheint zu beweiſen, daß Ew. Majeſtät meine Ueberzeugung, welche zugleich die meiner Verbündeten iſt, theilt, nämlich, daß Europa durch einen nur theilweiſen Frieden nicht mehr beruhigt werden kann und daß es beſſer wäre, alle Wechſelfälle eines bereits eröffneten Krieges zu erſchöpfen, als ihn zu ſchließen unter Fortdauer der Furcht vor neuen und

---

[1] In der „Correspondance de Napoléon I" findet ſich der Brief natürlich nicht.

Digitized by Google

unvermeidlichen Umwälzungen. Die Eröffnungen Ew. Majeſtät habe ich nach England gehen laſſen und gleichzeitig an den Kaiſer von Rußland und den König von Preußen. Die Antwort des Prinz-Regenten erwarte ich in kurzem und werde mich beeilen ſie Ew. Majeſtät mitzutheilen.

Ew. kaiſerlichen Majeſtät

guter Bruder und Schwiegervater.[1]

Am 3. October unterzeichnete Lord Aberdeen zu Teplitz mit Graf Metternich den Concert- und Subſidienvertrag Englands mit Oeſterreich, folgte dann dem Hauptquartier nach Sachſen und zog im Gefolge der Verbündeten in das am 19. October eroberte Leipzig ein. Hier erfocht Metternich am 21. October einen politiſchen Sieg, der weittragende Folgen haben ſollte. Bevor wir dieſen beſprechen, machen wir uns die Anſchauungen klar, von denen er dabei ausging und über die er ſich am 30. October in einer Unterredung mit Aberdeen zu Schmalkalden ausſprach. Es handelte ſich um die große Frage der künftigen Wiederherſtellung Preußens, mit beſonderer Rückſicht auf das eroberte Sachſen und um die künftige Verfaſſung Deutſchlands.

Lord Aberdeen war nicht ſchwer geworden zu entdecken, daß Kaiſer Alexander ebenſo wie König Friedrich Wilhelm den Wunſch und die Abſicht hatten, Sachſen als erobertes Land zur Vergrößerung Preußens zu verwenden. Nun ſagte ihm aber Metternich am 30. October: Niemals werde der Kaiſer Franz ſich beſtimmen laſſen das zuzugeben: er werde ſich gefallen laſſen, wenn ein großer Theil der Lauſitz, oder ſogar die Stadt Wittenberg zur Abrundung einer militäriſchen Grenze von Sachſen abgetreten werde, aber nichts werde ihn dazu bewegen, Dresden an Preußen zu geben oder Sachſen als unabhängigen Staat aufzuopfern. „Se. kaiſerl. Majeſtät fühlt ſich, kraft der Würde ſeines Hauſes und des überwiegen-

[1] Beilagen der Depeſche Aberdeen's, Nr. 10.

Digitized by Google

den Einfluſſes, den er beſitzt, als das Haupt des germaniſchen Körpers und folglich an deſſen Unabhängigkeit näher betheiligt als jeder andere Fürſt: deshalb verwirft er die Zerſtörung der alten Fürſtenthümer. Sein großer Zweck iſt, jeden Staat von dem Druck Frankreichs vollſtändig zu befreien und durch eine milde, verſöhnliche Behandlung ihnen allen die Trennung von dieſem unſeligen Einfluß ebenſo ſehr zu einem Gegenſtand der Neigung als des Intereſſes zu machen. Dieſe Politik hat bereits den glücklichſten Erfolg gehabt, indem ſie Baiern und Würtemberg der gemeinſamen Sache zuführte, und auf dieſem Wege wird der Krieg ſo populär werden, daß ihm der begeiſterte Beiſtand von ganz Deutſchland ſicher iſt."

Hinſichtlich der Kaiſerkrone, ſagte Metternich, ſei des Kaiſers Entſchluß unerſchüttert derſelbe. „Er weiß, daß es ihm leicht ſein würde, ſich ohne weiteres zum Kaiſer von Deutſchland zu erklären, und daß ſolch ein Act vielleicht wenig Ueberraſchung hervorrufen würde; aber damit würde nicht auch das Deutſche Reich zum Leben zurückkehren, und die praktiſchen Schwierigkeiten, die nicht ausbleiben könnten, würden vielleicht die Fortſchritte der gemeinſamen Sache unheilbar ſchädigen. Se. kaiſerl. Majeſtät wünſcht die Staaten Deutſchlands durch das Band wechſelſeitiger Unabhängigkeit zu verbinden, eine Art von Union zu ſtiften, in welcher der Mächtige die Intereſſen der Ohnmächtigen ſchützen würde — eine Art von Foedus perpetuum, in dem ihm vermöge ſeiner Stellung immerhin bis zu einem gewiſſen Grade die Rolle eines Oberhauptes zufallen, das aber freibleiben würde von den ſchweren Unbequemlichkeiten einer unbrauchbaren Verfaſſung, dies iſt jedoch eine Frage, die der Kaiſer wünſcht fürs erſte ganz aus dem Spiel gelaſſen zu ſehen. Mit dem unmittelbaren Zweck des gegenwärtigen Kampfes ſteht die künftige Einrichtung Deutſchlands nicht in nothwendigem Zuſammenhang. Se. Majeſtät iſt der Meinung, daß es zur Anſtrengung aller Kräfte eines weitern Spornes nicht bedarf, wenn die deutſchen Staaten erfüllt ſind von dem machtvollen Antrieb, für allgemeine Unabhängigkeit zu ſtreiten. Die Befreiung von der Macht Frankreichs wünſcht er voran=

Digitized by Google

geſtellt zu ſehen, und die Erörterung aller andern Fragen betrachtet er als verfrüht."[1]

Sehr frühzeitig, wiſſen wir[2], hatte Metternich dem Kaiſer Alexander das Programm angemeldet, das er hier in etwas andern Worten wiederholte, nachdem es bereits vertragsmäßig unwiderruflich Geltung gewonnen hatte. Schon in ſeiner Depeſche an Lebzeltern vom 23. März hatte er für die deutſchen Staaten zweiten und dritten Ranges „den Genuß aller Rechte der Souveränetät mit der größten Unabhängigkeit" gefordert und, ſowie Oeſterreich dem Bündniß beigetreten war, demgemäß gehandelt. Der zweite Abſatz des erſten Geheimartikels des Teplitzer Vertrags vom 9. September gab als einen der Hauptzwecke des Krieges an: „Die Auflöſung des Rheinbundes und die volle und ganze Unabhängigkeit (indépendance entière et absolue) der zwiſchen den Grenzen Oeſterreichs und Preußens gelegenen Zwiſchenſtaaten."[3] Als Preußen ſich dieſen Artikel gefallen ließ, haben ſeine Staatsmänner augenſcheinlich nur an die äußere Unabhängigkeit von Frankreich gedacht, welche mit dem Fall des Rheinbundes ſich von ſelbſt ergab, nicht aber an eine Souveränetät nach innen, welche jede bundesſtaatliche Ueber- und Unterordnung unmöglich machte. Keinenfalls haben ſie in jenem teplitzer Artikel eine Vorentſcheidung über die künftige Verfaſſung Deutſchlands erblickt; denn am 4. October ſchrieb Humboldt aus Teplitz an Stein: „Die Idee, im künftigen Tractat mit Baiern durch einen eigenen Artikel auf die künftige Verfaſſung Deutſchlands vorzubereiten, hatten der Kanzler und ich weiter bearbeitet, und den Artikel entworfen. Allein der Plan, ihn dem Bündniß einzuverleiben, fand bei Metternich keinen oder wenig Eingang und iſt beim Kaiſer Alexander in ſeinen mündlichen Unterredungen mit dem Kanzler gänzlich geſcheitert. — Der Kaiſer Alexander iſt zwar ſehr für eine künftig zu ſchaffende Vereinigung, nicht aber für die vorläufige Erwäh-

---

[1] Aberdeen an Caſtlereagh, Schmalkalden, 30. October.

[2] „Oeſterreich und Preußen", I, 357.

[3] Martens, a. a. O., S. 123.

Digitized by Google

nung derſelben. Auch darin bin ich ſeiner Meinung nicht; wenn man aber auch hier nachgeben muß, ſo iſt deſto ernſter an die Zukunft zu denken.“[1] Geſtützt auf ſein geheimes Einverſtändniß mit Kaiſer Alexander, wußte Metternich eben dieſe Zukunft, von der ſie beide jetzt nicht geſprochen haben wollten, durch die That im voraus zu entſcheiden. In den Verträgen, die er, ohne Mitwirkung und Vorwiſſen Preußens, zu Ried mit Baiern (8. October), zu Fulda mit Würtemberg (2. November) abſchloß, gewährte er beiden Königen nicht blos ihre „Unabhängigkeit“, zu der ihn der Teplitzer Vertrag ermächtigte, ſondern auch die „Souveränetät“, über die er außer mit Alexander abſichtlich mit niemand geſprochen hatte, und damit war die Verfaſſungsloſigkeit Deutſchlands unter thatſächlicher Vorherrſchaft Oeſterreichs als Schirmherrn der Souveränetät im voraus vertragsmäßig feſtgelegt.

Eine andere Vorentſcheidung von nicht minderer Wichtigkeit hatte er am 21. October zu Leipzig mit Bezug auf Sachſen getroffen.

In ſeinen Denkwürdigkeiten[2] gibt er als einen der Hauptpunkte, über die er ſich beim Eintritt in den Krieg mit Kaiſer Franz geeinigt habe, den an, daß gewiſſe Eroberungen als „Gemeingut“ der Verbündeten behandelt, daß jede Verfügung über Länder, welche das „Gemeingut“ der Allianz bilden würden, bis nach geſchloſſenem Frieden vertagt und die endgültige Beſtimmung darüber auf einen nach dem Friedensſchluß abzuhaltenden europäiſchen Congreß verwieſen werden ſollte; der Zuſammenhang ergibt, daß unter dieſem „Gemeingut“ zunächſt und vor allem Sachſen verſtanden ward, über das Preußen und Rußland durch die Lehre vom Gemeingut jede vorzeitige Verfügung unterſagt werden ſollte. Wie Metternich über Sachſen dachte zur Zeit, da Preußen und Rußland ganz ſicher auf deſſen Einverleibung rechneten, wiſſen wir aus dem Wiener

[1] Ompteda, IV, 222.
[2] „Nachgelaſſene Papiere“, I, 164, 165.

Digitized by Google

Vertrag vom 20. April[1]; die Wohlthaten dieſes Vertrags hatte der König von Sachſen allerdings durch ſeinen Abfall am 8. Mai verwirkt, aber die Machtfrage, die bei der Beſtimmung über ſein Land Preußen gegenüber mitſprach, hatte ſich dadurch nicht verändert. Metternich war, wie uns ſein Geſtändniß gegen Aberdeen nachträglich enthüllt, im voraus entſchloſſen, höchſtens eine Abtretung ſächſiſcher Landestheile, aber niemals eine Einverleibung von ganz Sachſen durch Preußen zuzugeſtehen. Es kam nur darauf an, dieſen Entſchluß, ebenſo wie das eigentliche Ziel ſeiner Politik in der deutſchen Frage, ſo lange verborgen zu halten, bis mit preußiſcher Waffenhülfe der Friede erſtritten war und ein Zerwürfniß mit den Verbündeten ſeine Gefährlichkeit verloren hatte. Mit Hülfe der unverwüſtlichen Gutmüthigkeit der preußiſchen Miniſter iſt das denn auch vollſtändig gelungen.

Noch in Teplitz hatten Hardenberg und Humboldt in den erſten Octobertagen einen Entwurf gemacht über einen neuen „Deutſchen Verwaltungsrath" für die zu erobernden Länder, insbeſondere für die bereits beſetzten Theile Sachſens. Als Chef derſelben hatten ſie den Freiherrn vom Stein in Ausſicht genommen, deſſen Thätigkeit in gleicher Eigenſchaft im Mai der Lauf der Kriegsereigniſſe ein ſo jähes Ende bereitet hatte.[2] Aus Stein's Feder lag nun eine in Prag Ende Auguſt niedergeſchriebene Denkſchrift „über eine Teutſche Verfaſſung" vor, welche Metternich's höchſten Unwillen insbeſondere durch den Vorſchlag erregt hatte: „Um Preußen abzurunden und zu verſtärken, müßte man ihm Mecklenburg, Holſtein, Kurſachſen einverleiben — über beide letztere entſcheidet das Eroberungsrecht. Den Herzog von Mecklenburg entſchädigt ein verhältnißmäßiger Theil des Herzogthums Berg."[3] Hieraus war zu entnehmen, wie Stein ſich ſeine Aufgabe gerade in Sachſen denken würde. Von Humboldt's Verwaltungsraths=

[1] „Oeſterreich und Preußen", II, 272 fg.
[2] „Oeſterreich und Preußen", II, 274 fg.
[3] Ompteda, IV, 230.



Digitized by Google

entwurf wußte nun Ompteda ſchon am 6. October, wie Metternich ihn beurtheilte. „Er beſchuldigt“, ſchreibt er, „dieſen Entwurf, Punkte zu enthalten, die in das Weſentliche der deutſchen Reichs- und Landesverfaſſung eingriffen, da doch die neue Verwaltungsbehörde eigentlich nur eine Verpflegungsbehörde ſein ſolle. Aber vorzüglich ſcheint er ſowol den Freiherrn vom Stein als die beiden preußiſchen Miniſter in Verdacht zu haben, unter der Firma des Verwaltungsrathes ſolche Maßregeln in Sachſen in Ausführung bringen zu wollen, die eine künftige Vereinigung dieſes Landes mit der preußiſchen Monarchie vorbereiten können.“[1]

Dies wußte Ompteda offenbar durch den Grafen Metternich ſelbſt, der am 3. October aus Teplitz nach Prag gekommen war, um hier insgeheim mit dem däniſchen Miniſter von Bernſtorff zuſammenzutreffen. Gegen Ompteda war alſo Metternich aufrichtig geweſen, gegen die preußiſchen Miniſter aber, die er in Teplitz gelaſſen, nicht. Humboldt und Hardenberg waren, wie ihre Briefe an Stein vom 4. und 5. October beweiſen[2], ehrlich der Meinung, Metternich ſei mit allem einverſtanden, und nur über den Kaiſer Alexander beklagten ſie ſich, der, nachdem er principiell zugeſtimmt, die Papiere an ſich genommen hatte und am 5. October nach Komotau abgereiſt war, ohne ſie zurückzugeben und ohne ſein approuvé zu hinterlaſſen. Was aus den Papieren geworden iſt, wiſſen wir nicht. Auch über ihren Inhalt liegt nichts vor als die Angabe Ompteda’s, daß der Entwurf 67 Artikel enthalten habe, und die Angabe Humboldt’s, daß Stein der Chef der Behörde und Altenſtein ſein „Suppléant“ ſein, beide aber ſofort in den beſetzten Theilen Sachſens an die Arbeit gehen ſollten. War dies alles, was der Entwurf über die Oberleitung des Verwaltungsrathes enthielt, ſo kam derſelbe in der That dem Anfang einer preußiſchen Verwaltung in Sachſen gleich, mindeſtens war einer ſolchen in

[1] Ompteda an Münſter, Prag, 6. October.
[2] Ompteda, IV, 221—223.

keiner Weiſe vorgebeugt. Dies geſchah erſt und zwar gründlich durch die Centralverwaltung, die durch die Leipziger Convention vom 21. October wirklich eingeſetzt ward und in der Metternich, nachdem er in der Perſon des Chefs widerſtrebend nachgegeben, in der Sache alles erreicht, was er in Teplitz ſich vorgenommen hatte.

In ſeinen Denkwürdigkeiten erblickt Metternich in Ernennung und Wirkſamkeit Stein's als Chef der Centralverwaltung der Verbündeten den Anfang namenloſen Unglücks; denn von ihr rühre der Aufſchwung jener revolutionären Geſinnungen her, deren Bekämpfung ſich ſpäter ſo ſehr ſchwierig erwieſen habe.[1] Dies ſchrieb er im Jahre 1829 und unter der Herrſchaft von Vorſtellungen, die ſein Urtheil über Perſonen und Dinge ganz erheblich verſchoben hatten. Wäre das nicht geweſen, ſo würde er doch nicht unerwähnt gelaſſen haben, daß er, wenn auch in der Perſonenfrage unterlegen, in dem ſachlichen Inhalt der Convention vom 21. October für ſeine Lehre vom „Gemeingut", d. h. für den Schutz Sachſens gegen Preußen, alſo ſeinen unmittelbarſten Zweck, einen durchſchlagenden Sieg erfochten hatte. Man durchſchaut das ſofort, wenn man die Breslauer Convention vom 19. März und die Leipziger Convention vom 21. October gegeneinanderhält.[2] Beide haben die Centralverwaltung der zu erobernden Länder im Auge, beide ſind der Natur der Sache nach in allererſter Linie zur Anwendung auf Sachſen beſtimmt, aber wie grundverſchieden ſind die Befugniſſe, welche ſie dem Centralverwaltungsrath zumeſſen; übereinſtimmend ſind ſie im Grunde nur darin, daß in beiden der Name des Freiherrn vom Stein vorkommt.

Die Convention vom 19. März ſchuf eine Dictatur, denn ſie verlieh dem Centralverwaltungsrath „unbeſchränkte Vollmachten"

---

[1] „Nachgelaſſene Papiere", I, 173, 174.

[2] Jene bei Pertz, „Stein", III, 313—316. Dieſe bei Martens, „Recueil", III, 140—147. Zum erſten male in der Eichhorn'ſchen Schrift: „Die Centralverwaltung der Verbündeten unter dem Freiherrn vom Stein", Deutſchland 1814, S. 89—95.

(§. 2); ſie gab ihm das Recht, in den beſetzten Ländern „vorläufige Verwaltungen“ einzuſetzen“, d. h. die beſtehenden Behörden aufzuheben und an deren Stelle zu ſchalten und zu walten (§. 3); ſie nahm „die Einkünfte der eingenommenen Länder“ als Gemeingut der Verbündeten in Beſchlag, die ſie gleichmäßig unter ſich zu vertheilen hatten (§. 4); ſie nahm für jeden der fünf Verwaltungskreiſe außer einem Civilgouverneur einen direct vom Oberbefehlshaber abhängigen Militärgouverneur in Ausſicht (§. 6) und übertrug dem Centralrath alles, „was ſich auf das Ausheben der Mannſchaft, auf das Requiſitions- und Magazinſyſtem für die thätigen Heere und auf die in den beſetzten Ländern vorzunehmende Bewaffnung (Linie, Landwehr, Landſturm) bezieht“ (§. 7). Dies war adminiſtrativ und militäriſch eine Dictatur, der nur der Name fehlte, und wie ernſt ſich Scharnhorſt z. B. das in der Ausführung gedacht hat, beweiſt ſein altenburger Brief vom 23. April.[1] Im Sinne einer energiſchen Förderung des Krieges war dies Verfahren ebenſo zweckmäßig wie für die Vorbereitung einer künftigen Einverleibung.

Wie ganz anders nahm ſich nun dagegen die Centralverwaltung vom 21. October aus. Hier gab es keine unbeſchränkten Vollmachten, keine vorläufigen Verwaltungen, keine Einziehung der Landeseinkünfte[2], keine Aushebung von Mannſchaften, überhaupt gar kein Recht des Befehlens, des Regierens irgendwelcher Art, hier gab es nur ein Ueberwachen, ein Einwirken, d. h. Bitten, Mahnen, Rathen, Schreiben, aber kein Durchgreifen, kein Handeln.

Begrenzt war die unmittelbare Wirkſamkeit der Centralverwaltung auf die beſetzten Länder, „welche infolge der Kriegsereigniſſe ſich augenblicklich ohne Souverän ſähen oder deren Souverän dem Bunde gegen den gemeinſamen Feind nicht bei-

---

[1] „Oeſterreich und Preußen“, II, 276.

[2] Die „prestations des provinces occupées“ im Art. XIV ſind beſtimmte Kriegsleiſtungen, von denen die Landeseinkünfte als ſolche unberührt bleiben.

Digitized by Google

getreten wäre“ (Art. 2). Dies paßte zunächſt im vollen Umfange nur auf Sachſen, und dieſem einzigen Lande, das als herrenlos angeſehen werden konnte, war nun ſogleich das Zugeſtändniß gemacht: „Als ſtehender Grundſatz wird aufgeſtellt, daß die Gouverneure die vorhandenen Behörden überall beſtehen laſſen und einzig durch ſie handeln werden. Nur die wichtigſten Beweggründe werden eine Ausnahme von dieſer allgemeinen Regel rechtfertigen können“ (Art. 18). Dieſer Artikel gibt den Geſichtspunkt an, unter welchem die ganze Organiſation zu beurtheilen iſt; eine Beſtimmung gerade dieſes Inhalts kann in dem preußiſchen Entwurfe nicht geſtanden haben, ſie iſt offenbar das Werk Metternich's und der eigentliche Ausdruck ſeines Sieges über die preußiſchen Annexionsgedanken. Wenn er, wie er ſagt, dem Kaiſer Alexander die Gefährlichkeit der Geſinnungen Stein's in den düſterſten Farben hingeſtellt und in deſſen Ernennung nur mit äußerſtem Widerſtreben ſich gefügt hat, ſo hat er doch nichts unterlaſſen, um ihn in einer Weiſe zu lähmen, wie ſie umſichtiger gar nicht gedacht werden konnte. Stein iſt Chef des Centraldepartements, handelt nur unter ſeiner eigenen Verantwortlichkeit und kann ſich ſeine Bureaux nach Belieben zuſammenſetzen (Art. 8). Aber das Centraldepartement iſt an eine erſt noch zu entwerfende Generalinſtruction der verbündeten Mächte gebunden (Art. 9) und ſeinem Chef ſteht ein Rath von Delegirten der Verbündeten zur Seite, welche unter Vorſitz ihres älteſten Mitgliedes über die Verwaltungsfragen „berathen und entſcheiden“ (Art. 10), an welche der Chef „berichtet“ und von denen er „die Antworten zu empfangen hat“ (Art. 11). Das Centraldepartement in ſeiner Geſammtheit ernennt die Gouverneure und ihre Räthe für die beſetzten, die Agenten für die verbündeten Länder. Die Gouverneure ſind alſo in den erſtern die eigentlich handelnden Organe und dieſe können ihrerſeits nichts, gar nichts thun, außer durch die beſtehenden Landesbehörden, d. h. die einzigen, durch welche das Centraldepartement unmittelbar hätte thätig ſein können, ſind es thatſächlich doch nur mittelbar, und ſo ergab ſich für Sachſen genau das, was Metternich wollte: unter

Digitized by Google

einem vom Centraldepartement ernannten Gouverneur — es war der ruſſiſche Generallieutenant Fürſt Repnin — wurde Sachſen von den Beamten ſeines in Preußen internirten Königs nach wie vor regiert und verwaltet[1] und die Gefahr einer preußiſchen Verwaltung unter anderm Namen war beſchworen auf der ganzen Linie.

Dies war Eins, ein Anderes aber war, daß weder Stein noch Hardenberg noch Humboldt ihn durchſchauten, daß alle drei von den Geſinnungen, die Metternich gegen Aberdeen äußerte, nicht die leiſeſte Ahnung hatten und eine Kenntniß davon auch nicht erlangten, bis auf dem Wiener Congreß die Schleier fielen, d. h. zu einer Zeit, wo mit Preußens Waffenhülfe alles erreicht war, was ſonſt durch ein vorzeitiges Verlautbaren gefährdet worden wäre, und dies war ein noch größerer Sieg als der vom 21. October.

Aus einem Berichte, den Aberdeen am 31. October noch aus Schmalkalden erſtattete, iſt blos die Stelle hervorzuheben, wo er ſagt: „Bonaparte iſt durch Fulda gekommen und man meint, er werde ſeinen Marſch über Wetzlar und Koblenz nehmen“; das war der verhängnißvolle Irrthum des Hauptquartiers, der bewirkt hatte, daß Blücher nach Gießen geſchickt ward, während Wrede bei Hanau ſich ohne die gehoffte Hülfe gegen Napoleon ſchlagen mußte.[2]

Am 6. November zog Aberdeen im Gefolge des Kaiſers Franz in Frankfurt ein.

Er ſchrieb darüber am 7. November: „Se. kaiſerl. Majeſtät hielt geſtern Morgen ihren feierlichen Einzug in Frankfurt. In einiger Entfernung von der Stadt traf Kaiſer Alexander und ſein Gefolge mit ihm zuſammen. Am Hanauer Thore nahm Se. Majeſtät aus den Händen des Magiſtrats die Schlüſſel der Stadt entgegen und ritt alsdann durch die Hauptſtraßen nach

[1] Stein's Selbſtbiographie; Pertz, VI, 2, Beilage, S. 188.

[2] Vgl. Heilmann, „Feldmarſchall Fürſt Wrede“, S. 279 fg. „Es hat ein großes Verſehen ſtattgefunden“, ſchrieb Blücher am 4. November aus Gießen.

Digitized by Google

dem Dom, wo ein Tedeum geſungen ward. Da ich bei dieſer Gelegenheit Se. kaiſerl. Majeſtät begleitete, ſo war ich Augenzeuge des begeiſterten Beifalls, mit dem er begrüßt ward. Die Straßen, die Fenſter, ſelbſt die Dächer der Häuſer waren von Zuſchauern angefüllt, welche zu wetteifern ſchienen in Aeußerungen der Freude: es war unmöglich, die aufrichtige und herzliche Rührung zu verkennen, die ſich darin ausſprach. Laut gab ſich die liebevolle Verehrung kund, mit welcher die Bürgerſchaft den Monarchen erſcheinen ſah, der vor zwanzig Jahren in ihren Mauern gekrönt worden war und der jetzt als ihr Befreier wiederkehrte. Am Abend beſuchten die beiden Kaiſer das Theater und wurden mit Jubel empfangen: jede Stelle in dem Stück, welche auf ihre Anſtrengungen für die Sache Europas Bezug hatte, wurde laut beklatſcht."

Am 8. November kam der Baron Saint Aignan in Frankfurt an, und nun gewann eine Angelegenheit greifbare Geſtalt, über welche Aberdeen ſchon mehrfach mit Metternich verhandelt hatte.

Saint Aignan war franzöſiſcher Miniſterreſident an den Höfen von Weimar und Gotha geweſen und in den Tagen der Schlachten um Leipzig durch verbündete Truppen gefangen worden. Metternich kannte ihn als einen äußerſt friedfertig geſinnten Mann und beſchloß durch ihn eine Verbindung mit Napoleon zu eröffnen, welche an die Friedensworte anknüpfen ſollte, die Napoleon am 17. October an General Merveldt gerichtet hatte. Dieſe Abſicht hatte er bereits zu Schmalkalden gegen Aberdeen geäußert und dieſer berichtet darüber in einer ganz geheimen (most secret) Depeſche vom 29. October: „Jeder ſchriftliche Verkehr mit Bonaparte wird jetzt vermieden werden und Herr von Saint Aignan wird nur angewieſen dem Lauf der Unterredung zu folgen, welche Bonaparte jüngſt mit General Merveldt gepflogen hat. Er hat die großen geographiſchen Linien: Rhein, Alpen und Pyrenäen, als Grenzen des franzöſiſchen Reichs vorzuſchlagen. Nimmt Bonaparte dieſe als Baſis an, ſo wollen die Verbündeten einen Congreß verſammeln und Unterhandlungen beginnen. Wenn er Unterhandlungen ablehnt, ſo werden bei unſerer Ankunft am

Rhein die äußerſten Kriegsanſtrengungen gegen ihn gemacht und Maßregeln ergriffen werden, um aus dieſer Thatſache — nämlich der Ablehnung jeder Unterhandlung, welche ſchleunigſt in ganz Frankreich bekannt zu machen iſt — allen möglichen Vortheil zu ziehen. Mit der größten Befriedigung füge ich die Meldung hinzu, daß die öſterreichiſche Regierung auf die letztere Alternative gerüſtet iſt. Die unerhörteſten Anſtrengungen werden gemacht, um die Heere zu ergänzen und für einen zweiten Feldzug eine möglichſt furchtbare Haltung anzunehmen. Eine neue Aushebung von 60000 Ungarn und 40000 Oeſterreichern iſt im Gange und wird ſchleunigſt gefördert werden.“ Es iſt von Bedeutung, gleich bei dieſer erſten Erwähnung der Sendung Saint Aignan's zu ſehen, daß für den Fall der Annahme des Kleeblatts: Rhein, Alpen, Pyrenäen, nicht etwa der Friedens ſ ch l u ß, ſondern blos ein Friedens c o n g r e ß verſprochen, die Ablehnung ſeiner Grundlage aber im voraus als eine politiſche Waffe gegen Napoleon ins Auge gefaßt wird. Gleichzeitig mit dem Beſchluß, Saint Aignan als Friedensboten an Napoleon zu ſchicken, hatte Metternich noch einen andern veranlaßt. Ueber dieſen ſchreibt Aberdeen gleichfalls noch in Schmalkalden am 31. October: „Es iſt beſchloſſen worden, bei unſerer Ankunft in Frankfurt eine P r o c l a m a t i o n zu erlaſſen, in welcher die Zwecke des Krieges auseinandergeſetzt und die Bedingungen des Friedens der franzöſiſchen Nation im allgemeinen angegeben werden ſollen. Man hat vor, auszuſprechen, der Krieg ſei nicht gegen Frankreich gerichtet, ſondern gegen jenes Uebermaß franzöſiſchen Einfluſſes, welches Europa unterdrückt und das Beſtehen unabhängiger Staaten vernichtet hat. Die Abfaſſung dieſes Schriftſtücks iſt mit Billigung des Kaiſers von Rußland dem Fürſten Metternich übertragen: ich zweifle nicht, daß es geſchickt gemacht werden wird. Er hat mir verſprochen, es mir vor der Veröffentlichung zur Einſicht vorzulegen. Mit Bezug auf die militäriſchen Operationen iſt beſchloſſen worden, den Rhein nicht ſogleich zu überſchreiten, ſondern die Armee zunächſt mit Belagerung der wichtigſten Feſtungen zu beſchäftigen: insbeſondere iſt es auf die Brückenköpfe von Kaſtel und Hüningen abgeſehen.“ Was in

Digitized by Google

Schmalkalden Gegenſtand von Vorbeſprechungen geweſen war, kam in Frankfurt zur Reife und Ausführung.

Am 8. November ward Saint Aignan von Metternich empfangen. Unmittelbar danach hatte Aberdeen mit Metternich und Neſſelrode eine lange Unterredung, über deren Inhalt er noch am ſelben Tage in einer „most secret“ Depeſche berichtete. Die Frage war, wie weit man ſich in den Eröffnungen an Napoleon auf nähere Beſtimmungen über die künftige Grenze Frankreichs einlaſſen ſollte. Graf Neſſelrode meinte, man ſolle die Forderungen anfangs ſo hoch als möglich ſpannen und ſie erſt im Lauf der Unterhandlung nachträglich herunterſtimmen. Aberdeen war umgekehrt der Meinung, die Vorſchläge ſollten ſo niedrig als möglich gegriffen, dann aber mit Feſtigkeit behauptet werden. Würden ſie gemacht in der Hoffnung auf Annahme, ſo ſage einem auch der geſunde Menſchenverſtand, daß man ſie Napoleon ſo ſchmackhaft machen müſſe, als ſich mit dem feſten Vorſatz der Verbündeten vertrage. Rechne man aber bei dem Vorſchlag überhaupt auf keine Annahme, dann ſei das Beginnen ſelber ein Misgriff und würde der gemeinſamen Sache nur zum Schaden gereichen können. Dann würde es beſſer ſein, von jeder Eröffnung abzuſehen, wenn man uns nicht für ſtark genug hielte, um durchzuſetzen, was man zu erzwingen entſchloſſen ſei. Dieſer Anſicht trat Metternich bei und es wurde ſchließlich ausgemacht, daß die Frage der ſpeciellen Grenzlinie Frankreichs gegen Holland und Piemont offen gelaſſen, die Unabhängigkeit Italiens und Hollands aber unter die Bedingungen sine quibus non aufgenommen werden ſollte. Saint Aignan äußerte übrigens ſehr wenig Glauben, daß Bonaparte hinreichend geſchwächt ſei, um auf ſolche Bedingungen einzugehen. Aberdeen aber beſtand auf ſtrengſter Geheimhaltung der ganzen Sache und ſetzte bei Neſſelrode wie Metternich auch die Zuſage durch, daß Saint Aignan vor ſeiner Abreiſe keinen der beiden Kaiſer ſehen ſollte, wie urſprünglich beabſichtigt war. In derſelben Unterredung kam Aberdeen auch auf die ſchon erwähnte Proclamation zu ſprechen. Metternich ſagte, er wolle ſie ſogleich hinausgeben. Aberdeen widerſprach dem aufs lebhafteſte. Im Augenblick, da man Na=

Digitized by Google

poleon Friedensvorſchläge thue, werde ſolch eine Proclamation keinen guten Eindruck machen: wie gemäßigt ſie auch abgefaßt wäre, Napoleon werde darüber doch gereizt ſein: gleichzeitig würde die Rückſicht, die man auf ſeine Empfindlichkeit nehme, auf die Gefühle all der Völker entmuthigend wirken, die bereit ſeien, ſein Joch abzuſchütteln. Nehme er die Vorſchläge an, ſo ſei ſie nutzlos oder ſchädlich; lehne er aber ab, ſo könnten die Verbündeten eine viel beſſere Proclamation erlaſſen als jetzt. Dem ſtimmte erſt Graf Neſſelrode, dann auch Fürſt Metternich zu und die Veröffentlichung der Proclamation ward verſchoben, bis der Erfolg der Sendung Saint Aignan's ſich würde überſehen laſſen.

Bevor der letztere mit ſeiner Friedensbotſchaft abging, kamen die Verbündeten nach mehrfachen Berathungen über einen vorläufigen Plan zur energiſchen Fortſetzung des Krieges ins Reine. Ueber die Grundzüge deſſelben meldet Aberdeen am 8. November: „Die große Armee unter Fürſt Schwarzenberg marſchirt auf Baſel und rückt in die Schweiz; von da tritt ſie durch Dauphiné und Franche-Comté in Frankreich ein, da dieſe ganze Grenze ohne Feſtungen iſt. Dieſe Bewegung wird den Operationen des Lords Wellington im Südweſten Frankreichs weſentlich zu ſtatten kommen und die Eroberung Italiens ſicherſtellen. Eine ſtarke Streitmacht wird zurückbleiben, um Mainz, Koblenz und andere Rheinfeſtungen zu bewachen, durch häufige Einfälle den Feind beſtändig in Alarm zu halten und eine beträchtliche Zahl ſeiner Truppen zu beſchäftigen. Es iſt vorgeſchlagen, daß der Kronprinz von Schweden über Antwerpen herfalle und Holland erobere, indem er die ganze franzöſiſche Grenze in jener Richtung bedrohe.“

Am Abend des 9. November ward dann Saint Aignan zu Metternich beſchieden, um die Anträge der Verbündeten in ihrer endgültigen Geſtalt entgegenzunehmen. Neſſelrode war dabei und Aberdeen kam, wie verabredet, ſcheinbar zufällig hinzu. Schriftliches wurde dem franzöſiſchen Diplomaten nicht übergeben. Metternich trug vor, Neſſelrode, Aberdeen ſprachen und Saint Aignan ſchrieb nach, beides geſchah durchaus formlos, der ganze Her-

Digitized by Google

gang ſollte jedes amtlichen Charakters entbehren und dem Geſpräch Napoleon's mit Merveldt nachgebildet ſein.[1] Der Inhalt deſſen, was Saint Aignan dem Kaiſer zu eröffnen hatte, iſt allbekannt und die Thatſache, daß hier der Rhein aller Geſchichte zuwider und ohne allen erſinnlichen Grund leichthin als eine der „natürlichen Grenzen“ Frankreichs bezeichnet war, hat über die Vorſtellungen, welche dieſe Staatskunſt von Deutſchlands Recht und Ehre hatte, für alle Zeiten gerichtet. Wenn aber aus dieſem Programm, wie bis in unſere Tage herein geſchehen, zuverſichtlich geſchloſſen worden iſt, daß Napoleon durch ein einfaches Ja alsbald hätte Frieden haben können und daß Metternich an ſeine Geneigtheit dazu irgendwie geglaubt habe, ſo iſt das gerade ſo irrig wie alle Folgerungen, die man an die Reichenbacher Artikel vom 27. Juni geknüpft hat und die heute, wie ich glaube, endgültig widerlegt ſind.[2]

Das Frankfurter Programm vom 9. November lehnte von vornherein in beſtimmteſter Weiſe jeden Sonderfrieden auf dem Feſtlande ab und beſtand auf einem allgemeinen Frieden, für den England das entſcheidende Wort zufiel, und von deſſen etwaigen Zugeſtändniſſen in Bezug auf die Colonien ſtand kein Wort darin.[3] Für den Fall der Annahme der Grundlagen verhieß es weiter nichts als einen Congreß, auf dem die eigentliche Unterhandlung über den Frieden erſt beginnen ſollte. Für den Congreß aber war nicht einmal ein Waffenſtillſtand in Ausſicht geſtellt; vielmehr hieß es ausdrücklich: der Fortgang der militäriſchen Operationen werde durch die Unterhandlungen in keiner Weiſe unterbrochen werden.[4] Dieſer letztere Vorbehalt machte Napoleon

---

[1] Aberdeen ſagt in ſeiner Depeſche vom 9. November: „Of course the whole transaction and interview were understood to be perfectly unofficial; and merely following up the conversation which Bonaparte had recently held with General Merveldt.“

[2] „Oeſterreich und Preußen“, Bd. II, Abſchnitt VI, VII, VIII.

[3] Nur von ſeiner Opferwilligkeit im allgemeinen war die Rede.

[4] In der Niederſchrift Saint Aignan's heißt es: „Sans cependant que ces négociations empêchassent les opérations militaires de

Digitized by Google

ſelbſt ein blos ſcheinbares Eingehen auf die Vorſchläge unmöglich, denn nur, wenn er Waffenſtillſtand zum Zweck neuer Rüſtungen dadurch erzielte, hätte das für ihn irgendwelchen Werth gehabt. Der Ausſchluß jedes Sonderfriedens vollends ſchlug all jene Diplomatenkünſte aus dem Felde, durch die Napoleon früher jede Coalition gegen ihn geſprengt.

In ſeinen Denkwürdigkeiten ſagt Metternich, es ſei ihm ſchwer geworden, die Majeſtäten von Rußland und Preußen für ſeinen Plan mit Saint Aignan zu gewinnen: „Beide befiel die Beſorgniß, daß Napoleon im Vertrauen auf die Wechſelfälle der Zukunft mit raſchem und energiſchem Entſchluß durch die Annahme des Vorſchlags der Sache ein Ende machen könnte. Es gelang mir, auf die beiden Monarchen die ganze Macht der Ueberzeugung, von der ich beſeelt war, wirken zu laſſen, daß Napoleon nimmermehr freiwillig zu einem ſolchen Entſchluſſe kommen werde.“[1] Von ſeinem Glauben ganz abgeſehen, hätte ſich Metternich auf die Handhaben berufen können, die den Verbündeten ausdrücklich vorbehalten waren, um auf einem Congreß ohne Waffenſtillſtand doch jeden Frieden zu hintertreiben, der ihnen nicht genehm war. Aber für unſer Urtheil über ihn iſt nicht gleichgültig, ob er dieſen Glauben in dieſem Augenblick nachweislich gehabt hat oder nicht. Daß er während der ganzen Zeit ſeiner „Friedensvermittelung“ an ein Eingehen des ſiegreichen Napoleon ſelbſt auf ſehr mäßige Bedingungen niemals geglaubt hat, das wird heute wol nicht mehr bezweifelt werden. Aber wie ſtand es mit ihm in Frankfurt, als er dem Beſiegten von Leipzig die „natürlichen Grenzen Frankreichs“ bot?

Auf dieſe Frage antwortet ein Brief, den er dem Baron Saint Aignan an den Herzog von Vicenza, ſeinen alten Freund Caulaincourt, mitgab und den Lord Aberdeen ſeiner Depeſche Nr. 33 abſchriftlich beigelegt hat.

---

suivre leur cours.“ Aberdeen drückt ſich noch ſtärker aus: „On no account whatever would any armistice or truce be conceded, nor would the progress of military operations be interrupted.“

[1] „Nachgelaſſene Papiere“, I, 177.

Der Brief iſt datirt Frankfurt, 10. November 1813, und lautet wie folgt:

„Ich kann Herrn von Saint Aignan nicht abreiſen laſſen, ohne ihm ein Wort an Sie, Herr Herzog, mitzugeben. Ich wünſche mir Glück, daß ich einem Ihrer Verwandten perſönlich habe nützlich ſein können; Sie haben ſo ausgedehnte Rechte auf meine wahre Hochachtung, daß mir jede Gelegenheit, ſie Ihnen zu beweiſen, unendlich wohlthuend iſt. Herr von Saint Aignan wird Ihnen von unſern Unterredungen ſprechen. Ich erwarte mir nichts davon, aber ich werde von neuem meine Schuldigkeit gethan haben. Frankreich wird nie einen glücklichern Frieden ſchließen als den, zu welchem die Mächte heute bereit ſind und auch morgen bereit ſein werden, wenn ſie Niederlagen erleiden. Neue Erfolge können ihre Abſichten höher ſpannen. Entſchloſſen, die Waffen nicht niederzulegen, bevor ein wirklicher Zuſtand des Friedens erreicht iſt, ſind ſie es nicht minder, keiner aus der eigenen Mitte zu geſtatten, daß ſie jenes für Frankreich ſelber ſo unheilvolle Uebergewicht an ſich reiße, das ſie bekämpfen. Wird der Kaiſer verzichten wollen auf das, was dieſen Krieg veranlaßt hat? Wenn er es nicht thut, ſo bleibt uns keine andere Ausſicht mehr als die auf Umwälzungen ohne Zweck und ohne Grenze. Sie, Herr Herzog, werden das nicht tiefer beklagen können als ich. Dem Kaiſer habe ich zu Dresden geſagt, der Krieg zwiſchen Oeſterreich und Frankreich ſei wie ein Zweikampf im Dunkeln; für das, was die nächſte Zukunft bringt, finde ich gar keinen Vergleich, wenn der Kaiſer nicht Frieden macht. Herrn Otto habe ich im letzten December geſagt, dem Kaiſer von Oeſterreich werde es nur ein Wort koſten, um 50 Millionen Menſchen gegen die Herrſchaft Frankreichs aufzuſtürmen. Die Thatſachen haben gezeigt, daß ich nicht zu viel geſagt habe. Ich ſtehe für 400000 Deutſche ein, die zwiſchen heute und zwei Monaten unter Waffen ſein werden. Ich zweifle nicht, daß der Aufmarſch der verbündeten Heere an den Grenzen Frankreichs ſeiner Regierung große Rüſtungen erleichtern wird. Die Fragen werden verwickelter werden für die geſittete Welt, aber Napoleon wird keinen

Digitized by Google

Frieden machen. Dies iſt mein Glaubensbekenntniß, und nie wäre ich glücklicher geweſen, wenn ich mich täuſchen ſollte."

Mit dieſem Briefe in der Taſche reiſte Saint Aignan am 10. November nach Paris, ohne einen der beiden Kaiſer geſprochen zu haben. Dies letztere hebt Aberdeen mit großer Befriedigung hervor. Vermuthlich hat er den Geſinnungen nicht getraut, welche Kaiſer Franz vielleicht kundgegeben hätte, denn dieſer war, wie Metternich bezeugt, in Frankfurt faſt wieder ſo friedlich geſtimmt wie im Juni, wo er die Preußen und Ruſſen zur Verzweiflung brachte durch die Unerbittlichkeit, mit der er auf dem „Minimum" ſeiner vier Artikel beſtand.

Am Tage der Abreiſe Saint Aignan's hatte Aberdeen noch merkwürdige Dinge über den König Murat zu melden.

Dem hatte Metternich noch von Teplitz aus Ende September eine Art von Ultimatum geſchickt, in dem es hieß: „Oeſterreich iſt in der Lage, dem König die wichtigſten Mittheilungen ſeitens Englands und des Regenten von Sicilien zu machen, und es wäre zu wünſchen, daß er ſobald wie möglich jemand herſende, der ermächtigt wäre, ſie anzuhören und den Ungewißheiten ein Ende zu machen, welche noch über die Abſichten Sr. Majeſtät beſtehen. Der Gang der Ereigniſſe iſt für Frankreich ſo ungünſtig, daß der König ſich nicht verhehlen kann, wie bald es den wohlwollenden Geſinnungen des Kaiſers von Oeſterreich unmöglich werden muß, die Rache der Mächte wider den König von Neapel aufzuhalten und verſpäteten Anträgen deſſelben Gehör zu ſchaffen."[1] Anfang October war der Fürſt Cariati, der ſich längere Zeit in Wien aufgehalten hatte, zum Grafen Metternich nach Prag gereiſt und hatte ihm geſagt, es ſei ihm von Murat neuerdings keinerlei Nachricht zugegangen, aber er glaube, ſeine Geſinnungen ſeien unverändert die alten. Dann las er ihm eine Depeſche vor, die er an den König gerichtet hatte; darin war ſeine Lage in den düſterſten Farben gemalt und als einzige Rettung der Rath gegeben, Bona-

[1] Abſchrift ohne Datum in Aberdeen's Depeſche vom 25. September.

Digitized by Google

parte zu verlaſſen und durch Oeſterreich in ſein Land zurückzukehren.[1]

Als ein vorſichtiger Mann hatte Murat erſt die Kataſtrophe von Leipzig abgewartet, ehe er ſeinen Entſchluß faßte. Auf dem Rückzuge zu Erfurt trennte er ſich von ſeinem Schwager am 24. October; er ſchrieb ihm, die Lage ſeines Königreichs verlange unumgänglich ſeine Rückkehr, und ohne eine Antwort abzuwarten, reiſte er ab und machte nicht eher halt, als bis er in Baſel angekommen war.

Unterwegs ſandte er eine Ziffernddepeſche an Cariati, in welcher er ihm anzeigte, daß er am 4. n. M. in Neapel zu ſein hoffe: er brenne vor Verlangen, ſich zu rächen an Napoleon für alle Unbill, die er ihm zugefügt, und ſich mit den Verbündeten zum Kampf um einen gerechten und dauerhaften Frieden zu vereinen. Er ſprach die Abſicht aus, ſogleich bei ſeiner Ankunft den Krieg zu erklären und ſein Heer bis auf 80000 Mann zu verſtärken. Unverzüglich wollte er die päpſtlichen Staaten angreifen, um ſie zu ſeinem Vortheil zu erobern. Er ſei ſehr dankbar für die Aufmerkſamkeit und Nachſicht, welche Oeſterreich ihm erwieſen, und vertraue, die Verbündeten würden ihn nicht ſchlechter behandeln als den Kronprinzen von Schweden.[2] Lord Aberdeen verfehlte nicht, wiederholt darauf hinzuweiſen, daß mit Murat kein Abkommen getroffen werden dürfe, ohne daß für vollſtändige Entſchädigung der Bourbonen auf Sicilien Sorge getragen werde, und nur wenn er durch ſofortige Eröffnung der Feindſeligkeiten die Eroberung Italiens erleichtere, könne man ſich ſeinen unſinnigen Plan, im ehemaligen Kirchenſtaat Eroberungen zu machen, einſtweilen gefallen laſſen.

Am 11. November fertigte Metternich die Weiſungen aus, mit welchen der Ritter von Lebzeltern ſich nach der Schweiz begeben ſollte, um dieſe von Frankreich loszureißen und für den friedlichen Durchmarſch der Hauptarmee zu gewinnen. Dieſe Weiſungen ſind nie veröffentlicht worden, außer in der Beilage

---

[1] Aberdeen, Komotau, 9. October, „secret and confidential“.

[2] Aberdeen, Frankfurt, 10. November, „most secret“.

Digitized by Google

von Aberdeen's Depeſche Nr. 41 iſt eine Abſchrift derſelben vielleicht gar nicht mehr vorhanden; ſie laſſen den urſprünglichen, tadellos correcten Plan, nach dem Metternich hier verfahren wollte, in voller Klarheit erkennen und ſtehen im ſchroffſten Gegenſatz zu der Wendung, die der Graf Senfft als Werkzeug einiger ſchweizer Intriganten dieſen Dingen nachher allerdings nur vorübergehend gegeben hat. Dies die Gründe, weshalb wir ſie vollſtändig hierher ſetzen. Sie lauten, wie folgt:

„Der Ritter von Lebzeltern wird ſich unter einem angenommenen Namen nach der Schweiz begeben. Wir verſehen ihn mit einem in Abſchrift beiliegenden Briefe an unſern Miniſter in Bern. Herr von Schraut[1] iſt beauftragt, ihn mit ſeiner Perſonen- und Ortskenntniß zu lenken, und der Ritter von Lebzeltern wird im Einvernehmen mit ihm handeln.

„Der Zweck ſeiner Sendung iſt der, die Schweiz zu beſtimmen, daß ſie ſich der Bande entledige, welche ſie mit Frankreich verknüpfen, und ſich ihrer Unabhängigkeit in einem Augenblick verſichere, wo die günſtigſten Umſtände ihr Ausſicht darauf eröffnen.

„Der Landammann hat an Herrn von Schraut eben eine Note gerichtet, welche Herr von Lebzeltern ebenſo wie die Antwort unſers Miniſters hier beigeſchloſſen findet. Die Centralregierung der Schweiz wünſchte am 20. October eine formelle Anerkennung der Neutralität der Republik. Sie kannte damals nicht die großen militäriſchen Ereigniſſe, welche uns an den Rhein geführt und die gegründete Hoffnung gegeben haben, daß Italien demnächſt erobert ſein wird.

„Das Intereſſe der Sache der Verbündeten, welches nicht weniger auch das Intereſſe der Schweiz iſt, erſcheint uns zu klar, um zu zweifeln, ob die Schweiz in dem Augenblick, da unſere Anſtrengungen vom glänzendſten Erfolge gekrönt ſind, ſich weigern könnte, einer Neutralität zu entſagen, welche die

[1] In den „Mémoires du Comte de Senfft" iſt beharrlich „Schrant" gedruckt.

verbündeten Mächte in ihrer gegenwärtigen Geſtalt nicht zu=laſſen können.

„Die Neutralität eines Staats beſchränkt ſich nicht auf die ſeines Bodens. Frankreich benutzt die Hülfsquellen der Schweiz gegen uns; das Blut der Schweizer fließt in den Reihen der Franzoſen: eine ſo einſeitige Neutralität zuzugeben, fühlen wir uns nicht länger berufen; wir müſſen darauf beſtehen, daß die Cantone ihre Contingente zurückrufen. Dieſes Vorgehen ihrerſeits würde allerdings einem Umſturz der Mediationsacte gleichkommen; einmal zu dieſem Schritt entſchloſſen, müßte die Schweiz ſich überlegen, ob nicht ein einfacher Rücktritt von ihren conſtitutio=nellen Beziehungen zu Frankreich nützlicher erſetzt würde durch die förmliche und laut ausgeſprochene Erklärung der Abſicht, ihre Intereſſen mit denen Europas zu verbinden, das ſich wider den Misbrauch der Gewalt einer einzigen Macht zuſammenge=ſchart hat, durch dieſe That würde ſie ſich Anrechte auf das Wohlwollen der Mächte erwerben, und dieſe entbehren der Mittel nicht, ihr Beweiſe dieſer Geſinnung zu geben.

„Der Ritter von Lebzeltern wird ſich gleich nach ſeiner An=kunft und nach Rückſprache darüber mit Herrn von Schraut zu dem im Dienſt befindlichen Landammann begeben. Er wird ihm das beiliegende Schreiben überreichen und ſich über die Motive ſeiner Sendung in dem oben angegebenen Sinne ausſprechen.

„Er wird hinzufügen:

„1) Daß die militäriſchen Operationen unſere Armeen ſehr nahe an die Grenzen der Republik heranführen werden; daß folglich die verbündeten Mächte wiſſen müſſen, wie ſie zu dieſem Staate ſtehen.

„2) Daß die verbündeten Höfe, obwol feſt entſchloſſen, die ünftige Neutralität der Schweiz unter die Bürgſchaft der Groß=mächte Europas zu ſtellen, einen Staat nicht als neutral an=erkennen können, welcher mit Frankreich verbündet und ver=faſſungsmäßig verpflichtet iſt, dieſer Macht ein Contingent zu ſtellen, daß mithin die Schweiz ſich darüber zu erklären hätte, ob ſie ihre in Frankreichs Sold ſtehenden Regimenter abberufen und auf die Mediationsacte verzichten will.



Digitized by Google

„3) Daß die Schweiz in dieſem Fall ſich entweder für ihre Neutralität oder für ein Bündniß mit den augenblicklich verbündeten Mächten auszuſprechen hätte.

„4) Um dieſe doppelte Lage der Dinge näher zu beſtimmen, werden die Mächte bereit ſein:

„a) im Fall daß die Schweiz einfach ihre Neutralität aufrecht erhalten wollte, dieſe Neutralität anzuerkennen, indem ſie für ihre Armeen nur den Durchmarſch durch ihr Gebiet verlangen, wenn militäriſche Rückſichten eine ſolche Maßregel erheiſchen ſollten. Sie werden der Schweiz für die Epoche des allgemeinen Friedens ihre gegenwärtige Ausdehnung gewährleiſten und in dieſe Gewährleiſtung eine Anerkennung der künftigen Neutralität der Schweiz aufnehmen.

„b) Falls die Schweiz geneigt wäre, ſich der gemeinſamen Sache anzuſchließen, würden die Mächte folgende Verpflichtungen übernehmen: die Waffen nicht niederzulegen, bevor dem ſchweizer Bunde die jüngſt entriſſenen Gebietstheile, nämlich der Canton Teſſin und das Land Wallis, zurückerſtattet, und bevor die ganze und volle Unabhängigkeit der Schweiz in allen adminiſtrativen und politiſchen Beziehungen unter die Garantie der Mächte geſtellt wäre.

„Gleichermaßen würden ſie ſofort bei der britiſchen Regierung ſich darum bemühen, daß der Schweiz die Verfügung über die auf der Bank zu London hinterlegten Fonds zurückgegeben werde.

„Die jetzt im Solde Frankreichs ſtehenden ſchweizer Regimenter werden in den der verbündeten Mächte übergehen. Der Ritter von Lebzeltern wird in dieſem Punkt alle Erleichterungen in Ausſicht ſtellen, z. B. daß die Truppen ſogar ein beſonderes Corps unter einem ſchweizeriſchen General bilden könnten und nur dem Obercommando der Heere untergeben wären.

„Der Ritter von Lebzeltern wird als eine ganz beſondere Aufmerkſamkeit das Incognito geltend machen, in dem man ihn nach der Schweiz gehen läßt. Er wird nicht verfehlen anzumerken, daß je mehr wir in der Lage ſind, nur das allgemeine Intereſſe der von uns vertheidigten Sache zu berückſichtigen, um ſo größer auch unſer Recht iſt, bei den Herren von der hel-

Digitized by Google

vetiſchen Regierung die Mäßigung zu betonen, welche die Beſchlüſſe der verbündeten Höfe leitet und die wir ſogar in den Formen bis zur Aengſtlichkeit treiben.

„Da Se. Majeſtät der Kaiſer von Rußland beſchloſſen hat, einen mit dem unſerigen gleichartigen Anwurf zu thun, und den Grafen von Capo d'Iſtria beauftragt hat, ſich gleichfalls nach der Schweiz zu begeben, ſo wird ſich der Ritter von Lebzeltern über alle Schritte mit dieſem beſprechen und nicht anders als im engſten Einvernehmen mit ihm handeln.

„Er wird Sorge tragen, uns über den Gang ſeiner Unterhandlung ſo vollſtändig als möglich auf dem Laufenden zu halten. Se. kaiſerl. Majeſtät vertraut ſeinem erprobten Eifer, daß er bei Führung dieſer wichtigen Angelegenheit die den Umſtänden angemeſſenſten Formen finden wird; wir empfehlen ihm die des Vertrauens und der wärmſten Theilnahme an dem wahren Wohlergehen der Schweiz.

„Namentlich darüber wird er keinen Zweifel aufkommen laſſen, daß den Mächten jeder Gedanke daran fern liegt, ſich auch nur im allermindeſten (le moins du monde) in die Verfaſſungsformen oder irgendwelche Angelegenheit der innern Verwaltung der Republik einzumiſchen, und daß ſie glauben werden, eins der großen Ziele ihrer Bemühungen erreicht zu haben, wenn die Schweiz durch eine weiſe und kräftige Mitwirkung dazu beitragen würde, aus dem großen Kampf des Augenblicks die Unabhängigkeit und Freiheit hervorgehen zu laſſen, auf welche die verbündeten Souveräne all ihr Abſehen gerichtet haben."

Der mit dem gleichen Datum des 11. November verſehene Brief des Fürſten Metternich an den Landammann lautet:

„Die Gefühle, welche der Kaiſer, mein erhabener Herr, jederzeit der Helvetiſchen Republik gewidmet hat, beſtimmen ihn, ſich mit ihr in unmittelbaren Verkehr zu ſetzen, in einem Augenblick, welcher für das Schickſal Europas von der größten Wichtigkeit iſt. Der Ritter von Lebzeltern, Hofrath Sr. kaiſerl. Majeſtät, wird die Ehre haben, E. E. dieſen Brief zu übergeben. Ich bitte E. E., ihm volles Vertrauen zu ſchenken. Der Kaiſer hat mir



Digitized by Google

befohlen, ihn ohne erkennbare Eigenſchaft nach der Schweiz zu ſenden, um die Regierung nicht im Augenblick der erſten Eröffnungen in Verlegenheit zu ſetzen. Die Nothwendigkeit der freimüthigſten Auseinanderſetzungen wird E. E. nicht entgehen."

Drei Tage ſpäter ward Graf Bombelles nach Kopenhagen geſchickt, um den däniſchen Hof endlich von Frankreich loszureißen und ihm den Anſchluß an die Verbündeten unter Bedingungen anzubieten, welche ſehr viel günſtiger waren als die, welche Schweden zuletzt geſtellt: nämlich Abtretung von Drontheim an Schweden, aber ohne jede Verpflichtung wegen des übrigen Norwegen, vielmehr Eintreten Oeſterreichs für das Verbleiben deſſelben bei Dänemark und für die Auswirkung eines Erſatzes für Drontheim.[1] Dieſes wie das vorhergehende Actenſtück gehört zu den Beweiſen dafür, daß der Entſchluß, den Krieg gegen Napoleon im größten Umfang fortzuſetzen, durch die Sendung Saint Aignan's nicht im mindeſten beeinflußt worden iſt; wie denn die alte Vorſtellung nicht länger aufrecht erhalten werden kann, als hätte es ſchon in Frankfurt eine „Friedenspartei" unter den Verbündeten gegeben und als wäre dort der Gedanke einer Einſtellung des Krieges überhaupt je in Frage gekommen. Wie wenig das der Fall war, zeigt insbeſondere die Art, wie nach Abſendung Saint Aignan's gegenüber Napoleon verfahren worden iſt.

Am 16. November ſchrieb Aberdeen: „Eine Antwort wird von Bonaparte in zwei oder drei Tagen erwartet; ſollte ſie ausbleiben, ſo wird nicht geſäumt werden, Europa und Frankreich die Grundſätze bekannt zu machen, nach welchen die Verbündeten gehandelt haben und welche auch ferner ihren Gang beſtimmen werden. Sie werden ſich auf die Friedensbedingungen verpflichten, die ſie ſchon vorgeſchlagen haben und von denen ſie niemals abzugehen entſchloſſen ſind. Dabei wird eine weit kräftigere und entſchiedenere Proclamation erfolgen als die, deren Unterdrückung

[1] Die Inſtruction iſt datirt Frankfurt, 14. November 1813, und liegt Aberdeen's Depeſche Nr. 41 bei.

Digitized by Google

ich neulich bewirkt habe."[1] Als bis zum 24. noch immer keine Antwort, ſondern nur allerlei Gerüchte von einer friedlichen Wendung in Paris und von der Wahl Manheims als Congreßort eingelaufen waren, gaben Metternich und Schwarzenberg dem Lord Aberdeen die Verſicherung, ſie würden, falls es wirklich zu Unterhandlungen komme, *unter keinen Umſtänden einen Waffenſtillſtand zugeſtehen, und erſt am Tage der Unterzeichnung des Friedens würden die Feindſeligkeiten ein Ende nehmen.* In Unterhandlungen ſelbſt aber würden ſie nicht eher willigen, als bis die von den Verbündeten vorgeſchlagene Grundlage „unzweideutig" angenommen ſei.[2]

Am Tage darauf lief endlich ein vom 16. November datirtes Schreiben des Herzogs von Baſſano ein, welches unter völligem Stillſchweigen über den Inhalt der frankfurter Vorſchläge, zur Verſammlung eines Friedenscongreſſes in der zu neutraliſirenden Stadt Manheim einlud und ſchließlich nur ſagte, ein Friede auf Grundlage der Unabhängigkeit aller Nationen ſowol zu Lande als zur See ſei immer der Wunſch und das Ziel des Kaiſers geweſen. Darauf antwortete Metternich am 25. November ſofort, einem Friedenscongreß in Manheim ſtehe nichts im Wege, ſobald Napoleon die vorgeſchlagenen Friedensgrundlagen angenommen haben werde, dies aber ſei in dem Schreiben vom 16. ganz und gar nicht geſchehen. Nun ſollte mit dem Erlaß der Proclamation nicht länger gezögert werden. Am 28. November ſchrieb Aberdeen: „Heute Morgen zeigte mir Fürſt Metternich den Entwurf der zu erlaſſenden Proclamation. Er iſt beredt und eindringlich, darauf berechnet, das franzöſiſche Volk zu gewinnen (conciliate), und enthält keinen heftigen Ausfall auf die Regierung; aber die *Alpen*, der *Rhein* und die Pyrenäen ſind als Grenzen des franzöſiſchen Reichs und als der große Gegenſtand bezeichnet, für den die Verbündeten ſtreiten. Die Proclamation erklärt, daß die verbündeten Mächte die Waffen niemals niederlegen werden, bis ſie die Unabhängigkeit Europas

---

[1] Vgl. S. 25/26.

[2] Aberdeen an Caſtlereagh, Frankfurt, 24. November.

Digitized by Google

durch Zurückführung Frankreichs in dieſe Grenzen geſichert haben, daß ſie mehr als das nicht verlangen, ſelbſt wenn ſie es erſt auf franzöſiſchem Boden durchſetzen ſollten, aber daß ſie auch mit Geringerm ſich nicht begnügen werden, wenn das Glück ihren Waffen ſo ungünſtig ſein ſollte, wie bisher denen des Feindes.

„Fürſt Metternich wartet nur auf die Rückkehr des Kaiſers Alexander aus Darmſtadt, um ihm die Proclamation zur Kenntnißnahme und Billigung zu unterbreiten. Dann wird ſie ſofort veröffentlicht und alles aufgeboten werden, um ſie in ganz Frankreich zu verbreiten.“

Der vorſtehend beſchriebene Text iſt nun aber glücklicherweiſe nicht zur Veröffentlichung gelangt. Das Manifeſt, das nachher mit dem Datum „Frankfurt a. M., 1. December 1813“ im Druck erſchien, iſt nicht vor dem 4. December feſtgeſtellt worden und wich ganz erheblich ab von der Skizze, welche Aberdeen am 28. November geſehen hatte. Er ſchrieb am 4. December: „Ich habe mehrere Unterredungen mit dem Fürſten über den Gegenſtand gehabt und habe mehrere Entwürfe von verſchiedener Faſſung geſehen. Die gegenwärtige iſt ſtark verſchieden von derjenigen, die ich neulich geſehen und in meiner Depeſche Nr. 47 erwähnt habe. Wir fanden angemeſſen, die Grenzbeſtimmung: Alpen, Rhein und Pyrenäen, wegzulaſſen, infolge der günſtigen Wendung, welche die Sachen in Holland genommen haben. Von dieſer Veränderung abgeſehen, zeigt die Proclamation, welche ich einzuſchließen die Ehre habe, keine Verbeſſerung. Ich finde zwar nichts Beſonderes daran auszuſetzen, aber die Sprache iſt kraftlos, es fehlt ihr an Geiſt und Leben.“

Das frankfurter Manifeſt war in der That ein überaus mattes, lendenlahmes Actenſtück, aber wichtiger als alles, was Beredtes darin hätte ſtehen können, war doch das, was in elfter Stunde noch geſtrichen worden war. Es war gerade genug und mehr als das, wenn hier die Mächte vor ganz Europa erklärten, ſie wollten „ein großes, ſtarkes und glückliches Frankreich, weil ein ſolches eine der Grundlagen des Baues der Geſellſchaft ſei“, und Frankreich „eine Gebietsausdehnung“ zuſicherten, „wie

es ſie unter ſeinen Königen nie geſehen habe". Aber es ſtand wenigſtens nichts von den „natürlichen Grenzen": Rhein, Alpen, Pyrenäen, darin und es fehlte auch das Gelübde, das zu Châtillon nachher bitter bereut worden wäre, mehr als dieſe ſelbſt dann nicht zu fordern, wenn nur auf franzöſiſchem Boden Frieden geſchloſſen werden könnte. Von der unnatürlichen Feſſel, die ſich die Verbündeten durch ſolche Erklärung angelegt hätten, war doch das Manifeſt freigeblieben, und es iſt einer der auffallendſten Gedächtnißfehler, daß Metternich in ſeinen Denkwürdigkeiten gerade hierüber eine offenkundig falſche Angabe macht. Daß er die Verbreitung der Proclamation, die in 20000 Exemplaren über den Rhein geworfen und nach allen Punkten Frankreichs verſendet worden ſei, „gleichzeitig" mit der Abſendung Saint Aignan's geſchehen läßt, während ſie erſt volle vier Wochen ſpäter erfolgte, ſei als nicht ſehr weſentlich nur nebenbei bemerkt. Anders ſteht es mit dem, was folgt: „Später erfuhr ich durch den Fürſten Neufchâtel, daß das erſte Exemplar, welches man an den Mauern von Paris groß angeſchlagen fand, durch Savary, damaligen Polizeiminiſter, dem Kaiſer Napoleon gebracht wurde, der, indem er es las, ſagte: «Dieſes Schriftſtück kann niemand anders als Metternich verfaßt haben. Vom Rhein, den Alpen und den Pyrenäen zu ſprechen, dazu gehört eine vollendete Schlauheit. Nur einem Mann kann dies in den Sinn kommen, der Frankreich ſo gut kennt als er.»"[1] Wir haben geſehen, daß die Redensart vom Rhein u. ſ. w. nur in den geheimen Aufträgen Saint Aignan's vorgekommen, aus dem Manifeſt aber mit gutem Bedacht weggelaſſen worden war; dieſer Weglaſſung hätte ſich Metternich erinnern müſſen und ſogar rühmen können, wenn er der Folgen gedachte, die dadurch vermieden worden ſind. Daß er weder das eine noch das andere that, iſt aus dem Gedanken zu erklären, der ſeinen ganzen Rückblick beherrſcht, wie er denn auch ſein damaliges Handeln beherrſcht hat. Das Manifeſt war die erſte der öffentlichen Maßregeln, welche beſtimmt waren,

[1] „Nachgelaſſene Papiere", I, 187.

Digitized by Google

Frankreich von Napoleon zu trennen, den Despoten im eigenen Lande zu entwurzeln und den Franzoſen, die er fort und fort zur Schlachtbank ſchleppte, klar zu machen, daß außer dem Frieden, für den die Verbündeten fochten, entſchloſſen, auszuharren bis ans Ende, für ſie ſelber keine Rettung, daß er für die berechtigte Machtſtellung ihres Landes keine Gefahr und daß ſein einziges Hinderniß eben der Kaiſer und nur der Kaiſer ſei. Und dieſe Wirkung iſt auch nicht vollſtändig verfehlt worden, wie die meuteriſche Stimmung des Geſetzgebenden Körpers zeigte, der der Bericht Lainé's über die Friedensfrage am 28. December zum höchſten Verdruſſe des Kaiſers Ausdruck gab.

Digitized by Google

# Wirthſchaft und Recht der Franken

## zur Zeit der Volksrechte.

Von

**Dr. Karl Lamprecht** in Bonn.

Digitized by Google

Etwa mit dem 5. Jahrhundert ſchließt die Zeit der fränkiſchen Anſiedelungen und Wanderungen, jene Epoche, in welcher die deutſchen Volkskräfte am Mittel- und Niederrhein immer ungeſtümer und maſſenhafter die Grenzen des verfallenden Römerreichs überfluten und jenſeit des Rheins neue Sitze ſuchen.[1]

Am früheſten war der Andrang der deutſchen Völkerſchaften am Niederrhein erfolgreich; hier befinden ſich die ſaliſchen Franken ſchon um die Mitte des 4. Jahrhunderts theilweiſe ſüdlich vom Mündungslande des Rheins und der Maas. Aber ſeit dem Eintritt in ehemaliges Römergebiet verlaufen ihre Wanderungen langſamer. Von den kaiſerlichen Heeren kaum geſtört, vielfach noch als Bundesgenoſſen des Reiches betrachtet, ſchieben ſie ſich von den Ufern der Maas und Schelde bedächtig durch Toxandrien nach Süden; wo nur der Pulsſchlag der römiſchen Verwaltung in den äußerſten Gliedern des Imperiums ſtockte,

---

[1] Die folgende einleitende Schilderung der fränkiſchen Anſiedelungen und Wanderungen beruht auf genauern Studien, welche ich in der „Zeitſchrift des Aachener Geſchichtsvereins" (Bd. IV) veröffentlicht habe; vgl. auch meinen Aufſatz über „Fränkiſche Anſiedelungen und Wanderungen im Rheinland" in der „Weſtdeutſchen Zeitſchrift", I, 122—144. Neuerdings hat über daſſelbe Thema umfaſſend auch Schröder gehandelt; vgl. namentlich „Die Herkunft der Franken", in Sybel's „Hiſtoriſcher Zeitſchrift", XLIII, 1—66, und „Die Franken und ihr Recht", in der „Zeitſchrift der Savigny-Stiftung. Germaniſtiſche Abtheilung", II, 1—82.

Digitized by Google

da dringt von Norden her mit ruhiger Sicherheit fränkiſcher Einfluß vor. Schon der Beginn des 5. Jahrhunderts ſieht die Salier in den Gegenden celtiſch-romaniſcher Cultur; eine Generation ſpäter befindet ſich der Stamm, monarchiſch feſter als bisher gegliedert, im Beſitze großer celtiſcher Städte.

Während aber von nun ab die jugendliche Kraft des merovingiſchen Königshauſes unter der Vorſpiegelung römiſcher Bundesgenoſſen- und Unterthanſchaft nach Süden vordringt, wird der ſalfränkiſche Stamm im weſentlichen im Südweſten des weitverzweigten Flachgebietes der Schelde ſeßhaft; hier ſcharen ſich die Volksgenoſſen dicht aneinander; Dörfer fränkiſcher Namensbildung bedecken noch jetzt das Land in geſchloſſener Maſſe. Das iſt die Gegend, in deren Cultur die Lex Salica einführt.

Aber nach den Saliern zogen deutſche Hintermänner in die verlaſſenen und bis ſpät in das Mittelalter wenig fruchtbaren Gegenden Toxandriens: Angeln und Wariner, welche auf vielfachen Raubfahrten zur See tief bis zu den franzöſiſchen Küſten der Loire- und Seinemündung verſchlagen endlich hier und an den gegenüberliegenden Geſtaden Englands Ruhe fanden. Aber ſie brachten es in der neuen Heimat nicht zu ſtaatlicher Selbſtändigkeit; wie das fränkiſche Königthum ſich nach Süden erbreiterte, ſo hielt es nach Norden hin an den einmal erworbenen Landen feſt. Gerade hier erprobte der fränkiſche Stamm am früheſten ſeine wunderbare Kraft zur Zerſetzung fremder Stammeseigenheit; wie ſpäter das fränkiſche Recht alle deutſchen Stammesrechte durchdrang und feſt in ſich aufſog, ſodaß nur der große Gegenſatz römiſcher und fränkiſcher Rechtsanſchauung übrigblieb[1], ſo griff es hier zum erſten mal den Stammescharakter des angliſchen und wariniſchen Volks wenigſtens im Rechte an. Die Lex Angliorum et Werinorum, die noch immer überwiegend aber fälſchlich den Thüringern im Herzen Deutſch-

---

[1] Vgl. Sohm, „Fränkiſches Recht und Römiſches Recht“, in der „Zeitſchrift der Savigny-Stiftung. Germaniſtiſche Abtheilung“, I, 1—84; auch als Separatabdruck erſchienen.

Digitized by Google

lands zugeſchrieben wird, begreift ſalfränkiſches Recht in ſich mit geringen Reſten eines ehemaligen angliſch-wariniſchen Particularrechts.

Neben den Saliern breiteten ſich andere fränkiſche Volksmaſſen von Nordoſten, vom Rheinknie her aus, mit denen ſich vielfach wieder ein vom mittelrheiniſchen Oſten her erfließender Beſiedelungsſtrom oberfränkiſchen Charakters kreuzte. Es ſind die Völkerſchaften der Chamaven und Chattuarier, der Ripuarier und der Chatten, deren Geſchicke ſich auf dieſem zweiten Schauplatz der fränkiſchen Stammesbewegung, zwiſchen Maas und Rhein, abſpielen.

Schon früh — am eheſten von allen Franken, wenn man will ſchon im 2. Jahrhundert — wurden die Chatten im heutigen Heſſen und Naſſau unruhig; hatten ſich doch ſchon vor Cäſar's Zeit größere Theile von ihnen abgezweigt und waren nach den Niederlanden gezogen, um als Bataven und Canninefaten in dem ſalfränkiſchen Stamm aufzugehen. Der zurückgebliebene größere Theil der Chatten aber ſtrebte unabläſſig nach Südweſten und Weſten, ſeit dem 3. Jahrhundert warf er mit Erfolg eine verwegene Schar nach der andern in die Thäler der Nahe und Moſel. Es bildeten ſich Colonien, endlich eine chattiſche Bevölkerungskruſte, welche beſonders dicht das Nahethal bis zur Saar, ja das Land bis Metz und Luxemburg bedeckte und weniger ſtark an der Moſel fühlbar wurde. Gerade dies große Verbreitungsgebiet und dieſe ungemeine Ausdehnungskraft wurde den heſſiſchen Franken verderblich, ſie ſaßen zu vereinzelt in der Fremde, um zu einem einheitlich ausgebildeten Stammesleben zu gelangen. Sie haben kein Reich gegründet, keine Grenzen politiſcher oder kirchlicher Natur auf weitere Strecken geſchaffen, ſie haben keinen Stammestypus und keine Stammesmundart ausgebildet, welche in der Gegenwart noch an ſie erinnerten, ſie haben endlich kein Recht hinterlaſſen, das die Cultur ihrer früheſten Vergangenheit aufhellte.

Chattiſche und ſaliſche Franken traten kaum miteinander in unmittelbare und folgenreichere Berührung, zwiſchen ſie ſchob ſich das ardenniſche Waldgebirge ein, die Vasta Ardinna, wie

Digitized by Google

es noch in ſpäter Karolingerzeit heißt, eine nur wenig bebaute und ſpärlich von Einwohnern celtiſcher Zunge bevölkerte Einöde. Aber dieſer Ardennenwald und die neue Heimat der Oberfranken ſchloſſen nach Norden zu ein buchtenartiges Gebiet ab, gegen welches namentlich die Ripuarier und die Chamaven von Norden und theilweiſe von Oſten her vordrangen.

Die Völker, aus welchen ſich durch Gruppirung um den feſten Kern der Amſivarier die ripuariſche Stammesgenoſſenſchaft bildete, ſaßen urſprünglich um Ruhr und Lippe, ihr Ausbreitungs- und Eroberungstrieb wies ſie daher geraden Weges nach Weſten. Daſſelbe war bei den Chattuariern der Fall, welche nordweſtlich von jenen, etwa gegenüber Xanten wohnten.

Beide Völker ſetzten zunächſt über den Rhein, die Chattuarier nahmen das Land etwa zwiſchen Kleve und Geldern, den ſpätern Hatteragau ein, die Ripuarier dagegen drangen auf Köln. Erſt hier zeigte ihnen die Cultur Roms mit Sicherheit die ſüdweſtliche Richtung, die Römerſtraße Köln-Trier wurde ihr Führer, und ſo kamen ſie in die reichgeſegneten Nordabhänge der Eifel von Bonn bis Zülpich und noch einige Meilen weiter nach Weſten. Dieſe Gegenden wurden in hervorragendem Maße zur neuen Heimat des Stammes, hier liegen die Anſiedelungen nachweisbar ripuariſchen Charakters am dichteſten beieinander. Aber die Stammesgenoſſen zogen doch weiter nach Süden, längs der Römerſtraße bedeckte ſich die Eifel mit Frankendörfern, an der mehrmaligen Einnahme Triers im Beginne des 5. Jahrhunderts werden ſich auch die Ripuarier betheiligt haben. Es war ein großes Land, welches die Uferfranken ſich erſchloſſen hatten; aber gerade aus dieſem Grunde erging es ihnen ähnlich wie den heſſiſchen Franken. Zwar war ihre neue Heimat nicht ſo ausgedehnt wie die der chattiſchen Anſiedler, und ſüdlich von ihnen ſaß keine celtiſch-romaniſche Bevölkerung, ſondern eben dieſe chattiſch-deutſche, auch war das ſpätere Ripuarien nicht in gleicher Weiſe von römiſcher Cultur getränkt wie die Saar- und Moſellande. Das alles erklärt, warum die Ripuarier ſich ſelbſt in Stammesart und deutſchem Sinn erhielten, wenn auch nur in gewaltigem Ringen mit den romaniſchen Elementen

der Landescultur und Landesbevölkerung, deren Spuren noch in der Lex Ripuaria deutlich genug durchſcheinen.

Durch den von Chattuariern und Ripuariern eingeſchlagenen Weg waren die Chamaven, in der Gegend um die Yſſel, von ihrer natürlichen Beſiedelungsrichtung direct nach Süden abgedrängt, ihre Wanderungen ergoſſen ſich daher zerſtreut nach den Gegenden weſtlich der Maas bis tief in das Gebiet der Angeln und Wariner. Nur die nördlichſten Uferlandſchaften der Maas blieben ihnen; hier ragte ihr Stammesthum im Maas- (und Mühl-?)gau wenigſtens mit einer kurzen Landzunge bis über Maſtricht hinaus nach dem erſtrebten Süden. Im übrigen aber war ihnen nur nach Weſten und Norden, an beiden Ufern des Zuiderſees entlang Raum zur Anſiedelung gelaſſen; dort lag ihre Zukunft, ſie war im Streit mit Frieſen und Sachſen, nicht mit Rom zu erringen. Und ihr Geſetzbuch, frei von allen Spuren römiſchen Wiſſens, zeigt an der Aufnahme namentlich frieſiſcher Eigenheiten, wie tiefgehend das gegenſeitige Durcheinanderſchieben der chamaviſchen und frieſiſchen Stammesbeſtandtheile an den Grenzen geweſen ſein muß.

Ueberblickt man die Ausſichten der vier fränkiſchen Volksgruppen, wie ſie aus ihren eben erzählten Schickſalen während der Anſiedelung und Wanderung folgen, ſo ergeben ſich die größten Verſchiedenheiten: die chattiſchen Franken zerſtreut, in ihrer Stammescultur durch die überwältigende Civiliſation der Beſiegten erſchüttert; die Ripuarier in der halben Noth der Chatten, für die Rettung der eigenen Nationalität mit den Unterworfenen wie für die äußere Selbſtändigkeit mit von Süden her eingedrungenen alamanniſchen Scharen kämpfend; die Chamaven nach Norden zu abgedrängt und auf den Weg einer unfruchtbaren Entwickelung verwieſen. Dieſen drei Stammesgruppen ſtehen die Salier gegenüber, feſtgewurzelt in der neuen Heimat, kräftig vertreten durch ein ſchon früh einheitliches Königthum, von unverfälſchter Stammescultur, durch die Initiative ihrer Könige zunächſt in günſtigem Gegenſatz zu Roms verführeriſchen Reizen — dazu in der vortheilhafteſten ſtrategiſchen Stellung für Abwehr und Angriff, im Rücken vom Meere gedeckt wie von den

Sumpfniederungen der Scheldemündung und den undurchdringlichen Mooren und Wäldern des Oſtens. Aus dieſer Lage der Dinge ergibt ſich eine naturgemäß zu Gunſten der Salier verlaufende Entwickelung. Die Ripuarier kommen unter die Herrſchaft der Merovinger wie die Chamaven und Chatten; nach wenigen Generationen haben die fränkiſchen Stämme einen Herrn, gehorchen einem Herrſchergebote, ja fühlen ſich im ganzen als ein Stamm unter ſalfränkiſcher Führung. Das drücken die Geſetze der Ripuarier und Chamaven aus, wenn das erſte von ihnen ſich frei an die Lex Salica anlehnt, das zweite ſich geradezu als particularrechtliche Aufzeichnung der Lex Salica gibt; das war noch viel einfacher und gründlicher in der Reception ſalfränkiſchen Rechtes durch die Oberfranken ausgeſprochen.[1]

Mit dem politiſchen Uebergewicht der Salier war für die Franken trotz einzelner Verſchiedenheiten ein Rechtsgebiet geſchaffen, das hieraus folgende Schlußergebniß eines im weſentlichen einheitlichen materiellen Rechts trat ſpäteſtens mit dem 8. Jahrhundert ein. Es iſt das eine um ſo beachtenswerthere Thatſache, je bedeutender der Einfluß des Rechts auf jeder niedern Culturſtufe angenommen werden muß. Noch ſind in ſolchen Zeiten die Exiſtenzbedingungen einfach und für alle faſt gleich geartet, darum unterwirft ſich faſt die geſammte reale Cultur der Wirthſchafts- und Machtbeziehungen leicht und beinahe ausnahmslos der formalen Betrachtung und Eintheilungsweiſe des Rechts. Die Cultur dieſer Zeiten ſpiegelt ſich aber um ſo allſeitiger im Rechte wider, als die geiſtigen Intereſſen der Kunſt und Dichtung noch wenig geweckt ſind, und die religiöſen Anſchauungen noch überwiegend eine einheitliche Auffaſſung der Außenwelt anſtreben, womit ihr Reflex in der Rechtsſymbolik nothwendig an Bedeutung gewinnen muß. Gebiete gleichen Rechts ſind darum auf niedrigen Culturſtufen in beſonders weitgehendem Sinne auch Gebiete einheitlicher Zuſtände;

---

[1] Vgl. Schröder, „Forſchungen zur deutſchen Geſchichte", XIX, 139—144.

es wird der Geſchichtsforſchung möglich, in dieſem Falle rein aus den Rechtsaufzeichnungen ein ziemlich vollſtändiges Bild der beſtehenden Cultur zu entwerfen. Unter Billigung dieſer Geſichtspunkte wird man wegen der raſchen Ueberwältigung der fränkiſchen Particularrechte durch die Rechtsgrundſätze der Lex Salica eine im weſentlichen einheitliche Cultur der Frankenſtämme von vornherein für wahrſcheinlich halten und den Verſuch wagen dürfen, vorwiegend nach den Rechtsaufzeichnungen ein Bild der fränkiſchen Stammescultur nach ihren Hauptrichtungen zu entwerfen.[1]

Alle fränkiſchen Rechte ſetzen einen Zuſtand vorwiegend landwirthſchaftlicher Beſchäftigung der Bevölkerung voraus, ſie bieten Rechtsſyſteme der übermächtigen Urproductionen. Das Dorf iſt mithin nach ihnen der eigentliche Standort, der claſſiſche Schauplatz der wirthſchaftlichen Beſchäftigungen, an ſeine Einrichtung und die Organiſation des Landbaues knüpft ſich die geſammte Entwickelung der realen Cultur. Indeß darf man ſich das Dorf der fränkiſchen Stammeszeit nicht den uns geläufigen Vorſtellungen entſprechend denken, namentlich kann es nicht nach einer noch immer beliebten Anſchauung im ſchroffen Gegenſatz zum Anbau ganzer Gegenden im Einzelhofſyſtem gefaßt werden. Der Ausdruck „villa“ in der Lex Salica bedeutet eine Anſiedelung von einem oder mehrern Höfen und iſt daher auf das Hofſyſtem und das Dorfſyſtem gleich anwendbar.[2] Soll man

[1] Es ſind dabei im Folgenden weſentlich nur die Volksrechte (LL. Sal., Rip., Cham., Angl. et Werin.) zu Rathe gezogen. Die Rechtsformeln ſind für die hier geſtellte Aufgabe deshalb nur ſelten und nur als Hülfsmaterial brauchbar, weil ſie auf das im Auge behaltene fränkiſche Stammesgebiet nur ſelten direct Bezug nehmen; Analogiefolgerungen aber würden die an ſich ſchon ſchwierige Forſchung mehr verwirren als aufklären und vorwärts führen.

[2] Vgl. Waitz, „Altes Recht der ſaliſchen Franken“, S. 124; von Inama-Sternegg, „Deutſche Wirthſchaftsgeſchichte“, I, 207, 397; Sal. (ich citire nach Heſſels-Kern, „Lex Salica“, London 1880) 39 4 von Cod. 2 ab iſt „villa“ gleich Dorf; Hof dagegen, „alah“, Behauſung bedeutet es Sal. 42 6; Rip. 60. Zweifelhaft bleibt Sal. 14 5 6, indeß gibt

indeß aus frühern Quellen auf die Vertheilung von Hof und Dorf zur Zeit der fränkiſchen Anſiedelungen und Wanderungen ſchließen, ſo wird ſich wenigſtens für die Rheinlande eine den noch heute beſtehenden Verhältniſſen entſprechende Ausdehnung des reinen Hofſyſtems am Niederrhein und um Aachen, im übrigen aber die Geltung des Dorfſyſtems behaupten laſſen.[1]

Hof oder Dorf waren mit einem Paliſſadenwalle oder wenigſtens einem Zaun von ſtarken Planken umgeben[2], der nur durch einzelne Eingänge mit Thoren durchbrochen ward; in der Nacht wurde dieſer Bering von den losgelaſſenen Hunden bewacht. Erſt in ſeinem Hofe aber war der Franke recht zu Hauſe, in ſeinem Heim, im Sitze ſeines Geſchlechts, unter dem Schutze eines beſondern Friedens, deſſen Bruch ſchwer wie die Verletzung königlichen Schutzes beſtraft ward.[3]

Der Hof ſelbſt war eine weitläufige Anlage, in ſeiner Umzäunung lagen eine Maſſe kleinerer Gebäude, wie ſie die Acker- und Viehwirthſchaft verlangen. Denn der Franke kannte noch nicht jene großen allumfaſſenden Bauernhäuſer, welche jetzt namentlich den niederrheiniſchen Gegenden einen ſo bezeichnenden Anblick verleihen; gegen die dort vorhandene örtliche Einheit der Wirthſchaft ſprach der große Standesunterſchied zwiſchen dem Hofherrn und dem unfreien Geſinde und noch mehr die geringe

---

hier malb. thurphaldeo = thurp-farthio, vgl. Kern, „Glosses", §. 89, Dorfanfall wol den Ausſchlag für die Bedeutung Dorf, holl. dorp; altfrieſ. þorp. Für Hof kommt neben villa auch curtis vor, vgl. namentlich Sal. 34 4; Cham. 19, 20.

[1] Vgl. darüber meine Unterſuchungen in der „Zeitſchrift des Bergiſchen Geſchichtsvereins", XVI, 192—200: „Die älteſten Nachrichten über das Hof- und Dorfſyſtem ſpeciell am Niederrhein."

[2] Sal. 14 5 6.

[3] Thur. 10 7 qui alterum inter septa. Als Wohnſitz hieß der Hof domus, possessio, vgl. Rip. 45, fränkiſch Heim, vgl. Sal. 42 1, namentlich Cod. 10 malb. chame stalia (Kern, §. 216). Mansio kommt erſt Sal. 89 Extrav. vor, wol in der Bedeutung Hof gegenüber ſonſtigem Grundeigenthum, vgl. Sal. 89 2 Extrav. mansionem aut sortem, wo aut im Sinne von et zu nehmen ſein wird.

Digitized by Google

Entwickelung der baulichen Technik.[1] Der hervorragendſte Bau unter den kleinen Häuſern des Hofes war die Halla oder Sala, das Wohnhaus.[2] Aber auch die Halle beſtand überwiegend oder gar ausſchließlich aus Holz; wer an ihren Balken kräftig rüttelte, konnte ſie umwerfen, ſogar wenn ſie beſonders geſtützt war; und wer einen Stein auf ihr Dach warf, der mußte gewärtig ſein, daß derſelbe hindurchfiel und im Innern Schaden anrichtete.[3] Dem beſcheidenen Bau entſprach die Einrichtung; die Volksrechtszeit kennt nur Betten mit dem zugehörigen Leinenzeug, Bänke mit Kiſſen (den Kultern des eigentlichen Mittelalters) und Stühle.[4] Auch umſchloß die Halle eben nur den Wohnraum der Familie, nicht den Arbeitsraum der Frauen, denen neben den häuslichen Sorgen des Tages namentlich das Spinnen und Weben anheimfiel. Dieſen Zwecken diente die Screona, ein halb unterirdiſch gelegenes Arbeitshaus, deſſen Anlage im Winter vor der Kälte ſchützte und daher mit der Kemenate, dem geheizten Frauengemach der ſpätern Zeit, gleichen Zweck hatte. Wurden Unfreie mit zum Weben herangezogen, ſo arbeiteten ſie ebenfalls in einer Screona, für welche wol auch der Name Genicium — Frauenzimmer — vorkommt.[5]

---

[1] Ueber die ſpätere Entwickelung des deutſchen Bauernhauſes vgl. neuerdings in Zuſammenfaſſung früher ſehr zerſtreuter und kritikloſer Studien Meitzen, „Das deutſche Haus in ſeinen volksthümlichen Formen" (Sonderabdruck aus den Verhandlungen des Deutſchen Geographentages zu Berlin 1882), und R. Henning, „Das deutſche Haus" („Quellen und Forſchungen zur Sprach- und Culturgeſchichte", Heft 47).

[2] Lat. Casa, vgl. Sal. 34 4, Cham. 19 und 20, ſ. auch Sal. 16 1; Rip. 33 4, Sal. 16 1 die deutſchen Worte Halla nach malb. al fathio des Cod. 1, vgl. Kern, Gl., §. 95, und Sala nach malb. selane effefa des Cod. 2, vgl. Kern, Gl., §. 96.

[3] Sal. 27 32 in Codd. 5, 6, 10, Emend.; Sal. 107 Extrav. Die Stützen hießen Eber, Sal. 107 Extrav.: si pro firmamentum ebrius habuisse probatum . . 45 sol. culp. ind., ſ. Kern, Gl., §. 293.

[4] Sal. 72 Extrav.

[5] Sal. 13 1, ingenua puella de casa aut de escreuna, letztere mit oder ohne Verſchluß, Sal. 27 11 22. Sal. 76 10 11 Extrav. werden celeraria und genicium als unter der Aufſicht von ancillae ſtehend genannt.



Digitized by Google

Noch weniger feſt als die Halle und das Arbeitshaus der Frauen werden die Wirthſchaftsgebäude hergeſtellt worden ſein; Speicher und Schober für Kornfrüchte ſcheinen nur aus einem Dach beſtanden zu haben, das auf vier Pfoſten ohne füllende Zwiſchenwände ruhte, dem Heuſchober fehlte auch dieſer einfache Schutz.[1] Weiterhin ſtanden im Bereiche des Hofes noch die Viehſtälle. Für ſie iſt es beachtenswerth, daß geſonderte Pferde- und Rindviehſtälle ſchwerlich beſtanden haben, und weiterhin für Schafe wol nur ein einfacher Verſchlag, für Schweine nur ein Wühlplatz nebſt Umzäunung vorhanden war.[2]

Wie die baulichen Einrichtungen, ſo war die Ausrüſtung der Wirthſchaft mit Geräthen eine durchaus knappe; urſprünglich ſind nur Pflug, Egge und zweiräderiger Karren vorhanden, erſt vereinzelt kommt der vierräderige Laſtwagen vor.[3] Dieſer Mangel an Ackergeräthen erklärt ſich aus der Seltenheit und dem entſprechend hohen Werthe des Eiſens; wo Werkzeuge, an denen Eiſentheile unerläßlich ſind, vorkommen, da entſprechen ihrer Entwendung außerordentlich hohe Straffummen, z. B. dem Diebſtahl eines Meſſers 15 Solidi, dem von Eiſentheilen an der Mühle 45 Solidi![4] Die deutſchen Völker, welche ſich in

---

[1] Sal. 16 3 ſpricht von spicarium aut machalus cum annona; machalus iſt nach Gl. Pith. horreum sine tecto. Foenile kommt erſt ſeit Codd. 5, 6 — Emend. vor.

[2] Der Stall für alles Großvieh hieß scuria, frz. écurie, noch jetzt geldriſch Skure. Für die scuria cum animalibus kommt malb. auch sundela vor, verwandt mit nhd. Scheune, ſ. Kern, Gl. §. 103. Sal. 16 Sutis cum porcis wird von Gl. Estens. erklärt: id est area porcorum. Für Schafe findet ſich noch in dem Breviario Grimani nur ein Verſchlag als Schutz, vgl. das Februarbild (Photogr. von Ant. Perrini in Venedig).

[3] Sal. 27 8 9 ſtuft die Transportmittel ab: caballus, carrus — das iſt der zweiräderige Karren, der noch jetzt in den Rheinlanden vorzugsweiſe gebraucht wird — und dorsum des Mannes. Eine carruga erſt Sal. 34 2 Cod. 3 und Rip. 44. Ueber Pflug und Egge (erpex) vgl. Sal. 27 24 und 34 2.

[4] Sal. 7 13 von Codd. 5, 6 — Emend., Sal. 22 2 ebenfalls von Codd. 5, 6 ab.

Digitized by Google

Trier feſtſetzten, haben mit faſt übermenſchlicher Kraft die gewaltigen Eiſenklammern der Porta nigra bis ins zweite Stockwerk hinauf aus den Quadern geriſſen; in der Zeit der Volksrechte war das lohnende Arbeit. Eine weitere Preisſteigerung der Eiſengeräthe ergab ſich aus dem hohen Werthe der qualificirten Arbeit, namentlich der Handwerksthätigkeit im 5. bis 8. Jahrhundert. Alle fränkiſchen Volksrechte, welche dieſen Punkt berühren, bieten für unfreie Goldſchmiede, Schreiner, Schmiede, ja Weberinnen und Harfner beſonders hohe Wergeldbeſtimmungen, welche ſich nur aus der geringen Verbreitung ſpeciell techniſcher Kenntniſſe erklären. Auf dieſelbe Erſcheinung wird ein von den Volksrechten beſonders betontes Verbrechen zurückzuführen ſein: es kam vor, daß man einen Todten in den Sarg einer andern ſchon beerdigten Leiche legte, offenbar weil ein neuer Sarg nicht leicht zu beſchaffen war.[1] Zieht man aus dieſen Einzelheiten einen allgemeinen Schluß auf die Beſchaffenheit der landwirthſchaftlichen Geräthe in fränkiſcher Zeit, ſo wird man einen beinahe gänzlichen Mangel an Eiſen vermuthen dürfen.

Dieſer Annahme entſpricht die Thatſache, daß auch in fränkiſcher Stammeszeit noch die Viehwirthſchaft einen recht bedeutſamen Platz neben dem Ackerbau einnahm.[2] Während die Beſtimmungen über den Ackerbau noch zurücktreten, enthalten die Volksrechte gerade zur Bezeichnung des Viehſtandes die genaueſten Angaben, welche die außerordentliche Wichtigkeit der Viehhaltung wie die liebende Sorgfalt beweiſen, mit welcher der Franke auf Zucht und Vermehrung ſeiner Heerden hielt. Allerdings finden ſich noch wenig feinere Ausbildungen, namentlich das eigentliche kleine Hausvieh erſcheint wenig zahlreich. Ur-

---

[1] Sal. 17 2, Codd. 7—10 Emend. Nach Berndt, „Der Sarg Karl's des Großen" (in der „Zeitſchrift des Aachener Geſchichtsvereins", III, 97—118), wäre noch Karl der Große in dem ſchönen antiken Marmorſarkophag des aachener Münſters, welcher den Raub der Proſerpina darſtellt, begraben worden.

[2] Die Sal. kennt die Mobiliarvindication nur für Vieh und Unfreie, die mithin jedenfalls den hauptſächlichſten Mobiliarbeſitz bildeten; vgl. Sohm, „Proceß der Lex Salica", S. 57.

Digitized by Google

ſprünglich ſcheint da nur die ſchon von Plinius erwähnte Gans, der eigentliche Wirthſchaftsvogel auch des ſpätern Mittelalters, vorhanden geweſen zu ſein; erſt ſpäter kommt das Hühner- und Entenvolk hinzu, für deſſen Bewachung ein zahmer Kranich oder Storch ſorgte.[1] Daneben ſind als wichtiger Beſtandtheil der eigentlichen Hauswirthſchaft nur noch die Bienen zu erwähnen, ihre Körbe waren entweder im Dach der Halle oder in beſondern Ständen untergebracht.[2] In der Halle ſelbſt endlich fanden ſich noch Hunde vor mannichfacher Art und Verwendung; neben dem Haushunde (canis seusius, tûnechun), dem allerlei Kunſtſtücke beigebracht wurden, worauf er canis seusius magister hieß, gab es einen Hofhund, welcher tags am Stricke lag, abends aber losgelaſſen wurde, weiterhin einen Hirtenhund und Jagdhunde auf Haſen und Schwarzwild. Der Jagd dienten ferner die zahmen Falken, der Baumfalk, der Stangenfalk und als beſter von allen der Hausfalk, ſpäter außerdem der Sperber.[3]

Neben dieſen Hausthieren, deren beſſerer Theil noch dazu eigentlich nur der Jagd angehörte, tritt der Beſtand an Hofvieh weit in den Vordergrund. Es ſind Schweine, Schafe und Ziegen, weiterhin Rinder und Pferde, ihr Wirthſchaftsnutzen beſteht vornehmlich in der Verſorgung des Haushalts mit den Rohſtoffen für die urſprünglichſten Bedürfniſſe der Kleidung und Nahrung. Im Mittelpunkte der ganzen Viehwirthſchaft ſteht das Schwein, überhaupt das älteſte deutſche und mitteleuropäiſche Culturthier; die Volksrechte ſind unermüdlich in der Aufzählung ſeiner verſchiedenen Arten und Ausbildungen und laſſen in ihrer Klaſſifikation Spuren fleißiger Zucht durchſcheinen. Da gibt

---

[1] Ansare (Gans) ſchon in allen Codd. zu Sal. 17 1; in Sal. 17 4 treten mit Codd. 5, 6 fg. auf: gallus, gallina, aneda, grus domesticus, cicenus domesticus. Unter cygnus iſt hier wol ein Storch zu verſtehen. Die Taube kam nur wild vor und wird in Netzen oder Schlingen gefangen; vgl. Sal. 7 9.

[2] Sal. 8: in casa oder foris casa (tecto).

[3] Sal. 6. Der Jagdhund canis acutarius kommt erſt Codd. 5, 6 fg. vor, in Emend. 62 wird er veltris porcarius und leporarius genannt. Ueber Falken und Sperber vgl. Sal. 7 1-3 4.

Digitized by Google

es z. B. in der Lex Salica gemeine Ferkel von drei verſchiedenen Sommerwürfen, die ſorgſam in je einzelnen Koben gehalten werden, außerdem aber noch eine Auswahl von ihnen in abgeſchloſſenen Sonderkoben, endlich Eberferkel. Von Schweinen erwähnt das Saliſche Recht eben überwinterte, einjährige, zweijährige, außerdem einjährige Eberſchweine. Dann kommen die Sauen an die Reihe, von den trächtigen gibt es eine beſſere und eine ſchlechtere Sorte, außerdem aber werden die Sauen nach Werfſauen und Leitſauen für die Heerde unterſchieden. Den Schluß endlich machen die Eber. Und für die meiſten dieſer nach Alter, Zucht und Nutzbarkeit verſchiedenen Schweinearten ſteht dem ſalfränkiſchen Dialekt ein beſonderer Ausdruck zu Gebote: eine wahre Schweineterminologie, deren Ueberſetzung ich in der eben gegebenen Ueberſicht angedeutet habe, weil ſie mehr als alles andere eine Vorſtellung von der Bedeutung dieſes Viehſtandes für das Wirthſchaftsleben der fränkiſchen Stämme zu geben geeignet iſt.[1] Eine ähnliche Terminologie, nur von geringerer Ausdehnung, ergibt ſich aber auch für das Kleinvieh ſowie Rinder und Pferde.

In zunächſt auffallendem Gegenſatz zu dieſen verzweigten Angaben, welche einen Wirthſchaftsbetrieb im Großen erwarten laſſen, ſtehen die Angaben der Volksrechte über die durchſchnittliche Stückzahl der einzelnen Heerden. Bei den Ripuariern[2] galten als normale Heerde (sonesti) 12 Stuten und 1 Hengſt, 12 Kühe und 1 Stier, 6 Sauen und 1 Eber. Wenn nun hier die Abgrenzung vorzugsweiſe nach der natürlichen Fruchtbarkeit der Thiergattungen getroffen ſein mag, ſo fällt doch auch in den Angaben der Lex Salica, wo dieſer Grundſatz zurücktritt, die Geringfügigkeit der Ziffern auf. Das Saliſche Recht berechnet für den einzelnen Grundſitzer die Pferdeheerde zu 7 bis

[1] Sal. 2 handelt über Schweinediebſtahl und gibt bei dieſer Gelegenheit obige Aufzählung. Maialis votivus (sacrivus) und maialis non votivus habe ich im Sinne der malb. Gloſſe genommen, vgl. hierüber Kern z. d. Titel im Vergleich mit Sal. 3 6, Codd. 5, 6.

[2] Rip. 18, vgl. Thur. 7 2.

Digitized by Google

12 Stück, die Rindviehheerde zu 12 bis 25 Häuptern, die Schweineheerde zu 6, 25, 50 und über 50 Stück, Schafheerden zu 40 oder 50, erſt ſpäter zu 50, 60 oder mehr Stück.[1] Dieſe Darſtellung gewinnt nur unter der Annahme von im weſentlichen gleichartig betriebenen Wirthſchaften die Möglichkeit der Exiſtenz; ſie ſchließt Maſſengüter aus, iſt offenbar auf den regelmäßigen Beſtand größerer Bauergüter berechnet und läßt neben dieſen nur noch kleinere Beſitzungen zu. Unter dieſen Folgerungen erklärt nun ſich erſt völlig die ſorgfältige Bezeichnung des Viehſtandes; es ergibt ſich ein wohlhabender Durchſchnittsſtand von Landeigenthümern, der in engem Zuſammenhang mit der Natur und unter dem Feſthalten an einer von alters her überlieferten auf der Viehzucht vornehmlich beruhenden Wirthſchaft, Luſt genug hat zu verfeinern, der die groben Anfänge einer nomadenartigen Viehzucht ſchon längſt hinter ſich ſieht und jetzt bei immer mehr wachſendem Ackerbau im Stande iſt, die Viehzucht der Vorfahren ſchon mit einer Art von Liebhaberei und Behäbigkeit zu treiben.

Weiterhin ſind die Größenzahlen der einzelnen Heerden namentlich in ihrem Verhältniß zueinander wichtig; ſie zeigen das Ueberwiegen der Schweinezucht — es wird im Frankenlande mindeſtens ebenſo viele größere Schweineheerden als Schafheerden gegeben haben —; ſie veranſchaulichen die energiſche Pferdezüchtung, für deren Zwecke ſogar königliche Beſchäler vorhanden waren[2]; ſie beweiſen endlich durch die verhältnißmäßig geringe Rindviehhaltung, daß die Weiden ſchlecht waren und Wieſen zu den Seltenheiten gehört haben mögen.[3] Aus dieſen Voraus=

---

[1] Sal. 38, 3, 2, 4.

[2] Waranio regis Sal. 38 5 ſeit Codd. 5, 6 fg., genannt noch neben dem waranio der homines Franci Sal. 38 2 und dem admissarius, dem ſtändigen Beſchäler und Führer einer grex Sal. 38 6. Ueber die Entwickelung der Pferdezucht im frühern Mittelalter vgl. die Bemerkungen in dem Aufſatze Schmoller's über die hiſtoriſche Entwickelung des Fleiſchconſums in Deutſchland, „Tübinger Zeitſchrift“, Bd. XXI (1871).

[3] Auf Heudiebſtahl im Umfange eines carrus ſtehen 45 sol. Strafe, gerade ſo viel wie auf Weinbergsdiebſtahl, vgl. Sal. 27 10.

Digitized by Google

ſetzungen aber wieder ergibt ſich, daß trotz der großen Betonung des Viehſtandes die Viehzucht doch nicht mehr im Brennpunkt des Wirthſchaftslebens ſtand, daß ſie ſich ſchon in weſentlichen Punkten abhängig zeigt von der Cultur des Landes, vom Anbau der Felder und der Ausnutzung von Wieſe, Weide und Feld. Darum bildet der Ackerbau der fränkiſchen Zeit ſchon ein vollſtändiges und nothwendig ergänzendes Gegenſtück zur Viehzucht; eine neue Stufe in der Ausbildung der deutſchen Volkswirthſchaft gegenüber der Taciteiſchen oder gar Cäſariſchen Epoche iſt gewonnen.[1]

Das Dorf als Standort des fränkiſchen Wirthſchaftsbetriebs war ein Theil der Mark, eines größern oft auf viele Stunden ausgedehnten Landcomplexes, welcher im gemeinſamen Eigenthum ſeiner Bewohner ſtand und alle Schätze, welche die Naturkräfte in Feld, Wieſe und Wald dem Menſchen darboten, in ſich vereinigte.[2] Zum Dorfe ſpeciell gehörte das Markgebiet der nächſten

---

Für die Rindviehzucht gab es königliche Stiere, entſprechend den waraniones regis, vgl. Sal. 3 5 von Codd. 5, 6 — Emend., wo trotz Kern, Gl. §. 39, taurus regius zu leſen. Daneben kommt noch der „Dreidörferſtier", trespillius, vor (Spille noch jetzt der Dorfbulle in Veluwe und Drente nach Kern, §. 40), und der taurus cum grege, Sal. 3 5 6.

[1] Tac. Germ. 5 (armenta) solae et gratissimae opes. Erbe urſpr. = Vieh, ſ. Grimm, RA.[3] 467. Auf den durch von Inama's Anſichten wieder lebhafter gewordenen Streit über die Höhe der Wirthſchaftscultur in der deutſchen Urzeit verſage ich mir, hier einzugehen; meine Stellung zu demſelben iſt zur Genüge in den Worten des Textes ausgeſprochen.

[2] Die Erforſchung der fränkiſchen Marken iſt noch kaum in Angriff genommen, wiewol das Material in den ältern Urbaren der Rheinlande und Belgiens reichlich erfließt, freilich nur bei der ſorgſamſten Durcharbeitung zu heben iſt, welche oft ſogar perſönliches Bereiſen der beſchriebenen Gegenden erfordert. Als Beiſpiel für die Größe einer ehemaligen Mark diene der Abſchnitt über das ministerium Moetſch im Registrum Prumiense von 893, Nr. 23. Zu ihm gehörten die Dörfer und Ortſchaften Stahl, Bitburg, Irſch? Pfalzkill? Stedem, Birtlingen, Dahlem I, Trimport, Dahlem II, Idenheim, Hüttingen: ein Gebiet von etwa einer Quadratmeile. Nach einer Urkunde von 762 im Mittelrheiniſchen Urkundenbuch I, 19 liegt Carleoca

Digitized by Google

Umgebung. Ueber die Eintheilung dieſes Sondergebiets geben die Volksrechte keine befriedigende Auskunft, jedoch wird man nicht fehlgehen, wenn man im unmittelbaren Bereiche des Dorfes das Ackerland, weiter hinaus aber die Weideplätze ſucht, welche dann unvermerkt in den großen Waldbeſtand der Mark verliefen.[1] Auf den landwirthſchaftlichen Betrieb des Dorfes im Feldbau laſſen ſich nur aus nebenher erwähnten Umſtänden einige Schlüſſe ziehen; ſie ſcheinen für das Vorhandenſein einer Felderwirthſchaft zu ſprechen, in welcher der Anbau der Körnerfrüchte unter häufiger Brache einzelner Fluren nach einem mehr oder minder regelmäßigen Turnus betrieben werde. Hierfür iſt zunächſt bezeichnend, daß das angebaute Land ſchlechthin „messis“, „Ernte“, genannt wird, wobei ſich ein beſonderer Bezug auf Getreidefrucht im Gegenſatz zu allen andern Arten des Anbaues geltend macht. Dieſe andern Arten des Anbaues, die Rüben-, Bohnen-, Erbſen- und Linſenfelder, die Weinberge, Baumgärten und Wieſen treten aber gerade als Sonderbetriebe aus jeder primitiven Felderwirthſchaft heraus.[2] Weiterhin finden ſich ſchon

---

infra terminos Sentiaco; Sinzig liegt aber etwa 2½ Meilen in der Luftlinie von Keßling, einem Dorfe in einem Seitenthal des Ahrthals oberhalb Altenahr.

[1] Dieſe Anſchauung legt ſchon die Lehre vom natürlichen Standort der landwirthſchaftlichen Betriebe nahe, ſie wird außerdem durch die ſpätere Ausbildung der Dorfflur beſtätigt. Das Wort marca kommt in den fränkiſchen Volksrechten nur einmal ſicher vor, Rip. 75; wahrſcheinlich auch Ed. Chilp. §. 8, vgl. Sohm, „Proceß der Lex Salica“, S. 63.

[2] Für messis als Specialbegriff „Getreideland“, vgl. Sal. 9 8 Codd. 2 fg., wo messis pratum vinea vel quilibet labor erwähnt wird, ſ. auch Sal. 88 Extrav., Rip. 82. Es wird auch von messes gleich Ländereien in irgendeiner Körnerfrucht geſprochen, vgl. Sal. 27 14. Nebenher geht dann für messis der gewöhnliche Sinn Ausſaat, ſ. Sal. 34 2 3. Anders Schröder in den „Forſchungen zur deutſchen Geſchichte“, XIX, 145, Note 9. Acker im allgemeinen heißt ager, vgl. Sal. 27 15, Codd. 5, 6 — Emend., unbebautes Land campus, vgl. Sal. 27 23, weshalb auch Weide campus heißen kann, ſo Sal. 2 2 8 (und im ſelben Sinne L. Visig. 10 1 13). Mit Vorliebe aber wird

in fränkiſcher Zeit ſehr beſtimmt betonte Verbote für das Ueberfahren eines ſchon beſtellten und daher wegloſen Feldes, welche dieſe Zerſtörung fremder Ausſaat als ein ſehr gewöhnliches Vergehen hinſtellen[1]; das letztere iſt aber in der That in jeder Felderwirthſchaft, z. B. noch jetzt in der Dreifelderwirthſchaft der Eifel der Fall. Auch einige Aeußerlichkeiten entſprechen den aus ſpäterer Zeit bekannten Eigenthümlichkeiten der Felderwirthſchaft, ſo die periodiſche Errichtung von Zäunen zum Schutz vor dem weidenden Vieh, an deren Stelle in der Gegend zwiſchen Maas und Schelde jene tiefen Gräben traten, welche ſich noch bis zum heutigen Tage erhalten haben.[2]

Jedenfalls alſo war das jeweilig angebaute Feld mit ſeinen Halm- und Gemüſefrüchten, ſeinen Wieſen, Bungerten und Weinbergen durch Zäune durchweg von dem Weidelande getrennt,

---

dieſer Begriff auf Land bezogen, das ſchon für einen beſtimmten Anbau abgegrenzt iſt, alſo entſprechend der ſpätern Bünde, vgl. Sal. 27 8. Die Anbauten in Grün- und Hackfrucht verzeichnet Sal. 27 7.

[1] So Sal. 34 2 3: beidemal iſt die Abſicht des Contravenienten vorausgeſetzt, auf dieſe Weiſe auf das eigene Feld zu gelangen, wie das Mitnehmen der Egge zeigt. — Ein weiterer Schluß auf die Art der Felderwirthſchaft läßt ſich vielleicht aus Sal. 74 Extrav. entnehmen. Nach dieſem Titel ſind Nachbarn, d. h. Dorf- reſp. Markgenoſſen, in quorum campo vel exitum ein Leichnam gefunden wird, gehalten dieſen gerichtlich zu erheben. Die Erklärung des Wortes exitus, wofür auch vestibulum ſteht, ergibt ſich aus „platea" des Cod. 2, es iſt der Ausweg aus dem Campus nach der Heerſtraße, der strada des Cod. 2 (gegen Waitz, „Verfaſſungsgeſchichte", II, 213, und von Maurer, „Einleitung", S. 164). Es ergibt ſich alſo, daß immer mehrere Dorfgenoſſen — aber nicht alle — ein Gewann (campus) mit beſonderm Ausweg in die Heerſtraße bewirthſchafteten. Mithin war die Zahl der Gewanne nicht mit der Felderzahl der betriebenen Felderwirthſchaft identiſch, ſondern höher. Dieſes Verhältniß läßt aber nach ſpätern Analogien, namentlich nach den Angaben des Reg. Prumiense, auf Dreifelderwirthſchaft innerhalb einer beträchtlichen Anzahl von Gewannen ſchließen.

[2] Thur. 17. So hielten es auch die Sachſen, L. Sax. 14, und noch jetzt theilweiſe die Engländer. Ueber die Zäune vgl. die Hauptſtellen, Sal. 9 8, Codd. 2 fg.; 10 2; 34; Rip. 70 3.

Digitized by Google

das für alle Vieharten benutzt wurde, für die Pferde, welche mit Schellen verſehen oder an Koppeln gefeſſelt in beſonders abgeſchloſſenen Räumen weideten, wie für das Rindvieh, die Schweine und die Schafe. Doch zogen die Schweineheerden, abgeſehen von den ganz jungen Thieren, lieber in den eichelführenden Wald.[1]

Es war das, außer der Jagd und dem Holzſchlag, die einzige Nutzbarmachung des Waldareals, das ſich noch in verſchwenderiſcher Fülle zwiſchen den Dorffluren hinſtreckte. Der Wald war wie die Weide im gemeinſamen Eigenthum der Nachbarn im Dorfe, nicht einmal durch Occupation erworbener Beſitz im Walde, gefälltes Holz oder Jagdbeute wurde im Sinne Rechtens als volles Eigenthum betrachtet.[2] Die gemeinſchaftlichen Rechte am Holzbeſtand aber wurden in der Weiſe ausgeübt, daß jeder einzeln die Bäume bezeichnete, welche er binnen Jahresfriſt ſchlagen oder zur Urbarmachung des Landes abbrennen wollte. Nach Jahresablauf wurden die Zeichen ungültig und die noch nicht benutzten Bäume traten in das Gemeindeeigenthum zurück. Privatwälder ſcheinen neben dem Gemeindewalde innerhalb der Mark urſprünglich kaum vorgekommen zu ſein, dagegen wurden von vornherein die großen Waldeinöden des Landes als königliches Eigenthum betrachtet, und der König forſtete ſchon früh einzelne dieſer Urwälder als Jagdrevier ein.[3]

---

[1] Schweineheerden im Wald, Sal. 85 Extrav., in campo, Sal. 2 2 8; eine grex equarum in parco, Rip. 18, für die Koppelweide vgl. Sal. 27 4. Nach Sal. 9 können alle Vieharten bei Verſehen des Hirten (Sal. 9 5) in die messis laufen, mithin wurden ſie alle auf die dem Felde benachbarte Weide geführt.

[2] Vgl. Bargus=Parcus, Sal. 81 3 Extrav. und vorige Note. Vom Gemeindewalde handelt Sal. 27 15 fg.; ob Sal. 27 17 „siquis ligna aliena in silva aliena furaverit“ auf einen Privatwald oder auf einen fremden Gemeindewald geht, bleibt fraglich; die letztere Alternative iſt inſofern wahrſcheinlicher, als silva in der Sal. ſonſt nur im Sinne von Gemeindewald vorkommt.

[3] Rip. 76, vgl. Sal. 33; Rip. 42 1.

Digitized by Google

Aber wie in dieſen Einöden die Jagd das einzige Nutzungsrecht des Waldes bildete, ſo war ſie auch in den Gemeindewäldern noch immer eins der wichtigſten. Sie war wie die Holznutzung, wie der Bienenfang und die Fiſcherei in den Gewäſſern der Mark gemeinſames Eigenthum; auf ihr beruhte noch zum guten Theil die wirthſchaftliche Exiſtenz der Volksgenoſſen, und ſie war darum ſorgſam ausgebildet. Neben den ſchon genannten Jagdhunden, Falken und Sperbern werden noch beſondere Jagdhirſche erwähnt, deren Aufgabe die Anlockung von Hochwild geweſen ſein wird. Näherte ſich dann das Wild, ſo wurde es wol dem Schwarzwild gleich gehetzt und gefedert.[1] Aber neben der edlern Jagd mit Speer, mit Pfeil und Bogen war noch der Jagdfang in ausgedehnter Anwendung. Wilde Tauben und anderes Geflügel wurden in Netzen und Schlingen gefangen, für die waldgehenden Thiere gab es gedrehte Schlingen und Fußeiſen, ja ſogar eine Vorrichtung mit ſelbſtſchießenden Pfeilen kam vor, welche wol beſonders zur Erlegung von Wölfen Verwendung fand.[2] Und nicht minder mannichfach waren die Vorrichtungen zum Fiſchfang; es werden beſondere Aalnetze, Stellnetze und noch zwei andere ſchwer beſtimmbare Arten von Netzen erwähnt.[3]

Dieſe Ausbildung der Jagd- und Fiſchgeräthe kann in Anbetracht der geringen techniſchen Mittel raffinirt genannt werden, jedenfalls ſteht ſie in recht fühlbarem Gegenſatz zu der

---

[1] Sal. $33_{4\,5}$, Codd. 5, 6 fg.; zu dieſer Jagdart iſt vielleicht die Jagdhütte „cletis“ zu ziehen, welche Sal. $16_{7}$ genannt wird. Ueber die Jagdhirſche vgl. Sal. $33_{2\,3}$ vom „cervus, qui de venatione mansuetus est“ und dem „qui in venationem adhuc non fuit“; und Sal. 80 Extrav. von der Tödtung eines „stadalis uaidaris cervus“ (Lockhirſch) und einer „bos cervia“ (Hirſchkuh!).

[2] Rip. $70_{2}$ pedica und ballista, zu letzterer vgl. L. Burg. 46. Ueber trappae (Vogelſchlingen) vgl. Sal. $7_{9}$, auch Thur. $17_{2}$; pedicae cum feramen und sagittae toxicatae Sal. $81_{3}$ Extrav. Die beſonders hohe Buße des Zeigefingers beruht auf dem Umſtande, daß mit ihm geſchoſſen wird. Sal. $29_{5}$.

[3] Sal. $27_{19\,20}$ und Kern, Gl. §. 145.

Digitized by Google

weit weniger vollendeten Einrichtung der häuslichen Bequemlichkeit und der Ackergeräthe: ſie weiſt noch auf eine Zeit zurück, wo neben ſpärlichſtem Anbau und ausgedehnterer Viehzucht Jagd und Fiſchfang im Vordergrunde des Wirthſchaftslebens ſtanden. Jetzt war es anders geworden; aber doch zeigt ſich vielfach gerade im Alltagstreiben jenes höhere Alter der occupatoriſchen Thätigkeiten gegenüber der Landwirthſchaft, und nur ausnahmsweiſe bereitet intenſiverer Anbau auf die ſpätere Entwickelung vor. Hier ſind namentlich die Gärten und Weinberge zu nennen, derer in dem Recht der Salier und Ripuarier öfters gedacht wird. Unter dem Garten der fränkiſchen Epoche iſt ein Bungert zu verſtehen, in welchem ſchwerlich andere Fruchtbäume als Apfel- und Birnbäume gewachſen ſein werden.[1] Der Baumgarten lag meiſt in der Nähe der Höfe, oft ſtanden wol auch im Hofraum ſelbſt Obſtbäume. Die Weinberge dagegen lagen meiſt fern vom Hofe auf dem Rottland des Weide- und Waldreviers, wenigſtens entſpricht das ſpätern Nachrichten. Die geographiſche Verbreitung des Weinbaues erſtreckte ſich ſchon im 6. Jahrhundert bis in den ripuariſchen Bonn- und Auelgau und war zwei Jahrhunderte ſpäter bis ins eigentliche Gebiet der ſaliſchen Franken gedrungen. Doch galt wenigſtens bei den Saliern der Weinbau immer noch als Luxus, er wurde von unfreien Wirthen betrieben, welchen als Arbeiter von qualificirtem Berufe ein beſonders hoher Sachwerth beigelegt war.[2]

Dieſe beſondere Stellung des Weinbauers bietet aber nur eins der mannichfachen Beiſpiele für die Thatſache, daß der

---

[1] Malb. ortopando orthobano, vgl. Kern, Gl. §. 142, 143, gleich Gartenbaum im Gegenſatz zu Wildbaum. Der Garten war natürlich umzäunt, daher lieſt Emend. 8 für in horto der frühern Codd. intra clausuram, für de intus oder de latus curte extra clausuram. Mithin lag der Bungert am Hofe, aber nicht in demſelben. Ueber pomarius = melarius und pirarius vgl. Sal. 8 Codd. 5, 6 fg.; 27 8 Codd. 5, 6 fg. und Emend. 29 6.

[2] Zur Verbreitung des Weinbaues vgl. Schröder, „Die Ausbreitung des Weinbaues in Gallien bis zum Anfange des 7. Jahrhunderts“, in Pick's „Monatsſchrift für die Geſchichte Weſtdeutſchlands“,

Digitized by Google

Wirthſchaftsbegriff der gemeinen nicht beſonders verdienſtlichen Arbeit außerordentlich eng gefaßt wurde; er erſcheint faſt gleichbedeutend mit der gewöhnlichen Landarbeit: arbeiten, erwerben und Ackerbau treiben decken ſich im Leben wie in der Sprache.[1] Das Handwerk iſt alſo noch ſehr wenig entwickelt, die ländlichen Gewerbe des Sattlers, des Webers und allenfalls des Zimmermanns ſtehen im Vordergrunde der induſtriellen Thätigkeit; die Handwerker ſelbſt werden „Künſtler" genannt. Neben den ländlichen Gewerben kommt eigentlich nur noch die Schmiede vor; namentlich der Goldſchmied ſteht ungemein hoch in der ökonomiſchen Werthſchätzung der Frankenzeit, theilweiſe wol weil die Verarbeitung des koſtbaren Materials beſonderes Vertrauen erforderte, dann aber, weil der unter römiſchen Traditionen arbeitenden Kunſt der Metallbereitung die Vortheile zugute kommen mußten, welche zu allen Zeiten für zeitlich oder local importirte Gewerbe gegolten haben.[2]

Eine beſondere Stellung in dem Gewerksleben der fränkiſchen Zeit wie überhaupt des frühen Mittelalters nimmt die Mühle ein. Jeder Franke wird im allgemeinen ſein eigener Bäcker und Maurer, ſein eigener Stellmacher und Zimmermann geweſen ſein; zum Mahlen des Korns dagegen bedurfte es einer beſondern maſchinenartigen Vorrichtung, deren Herſtellung bedeutende, nur gemeinſam erſchwingbare Koſten verurſachte, und

---

VI, 502 fg., für unſere Frage beſonders S. 505—507. Sal. 8 3 kennt vites, aber nur in Cod. 10 und der Emend., vgl. Sal. 42 1; ähnlich kennt Sal. 9 8 ſchon die vinea, aber nur in Cod. 2 und Emend. Ueber den vinitor vgl. Sal. 10 6, Cod. 1 fg. Andere Codd. leſen, ob mit Recht? venator.

[1] Sal. 45 2.

[2] Ueber die Seltenheit des Eiſens iſt ſchon oben geſprochen. Daß Eiſen auch für Waffen noch koſtbar war, zeigt Sal. 17 6 7, wo zwiſchen Verwundungen de fuste und de ferramento unterſchieden wird. Der Knotenſtock war alſo als Waffe noch längſt nicht ausgeſtorben, vgl. Lindenſchmit, „Handbuch der deutſchen Alterthumskunde", I, 184 fg. Die Belegſtellen über die Handwerke vgl. unten bei der Schilderung der fränkiſchen Stände.

Digitized by Google

zu deren Erhaltung beſondere rechtliche Beſtimmungen nöthig erſchienen. Die größern Mühlen der fränkiſchen Stammeszeit waren oberſchlächtige Waſſermühlen, zu ihrem Betrieb wurde häufig ein beſonderer Damm gebaut, über welchen das aufgeſtaute Waſſer des Baches durch eine Schleuſe auf das Rad geführt wurde. Das verurſachte Eingriffe in die gemeinſamen Waſſerrechte der Dorfnachbarn; der Damm, die Schleuſe, endlich die koſtbaren Eiſentheile wieſen ebenfalls auf Errichtung in gemeinſamen Koſten. Darum wurde die Mühle meiſt von den Gemeinden ſelbſt erbaut, und auch wo das nicht der Fall war, galt ſie doch als halböffentliche Anlage. Verſtärkt wurde der öffentliche Charakter noch dadurch, daß bei dem faſt völligen Stocken des größern Verkehrs jedermann in monopolartiger Weiſe zur Benutzung einer beſtimmten Mühle veranlaßt war. Hierfür aber war der jederzeit ſichere Zutritt zur Mühle Vorausſetzung, darum wurde der Mühlenweg unter beſondern geſetzlichen Schutz geſtellt und jeder auf ihm begangene Raub beſonders hart beſtraft.[1]

Dieſer local geregelte Schutz der Mühle, dieſe genaue monopolartige Abgrenzung ihres Bezirks iſt mehr als alles andere bezeichnend für die wirthſchaftliche Gebundenheit der fränkiſchen Stammeszeit; jede Bewegung verläuft noch in den allerengſten Grenzen, und der einzelne Volksgenoſſe ſteht dieſer wirthſchaftlichen Beſchränkung im allgemeinen machtlos gegenüber. Es iſt falſch, nach der endgültigen Seßhaftmachung der Franken noch fernerhin ein nennenswerthes Durcheinanderwogen der einzelnen Stammestheile und Volksgenoſſen anzunehmen; vielmehr ſaß jetzt

[1] Ueber die Mühle vgl. Sal. 22. Sie heißt gewöhnlich molinum, daneben ſeit Codd. 5, 6 farinarium. Cod. 10 erſt ſpricht von einer molina, farinaria aliena; läßt das einen Schluß auf den der Natur der Sache nach mehr als wahrſcheinlichen urſprünglichen Geſammtbeſitz der Gemeinde zu? Hierauf führen die sclusae mit dem warbis wurbis (aufgeworfener Deich, vgl. Kern, Gl. §. 122), die nach Cham. 37 opere dominico im Stand zu halten ſind. Den öffentlichen Schutz bezeugen ebenſo die Mühlenbußen in der Höhe von 35 und 45 sol., wie die Beſtimmung in Sal. 31 3 ſeit Codd. 5, 6.

Digitized by Google

ein jeder feſt auf dem einmal gewonnenen Boden, und nur der königliche Dienſt führte ihn über die Grenzen der Heimat.[1]

Natürlich war durch eine ſolche räumliche Gebundenheit der Wirthſchaftskräfte jeder größere Verkehr ausgeſchloſſen, obwol demſelben erſt wenige der ſpätern fiscaliſchen Plackereien entgegenſtanden.[2] Die Schiffsarten, welche die fränkiſchen Volksrechte erwähnen, ſchließen jeden überſeeiſchen Verkehr aus[3]; die ſchwerfällige Art des ſalfränkiſchen Dialekts, größere Zahlen auszudrücken, und die geringe Ausbildung des Münzſyſtems[4] weiſen auch für den innern Verkehr auf recht unentwickelte Vorſtellungen vom Vergleichswerthe der Güter. Das Saliſche Recht ſetzt überhaupt noch keine feſte allgemeine Ueberzeugung von der Preishöhe einzelner Gegenſtände oder gar allgemeine Geldzahlung voraus und verfügt daher bei jedem geſetzlichen Zahlungsfall die Dazwiſchenkunft und die Abſchätzung von Vertrauensmännern.[5] Scheinbar höher ſtehen das Ripuariſche und Chamaviſche Recht, beide haben Tarife, welche vergleichsweiſe folgende Angaben bringen[6]: gehörnte Kuh, tadellos Rip. 40 Denare —

---

[1] Sal. 1 4 5 ſtellt gegenüber dominica ambasia und ratio sua infra pago.

[2] Cham. 41: Si quis viam publicam clauserit, in fredo dom. sol. 4 componat.

[3] Vgl. Wackernagel, „Kleine Schriften", I, 81, Sal. 21 naves und asci; ascus nord. askr gibt die Gl. Estens. mit scavola, kleines Schiff, Barke wieder.

[4] Die fränkiſche Zählweiſe iſt erhalten in den chunnas am Schluſſe der Sal., vgl. Kern z. d. Titel. Ueber das Münzweſen der Volksrechte vgl. Gaupp, „Altes Geſetz der Thüringer", S. 294 fg. Nach Sal. 44 1, Cod. 1 wurden solidi und denarii ausgeprägt; über die Eintheilung berichtet Sal. Emend. 37 4: 40 din., qui fac. solidum unum et trianti uno, quod est tertia pars solidi. Der triens oder tremissis wird Rip. 27 zu 4 den. gerechnet. Indeß hat Sohm in der „Zeitſchrift für Rechtsgeſchichte", VI, 380 fg. die Worte „i. e. 4 den." als ſpätern Zuſatz nachgewieſen, vgl. aber unten Note 6.

[5] Pretium adpreciare, vgl. Sohm, „Proceß der Lex Salica", S. 23 fg.

[6] Rip. 36 11, Cham. 25. In Cham. 25 iſt nur die wirdira angegeben, ſie beträgt da, wo ſie nicht ziffermäßig angegeben iſt, ein Drittel

Cham. 72 Denare; gehörnter Ochs, tadellos R. 80 — Ch. 72; Stute, tadellos R. 120 — Ch. 144; Pferd, tadellos R. 240; Wallach Ch. 252; Hengſt Ch. 252; Falke ungezähmt R. 120; Kranich, gezähmt R. 240; Falke, gezähmt R. 480; Schild und Lanze R. 80; Schwert ohne Gürtel R. 120; gute Beinbergen R. 240; Helm mit Kamm R. 240; Schwert mit Gürtel R. 280 — Ch. 252; Brünne R. 480; Unfreier Ch. 252. Aber dieſe Aufzeichnungen, welchen man aus dem ſaliſchen Volksrechte noch den Preis der unqualificirten Tagesarbeit einſchließlich Eſſen zu $1\frac{1}{3}$ Denar zufügen darf[1], zeigen nur eine Angabe für eine Reihe von Gegenſtänden, deren Werth wir uns je nach Qualität außerordentlich verſchieden vorſtellen, und beweiſen gerade dadurch die fehlende Ausbildung qualificirter Waare: es gibt, wie es ſcheint, nur wenige Güter, für welche einzeln eine Preisſcala nöthig ſcheint, die meiſten Waaren gleicher Gattung ſind fungibel. Mit einer ſolchen ökonomiſchen Werthſchätzung iſt eine auch nur geringe Ausbildung des heimiſchen Handwerks unvereinbar. Wenn nun gleichwol in den Tarifen Waffen vorkommen, deren Herſtellung einen beſſern induſtriellen Betrieb erfordert, ſo ergibt ſich die Erklärung dieſer Thatſache leicht

des Kapitals; wo ſie genannt iſt, wird deshalb das Kapital dreimal ſo hoch ſein. Auf dieſe Weiſe ergeben ſich die oben aufgeſtellten Summen der Cham. Die Cham. rechnet ſicher ſchon nach Solidi zu 12 Denaren, daneben kommen aber noch in der Cham. die Spuren frieſiſcher Rechnungsweiſe vor, vgl. Gaupp, „Lex Francorum Chamavorum", S. 36 fg. Auch für Rip. 36 11, nach Sohm a. a. O. aus dem Ende des 8. Jahrhunderts, iſt der Solidus zu 12 Denaren (Rip. 38 12) angegeben, aber dieſe Angabe iſt erſichtlich falſch, da ſie für die gleichen Gegenſtände in Rip. und Cham. ſehr große und conſtante Preisdifferenzen ergeben würde, wogegen unter der oben angewandten Annahme des Solidus zu 40 Denaren für die Rip. ſich adäquate Preiſe herſtellen.

[1] Sal. 35 4 von Codd. 5, 6 ab: Si quis servum alienum batterit et ei super noctes XL opera sua tricaverit, malb. claudinario, sol. I et triante culp. iud. Malb. lies Chandinaria = Handnahrung, vgl. Kern, Gl. §. 183. Mithin iſt hier die — offenbar unqualificirte — Handarbeit des Unfreien einſchließlich Eſſen auf höchſtens $1\frac{1}{3}$ Denar für den Tag geſchätzt.

Digitized by Google

aus der lebendigen Fortdauer der römiſchen Ueberlieferungen. Es war der zeitliche Import einer vergangenen Culturepoche, der ſich hier wirkſam erwies: daher die hohen Importpreiſe des Schwertes, des Helmes, der Beinſchienen, der Brünne gegenüber dem nationalen Werthe von Speer und Schild.

Indeß dieſe Spuren directer fremder Einwirkung auf das fränkiſche Wirthſchaftsleben ſind doch nur gering, ſie machen ſich nur anhangsweiſe geltend, ohne den dauernden Gang der Wirthſchaftsentwickelung namhaft zu beeinfluſſen. Vielmehr erhebt ſich auf den bisher geſchilderten Grundlagen der äußern realen Cultur eine durchaus eigenwüchſige, der innern Geſchichte des Frankenſtammes entſprechende Organiſation der wirthſchaftlichen Intereſſen. Um dieſe Organiſation zu verſtehen, bedarf es eines Blickes auf die überhaupt vorhandenen natürlichen Elemente für jede Vereinigung und Organiſation der Einzelkräfte in germaniſcher und fränkiſcher Zeit.[1]

Als natürlichſte Grundlage erſcheint da zunächſt die Familie, das Geſchlecht. Es beſtand, noch bevor der Staat überhaupt voll ins Leben trat; es war lange Zeit einzig oder vorwiegend der Herrſcher über die Individuen, der Damm ihrer ungebändigten Leidenſchaften, der Erzieher ihres trotzigen Eigenwillens. Das Geſchlecht vornehmlich hielt auf Ruhe und Ordnung, der Sippenfriede war der Vorläufer des Staatsfriedens. Weiterhin wird das Geſchlecht für die wirthſchaftliche Exiſtenzmöglichkeit aller Geſchlechtsgenoſſen geſorgt haben. Aber mit Beginn der hiſtoriſch beglaubigten Zeit iſt der deutſche Staat ſchon kräftig entwickelt, er wird der Bürge des öffentlichen Friedens, der Vertheiler der wirthſchaftlichen Gemeingüter. Dem gegenüber erſcheint das Geſchlecht ſeiner alten Machtbefugniſſe immer mehr entkleidet, ihm bleibt nur noch derjenige Wirkungskreis erhalten, welchen der Staat nicht in ſeinen Bereich zu ziehen vor-

---

[1] Das Folgende beruht auf einer ausgedehntern noch nicht veröffentlichten Einzeluntersuchung des Verfaſſers über die innere Gliederung des fränkiſchen Wirthſchaftslebens.



Digitized by Google

zog, oder deſſen er für die Aufrechterhaltung *ſeines* Rechtsſchutzes nothwendig bedurfte.

In die Stammesepoche der Franken ragen darum nur noch trümmerhafte Zeugniſſe für die einſtige genoſſenſchaftliche Bedeutung des Geſchlechts; aber dieſe Trümmer geſtatten im Zuſammenhange überſehen die weitgehendſte Rückſchau. Eine Stelle des Saliſchen Rechts (Titel 60) gibt drei Hauptäußerungen des fränkiſchen Geſchlechtszuſammenhangs an: den äußern Rechtsverband gegenüber dem Staate, den innern ſittlichen, aber rechtlich geſtalteten und ſanctionirten Verband, endlich den erbrechtlichen Verband.[1]

Der äußere Rechtsverband des Geſchlechts gegenüber dem Staate zeigt ſich nirgends in alterthümlicherer und beſſer erhaltener Form als in dem berühmten Titel des Saliſchen Rechts de chrenecruda. Ein Mörder hat all ſein Vermögen jeder Art zur Zahlung der wegen der Tödtung fälligen Buße aufgewandt, trotzdem vermag er den vollen Betrag der Buße nicht aufzubringen. Da ſtellt er in feierlicher Rechtshandlung feſt, daß er von allem entblößt ſei; durch einen ſymboliſchen Vorgang, deſſen ſchon Plinius[2] gedenkt, erklärt er ſich als elend und überträgt ſeinem Geſchlecht die Löſung ſeiner Bußverpflichtung. Das Geſchlecht aber nimmt dieſe Aufgabe auf ſich oder weiſt ſie ab. Im erſtern Falle tritt für die eine Hälfte der noch fälligen Bußſumme die nähere Familie des Mörders, für die andere Hälfte der Kreis der darauf folgenden Blutsverwandten bis zum dritten Grade ein. Weiſt dagegen das Geſchlecht die Verbindlichkeit ab, ſo verfällt der Mörder dem Kläger, und es tritt ein Verfahren ein, welches den Verbrecher nur noch dem mildthätigen Dazwiſchentreten der übrigen Volksgenoſſen oder bei deſſen Fehlen der Blutrache anheimgibt.

Im Abſchluß dieſes Verfahrens zeigt ſich das heidniſch-germaniſche Recht noch in ſeiner vollen Strenge und der alte Ge-

---

[1] Die Ausdrücke ſind: juramentum oder compositio, tota ratio parentum, hereditas.

[2] Hist. nat. 22, 4; vgl. Wackernagel, „Kleine Schriften", I, 54.

ſchlechtsverband noch in ungetrübter Deutlichkeit; es liegt dem Verfahren offenbar noch die Anſchauung zu Grunde, daß das Individuum vor dem gemeinen Recht durch das Geſchlecht in irgendeiner Weiſe vertretbar ſei; eine Anſchauung, welche weit über das Formale hinausgeht und bei höchſter Lebensgefahr geradezu einen rechtlichen Schutz der Geſchlechtsgenoſſen durch das Geſchlecht zuläßt. Der einzelne lebt innerhalb ſeines Geſchlechts gleichſam noch ohne eine voll abgegrenzte Rechtsſphäre; gerade wo er vom Rechte am härteſten geſtraft werden ſollte, iſt er bis auf einen gewiſſen Grad fungibel, vertretungsfähig.

Eine andere Seite dieſer eigenthümlichen Bedeutung des Geſchlechts erhellt aus dem Titel 62 des Saliſchen Rechts. Ließ ſich bei der Chrenecruda ein actives Eingreifen des Sippenfriedens in den Rechtsgang bei Leibesgefahr eines Geſchlechtsgenoſſen erweiſen, ſo handelt es ſich hier um die paſſive Befriedigung des verletzten Sippenfriedens nach Ermordung eines Geſchlechtsangehörigen. Die Strafſumme für den Mord fällt durch die Hand der gerichtlichen Executive an das Geſchlecht, und zwar auch hier wieder zur Hälfte an den engern Kreis der Familie, zur Hälfte an den weitern der nahen Verwandten bis zum dritten Grade.

Mit den genannten Fällen erſchöpft ſich aber der Rechtsverband des Geſchlechts nach ſaliſchem Geſetze keineswegs, wenn er auch in ihnen beſonders ſtark hervortritt; er gilt urſprünglich noch für eine ganze Reihe von Fällen des Rechtsganges, vielleicht gar für den Rechtsgang überhaupt; zum mindeſten, und noch in hiſtoriſcher Zeit, erſtreckt er ſich auf den Schutz des Lebens, der Freiheit und — durch das Inſtitut der Eideshülfe — der Glaubwürdigkeit und perſönlichen Ehre des Geſchlechtsgenoſſen.

Damit weiſt denn der äußere Rechtsverband auf die innere ſittliche Gemeinſchaft des Geſchlechts hin, wie ſie aus allen Rechtsaufzeichnungen der Stammesepoche hervorleuchtet, wenngleich die eigentliche ſittliche Structur des Geſchlechtsverbandes natürlich innerhalb der juriſtiſchen Materien der Volksrechte keine ausdrückliche Darſtellung gefunden hat. Soweit man aber die Merkmale für einen ſittlichen Geſchlechtsverband noch auf-

decken kann, äußern ſich dieſelben im Schutzrecht der Unmündigen, und in einem äußerſt wirkſamen Strafrecht gegenüber dem Ungehorſam und der Ehrvergeſſenheit einzelner Geſchlechtsgenoſſen. In letzterer Hinſicht ſtand es zum Beiſpiel jedem Sippenangehörigen urſprünglich frei, eine Geſchlechtsverwandte, die einen Unfreien geheirathet hatte, ungeſtraft zu tödten und ſo die befleckte Ehre des Geſchlechts wiederherzuſtellen. Das Schutzrecht des Unmündigen von ſeiten des Geſchlechts aber äußerte ſich in einer Art Obervormundſchaft deſſelben über die unerwachſenen Söhne und unverheiratheten Frauen des Geſchlechts. Beſonders deutlich zeigte es ſich bei der Verheirathung einer Sippengenoſſin: hiermit war ja das Ausſcheiden aus dem bisherigen, der Eintritt in einen fremden Geſchlechtsverband verknüpft, Schritte, welche der ausdrücklichen Erlaubniß der verſammelten Sippe bedurften. In gleicher Weiſe war eine Mündigkeitserklärung nur unter Zuſtimmung der Sippenverſammlung möglich; dann wurden dem Knaben zum Zeichen der Selbſtändigkeit die lockigen Haare geſchoren, während umgekehrt die junge Frau bei der Verheirathung das Haar ſchnitt und in Zöpfen aufband, das ſie als Mädchen freiwallend getragen hatte.

Wichtig iſt es, daß in einem Falle, bei der Heirathserlaubniß für Witwen, das Geſchlecht in derſelben Weiſe gegliedert erſcheint wie für den äußern Rechtsſchutz ſeiner Genoſſen; auch hier läßt ſich ein engerer Kreis der Familie mit nähern Rechten und größern Pflichten von der weitern Umgebung der Blutsverwandten namentlich der erſten drei Generationen unterſcheiden, der als ein kräftigerer und ausgedehnterer Schutzkreis im Hintergrunde ſteht.

Dieſe Thatſache einer weit über die hiſtoriſche Ueberlieferung zurückreichenden einheitlichen Organiſation des Geſchlechtsverbandes für ſeine vielſeitigen Intereſſen iſt für die ökonomiſche Entwickelung der Frankenſtämme inſofern von größter Bedeutung, als ſie auch der beſondern Wirthſchaftsordnung des Geſchlechts zu Grunde gelegt wurde.

Im allgemeinen kann man die Güterverteilung der germaniſchen Urzeit als genoſſenſchaftlichen Communismus bezeichnen; dem entſprach es, wenn der Beſitz je einer geſammten Sippe

urſprünglich als gemeinſam angeſehen wurde — daher der Zahlungsanſpruch des Mörders an das Geſchlecht in dem Titel der Chrenecruda —, und zwar in der Weiſe, daß er von Generation zu Generation im Nießbrauch der jeweilig Lebenden fortdauere. Aber für dieſes Fortdauern von Generation zu Generation bedurfte es der Regel, ſie wurde ſehr natürlich aus der genealogiſchen Gliederung des Geſchlechts für ſeine rechtlichen und ſittlichen Functionen in der Form der Erbfolgeordnung entwickelt. Die Erbfolge, der erbſchaftliche Verband iſt mithin der Ausdruck der Wirthſchaftsordnung des Geſchlechts und entſpricht in der Eintheilung der Sippengenoſſen in den engern Kreis der Familie und den weitern der Blutsverwandten der drei nächſten Generationen genau der Organiſation des rechtlichen und ſittlichen Geſchlechtsverbandes.

Allein im Verlaufe der deutſchen Urzeit ergriff der Staat an Stelle des Geſchlechts immer mehr den Schutz und die Fürſorge für das Individuum auf den Gebieten der Sitte und des Rechts, der Einfluß der Sippe als einer geſchloſſenen Rechts- und ſittlichen Lebenseinheit verfiel immer mehr. Ganz anders dagegen auf dem wirthſchaftlichen Gebiete. Während die rechtlichen und moraliſchen Intereſſen ihre Vertretung immer mehr im Staate, dem politiſchen Organismus des Volks ſuchten, löſten ſich die wirthſchaftlichen gerade immer mehr von der Einbeziehung in das Staatsweſen los und erſtrebten, entſprechend der langſam vorſchreitenden Individualiſirung der Wirthſchaft, kleinere Verbände zu ihrer Pflege. In dem Geſchlecht fanden ſie einen ſolchen Verband, darum wächſt die Bedeutung der Wirthſchaftsordnung des Geſchlechts weit hinaus über die Organiſation des einſt ſo bedeutenden rechtlich-ſittlichen Verbandes; die Erbfolge wird ſchließlich faſt zum einzig feſten Kennzeichen des Geſchlechtszuſammenhangs.

Indeß neben dem genealogiſchen Verband der Sippe fanden jetzt die Wirthſchaftsintereſſen auch noch einen endgültig feſten localen Verband in der Markgenoſſenſchaft.

Zur Zeit der Cäſariſchen und Taciteiſchen Völkerſchaften hatte es kein individuelles Grundeigenthum gegeben, jeder er-

Digitized by Google

wachſene und dem Staate pflichtgetreue Freie hatte Anſpruch auf Berückſichtigung bei der periodiſchen Landvertheilung gehabt. Freiheit und Wehrhaftigkeit waren nicht blos Begriffe von rechtlichem und politiſchem, ſondern auch wirthſchaftlichem Gehalt. Die Erbfolge als Wirthſchaftsordnung des Geſchlechts in dieſer Zeit war daher nur Mobiliarſucceſſion geweſen, ſie hatte ſich nach dem engern und weitern Sippenkreiſe geregelt, Männer und Weiber waren in ihr gleichberechtigt erſchienen. Aber jetzt, nach den Anſiedelungen und Wanderungen, wurden die Franken definitiv ſeßhaft; die wirthſchaftlichen Abtheilungen der Stämme, die Markgenoſſenſchaften, auf welche ſchon zur Taciteiſchen Zeit die periodiſche Landvertheilung übergegangen war, beſaßen jetzt Ländereien im Geſammteigenthum, deren Ausdehnung im weſentlichen begrenzt und abgeſchloſſen war. Auch die Zahl der zum Geſammteigenthum berechtigten Markgenoſſen wurde allmählich feſt und geſchloſſen und mit ihr die Zahl der Ackerloſe in der Mark. Bald kam man ſo weit, jedem einzelnen Markgenoſſen ein beſtimmtes Veto gegen Vermehrung der einmal beſtehenden Losanzahl beizulegen, nur der König konnte dies Veto umwerfen. In dieſen Zuſtand führt der berühmte Titel des Saliſchen Rechts de migrantibus.

Mit dieſen Vorgängen wurde aber die ganze bisherige Auffaſſung des Geſammteigenthums an Grund und Boden unhaltbar. Bisher hatte die Berechtigung zur Nutznießung eines beſtimmten Ackerloſes aus dem Markeigenthum von der Leiſtung ſtaatlicher Pflichten und dem Beſitz politiſcher Berechtigung in der Weiſe abgehangen, daß jeder Freie, der ſeine Pflicht that, Anſpruch auf ein ſolches Los hatte. Jetzt dagegen war die Mark begrenzt, die Ackerloſe gezählt; man ſchuf wol noch neue Ackerloſe für die Söhne von Markgenoſſen ſowie aus andern Anläſſen, aber ſchon im 5. Jahrhundert war die Grenze für dieſe Neubildungen bei dem ſo ungemein extenſiven Charakter der Landwirthſchaft erreicht. Die Zahl der Ackerloſe wurde geſchloſſen; das bisherige Recht, ein Ackerlos zu beſitzen, wurde zum Vortheil, der keineswegs mit freier Geburt und Wehrhaftigkeit gegeben war. Weil aber das Recht auf ein Ackerlos exclusiv

Digitized by Google

wurde, darum wurde es vererblich innerhalb der markberechtigten Geſchlechter. Das iſt noch keine Immobiliarſucceſſion, wohl aber etwas dieſem wirthſchaftlich ſchon recht nahe Stehendes, die Erbfolge in das Nießbrauchsrecht von Grund und Boden.

Aber auf dieſe neue Erbfolge übertrug man jetzt nach alter Rechtsanſchauung die Vorſtellung, welche bisher für das Anrecht an Grund und Boden maßgebend geweſen war; nur der freie wehrhafte Mann ſollte in ſie eintreten können. Damit ergibt ſich folgerichtig der Ausſchluß der Weiber aus der Erbfolge in Grund und Boden, der berühmte ſaliſche Rechtsſatz: de terra nulla in muliere hereditas. Die männlichen Markgenoſſen erbten daher allein das Nießbrauchsrecht an den Ackerloſen gemäß der bisher für die Mobiliarerbfolge geltenden Wirthſchaftsordnung des Geſchlechts. So bildete ſich neben der ältern Mobiliarſucceſſion ein jüngeres Immobiliarerbrecht für Männer allein aus, deſſen Ordnung denſelben obligatoriſchen Charakter trug, welcher der Gliederung des Geſchlechtsverbandes von vornherein eignete.

Nach dem Geſagten bedarf es keiner beſondern Betonung, daß dem Ausſchluß der Weiber aus der Immobiliarerbfolge der Synkretismus zweier Anſchauungen zu Grunde liegt, einer ältern und verfallenden, welche kein Sondereigen an Grund und Boden ſondern nur Nießbrauch der Freien an demſelben kannte, und einer neuen und ſiegenden, deren Endergebniß die volle Erblichkeit des Grund und Bodens und damit das Individualeigen an ihm ſein mußte. Mit dem Wechſel dieſer Anſichten aber vollzog ſich eine der größten Umwälzungen der deutſchen Wirthſchaftsgeſchichte überhaupt. Bisher der Staat Eigenthümer und urſprünglich auch Disponent über Grund und Boden, in der Folge der Einzelne Grundeigenthümer und immer mehr auch Herr über allen Immobiliarbeſitz: — das ſind die großen Gegenſätze. Die fränkiſchen Volksrechte zeigen, wie ſich die nationale Geſchichte dem zweiten zuerſt erſchloß; aber nur langſam und unter gewaltſamen Zuckungen vollzog ſich die neue Regelung, im Grunde iſt ſie immer ſchwankend geblieben und erregt bis in unſere Tage die Geiſter.

Digitized by Google

Zunächſt aber trat dieſer individualiſtiſchen Auffaſſung des Eigenthums an Grund und Boden noch der energiſch geſchloſſene Aufbau der Markgenoſſenſchaft entgegen. Um die Wende des 1. und 2. Jahrhunderts war die Structur der Markgenoſſenſchaft noch feſt und unbeſtritten geweſen, ſie beſaß das volle Geſammteigenthumsrecht an Grund und Boden der Mark, ihr lag die periodiſche Vertheilung deſſelben an die Markgenoſſen ob. Der Markgenoſſe hatte nur das Anrecht auf ein Ackerlos, und dieſes Anrecht fiel urſprünglich nach ſeinem Tode an die Genoſſenſchaft zurück — man konnte von einem Geſammterbrecht wie von einem Geſammteigenthum der Markgenoſſen ſprechen. Aber ſehr bald ſchob ſich in dieſe rechtliche Structur lähmend die Immobiliarerbfolge der Söhne des Erblaſſers, und ſpäter auch weiterer Deſcendenten[1]; endlich wurden ſogar die Weiber nach dem berühmten Edict König Chilperich's vom Jahre 574 zur Erbfolge in Grund und Boden zugelaſſen. Damit verfiel das Erbrecht der Markgenoſſen; nur noch in einzelnen Handlungen der Rechtsſymbolik erhielt ſich ſein ſchwaches Andenken; und an die Stelle des einſtigen Geſammteigenthums der Markgenoſſen trat wenigſtens für den feſten Anbau der Fluren das Erbeigen beſtimmter markgenöſſiſcher Geſchlechter.

Und wie den Markgenoſſen die rechtliche Dispoſitionsfreiheit über die Feldfluren der Mark im Sinne eines Geſammteigenthums verloren ging, ſo verloren ſie langſam auch das Verfügungsrecht über die eigentliche Allmende. Im allgemeinen freilich waren die Markgenoſſen durchaus Herren über die Mark und ſie benutzten dieſe Stellung ſchon im 5. Jahrhundert dazu, jeden Fremden, jeden Landfahrer, der ſich anſiedeln wollte, von der Nutzung der Mark auszuſchließen: ſo weit war bei dem wenig intenſiven Anbau und der wahrſcheinlich raſchen Vermehrung der Bevölkerung ſchon der Nahrungsſpielraum verengt worden. Und mehr noch: nach germaniſchem Majoritätsrechte konnte ſchon das Veto eines einzigen Markgenoſſen die Anſiedelung

---

[1] Thur. 6.

Digitized by Google

Fremder in der Mark hindern. Gegenüber dieſer weitgehenden Autonomie der Markgenoſſenſchaft gab es nur ein Einſpruchsrecht, das des Königs. Worauf daſſelbe ſich begründet, läßt ſich nur vermuthen. Als in der Zeit zwiſchen den Aufzeichnungen Cäſar's und Tacitus' das Geſammtverfügungsrecht über Grund und Boden von den allgemeinen Verſammlungen der Völkerſchaft auf die einzelnen Markgenoſſenſchaften überging, hat ſich vielleicht ein alter Reſt des frühern Zuſtandes in einem Eingriffsrecht der Völkerverſammlung in die neue Ordnung erhalten. Dieſes Eingriffsrecht würde dann mit ſo manchen andern Befugniſſen der alten Völkerſchaftsverſammlungen auf die fränkiſchen Könige übergegangen ſein.

Allein während das Einſpruchsrecht urſprünglich und eigentlich nur prohibitiv, nur bei Unregelmäßigkeiten der Markverfaſſung und daher als ſelten anwendbar gedacht war, machten die Frankenkönige von ihm bald einen ganz andern Gebrauch. Sie geben begünſtigten Freien umfaſſende Erlaubniß, ſich trotz allen Proteſtes der Markgenoſſen in die Mark niederzulaſſen, ſie verleihen Anſiedelungsprivilegien, Rodepatente. Und weiter: das Land, welches die Fremden kraft königlichen Patents in Beſitz nahmen, genoß vor der Feldflur der Markgenoſſen noch beſondere rechtliche Vortheile; wahrſcheinlich war es ſtets Rodeland, lag alſo außerhalb des markgenöſſiſchen Landes, auf dem nur Nutzungs- und nicht Eigenthumsrechte des Einzelnen galten, war feſtes und freies Privateigenthum.

Damit entwickelte ſich die Verleihung von Rodepatenten zu einem grundſtürzenden Vorgange, gegen welchen ſich das alte Markland nicht zu halten vermochte. Noch im 5. Jahrhundert war Markland beſonders günſtiges, privilegirtes Land geweſen: ſchon im 6. Jahrhundert trat an dieſe Stelle das königliche Briefland.

Zugleich wurde die bevorzugte Stellung des Marklandes durch eine innerhalb der Markgenoſſenſchaft ſelbſt verlaufende Entwickelung untergraben. Es iſt früher ausgeführt worden, daß der Wald Markeigenthum war und daß ſeine unbegrenzte Nutzung jedem freiſtand. Damit ſtand es auch frei, eine Wald-

Digitized by Google

ſtelle ganz niederzulegen, zu brennen, zu roden, zu bauen. Das mag in den frühesten Zeiten ſelten geſchehen ſein, da hatte die Markgenoſſenſchaft für jüngere Söhne, welche nicht in das Los des Vaters eintreten konnten und daher als freie Kräfte namentlich in Betracht kamen, neue Ackerloſe ausgeworfen. Als aber die Loszahl geſchloſſen wurde und die Bevölkerung ſich gleichwol mehrte, da zogen die nachgeborenen Söhne in den Wald hinaus, umfingen ein Stück mit ſchützendem Zaune, ſengten und rodeten. So entſtand ein Landeigen neuer Art, über welches die Beſitzer ohne Hinderniß verfügten: dies Rottland war rechtlich günſtiger geſtellt als das Markland, der Ausmärker hatte es frei errungen und frei ſchaltete er darüber. Die guten Wirthe unter den Markgenoſſen erkannten bald die Vortheile des neuen Beſitzes, auch ſie begannen neben ihrem Markland zu roden und legten wol nicht ſelten den Hauptnachdruck der Wirthſchaft bald auf das Rottland. Auf dieſe Weiſe ſproßte raſch ein umfangreiches Landeigen neben den Feldfluren der Mark auf, wirthſchaftlich freier wie dieſes und frei vererblich, weil frei gewonnen. Gerade die Vortheile unbeſchränkter Vererblichkeit und voller Veräußerungsfreiheit des Rottlandes mußten das Markland allmählich immer mehr in den Hintergrund drängen; hatte die älteſte Zeit der fränkiſchen Stammesepoche noch keine Rechtsformen für die Uebertragung von Grundbeſitz aus freier Hand gekannt und keine Formen des Rechtsganges für Behauptung und Einklagung von Grund und Boden beſeſſen, ſo bildeten ſich dieſe jetzt, gegen Ende des 6. Jahrhunderts, aus und verhalfen dem Rottbeſitz zu endgültiger Ueberlegenheit.

Dieſem vereinten Andrang königlicher Rodungsprivilegien und energiſchen Ausbaues in der Mark widerſtand das alte Inſtitut der Markgenoſſenſchaft nur mit größter Mühe: ein Stück der altgermaniſchen Prärogativen nach dem andern ging verloren, nirgends ſchien Hülfe.

Bedenkt man nun, daß die Markgenoſſen den Kern der freien Bevölkerung bildeten, daß mithin mit der Bedrohung ihres urſprünglichen Verbandes eine wirthſchaftliche Umwälzung

umfaſſendſter Natur eintrat, ſo wird ſich der große Einfluß dieſer Bewegung auf die fränkiſchen Standesverhältniſſe überhaupt nicht verkennen laſſen. Bisher war die Bildung und Abwandelung der Stände faſt ausſchließlich nach rechtlichen Geſichtspunkten verlaufen unter der nothwendigen Vorausſetzung gleicher und ſtaatlich verbürgter wirthſchaftlicher Machtmittel aller freien Volksgenoſſen: jetzt hörte dieſe Vorausſetzung auf, ſociale Unterſchiede bildeten ſich auf Grund der Verſchiebung der wirthſchaftlichen Kräfte und wirkten zerſetzend auf den feſtgeſchloſſenen Stand der Freien. Der urſprüngliche Text der Salica kennt noch keine Standesunterſchiede in der großen und freien Maſſe des Volks außer den wenigen durch die politiſche Verfaſſung, die Königsmacht, geſchaffenen; aber ſchon wenig ſpätere Quellen erzählen von Mehr- oder Minderfreien und von „Potenten“, welche an verſchiedenen Orten Land beſitzen.[1]

Wenn aber dieſe Zerſetzung des freien Standes eine ſo beängſtigende Ausdehnung erreichte, daß ſpäter ſogar die Energie Karl's des Großen ihrem Fortſchritt vergebens entgegentrat, ſo muß man für ſie neben den wirthſchaftlichen Anläſſen vor allem auch den ungeheuern Umſchwung des deutſchen Volkslebens zur Stammeszeit überhaupt verantwortlich machen.

Die Franken waren durch ihren Uebertritt in die Provinzen zugleich in eine ihrer feſten ſocialen Gliederung gegenüber unendlich mannichfach ausgeſtaltete Menſchenwelt getreten, in welcher ganz abgeſehen von der Miſchung der Nationalitäten ſchon das Römiſche Recht der freieſten Gruppirung der Individualitäten Raum gelaſſen hatte. Ein Widerſchein dieſer ſocial ſo reich entwickelten Welt geht auch durch die fränkiſchen Volksrechte trotz alles Beſtrebens, die Zuſtände der Provinz einfach den fränkiſchen Verhältniſſen einzuordnen. Schon das Saliſche Recht muß dem Uuala, wie es den welſchen Provinzialen nennt, eine eigene Stellung einräumen; es hat dabei das deutliche, aber erfolgloſe Beſtreben, dieſe Stellung für alle Welſchen durchaus

[1] Sal. 74 Extrav., Pact. pro ten. pac. §. 12.

Digitized by Google

einheitlich zu geſtalten.[1] Noch weniger bemeiſtert das Ripuariſche Recht die ſociale Gliederung der Provinzialen: ſehr natürlich bei dem zerſtreuten Wohnen der Ripuarier in Gegenden, deren römiſche Cultur ungleich befeſtigter war als die des ſaliſchen Eroberungsgebietes, und zudem bei der centralen Lage des ripuariſchen Landes, welche den häufigen Verkehr von deutſchen Volksgenoſſen fremden Stammes, wie von Romanen mit ſich brachte. Daher nehmen ſchon ältere Theile des Ripuariſchen Rechts auf ſaliſche (und heſſiſche!) Franken, Alamannen, Burgunder und Romanen Rückſicht, ſpäter treten noch Frieſen, Baiern und Sachſen hinzu.[2] Und auch die ſtändiſche Gliederung der römiſchen Beſtandtheile der Bevölkerung weiſt eine ausgedehnte Stufenfolge auf, in deren Entwickelung ſich zudem der Einfluß der kirchlichen und königlichen Gewalt kreuzt. Wenn nun auch gerade bei den Ripuariern dieſe Einwirkungen eines fremden und reichgegliederten Volkslebens am ſchneidigſten eingriffen, ſo fehlten ſie doch faſt nirgends ganz[3]: ſchon früh

---

[1] Vermiſchung der Liten- und Romanenverhältniſſe Sal. 32 4 im Vergleich mit Sal. 35 4, ebenſo Sal. 42 4, 76 9 Extrav. Daneben läuft noch der aus der Sal. nicht feſt zu eruirende Unterſchied von Romanus possessor und Romanus tributarius. Sal. 41 7 8.

[2] Vgl. Rip. 31 3 5 (königl. Geſetz nach 534, vgl. Sohm, „Zeitſchrift für Rechtsgeſchichte", V, 380 fg.) und Rip. 36 (nach Sohm, a. a. O., aus dem Ende des 8. Jahrhunderts). Nach den Forſchungen Sohm's bedarf die Darſtellung der ripuariſchen Standesverhältniſſe einer viel gründlichern Durcharbeitung, als ſie noch Gaupp, „Lex Franc. Chamav.", S. 41 fg., und andere gegeben. Ich kann hier nur andeuten, daß es namentlich auf die Entſcheidung ankommt, in welchem Zuſammenhang die halbfreie Gliederung: Homo regius — Homo ecclesiasticus — Romanus der frühern Theile der Lex, welche nach Rip. 65 5 an den öffentlichen Laſten theilhaben, zu der ſpätern dem Ende des 6. Jahrhunderts angehörenden Gliederung: Denarialis — Tabularius — civis Romanus (Rip. 57—62) ſteht. Identiſch ſcheinen Tabularius und Homo ecclesiasticus, vgl. Rip. 58 2 8 11.

[3] Bei den Chamaven fehlen zwar direct römiſche Einflüſſe, aber um ſo mehr bemerkt man die Bedeutung der durch Eroberung geſchaffenen fränkiſchen Königsmacht. Denn die Homines Franci der

Digitized by Google

müſſen ſie überall die hergebrachte deutſche Standeseintheilung benagt und zerſetzt haben.

Die rechtlichen Linien für die altfränkiſche Standeseintheilung waren einfach genug; es gab im ganzen nur den großen Unterſchied der Freien und Unfreien; die Zwiſchenſtufen der Freigelaſſenen und die nicht einmal überall vorhandene ſociale Krönung durch einen mit einigen Sonderrechten ausgeſtatteten Adel kamen numeriſch wenig in Betracht. Da ſcheint es nun beachtenswerth, daß die Einflüſſe der übermächtigen römiſchen Cultur zunächſt auf die Standesverhältniſſe der Unfreien löſend wirkten; mit der naiven Treue geſetzgeberiſcher Unbeholfenheit führen die Volksrechte in die hier beſtehende Strömung ein.

Der Unfreie war von Rechts wegen eine Sache: das iſt der Grundſatz, den das Saliſche Recht in Titel 47 offen ausſpricht, der Recht und Leben einſt ausſchließlich beherrſchte und noch in der fränkiſchen Stammeszeit überall durchklingt. Die Mobiliarvindication des Saliſchen Rechts geht nur auf Vieh und Unfreie, denn dieſe beiden bilden den Hauptbeſitz des freien Mannes. Erſchlägt ein Unfreier einen Freien, ſo werden im Rechtsverfahren dieſelben Grundſätze in Anwendung gebracht, welche für den Fall gelten, daß ein Stück Vieh einen Freien tödtet.[1] Erſchlägt ein Unfreier einen fremden Unfreien, ſo theilen die beiderſeitigen Herren den Mörder unter ſich.[2] Der letzte Satz zeigt ſchon, daß dieſe Auffaſſung der Unfreien als Sache auch in der perſönlichen Behandlungsart der Unfreien Raum erhielt, ſoweit ſich das mit dem Vortheil des Herrn ver-

---

Lex Cham. ſind die jetzt dem (ſaliſchen) Antruſtionenwergeld untergeordneten einſtigen Adeligen des Volkes, entſprechend den Adalingi der Thoringer und dem Adel der Frieſen; wie ſehr ſie mit letzterm zuſammenhängen, zeigen die Reſte eines Wergeldſyſtems, wonach der Edle wie in Friesland = 1½ Freien gerechnet iſt. Der Adel erhielt ſich mithin nur durch Uebertritt in die Trustis regia.

[1] Vgl. Lex Sal. 35 5 mit 36 1 und die jedesmaligen Zuſätze der Codd. 5, 6 fg. — Emend. beziehungsweiſe Codd. 7, 9.

[2] Sal. 35 1, vgl. den Zuſatz der Codd. 3, 4 fg. — Emend. „aut ancillam sibi similem“ (d. h. eine gleichartige Unfreie).

Digitized by Google

trug. Das Ripuariſche Recht bemerkte in dieſer Hinſicht ausdrücklich, daß ein bis zwei oder drei Schläge ohne Blutverluſt für den Unfreien von keiner Bedeutung ſeien; ein Satz der Salica[1] trifft Beſtimmungen für den Fall, daß ein Unfreier infolge von Schlägen auf 40 Tage arbeitsunfähig wird. Den vollſten Ausdruck aber gewann dieſe Einordnung der Unfreien unter die Sachen in der Disciplinargewalt des Herrn. Wie es ſcheint, war ſie auch in der Zeit des Saliſchen Rechts noch völlig unbeſchränkt gedacht[2], wenn ſie auch ſchon im Sinne einer beſſern patriarchaliſchen Auffaſſung gehandhabt wurde: Stockſchläge waren das Gewöhnliche, nur im äußerſten Nothfalle ſchritt man zur Tortur.

Aber konnte man ſich auf die Dauer der Anſicht verſchließen, daß die Unfreien ſozuſagen auch Menſchen waren? Mußte die Erinnerung hieran nicht beſonders bei der Einfügung der romaniſchen von Rechts wegen doch auch unfreien und thatſächlich wenigſtens minderfreien Bevölkerung in das deutſche Rechtsſyſtem erwachen? Und konnten die Unfreien überhaupt in der neuen Heimat bleiben, was ſie in der alten geweſen waren? Die Anſprüche der Franken an das Daſein vervielfachten ſich unter dem Eindruck der reichen Lebensformen der Provinz, ſie mußten zunächſt im Hauſe, durch das Geſinde, d. h. durch die Unfreien gedeckt werden. Es ergab ſich eine immer zunehmende Gliederung der Unfreien durch den Beruf, aus ihm folgte eine verſchiedene Schätzung ihres Sachwerthes, und die letztere wieder ergab eine ſociale Abſtufung. Die Mehrzahl der Unfreien blieb zwar, was ſie bisher geweſen war, ein wahrſcheinlich nicht unbedeutender Theil der ackerbauenden Bevölkerung, aber aus ihnen heraus hoben ſich zwei Klaſſen bevorzugter Unfreier, die Miniſterialen

---

[1] Sal. 35 4 von Codd. 5, 6 ab.

[2] Beſonders bezeichnend iſt Sal. 10 2: Unfreie ſtehlen ihrem Herrn etwas in Gemeinſchaft mit Freien beziehungsweiſe unter Verführung durch Freie (Sal. 10 5 mit Codd. 5, 6). Es wird nur die Strafe für den Freien feſtgeſetzt, die Beſtrafung des Unfreien bleibt im Belieben des Herrn.

Digitized by Google

(Hausdiener) und die Artifices (Handwerker). Da finden ſich unter den erſtern das meiſt wol reiſige Dienſtgefolge, die Vorſteher des landwirthſchaftlichen Betriebes: Meier und Meierin, dann Truchſeſſe, Barſchalk und Marſchalk. In der zweiten Gruppe ſpielen Schmied und Zimmermann, Sattler und Goldarbeiter die größte Rolle, aber auch die Müller und Geſtüter, die Schweinehirten, Jäger und Winzer gehören ihr an. Der reale Werth eines Unfreien dieſer höhern Klaſſen betrug etwa 25—30 Solidi gegenüber dem Normalpreis von 15 Solidi für den gemeinen Unfreien.[1]

Eine ſolche Löſung des bisher einheitlichen unfreien Standes in verſchieden thätige und demgemäß verſchieden geſchätzte Berufsklaſſen war auf die Dauer ohne rechtliche Sonderung und vorhergehende Anerkennung eines Rechtszuſtandes der Unfreien überhaupt undenkbar. Wer qualificirte Leiſtungen verlangt, der muß zunächſt der Menſchenwürde des Leiſtenden Rechnung tragen. Dazu kam ein weiteres Moment. Schon immer hatte gewiß der Unfreie, obgleich Sache, doch für den Herrn unter der Vorausſetzung eines gewiſſen Beſtandes von Werkzeugen und äußern Mitteln, die in ſeinem Beſitz waren, gearbeitet: jetzt erlangte die größere Verantwortlichkeit und die höhere Stellung der vorgezogenen Unfreien in dieſer Richtung weiter gehende Befugniſſe. Obgleich daher die Unfreien nicht Eigenthum ſein konnten, bildete ſich doch unter ihnen eine Stufenfolge wirthſchaftlicher Macht aus — eine neue Handhabe zur Sprengung der alten von Rechts wegen gleichartigen Behandlung.

Die Volksrechte ſpiegeln dieſen Zuſtand neuer Bildungen ſcharf genug ab. Obgleich der Unfreie rechtlich eine Sache iſt, hat er in den Volksrechten doch ein Wergeld außer ſeinem Sachwerth und wird als Perſon zum Zeugniß in den Rechtsgang der Freien gezogen; obgleich er der Disciplinargewalt ſeines

[1] Vgl. namentlich Sal. 10. Es iſt bedeutſam, daß in dieſem Tit. ſich zweimal von den beſſern Unfreien der Ausdruck malb. chôrog, hôrogaui=Höriger, Hörige (Kern, §. 69) gebraucht findet, was dem gewöhnlichen Ausdruck malb. theo für unfrei nicht entſpricht.



Digitized by Google

Herrn unterſtellt iſt, ſind doch die Anfänge eines beſondern Strafrechts für ihn vorhanden; obgleich er kein Eigenthum beſitzen darf, hat er doch einen Anfang von Vermögensrecht. Nichts iſt daher verkehrter, als auf dem Wege der Forſchung ein Syſtem der Unfreiheit aus den fränkiſchen Volksrechten abzuleiten, in dem nur eine Conſequenz die andere auf die Füße zu treten vermag. Was die Beſtimmungen der Volksrechte geben, ſind vielmehr Niederſchläge einer langſam verlaufenden Entwickelung, die als Ganzes angeſehen nur ein Gemenge von Widerſprüchen ergibt. Und es fehlt viel daran, daß gerade die neueſten Bildungen ſyſtematiſch auftreten. Das Wergeld des Unfreien iſt nur bei den Chamaven (und den Frieſen zwiſchen Laubach und Weſer)[1] voll als ſolches ausgeprägt, im übrigen iſt doch häufig noch der Gedanke eines einfachen Erſatzes für den Sachwerth des Getödteten vorherrſchend. Ganz ähnlich erinnern die Anfänge des Strafrechts noch an die Disciplinargewalt des Herrn; das Saliſche Recht gibt noch die Alternative von einem Stockprügel oder Zahlung eines Denars, ja ſogar von Verluſt der Hand oder Zahlung von 200 Denaren und von Caſtrirung oder Zahlung von 240 Denaren. Erſt das Ripuariſche Recht entwickelt den in dieſen alternativen Beſtimmungen liegenden Kern zu einem wahren Strafcodex der Unfreien im Sinne der deutſchen Stammesrechte. Dieſe Bußſätze des Strafrechts beziehen ſich auf Vermögensſtrafen, ſetzen alſo offenbar den Begriff des Eigenthums bei den Unfreien voraus. Aber gleichwol finden ſich doch nur die Anfänge eines Vermögensrechtes im Sinne unfreien Eigenthums. Der Unfreie beſitzt Vermögensobjecte unter dem Obereigenthum des Herrn, jede Uebertragung derſelben ohne Willen und Billigung des Herrn iſt ausgeſchloſſen[2]: das Vermögen des Unfreien iſt mithin kaum etwas anderes als ausſchließlich für den Herrn nutzbarer Leibbeſitz.

---

[1] Lex Fris. 9, 17; 15. Cham. 37.

[2] Vgl. Sal. 26 2 (aber nur Codd. 5, 6, 10 und Emend.) und ſiehe dazu Sal. 27 30, wo Emend. 29 36 für sine consilio domini s. consensu d. lieſt.

Digitized by Google

Trotz dieſer Beſchränkungen auf allen Rechtsgebieten läßt ſich nicht verkennen, daß mit der Ordnung der unfreien Verhältniſſe im Sinne eines Rechtsſtoffes für dieſen Stand alles gewonnen war: dieſer zunächſt formale Hergang mußte bei der Gleichheit der Cultur und der Beſchäftigung nothwendig die Unfreien den Freien unendlich nahe bringen. Um ſo wichtiger war es für die Freien, die von der Natur gegebenen Schranken zwiſchen frei und unfrei mit größter Schroffheit aufrecht zu erhalten, nur in der excluſivſten Ausgeſtaltung des Familienrechts lag ihre Rettung. Keine Vermiſchung des Blutes, und wenn eine ſolche, dann unfehlbarer Verluſt der Freiheit für den bisher freien Theil, das wird die grauſame und doch einzig mögliche Loſung der freien Volksgenoſſen ſeit den Tagen des ſocialen Aufſchwungs der Unfreien. So ſtraft das Saliſche Recht namentlich jede Verheirathung einer freien Frau mit einem Unfreien auf das empfindlichſte, erſt in der Epoche der verfallenden Gemeinfreiheit werden dieſe gewaltſamen Beſtimmungen geändert.[1] Aehnlich rigorös lautet der entſprechende Paragraph des Ripuariſchen Rechts, das außerdem in bezeichnender Weiſe auf den Raub einer freien Frau durch einen Unfreien den Tod ſetzt.[2]

In der That iſt es auf dieſe Weiſe den Franken der Stammeszeit noch gelungen, trotz gleicher Cultur und weſentlich gleichen Berufs im Frieden die Trennung zwiſchen Frei und Unfrei in ſolchem Grade aufrecht zu erhalten, daß auch die ſocial höher ſtehenden Gruppen der Unfreien mit wenigen Ausnahmen den höchſten politiſchen Prärogativen der Freiheit fern blieben. Es war das ein um ſo bedeutenderer Erfolg, als die politiſche Kraft der Freiheit faſt noch unbegrenzt ſchien, wenn ſie auch gerade jetzt durch das Aufkommen der ſaliſchen Königsmacht einen erſten Stoß erlitt. Erſt dann aber wird man die Bedeutung dieſer Prärogativen der Freien recht verſtehen,

---

[1] Sal. 70 Extrav. vgl. mit Cap. Ludow. I Sal. add. §. 3.
[2] Rip. 58 18; 34 4.



Digitized by Google

wenn man ſich ihre Grenzen allerſeits, nicht blos in der ſtaatsverfaſſungsmäßigen Wirkung vergegenwärtigt.

Die Stellung der einzelnen Perſönlichkeit in der Epoche der Volksrechte wird namentlich durch die ſeltſame Miſchung individueller Ungebundenheit neben den weitgehendſten formellen Beſchränkungen bezeichnet. Blutrache und genaueſte Caſuiſtik in Real-, ja Verbalinjurien, freie Sprache in der Volksverſammlung und unbedingte Unterwerfung unter die zwingenden formellen Vorgänge des Rechtsverfahrens, das alles ſteht ſcheinbar unvermittelt nebeneinander. Und doch ergibt eine genauere Betrachtung leicht den Zuſammenhang. In den Zeiten unreifer Cultur vermag ſich der Einzelne nicht mit den Erfahrungen einer langen Vergangenheit zu ſättigen, der Codex ungeſchriebener, aber gleichwol verbindlicher Geſetze in den Tiefen des Volkslebens iſt gering und erlaubt dem Einzelnen die außerordentlichſten Schwankungen. Aber dem tritt auf der andern Seite die nationale Erziehung beſonders in der Weiterbildung des Rechts entgegen, oft in formeller und dann wunderbar poetiſcher Ausbildung, meiſt ſchroff, immer zwingend. So wird die Form, wie ſie von der gemeinen Ueberzeugung aller getragen wird, ſelbſt zu einer Macht, ſie erhält politiſche Bedeutung, ohne doch mit den Organen der Verfaſſung in unmittelbarem Bezug zu ſtehen. Das iſt die Erklärung für jenen eigenthümlichen Formalismus des deutſchen Rechtsverfahrens, wie ihn das Saliſche Recht noch aufweiſt. Man kann dieſes Verfahren geradezu als die förmlich geregelte Selbſthülfe des Einzelnen bezeichnen, deren Erfolg eben durch Einhalten der formellen Vorſchriften als der höhern zwingenden Macht gewährleiſtet wird. Der Kläger beruft den Verklagten ſelbſt vor Gericht kraft der Anwendung beſtimmter ſprachlicher Wendungen; der Verklagte ſeinerſeits gelobt kraft zwingender Worte noch vor dem Sprechen des Urtheils ſeine Erfüllung; und nach dem Urtheil zwingt der Kläger mittels formeller Aufforderung die öffentliche Gewalt zur Ausführung des Urtheils gegen den Verklagten. Freilich iſt dieſe Form gerichtlichen Verfahrens ſchon zur Zeit der ſaliſchen Rechtsaufzeichnung am Veralten; hinter ihr ſteht ſchon nicht blos mehr

Digitized by Google

ſubſidiär die Gerichtsgewalt des Königs, die bald zur Gerichts⸗hoheit wird, bald treten die bisher faſt allein handelnden Par⸗teien vor dem Eingreifen des Gerichtsherrn zurück und der alte Formalismus ſchwindet vor einer ſachgemäßen Beurtheilung von Schuld und Verpflichtung.

Aber während ſo auf dem Gebiet der Rechtsſprechung das Eingreifen der erſtarkenden Staatsgewalt dem Formalismus ein Ende bereitete, hielt ſich eine verwandte Anſchauung, wie es ſcheint, noch viel länger auf dem Gebiet der Sitte. Noch im frühern Mittelalter haben eine Reihe von Zuſtänden und Aeußerungen, bei welchen wir eine innere Beziehung denken, einen zunächſt formellen, bisweilen ſogar verfaſſungsmäßig ge⸗ſicherten Sinn; ſo die Gnade oder Huld des Königs, die Buße, der Muth, die Treue, die Tugend (feines Benehmen). Dieſe Erſcheinung läßt auf eine rohere pſychologiſche Anſchauung zu⸗rückſchließen, welche ſich nur im Gängelband formal gefaßter Begriffe zu bewegen weiß, und da, wo ſie ins Leben trat, ſich kaum anders als an der Hand einer ausgedehnten Caſuiſtik zurechtfindet. In der That ſind in den fränkiſchen Volksrechten nur wenige Stellen zu finden, wo ein wahrhaft innerlicher und charakteriſtiſcher Zug des moraliſchen Bewußtſeins ſich machtvoll Bahn bricht. So namentlich in dem Verwerfen jeder Feigheit, jeder Heimlichkeit, jeder Hinterliſt; wer Leichenraub und Leichen⸗plünderung wagte, der ſoll volk⸗ und heimatlos ſein, Waldgang ſoll ihn treffen nach altem Recht; die Vorwürfe der Haſen⸗herzigkeit und des Schildwegwerfens gehören zu den ſchwerſten Beleidigungen; es iſt Mord unter den erſchwerendſten Umſtän⸗den, wenn der Todte im Brunnen oder im Waſſer, im Wald oder in den Haſeln verborgen wird.[1] Aber doch war der Be⸗griff wenigſtens der Hinterliſt weniger fein ausgebildet; die An⸗wendung von vergifteten Pfeilen und Zauber. von Kräuterbechern und Hexerei wird nicht gleich hart beſtraft, vielleicht weil re⸗ligiöſe Vorſtellungen davon abhielten. Für noch weniger ſchimpf⸗

[1] Sal. 55 2 „wargus sit", vgl. Emend. 57 5; die Strafe heißt Cod. 10 „antiqua lege"; Sal. 30; Sal. 41 2.

lich ſcheint Raub und Wegelagerei gegolten zu haben; die Volksrechte kämpfen vergebens gegen ein weitverbreitetes Banditenweſen, deſſen Wurzeln vielleicht noch in die Zeit ehrenhafter Plünderung in den feindlichen Provinzen des Römerreichs zurückdatiren.[1]

Wenn aber beſſere Geſammtvorſtellungen auf ſittlichem Gebiete ſich nur langſam Bahn brachen, ſo wird dafür vor allem der grauſame Charakter der fränkiſchen Stämme verantwortlich zu machen ſein, der aus der ſchaudervollen Caſuiſtik der Volksrechte bei Verbrechen gegen Leib und Leben nur zu deutlich hervortritt.[2] Nirgends erſcheint deutlicher, wie gerade auf dieſem Gebiete, der ſtolze unbeugſame Sinn der einzelnen Perſönlichkeit, die nur ſich kennt und gegenüber fremdem Daſein mit voller Rückſichtsloſigkeit verfährt. Erſt von dieſer Seite aus gewinnt man den vollen Blick in den Charakter der fränkiſchen Freiheit. Freiheit iſt zunächſt Ungebundenheit im buchſtäblichen Sinne des Wortes; das Binden eines Freien wird beſonders hart geahndet, auf dem Mord und dem Verkauf eines Freien ſteht gleich hohe Strafe.[3] Frei war derjenige, der gehen und bleiben konnte wo er wollte: dieſes Grundrecht wird in ſpätern Formeln der Freilaſſung immer wieder betont. Schon dieſes Recht ſetzt, wenn altbegründet, weſentlich gleiche verfaſſungsmäßige Rechte aller freien Volksgenoſſen voraus, denn es beweiſt für niedrige Culturſtufen gleiche wirthſchaftliche und ſociale Verhältniſſe.

In der That iſt dies gleiche Betheiligungsrecht aller Volksgenoſſen an dem politiſchen Leben noch die Grundlage der

---

[1] Vgl. beſonders Sal. 28, 31. Sal. 42 entwickelt geradezu den Begriff Contubernium als einer Räuberbande, Thur. 10 9 nennt dieſelbe Bildung collecta manus, Rip. 41 3 satellites, Rip. 64 hariraida; es waren meiſt 3—9 Mitglieder. Vgl. auch Lex Bajuv. 8 1.

[2] Vgl. z. B. Sal. 29.

[3] Sal. 32 1; Sal. 39 2. Erſt Emend. und theilweiſe die Codd. 5, 6 fg. machen hier den Unterſchied, ob der Freie nach Haus zurückgekehrt iſt oder nicht, und beſtrafen den erſten Fall mit 100 Solidi, den zweiten mit 200 Solidi. Aber der Graf band die Freien als Beamter der Executive, Befreiungsverſuche werden ſeit Codd. 5, 6 mit Wergeldshöhe beſtraft: Sal. 32 5. Vgl. weiter Rip. 16; Cham. 17; Thur. 7 5 6.

fränkiſchen Stammesverfaſſung, ſoweit wir dieſelbe aus dem Saliſchen Recht kennen. Ueber dem Volk ſteht nur der König, aber noch nicht als Macht zu eigenem Rechte, ſondern zumeiſt nur als vollſtreckende Gewalt für die Entſcheidung der Volksgenoſſen. Kraft dieſer Befugniſſe ſchafft er zwar einen rechtlich ſchon privilegirten Kreis von Beamten, aber dieſe Beamten bilden noch keinen ſocial bevorzugten und abgeſchloſſenen Stand, ſie ſind noch kein Dienſtadel. Und gerade die älteſte und zahlreichſte Beamtenklaſſe leitet ihre Rechte überhaupt nicht vom König ab, ſondern von der alten und ſelbſtändigen Gerichtsorganiſation des Volks.

Schon zur Taciteiſchen Zeit hatte die Rechtspflege und Rechtsbildung den unterſten Verbänden der Völkerſchaften, den Hundertſchaften angehört; in dieſen Kreiſen wurde auch zur Zeit des Saliſchen Rechts von den Volksgenoſſen noch das Urtheil geſprochen und neues Recht gewieſen. Den Vorſitz in den Gerichtsverſammlungen führte der Thunginus, ein vom Volk ernannter, vom König wol nur anerkannter Beamter; nur zur Erhebung der dem Könige fälligen Strafgebühren gab es beſondere Mandatare des Königs, die Sacebaronen oder Schultheißen.

Ueber den Hundertſchaften hatte in früherer Zeit die Völkerſchaft als Gefäß des eigentlichen politiſchen Lebens, als Staat für ſich geſtanden. Dieſe Entwickelung war durch die Verſchmelzung der Völkerſchaften zu Stämmen beſeitigt, der Stamm war an die Stelle der Völkerſchaft, die Heerſchau des Stammes an die Stelle der Völkerſchaftsverſammlung getreten. Eine in ihren unmittelbaren Wirkungen wie in den begleitenden Umſtänden äußerſt folgenreiche Aenderung. Die Verſammlung der Völkerſchaft hatte keine räumlichen Schwierigkeiten gefunden, häufiger im Jahre traten die Volksgenoſſen in ihr zuſammen, geringer war die Zahl der zu erledigenden Geſchäfte, leichter die Ueberſicht über die Tragweite der Verhandlungen. So hatten die Verſammlungen ihre inhaltliche Bedeutung gewahrt: ſie waren die Regierung an ſich geweſen. Aber was bisher Inhalt und Leben geweſen war, das wurde in der Stammesverſammlung immer mehr Form; zwar hielten ſich noch die alten Gerechtſame, noch ſollte

die Wahl der Thunginen wol vor der Verſammlung ſtattfinden, ſollte die Zugehörigkeit zum Volke, namentlich die Freilaſſung, hier beglaubigt werden, noch galt der alte Heeres- und Gerichtsfriede des Volkes: aber alle dieſe Befugniſſe mußten unter der Wucht der räumlichen Ausdehnung des Stammes erſt zu Förmlichkeiten, dann zu Antiquitäten werden. Und ſchon war die moderne Macht vorhanden, welche die alten Rechte des Volkes in ſich auffog und in einem Syſtem perſönlicher Befugniſſe von neuem ausprägte.

Unter Krieg und Eroberung waren die Franken in das Römerreich gedrungen; die militäriſche Anlage der deutſchen Verfaſſung, ſchon immer von größter Bedeutung, mußte während dieſer Zeit beſonders hervortreten. Es bildete ſich eine einheitliche Militärgewalt der Oberanführer aus, die bald in einem Geſchlecht und einem Haupt gipfelte und ſo zur Militärhoheit, zum Königthum mit eigenem Recht führte. So erſcheint der König im Saliſchen Geſetze: er iſt noch nicht der Träger der Staatsgewalt, noch nicht im Beſitze der Gerichtshoheit, noch nicht Herr der Rechtsbildung — noch iſt das Volk ſouverän. Aber die oberſte Entſcheidung des Volkes in der Stammesverſammlung, wie der Rechtsſpruch der Hundertſchaft entbehrt der zwingenden Gewalt; das Volk hat die Executive an den König verloren.

Das iſt die Bedeutung des fränkiſchen Stammeskönigthums; der König iſt der oberſte, der einzige ausführende Beamte des Volkswillens, als ſolcher allmächtig und darum auf reißend ſchnellem Entwickelungswege zu einem Herrſcherthum von eigener Machtvollkommenheit und beſonderer rechtlicher Ausgeſtaltung.

Schon das Saliſche Recht kennt eine feſte Organiſation der königlichen Gewalt, die ſich in ſicherer Weiſe in jene Fugen des altgermaniſchen Verfaſſungsrechts einſenkt, welche durch den Uebergang der oberſten Regierungsgewalt von den Völkerſchaften auf die Stämme gelockert ſcheinen. In Taciteiſcher Zeit war die Völkerſchaft durch die große Regierungsverſammlung vertreten geweſen, jetzt war dieſelbe ohne irgendwelchen Erſatz auf den Stamm übergegangen. Die Völkerſchaft, jetzt Gau genannt, blieb von Volks wegen ohne Vertretung, um ſo eher eignete ſie

Digitized by Google

ſich zum Rahmen für die Vertheilung der königlichen Executive. In jeden Gau wurde ein königlicher Machtdiener, der Graf, lediglich als Vertreter der königlichen Executive geſetzt, ihm wurden, ſo ſcheint es, die Schultheißen der Hundertſchaftsbezirke untergeordnet. Damit war eine Vertheilung königlicher Verwaltungsbeamten erreicht, welche für die Ausübung der königlichen Gewalt voll genügte und zugleich der Verwaltung der privaten Einnahmen des Königshauſes Rechnung trug; und es war zugleich eine Organiſation geſchaffen, welche ſich durch Aufnahme gerichtlicher Befugniſſe und Verbreiterung der vorhandenen Gewalten bis zu jener vollen Regierungsgewalt entwickeln konnte, als deren Vertreter man die Grafen in der Karolingiſchen Zeit wiederfindet.

Es ſpiegelt ſich ſomit in den Verfaſſungseinrichtungen der fränkiſchen Stammeszeit, wie ſie vor allem das Saliſche Recht wiedergibt, der Kampf der geſchichtlich gewordenen altgermaniſchen Gemeinfreiheit und des modernen vorwärts ſtrebenden Königthums wieder. Das iſt vor allem die Signatur der fränkiſchen Stammeszeit: auf der einen Seite das Ringen der altgermaniſchen Verhältniſſe, ſich mit der neuen Umgebung der Provinz auseinanderzuſetzen, ein mit äußerſter Energie aufgenommener und doch nothwendig erfolgloſer Verſuch — auf der andern Seite die junge Macht des Königthums, emporgewachſen auf dem neuen Boden, erſtarkt in der Unterwerfung der nicht abſorptionsfähigen Theile der fremden Cultur, hoffnungsfroh und ſiegesgewiß. Die Zukunft gehört dieſem Königthum; was auch die kommenden Jahrhunderte bis zum Eintritt des eigentlichen Mittelalters Großes erlebt haben an äußern Erfolgen: das Erſtehen eines Reichs von mehrern deutſchen Stämmen und ſchließlich eines Univerſalreichs, wie an innern Entwickelungen: die volle Aufnahme des Chriſtenthums, die Begründung einer neuen deutſchen Cultur unter claſſiſchem Einfluß, es entſprießt alles mehr oder minder den Wurzeln dieſer neugeſchaffenen Königsmacht der Stammeszeit.

Digitized by Google

# Der Schwäbiſche Bund.

Von

Dr. Karl Klüpfel in Tübingen.

Digitized by Google

## I. Vorgeſchichte.

Der Schwäbiſche Bund, welcher unter der Regierung Maximilian's I. und Karl's V. in deutſchen Angelegenheiten eine ziemlich bedeutende Rolle geſpielt hat, bedarf zu ſeinem Verſtändniß eines Rückblicks auf eine zweihundertjährige Vorgeſchichte.[1]

Unter den Beſchwerden über das Reichsregiment Kaiſer Friedrich's III. ſtand obenan das Verlangen nach einem dauerhaften Landfrieden, der feſt begründet auch ſtreng und kräftig gehandhabt würde. Denn die Friedensordnungen, welche bis dahin im Deutſchen Reiche von Zeit zu Zeit verkündet waren, pflegten wenig beachtet zu werden. Der herrſchenden Friedloſig-

---

[1] Die Materialien dazu finden ſich hauptſächlich in folgenden Werken:

Joh. Phil. Datt, „De pace imperii publica“ (Ulm 1698).

W. Viſcher, „Geſchichte des Schwäbiſchen Städtebundes der Jahre 1376 und 1389“, in den „Forſchungen zur deutſchen Geſchichte“, Bd. II (Göttingen 1861).

Chriſtoph Friedrich Stälin, „Würtembergiſche Geſchichte“, Bd. III, 1296—1496 (Stuttgart 1856).

„Deutſche Reichstagsacten“, herausgegeben von Weizſäcker, Bd. I—III, 1376—1400 (München 1867—77).

Paul Schweizer, „Vorgeſchichte und Gründung des Schwäbiſchen Bundes“ (Zürich 1876).

Theod. Lindner, „Geſchichte des Deutſchen Reiches unter König Wenzel“ (Braunſchweig 1875—80).

Digitized by Google

keit und Rechtsunſicherheit begegneten vielmehr ſeit dem 13. Jahrhundert Landfriedenseinungen und Bündniſſe zwiſchen einzelnen Territorien und Städten.

Unter den frühern Bündniſſen, welche ſich die Schlichtung von Streitigkeiten, die Abſtellung von Fehden, die Handhabung von Ordnung und Ruhe zur Aufgabe geſetzt, ragen zwei durch ihre Bedeutung und Wirkung hervor: der Rheiniſche Städtebund von 1254 und die Hanſa. Beide waren keine allgemeinen das ganze Reich umfaſſenden Landfriedensbündniſſe, beide hatten ſpecielle Zwecke; aber beide Vereine verfolgten auch die Aufgabe, durch Schiedsgerichte die Streitigkeiten zwiſchen den Bundesgenoſſen ſelbſt zu ſchlichten, beide waren von den Städten ausgegangen, ſchloſſen aber auch mit den Fürſten Bündniſſe. Der Rheiniſche Bund dehnte ſich vom Niederrhein bis zum Oberrhein aus, umfaßte gegen 60 Städte, 4 Kurfürſten und 12 Grafen und Herren, hatte aber nur kurze Dauer. Die Hanſa erſtreckte ſich über ganz Norddeutſchland und gewährte ihren Mitgliedern einen beſſern Landfriedensſchutz, als der Kaiſer dem übrigen Deutſchland verleihen konnte. Ihre Blüte dauerte durch das ganze 14. Jahrhundert, ihr Beſtand bis ins 17.

Der erſte große Landfriedensbund in Süddeutſchland war der, welcher 1331 von 22 ſchwäbiſchen Städten, mit Herzog Stephan von Baiern und Markgraf Ludwig von Brandenburg, den Söhnen Kaiſer Ludwig's des Baiern, errichtet wurde. Dieſer Bund ſollte zugleich auch als Stützpunkt für die Herrſchaft Ludwig's dienen, und auch nach dem Tode Ludwig's ein feſtes Zuſammenhalten im Falle einer zwieſpältigen Kaiſerwahl verbürgen. Uebrigens verpflichteten ſich die Verbündeten im allgemeinen zu gegenſeitigem Beiſtand gegen alle widerrechtlichen Angriffe. Die Städte bildeten innerhalb des Bündniſſes einen beſondern engern Verein, dem der Kaiſer die Zuſicherung ertheilte, daß die Städte nicht voneinander getrennt und bei allen ihren Rechten erhalten werden ſollten; und daß ſie einander beholfen ſein dürften, gegen jeden, der ſie ihrer Rechte berauben wolle, ſich zu vertheidigen. Dies war ein Zugeſtändniß gegen die häufig vorkommende Verpfändung der Reichsſtädte an Fürſten,

und von dieſer Zeit an verlangten die ſchwäbiſchen Städte bei jedem Landfriedensbündniß, das ſie ſchloſſen oder erneuerten, daß der Kaiſer ihnen gemeinſamen Widerſtand gegen jede Verpfändung geſtatte. Nach dem Tode Ludwig's des Baiern wurde das Städtebündniß von ſeinem Nachfolger Karl IV. mehrmals erneuert und jene Zuſicherung 1349 in verſtärkter Faſſung hinzugefügt, aber bei ſpätern Erneuerungen entzog ſich Karl dieſer läſtigen Clauſel und nahm in das Reichsgeſetz vom Jahre 1356, die Goldene Bulle, ſogar die Beſtimmung auf, daß keine andern Bündniſſe als Landfriedensbündniſſe ſollten errichtet werden dürfen. Solche betrieb er denn auch eifrig. Auf ſeine Anregung verbanden ſich 1359 die Herren und Städte in der Wetterau, 1362 zu Tangermünde unter dem Vorſitz des Erzbiſchofs Dietrich, die Markgrafen und Biſchöfe von Brandenburg und der Herzog Rudolf von Sachſen, 1371 die weſtfäliſchen und 1372 die thüringiſchen Reichsſtände zu einem Landfriedensbunde.

Auch in Süddeutſchland ſuchte Karl IV. das Syſtem der mit kaiſerlicher Autorität geſchloſſenen Landfriedensbündniſſe zu begründen und zu verbreiten, und dadurch den oppoſitionellen Städtebündniſſen ein Gegengewicht zu geben. Er ſandte ſeinen Vertrauensmann, den Hauptmann Boreſch von Rieſenburg, nach Schwaben, um mit den Städten Augsburg und Ulm und den mit ihnen verbündeten Städten und Herren über ihre Beſchwerden und allerlei Reichsangelegenheiten zu verhandeln. Es gelang ihm, einen Landfriedensbund für Ober- und Niederſchwaben zu Stande zu bringen, der, am 6. December 1370 abgeſchloſſen, bis zum 23. April 1375 dauern, und gegen Raub, Brand, Mord und unrechtes Widerſagen (unberechtigte Aufkündigung des Friedens) und ſonſtige widerrechtliche Handlungen Schutz gewähren ſollte. Als Theilnehmer werden die 31 Städte: Augsburg, Ulm, Donauwörth, Nördlingen, Dinkelsbühl, Bopfingen, Aalen, Eßlingen, Gmünd, Reutlingen, Hall, Heilbronn, Rottweil, Weil, Wimpfen, Weinsberg, Steinheim, Pfullendorf, Biberach, Buchau, Ueberlingen, Buchhorn, Sanct-Gallen, Lindau, Ravensburg, Wangen, Isny, Memmingen, Kempten, Kaufbeuren und Leutkirch, aufgeführt, dazu kommt ein vom Kaiſer eingeſetzter

Hauptmann, Graf Ulrich von Helfenſtein, der ſchon früher Mitglied eines Landfriedensbundes und Landvogt in Oberſchwaben geweſen und bei Karl IV. in großer Gunſt ſtand. Er ſollte die Leitung des Bundes in die Hand nehmen und alle Bitten um Bundeshülfe ihm vorgelegt werden. Er hatte die Berufung der Mitglieder zu Verſammlungstagen zu beſorgen; die Herren und Städte unterhalb der Alb ſollten in Eßlingen berathen, die oberhalb in Ulm, außerdem ſollten in Ulm und Sanct-Gallen alljährlich regelmäßige gemeinſame Verſammlungen gehalten werden. Ueber die Verfolgung der Friedbrecher auf friſcher That und Erſatz des angerichteten Schadens waren genaue Beſtimmungen getroffen. Es ſollte kein ausſchließlicher Städtebund ſein, vielmehr wurde dem geiſtlichen und weltlichen Adel ausdrücklich der Beitritt vorbehalten, er ſollte, unbeſchadet ſeiner ſonſtigen Rechte und Freiheiten, neben den Städten ſitzen und mit ihnen die gemeinſamen Angelegenheiten berathen. Die Sache ſcheint ganz gut organiſirt geweſen zu ſein, aber die Herren vom Adel ſcheinen den ganzen Bund als eine gegen ſie gerichtete Verſchwörung angeſehen zu haben. Freilich waren die Friedbrecher, gegen welche der Bund Schutz gewähren ſollte, in manchen Fällen adelige Raubritter, welche die Güterzüge ſtädtiſcher Kaufleute überfielen. Auch waren die an Wohlſtand zunehmenden Städte, bei welchen die verarmenden Ritter Geld entlehnten, und denen ſie immer mehr verſchuldet ihre Güter überlaſſen mußten, dem Adel ein Dorn im Auge. Aber andererſeits konnte der Adel, der ſich in ſeinen Intereſſen und Rechten oft auch von den Fürſten bedroht ſah, in den Städten, die ſich der Verpfändung an Fürſten erwehren mußten, willkommene Bundesgenoſſen ſehen. Doch überwog das Mistrauen des Adels gegen Bündniſſe, in welchen die Städte das Uebergewicht hatten, und er beeilte ſich, beſondere Rittergeſellſchaften zu errichten. Auf einer Verſammlung zu Weiſſenhorn im bairiſchen Schwaben ſchloß am Erſcheinungsfeſt 1372 eine große Zahl von adeligen Herren einen Gegenbund wider jedermann, ausgenommen gegen Baiern und Würtemberg und den Kaiſer, und verabredeten eine Art Acht gegen ſolche Mitglieder des Adels, die ſich in den Dienſt der

Städte begeben würden. Einige Wochen nachher wurde der Hauptmann des neuerrichteten Städtebundes überfallen und als Gefangener auf das feſte Schloß Neipperg im Zabergäu und ſpäter auf die Burg Falkenſtein im Schwarzwald gebracht. Die Städte griffen zu den Waffen, aber ehe ſie noch recht gerüſtet waren, überfiel der Graf Eberhard von Würtemberg, genannt der Greiner, ein gefürchteter Städtefeind, eine Abtheilung ſtädtiſcher Truppen bei Altheim in der Nähe von Ulm (7. April 1372) und es wurden mehrere hundert Städter mit ihrem Hauptmann, einem angeſehenen ulmer Patricier, erſchlagen. Einen Monat ſpäter fand man den Städtehauptmann Grafen von Helfenſtein in ſeiner Gefangenſchaft mit abgeſchnittenem Halſe in ſeinem Bett. Als Anſtifter der That nannte das Gerücht den Sieger von Altheim.

Dieſe Ereigniſſe erzeugten natürlich eine große Erbitterung der Städter gegen den Adel und die Fürſten, deren geheime Betheiligung man vermuthete. Die Verſtimmung ſteigerte ſich noch dadurch, daß der Kaiſer die Städte ganz im Stiche ließ und ihnen nicht nur keine Genugthuung verſchaffte, ſondern noch große Summen von ihnen erpreßte, um damit die Stimmen der Kurfürſten für die Wahl ſeines Sohnes Wenzel zum römiſchen König zu erkaufen, und gegen frühere Verſprechungen vier ſchwäbiſche Reichsſtädte verpfändete. Die Folge davon war ein neuer Städtebund, welcher die Vertheidigung reichsſtädtiſcher Freiheiten und Rechte zur Aufgabe gemeinſamer Thätigkeit machte, den eigentlichen Landfriedenszweck fallen ließ und mehr eine Kampfgenoſſenſchaft als ein Friedensverein wurde. Auf den Rath eines Bürgermeiſters von Ulm (der jedoch nicht genannt wird) vereinigten ſich am 4. Juli 1376 14 ſchwäbiſche Städte: Ulm, Konſtanz, Ueberlingen, Ravensburg, Lindau, Sanct-Gallen, Wangen, Buchhorn, Reutlingen, Rottweil, Memmingen, Biberach, Isny und Leutkirch, zu einem vierjährigen Bündniß gegen jeden, der die vereinigten Städte von ihren Rechten, Freiheiten, Briefen und guten Gewohnheiten drängen wollte. Niemand wurde ausgenommen, gegen den man nicht helfen ſoll, nur verpflichteten ſie ſich, dem Reiche ſein Recht zu thun.

Dies war der Anfang eines Städtebundes, der, einfach Schwäbiſcher Bund genannt, in den folgenden Jahren ſich immer weiter ausdehnte und einen zwölfjährigen blutigen Kampf gegen Fürſten und Adel führte. Es war freilich nur ein kleiner Krieg, nie ſtanden große Heere einander gegenüber, es gab keine Schlachten und keine längere Belagerungen; aber beide Theile ſuchten einander möglichſt viel Schaden zuzufügen, man zerſtörte Ackerfelder und Weinberge, raubte Vieh, zündete Dörfer an und plünderte ſie, hin und wieder wurde wol auch eine kleine Schar zuſammengehauen und Gefangene gemacht.

Nach der Verkündigung dieſes Schutz- und Trutzbündniſſes der 14 Städte erklärte der Kaiſer Karl IV. die 14 verbündeten Städte in die Acht und machte Anſtalt, die Ungehorſamen zu züchtigen; am 2. October zog er mit einem anſehnlichen Heere, begleitet von einem Gefolge von Fürſten und Herren, vor die Stadt Ulm, aber ſie ſchloß ihre Thore, der Kaiſer hatte kein Belagerungsgeſchütz und konnte nichts ausrichten, und erntete von den Bürgern nur Spott und Hohn. Die Herzoge von Baiern vermittelten einen Waffenſtillſtand, und der Kaiſer zog ſchon am 9. October ab, um nach Böhmen zurückzukehren. Die Fortſetzung des Kampfes überließ er dem Grafen Eberhard von Würtemberg und den bairiſchen Herzogen. Der Bund der Städte ſtieg an Anſehen, die Stadt Eßlingen, die nächſte Nachbarin von Würtemberg und deſſen Angriffen beſonders ausgeſetzt, trat nun auch bei und warb eifrig auch andere Städte. Der Graf Eberhard von Würtemberg beſetzte, um die in ſeinem Gebiet gelegene Reichsſtadt Reutlingen zu bedrohen, die ſie beherrſchende Burg Achalm, welche in ſeinem Beſitz war. Als nun eines Tages ſein Sohn Graf Ulrich mit einem Gefolge von etwa 100 Rittern einer Schar reutlinger Bürger, welche von einem Raubzuge ins würtembergiſche Gebiet heimkehrten, entgegenritt, wurde er von der noch in der Stadt befindlichen Mannſchaft überfallen und der größte Theil ſeines Gefolges niedergemacht. Dieſer unerwartete glänzende Sieg der Städte, der auch durch die Dichtung verherrlicht worden[1], beſchleunigte

[1] Vgl. Uhland's Gedicht „Die Schlacht bei Reutlingen“.

die ſchon vorher angeknüpften Unterhandlungen zwiſchen dem Kaiſer und den Städten. Dieſe wurden von der Acht befreit und ihnen die Zuſicherung ertheilt, daß ſie weder durch Verkauf noch durch Verpfändung dem Reiche entfremdet werden ſollten. Damit war aber der Friede noch nicht hergeſtellt, die Städte mistrauten den kaiſerlichen Zuſagen, da ſie vernahmen, daß ihr Feind, der Graf von Würtemberg, neue Umtriebe mache und der Kaiſer und der römiſche König Wenzel ſich bemühten, dem Städtebunde durch einen andern Bund ein Gegengewicht zu geben. Der Städtebund vergrößerte ſich durch Zutritt neuer Mitglieder, ihre Zahl ſtieg auf 32, worunter auch Augsburg und Heilbronn, und ſogar das Land Appenzell, deſſen größere Gemeinden ihre Verfaſſung damals nach dem Vorbilde der deutſchen Reichsſtädte umgebildet hatten, trat bei. Durch den neuen Bundesbrief, welcher am 20. December 1377 errichtet wurde, nahm die Einigung, welche nur zur Abwehr einer augenblicklichen Gefahr abgeſchloſſen war, den Charakter einer dauernden Inſtitution an, um die Intereſſen der Städte zu wahren. Die Vergrößerung des Bundes durch Aufnahme neuer Mitglieder wurde in Ausſicht genommen, und durch Einſetzung eines Schiedsgerichts zur Schlichtung innerer Streitigkeiten das Band der Einigung feſter geknüpft.

Auch ein Fürſt ſuchte ihr Bündniß, der öſterreichiſche Herzog Leopold, der bereits feſten Fuß in Schwaben gefaßt hatte und nach weitern Erwerbungen im Lande trachtete, für welchen Fall es ihm von Werth war, mit den ſchwäbiſchen Städten auf gutem Fuß zu ſtehen. Auch wollte er damit einem Bunde der ſchwäbiſchen Städte mit der ſchweizeriſchen Eidgenoſſenſchaft zuvorkommen, wozu durch den Anſchluß Appenzells und Sanct-Gallens bereits ein Anfang gemacht war. Andererſeits war es den ſchwäbiſchen Städten willkommen, durch die Verbindung mit dem öſterreichiſchen Herzog einen Rückhalt gegen Würtemberg und Baiern zu bekommen. Durch dieſes am 13. Februar 1378 abgeſchloſſene Bündniß mit den vorderöſterreichiſchen Landen, in welchen auch Theile von der Schweiz, dem Schwarzwalde und dem Elſaß mit einbegriffen waren, war die Zahl der Bundesſtädte auf 89 angewachſen.



Digitized by Google

Die Vergrößerung des ſtädtiſchen Bundes gab auch dem niedern Adel Anſtoß, ſich in Vereine zuſammenzuſchließen, um ſeine Selbſtändigkeit gegen Städte und Fürſten zu behaupten, ſeine Streitigkeiten unter ſich friedlich beizulegen und dadurch die Einmiſchung der Fürſten abzuſchneiden. Die bedeutendſte dieſer Rittergeſellſchaften war die vom Löwen, welche am 13. October 1379 in der Wetterau geſtiftet, ſich bald auch in den Rheinlanden und in Schwaben verbreitete, und ihren Namen von einem goldenen oder ſilbernen Löwen hatte, den die Mitglieder als Abzeichen auf ihrem Kleide trugen. Ihnen folgte eine Georgengeſellſchaft, die ſich 1392 unter dem fränkiſchen Adel bildete, und eine Geſellſchaft zu Sanct-Wilhelm. In die Löwengeſellſchaft ließen ſich ſogar die Biſchöfe von Augsburg und Straßburg aufnehmen, auch ein Graf Ulrich von Würtemberg wurde Mitglied. Ein Angriff, den dieſe Löwengeſellſchaft auf die Stadt Frankfurt machte, gab Veranlaſſung, daß dieſe und einige benachbarte rheiniſche Städte: Mainz, Speier, Worms und Straßburg, ſich miteinander und bald darauf auch mit den ſchwäbiſchen Städten zu gegenſeitiger Hülfe und Schutz vereinigten. Vergeblich ſuchte der römiſche König Wenzel und die rheiniſchen Kurfürſten dieſes Bündniß zu hintertreiben, der Abſchluß wurde dadurch nur beſchleunigt und kam am 17. Juni 1381 zu Speier zu Stande. Die Folge war ein eifriges Bemühen der Fürſten, durch engeres Zuſammenhalten ein Gegengewicht herzuſtellen. Zunächſt vereinigten ſich die rheiniſchen Kurfürſten, in ihren Territorien den Städtebund zu verbieten und ſich gegenſeitig zu unterſtützen, wenn einer angegriffen würde. Auf einem Reichstage zu Frankfurt im September 1381 wurden die zu ergreifenden Maßregeln weiter beſprochen und ein Landfriedensentwurf vorgelegt, welcher das ganze Reich umfaſſen und daſſelbe in Bezirke abtheilen ſollte, durch welche der Zuſammenhang der Städtebündniſſe unterbrochen und die ſtädtiſchen Gruppen größern fürſtlichen Territorien zugetheilt wurden. Dieſer Vorſchlag wurde von den Städten abgelehnt und ein anderer Vorſchlag vorgelegt, in welchem die Diſtricte beſeitigt und die Städtebündniſſe als in voller Kraft bleibend aufgenommen waren.

Digitized by Google

Unter Vermittelung Herzog Leopold's von Oeſterreich kam dann eine allſeitige Verſtändigung zu Stande und es wurde am 9. April 1382 zu Ehingen an der Donau ein Vertrag abgeſchloſſen, in welchem der Schwäbiſche Städtebund, die drei Rittergeſellſchaften vom Löwen, Sanct-Georg und Sanct-Wilhelm, Herzog Leopold und der Graf Eberhard von Würtemberg vereinigt waren. Es war dies zwar ein gewöhnliches Landfriedensbündniß von geringer politiſcher Bedeutung, auch nur für zwei Jahre feſtgeſetzt, aber es gewährte für die nächſte Zeit Waffenſtillſtand, Ruhe und Ordnung. Eine Vereinigung der vier rheiniſchen Kurfürſten vom 9. März 1382, der Weſeler Landfrieden genannt, ergänzte das Friedenswerk. Im folgenden Jahre wurde auf einem Reichstage zu Nürnberg am 11. März ein neuer Landfriedensbund proclamirt, der die Mitglieder in vier Partien oder Bezirke gruppirte, aber die Städte nicht umfaßte. Dieſe hatten den Beitritt abgelehnt, weil man ihnen zumuthete, auf ihren beſondern Bund zu verzichten. Es wurden neue Unterhandlungen gepflogen, welche auf einer Verſammlung zu Heidelberg am 26. Juli 1384 zu einem Abſchluß führten, kraft deſſen der Rheiniſche und Schwäbiſche Städtebund dem Nürnberger Landfrieden beitrat. Die Vereinbarung war aber eine ſehr äußerliche, welche die beſtehenden Gegenſätze nicht verſöhnte und nur ungenügende Bürgſchaften des Friedens bei entſtehenden Streitfragen bot. Es war gar nicht näher beſtimmt, wie Streitigkeiten der Bundesgenoſſen unter einander behandelt werden ſollten; Schiedsgerichte, ein unentbehrliches Mittel der Friedenserhaltung, waren weder aufgeſtellt, noch in Ausſicht genommen. An Veranlaſſung zu neuer Zwietracht fehlte es nicht, namentlich das Verhältniß des Schwäbiſchen Bundes zu Herzog Leopold wurde immer geſpannter; er ließ ſich in die Landvogtei Schwaben einſetzen und ſtädtiſche Reichsſteuern ſich verpfänden. Die Städte hatten alle Urſache, ſich der wachſenden öſterreichiſchen Macht zu erwehren, und für ihren Widerſtand ſich nach Bundesgenoſſen umzuſehen. Es lag nahe, an die ſchweizeriſchen Eidgenoſſen zu denken, die in gleichem Falle waren. Der Schwäbiſche Städtebund warb bei den Schweizern um ihren Beitritt. Die Ur-

Digitized by Google

ſchweizer wollten nichts davon wiſſen, ſie fürchteten, in fremde Händel verwickelt zu werden, dagegen waren Bern, Zürich, Zug mehr geneigt, denn ſie ſahen den baldigen Ausbruch eines Krieges mit Herzog Leopold doch voraus. Es wurde eine große Verſammlung ſchwäbiſcher und ſchweizeriſcher Städteboten in Konſtanz gehalten und hier wurde am 21. Februar 1385 zwiſchen den ſchweizeriſchen Städten ein großes Bündniß abgeſchloſſen, das direct gegen Oeſterreich gerichtet war und neun Jahre — bis April 1395 — dauern ſollte.

Die ſchwäbiſchen Städte, welche die kriegsluſtigern waren, hatten hauptſächlich auf das Zuſtandekommen des Bündniſſes hingearbeitet, und deshalb den Schweizern beſſere Bedingungen zugeſtanden, als ſie ſelbſt für ſich verlangten. Der Bezirk, innerhalb deſſen die Schweizer den ſchwäbiſchen Städten Hülfe zu leiſten hatten, war viel enger begrenzt als der, innerhalb deſſen die Schwaben den Schweizern beizuſtehen hatten. Das Schiedsgericht, welches etwaige Streitigkeiten zwiſchen den Bundesgliedern zu entſcheiden hatte, tagte in Zürich. Auch ſollten die Schweizer keinen Antheil an den Koſten zu tragen haben, welche den ſchwäbiſchen und rheiniſchen Städten aus dem Bündniſſe erwuchſen.

Offenbar hatten die deutſchen Städte und insbeſondere die ſchwäbiſchen die Tendenz, ihren Bund möglichſt weit auszudehnen. Es drängt ſich nun die Frage auf, was waren hierbei ihre Ziele? Sie ſelbſt geben als Zweck ihres Bundes die Erhaltung ihrer Reichsunmittelbarkeit an, die Abwehr von Verkauf oder Verpfändung an Fürſten, das Recht, ſich gegen zu hohe Anſchläge bei der Reichsſteuer zu wehren, Eigenthum, Handel und Verkehr zu ſchützen, und gegen Landfriedensbrecher durch die That einzuſchreiten. Daß ſie das zunächſt wollten und erſtrebten, iſt unzweifelhaft, aber es fragt ſich, ob ſie nicht weitere, darüber hinausgehende Plane hegten, ob ſie nicht eine Aenderung der Reichsverfaſſung zu ihren Gunſten, einen vorwiegenden Antheil am Reichsregiment, Gleichſtellung mit den Fürſten auf den Reichstagen erſtrebten. Einige neuere Hiſtoriker, wie J. G. Wirth, Karl Hagen und Sugenheim, glauben dieſe Frage

Digitized by Google

bejahen zu dürfen und nehmen an, daß das letzte Ziel der Städte eine republikaniſche Geſtaltung der deutſchen Verfaſſung, vorwiegender Einfluß des Bürgerthums mit Beſeitigung oder Beſchränkung der Ariſtokratie und des Fürſtenthums geweſen ſei. Wir glauben nicht, daß diejenigen, welche in den Städten an der Spitze der Geſchäfte ſtanden, mit Bewußtſein ſolche Ziele verfolgt haben. Wol mögen einzelne regierende Herren in den Städten ſolche Gedanken gehabt und ſich den Fürſten gleichberechtigt geachtet haben, aber es fehlte doch weit, daß ſolche Gedanken zu beſtimmten Planen und Berechnungen ausgeführt worden wären und die Entſchlüſſe zu Bündniſſen, Verträgen und Kriegserklärungen beſtimmt hätten. Aber das mag ſein, daß derlei Wünſche und Hoffnungen hin und wieder zu kühnerm, raſcherm Vorgehen beſtimmten, eine kriegeriſche Stimmung erzeugten, während die kühlere Erwägung, was in gegebenen Verhältniſſen erreichbar und wünſchenswerth ſei, eine vorſichtigere Haltung und Vermeidung von Conflicten auferlegte, was dann den Eindruck einer unklaren, ſchwankenden Politik hervorbrachte. Geht man von der Vorausſetzung aus, daß die ſüddeutſchen Städte das Bürgerthum überhaupt im Reiche zur Geltung oder Herrſchaft hätten bringen wollen, ſo wäre es unbegreiflich geweſen, daß ſie die Bundesgenoſſenſchaft der nördlichen Reichsſtädte, der ebendamals ſo mächtigen Hanſa, nicht geſucht hätten. Davon aber finden wir nirgends eine Spur.

Bald nach Abſchluß des Konſtanzer Bündniſſes geſtalteten ſich die Ausſichten kriegeriſch; die ſchwäbiſchen Städte waren für das Losſchlagen, während die Stadt Nürnberg und die rheiniſchen Städte zum Frieden riethen. Luzern hatte wegen eines ihm läſtigen öſterreichiſchen Zolls am 28. December 1385 einen Angriff auf öſterreichiſches Gebiet gemacht, und dadurch eine Kriegserklärung des Herzogs Leopold und der zu ihm haltenden Fürſten und Herren provocirt, worauf Zürich die ſchwäbiſchen Städte zur Hülfe mahnte, und da auch ſonſt allerlei Beſchwerden der Städte gegen die Fürſten die kriegeriſche Stimmung genährt hatten, ſchien der Ausbruch des Krieges unvermeidlich. Aber noch ehe von ſeiten des Schwäbiſchen Bundes eine Kriegs-

Digitized by Google

erklärung an Herzog Leopold erfolgte, gelang es (22. Februar 1386) den rheiniſchen Städten, beſonders Straßburg, einen Waffenſtillſtand zwiſchen dem Herzog Leopold und der Schweizern zu vermitteln, und bald darauf (am 15. Mai) wurden die zwiſchen dem Herzog und den deutſchen Städten ſchwebenden Streitigkeiten in einer den Städten günſtigen Weiſe geſchlichtet. Aber nicht ſo leicht ging es mit den Beſchwerden, welche die Schweizer gegen den Herzog und dieſer gegen jene erhoben. Der Krieg brach wieder aus, und am 9. Juli fand die berühmte Sempacher Schlacht ſtatt, welche dem Herzog Leopold nicht nur eine gänzliche Niederlage, ſondern auch den Tod brachte.

Nun trat auch für die deutſchen Städte eine kurze Ruhezeit ein, welche zu allerlei Friedensverhandlungen über einzelne Streitpunkte und einem allgemeinen Landfriedensbund benützt wurde. Jene führten zum Abſchluß der ſogenannten Mergentheimer Stallung, die am 5. November 1387 abgeſchloſſen im weſentlichen eine Erneuerung der heidelberger Uebereinkunft war. Doch unterſchied ſich das neue Bündniß von letzterer vortheilhaft durch genaue Beſtimmungen über Schiedsgerichte, die für jeden einzelnen Fall gebildet werden ſollten. Eben darüber war lange mit den Städtebündniſſen, die andere Vorſchläge gemacht hatten, unterhandelt worden, der Schwäbiſche Bund gab nach und nahm die fürſtlichen Vorſchläge an, der Rheiniſche trat jedoch nicht bei.

Drei Wochen nach Abſchluß des Mergentheimer Bündniſſes wurde der Friede wieder geſtört durch eine freche That der herzoglichen Brüder Stephan, Friedrich und Johann von Baiern. Der Erzbiſchof Pilgrim von Salzburg, der mit den ſchwäbiſchen Städten gut ſtand und am 25. Juli 1387 ein Bündniß mit ihnen geſchloſſen hatte, das ihn zum Beiſtand gegen Baiern verpflichtete, erſchien den genannten Brüdern als ein unbequemer Nachbar. Sie luden ihn zu einer Unterredung über ſchwebende Streitigkeiten in das Kloſter Raitenhaslach ein, worauf der Erzbiſchof arglos einging und mit einem kleinen Gefolge an dem bezeichneten Ort erſchien. Dort fanden ſich auch die Herzoge ein, aber mit einer zahlreichen Reiterſchar, und nach kurzem Wortwechſel bemächtigten ſich die Baiern des Erzbiſchofs und

führten ihn als Gefangenen nach Burghauſen. Schon vorher hatten die Baiern augsburger Bürger aufgegriffen, den Regensburgern eine Ladung Wein, den Nürnbergern neun Wagen mit Kaufmannsgütern geraubt. Auf dieſe Kunde hin ſandte Regensburg Eilboten nach Ulm, den Vorort des Bundes, um Hülfe zu mahnen, und auf den 20. Januar wurde die Kriegsmacht des Bundes nach Augsburg beſchieden, von wo aus alsbald eine zahlreiche bewaffnete Mannſchaft unter Führung des Bundeshauptmanns Grafen Heinrich von Montfort nach Baiern einrückte und dort große Verheerungen anrichtete.

Der römiſche König Wenzel, welcher zu Gunſten des Erzbiſchofs und ſeiner Bundesgenoſſen einſchreiten zu wollen ſchien, hatte weder den Muth noch das Geſchick, das Richtige zu thun, und ſo nahm der Rachekrieg der Städte gegen die Fürſten ſeinen ungehinderten Fortgang. Unter den fürſtlichen Feinden der Städte war ſeit Jahrzehnten der Graf Eberhard von Würtemberg einer der rührigſten. Gegen ihn unternahm im Laufe des Sommers der Bund einen Plünderungszug und zog von Augsburg quer durch das würtembergiſche Gebiet verheerend nach der Stadt Weil am Rande des Schwarzwaldes. Dort auf dem befeſtigten Kirchhofe des Dorfes Döffingen wurde das Bundesheer am 23. Auguſt von dem Grafen mit einem mindeſtens gleichſtarken Heere angegriffen, und nachdem der Kampf eine Zeit lang geſchwankt hatte, errangen die Würtemberger einen vollſtändigen Sieg.[1] Es war dies die größte Schlacht, welche in dieſem Kriege der Städte gegen die Fürſten geſchlagen wurde. Die Angaben der Verluſte des ſtädtiſchen Heeres ſchwanken zwiſchen 300 und 5000; der Verluſt der Würtemberger wird auf 400 angegeben.

Der Schlag war entſcheidend für das Geſchick des Städtebundes. Zwar wurde der Krieg noch eine Zeit lang fortgeſetzt, aber der Charakter deſſelben änderte ſich, es kam nie mehr zu einem größern Zuſammenſtoße, es gab nur eine größere Zahl einzelner Kämpfe, um jede Stadt in jedem fürſtlichen Territo-

[1] Vgl. in Uhland's Gedichten „Die Döffinger Schlacht“.

Digitized by Google

rium bildeten ſich kleine Kriegsſchauplätze. Die glänzendſte Waffenthat auf ſeiten der Städte war die Abwehr der Belagerung von Regensburg durch einen gelungenen Ausfall der Bürger gegen die bairiſchen Belagerungstruppen am 13. November 1388.

Der Krieg dauerte noch bis ins Frühjahr 1389 fort und hörte allmählich auf, ohne durch einen Friedensſchluß beendigt zu ſein. Der Schaden, der dadurch angerichtet worden, war groß, man ſchätzte die Zahl der in Schwaben verbrannten Dörfer auf 200, in manchen Gegenden ſtand in einem Umkreiſe von 10—12 Meilen keine Ortſchaft mehr. Im Frühjahr 1389 wurde auf einem Reichstage zu Eger über Maßregeln zur Wiederherſtellung des Friedens im Reiche berathen: man kam auf die alte Einrichtung eines Landfriedensbundes wieder zurück, und um dieſen zu ermöglichen, wurden die beſtehenden ſtädtiſchen Bündniſſe, die ſich mehr als Kampfgenoſſenſchaften bewährt hatten, durch ein Mandat vom 2. Mai aufgelöſt. Am 5. Mai folgte die Verkündigung eines ſechsjährigen Landfriedens, deſſen Artikel der 1378 für Franken und Baiern verliehenen Landfriedensordnung entnommen ſind. Dieſelbe ſollte gelten am Rhein, in Baiern, Schwaben, Franken, Heſſen, Thüringen und Meißen. In allen Kreiſen zuſammen ſollten die Fürſten und Städte je vier Bevollmächtigte wählen und der König einen neunten als Hauptmann oder Obmann ernennen. An dieſe neun iſt jede Klage über Raub, Mord, Brand, Fangen und unrecht Widerſagen zu bringen, und ſie ſollen dann die nöthigen Maßregeln beſchließen und beſtimmen, welche Hülfeleiſtung jedes Landfriedensmitglied zu ſtellen hat. Außerdem ſollen jene neun viermal des Jahres zuſammenkommen, um über Landfriedensangelegenheiten zu urtheilen. Ihrem Spruch ſollte dann unbedingt Folge geleiſtet werden.

Die Städtebündniſſe löſten ſich infolge des königlichen Verbotes nach und nach auf und ſchloſſen ſich einzeln, nachdem ſie mit ihren ſpeciellen Gegnern ſich vertragen hatten, dem Landfriedensbunde an. Die erſte, welche dies that, war Eßlingen, zuletzt entſchloß ſich Ulm. Die ſieben Bodenſeeſtädte Konſtanz,

Digitized by Google

Ueberlingen, Lindau, Ravensburg, Sanct=Gallen, Wangen, Buchhorn, die immer eine gewiſſe Selbſtändigkeit bewahrten, wollten von keiner Ausſöhnung und keinem Landfrieden wiſſen, und hielten an ihrem beſondern Bunde feſt. Mit dem Eintritt in den zu Eger geſchloſſenen Landfriedensbund hatten die Städte auf Fortſetzung des Kampfes verzichtet. Aber der Landfrieden von Eger ſelbſt war nur eine ephemere Schöpfung, die weder Dauer noch Wirkſamkeit hatte und eigentlich nie recht ins Leben trat. Neun Jahre ſpäter verſuchte König Wenzel noch einmal die Aufrichtung eines allgemeinen Landfriedens, er wurde am 6. Januar 1398 auf zehnjährige Dauer verkündet; aber niemand achtete darauf, die einzige Spur von ihm iſt ein Spottlied. Wer Hülfe gegen Friedensſtörer wollte, mußte ſich dieſe durch Abſchließung von Bündniſſen mit mächtigen Nachbarn verſchaffen. Es wurden denn auch wirklich, da das tägliche Bedürfniß des Schutzes bei der allgemeinen Rechtsunſicherheit und der Schwäche des Reichsoberhauptes dazu nöthigte, von Städten und Rittern provinzielle Einungen und Genoſſenſchaften geſchloſſen. Beſonders war die Rittergeſellſchaft vom Sanct=Georgenſchilde in Blüte. Die Landfriedensfrage für das Reich wurde durch andere allgemeine Angelegenheiten von Wichtigkeit, wie die kirchlichen Concilien in Konſtanz und Baſel und die Huſſitenkriege, zurückgedrängt. Bald nachdem der Habsburger Albrecht II. 1437 die Reichsregierung angetreten hatte, mit dem ernſtlichen Willen, in Kirche und Staat durchgreifende Reformen anzubahnen, kam auch die Herſtellung eines allgemeinen dauerhaften Landfriedens zur Sprache. Auf einem Reichstage zu Nürnberg im Juli 1438 wurde von dem kaiſerlichen Kanzler Kaspar Schlick ein Entwurf vorgelegt, nach welchem das ganze Reich in vier Landfriedenskreiſe eingetheilt werden ſollte, nämlich 1) Baiern und Franken, 2) oberes und mittleres Rheinland und Schwaben, 3) Niederrhein, Weſtfalen und Niederlande, und 4) Sachſen. Oeſterreich und Böhmen bleiben als größere, durch ihre Landesherren geſchirmte Landſchaften außer Berechnung. Die Angehörigen jedes Kreiſes ſollten von dem angeſehenſten Herrn der Landſchaft geführt werden. Dieſer Vorſchlag fand

Digitized by Google

jedoch keinen rechten Anklang, die Fürſten glaubten dabei zu kurz zu kommen und fürchteten durch die ſeit langer Zeit organiſirten und in das Zuſammenwirken eingeübten Städte und Ritterbündniſſe zurückgedrängt zu werden. Auch ein neuer Plan von ſechs Landfriedenskreiſen, wobei die beiden erſten, Baiern und Franken und Rheinlande und Schwaben, in je zwei getheilt werden ſollten, fand nicht mehr Beifall, und als im folgenden Jahre 1439 Kaiſer Albrecht II. ſchon ſtarb, wurde der Plan nicht weiter verfolgt. Zur Nachfolge auf dem Kaiſerthrone wurde durch die Wahl der Reichsfürſten wieder ein junger habsburgiſcher Prinz, Herzog Friedrich, als Kaiſer Friedrich III. genannt, berufen, deſſen Perſönlichkeit keine ſonderliche Reformthätigkeit in Ausſicht ſtellte. Die Fürſten wollten einmal verſuchen, ob ſie nicht beſſer allein mit dem Reichsregiment fertig werden könnten.

Mit den Angelegenheiten ſeiner Erbländer beſchäftigt, ließ es der neue Kaiſer zwei Jahre anſtehen, bis er in das Reich herauskam. Die Fehden nahmen einſtweilen an allen Orten überhand, alle Stände griffen zur Selbſthülfe, Ritter und Städte bekriegten einander. Die Einungen der letztern nahmen wieder zu. Im Jahre 1444 gab es einen Städteverein von 22 Mitgliedern, 1446 wuchs ihre Zahl auf 31 an, die einen anſehnlichen Aufwand für Bundeszwecke machten, mit Rath, Geld und Mannſchaft einander zu Hülfe eilen wollten, über jede Forderung, die vom Kaiſer an eine Stadt gelangte, miteinander beriethen. Ulm ſpielte dabei eine Hauptrolle, hatte die Leitung der Bundesangelegenheiten in Händen, rief die Städte zuſammen. Nächſt Ulm hatten auch Augsburg, Nürnberg und Eßlingen bedeutenden Einfluß, jede von ihnen hatte zwei, ja drei Stimmen.

Die wachſende Macht und Bedeutung der Städtebündniſſe mehrte die Spannung zwiſchen Adel und Städten, und ſie entlud ſich 1449 in einem Complex von Fehden, die in Schwaben und Franken ſich zu einem allgemeinen Kriege ausdehnten. Streit wegen der Pfahlbürger, der Zölle, der Gerichtsbarkeit, Jagd- und Weidegerechtigkeit, Privatſchulden des Adels, Beraubung und Schatzung reiſender Kaufleute durch Raubritter gaben unzählige Veranlaſſungen dazu. Die Hauptgruppe des Kampfes bildete ſich

Digitized by Google

um den Markgrafen Albrecht Achilles von Brandenburg-Ansbach, welcher ſich über die Reichsſtadt Nürnberg beklagte, daß ſie in ſeine landesherrlichen Rechte Eingriffe mache und ſeinem ungehorſamen Vaſallen Konrad von Heideck Unterſchleif gebe, weshalb er ihr mit einem großen Anhang von fränkiſchem Adel im Juli 1449 einen Fehdebrief ſchickte, den ſie mit 30 verbündeten Städten erwiderte. Dazu kam ein Angriff des Erzbiſchofs von Mainz gegen die Stadt Hall, weil ſie ein Schloß Neuenfels, das ein mainziſches Lehn, aber ein berüchtigter Raubritterſitz war, zerſtört hatte. Aus beiden Streitſachen entſtanden verheerende Raub- und Zerſtörungszüge im Fränkiſchen. In Schwaben befehdete der Graf Ulrich von Würtemberg die Stadt Eßlingen wegen eines Zolls, den ſie mit königlicher Erlaubniß zu großer Beſchwerde Würtembergs bedeutend erhöht hatte. In Oberſchwaben bekriegte der Herzog Albrecht von Oeſterreich Rottweil, Ulm und andere Städte, weil ſie einen großen Theil der Grafſchaft Hohenberg, auf welche er Erbanſprüche machte, zum Pfand hatten und die Löſung nicht geſtatten wollten. Alle dieſe Fehden dauerten bis in das Jahr 1450 und wurden zum Theil erſt 1453 und 1454 ganz ausgetragen; beide Parteien ermatteten allmählich, ohne daß der Streit durch einen entſcheidenden Sieg des einen Theils beendigt worden wäre. Im ganzen war der Vortheil auf ſeiten der Fürſten, welche im Kampfe durch perſönliche Tapferkeit der Streitenden und durch ihre Reiterei überlegen waren, auch bei ſchiedsrichterlichen Entſcheidungen meiſtens beſſer wegkamen. Die Städte konnten bei reichern Geldmitteln und beſſerm Geſchütz den Krieg länger aushalten und wußten ihre Reichsfreiheit auch zu behaupten.

## II. Die Beſtrebungen für Reform der Reichsverfaſſung.

Nach dem Städtekriege wurde das Verlangen nach einer Verbeſſerung der Reichszuſtände immer dringender. Bei Fürſten und Städten befeſtigte ſich die Ueberzeugung, daß man anderer „Bürgſchaften für die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung

Digitized by Google

im Reiche" bedürfe, als die kaiſerliche Landfriedensverkündigung nach der beſtehenden Reichsverfaſſung ſie gewähren konnte. Eine Stärkung der königlichen Gewalt wäre freilich das natürlichſte Mittel geweſen, um die Friedensſtörer in Ordnung zu halten. Aber die Fürſten, deren Beſtreben dahin ging, immer mehr Hoheitsrechte an ſich zu reißen, und die ſchon bisher mehr als der Kaiſer geleiſtet hatten, um in ihren Gebieten geordnete Zuſtände und allgemeine Sicherheit herzuſtellen, waren weit entfernt, der königlichen Gewalt mehr Befugniſſe einzuräumen, ſie gedachten vielmehr durch Verſtändigung unter ſich einen Antheil am Reichsregiment ſich zu ſichern.

Die erſte Spur eines ſolchen Reformplans finden wir in einer Denkſchrift des Erzbiſchofs Jakob von Trier vom Jahre 1453[1], aus der dann die Vorſchläge hervorgegangen ſind, welche dem Kaiſer Friedrich auf dem Reichstage zu Neuſtadt bei Wien im Februar 1455 überreicht wurden. Hier iſt verlangt, daß der Kaiſer, der ſich faſt nie im Reiche ſehen ließ und immer in Wien oder ſonſt einer öſterreichiſchen Stadt blieb, wenigſtens eine Zeit lang in einer geſchickt gelegenen deutſchen Reichsſtadt ſeinen Aufenthalt nehmen möge. Dort ſollten ſich auch die Kurfürſten einfinden und mit ihm die Regierungsgeſchäfte beſorgen. Dazu ſollte dann auch ein ſtändiges kaiſerliches Gericht niedergeſetzt werden, deſſen Mitglieder beſoldet wären und das regelmäßige Sitzungen halten ſollte. Die Sprüche dieſes Gerichts ſolle dann der Kaiſer durch einen dazu Bevollmächtigten vollziehen laſſen, und alle Selbſthülfe aufhören. Die eigentlichen Regierungsgeſchäfte ſoll der Kaiſer mit ſeinen geborenen Räthen, den Kurfürſten, beſorgen. Wenn der Kaiſer zeitweiſe ſich entfernen müſſe, ſolle er als Stellvertreter einen Präſidenten ſetzen, und auch den Kurfürſten müſſe es geſtattet ſein, Stellvertreter zu ernennen. Auch an Aufbringung der erforderlichen Geldmittel hat der Verfaſſer des Rathſchlags gedacht, es ſoll von

[1] Vgl. Ranke, „Deutſche Geſchichte während der Reformationszeit" (5. Aufl., VI, 9) und J. G. Droyſen, „Geſchichte der preußiſchen Politik" (2. Aufl., II, 1., 120 fg.).

Digitized by Google

allen geiſtlichen und weltlichen Unterthanen des Reiches eine Steuer erhoben werden. Aber dieſer Punkt ſoll vorerſt geheimgehalten werden, damit die Unterthanen, beſonders die Bürger in den Städten, nicht meinen, es ſei bei dieſen Reformen nur darauf abgeſehen, den Leuten Geld aus dem Beutel zu locken. Der Kaiſer hatte kein Ohr und Verſtändniß für dieſe Vorſchläge, er ſah darin nur eine Bedrohung ſeiner Rechte und Intereſſen, er fürchtete zunächſt, die Verwilligung der Türkenhülfe, wozu er den Reichstag berufen hatte, könnte dadurch erſchwert werden, wenn man mit ſolchen Vorſchlägen komme.

Die Kurfürſten aber ſchienen mit den Reformen Ernſt machen zu wollen, ſie ſchrieben, ohne den Kaiſer zu fragen, einen neuen Reichstag nach Nürnberg aus und luden den Kaiſer auf den Mai nächſten Jahres nach Frankfurt ein. Wenn er nicht kommen wolle, ſo möge er wenigſtens geſtatten, daß ſie einen römiſchen König wählen, dem der Kaiſer dann volle Gewalt geben ſolle. Die Oppoſition war aber nicht ſo gefährlich, als ſie ausſah, da die Kurfürſten unter ſich nicht ſo einig waren, daß ſie ſich auch nur über die Wahl eines römiſchen Königs hätten verſtändigen können. Die eigentliche Seele der Oppoſition war jener Erzbiſchof Jakob von Trier, welcher den Rathſchlag über die Reform der Reichsverfaſſung entworfen hatte; dieſer aber ſtarb 1456 und an ſeine Stelle als Führer der Kurfürſten trat Pfalzgraf Friedrich aus dem Wittelsbachiſchen Hauſe, der Siegreiche, von ſeinen Gegnern wol auch der böſe Pfälzer Fritz genannt. Er hatte 1449 für ſeinen minderjährigen Neffen Philipp die Regierung der Rheinpfalz angetreten und die Kurwürde des Wittelsbachiſchen Hauſes angenommen und war der mächtigſte unter den damaligen Kurfürſten. Da der Kaiſer ihm die Anerkennung der Kurwürde und die Belehnung mit der Pfalz verweigerte, ſo trat er feindlich gegen das Reichsoberhaupt auf. Er verband ſich mit Städten und Rittern und ergriff gern die Gelegenheit einer Fehde, um ſich neue Burgen und Gebiete zu erobern. Ihm gegenüber ſtand der Markgraf Albrecht Achilles von Brandenburg, Herr von Ansbach und Baireuth und Burggraf von Nürnberg. Er hatte im Städtekriege von 1449 eine

Digitized by Google

bedeutende Rolle geſpielt, die Fehde war ſein Element; von hoher Geſtalt und ungewöhnlicher Körperkraft, ragte er auch im perſönlichen Kampfe durch große Tapferkeit hervor. Dabei war er ein kluger Mann, der ſeinen Vortheil wohl zu berechnen verſtand, daher man ihn wol auch „Vulpes Germaniae“ (der deutſche Fuchs) nannte. Er ſtellte ſich auf des Kaiſers Seite, denn es war ihm daran gelegen, die ihm unbequem wachſende Macht des Hauſes Wittelsbach zurückzudrängen; auf ſeinen Rath hatte der Kaiſer dem Pfalzgrafen die Anerkennung als Kurfürſt verweigert. In einer Uebereinkunft vom 21. Juli 1456 verſprach Albrecht Achilles dem Kaiſer allen Beiſtand und gütliche Vermittelung gegen alle ſeine Widerſacher. Er brachte es dahin, daß die kaiſerliche Partei und die Wittelsbachiſche einander das Gleichgewicht hielten. Die Spannung zwiſchen den Anhängern des Kaiſers und zwiſchen den Wittelsbachern führte zu einem Kriege, der durch einen Angriff des Herzogs Ludwig von Baiern auf die Reichsſtadt Donauwörth, welche er im October 1458 zur Unterwerfung nöthigte, zum Ausbruch kam. Der Kaiſer ernannte Albrecht Achilles, den Grafen Ulrich von Würtemberg und den Markgrafen Karl von Baden zu Reichsfeldherren, aber ſie vermochten nicht viel auszurichten, die Wittelsbacher zeigten ſich doch im ganzen ihren Gegnern überlegen. Herzog Ludwig gewann bei Giengen (am 19. Juli 1462) und der Pfalzgraf bei Seckenheim (am 30. Juni) über die beiden andern Reichsfeldherren entſcheidende Siege. Zwiſchen beide Parteien trat der Böhmenkönig Georg Podiebrad, ein aufſtrebender, ſeit einigen Jahren ſehr mächtig gewordener Fürſt, der danach trachtete, durch die Wahl der Kurfürſten römiſcher König zu werden. Es gelang ihm, nicht nur den Kaiſer, der von ſeinen aufſtändiſchen Unterthanen zu Wien in der Hofburg belagert wurde, zu befreien und ihm einen günſtigen Frieden zu vermitteln, ſondern auch zwiſchen dem Kaiſer und dem Herzog Ludwig von Baiern, zwiſchen letzterm und dem Markgrafen von Brandenburg eine Verſöhnung zu Stande zu bringen. Georg nahm ſodann auch die Abſicht auf, die Reform der Reichsverfaſſung durchzuführen. Sein Plan, als deſſen Urheber ein bairiſcher Rath Martin

Digitized by Google

Mayr genannt wird, der zugleich in böhmiſchen und pfälziſchen Dienſten ſtand, war folgender: Statt des Kurfürſten-Collegiums ſollten die vier dermalen mächtigſten Fürſten Deutſchlands, Podiebrad, die beiden Wittelsbacher, nämlich der Pfalzgraf und Herzog Ludwig, und der Markgraf von Brandenburg das Reichsregiment in die Hand nehmen. Mit ihrem Beiſtand und Rath ſollte der Kaiſer einen gemeinen Frieden im Reiche aufrichten, die kaiſerlichen Gerichte mit ſtändigen beſoldeten Richtern beſetzen, die aber unter Aufſicht und Einfluß der vier Fürſten ſtehen müßten. Das erforderliche Geld ſollte durch eine Reichsſteuer aufgebracht werden, zu welcher jeder Reichsangehörige jährlich einen Groſchen ſteuern müßte. Die vier regierenden Fürſten ſowie die Kurfürſten von Sachſen und Brandenburg ſollten einen Theil der in ihrem Lande einkommenden Steuern behalten, während die aus andern fürſtlichen und adeligen Gebieten und den Reichsſtädten fließenden Gelder dem Kaiſer und der kaiſerlichen Regierung zukommen ſollten. Endlich ſollte eine allgemeine Münzordnung gemacht werden. Der Plan wäre ganz ſchön geweſen, wenn die vorausgeſetzte Einigkeit der vier Fürſten und des Kaiſers wirklich vorhanden geweſen wäre!

Der Kaiſer hörte die von Martin Mayr mit begeiſtertem Eifer vorgetragenen Rathſchläge mit Verwunderung, aber geduldig an, äußerte ſich jedoch nicht darüber. Der Markgraf von Brandenburg, vorher nicht ins Vertrauen gezogen, machte Abänderungsvorſchläge, nach welchen alle größern Fürſten Deutſchlands zum Regiment beigezogen werden ſollten. Herzog Ludwig von Baiern gab ſich den Anſchein, als ob er ſehr geneigt ſei, auf Podiebrad's Vorſchlag einzugehen, aber da er bald ſah, daß niemand ernſtlich dafür eintreten wolle, trat er mit einem andern Plane hervor. Er wollte im Gegenſatz gegen den Kaiſer eine Verbindung der ſüddeutſchen Reichsſtände, der Fürſten, des Adels und der Städte zu gegenſeitigem Schutz gegen außen und Sicherung der Ordnung und des Friedens nach innen unter Leitung der größern Fürſten und in ihrem Intereſſe herſtellen. Um dieſen ſeit Sommer 1463 gehegten Plan zur öffentlichen



Digitized by Google

Erörterung und Verwirklichung zu bringen, lud er im October[1] die andern Herzoge von Baiern, die Rittergeſellſchaften und Reichsſtädte, beſonders Ulm zu einer Verſammlung in Höchſtädt auf den 19. November 1463 ein, um ihnen den Entwurf eines Landfriedensbündniſſes vorzulegen.

Dieſer Entwurf enthielt die gewöhnlichen Verpflichtungen, Frieden gegeneinander zu halten, Feinde nicht zu unterſtützen und Streitigkeiten zwiſchen den verſchiedenen Ständen und einzelnen Perſonen durch Schiedsgerichte auszutragen. Es waren dafür die gewöhnlichen Grundſätze aufgeſtellt, daß das Gericht des angeklagten Theils zu entſcheiden haben ſollte. Ziemlich ausführliche Beſtimmungen waren aufgeführt für den Fall, daß jemand durch Raub beſchädigt werde, und daß die, welche den Räuber verfolgen, deshalb in Anſpruch genommen oder mit Heereskraft überzogen würden. Ueber die Leitung des Bundes war nichts beſtimmt. Herzog Ludwig rechnete darauf, daß ſie Baiern als der größten Macht zufallen würde. Es ſollte dem Bunde eine möglichſt große Ausdehnung gegeben werden, von der Rheinpfalz bis nach Inneröſterreich. Für die Anwerbung der wünſchenswerthen Mitglieder wurden den hervorragenden, auf der Verſammlung vertretenen Fürſten und Städten Aufträge gegeben. Ausgeſchloſſen von der Einladung und Werbung waren nur die entſchiedenſten Gegner der Wittelsbacher, der Markgraf von Brandenburg, die Biſchöfe von Eichſtätt und Paſſau, der Markgraf von Baden und der Kaiſer.

Der brandenburger Markgraf, welcher einige Jahre vorher dem Kaiſer (in einem Schreiben[2] vom 15. März 1461) einen ähnlichen Vorſchlag gemacht hatte, ſetzte nun alle Mittel in Bewegung, um die Verwirklichung des bairiſch-ſchwäbiſchen Bündniſſes zu hintertreiben. Er berichtete dem Kaiſer über die höchſtädter Verſammlung und ſchickte ihm eine dort vorgelegte Eini-

[1] Vgl. Haſſelholdt-Stockheim, „Albrecht IV. von Baiern“ (Leipzig 1865), S. 303, und Kluckhohn, „Ludwig der Reiche“ (Nördlingen 1865).

[2] Vgl. Hoefler, „Kaiſerliches Buch“, S. 83.

Digitized by Google

gungsformel. Wirklich ließ ſich auch der Kaiſer bewegen, am 27. Januar 1464 ein Schreiben an den Herzog Ludwig zu erlaſſen, worin er ihm verbot, ſich mit irgendjemand in Einung zu begeben, weder mit den Reichsfürſten, noch mit den Grafen und Herren, noch mit den Reichsſtädten. Dies hätte bei der Machtloſigkeit des Kaiſers nicht viel zu bedeuten gehabt, denn es wurden ſo manche Bündniſſe geſchloſſen, ohne den Kaiſer um Erlaubniß zu fragen. Aber diesmal that das kaiſerliche Verbot doch die beabſichtigte Wirkung, und der Markgraf von Brandenburg ſetzte ſeine Umtriebe nach Kräften fort. Herzog Ludwig ſchloß zwar mit Ulm und einigen andern Reichsſtädten ein Defenſivbündniß ab, er verabredete auch mit der Stadt Augsburg und ihrem Biſchof und dem Herzog Sigmund von Oeſterreich ein Landfriedensbündniß, aber den beabſichtigten großen Bund der ſüddeutſchen Reichsſtände brachte er nicht zu Stande. Es wurde ganz ſtill davon.

Jetzt, glaubte der Markgraf von Brandenburg, ſei der günſtige Augenblick gekommen, um ſeinen Bundesplan auszuführen. Da gerade in den letzten Jahren Schwaben durch einige heftige Fehden beunruhigt worden war, fehlte es an einer Aufforderung zu Friedensvorkehrungen nicht. Der Markgraf ließ ſich als kaiſerlicher Commiſſar und Anwalt bevollmächtigen, um die ſchwäbiſchen Stände auf den 2. Februar nach Ulm zu berufen. Die Vorlage, welche er machte, unterſchied ſich von dem bairiſchen Landfriedensproject dadurch, daß ſie im Namen des Kaiſers gemacht und als der Anfang einer allgemeinen Reichsreform bezeichnet wurde, die mit Schwaben beginnen und auf Franken, Baiern, Sachſen und die Rheinlande ſich ausdehnen ſollte. Eine begünſtigte Stellung war dem adeligen Element eingeräumt. Es ſind für die Schiedsgerichte Behörden — „über den Landfrieden Gekorene“ — vorausgeſetzt, welche, ſei es gewählt oder vom Kaiſer ernannt, die Aufgabe haben ſollten, in ſolchen Fällen, wo zur Beſtrafung des Friedensbrechers Hülfe aller Stände nöthig wäre, das Maß derſelben zu beſtimmen, und wo keine Partei Kläger ſein will, zu entſcheiden, welches Gericht competent ſei. Aus dieſen Landfriedensbehörden konnte ſich dann eine



Digitized by Google

Art Bundesregierung entwickeln, die den mächtigern Grafen zufallen mußte.

Es war dem Markgrafen von Brandenburg das Spiel dadurch etwas verdorben, daß der Pfalzgraf, der wie ſein Vetter Herzog Ludwig von Baiern und der Biſchof von Würzburg, nicht zur Verſammlung eingeladen war, zum voraus dagegen proteſtirt hatte. Er ſagte in einem Schreiben an den Kaiſer, der Landfriede wäre wol ein chriſtlich ehrbar Fürnehmen, dem ſich kein chriſtlicher Fürſt entziehen könne, aber dem Markgrafen von Brandenburg, der bei allen Kriegen und Fehden in Schwaben, Franken, Baiern und am Rhein der Urſacher und Hetzer geweſen ſei, ſtehe es übel an, den Friedensprediger zu machen. Auch habe er Gründe, ſich zu beklagen, daß er und ſeine Anhänger nicht berufen worden ſeien, da ein Landfrieden ohne ihre Mitwirkung auszuführen nicht wohl ſehr wirkſam ſein würde, indem er und ſeine Freunde die Hauptſtraßen in Händen haben. Auch auf der Verſammlung ſelbſt ließen ſich die beiden wittelsbacher Fürſten vertreten und erklären, daß ſie bereit ſeien, einem ehrlichen Landfrieden beizutreten, derſelbe werde aber ohne ihre Betheiligung nicht durchgeführt werden können, da die wichtigſten Handelsſtraßen ja durch ihr Gebiet gehen. Dies leuchtete beſonders den Städten ein, welche wegen Begünſtigung des Adels bei Zuſammenſetzung der Schiedsgerichte ohnehin zur Oppoſition geneigt waren.

So kam es, daß man in Ulm zu keiner Verſtändigung gelangte. Der Markgraf gab ſeinen Plan noch nicht auf und berief eine neue Verſammlung nach Nördlingen, wo einige Abänderungen zu Gunſten der Städte gemacht wurden, aber immer noch keine Gleichberechtigung mit dem Adel zugeſtanden wurde und der ariſtokratiſchen Landfriedensbehörde immer noch ein gutes Stück Gerichtsbarkeit übrigblieb.

Es wurden in Donauwörth und Ansbach noch weitere Verhandlungen gepflogen, aber ohne Erfolg. Das ganze Unternehmen ſcheiterte hauptſächlich an dem Widerſtande der Städte; aber auch unter dem Adel und den Fürſten war man nicht mit dem Vorgehen des Markgrafen einverſtanden. In ſeinen Be-

Digitized by Google

mühungen, ſich perſönlichen Anhang zu verſchaffen und es den Kleinen recht zu machen, ſie vor Vergewaltigung durch die Großen zu ſchützen, entfremdete er ſich die größern Landesfürſten und verletzte namentlich die herkömmlichen Rechte und Anſprüche der Kurfürſten.

Der Markgraf mußte ſeine Verſuche aufgeben, aber von ſeiten der andern Fürſten wurde die Landfriedensſache aufs neue zur Sprache gebracht. Nachdem auf einem Reichstage zu Nürnberg im November 1466 ein Gutachten der Fürſten und Kurfürſten einen allgemeinen fünfjährigen Landfrieden beantragt hatte, wurde dieſer Antrag im Sommer 1467 wiederholt, und damit der Vorſchlag der Errichtung eines aus 24 Urtheilern beſtehenden kaiſerlichen Gerichts verbunden. Da aber die Fürſten ſich ſelbſt und ihre Unterthanen dieſem Gericht nicht unterwerfen und ſeine Competenz nur auf die kleinern reichsunmittelbaren Stände beſchränkt wiſſen wollten, ſo verwarfen die Städte dieſen Vorſchlag und man kam auf den ganz unbeſtimmt und allgemein gehaltenen nürnberger Entwurf vom vorigen Jahre zurück, der als einziges Mittel, den Frieden zu erhalten und zu handhaben, den wohlfeilen Rath gab, wer etwas zu klagen habe, ſolle ſich an die ordentlichen Gerichte wenden. Dieſe Landfriedensordnung wurde am 24. Auguſt 1467 zu Neuſtadt bei Wien, als auf fünf Jahre gültig, verkündet. Damit war nun ſo gut wie nichts ausgerichtet.

Vier Jahre ſpäter, 1471, wurde zu Regensburg wieder ein großer Reichstag gehalten. Der Kaiſer brauchte Hülfe gegen die Türken und ſuchte durch allerlei ſchöne Verſprechungen den guten Willen der Reichsſtände zu erkaufen. Es wurde ihm auf das folgende Jahr ein Zuzug von 10000 Mann bewilligt, deren Koſten durch eine Reichsſteuer (den 10. Pfennig von je 1000 Gulden) aufgebracht werden ſollten, dagegen an den Kaiſer die Bitte geſtellt, einen willkommenen, beſtändigen Frieden zu machen. Dies wurde ſofort zugeſagt und eine Commiſſion niedergeſetzt, welche den Entwurf der Friedensordnung ausarbeitete und allerlei zweckmäßige Verbeſſerungen anbrachte. Jede Klage ſollte bei dem kaiſerlichen Gericht angebracht werden können und keine der bis-

Digitized by Google

herigen kurfürſtlichen Privilegien „de non evocando“ und „de non appellando“ gegenüber dieſem kaiſerlichen Gericht gelten. Auch ſollte eine Kreisordnung eingeführt werden, vermöge deren bei jedem Friedensbruch alle Stände ſechs Meilen im Umkreiſe dem Beſchädigten bei der Verfolgung helfen ſollten, und, wenn ein Herr oder eine Stadt die Auslieferung eines Friedbrechers verweigern würde, alle Stände zehn Meilen im Umkreiſe zuſammentreten ſollten, um über den erforderlichen Kriegszug oder eine Belagerung zu beſchließen. Der neue Entwurf wurde angenommen, und man glaubte einen trefflichen Landfrieden aufgerichtet zu haben, der viel wirkſamer ſein werde als alle bisherigen.

Aber auf einmal machten gegen alles Erwarten die Städte einen Strich durch die Rechnung. Sie fanden ſich bei Umlegung der Koſten für den Türkenzug in dem Anſchlag „höchlich übertragen“ (überlaſtet) und waren auch mit dem Landfrieden nicht zufrieden. Die Städteboten erklärten, daß ſie beides nur auf Hinterſichbringen annehmen könnten. Dies wurde ihnen aus „beſonderer Gnade“, aber nur mit vierzehntägiger Friſt zugeſtanden, obwol eigentlich kein Hinterſichbringen noth ſei, da die Vollziehung des Beſchloſſenen in des Kaiſers Macht ſei und auch die Anſchläge für jeden nach ſeinem Vermögen angeſetzt ſeien. Sie erwiderten, die vierzehntägige Friſt ſei ihnen zu kurz, da ſie die Antwort auf einem Städtetage berathen müßten, und reiſten ab, nachdem ſie eine ausführliche Beſchwerdeſchrift übergeben hatten. Sie beklagten ſich, daß der ganze Landfrieden ungünſtig und parteiiſch gegen die Städte verfaßt ſei und einzelne Artikel große Gefahren und Nachtheile mit ſich brächten. Ein Uebelſtand ſei es, daß in dem Landfrieden ſo viele altherkömmliche Formeln und Ausdrücke gebraucht würden, als handle es ſich nur um gemeinſame Maßregeln gegen Straßenräuber und einzelne Raubritter, die man am beſten gleich auf der That ergreife. Gegen mächtige Fürſten, die einen weitausſehenden Angriffsplan ins Werk ſetzten, hatte das Nacheilen auf friſcher That keinen Sinn, und einer friedlichen Stadt konnte man ja nicht zumuthen, ſich durch ſolches Nacheilen mit einem mächtigen

Nachbarn zu verfeinden. Oft handelte es ſich um ganz andere Beläſtigung und Beſchädigung, als um einen vereinzelten Angriff, etwa um Bedrückung durch einen neuen Zoll, um Forderung von Geleitgeld, wo kein Geleite gegeben oder begehrt wurde, um unbefugte Eingriffe in die theuer erworbene Gerichtsbarkeit. Den Städten wurde zugemuthet, den Fürſten und Herren gegen ihre ungehorſamen Lehnsleute zu helfen und dafür großen Aufwand zu machen, aber wenn der Lehnsherr ſich mit dem Vaſallen wieder verſtändigte, ſo konnte er ihm das Lehn zurückgeben, und die Städte hatten das Nachſehen, ohne Erſatz für ihre Koſten zu bekommen.

Eine Hauptbeſchwerde der Städte war der Mangel eines unparteiiſchen Gerichts, das auch dem ſchwächern und in der Minderzahl befindlichen Kläger Sicherheit gewährte, zu ſeinem Rechte zu gelangen. Auch nach dem Regensburger Landfrieden war für eine unparteiiſche Entſcheidung der Streitigkeiten zwiſchen den verſchiedenen Ständen nicht gehörig geſorgt. Das kaiſerliche Gericht hatte doch keine gleichmäßige Competenz über alle Stände und eximirte die Fürſten thatſächlich in den meiſten Fällen, ſodaß in der Regel die Städte gegen die Fürſten nur vor deren eigenen Räthen klagen konnten.

Die Beſchwerden der Städte veranlaßten zwar erneute Berathungen über den Landfrieden, es wurden neue Entwürfe vorgelegt, aber ſchließlich blieb es doch bei dem erſten, derſelbe wurde angenommen und mit vierjähriger Gültigkeit verkündet.

Drei Jahre nach dem regensburger Reichstage, auf dem zu Augsburg, im Mai 1474, kam der Landfriede wieder zur Sprache, und es wurde beantragt, denſelben auf ſechs Jahre zu erneuern. Die Städte proteſtirten wieder und erklärten, ſie hätten in den letzten drei Jahren mehr Ungemach, Beſchädigung, Koſten und Verluſt an ihrer Leute Leben und Gütern gelitten, als je zuvor, man habe ihnen gegen ihre Bedränger nicht geholfen und wolle ſie dagegen fortwährend kraft der Landfriedensordnung zur Theilnahme an dem Kriege gegen die Kurpfalz nöthigen. Ohne auf ihre Beſchwerden zu hören, wurde der Regensburger Landfriede wieder auf ſechs Jahre erneuert; aber

Digitized by Google

auch jetzt wieder wagten ſie nicht entſchieden dagegen zu proteſtiren und hörten den rückſichtsloſen Beſcheid des kaiſerlichen Raths Grafen Hugo von Werdenberg nur mit ſtillem Murren an. Die Fürſten aber triumphirten und glaubten einen großen Sieg davongetragen zu haben durch Feſtſtellung des Grundſatzes, daß zu einem gültigen Reichstagsbeſchluß die Einwilligung der Städte nicht nöthig ſei.

Aber bald mußten ſie die Erfahrung machen, daß es doch nicht thunlich ſei, die Städte zur Mitvollziehung eines Beſchluſſes zwingen zu wollen, welchen ſie nicht mitgefaßt hatten. Auf demſelben Reichstage zu Augsburg, auf welchem die Städte mit ihren Beſchwerden ſo ſchnöde abgewieſen worden waren, wurde (am 27. Mai 1474) über den Kurfürſten Friedrich von der Pfalz die Achtserklärung ausgeſprochen, weil er gegen den Willen des Kaiſers (als Vormund ſeines Neffen) den Kurfürſtentitel angenommen habe (was aber ſchon vor 22 Jahren geſchehen war). Es mußten ſofort Executoren beſtellt werden, und da von den Fürſten keiner Luſt hatte, mit dem Kurfürſten von der Pfalz anzubinden, wollte man die Städte nöthigen, die Achtserkärung vollſtrecken zu helfen; aber ſie weigerten ſich um ſo entſchiedener, dazu Geld oder Mannſchaften zu geben, da ſie erfuhren, der Kaiſer habe dem Pfalzgrafen Anerbietungen zu einer Verſöhnung gemacht, welche auf ihre Koſten ins Werk geſetzt werden ſollte. Der Kaiſer hatte nämlich die Landvogtei über die elſäſſiſchen Städte an den Pfalzgrafen einſt um 120000 Gulden verpfändet, und wollte jetzt die Pfandſchaft einlöſen, da er ſie zu andern Zwecken zur Verfügung haben wollte. Um nun die hierzu nöthige Ablöſungsſumme aufzubringen, wurde der Plan ausgeheckt, in Frankfurt an den beiden Meſſen und in Nördlingen einen Zoll zu errichten und in allen Reichsſtädten eine ziemliche Abgabe auf Wein, Bier, Brot und Fleiſch zu legen. Dieſer Plan, der den Städten von dem Pfalzgrafen ſelbſt mitgetheilt wurde, ärgerte die Städte natürlich ſehr, und ſie wollten ihr Geld und ihre Mannſchaft um ſo weniger für den Türkenkrieg verſchwenden.

Die Fürſten aber kamen jetzt zur Einſicht, daß es nicht thun-

Digitized by Google

lich ſei, die Städte zur Vollziehung von Reichstagsbeſchlüſſen, denen ſie nicht beigeſtimmt hatten, beizuziehen. Selbſt der alte Kurfürſt von Brandenburg bekehrte ſich, und als auf dem Reichstage zu Frankfurt im Frühjahr 1486 wieder von Erneuerung des Landfriedens die Rede war, wirkte er ſelbſt dazu mit, daß auf die Beſchwerden der Städte Rückſicht genommen wurde.

## III. Die Gründung des Schwäbiſchen Bundes.

Der frankfurter Reichstag vom Frühjahr 1486 bildet einen Wendepunkt für die Zuſtände des Deutſchen Reiches. Der viel angefochtene und mannichfach gedemüthigte Kaiſer Friedrich erlebte die Genugthuung, ſeinen Sohn Maximilian zum römiſchen Könige erwählt zu ſehen, ein Erfolg, den ſchon lange kein deutſcher Kaiſer mehr gehabt hatte. Dies war dadurch möglich geworden, daß ſich die Parteigegenſätze unter den deutſchen Fürſten infolge verſchiedener Perſonalveränderungen zu Gunſten des Reichsoberhauptes abgeſchwächt hatten. Der Hauptgegner des Kaiſers, der Pfalzgraf und Kurfürſt Friedrich der Siegreiche, war im März 1476 geſtorben und ſein Nachfolger, der Kurfürſt Philipp, war ein milder, verſöhnlicher Herr, welcher ſich gern mit dem Kaiſer auf guten Fuß ſtellen wollte. Der ehrgeizige, unternehmungsluſtige Böhmenkönig Podiebrad war ſchon 1471 geſtorben. Der Baiernherzog Ludwig, der ſich ſo viel bemüht hatte, die ſüddeutſchen Reichsſtände unter ſeiner Führung zu einem Bündniß zu vereinigen, war auch 1479 durch den Tod vom Schauplatz abgerufen worden. Sein Gegner, der Markgraf Albrecht, ſeit 1471 Kurfürſt von Brandenburg, hatte in den Marken ſo viel zu thun gefunden, daß er ſich weniger mehr mit den Reichsangelegenheiten befaſſen konnte, überdies war er mit dem Alter milder geworden. Auf dem erzbiſchöflichen Stuhl zu Mainz ſaß ſeit 1485 der Graf Berthold von Henneberg, ein ſehr intelligenter, ſtaatskluger Fürſt, welcher die Durchführung von Reformen in der Reichsverfaſſung ernſtlich ins Auge gefaßt hatte. Der Kaiſer hatte an dem Grafen Hugo von Werdenberg-Heiligenberg einen umſichtigen, geſchäftsgewandten, zu Unterhandlungen

Digitized by Google

mit den verſchiedenen Parteien beſonders geeigneten Rathgeber gewonnen. Er war Hauptmann der Geſellſchaft des Georgenſchildes und genoß in den Kreiſen des ſchwäbiſchen Adels großes perſönliches Anſehen. Er war es auch, welcher dem Kaiſer den Rath gab, er ſolle ſich in ſeinem Sohne, dem ritterlichen Erzherzog Maximilian, eine Stütze ſuchen und ihn zum römiſchen Könige wählen laſſen. Friedrich ging darauf ein, und Graf Hugo warb bei den Fürſten eifrig für Maximilian's Wahl. Auch der Kurfürſt von Mainz, der mit ihm in freundlichem Verkehr ſtand, hoffte ihn zum Bundesgenoſſen für die Reichsreform zu gewinnen, und verwendete ſich für ihn. Daſſelbe that der Kurfürſt von Brandenburg. So kam es, daß Maximilian am 16. Februar 1486 zu Frankfurt einſtimmig zum römiſchen Könige gewählt wurde.

Am Tage nach der Wahl ließ der Kaiſer eine Bitte um Reichshülfe gegen Ungarn vortragen, er verlangte ſowol Geld als Mannſchaft, 34000 Mann und eine Reichsſteuer von vier Gulden von je 1000 Gulden. Die Reichsſtände knüpften an die Erfüllung dieſer Wünſche Bedingungen und brachten drei wichtige Forderungen vor: 1) Herſtellung des Landfriedens, 2) Niederſetzung eines kaiſerlichen Gerichtshofes, und 3) Einführung einer einheitlichen Münze. In Betreff des erſten Punktes war der Kaiſer bereit, ſogleich zu willfahren, er ließ das alte Landfriedensgeſetz auf neue zehn Jahre verkünden. Aber damit war wenig geholfen, wenn nicht die Einſetzung eines kaiſerlichen Gerichts damit verbunden, und den Beſchwerden der Städte gegen die Landfriedensordnung Abhülfe gewährt wurde. Die Fürſten waren nach den Erfahrungen, welche ſie mit dem Regensburger Landfrieden und den Beſchlüſſen gegen den Pfalzgrafen gemacht hatten, in ihrem Feſthalten an dem alten Herkommen erſchüttert; ſie waren bereit, den Städten eine Betheiligung an den Berathungen zu vergönnen. Als die Kriegshülfe zur Sprache kam, erklärten die Kurfürſten, es ſtehe nicht in ihrer Macht, Anſchläge für die Städte zu machen, und als der Kaiſer auf den Plan zurückkam, zu der Beſtreitung der Ausgaben für das Reich einen Zoll auf die Meſſe zu Frankfurt zu legen, erwiderten die Fürſten, das gehe nicht ohne Einwilligung der Städte. Dieſe ſelbſt gaben dem kaiſerlichen Rath

Digitized by Google

Grafen von Werdenberg zu verſtehen, ſie verſehen ſich, daß, wenn im Reichstage Dinge verhandelt werden, welche die Städte berühren, ſie auch dazu berufen würden. Graf Hugo erwiderte: man könne ſie nicht berufen, da ſie ſich immer auf Hinterſichbringen legten. Auf den nächſten Reichstag, der auf den Juni 1487 nach Nürnberg angeſetzt war, wurden denn wirklich acht Reichsſtädte eingeladen, aber mit dem Bedeuten, man erwarte, daß ſie den Beſchlüſſen ohne Hinterſichbringen ſich anſchließen. Es waren die Städte: Köln, Straßburg, Baſel, Lübeck, Augsburg, Ulm und Frankfurt. Nun faßte der Städtetag, welcher am 2. Februar 1487 zu Speier tagte, den Beſchluß, ſie wollten, ob eingeladen oder nicht, den Reichstag zu Nürnberg beſchicken und zwar mit voller Gewalt, ohne Hinterſichbringen. Damit zeigten ſie den ernſtlichen Willen, das Recht der Mitberathung in Anſpruch zu nehmen und auszuüben. Wirklich fand ſich denn auf dem nürnberger Reichstage eine große Zahl Städteboten ein. Man nahm ſie freundlich auf und zog ſie zu den Berathungen bei. Namentlich der Kurfürſt Berthold von Mainz ſoll dazu gerathen haben. Die Entwürfe der Fürſten wurden den Städteboten officiell mitgetheilt und ſie aufgefordert, auch drei Vertreter in den Ausſchuß zu wählen. Derſelbe beſchloß, dem Kaiſer 8000 Mann Reichshülfe und 100000 Gulden zu verwilligen, wovon die Städte 40000 Gulden übernehmen wollten. Die Gegenforderung war, daß der Kaiſer ein ſtändiſches Kammergericht niederſetze und den neu verkündigten Landfrieden durch eine Declaration ergänze, welche eine Vereinigung gegen räuberiſche Friedbrecher anordne. Der Kaiſer nahm den Reichstag beim Wort und verlangte von den einzelnen Reichsſtänden eine Verſchreibung mit der Zuſage, daß jeder ſeinen Betrag bis zum 25. Juli entrichte, aber ohne daß in der Verſchreibung das Kammergericht und die Declaration als Bedingung erwähnt werde. Die Verſchreibung wurde gegeben, aber der andererſeits zugeſagte kaiſerliche Befehl über das Kammergericht und die Ergänzung des Landfriedens durch ein Bündniß gegen Friedensbrecher wurde niemals ausgefertigt.

Dagegen erließ der Kaiſer am 26. Juni von Nürnberg aus

Digitized by Google

ein Mandat an die ſchwäbiſchen Reichsſtände, worin er erklärte, da das Land Schwaben ihm und dem Reiche ohne Mittel vor andern zugehörig und unterworfen ſei, und keinen eigenen Fürſten habe, auch niemand, der ein gemein Aufſehen darauf habe, ſo halte er ſich als Kaiſer verpflichtet, die ſchwäbiſchen Stände beim Landfrieden und ihren Freiheiten und Rechten zu bewahren, und lade ſie ein, ſich am 26. Juli in Eßlingen einzufinden, um hier zu berathen, und ſich miteinander in freundliche Verſchreibung zu thun. Es iſt auffallend, daß weder in den Sammlungen der Actenſtücke über die damaligen Reichstagsverhandlungen noch in den gleichzeitigen Chroniken eine Nachricht über die Entſtehung dieſes Mandats ſich findet. Wir wiſſen daher nicht, ob eine vorangehende Beſprechung ſtattgefunden hat, und von wem der Gedanke ausgegangen und angeregt worden iſt. Da es ſonſt nicht Sache dieſes Kaiſers war, eine Initiative zu ergreifen, ſo iſt es wahrſcheinlich, daß irgendeiner der angeſehenen Rathgeber in ſeiner Umgebung den Plan angeregt und den Kaiſer bewogen hat, dieſen Schritt zu thun. Vielleicht iſt die oben erwähnte ergänzende Declaration zum Landfrieden und das Project des Schwäbiſchen Bundes eine und dieſelbe Sache.

Die nach Eßlingen berufene Verſammlung fand am 28. Juli ſtatt und es erſchien eine anſehnliche Anzahl von Mitgliedern des Adels und der Städte. Als kaiſerlicher Commiſſär trat der oben erwähnte Graf Hugo von Werdenberg auf. Derſelbe legte den Plan einer engern Verbindung aller ſchwäbiſchen Reichsſtände zur Handhabung des frankfurter Landfriedens vor. Die Anweſenden erklärten, daß ſie wohl einſehen, wie das Fürnehmen kaiſerlicher Majeſtät dem Reiche zu Gut, Nutz und Nothdurft gereichen würde, und ſie ſeien ihm ſehr dankbar dafür, aber, da die ausgegangenen Mandate ſich noch nicht genügend über die Einrichtung und Ziele des Bundes ausgeſprochen, haben ſie auch keine Vollmacht, denſelben abzuſchließen. Doch wurde ſofort ein Ausſchuß gewählt, um den „Vergriff der Einung“ [1], den Ent-

[1] Vgl. „Urkunden zur Geſchichte des Schwäbiſchen Bundes“, herausgegeben von K. Klüpfel (2 Bde., Stuttgart, Literariſcher Verein, 1846 und 1853). Ch. F. Stälin, „Würtembergiſche Geſchichte“, III, 615 fg.

Digitized by Google

wurf einer Bundesverfaſſung, auszuarbeiten. Dieſe Arbeit war bald erledigt, da der wahrſcheinlich ſchon darauf gerüſtete und inſtruirte Ausſchuß die Statuten der Geſellſchaft vom Sanct-Georgenſchild vom Jahre 1463 zur Grundlage nahm. Die erſte Hälfte des Entwurfs, welche von den Beſtimmungen über die Gerichte und Austräge bei Streitigkeiten zwiſchen den verſchiedenen Theilen des Bundes, dem Adel und den Städten handelt, iſt vom Standpunkt der bereits beſtehenden Georgengeſellſchaft aus abgefaßt. Die Städte ſtehen als einzelne dem Georgenbund gegenüber, und haben bei Klagen gegen den Adel den Obmann aus den Hauptleuten und Räthen der Geſellſchaft oder den vier Gruppen, aus denen ſie beſteht, zu wählen, während der Adel bei Klagen gegen eine Stadt oder die Städte insgeſammt den Obmann aus den Räthen einer beliebigen einzelnen Stadt wählen kann. Die andere Hälfte des Entwurfs, die militäriſche Organiſation und die Beſtimmung über Aufnahme neuer Mitglieder iſt der Georgenſchildsurkunde wörtlich entnommen. Obgleich die Städteboten mit manchen Beſtimmungen nicht ganz zufrieden waren, wurde der Begriff der Einung doch auf Hinterſichbringen angenommen. Einen Monat ſpäter finden wir die ſchwäbiſchen Stände ſchon wieder in Eßlingen verſammelt, am 8. September zum dritten mal. Auf beiden Tagen wurden verſchiedene Zuſätze und Veränderungen berathen, welche durch die Ausſtellungen und Wünſche der Städte veranlaßt worden waren. Ein wichtiges Zugeſtändniß wurde den letztern damit gemacht, daß auch die Städte als Geſammtheit dem Adel gegenübertreten ſollten, und die aus vier Gruppen oder Cantonen beſtehende Adelsgeſellſchaft ebenfalls zu einer Geſellſchaft ſich vereinigte. Beide Stände hatten nun einen Hauptmann und neun Räthe zu wählen, und dieſes Collegium von Zwanzig ſollte die Ordnung der Rechtsſtreitigkeiten und die Leitung der Kriegsunternehmungen beſorgen.

Der Kaiſer zeigte lebhaftes Intereſſe für das Zuſtandekommen des projectirten Bundes. Am 4. October 1487 erließ er von Nürnberg aus an Prälaten, Adel und Städte Schwabens einen Befehl, worin er ihnen bei Verluſt ihrer Freiheiten und bei Strafe von 100 Mark Goldes gebot, ſich unverzüglich zu ver-

Digitized by Google

einigen. Da er erfahren hatte, daß manche Städte deshalb Bedenken trugen, dem Bunde beizutreten, weil ſie ſchon in einem Schutzverhältniß mit benachbarten Fürſten ſtanden, ſo fügte er die Erklärung hinzu, daß die bereits beſtehenden Bündniſſe gegenüber dem neuen ungültig ſein ſollten. Dies hatte nicht die beabſichtigte Wirkung und erregte neue Bedenken. Der Kaiſer fand ſich deshalb bewogen, ſein Mandat zu modificiren, und nur ſolche Einungen für ungültig zu erklären, welche der neuen Vereinung Abbruch thun könnten.

Auf einer neuen Verſammlung, welche am 4. Februar 1488 zu Eßlingen gehalten wurde, erklärte eine große Anzahl ſchwäbiſcher Reichsſtädte ihre Bereitwilligkeit zum Beitritt, jedoch theilweiſe mit Vorbehalten. Nördlingen wollte ſein ihm unentbehrliches Schutzverhältniß zu dem Markgrafen von Brandenburg nicht aufgeben, Wangen und Buchhorn ihr Bürgerrecht mit Sanct-Gallen beibehalten, Eßlingen und andere ſchwäbiſche Städte erklärten, ſie könnten nur dann beitreten, wenn auch Würtemberg im Bunde ſei. Auf den angeſehenen und einflußreichen Grafen von Würtemberg, Eberhard im Bart, war ohnehin gerechnet; der Kaiſer erließ auch an ihn ein Mandat (5. Februar 1488), und ſein Beitritt erfolgte am 14. März, und auch die würtembergiſche Landſchaft ſtellte eine eigene Beitrittsurkunde aus. Noch wichtiger war der Beitritt des öſterreichiſchen Erzherzogs Sigmund, des Beſitzers von Tirol und des ſchwäbiſchen Vorderöſterreich. Am Sanct-Valentinstag (den 14. Februar) waren die Verhandlungen ſo weit, daß die Beſiegelung der Einungsbriefe, die alle auf den 14. Februar ausgeſtellt wurden, und die Wahl der Bundeshauptleute und Räthe angeordnet werden konnte. Da der Bund zunächſt zur Stütze des frankfurter Landfriedens dienen ſollte, ſo wurde ſeine Gültigkeit auf ebenſo lange beſtimmt, obgleich ſchon damals eine längere Dauer des neuen Bundes beabſichtigt war. Die urſprünglichen conſtituirenden Bundesglieder waren folgende:

1) der Erzherzog Sigmund von Oeſterreich,
2) der Graf Eberhard von Würtemberg,
3) die Geſellſchaft Sanct-Georgenſchild mit ihren vier Can-

Digitized by Google

tonen 1) im Hegau und am Bodenſee, 2) an der Donau, 3) am Kocher und 4) im Schwarzwald, denen auch der geiſtliche Adel zugetheilt war, und

4) 22 ſchwäbiſche Reichsſtädte: Aalen, Biberach, Bopfingen, Dinkelsbühl, Eßlingen, Giengen, Gmünd, Hall, Isny, Kaufbeuren, Kempten, Leutkirch, Lindau, Memmingen, Nördlingen, Pfullendorf, Ravensburg, Reutlingen, Ueberlingen, Ulm, Wangen, Weil der Stadt.

Der Bund beſtand alſo aus vier Theilen; jeder dieſer Theile ſollte nach einem am 13. April 1488 auf einem Bundestage zu Reutlingen gefaßten Beſchluß 3000 Mann zu Fuß und 300 Reiter ſtellen, ſo daß das einfache Contingent der Bundesarmee auf 12000 Fußknechte und 1200 Reiter ſich belief, was eine für jene Zeiten ſehr anſehnliche Truppenmacht war. Wenn ein zweites Aufgebot nöthig war, ſollte jeder Theil die Hälfte ſeines Anſchlags weiter geben, beim dritten Aufgebot aber mit ganzer Macht ausziehen.

Der Bund war nun conſtituirt, aber es fehlten noch manche ſchwäbiſche Stände. So von den Städten Augsburg, Donauwörth, Konſtanz, Rottweil, Heilbronn, Wimpfen und Buchhorn. Die beiden erſtern hatte der Kaiſer aus Rückſicht auf ihre Beziehungen zu Baiern am 2. Juni vom Beitritt zum Bunde freigeſprochen, aber am 17. September erließ er ein neues Mandat, ſetzte ihnen einen Termin von neun Tagen, und bedrohte ſie mit Acht. Wirklich traten am 17. und 18. November Augsburg, Donauwörth, Heilbronn und Wimpfen bei, Konſtanz und Rottweil dagegen, welche zur ſchweizeriſchen Eidgenoſſenſchaft hielten, entſchloſſen ſich nicht, ohne daß ſie deshalb in die Acht erklärt worden wären. Auch die kraichgauer Ritterſchaft und der Deutſchordensmeiſter Reinhard von Neipperg erhielten am 12. September den Befehl zum Beitritt, aber ohne Erfolg. Dagegen trat der Biſchof von Augsburg, nachdem die Stadt ſich hatte aufnehmen laſſen, auch bei. Der Kaiſer befahl auch ſeinem Sohn, dem römiſchen König, den Bund zu beſtätigen, was durch eine Urkunde vom 5. September geſchah.

Der Eifer, welchen der Kaiſer für das Zuſtandekommen und

Digitized by Google

die Ausdehnung des Bundes entwickelte, hat manche Hiſtoriker beſtimmt, ihn für den eigentlichen Gründer und Urheber zu halten, und die nützlichen Dienſte, welche der Bund in der Folge den Intereſſen des Hauſes Habsburg leiſtete, beſtärkten in der Anſicht, daß habsburgiſche Berechnung das Motiv für den Eifer des Kaiſers geweſen ſei. Aber wenn wir auf der andern Seite in Betracht ziehen, daß es ſonſt nicht die Art Kaiſer Friedrich's war, für irgendetwas die Initiative zu ergreifen, ſo finden wir uns darauf angewieſen, nach einem andern intellectuellen Urheber zu ſuchen. Datt, welcher zuerſt die Materialien zur Geſchichte des Schwäbiſchen Bundes geſammelt hat, ſtellt die Anſichten mehrerer älterer, jedoch nicht gleichzeitiger Schriftſteller zuſammen, wonach hauptſächlich der Erzbiſchof Berthold von Mainz und der römiſche König diejenigen geweſen wären, auf deren Rath die Errichtung des Schwäbiſchen Bundes betrieben worden ſei; allein da beide nicht handelnd dabei aufgetreten ſind, da Berthold ſelbſt erſt ſpäter Mitglied wurde, und Maximilian bei Lebzeiten ſeines Vaters keinen großen Einfluß auf die Reichsregierung ausübte, iſt es doch nicht wahrſcheinlich, daß ſie die Anregung dazu gegeben haben. Als Führer der erſten Unterhandlungen tritt Graf Hugo von Werdenberg auf. Da er Hauptmann des Sanct-Georgenſchild-Bundes war, lag es vielleicht in ſeinem Intereſſe, daß dieſer Bund ſich ſo großartig erweiterte. Dazu kommt, daß er in einem gleichzeitigen Volksliede als intellectueller Urheber bezeichnet wird.[1] Aber da dieſe Nachricht von einer, ſowol dem Bunde als dem Grafen Hugo misgünſtigen Seite herkommt, und letzterer doch nicht gerade als maßgebender ſchöpferiſcher Staatsmann auftritt, ſo iſt es uns doch nicht wahrſcheinlich, daß er den urſprünglichen Gedanken dazu gefaßt hatte. Vor einigen Jahren hat Paul Schweizer[2] das Verdienſt, die erſte

[1] Vgl. Liliencron, „Hiſtoriſche Volkslieder", II, 264. Heinrich Gluf, „Spruch vom Bunde", worin geſagt wird, der Bund komme nicht vom Reiche, d. h. dem Kaiſer her, ſondern von Graf Haug.

[2] Vgl. „Die Vorgeſchichte und Gründung des Schwäbiſchen Bundes" (Zürich 1876). Die hier ausgeſprochene Vermuthung, daß Albrecht Achilles der intellectuelle Urheber des Bundes geweſen ſei, läßt

Idee des Bundes gefaßt zu haben, für den Markgrafen Albrecht Achilles von Brandenburg in Anſpruch genommen und allerdings nachgewieſen, daß er ſchon 1461 und 1466 den Vorſchlag gemacht hat, die ſüddeutſchen Reichsſtände zu einem Bündniß zu vereinigen, das dem Kaiſer zur Stütze dienen könnte. Aber dieſer Sonderbund der damaligen kaiſerlichen Partei wäre doch ſehr verſchieden von dem geweſen, was nachher der Schwäbiſche Bund geweſen iſt. Den nächſten Anſtoß zur Entſtehung des Schwäbiſchen Bundes gab wol, wie Ranke[1] andeutet, die Furcht vor dem Umſichgreifen der Macht des Hauſes Wittelsbach. Wir haben oben geſehen, wie ſchon ſeit 1460 der Pfalzgraf Friedrich der Siegreiche und Herzog Ludwig der Reiche von Baiern danach trachteten, Süddeutſchland in den Bereich ihres Einfluſſes und ihrer Herrſchaft zu bringen, wie namentlich Herzog Ludwig in den Jahren 1463 und 1464 nahe daran war, einen Sonderbund unter bairiſcher Hegemonie zu errichten. Dieſer Verſuch ſcheiterte damals an den Gegenbemühungen des Markgrafen Albrecht Achilles, aber es gelang ihm doch auch nicht einen Gegenbund zu Gunſten des Kaiſers zu Stande zu bringen.

Die von ſeiten Baierns drohende Gefahr verminderte ſich durch den Tod des Pfalzgrafen Friedrich 1476 und des Herzogs Ludwig 1479, aber wurde nach einigen Jahren dadurch, daß Herzog Albrecht IV. von Baiern-München und Georg von Baiern-Landshut das Streben nach Erweiterung ihres Gebietes fortſetzten, wieder geſteigert. Beſonders gefährlich wurden die Beziehungen, in welche die bairiſchen Herzoge zu dem Vetter des Kaiſers, dem Erzherzog Sigmund von Oeſterreich, traten. Dieſer

ſich nicht begründen, aber die Unterſuchungen des Verfaſſers über die Vorgeſchichte und Entſtehung des Schwäbiſchen Bundes gewähren einen Einblick in die Entſtehungsgeſchichte deſſelben, der nur erſt das richtige Verſtändniß deſſelben ermöglicht. Unſere bisherige Darſtellung beruht großentheils auf dieſer werthvollen Arbeit. Zu vergleichen iſt auch: Paul Stälin, „Zur Gründung des Schwäbiſchen Bundes“, in den „Würtembergiſchen Vierteljahrsheften“, Jahrg. 1879, S. 209.

[1] Vgl. „Deutſche Geſchichte während der Reformationszeit“, Bd. I.

beſaß außer Tirol auch die öſterreichiſchen Vorlande in Oberſchwaben, im Breisgau und im Elſaß, und da er ſchon bejahrt war und keine legitimen Söhne hatte, ſo rechnete der Kaiſer für ſeinen Sohn Maximilian ſicher auf die baldige Beerbung des Vetters. Aber Sigmund glaubte ſeine Verdienſte um die burgundiſche Heirath Maximilians nicht genug anerkannt und belohnt, und verpfändete, da er Geld zur Verſorgung ſeiner illegitimen Söhne brauchte, ſeine Länder Stück für Stück an die bairiſchen Herzoge. Schon 1478 und 1479 verpfändete er mehrere Schlöſſer an Herzog Albrecht, ſodann verhalf er ihm gegen den Willen des Kaiſers zur Heirath mit deſſen Tochter Kunigunde, wodurch die Verpfändungen noch größere Bedeutung erlangten. Im November 1486 verkaufte er die Markgrafſchaft Burgau an Herzog Georg von Baiern, und im Januar 1487 ſeine ſämmtlichen noch übrigen Lande an den Herzog Albrecht, im Juli deſſelben Jahres verkaufte er ſeine Beſitzungen im Elſaß und Breisgau und die Herrſchaft Hohenberg und Grafſchaft Nellenburg geradezu an die beiden bairiſchen Herzoge. Dieſe erlangten dadurch die Anwartſchaft auf die Annexion ganz Schwabens, denn die oberſchwäbiſchen Grafen, Herren und Reichsritter, die geiſtlichen Gebiete und viele Reichsſtädte wurden nun bairiſche Enclaven. Dadurch war die von bairiſchem Gebiet umſchloſſene Reichsſtadt Regensburg bairiſche Landſtadt geworden. Sie ſah ſich in ihrem Handelsverkehr gehemmt, gerieth in Schulden und fand es endlich vortheilhafter, die Reichsfreiheit mit der bairiſchen Herrſchaft zu vertauſchen, und huldigte im Auguſt 1486 dem Herzog Albrecht.

Dieſes Ergebniß war weder nach dem Wunſch der ſchwäbiſchen Reichsſtände noch nach dem des Kaiſers. Gern folgten daher die reichsunmittelbaren Prälaten, Grafen und Herren der Einladung des Kaiſers, ſich in einen Bund zuſammenzuthun, der den Zweck hatte, ſie bei dem Reiche und ihren Rechten und Freiheiten zu erhalten, und es mußte auch dem Kaiſer daran gelegen ſein, das Haus Habsburg nicht vom Hauſe Wittelsbach verdrängt zu ſehen. Er mochte wol bereuen, dem Rathe des Markgrafen Albrecht nicht ſchon früher gefolgt zu ſein. Der

Gedanke eines Schwäbiſchen Bundes war durch die Verhältniſſe gegeben, es bedurfte keiner beſondern ſtaatsmänniſchen Erfindungsgabe, um auf dieſe Idee zu kommen. Wie wir geſehen, hatte es ſchon im 14. Jahrhundert einen Schwäbiſchen Städtebund gegeben, in welchem die Reichsſtädte Schutz vor Verpfändung und Annexion ſuchten. Brandenburg und Baiern hatten den Plan eines ſolchen Schutzbündniſſes der ſüddeutſchen Territorien gehegt. Die Einrichtungen zum gemeinſamen militäriſchen Schutz, zu Bildung von Schiedsgerichten waren durch die Städtebündniſſe und Rittergeſellſchaften eingeübt. Es kamen auch noch andere Motive hinzu, welche den Kaiſer dazu bewegen mochten, auf einen Plan einzugehen, der ihm von einem Rathgeber ſeiner Umgebung, vielleicht von dem Grafen Hugo von Werdenberg, nahe gelegt worden war. Er mochte ein beſonderes Vertrauen zu Schwaben gefaßt haben; er hatte hier, als er im Sommer 1485 aus ſeinen Erblanden vertrieben war, eine Zufluchtsſtätte gefunden, war in ſchwäbiſchen Reichsſtädten und Klöſtern freundlich aufgenommen worden, hatte viel Anhänglichkeit erfahren. Schwaben erſchien ihm ein geeigneter Stützpunkt für das Haus Habsburg.

Paul Schweizer hat in ſeiner Schrift über die Vorgeſchichte des Schwäbiſchen Bundes wiederholt die Vermuthung ausgeſprochen, der Plan ſei von derſelben Partei ausgegangen, welche eine Reform der ganzen Reichsverfaſſung betrieb. Ich möchte eher vermuthen, daß er auf einem andern Standpunkt erwachſen iſt, in denjenigen Kreiſen, welche der Anſicht waren, eine gründliche Beſſerung der Reichszuſtände müſſe von den einzelnen Landſchaften ausgehen. Der Kaiſer ſelbſt war eine particulariſtiſche Natur, er hatte keinen Sinn für das Allgemeine und Ganze, ſondern mehr für das Einzelne und Provinzielle. Wenn man ihm zumuthete, er ſolle ein einheitliches Regiment für das ganze Reich, ein über allen Landesgerichten und wandernden Gerichten ſtehendes kaiſerliches Gericht einſetzen, ſo hatte er dafür kein Intereſſe und Verſtändniß. Dagegen eine Verbeſſerung der Schiedsgerichte und der Landfriedensanſtalten in einer einzelnen Landſchaft leuchtete ihm beſſer ein. Wenn ihm daher die



Digitized by Google

Reformpartei mit ihren Vorſchlägen fürs Reichsregiment und Reichsgericht unbequeme Zumuthungen machte, wollte er lieber dem Verlangen nach Reformen durch Zugeſtändniſſe für Verbeſſerungen im Einzelnen einige Befriedigung und Abſchlagszahlung gewähren. Dies ſchließt aber nicht aus, daß die Staatsmänner von der Reformpartei, wie der mainzer Erzbiſchof, die neue Schöpfung freudig begrüßten und weiter gehende Hoffnungen daran knüpften, und ſich daher gern auch dabei betheiligen wollten.

Der Kaiſer zeigte ſich dagegen von Anfang an bemüht, dem Bunde ſeinen provinziellen Charakter zu bewahren und eine von ſeinen Intereſſen unabhängige Entwickelung zu verhindern. Aus dieſem Beſtreben ging die Erklärung hervor, daß alle frühern Einungen und Verträge für die, welche Mitglieder des Bundes werden wollten, aufgehoben ſein ſollten. Denn er wollte ſie damit von den benachbarten fränkiſchen, bairiſchen und rheiniſchen Ständen loslöſen. Eine Verwahrung gegen weiter gehende Tendenzen des Bundes lag auch in dem Verlangen des Kaiſers, daß alle Bundesglieder dem Kaiſer beſondere Beibriefe ausſtellen ſollten, in welchen ſie für alle Unternehmungen die Anerkennung kaiſerlicher Oberkeit vorbehalten, d. h. daß ſie ſich in nichts einlaſſen wollten, was gegen den Willen und Wunſch des Kaiſers wäre. Die meiſten Stände glaubten jedoch die Zumuthung ablehnen zu müſſen, und beriefen ſich darauf, daß auch früher bei derartigen Bündniſſen ſolche Beibriefe nicht üblich geweſen ſeien, und daß eine ſolche ausdrückliche Verſicherung einer im Grunde ſelbſtverſtändlichen Sache mehr gegen als für das Intereſſe kaiſerlicher Majeſtät wäre. Auf den Rath des Grafen von Werdenberg ließ der Kaiſer die Forderung fallen. Dieſelbe war übrigens nicht ganz unberechtigt, da in der Bundesurkunde die ſonſt übliche Ausnehmung des Kaiſers, d. h. die Clauſel, daß die Verpflichtung zur Hülfe gegen jedermann, nicht gegen den Kaiſer gelten ſolle, weggeblieben war, obgleich ſie in der Sanct-Georgenſchilds-Urkunde, deren Formeln die Bundesurkunde nachgebildet iſt, nicht fehlte.

Die Frage, ob der Bund über die Grenzen Schwabens

Digitized by Google

ausgedehnt werden ſolle, wurde bald praktiſch, da auch die Markgrafen von Brandenburg, Ansbach und Baireuth, die Söhne des Markgrafen Albrecht Achilles, welcher 1486 als Kurfürſt von Brandenburg geſtorben war, ſowie der Kurfürſt Berthold von Mainz Luſt bezeigten, in den Bund aufgenommen zu werden. Beide brachten ihren Wunſch an den Bundesrath, und auf einer im April 1488 zu Reutlingen gehaltenen Verſammlung wurden zwei Bundesräthe, Hans Ege von Dinkelsbühl und Hermann von Sachſenheim, beauftragt, mit den Markgrafen und dem Kurfürſten zu verhandeln; dieſe ſelbſt waren miteinander in Berathung getreten, wie ſie die Zuſtimmung des Kaiſers erlangen könnten, da ſie vorausſahen, daß derſelbe Schwierigkeiten machen würde. Die Markgrafen erlangten zwar bald einen kaiſerlichen Befehl, der auf den 1. Februar ausgeſtellt, wahrſcheinlich zurückdatirt, ihnen gebot, dem Bunde beizutreten. Aber dieſer einfache Befehl erſchien, wie ſich bei den Verhandlungen mit dem Bundesrathe ergab, nicht genügend, weil ſie ihre Verträge mit Sachſen und dem Kurfürſten von Brandenburg beibehalten wollten. Es war deshalb eine ausdrückliche Erklärung des Kaiſers nöthig, daß ihnen geſtattet ſein ſollte, jene Verträge beizubehalten; ſie ſchickten deshalb im Juni 1488 eine Geſandtſchaft an ihn in das Feldlager nach Gent. Der Kaiſer, welcher den Markgrafen beſonders verpflichtet war für die eifrige und wirkſame Kriegshülfe, die ſie ihm bei dem Feldzuge in den Niederlanden geleiſtet hatten, ſtellte die gewünſchte Erklärung aus, und am 16. Juli erfolgte denn auch der Beitritt der beiden Markgrafen Friedrich und Sigmund von Brandenburg, Ansbach und Baireuth in den Schwäbiſchen Bund.[1]

Nicht ſo glatt ging es mit der Aufnahme des Kurfürſten von Mainz. Obgleich derſelbe ſchon im April im Bundesrathe vorgeſchlagen war, und man ihm von dieſer Seite entgegenkam, verging doch der ganze Sommer, ohne daß eine Aufnahme erfolgte, und noch im September ließ der Kaiſer dem Bundesrathe

[1] Vgl. F. Wagner, „Die Aufnahme der fränkiſchen Hohenzollern in den Schwäbiſchen Bund“ (Berlin 1880).

Digitized by Google

ſagen, den Erzbiſchof von Mainz in den Bund zu nehmen, wolle ihm aus viel Urſachen unfruchtbar bedünken, ſonderlich aus der Furcht, daß ſolche große Häupter mehr Zerrüttung, denn Nutzen bringen möchten. Er fürchtete wol, Berthold, welcher das Haupt der fürſtlichen Reformpartei und überhaupt ein ſehr angeſehener, einflußreicher Fürſt war, könnte ſich der Leitung des Bundes bemächtigen und weiter gehende Beſtrebungen daran anknüpfen wollen. Wir wiſſen nicht, was für Abſichten Berthold mit dem Bunde hatte, aber aus ſeinem ſpätern Auftreten auf den Reichstagen zu Worms und Lindau iſt es nicht unwahrſcheinlich, daß er daran dachte, die Bundesverfaſſung auf das ganze Reich auszudehnen. Wenn er aber ſolche Plane hatte, iſt es natürlich, daß er ſein Beſtreben, Mitglied des Bundes zu werden, nicht aufgab. Wir wiſſen nicht, welche Wege er eingeſchlagen hat, um den Kaiſer nachgiebiger zu machen. Vielleicht mochte dieſer denken, er werde als Mitglied des Bundes und an deſſen Formen und Statuten gebunden, weniger ſchaden, als wenn man ihn durch Ausſchließung ſich zum Feinde mache. Wir finden einige Monate ſpäter ein kaiſerliches Mandat, vom 4. December 1488, worin dem Kurfürſten nicht nur der Eintritt in den Bund erlaubt und befohlen, ſondern er mit Strafen und Ungnade bedroht wird, wenn er dieſem Gebot freventlich ungehorſam erſcheine. Man erklärt die Drohung mit dem Zweck, ihn gegenüber den Mitgliedern der Kurfürſteneinung zu decken, welche jeden Kurfürſten verpflichtete, in Sachen, die das Reich betreffen, nichts zu beſchließen ohne Einwilligung der übrigen. Uns ſcheint dies noch keine genügende Erklärung der ſcharfen Drohungen, da Berthold ſich mit ſeinen Collegen ja wol hätte verſtändigen können, beſonders wenn er mit dem Eintritt in den Bund die Abſicht verknüpfte, für die Reform der Reichsverfaſſung zu wirken.

Die Aufnahme Berthold's erfolgte am 15. Januar 1489 und er erſchien ſelbſt auf einem zahlreich beſuchten Bundestage zu Gmünd. In der Bundesurkunde verſprach er bei einem Kriege 100 Reiter zu ſtellen, ein Contingent, das ſich ſpäter auf das Doppelte erhöhte. Im Laufe des Jahres 1489 erhielt der

Digitized by Google

Bund noch weitern anſehnlichen Zuwachs, ſo am 11. April Markgraf Chriſtoph von Baden, deſſen Beiſpiel am 29. September ſein Oheim Erzbiſchof Johann von Trier folgte. So war denn die Frage wegen der Ausdehnung des Bundes über die Grenzen Schwabens zu Gunſten derſelben durch eine Reihe von Vorgängen entſchieden. Aber während der Bund extenſiv und intenſiv ſich verſtärkte, vermehrte ſich die Spannung gegen die beiden bairiſchen Herzoge, und manche Mitglieder des Bundes brannten vor Kriegsluſt, namentlich den Markgrafen von Brandenburg „wurde das Wams ganz heiß"; der Kaiſer dagegen ſuchte aus angeborener Friedensliebe, und weil er auf die Hülfe des Bundes in auswärtigen Händeln ſpeculirte, zu beſchwichtigen.

Aus dieſen entgegenſtehenden Auffaſſungen und Abſichten haben ſich die Kämpfe entwickelt, welche die weitere Geſchichte des Schwäbiſchen Bundes begleiten.

Digitized by Google

Digitized by Google

# Der Humanismus in Wien.

Von

Profeſſor Dr. Adalbert Horawitz in Wien.

Digitized by Google

Die Beziehungen zwiſchen Wien und Italien, durch den Handel Venedigs fort und fort lebendig erhalten, kamen auch jener Richtung zugute, die ſich in der Geſchichte der Geiſtescultur den ſchönen Namen des Humanismus erwarb. Großen Reiz übte Wien in vielen Beziehungen auf die Fremden aus; ſeine damals ſchon großſtädtiſcher angelegte Art war ein Vorzug, der zu einer größern Lebendigkeit des Verkehrs und alſo auch zu leichterer Culturübertragung führen mußte. Zahlreich ſind die Beſchreibungen der Donauſtadt in den Zeiten der Renaiſſance, von Enea Silvio's köſtlichem Bericht, der für die meiſten die Quelle bildet und gewiß die feinſte Beobachtung zeigt, bis zu dem Spanier Criſtobál de Caſtillejo, dem Schweizer Bonſtetten, dem Schulmeiſter bei den Schotten zu Wien Wolfgang Schmelzl, Hans Sachs und dem Ungarn Bonfin, alle ſind ſie einſtimmig in dem Lobe der großen, imponirenden, reichen, in Hülle und Fülle lebenden Stadt. Wie ſchön war ſie aber auch! Enea Silvio ſpricht von ihren hochragenden Häuſern, den weiten Höfen und mächtigen Schwibbogen, den prachtvollen Kirchen mit dem wunderbaren Säulenſchmuck, den Straßen, in die aus allen Erkern und Fenſtern Vogelſang töne, als wenn man in einem Walde wäre. Hans Sachs aber hat in anmuthenden Verſen ihre äußere Erſcheinung beſchrieben. Ein Blick auf Hirſchfogel's Gemälde der Stadt Wien vom Jahre 1547 zeigt, wie richtig dieſe Schilderung iſt; in der That macht das Bild einen imponirenden Eindruck, Wien präſentirt ſich groß, wohlbefeſtigt, die ſtattlichen Häuſer, die hübſchen Anlagen vor

Digitized by Google

den gewaltigen Stadtmauern und dem Graben fallen beſonders in die Augen. Und wie lebhaft ging es auf den Straßen und Plätzen zu! Wer am Lugeck ſteht, erzählt Wolfgang Schmelzl, kann die Kaufleute aller Völker ſchauen, er kann Hebräiſch, Griechiſch und Latein, Franzöſiſch, Türkiſch, Böhmiſch, Windiſch, Italieniſch, Ungariſch, Niederländiſch, Crabatiſch (Kroatiſch), Polniſch u. a. vernehmen. Auch der Spanier Criſtobál de Caſtillejo erwähnt, daß man aus Böhmen, Ungarn, Schleſien und Italien nach Wien ziehe. Und zwar waren es nicht blos Handelsintereſſen und die Ausſicht auf Erwerb, die nach Wien lockte, ſondern auch die Fülle von Genüſſen, die hier zu finden war. Hier konnte man ja gar nicht verderben, der Poet Schmelzl drückt dies in ſeinem „Lobſpruche der Stadt Wien“ in den Verſen aus:

Wer ſich zu Wien nit neren kann
Iſt uberal ein verdorbner man.

Und dem ſtolzen Spanier wäſſert der Mund bei all den Herrlichkeiten, die Wien beſitzt, er kann nicht umhin, beinahe mit Begeiſterung von der herrlichen Verproviantirung der Stadt zu reimen. Noch nie habe er ſolche Krebſe geſehen — nach Schmelzl's ebenfalls bewunderndem Bericht wurden ſie damals in ſehr bedeutenden Quantitäten verzehrt — und dieſe Vögel, dieſes Wildpret, die Artiſchoken, die Fiſche, namentlich die Forellen von Enzesfeld an der Triſting, das Obſt, die Hühner von Rodaun! Und erſt der Wein, der in ſolchem Ueberfluſſe vorhanden iſt, daß man ihn fort und fort exportiren kann und dadurch große Summen erzielt. Aber auch die Paſtetchen in Form von Schlöſſern und Thürmen, die Zuckerbretzeln, die Quittenkäſe, das Buttergebäck entzücken ihn ſo, daß er Wien allen andern Nationalhauptſtädten vorzieht (del preferir á Vienna à todas otras naciones). Unſer Schulmeiſter von den Schotten preiſt nicht minder Wiens Märkte und ſchildert die Waaren darauf mit einer Genauigkeit, die vom volkswirthſchaftlichen Standpunkte mehr Intereſſe erweckt als vom dichteriſchen, und wahrhaft appetiterregend wirkt. Die Volkszahl war ſchon bedeutend,

die Conſumtion eine ſehr große, begreiflich daher, daß auch an Studenten in Wien kein Mangel war. Um das Jahr 1510 verſichert unter andern J. A. Modeſtus aus Umbrien, er habe hier ausgezeichnete Theologen wie Redner getroffen und eine ſolche Anzahl von Studenten, wie er niemals in einem „Gymnaſium“ Italiens geſehen.

Aber freilich eben in der ſo üppigen Entwickelung der Donauſtadt lag auch eine große Gefahr für die Muſenſöhne. Enea Silvio hat wol recht, wenn er behauptet, daß in Wien ſo viel Studienhinderniſſe ſeien; ſeine Schilderungen, von Localhiſtorikern in einem gewiſſen Kirchthurmpatriotismus oft ganz unhaltbarerweiſe verdächtigt und bezweifelt, ſind aus derſelben feinen und zutreffenden Beobachtung entſtanden, die dem klugen Italiener in ſo hervorragender Weiſe zutheil ward. Seine Angaben gewinnen aber auch dadurch an innerm Werth, daß viele von den charakteriſtiſchen Eigenthümlichkeiten des ſpecifiſchen Wienerthums ſchon in der ſchärfſten Beſtimmtheit geſchildert werden. Doch hören wir ihn ſelbſt! — Ueppiger lebt nach ſeiner Bemerkung ein wiener Bürger als der König von Schottland; wenn man ſein Haus betritt, meint man in das eines Fürſten getreten zu ſein. Daß ſich Enea Silvio über die Tag und Nacht zum Ausbruch kommende Raufluſt der Wiener erſtaunt, kann uns nur wundernehmen, wie konnte der Landsmann Benvenuto Cellini's darin etwas Auffallendes finden! Charakteriſtiſch iſt es, daß ſchon zu jener Zeit duobus litigantibus kein Wiener einen Verſuch zur Intervention machte. Wie jetzt in vielen Weingegenden Niederöſterreichs der „Segen“ des Weines bei dem das Volk verblödenden ſogenannten „Heurigen“ zu blutigem Streit führt, ſo war es auch damals in Wien, der Stadt von 50000 Einwohnern, in der jeder Bürger in ſeiner Stube Wein ſchenken durfte, welches Recht auch noch anderes im Gefolge hatte. So war denn das Völklein, wie Enea bemerkt, dem Bauche ergeben und verbrachte luſtig am Sonntage, was es in der Woche erarbeitet hatte, er nennt es lacerum et incompositum vulgus. Ungemein groß iſt die Zahl nicht mehr zweideutiger Frauenzimmer, aber auch die Ehen

Digitized by Google

ſind entſittlicht, es gibt wenige Frauen, ſagt wol mit einiger Uebertreibung der Italiener, die ſich mit einem Manne begnügen. Er zeichnet dann mit kühnen Strichen ein abſtoßendes Bild, das allerdings der ſpätern Congreßzeit entſpricht. „Der Adel“, ſchreibt er, „beſucht die Bürger, ſetzt ſich mit deren Frauen ins Seitengemach, der Mann tröſtet ſich mit Wein und geht dann gefällig aus, ſeine Frau dem Adeligen abtretend.“ Ja Enea geht noch weiter, er erzählt von Gattinnen, die ihren Gemahl durch Gift beſeitigen, und von anderer chronique scandaleuse. Auch von den Richtern denkt er nicht gut, er meint, das Recht ſei käuflich, ſeine Strenge zeige ſich nur gegenüber den Armen. Dieſen Verhältniſſen entſpricht denn auch das geringe geiſtige Leben. Es iſt kein ſchmeichelhaftes Bild, das Enea von der hohen Schule zu Wien, ihren Profeſſoren und Jüngern entwirft. Zwar ſpricht er von der großen Anzahl Studenten, die aus Ungarn und Oberdeutſchland hierher ſtrömen, aber er weiß nur von zwei berühmten Lehrern zu melden, dem Theologen Heinrich von Heſſen, dem Zögling der pariſer Univerſität und eifrigen Schriftſteller, und Nikolaus Dünckelſpühel, dem unbeſcholtenen Gelehrten, deſſen Predigten von den Gebildeten ſo begierig geleſen werden. Den zwei Theologen geſellt Enea unſern wackern Chroniſten Thomas Ebendorfer bei, einen nicht unberühmten Gottesgelehrten, von dem er gehört, daß er ganz nützliche Geſchichtswerke geſchrieben, „ich würde ſeine Gelehrſamkeit loben, wenn er nicht ſchon 22 Jahre über das erſte Kapitel des Jeſaias leſen würde und doch noch immer nicht fertig ward“. Abgeſehen von dieſem akademiſchen Witz findet Enea den Hauptfehler der wiener Univerſität in der allzugroßen Beſchäftigung mit der Dialektik, der man ganz zwecklos die Zeit opfere. Weder auf Muſik noch auf Rhetorik oder Arithmetik wendet man ſeine Sorge, wenngleich Einige Gedichte und Briefe, die von Andern verfaßt wurden, behandeln. Redekunſt und Poeſie iſt bei ihnen völlig unbekannt, ihr ganzes Studium liegt in Elenchis und leeren Streitigkeiten; nicht viele gibt es, welche ſich im Beſitze der Bücher des Ariſtoteles oder anderer Philoſophen befinden, meiſt benutzen ſie nur Commen-

tare. Die Studenten aber leben der Wolluſt und ſind voll Eß- und Trinkbegier. Wenige bringen es zu etwas auf dem Gebiete des Wiſſens, Tag und Nacht bummeln ſie herum und ſpielen den Bürgern allen Schabernack. Dazu kommt noch die Frechheit der wiener Weiber, die den Jünglingen den Geiſt verdirbt.

So weit Enea. Gerade er aber, der ſich in Wien freilich ganz ſeltſam mag ausgenommen haben, wirkte durch ſein Beiſpiel auf ſeine nächſten Berufsgenoſſen ein. Die Männer der kaiſerlichen Kanzlei, die ihn anfangs gehaßt und verſpottet hatten, nahten ſich ihm und folgten endlich gern ſeinen Anregungen. In treffender Weiſe wurde geſchildert, wie die Zuſammenſetzung einer ſolchen Kanzlei es mit ſich brachte, daß ihre Mitglieder Männer, welche in alle Welt zerſtreut wurden, überall als Culturfactoren, als Beförderer der neuen Richtung wirkten. Auch in die Univerſität drang dieſe Richtung ein; Georg Peuerbach, ein vielgereiſter Aſtronom, las ſchon 1454 und 1460 über Vergil, Horaz und Juvenal, ebenſo wie deſſen Schüler, der berühmte Johannes Regiomontanus Vergil's „Bucolica", Georg Mandel „Cicero de senectute" (1456), Terenz' „Adelphi" (1457), Lucan's „Pharſalia" (1458), zu Gegenſtänden ihrer Vorleſungen machten. Ja ſelbſt über griechiſche Schriften wurde damals ſchon geleſen, Konrad Säldner von Rottenacker verſuchte ſogar die Interpretation des Werkes „Θεωρία περὶ τῆς τῶν θεῶν φύσεως". Eben dieſer Säldner verwahrte ſich aber in demſelben Jahre gegen die übertriebene Verehrung der Poeten, gegen die Anhänger des Biſchofs Aeneas von Siena. Wie in ſpätern Jahren die Alten der erfurter Univerſität, findet auch Säldner bei den „Poeten" zu wenig ſolide Kenntniſſe vor, ſie wüßten nichts von den ſieben freien Künſten, und doch kröne man ſie mit Lorbeer, ſie, die Leute mit der geſchminkten Eloquenz. Aber auch der Localpatriotismus erhebt ſich gegen die Ausländer und die von ihnen propagirte „neumodiſche" Wiſſenſchaft. „Oeſterreich habe doch immer große Männer gehabt", lautete da das ſpäter noch gar oft geſungene Lied, „wenn ſie auch keine Poeten waren, Ebendorfer ſei da wol zu nennen." Von dem Guarino,

Digitized by Google

den jene immer im Munde führen, habe er weder in Oeſterreich noch in Schwaben, Baiern, Ungarn, Böhmen etwas gehört. Freilich richtete der Vertheidiger des Alten nicht viel aus. In der Zeit, als Säldner die Augen ſchloß († 1471), wirkten Magiſter Briccius Prepoſt aus Cilly und Wolfgang Hayden aus Wien durch Einführung der „Rhetorica nova Ciceronis" für die Verbeſſerung des lateiniſchen Unterrichts. Aber ſoviel man konnte ſtemmte man ſich doch der neuen Richtung mit allerlei Kniffen entgegen, die Facultätscliquen wurden mit einem mal wieder lebendig und mühten ſich ab, um nicht in ihrem Schlendrian geſtört zu werden. Welche Kämpfe hatten doch Magiſter Prepoſt und Paul von Stockerau zu beſtehen, um nur einige Bücheranſchaffungen durchzuſetzen! Neben theologiſchen und ſcholaſtiſchen Werken wurden endlich auch das Epiſtolare des Francesco Filelfo, neben verſchiedenen Claſſikern Boccacio („Deorum genealogia"), Lionardo Aretino („Epistolae") erworben; ein Magiſter, der nach Rom reiſt, bekommt von der artiſtiſchen Facultät 40 Goldgulden, um in der „heiligen Stadt" Bücher zu erwerben. Georg Paetersdorfer las damals über Seneca, M. Perger wirkte nicht minder dahin, daß für die Erklärung der Claſſiker geſorgt war. Die humaniſtiſche Richtung des Königs Matthias Corvinus, der von 1485—90 Niederöſterreich als ungariſches Comitat beherrſchte, that für die verwandten Beſtrebungen in Wien allerdings nichts, und ſo vermochten die Neuerer nur ſehr allmählich feſten Fuß zu faſſen.

Deshalb ſind denn auch alle Ankömmlinge aus Italien ohne rechte Wirkung auf die wiener Studienverhältniſſe. So hat z. B. der Minoritenmönch Petrus Amaltheus aus Portenau (in Friaul), der um 1493 durch einige Monate an der wiener Univerſität Poetik und Rhetorik vortrug, keine Schule gemacht, obwol er der Lehrer Cuspinian's genannt wird. Er trieb philoſophiſche Studien, war Neuplatoniker und verfügte über eine ſehr ſtattliche Beleſenheit in den lateiniſchen Claſſikern, die ſogar oft als Füllſel ſeiner Gedichte verwendet wurden; weniger gerieth ihm die Form ſeiner Carmina. Das Cliquenweſen war unter dieſen Italienern übrigens in ähnlicher Weiſe entwickelt

Digitized by Google

wie in manchen literariſchen Zeitſchriften des 18. und unſers Jahrhunderts. Amaltheus lobt z. B. den Cimbriacus, Petrus Bonomus und Piſo wieder den Amaltheus — auch ihre Gedichte tragen eine unverkennbare Aehnlichkeit an ſich. Erquicklich iſt die Lektüre ſolcher Gelegenheitspoeme wahrlich nicht, Lobhudeleien, wie ſie Amaltheus in ſeinen verſchiedenen Panegyriken an Friedrich III. vorbringt, zu denen die ganze Mythologie und Geſchichte herhalten müſſen, Lobhudeleien, wie ſie allerdings nicht blos in jener Zeit gekrönten Häuptern gegenüber üblich ſind, Ueberſchwenglichkeiten für die Freunde, wie in den Gedichten an Fuchsmagen, erweitern weder unſere Kenntniſſe, noch können ſie uns durch die Schönheit der Form entſchädigen, nebenbei bemerkt, ſpricht der Italiener von der „fallax Germania". Wie ſo viele der Apoſtel des Humanismus hatte auch Amaltheus höchſt wechſelnde Schickſale. Da ihm in Wien die Bezahlung zu gering war, ging er nach Italien zurück, kam dann aber wieder nach Deutſchland, wo er 1517 ermordet worden ſein ſoll.

Nur nach zähem Widerſtande wichen die beati possidentes der akademiſchen Lehrkanzeln dem ſtark und revolutionär vordringenden Humanismus. Nicht anders war es in Wien, das einen zahlreichen Zuſpruch von Studenten hatte. Allerdings, der Adminiſtrator des wiener Bisthums, Johannes Vitez, war dem Humanismus hold, deshalb wol wählten ihn denn auch die wiener Humaniſten zum Princeps der Sodalitas Danubiana.

Doch die Majorität des Collegiums erwies ſich am Ausgange des 15. Jahrhunderts jeder Neuerung entſchieden feindſelig. Der Führer der humaniſtiſchen Neuerer, der Ciceronianer Briccius Prepoſt wurde ſogar (1482) moraliſch gezwungen, ſeine freiſinnigen Aeußerungen zu widerrufen. Mühſam, äußerſt mühſam nur konnte man Autoren für die Bibliothek erwerben. Jene Vorleſungen über römiſche Schriftſteller hatten anfänglich im ganzen nur geringen Erfolg.

Man kennt Friedrich's III. Weſen, hinſichtlich ſeiner Anlagen läßt er ſich vielfach mit Rudolf II. und Franz II. vergleichen; eine zähe Natur, welcher die Erwerbung von Haus-

macht alles war, Land und Reich ſind ihm nur Quellen von Einkünften und Nutzbarkeiten. Beten, Alchymie und Aſtrologie beſchäftigen ihn neben ſeinem Intereſſe für den Vogelſang und das Sammeln von Perlen und Edelſteinen; eigentlicher Wiſſenſchaft gegenüber blieb er ſtets gleichgültig.

So „hat er denn auch während ſeiner langen Regierung in Wahrheit nichts für das Aufblühen und Gedeihen der wiener Hochſchule gethan, im Gegentheil in mancher Hinſicht nicht wenig zu ihrem Verfall beigetragen“.

Ganz anders dagegen ſein Sohn Max, der die Eigenart ſeiner Mutter, der portugieſiſchen Leanor, in den meiſten Stücken geerbt zu haben ſcheint. Nicht blos die Dichtung hat den „letzten Ritter“ ſo häufig zum Mittelpunkte ihrer Schöpfungen gemacht, nicht ſie blos hat des Kaiſers edle Erſcheinung mit dem Zauber phantaſtiſcher Gebilde umkleidet und verklärt, auch die ernſte Wiſſenſchaft beginnt einen höhern Ton anzuſtimmen und an Bildern Gefallen zu finden, wenn ſie von dem Schützer der Gelehrten zu ſprechen hat. „Gleichwie unter dem günſtigſten Geſtirn wanderten unter Maximilian alle ſchönen Künſte, alle edlen Wiſſenſchaften, alle Studien nach Deutſchland, welches ihrer in Roheit und Dürftigkeit lange entbehrte.“ Mit dieſen Worten feiert Cuſpinian, der Liebling des Kaiſers, ſein Zeitalter. Der berühmte Romaniſt Ulrich Zaſius führt die Vertreibung der Barbarei aus Deutſchland und die Blüte der Wiſſenſchaft geradezu auf Maximilian's Einfluß zurück. Und in der That war der Kaiſer für die Entwickelung der neuen Richtung in der deutſchen Wiſſenſchaft, vor allem für die hiſtoriſchen Studien von eminenter Bedeutung. An der Spitze all der ſo friſch heraufkommenden Verſuche, die Kunde der Vergangenheit aus dem Staube der Bibliotheken an das Tageslicht zu fördern, ſteht dieſer hochbegabte Regent, er iſt die Seele all der patriotiſchen Strebungen und der im bewußten Gegenſatze zu den Italienern die deutſche Geſchichte behandelnden humaniſtiſchen Richtung. Er lieh den Dichtern, wie den von antikem Geiſte erfüllten Mathematikern, den humaniſtiſch gebildeten Juriſten und Medicinern wie den Archäologen ſeine Unterſtützung,

ſeine wirkſame Unterſtützung. Sauromanus hat in gewiſſem Sinne recht, wenn er ſagt: nicht ſo ſehr unter Maximilian, ſondern durch Maximilian ſind unſere tüchtigen und ausgezeichneten Männer heraufgekommen. Oder war es etwas Geringes, wenn der vielbeſchäftigte Kaiſer ſich um das Detail der Forſchungen der Gelehrten kümmerte, dieſe um ſich ſammelte, kaum jemals ohne ſie ſein konnte, mit ihnen wiſſenſchaftliche Plane berieth, bei ihren Disputationen und Sympoſien erſchien und trotz ſteter Geldbedürftigkeit ihnen mit fürſtlicher Liberalität begegnete. Die Humaniſten wenden dann bei Maximilian nicht gedankenlos jene byzantiniſchen Phraſen an, die dem Mächtigen gegenüber anzuwenden leider nicht blos damals allein Mode war, ſie ſind ſich der Bedeutung völlig bewußt, welche der verſtändnißvolle Antheil des Kaiſers für ihre Strebungen hat. Von dieſem erwarten ſie denn auch den Beginn einer neuen Zeit, die ſiegreiche Bekämpfung, ja die Vernichtung der Erbſünde der Chriſtenheit, denn er iſt ja der „Unbeſiegbare", wie ihn Bebel, Hutten, Tritthemius und andere nennen, der herrliche Nachkomme Karl's des Großen, kriegeriſcher als Alexander; er iſt der Allerchriſtlichſte, im bewußten Gegenſatze zu Frankreich gibt man ihm den Titel der franzöſiſchen Herrſcher. Melanchthon vergleicht ihn mit den größten Regenten von Hellas und Rom, Celtis nennt ihn zutreffend ihren gemeinſamen Vater und Vertheidiger. Dedicationen, man vergleiche die der „Polygraphia" des Tritthemius, von Schriften Hutten's und Pirkheimer's, Reden, Nekrologe und endlich Epitaphe ſind alle von derſelben Begeiſterung, derſelben Hingebung erfüllt. Mag auch hier und da der panegyriſche Eifer zu weit geführt haben, die Analogien eben nicht gerade alle muſterhaft geweſen ſein, die Begeiſterung ſelbſt war ebenſo löblich, als natürlich. War ja doch Max Auguſt und Mäcen in einer Perſon. Erfreulich iſt es, den Blick auf dieſer Wirkſamkeit des Kaiſers ruhen zu laſſen. Wie nahe ſteht er doch den Gelehrten, wie innig iſt der Verkehr, wie tiefgreifend und nachweisbar die Wechſelwirkung! Dort fällt ein zündendes Wort eines Humaniſten in die erregbare Seele des Kaiſers, hier wieder iſt es Maxens Ausſpruch, der

einen Keim bildet für ein tüchtiges Werk, das ein Gelehrter, dem hohen Winke folgend, beginnt. Maximilian, das ſieht man hier wieder, war eben einer der größten wiſſenſchaftlichen Arbeitgeber, wie ſie ſelten auf Thronen zu finden ſind. Und vielſeitig und ehrlich war ſein Intereſſe; das humaniſtiſche Element und die nationale Färbung der neuen Gelehrſamkeit waren ihm gleich ſympathiſch. Alles was Deutſchland an geiſtigen und künſtleriſchen Größen beſitzt, in ſeinen Dienſt zu ziehen oder doch in Beziehung zu ſich zu ſetzen, galt ihm als eine eines Kaiſers würdige Aufgabe. Gar zu gern hätte Max in ſeinem Wien die illuſtren Geiſter Deutſchlands geſammelt und mit ihnen ein goldenes Zeitalter der Literatur gegründet. Konrad Celtis berief er in ſeine Hauptſtadt, Cuspinian ward ſein Secretär, Hutten ſein gekrönter Poet, Erasmus ſein Rath, Tritthemius der „Zauberer“ wird mit theologiſchen Fragen und mit Geſchenken bedacht, Peutinger und Pirkheimer macht Maximilian ebenfalls zu Räthen, Geiler von Kaiſersberg zu ſeinem Beichtvater, von J. Wimpfeling erbittet er Auskünfte u. ſ. w. Gewiß, war auch die Beziehung Maximilian's zu ſeinen Gelehrten, wie es deren Art, die geſammte Atmoſphäre Wiens, die Unbildung des Adels und des geſammten Volkes mit ſich brachte, nicht von jenem unerreichten Glanz umſtrahlt, war ſie auch nicht von jener holden Harmonie erfüllt, die der reizvoll bewegte Verkehr in dem Mediceerpalaſte von Florenz in ſich trug, ſo gewahren wir doch in jenem unvergeßlichen Verhältniſſe eines klar denkenden, ſelbſtändigen Herrſchers zu den Männern der Wiſſenſchaft die ſchönſten Seiten. Schlichte Einfachheit, anhängliche Treue, reger Arbeits- und Forſchungstrieb treten uns hier in gewinnenden Erſcheinungsformen entgegen. Bewundern wir an den Italienern den Schwung der Diction, die Plaſtik der Darſtellung, die Glut der Empfindung, ſo freut man ſich bei den Deutſchen des hingebenden Fleißes, mit dem ſie im „hyperboreiſchen Lande“ die Wiſſenſchaften erſt begründen, das Licht des claſſiſchen Altertums leuchten laſſen, freut ſich des großen Talentes Einzelner, z. B. Celtis', der mit den Italienern wol den Wettkampf in allen jenen Richtungen beſtehen konnte.

Digitized by Google

Dabei galt es freilich, in der „barbara tellus", von der unter andern Celtis ein ſchreckliches Bild entrollt, zahlreiche große äußere Schwierigkeiten zu überwinden. Es waren vor allem die ſtarren Zunftgelehrten der Facultäten, die neidiſchen Pächter der „Weisheit", zu beſeitigen. Nach dieſer Richtung war aber der Schutz, die Förderung des Kaiſers nicht hoch genug anzuſchlagen. Erſt durch ſeine Mandate, durch die ausgeſprochene Gunſt und Unterſtützung, die er Perger, Cuspinian und Celtis zuwendete, war die Scholaſtik an der wiener Hochſchule zu bezwingen, erſt durch ſeine Beſtimmungen konnten hier große und heilſame Reformen hindurchgeführt werden. An einem andern Orte habe ich gezeigt, wie ſein perſönlicher Eifer und Wiſſensdurſt der hiſtoriſchen Wiſſenſchaft zugute kam, wie er in jenen Verhältniſſen eine ähnliche Stellung einnahm wie der Reichsfreiherr von Stein zu den Herausgebern der „Monumenta Germaniae", oder König Maximilian von Baiern zu den Mitgliedern der Hiſtoriſchen Commiſſion, wie durch ihn die hiſtoriſche Forſchung gewiſſermaßen organiſirt wurde. Da müſſen Celtis, Stabius, Suntheim in ſeinem Auftrage herumreiſen, den freiburger Manlius und Peutinger beſchäftigt er mit genealogiſchen Unterſuchungen, die Bibliotheken werden eifrigſt durchſtöbert und zahlreiche, oft ſehr werthvolle Funde gemacht, z. B. die „Tabula Peutingeriana". Anderes iſt gelehrten Werken zugute gekommen, z. B. den „Caesares" des Cuspinian, anderes, wie das „Donauthal" des Ladislaus Suntheim, eine topographiſche Chronik, voll von culturhiſtoriſchen intereſſanten Notizen, ward erſt in unſern Tagen publicirt. Die Lieblingsneigung des Kaiſers aber war die Genealogie, die Blüte dieſer Hülfswiſſenſchaft führt man mit Recht auf Max zurück. Hier gab er zu einer Zeit den Anſtoß, in der, wie Cuspinian ſagt, wenige unter den deutſchen Fürſten ihre Ahnherren kannten. Aber er ſorgte auch für Herausgabe von Geſchichtsquellen, ſo wurden Paulus Diaconus und das „Chronicon Urspergense" durch Cuspinian und Stabius, die augsburger Inſcriptionen durch Peutinger 1508 als erſtes deutſches Inſcriptionswerk edirt. — Für die Geſchichte und Alterthümer Roms zeigte Max das regſte Intereſſe, der Eifer der Hu-

maniſten für Ausgrabungen und ſorgſame Bewahrung der Reſte des Alterthums fand bei ihm volles Verſtändniß und treue Unterſtützung. Max begnügte ſich aber nicht, wiſſenſchaftliche Hülfsmittel aus ſeinen Landen zuſammenzubringen und zu verzeichnen, überallher will er den Wiſſensſtoff für ſeine Gelehrten herbeiſchaffen, er verwendet ſich unter anderm für Peutinger und J. Spiegel um leihweiſe Ueberlaſſung des „Corpus integr. Pandectarum“. Nicht minder intereſſirte ſich der Kaiſer für Numismatik, wie eine Stelle ſeines werthvollen Memorialbuches zeigt, gewiß in einem andern Sinn als ſein Vater Friedrich III.; auch die Geſchichte des deutſchen Mittelalters zog ihn an. Beatus Rhenanus erzählte z. B., der Kaiſer habe einen Preis ausgeſetzt, um zur Nachforſchung nach deutſchen Urkunden und Schriften, die vor 500 Jahren geſchrieben worden ſeien, zu veranlaſſen; „und keiner, der eine ſolche Handſchrift vorwies, ging unbeſchenkt von dannen“. Melanchthon aber berichtet, daß ſich Max mit dem Plane trug, eine deutſche Geſchichte ſchreiben zu laſſen, ein Plan, deſſen Ausführung freilich nicht zu Stande kam. Beſſer gelang die Sammlung alter Lieder aus der Heldenzeit, er brachte wirklich auf ſeinem Schloſſe Ambras altdeutſche Gedichte zuſammen, ohne die wir vielleicht weder von der Kutrun noch von Erec etwas erfahren hätten.

Wahrlich ein ſo heller Geiſt, ein ſo eifriger Sinn für das Wahre und Schöne, wie er ſich bei dieſem Herrſcher zeigt, mußte der Wiſſenſchaft und dem Aufſchwunge, den ſie damals nahm, zugute kommen, man kann um ſo mehr von einem maximilianiſchen Zeitalter reden, als vor und bald nach dieſer allerdings nicht langen Periode geiſtiger Erhebung Epochen langer Dämmerung und endliche Finſterniß folgten.

Unter König Friedrich begann erſt mit dem Auftreten B. Perger's, der 1490 zum Superintendenten der Hochſchule ernannt worden war, eine für die humaniſtiſchen Strebungen günſtige Epoche.

Energiſch und einſchneidend waren die Reformen, die Perger vorſchlug — die verderbten und verſtümmelten Texte des Ariſtoteles,

Digitized by Google

Euklides, Hippokrates und Galenus ſollten vollſtändigen weichen, Conferenzen über wiſſenſchaftliche Gegenſtände ſtattfinden und ſogar peripatetiſche Disputationen auf öffentlichem Platze abgehalten werden, was freilich bald unterbleiben mußte, weil die Studioſen ſie zu Unzukömmlichkeiten misbrauchten. Perger's Einfluß wird es wol zuzuſchreiben ſein, daß neben dem Italiener Amaltheus auch Celtis und Cuspinian als Wanderhumaniſten in Wien auftraten. Den gekrönten Poeten zu gewinnen, gelang damals noch nicht, doch blieb Cuspinian, der Landsmann des Celtis, der, obwol noch ſehr jung, durch die Gunſt Maximilian's gedeckt, für die Sache der ſchönen Wiſſenſchaften in das Herkommen eine Breſche zu legen wußte. Ihm, dem Günſtling des Fürſten gegenüber zog ſich die alte Scholaſtikerphalanx ſcheu zurück, nur an dem einen unverlierbaren Palladium der Collegiengelder hielt ſie krampfhaft feſt, Cuspinian wurde keines zugeſtanden. Aber ſchon der Umſtand, daß er über Cicero, Salluſt, Virgil, Horaz und Lucan las, war ein Gewinn. Nach und nach ſollte Cuspinian die erſte Rolle ſpielen.

Vorerſt war jedoch Perger's Stellung noch unerſchüttert und er benutzte dieſe zur Berufung eines hochberühmten Mannes, des Italieners Girolamo Balbi aus Venedig, mit dem eine der intereſſanteſten Perſönlichkeiten, ein echtes Prototyp der italieniſchen Humaniſten an die wiener Hochſchule kam. In ihm zeigt ſich ſo recht die fluctuirende Weiſe jenes neuen, zwiſchen Abenteuerern und Gelehrten mitteninne ſtehenden Standes der „Poeten“. In allen Ständen, die noch keine feſte Einordnung in die Geſellſchaft gewonnen, die für ein neues, noch nicht anerkanntes Princip einſtehen, tritt dieſe Erſcheinung der Ruheloſigkeit und des propagandiſtiſchen Eifers auf. Wir gewahren ſie nicht blos bei den griechiſchen Sophiſten, den Miſſionären der erſten Jahrhunderte des Chriſtenthums, bei den Troubadouren des Mittelalters, ſondern auch bei uns näher ſtehenden Berufsarten der modernen Cultur, bei den Schauſpielern, Muſikern und in unſern Tagen bei den Journaliſten. Eine gewiſſe Gleichheit der Lebensläufe wie des Lebenswandels iſt bei den erſten Apoſteln des Humanismus nicht zu verkennen,

Digitized by Google

die Italiener ſind üppiger, gewaltthätiger, frivoler, aber auch die deutſchen Hutten, Celtis, Locher, H. von dem Buſche und andere gehören in einen ähnlichen Zuſammenhang. Balbi iſt eine Perſönlichkeit, die manche Reminiſcenz an ſeine Landsleute, an Poggio, Filelſo und andere erweckt, doch iſt des Vielgeſchmähten Weſen keineswegs abſtoßend. Streitſüchtig waren die Humaniſten ja faſt alle, ihre Lebensgeſchichte iſt eine Geſchichte von Controverſen, polemiſchen Leiſtungen und gröblichen Invectiven. An Abwechſelung fehlt es auch in dieſem Daſein nicht. Schüler des Pomponio Laeto zu Rom, las Balbi 1485 als Lehrer zu Paris, wo er aber bald mit Wilhelm Tardif, den er ingrimmig angriff, ſowie mit dem bekannten von Erasmus arg charakteriſirten Fauſtus Andrelinus und Robert Gaguin in heftige Fehden gerieth, Fehden, die ihn 1491 aus Paris vertrieben, ihn aber auch für ſein ganzes Leben in den Verdacht der ihm von jenen vorgeworfenen Päderaſtie brachten, der er übrigens trotz der ſchwachen Gründe ſeiner Vertheidiger, wie ſo viele Humaniſten, ergeben geweſen zu ſein ſcheint. Seine ſchlüpfrigen Epigramme ſprechen wenigſtens entſchieden dafür, wie denn überhaupt italieniſche wie deutſche Humaniſten durchaus nicht bloße Nachahmer der römiſchen Formen, ſondern auch der römiſchen Lebensgewohnheiten waren. Die ſehr intimen Verhältniſſe mit ſchönen Knaben waren aber kein Hinderniß für die Stellung des genialen Mannes, der zu Padua als Vortragender über kanoniſches und römiſches Recht ſeinen Ruhm begründete. Die glänzenden Leiſtungen Balbi's lenkten Perger's Blick auf den Mann, der fähig ſchien, das römiſche Recht an der wiener Univerſität zu Ehren zu bringen. Im Jahre 1494 begann Balbi ſeine Vorleſungen als erſter Profeſſor des römiſchen Rechts an der wiener Univerſität. Zugleich lieſt er über Vergil, überwirft ſich aber bald mit den ihm wahrſcheinlich neidiſchen und feindſeligen Collegen, geht nach Paris, beginnt dort aufs neue die Polemik gegen ſeine alten Widerſacher, die ihn mit Gemeinheiten überhäufen und ſeine Polyhiſtorie als Schwindel hinſtellen. Im Jahre 1497 erſcheint Balbi wieder in Wien, nimmt ſeine Vorleſungen auf, tritt zu Celtis in ein herzliches

Digitized by Google

Verhältniß und in die Donaugeſellſchaft ein. Dennoch konnte der Heißblütige mit den gewiß recht abgeſchmackten Pedanten der Facultät nicht im Frieden leben, der Bruch trat auch hier ein, und nach manchem Fahrniß erſcheint Balbi wieder 1499 als Profeſſor der Rhetorik, Poetik und des römiſchen Rechts in Prag, wo ſeine Genialität ein großes Auditorium und lebhaften Beifall errang. Dennoch konnte Balbi mit der plumpen Arroganz Einiger ſich nicht vertragen, ſeine päderaſtiſchen Paſſionen gaben manchem Phariſäer Anlaß, gegen ihn loszuziehen, Lobreden auf die böhmiſchen Mäcenaten genügten dieſen noch nicht oder erregten Verdacht, daß ſie nicht ernſtlich gemeint ſeien, kurz auch aus Böhmen mußte Balbi weichen. Erſt 1512 erſcheint er wieder am Hofe Wladislaus' in Ungarn, ſteigt von Stufe zu Stufe, leiſtet ſowol dieſem Könige als ſpäter den Habsburgern die wichtigſten Dienſte, wird Biſchof von Gurk und als Geſandter von großer Bedeutung. Trotzdem ſtirbt er in Venedig (etwa 75 Jahre alt, 1535) in Armuth, man vermuthet wol mit Recht, daß ſeine Schrift „De coronatione" (Bologna 1530), in der er, wie einſtens Ludwig des Baiern Minoriten, die Anſicht verfocht, die Krönung durch den Papſt und zu Rom ſei für die Kaiſerwürde nicht nöthig, den Anlaß zu dieſem Wechſel ſeiner Verhältniſſe gegeben. Allerdings wurde ſie auf den Index geſetzt und mag den vielen Feinden Balbi's, die ihm häufig Atheismus vorwarfen, gutes Kapital zu Anklagen und Verfolgungen des heftigen Mannes geliefert haben. — Balbi's literariſche Leiſtungen ſind mannichfaltig und werthvoll; nicht von den polemiſchen und ſatiriſchen, die ja meiſt in die pariſer Epoche fallen, noch auch von den philoſophiſchen und politiſchen Schriften, welche zu dem wiener Humanismus in keiner eigentlichen Beziehung ſtehen, kann hier die Rede ſein, näher liegen uns, abgeſehen von ſeinen kräftigen Ausfällen gegen die, leider ganz fruchtlos jahrhundertelang publiciſtiſch bekämpften Türken jene Stücke ſeiner „Epigrammata", in denen wiener Verhältniſſe und Perſönlichkeiten behandelt werden. Die Carmina Balbi's ſind von großer Formvollendung, unſchwer erkennt man in ihnen die claſſiſchen Vorbilder; Witz und Schärfe,

Digitized by Google

Geſchick der Erfindung iſt ihnen nicht abzuſprechen, beſondere Decenz zeichnet ſie ſo wenig wie die Producte Martial's, Petronius' und der italieniſchen Humaniſten aus. Den beſungenen Großen und Freunden gegenüber iſt er überſchwenglich, die Gegner greift er mit all der Erbarmungsloſigkeit an, welche die Polemik der Zeit charakteriſirt und welche den Beifall der nicht Betroffenen ſtets um ſo mehr errang, je giftiger und gröber ſie war.

An die Spitze all ſeiner dichteriſchen Huldigungen ſtellten ſich die vor Maximilian, den er die ſichere Hoffnung und Säule des wankenden Vaterlands nennt, deſſen Leiſtungen und Verdienſte er ohne eigentliche Uebertreibung in ſchönen, leicht hinfließenden Verſen rühmt. Friſch und anmuthig ſchildert er da wol, wie Maximilian in herrlicher Jugendblüte heranwächſt, wie er Muth und Kraft erweiſt im Gebrauche der Waffen, wie er mit den Franzoſen kämpft, wie er die rohen Völker zu bändigen weiß und Alles von ſeinen Thaten redet. Am Schluſſe erhebt er ſich zur Prophezeiung, Max werde ſeine Herrſchaft bis Cadix ausdehnen, mahnt ihn aber ziemlich dringend, des Ruhm gebenden Dichters nicht zu vergeſſen, denn alle Herrlichkeit finde ein Ende mit dem Leben, was wären Aeneas, was Achilles, was die Atriden und Hektor ohne die Sänger. Unbekannt lägen ſie von finſterer Nacht bedeckt, wenn nicht die Verſe des „Dichters von Smyrna“ ihr Lob beſängen. Ein ähnliches Gedicht richtete Balbi auch an Kaiſer Karl und König Ferdinand, er nannte es „Vaticinatio“. In der Form einer Prophezeiung nämlich kündigt er an, daß den Habsburgern alle Welt unterworfen ſein werde, in umſtändlicher Breite ergeht er ſich in der Aufzählung all der Beherrſchten bis Taprobane und Byzantium. In akademiſcher Gründlichkeit gibt Balbi hierauf eine poetiſche Geſchichte Roms, in der er erwägt, wie Rom zu Grunde geht, und in der Ermordung des Julius Cäſar den Anfangspunkt des Niederganges erſieht. Emphatiſch verweilt der Dichter ſodann bei den Erfolgen der Habsburger, deren ſiegreichen Adler er auf dem Capitol erſchaut, vergißt aber dabei ſeiner italieniſchen Abſtammung nicht, indem er die Sieger

Digitized by Google

beſchwört, den Beſiegten dann ihr Recht wieder zurückzugeben. Wenn die Habsburger die Mittelmeermonarchie durch Siege und Milde begründet hätten, dann ſollten ſie ſich gegen die Türken erheben, gegen dieſe neuen Cyklopen den Kreuzzug eröffnen. Vertilgt ſeien ſie, die mit der Gorgo die Bruſt umgürten, ſie, welche die Scylla ausgeſpien; der Dichter erkennt die Schande, welche Europa auf ſich ladet, das wolfsgleiche Geſchlecht der Türken in Europa zu dulden, er wünſcht ſie in den Styx. Freilich auch über ſie werden die habsburgiſchen Brüder ſiegen; in den überſchwenglichſten Phraſen des Panegyrikers mit ermüdender Weitſchweifigkeit wird der Triumph über jene Feinde der Menſchheit geſchildert. Werthvoller als dieſes Carmen ad captandam benevolentiam ſind die zahlreichen Gelegenheitsgedichte, aus denen ſich die Stellung des Dichters zu den damaligen wiener Berühmtheiten, ſeine perſönlichen Verhältniſſe und die mancher wiener Humaniſten beſtimmen laſſen. Es ſind die freiſinnigern Kreiſe, zu denen er Beziehungen unterhielt; ſo pries er unter anderm die vielſeitigen Kenntniſſe und vorzügliche Ehrenhaftigkeit des Dr. Johannes Kaltenmarkter aus Salzburg, der als Profeſſor der theologiſchen Facultät Sätze ausgeſprochen, welche die Facultät für ketzeriſche erklärte und der die Anſicht geäußert hatte, ein allgemeines Concilium ſtehe über dem Papſt, dieſer könne einen von einer allgemeinen Kirchenverſammlung gefaßten Beſchluß nicht aufheben. Nicht minder rühmt er die Verdienſte des Johann Vitez, des Biſchofs von Vesprim und Wien und wünſcht ihm neben vielen anderem, auch daß er Papſt werden möge. Seinen Mäcenas Bernhard Perger feiert er in einem ſchönen Bilde: „Mag auch der Himmel von dichter Nebeldecke verfinſtert werden und das Meer im ſtürmiſchen Wellenſchlage ſich erheben, dennoch löſe ich vom öden Geſtade den zerbrechlichen Kahn, ungewiß, ob er mich in den Hafen oder an verſteckte Felſen tragen wird. Denn du vermagſt es, die empörten Wogen zu beſänftigen, du betteſt den Schiffbrüchigen an ſicherm Orte“ u. ſ. w. Dieſes Gedicht mag ſich auf die heftigen Kämpfe Balbi's in der Facultät beziehen; andere Anſpielungen ſind verſtändlicher, ſo erkennt man ſofort

Digitized by Google

die Abſicht, wenn er dem Oberſtſchatzmeiſter Simon Ungerspach in witziger Weiſe die Macht des Goldes anrühmt und ſchließlich bemerkt: „Wenn mir jemand Gold ſchenkte, gäbe das meinem Gedichte eine Ader von Gold.“ Dem wiener Official Leonard Wulffing ſchenkt er einen Cicero mit begleitendem Gedicht, den Arzt Bartholomäus Staber (Scipio) ruft er mit dem poetiſchen Hinweis auf den gemeinſamen Patron, den Dichter und Aerzte hätten, Apollo! Dem Regens Johannes Fuchsmagen klagt Balbi über den Verfall Roms und widmet ihm mehrere, ihn ehrende Gedichte. Andere Carmina an die Adeligen Sigismund von Polhaym und Chriſtoph von Hohenfels eifern gegen das moderne Geckenthum, ein Panegyricus auf den Marſchall Chriſtoph von Liechtenſtein preiſt deſſen Heldenmuth, ein Gedicht an den Oberkanzler Johann Waldner rühmt denſelben; den kaiſerlichen Räthen Kaspar Rogendorf und Sigismund von Nydertor trägt der Dichter die bei den Humaniſten ſo ſehr beliebte Epikur'ſche Lebensweisheit vor: Was nützt es ſich Sorgen zu machen, das Leben flieht mit ſchnellem Fuße, jedem iſt ſein Lebensmaß ausgemeſſen, nichts ſicherer als der Tod, deshalb — nun folgt die Moral oder beſſer geſagt die Aufforderung zu üppigem Lebensgenuſſe. Dies iſt denn auch das Thema, das ſtets wiederkehrt, die Behandlung der ſexuellen Beziehungen iſt geradezu virtuos, wenn auch von ſo antiker Naivetät, daß auf Ueberſetzung dieſer Stellen verzichtet werden muß. Er habe, ſagt er ſelbſt, ſeine Gedichte ja nicht für Curier und Catone, ſondern für ſeine epikuriſchen Zechgenoſſen geſchrieben, die in die Nacht hinein gewaltige Becher zu leeren, Küſſe zu tauſchen und anderes gewohnt ſeien, bei ihnen hofft er Billigung zu finden. Allerdings fehlt es dabei nicht an ganz derben, wirklich nur für ein zügelloſes Männerſymposion ſich eignenden Excurſen, ſo z. B. in dem Gedichte an Cuspinian mit einer grenzenlos unanſtänſtändigen Etymologie des Namens. In einem andern Gedicht an dieſe „Hälfte ſeiner Seele“ iſt er decenter, er ſpricht mit warmer Empfindung vom Landleben; wäre es ihm doch gegönnt, auf Eigenem zu ſitzen und das ſtädtiſche Kleid abzulegen, dort wo mückenumſchwirrt die Rebenhügel prangen und die Obſt-

Digitized by Google

gärten zum Pflücken der ſüßen Früchte einladen. Da möchte er auf dem grünen Pfühl der Wieſen am dahingleitenden Fluſſe ruhen, ſein Liebling Hyllas würde ihm dann vorſingen, ſein Mädchen Julia ihm Blumen pflücken und Kränze winden und — anderes gewähren. Er unterbricht den ſchönen Traum mit der Aufforderung an Cuspinian: „Wenn du klug biſt, laſſe Wein kommen, ergreife die Zither, lade Mädchen ein, ſolange es geht, denn der ſchwarze Tod ſtürmt herbei mit geflügelten Schritten.“ Aehnliches räth er auch dem Humaniſten Gabriel Gutrather aus Salzburg (Eubolius), der Rector der Univerſität und ſpäter wiener Bürgermeiſter geworden, in einem Zuſammenhange, der für das ſehr ungebundene Leben des damaligen Licentiatus Juris zeugt. Dem Johannes Burger aus Eggenburg, einem jener Humaniſten Wiens, die zu den erſten Bahnbrechern der neuen Richtung gehörten, der über Salluſt las, Celtis als Rector der Univerſität zum Beſuche Wiens aufforderte, ſchildert er ſeine Liebesſchmerzen in wahrhaft lebendiger Darſtellung, die an Petrarca's „Rime“ erinnert. Auch dem Pierius Graccus (recte Johann Krachenberger), dem beſondern Gönner Celtis' und eifrigem Freunde der deutſchen Sprache, klagt er ſein Leid, vor allem fehlt es ihm, um Erfolge zu erzielen, an der Kenntniß der deutſchen Sprache, — ſein Liebchen verſtünde nicht die Sprache Latiums — und an Geld, ſo bleibe ihm nichts übrig als zu ſterben, man werde dann ſagen, das ſchöne Wien hat den Sohn Venedigs hinweggerafft. Klagt er hier offenbar um ein Mädchen, deſſen Liebe er nicht gewinnen kann, ſo ſpricht er ſeinen nächſten Genoſſen gegenüber ſich auch über Knaben aus, für die er ſchwärmt, ein blonder Hyllas und ein ſchwarzhaariger Jolas werden da genannt; den letztern hat er ſogar in einem eigenen Gedicht ſeinem Lehrer Pomponio Laeto gerühmt. Auch dem Pfarrer von Sanct-Michael, dem Profeſſor Wolfgang Sack, der wegen erasmiſcher Ausfälle gegen die Bettelorden aus der theologiſchen Facultät geſtoßen ward, ſchrieb Balbi in ſehr anziehender, an die alten Wächterlieder erinnernden Weiſe von der Freude, die ihm ſein Hyllas bereitet. Einem jungen ungariſchen Poeten, dem er eine große Zukunft

Digitized by Google

propheʒeit, Michael Vitez, ſchildert er in trunkener Begeiſterung ſein Glück, bliebe dies ewig ſo, würde er den ſtolzen Palaſt des Zeus verſchmähen. Man ſtaunt vielleicht über dieſe Aeußerungen; der Dichter ſelbſt vertheidigt ſich ähnlich wie der ſogenannte Anakreon in ſeinem berühmten „ἡ γῆ μέλαινα πίνει“ mit dem Nachweiſe, daß alles in der Natur liebe, man möge es deshalb einmal aufgeben, ſich über ſeine Liebesverhältniſſe zu wundern. Hier iſt nicht der Ort, moraliſche Urtheile zu fällen, wichtiger erſcheint mir der Nachweis, daß die humaniſtiſchen Lebensauffaſſungen und Lebensgewohnheiten, wie ſie das Italien Filelfo's und der Spätern ſah, auch in unſern Landen Eingang fanden. Doch mag man über Balbi's Sittlichkeit vom mittelalterlichen oder antiken Standpunkte urtheilen, über das höchſt bedeutende Talent des Mannes kann es nur eine Anſicht geben, darüber waren Männer wie Celtis und Erasmus völlig einig. Balbi begrüßte Celtis in einem ſehr warmen Schreiben und ſprach ſeine Freude aus, ihn ſehen zu können, er möge bei ihnen in Wien bleiben, natürlich wurde er dann auch Mitglied der Donaugeſellſchaft. Erasmus aber rühmt das Talent des italieniſchen Dichters mit großer Wärme, er kann nicht genug ausdrücken, wie ſehr ihm die Gedichte desſelben gefielen; ſo ausgezeichnete, ſo ſcharf ausgeprägte Erinnerungen antiker Wohlredenheit gäben ſie, er hält ihn für werth, daß alle Freunde der ſchönen Wiſſenſchaften ihn lieben, pflegen und leſen.

Trotz alledem fand Balbi in Wien keinen fruchtbaren Boden und gewiß weniger Freunde als Widerſacher, der Celtis'ſche Kreis ſcheint ihm freilich wohlgeſinnt geweſen zu ſein, Georg Tannſtetter (Collimitius), der bedeutende Mathematiker und Aſtrolog, der Gründer der Mathematiſch-Aſtronomiſchen Societät zu Wien widmete ihm ſeine Ausgabe des „Albertus Magnus de natura locorum“ (Wien 1514) aus Dank für ſeine freundliche Aufnahme in Peſt, wo Balbi ihn auf Albertus Magnus aufmerkſam machte.

Der Hauptgrund für den Mangel einer tiefer gehenden Einwirkung Balbi's auf die wiener Literaturverhältniſſe lag aber in ſeiner Nationalität, gegen die ſich in Wien ſchon eine

Digitized by Google

ſtattliche Partei zuſammengeſchloſſen hatte, ſowie in ſeinen freiern Anſchauungen und ſtark ſinnlichen Lebensäußerungen. Dazu kamen die große Selbſtſchätzung und bedeutenden Forderungen, die Balbi machte, um den Boden unter ihm zu erſchüttern. Was er nicht leiſten konnte, gelang einem in manchem Sinne geiſtesverwandten deutſchen Mann, gelang Konrad Celtis. Aber auch dieſer drang nicht ſo mit einem mal hindurch. Perger, der den Italienern beſondere Sympathien entgegenbrachte, hielt den Wünſchen Krachenberger's und Fuchsmagen's gegenüber an der Berufung italieniſcher Humaniſten feſt. Zornig greift ihn Celtis in einem Epigramm (III, 3) deshalb an, daß er nur die Italiener für Dichter hält und den Deutſchen gelehrte Werke abſpricht. Deshalb ſtraft ihn Celtis auch damit, daß er ſeine deutſche Abſtammung beſtreitet, „perfide Slaue" ſpricht er ihn an.—Giovanni Riccuzzi Vellini aus Camerino und Angelo Cospi aus Bologna wurden damals für wiener Lehrkanzeln in Ausſicht genommen. Beide waren gediegene Gelehrte und wirkten in mehr als einer Hinſicht ſehr dankenswerth. Der Minorit Camers — denn ſo nannte man Riccuzzi — war Profeſſor zu Padua geweſen und hatte ſchon dort eine außerordentliche Kenntniß des Griechiſchen erwieſen, 1499 erſcheint er als Dekan der theologiſchen Facultät zu Wien, er las über ſcholaſtiſche Philoſophie, Ariſtoteles und Auguſtinus („De civitate dei"). Viel bedeutender aber war ſeine eminente Rührigkeit als Herausgeber von Claſſikern, beſonders der lateiniſchen. Die „Tabula" des Cebes (1498, lateiniſch) ſammt Commentar, Claudianus (1510), Florus (1511), Juſtinus (1517), Sextus Rufus (1518), Eutropius (1536) wurden von ihm herausgegeben, dazu kamen die Edition von Pomponius Mela (1512) und die „Periegesis" des Dionyſius (lateiniſche Ueberſetzung des Priscian), der treffliche Index zur „Naturalis historia" des Plinius (1514) und zum Solinus (1520) und andere. Es verdient bemerkt zu werden, daß Camers, wie ſo mancher ſeiner Landsleute, die Fähigkeit beſaß, Griechiſch zu ſchreiben, wie er denn mit Marcus Muſurus in deſſen Mutterſprache eine reiche Correſpondenz geführt hat. (Vgl. Präf. zum Solinus.)

Camers vertrug ſich mit den deutſchen Humaniſten ganz gut, lange Zeit war er beſonders mit Watt befreundet, mit dem er aber ſpäter wie mit Cuspinian wegen rivaliſirender Ausgaben von Claſſikern in eine Polemik gerieth, in der er ſich übrigens mit Beſtimmtheit gegen den Vorwurf verwahrte, ein Deutſchenhaſſer zu ſein.

An J. A. Braſſicanus ſchreibt Camers (1522, Auguſt) nebſt vielen Freundſchaftsverſicherungen über ſeine literariſchen Arbeiten, er habe beinahe 6000 Zeilen Sprichwörter geſammelt und wolle ſie herausgeben, die „Collectanea“ der Dichter ſeien ſchon abgeſchloſſen, ſie hätten mehr Mühe gemacht, als Talent und Gelehrſamkeit erfordert, er hoffe aber, daß ſie den Studirenden viel nützen würden. An ſeine Commentare zu Auguſtin's „De civitate dei“ habe er noch nicht die letzte Hand gelegt, theils ſei die Peſt, theils die ungeheuere Arbeit an den Proverbien ein Hinderniß geweſen. Er ſpricht ſodann von der „Apologia“, die ihr gemeinſamer Freund Vadian gegen ihn geſchrieben, und erzählt, wie er fünf Tage lang an der „Antilogia“ gearbeitet. Man merkt die Aufregung, in der ſich der Schreiber befindet, der voll Neugierde iſt, zu erfahren, wie Vadian jetzt gegen ihn geſinnt ſei. Im Jahre 1523 bemühte ſich Camers, wie aus einem Briefe (vom 27. Auguſt) hervorgeht, ernſtlich bei Cuspinian, dem noch jungen Braſſican eine Profeſſur für Latein, Griechiſch oder Jurisprudenz an der wiener Hochſchule zu verſchaffen, lobt ſeine Ueberſetzung des Hymnus an Apollo und gibt ihm den Rath, Cuspinian ſeinen Wunſch brieflich zu eröffnen und dabei etwas Griechiſches beizugeben, weil jener daran ſo viel Wohlgefallen habe. Schon am 28. September deſſelben Jahres ſchreibt Camers wieder, er habe ſich ſeiner Sache ſo angenommen, als ob ſie ſeine eigene wäre, und ſich bei J. Faber für ihn verwendet, der ihn kenne, über ihn das beſte Urtheil fälle und hoffe, durch Cuspinian's Vermittelung ihm eine Stellung zu verſchaffen. Auch ſonſt gab ſich Camers Mühe, für ihn beim Biſchofe von Neuſtadt und andern einzuſtehen, meldete ihm, daß Urſinus Velius von anderer Seite für die vacante Profeſſur der Rhetorik vorgeſchlagen ſei, aber nichts von ſich hören

Digitized by Google

laſſe; die Profeſſur, die nicht länger unbeſetzt bleiben könne, trage freilich nur 70 Goldgulden, werde aber gewiß beſſer dotirt werden, einſtweilen ſuppliren Cospus und Gundelius. Bekanntlich ſetzte Camers die Berufung des Braſſicanus auch durch.

In allen ſeinen Briefen zeigt ſich Camers als einen freundlichen, liebenswürdigen Correſpondenten voll Eifer für die Claſſiker, voll Intereſſe und Wärme für ſeine Freunde. Er liebt es, moraliſche Bemerkungen einfließen zu laſſen, wie er denn auch unter anderm in der Dedicationsepiſtel zum Florus der Geſchichte eine lehrhafte ethiſche Tendenz zuweiſt. „Schön iſt es“, ſagt er, „nach anderer Fehler ſein Leben zu verbeſſern, glücklich der, welcher durch fremde Gefahr vorſichtig geworden. Dies aber leiſte die Geſchichtskunde. Sie nähert die Jüngern den Aeltern durch Klugheit, den Aeltern verſchafft ſie Wahrnehmungen der Dinge, die Regenten treibt ſie durch die Ausſicht auf ewigen Ruhm und unſterblichen Namen zu ausgezeichneten Thaten, die Soldaten macht ſie des Lobes halber bereiter, für das Vaterland Gefahren zu beſtehen, die Schlechten ſchrecke ſie durch die Furcht vor der Strafe von Schlechtigkeiten zurück.“ Camers war ein ſehr flinker Arbeiter, in einem Monat beendete er den Commentar zu Florus, in mehrern Monaten den Solinus; ſtets war er mit Entwürfen beſchäftigt. Auf den Wunſch der Studirenden edirte er 1518 auch den Sextus Rufus nach Drucken und Handſchriften, wol klagte er über den corrupten Text, in dem ſo viele Fehler ſeien als Schriftzeichen, und meinte, er hätte eher ein neues Werk ſchreiben, als dieſes in eine ordentliche Form bringen können, das Geographiſche mache das Werk ſo dunkel. Camers gab zu der Ausgabe Randbemerkungen, in denen er Kritik verſuchte, er findet, daß Rufus den Ammianus Marcellinus nachgeahmt.

Ein vielbelobtes Werk iſt ſeine Ausgabe des Solinus, die er Stephan Verböczy widmete und mit einem Leben des Solinus verſah; er ſpricht über das Verhältniß des Autors zu Plinius' „Naturalis historia“ und zeigt eingehend, was ſich in ſeinem Werke finde, das bei Plinius nicht vorkomme, ſpricht über die Art der



Digitized by Google

Editionen, ſeine Vorgänger, die benutzten Hülfsmittel, wobei er bemerkt, daß weder Hermolaus noch Beroaldus dem verderbten Texte entſcheidend aufgeholfen. Der Commentar, von dem Camers mit gewohnter Phraſe behauptet, daß er ihn in wenigen Tagen geſchrieben, iſt von großer Ausführlichkeit und Genauigkeit. Doch hatte Camers keinen kritiſchen Apparat zur Verfügung und ſo wurde ſein Text — nach unſern Anforderungen an einen ſolchen wenigſtens — ein hybrider. In ſeltſamer Weiſe kam er dazu, den Cebes, deſſen „Πίναξ“ er dem Biſchof von Neuſtadt widmete, zu commentiren. Bei einem gezwungenen Aufenthalte in Wien ſuchte er nach einer Beſchäftigung mit einem Autor, da traf es ſich, daß ihm ein vagirender Student, der ihn anbettelte, einen Cebes, den er in ſeinem Ränzchen mit ſich trug, verkaufte. In drei Stunden hatte er ihn geleſen, und um nur nicht müßig zu gehen, ſetzte er ſich an die Arbeit, einen Commentar zu dem netten „Gemälde“ zu geben. Der Commentar iſt wieder überaus reichlich, die Widmungsſchrift enthält ſehr treffende Bemerkungen, die uns das anmuthende Bild des Mannes noch liebenswürdiger erſcheinen laſſen. Er eifert mit ſichtlicher Erregung gegen jene Verächtlichen, welche die Forſchungen anderer wörtlich abſchreiben, natürlich mit Unterdrückung der Namen jener Forſcher, und ſich mehr als unverſchämt aus geſtohlenen Floskeln einen blumenreichen, oder beſſer geſagt, vielgeſtohlenen Kranz winden.

Camers benutzte die Ueberſetzung des Lodovico Odaxio aus Padua, des Lehrers Guido Herzogs von Urbino, den er ſelbſt als Jüngling zu Urbino kennen lernte und mit dem er, wie er ſagt, ſoweit es ſeine Jugend zuließ, häufig verkehrte. Am Schluſſe der Ausgabe folgt ein Gedicht von J. A. Braſſicanus und ein Verzeichniß der Proverbia, die ſich im Commentar vorfinden.

Camers' Polemik iſt Watt gegenüber, mit dem er zehn Jahre in Freundſchaft lebte, wie er ſie auf dem Titelblatte nennt, eine freundſchaftliche. Er kann es, wie er in der „Antilogia“ (Wien 1522) ſagt, gar nicht glauben, daß ſein einſtiger Schüler ſich gegen ihn erklärt habe. Als er mit eigenen Augen ſah, wie

Digitized by Google

Vadian in den Marginalnoten über ihn ſpreche, habe er überlegt, ob er in ſeinem Alter dem jungen, aus kriegeriſchem Lande ſtammenden Manne erwidern ſolle, es ſchien ihm, als ob ihm der Kampf nicht mehr zieme, ſtatt des Banners paſſe für ihn weißes Papier, ſtatt des Führers die einfache Wahrheit, ſtatt des Schildes das Tintenfaß, ſtatt der Lanze die Rohrfeder. Gezwungen nur, weil ſo viele rufen: Vadian hat über den Camers obgeſiegt, ſchreite er in den literariſchen Kampf, der aber kein Plünderungszug, ſondern ein Vertheidigungskrieg ſei. Mit einem kleinen Briefchen hätte freilich das alles vermieden werden können, allerdings ſage man, Vadian habe geglaubt, Camers ſei ſchon geſtorben. Fein erwidert er darauf, er könne nicht glauben, daß Watt die Weiſe der Schmähſüchtigen ſich angewöhnt habe, einen Schattenkampf mit Todten zu kämpfen. Wenn Watt ihn lobe, ſo wolle er dieſe Lobſprüche als ſein ehemaliger Lehrer in demſelben Sinne aufnehmen, in dem er, der Schüler, ſie geſchrieben habe. Ueberhaupt wolle er die nothgedrungene Vertheidigung in der Art führen, daß man entnehme, daß es ohne Grimm geſchehe, dann fügt er mit bei Gelehrten ſeltener Großherzigkeit hinzu, die alte Freundſchaft könne doch wegen einer an ſich kleinlichen literariſchen Angelegenheit nicht aufhören, denn wie der Weiſe ſagt, liebt der zu jeder Zeit, der ein wahrer Freund iſt. Was Camers in der Vorrede zur „Antilogia“ verſpricht, hält er auch, ſchon der Titel rühmt Vadian als einen um die Wiſſenſchaften höchſt Verdienten. Die Entgegnung (auf funfzehn Punkte) iſt höchſt anſtändig, das Sachliche allerdings häufig von freundlichen Worten unterbrochen, die zur Verſöhnung einladen. Schließlich bedauert er, an die Controverſe ſo viel Zeit verloren zu haben; verloren dünkt ihm nämlich alle Zeit, die nicht zur Verbeſſerung des Lebenswandels oder zur Belehrung des Geiſtes verwandt wird.

Aber der ſanfte Mann kann auch heftig werden, wie er in ſeiner Schrift gegen Eucharius Cervicornus in Köln zeigt. Freilich war dieſe Heftigkeit auch völlig berechtigt. Seine treffliche Arbeit, das Lexicon zu Plinius wurde in der fünften (kölner) Ausgabe ganz verſtümmelt und mit Bemerkungen herausgegeben,



Digitized by Google

die ihn tief kränken mußten. So elend war dieſe Edition, daß er ſie kaum mehr erkannte; mit Recht klagte er über ſchändlichen Undank, der ihm ſo ſeine Mühen lohne. Freilich ſolle man ſich durch ſchlechte Leute nicht von ſeinen gewohnten Beſchäftigungen abſchrecken laſſen, dennoch hemme dieſe Schändlichkeit ſeinen Plan, die Collectanea zu den lateiniſchen Dichtern, die er ſeit Jahren ſammle, und die nach dem Urtheile vieler Gelehrten den Studirenden ſehr nützlich ſein würden, herauszugeben. Dem Eucharius Cervicornus, deſſen Name bis an die Schlußverſe oft zu Wortſpielen verwendet wird, gibt Camers ſchuld, in unerhörter Weiſe ſeinen Index zum Plinius verſtümmelt zu haben. Wenn dabei Joh. Cäſarius ins Treffen geführt wird, ſo kann er dies nur als Misbrauch des berühmten Mannes anſehen, dem er mit höchſter Achtung ergeben iſt und deſſen Lob er wärmſtens ausſpricht; auch ihn habe wol Eucharius ähnlich mishandelt. Ueber ſeine eigenen Arbeiten äußert ſich Camers ganz beſcheiden, aber die Thatſachen, die er anführt, zeigen den gewaltigen Umfang ſeiner Studien. Er fertigte Regiſter zur Bibel, zu allen Kirchenvätern, den Digeſten, zu Plato, Plotin und den Platonikern, Ariſtoteles, Theophraſt, Themiſtius, den übrigen Peripatetikern, Cicero und Quintilian, wie zu vielen griechiſchen und allen römiſchen Hiſtorikern, ſowie zu Seneca, Gellius, Vitruv, Frontinus, Vegetius und vielen andern, zum Hieronymus vorerſt zum eigenen Gebrauche, wohl aber auch mit der Abſicht, wißbegierigen Studirenden zu nützen. Kein Wunder, daß ihm dann eine ſo ſinguläre Beleſenheit zu Gebote ſtand, wie wenigen, kein Wunder, daß er mit größter Akribie bei ſeinen Noten vorgehen konnte. Dieſe Akribie tadelte Eucharius als allzugroße Genauigkeit und kränkte damit den fleißigen Gelehrten aufs äußerſte. Camers berief ſich auf das Urtheil von franzöſiſchen, ſpaniſchen, deutſchen und italieniſchen Gelehrten, — „von denen letztere in dieſen Studien billig die erſten ſind“, — das für ihn durchweg ehrenvoll ſei. Er ſage das nicht, um ſich mit dieſen Kleinigkeiten (minutiis) zu brüſten, aber wahrlich, nie hätte er ſeinen Plinusindex herausgegeben, wenn er gewußt hätte, daß er in die Hände von kölner Buch-

Digitized by Google

druckern fallen werde. Denn durch lange Erfahrung wiſſe er, daß man dort höchſt fehlerhafte Drucke liefere. Offenherzig geſteht er ein, daß es an Verſtößen in ſeinen Werken nicht fehlen werde, denn was ſei vollkommen? aber gewiß hätte ſich Eucharius durch Verbeſſerung dieſer Fehler ein größeres Verdienſt erworben, als durch dieſe elende Ausgabe, die niemand kaufen, der unglückliche Käufer aber ins Waſſer werfen möge, denn nur der könne an dieſem ſchamloſen, aus ſchmuziger Habſucht entſtandenen Betrug etwas finden, der das Buch nie geſehen oder einer, der ſo dumm ſei wie ein Stein. Und wie ſchlecht ſei die Ausgabe, welch ein Druck, daß man Luchsaugen haben müſſe, um das leſen zu können! Aber noch bei Lebzeiten werde man durch ſolche Frechheit geſchädigt, das dürfe man ſich doch nicht bieten laſſen, denn wenn dieſes kecke Geſchlecht nicht bei zeiten in ſeine Schranken gewieſen werde, würden ſie die um die Wiſſenſchaft Verdienten über alles Maß angreifen. Man müſſe ſich da an den Spruch des Mimographen halten: „Veterem ferendo iniuriam invitas nouam.“

Wenn Camers vornehmlich die lateiniſchen Claſſiker zu ſeiner Domäne machte, bemühte ſich Angelo Cospi — er ſtammte aus einem Patriciergeſchlechte Bolognas — das Griechiſche emporzubringen, er wirkte in dieſer Hinſicht als Ueberſetzer des XVI. und XVIII. Buches Diodor's und eines Abſchnittes aus Zonaras. Zu der erſtern Verſion veranlaßte ihn niemand Geringerer als Kaiſer Maximilian. Er überſetzte auch den „Libellus Palaephati Graeci“ nach der Ausgabe des Aldus von 1505. Das Schriftchen des alten Grammatikers, übrigens eine „planloſe Zuſammenſtellung von allerhand allegoriſch-hiſtoriſcher Mythendeutung“, wurde erſt 1515 durch Phaſianinus latiniſirt, Cospus iſt alſo der erſte Ueberſetzer. In der dem Biſchof von Wien gewidmeten Vorrede ſpricht er für die Poeten, denen er einen lehrhaften Zweck zuſchreibt, trotzdem ſie Plato aus ſeinem Staate entfernen will. Wer aber in das Allerheiligſte der Dichter eindringe, findet freilich, daß ſie alles das ſchon wüßten, was die Philoſophen auf großen Umwegen und mit vielem Aufwand von Worten ſagten. Gewiß eine feine,

Digitized by Google

treffende Bemerkung! „Der tiefe Sinn der Poeten“, fährt Coſpi fort, „erſchließt ſich aber doch nur denen, die es ſich redliche Mühe und ſauern Schweiß koſten laſſen, in denſelben zu dringen. Des Palaephatus Werkchen habe ihm nun einen ſolchen Eindruck gemacht, daß er es lateiniſchen Ohren nicht habe entziehen wollen, und ſo widme er es ihm, für den es, was den Stoff und das Maßvolle der Sprache anlange, wol nicht unwürdig ſei. Unter günſtigen Umſtänden hoffe er noch anderes herauszugeben, der Biſchof möge ihm dazu Muth machen. Camers ſtellte zu dem Büchlein ſeines Landsmannes epigrammatiſche Gaben bei, ebenſo Vadian, der ſich ziemlich grob gegen die Verächter der Dichter (in Idiotam Vatum detractorem) ausläßt. Im Jahre 1516 erſchien Coſpi's Diodor zu Wien (bei Hieronymus Victor) auf dem ſchönſten Papier in ſplendider Ausſtattung; in der Vorrede preiſt Coſpi Kaiſer Maximilian und vergleicht ihn mit den zwei macedoniſchen Königen. Die Ueberſetzung wurde wie die des Zonaras nach einer ofener Handſchrift veranſtaltet, die ihm Cuſpinian verſchaffte. Coſpi ſtarb 1516; Vadian wurde ſein Nachfolger.

Ein dritter Italiener, Richardus Bartholinus aus Perugia gebürtig, wo er auch Domherr war, befand ſich im Dienſte des bekannten Cardinals und Erzbiſchofs von Salzburg, Matthäus Lang. Er ſchrieb ein „Odeporicon“ (gedruckt bei H. Victor in Wien, 1515), das für die Kenntniß der wiener Humaniſten einiges bietet. Das ſeltene Schriftchen iſt ein poetiſches Itinerar, das über unſere Gegenden anmuthig und mit plaſtiſcher Beſtimmtheit unterrichtet, Beſchreibungen von Regensburg, Paſſau, Linz, Pettau (von dem er die Etymologie ab avium volata gibt) wie des fortwährenden Regens in Salzburg und Reichenhall wechſeln mit ſehr artigen Schilderungen der Scylla und Charybdis unſerer Donau: des Greiner Strudels u. a. Wir machen die Reiſe mit Behagen mit, gleiten an Stein und Kloſterneuburg vorbei und werden in der Art eines lateiniſchen Baedeker über die hiſtoriſchen und andern Curioſa der Orte angenehm unterhalten. So ſind wir endlich in Wien, deſſen Stephansthurm geſchildert wird, der Italiener erzählt ſodann

die Fabeln vom Neidhart, und wie er in der ganzen Welt niemals ſo viele freche käufliche Dirnen geſehen wie in Wien. Aergerlich berichtet er auch ein perſönliches Erlebniß, er habe in Wien eine Rede gehalten, die Zuhörer aber hätten ſich dabei ſo lärmend benommen, daß er nur den dritten Theil hätte ſprechen können, dann mußte er aufhören. Der Univerſität, die den Kaiſer durch Vadian begrüßen ließ, gedenkt er freilich in ehrenden Ausdrücken. Sein Idyllion auf die Vermählung der Erzherzogin Marie hatte zu ſeinem Grimme keine klingenden Folgen, was ihn zu einem heftigen Ausfalle gegen die „Erdengötter" erregt.

Aber ſo werthvoll nun auch die Leiſtungen dieſer Italiener für die Wiſſenſchaft waren, ſo lag doch nahe, daß die deutſchen Humaniſten den rührigſten Geiſt und bedeutendſten Vertreter der neuen Richtung, ihren Freund Celtis in Wien wünſchten. Abgeſehen von der eminenten Bedeutung des Mannes, welche auch die Italiener neidlos anerkannten, waren es nationale Rückſichten und die gewiß verſtändige Erwägung, daß ein deutſcher Lehrer den Studirenden näher treten könne, welche hier endlich den Ausſchlag gaben und zur Berufung des ingolſtädter Profeſſors führten. In erſter Linie waren es aber da wol die Bemühungen Fuchsmagen's, Krachenberger's und Cuspinian's, die Celtis Bahn brachen. Es iſt nur billig, wenn dieſer wackern Männer hier in wenigen Worten gedacht wird.

Johannes Fuchsmagen (Fusemannus), aus Hall in Tirol gebürtig, ſtudirte in Freiburg, wo er ſpäter Vorleſungen über Philoſophie und Kanoniſches Recht hielt, wurde Rath Friedrich's III. und Maximilian's und tritt als ſolcher in die mannichfachſten Beziehungen zu vielen auch italieniſchen Humaniſten. Im Auftrage des Kaiſers arbeitet er an einer chronologiſchen Zuſammenſtellung der Kaiſer, ſammelt römiſche Münzen und wird einer der Principes der ſpäter zu erwähnenden Donaugeſellſchaft. Mit Krachenberger vereint tritt er gegen Perger für die deutſchen Profeſſoren ein. Er war auch ſelbſt literariſch thätig und ſchrieb unter anderm eine Geſchichte Burgunds unter Karl dem Kühnen und einen Kaiſerkatalog. Eine Handſchrift,

Conſularverzeichniſſe enthaltend, überließ er ſeinem Freunde Cuspinian zur Herausgabe. Mit Celtis ſtand er natürlich im lebhafteſten Verkehr, doch finden ſich leider nur zwei Briefe in der berühmten Sammlung des Cod. 3448 der wiener Hofbibliothek; beide zeigen die nahen Beziehungen: Fuchsmagen verſpricht, der Herold des Celtis ſein zu wollen, und bittet ihn um ein Epitaph für einen dahingeſchiedenen Jüngling, was der fränkiſche Poet auch that. Fuchsmagen's Stil iſt etwas geſchraubt, er ſucht ſich möglichſt claſſiſch zu präſentiren. In neueſter Zeit hat man ſein Andenken wieder zu Ehren gebracht und manche intereſſante Beweiſe für ſeine reiche Thätigkeit und ſein hohes Anſehen veröffentlicht.

Mit Fuchsmagen eng verbündet war Pierius Gracchus, der mit ſeinem bürgerlichen Namen Joh. Krachenberger hieß und aus Paſſau ſtammte. Den claſſiſchen Namen hatte ihm Reuchlin ſtatt jenes barbariſchen gegeben. Schon unter Friedrich III. angeſtellt, wurde er unter Maximilian Protonotar. Als Präſident der Donaugeſellſchaft in den Jahren 1499—1508 that er alles, um dieſe Körperſchaft zu ſtets größerer Blüte zu bringen. Es verſteht ſich, daß der brave und rührige Mann der Mäcenas der Gelehrten war, von dieſen auf jede Weiſe gefeiert, beſonders von Vadian. Mit Celtis war er ſeit langem (wol ſeit 1492) in Verbindung, er nennt ihn ſeinen Lehrer, an ihn erinnere er ſich ſtets, ſchreibt er in einem Briefe jener wiener Sammlung, das Geſpräch über ihn ſei für ihn eine Quelle des Genuſſes, das könnten Reuchlin und Peter Bonomus bezeugen; er werde ſeine Freundſchaft nicht nur durch Worte, ſondern auch durch Thaten beweiſen. Und wahrlich, Krachenberger hat dies Wort eingelöſt, das zeigen die in der Handſchrift vorhandenen Briefe, aus denen ſich eine ganze Berufungsgeſchichte darſtellen läßt. Wie innig ſein Verhältniß zu Celtis aber auch war, läßt ſich unter anderm daraus erſehen, daß er ſofort nach Friedrich's III. Tode (1493) unter dem Eindrucke der höchſten Beſtürzung und des erſten Schreckens an Celtis ſchreibt, und in dem nachts geſchriebenen Briefe verſpricht, in Wien für deſſen Wünſche ſorgen zu wollen, nur ſolle der

Digitized by Google

Poet ſein Talent für ein Epitaph anſtrengen, ſodaß es eines ſolchen (!) Fürſten würdig ſei oder der Fürſt ſeines Talentes würdig geweſen zu ſein erſcheine. Andere Notizen ſprechen von gemeinſamen Freunden, literariſchen Erſcheinungen, dem köſtlichen lusus in sacerdotes et Germanorum principum barbariem, den Celtis gedichtet, über des Krachenberger Spottlied gegen den geſchwätzigen Frieſen (Jakob Canter iſt damit gemeint), dazwiſchendurch kommt aber immer als Grundmelodie in allerlei Variationen die Berufungsangelegenheit zur Sprache. So oft man der erwünſchten Realiſirung ganz nahe iſt, ſtets ſtellt ſich wieder ein Hinderniß ein, einmal wird Franciscus Bonomus des Celtis Rival, dann ließ Balbi's Reſignation abermals einiges hoffen, Balbi ſchrieb auch ſelbſt, aber Celtis zog wieder die Sache in die Länge. Immer jedoch tröſtet und beruhigt Krachenberger, für alles werde man Wege finden; er thue ſeiner bei allen gelehrten Männern rühmende Erwähnung. Später ſchreibt er in ſeinem gemüthlichen Deutſch über ſich, er „lebe nicht an er und nutz aber mit ſolchen beſchwerden und purden das Ich ſelbſt nicht wol waiß, ob Ich gelebt hab bisher doch hof ich Got und die Geſchicht werden die Hendel alſo fugen, das Ich etwo frey ſeyn und was ſy mit mue und arbeit erobert hab in frewden und frolicher converſation mit Ew. und andern unſern freunden genießen werde". Er hofft aber auch darauf, daß er in kurzem ihn ſelbſt bei ſich ſehen werde. Krachenberger war übrigens von bedeutendem Einfluß und ſtand unter den wiener Gelehrten in hohem Anſehen; Vadian feiert ihn unter anderm in ſeiner ihm gewidmeten Ekloge Fauſtus (1517), Celtis aber nennt ihn ſeinen Herold bei Hofe.

Der Dritte im Bunde war Johannes Spießheymer oder, wie er ſtets genannt wird, Cuspinian. Im Jahre 1473 wurde er zu Schweinfurt in Franken geboren; Celtis war alſo ſein Landsmann. Ein gewiſſes Polyhiſtorenthum — er trieb wie Vadian neben den humaniſtiſchen Studien Philoſophie und Medicin — verband ſich bei ihm mit glänzender Eloquenz und Adminiſtrationstalent. Dazu kam die perſönliche Umgänglichkeit und diplomatiſche Geſchicklichkeit des ſpäter als Geſandter ver-

wendeten Mannes, der bald alle Ehren der Univerſität auf ſeinen Scheitel häufte.

War es bei einem ſolchen Triumvirate mächtiger und angeſehener Freunde wol ein Wunder, wenn die Ausſichten des Celtis immer beſſere wurden? Endlich wurde auch der Kaiſer ganz für den Plan gewonnen, es charakteriſirt ihn gut, daß er ein Schreiben an den Poeten richtet, in dem er dieſen nach Wien einladet, das Celtis 1497 wirklich betrat. Nun waren die Wünſche der Humaniſten erfüllt, wie lange hatten z. B. der erſte Arzt Wiens, Johannes Tichtel, der Mediciner Steber (Scipio), Burger und andere Celtis' dauernden Aufenthalt in Wien erſehnt! Die einſchneidendſte Reform, eine ſiegreiche Geiſtesſchlacht, die endliche Niederwerfung der Scholaſtik wurden mit brennender Ungeduld erwartet. In der That, der wohlmeinende, aber an ſeinen vielleicht mühſam genug und in hartem Kampfe errungenen Anſchauungen feſthaltende Perger, der unter anderm alle in deutſcher Sprache geſchriebenen Hülfsmittel verbot, mußte abtreten, das Doctrinale Alexandri mußte den Regulae Sipontinae weichen, die ſcholaſtiſche Lehrmethode wurde in den ſchärfſten Ausdrücken officiell verworfen, den Realien Eingang verſchafft.

Daß Cuspinian aber, Celtis' Landsmann, an Perger's Stelle trat, bedeutete für jeden, der die Verhältniſſe und die Perſönlichkeit der beiden Genannten kannte, die Herrſchaft des genial und vielſeitig angelegten Poeten. Und ſo trat denn Konrad Celtis auf den Plan, um für viele Jahre (1497—1508) in Wien die eigentliche Seele all der gelehrten Studien und Arbeiten zu werden. Wer den Zauber ſeiner oft geſchilderten Wirkſamkeit verſtehen lernen will, wird dies am beſten aus der Lektüre ſeiner Werke und der Urtheile der Zeitgenoſſen erlangen. Eine durchaus friſche und geiſtig ſtets junge Perſönlichkeit trat den Studenten entgegen, kein kümmerlicher Collegienheftleſer, kein wunderlicher, unbeabſichtigte Heiterkeit erregender Kathederprofeſſor, kein hochmüthiger Griesgram, der tagtäglich der Jugend die große Kluft, die zwiſchen ihm und ihr beſtehe, vordemonſtrirte — nein, eine Natur, keck und kühn,

Digitized by Google

originell, ja vielfach burſchikos, voll Schwung und Leben, und dabei von echter Begeiſterung für **die** Ideale, welche ſtets bei der unverdorbenen Jugend einen Nachhall und tiefgehende Erregung erzeugen werden. Was war es denn anders, was der ſchmächtige Mann mit den großen leuchtenden Augen predigte, als die niemals alternde Theilnahme an den herrlichſten Gütern, was war es anders, als die hingebende Liebe zum Vaterlande, zur Wiſſenſchaft und Poeſie, die er ſelbſt an ſeinem Beiſpiele erwies? Und wenn er Gedichte erklärte oder vorlas, in denen Liebe und Freundſchaft beſungen wurden, wie hätte er für dieſe ewig erwärmenden Gefühle bei der Jugend unempfindliche Hörer finden können! Ja ſelbſt vieles, das dem Feinfühligern in ſeinen Aeußerungen und Poemen lasciv oder derb erſcheint, bei der akademiſchen Jugend jener Tage fand es gerade deshalb oft Beifall. Lebte man ja doch im Zeitalter des heiligen Grobianus! Und konnte andernfalls **der** Lehrer gleichgültige Hörer finden, der den Staunenden einen Ausblick in ungeahnte Lichtregionen gewährte, der ſie in das Reich der wahren Wiſſenſchaft einführte?! Wer jemals die alten Lehrbücher, den Mammotrectus, den Alexander und andere durchblättert — oder wozu ſo weit abſchweifen — wer jemals im Gymnaſium das Unglück hatte, einen intereſſanten Schriftſteller durch einen geiſtloſen Grammaticus, durch einen Fanatiker der ſtatariſchen Lektüre ungenießbar gemacht zu ſehen, der wird die Wonne jener Studirenden begreifen, denen Celtis endlich ſtatt der unverſtändigen und unverſtandenen Spitzfindigkeiten der an der Form herumknuspernden Magiſter den herrlichen, entzückenden Inhalt der Claſſiker, denen er den befreienden Geiſt der Alten erſchloß.

Mit Recht hat man Celtis eine wahre Künſtlernatur genannt, er war es nicht blos in der rückhaltsloſen Hingabe an das Schöne, nicht blos in der Leichtigkeit der dichteriſchen Production und des ſtets bewieſenen Formenſinns, ſondern auch in der geſammten Lebensweiſe. Muſik und Natur zogen ihn an, mit Geld wußte er nicht umzugehen, die ſogenannte praktiſche Weltklugheit, durch die geiſtige Nullen oder Menſchen ohne Herz meiſt treffliche Carrièren machen, war ihm völlig fremd,

Digitized by Google

mit der ganzen Glut ſeines inhaltreichen Weſens erfaßte er es als ſeine Lebensaufgabe, der neuen Cultur zum Siege zu verhelfen, allem Dummen, Abgeſchmackten, Veralteten den Krieg zu erklären, und dies alles zu leiſten zu Ehren der hohen Wiſſenſchaft und des heißgeliebten deutſchen Vaterlandes. Man ſieht, die theoretiſche Beſchäftigung mit gelehrten Aufgaben geht bei ihm Hand in Hand mit praktiſcher Anwendung des dort Gelernten. In allen Disciplinen geht er auf die Alten als Lehrmeiſter zurück, aus ihren Büchern ſoll alle Wiſſenſchaft gelehrt werden. Geographie las er nach dem griechiſchen Texte des Ptolemäus und demonſtrirte dabei am Himmels- und Erdglobus. Er war es, der eigentlich die Lektüre von Tacitus' „Germania" an deutſchen Univerſitäten einbürgerte, wobei ſich patriotiſche Bemerkungen zweifellos anknüpfen ließen. Wie gern hätte er dem griechiſchen Unterrichte mehr aufgeholfen, doch ſcheiterten alle Bemühungen an der Seltenheit dieſer Kenntniß, wie an der kleinen Dotation der griechiſchen Lehrkanzel. Auch Aldus Manutius wußte da keinen Rath, wie er Celtis ſchreibt (1503). Der Pfarrer Johann Werner aus Wörth bei Nürnberg lehnte, ebenfalls in einem aus mehr als einer Hinſicht intereſſanten Schreiben, die Annahme einer griechiſchen Lehrkanzel ab. Seine Gründe ſind für die Lehrverhältniſſe charakteriſtiſch. Abgeſehen von der höchſt unſichern Stellung nimmt Werner aber auch daran Anſtoß, daß Griechiſch als eine „nicht ſo nöthige Sache" von den meiſten Studenten nicht gehört werde. Ja ſelbſt zu Rom habe der Lector des Griechiſchen meiſt nur ein bis zwei Schüler. Dazu komme die Unwiſſenheit der meiſten im Latein und die Armuth der deutſchen Studirenden, die ſich darauf einrichten müſſen, nur das Nöthigſte zu hören und bald fertig zu werden.

Um 1504 ſcheint ſich die Sachlage doch etwas geändert zu haben, wenigſtens ſchrieb Celtis an Pirkhaimer, es ſeien in Wien viele, die Griechiſch ſtudirten, eine Aeußerung, die der nürnberger Gelehrte dazu benutzt, um die Aufforderung Celtis', die Odyſſee zu überſetzen, abzulehnen. Gar ſo viele werden es aber doch nicht geweſen ſein; ſpärlich ſind die Angaben der Matrikel

Digitized by Google

über die Bilingues, die Männer, welche auch Griechiſch verſtänden. Trotz der Bemühungen des Celtis und der anerkannten Nothwendigkeit griechiſcher Kenntniſſe für die bibliſche Exegeſe konnte eine ſtändige griechiſche Profeſſur erſt 1523 errichtet werden. Ueberſetzungen freilich wurden in den erſten Decennien des 16. Jahrhunderts mehrere veranlaßt, von ihnen wird an anderer Stelle die Rede ſein. Daß Celtis aber eine griechiſche Grammatik geſchrieben habe, iſt ein in ſehr vielen Büchern ſtets wiederkehrender Irrthum, das Heftchen auf der wiener Hofbibliothek, das dafür gehalten wird, iſt, wie ſchon Aſchbach gezeigt, nichts anderes als eine Sammlung für den eigenen Gebrauch, ähnlich den Präparationen unſerer Gymnaſiaſten, weitaus nicht ſo wiſſenſchaftlich angelegt als die Reuchlin'ſchen, bisher handſchriftlich gebliebenen Arbeiten dieſer Art.

So viel ſich Celtis auch mühte, konnte er anfänglich doch keine durchgreifenden Erfolge erzielen; auch er wurde verſtimmt und gewann über die Wiener ein ähnliches Urtheil wie Enea Silvio. In einer Ode an Krachenberger wenigſtens nennt er ſie Haſſer der gelehrten Camönen, träg, nur unedeln Erwerb ſuchend, ein lärmendes, auf den Plätzen bummelndes Völklein, das nur dem Bauche huldigt und gierig iſt, anderer Beſitz zu gewinnen. Hier beſchäftige ſich niemand mit den Geſtirnen, welche Nullen aber ſeien dieſe Höflinge! Im heimiſchen Lande fühlte er ſich unverſtanden, man ziehe barbariſche Worte der Wohlredenheit vor, klagt er in einem andern Gedicht. Bei der Gutmüthigkeit der Wiener hatte ſein Tadel keine ſolche Folgen wie in Prag, wo ſich czechiſche Roheit gegen ihn erhob.

Beſſer wurde es, als in dem nach ſeinem Plane entworfenen Collegium poetarum et mathematicorum, das Aldus Manutius etwas voreilig zur Wiege eines zweiten Athen machte, im Jahre 1502 eine Art Seminar für humaniſtiſche Scholaren eröffnet wurde. Dieſe der Univerſität eingeordnete, aber von den officiellen Vertretern derſelben gewiſſermaßen ignorirte Anſtalt iſt in mehr als einer Hinſicht intereſſant, es beſteht in ihr eine Bifurcation nach Fächern, und zwar behandelt die eine, die untere Abtheilung, die realiſtiſchen: Mathematik, Aſtronomie,

Digitized by Google

Phyſik; die andere höhere, eigentlich humaniſtiſche: die Poetik und Rhetorik. Vorſtand des Ganzen war natürlich Celtis, der damit eine ziemlich freie Stellung von der Facultät und das Recht der Dichterkrönung erhielt, das er auch an ſeinem Collegen Johann Stabius von Steier, dem Vorſtand der mathematiſchen Abtheilung, ausübte. Vincenz Lang (V. Longinus Eleutherius), aus Freiſtadt in Schleſien, war ebenfalls im Collegium thätig, er iſt es auch, der in Rom Bücher und Manuſcripte für den wiener Humaniſtenkreis ankaufen ſollte. Schon früher (1501) ſtand er mit Aldus im Verkehr, der ihm und Celtis zwei Exemplare des Vergil und des Horaz, ſowie zwei Bände ſeiner Anfangsgründe der lateiniſchen Grammatik εἰς μνημόσυνον et pignus amoris ſendet. Er preiſt dabei des Celtis Eloquenz; deſſen Werke, erwidert er auf die beſcheidene Bemerkung, ſie ſeien in media barbarie geſchrieben, wären vielmehr ſo gelehrt und formvollendet, als ob ſie mitten in Rom entſtanden wären. Dabei freut er ſich der lateiniſchen und griechiſchen Werke des Celtis, die ihm dieſer verſprochen habe. Trotz alledem lag in der Zwiſchenſtellung, welche die neue Schöpfung einnahm, die Urſache ihres jähen Verfalls, die Univerſität hat dieſelbe nie anerkannt, wie denn auch Celtis niemals ein eigentliches akademiſches Ehrenamt bekleidete. Aber dennoch, es war wenigſtens eine Form gewonnen, in welcher der humaniſtiſchen Richtung ſtets neue Jünger zugeführt werden konnten. Freilich viel tiefer und weitgehender wirkte die aus Celtis' eigenſter Invention erſtandene gelehrte Donaugeſellſchaft. Wie der lebensluſtige Poet an allen Orten, in denen er weilte, bald ein Liebchen fand, das er, ſich ſelbſt überbietend, mit allen Koſenamen und Schmeicheleien belegt, ebenſo thätig iſt er auch bemüht, für die Durchführung ſeiner mit vollem Bewußtſein erfaßten poetiſchen, philologiſchen und nationalen Plane überall die richtigen Mittel zu ſchaffen. Ein ſolches mit Erfolg angewendetes Mittel aber war die Vereinigung zu dieſen Zwecken, die gelehrte Aſſociation, ſo hatte er wol nach italieniſchem Muſter am Rhein wie in Ungarn Aehnliches geſchaffen. Eben die früher in Ofen beſtehende, auch damals ſchon „Sodalitas

Digitized by Google

Danubiana“ genannte Geſellſchaft überſiedelte 1497 nach Wien. Auch gegen ſie verhielt ſich natürlich die officielle Gelehrſamkeit ablehnend, aber wenigſtens ſchützte die Gnade des Kaiſers aufs ſicherſte. Neben Celtis erſchienen Johann Krachenberger (Pierius Gracchus) als Präſident, Cuspinian und Stabius an hervorragenden Stellen. Nach allen Seiten arbeitete dieſe Vorläuferin unſerer Akademien; es verſteht ſich, daß die Nachahmung der Alten in erſter Linie gepflegt wurde, aber auch mathematiſche Studien betrieb man, vor allem Stiborius, Perlachius, Stabius und Collimitius, der ja eine nach ſeinem Namen genannte Geſellſchaft für die realiſtiſchen Fächer gründete, die übrigens bald einging. Ja Muſik wurde ſowol praktiſch bei den humaniſtiſchen Sympoſien als auch theoretiſch gepflegt, es fehlte denn auch nicht an gediegenen Muſikern, Componiſten und Schriftſtellern, die über figurative Muſik und Contrapunkt ſchrieben. Wenn Celtis’ Begeiſterung für die Muſik ſich mit Luther’s inniger Hingebung an die Frau Muſica vergleichen läßt, ſo erſcheint er in den durch ihn veranſtalteten dramatiſchen Aufführungen durch Studenten als Vorläufer der jeſuitiſchen „Schülerkomödien“. Plautus Aulularia und Terenz Eunuchus werden von wiener Studenten um 1502 in der Aula unter großer Theilnahme aufgeführt. Keine Kunſt wird da überſehen, auch die Malerei ſoll auf das äſthetiſche Gefühl der Jünger der Wiſſenſchaft wirken, deshalb werden auf Celtis’ Betrieb die früher nackten Wände der Aula mit Gemälden geſchmückt. Nach allen Seiten hin wirkt des fränkiſchen Poeten ſinguläre Anregungskraft, bald galt Wien als eine der vorzüglichſten Univerſitäten, was die mathematiſchen und humaniſtiſchen Studien anlangte, der Beſuch war wieder ein ſehr ſtattlicher, auch Ulrich Zwingli, der ſeinen Brüdern und ſeinen Landsleuten dieſe von ihm ſtets geſchätzte Hochſchule empfahl, Vadian, Joh. Faber und Eck ſtudirten in Wien, von dem man rühmt, daß es oft 5000 Studenten beſaß.

Mächtig aber hob ſich die Donaugeſellſchaft, und gewiß geht man nicht irre, wenn man hier alles auf die glänzende Anregungsfähigkeit des fränkiſchen Poeten zurückführt. Wie

Digitized by Google

viele Richtungen waren doch in dieſem einen Manne zuſammengefaßt? Wie bei Wimpfeling und der ältern Schule überhaupt iſt auch bei ihm manches Mittelalterliche zu finden, neben Aeußerungen des Judenhaſſes — wie es ſcheint nur eine theoretiſche Bekräftigung für die damals ſtrict verlangte Orthodoxie — ſtellen ſich auch Gedichte auf den Leichenſtein der heiligen Walpurga, auf den heiligen Sebald und andere ein, die ſich unter den Stücken echt ovidianiſchen Charakters etwas hybrid ausnehmen. In gewiſſem Sinne aber möchte man ihn den Vorläufer Klopſtock's nennen. Auch in ihm überbietet das Gefühl für das eigene Volk, für ſeine geliebten Deutſchen ſogar die Bewunderung der Alten, von deren Gedanken ſeine Gedichte erfüllt ſind, deren Maße er nachahmt. Auch er dichtet ſich eine eisgraue Vorzeit und verweilt bei Vorſtellungen, wie ſie der nachmaligen Bardenpoeſie vertraut ſind, er gedenkt der Druiden, er blickt mit Ehrfurcht auf die ultima Thule, es läßt ihn nicht ruhen, ſein Volk von den Welſchen misachtet zu ſehen, er bittet Phöbus nach Deutſchland zu kommen. Was die Deutſchen geleiſtet, erfüllt ihn mit Begeiſterung, er wird nicht müde, es zu preiſen. Er wendet ſich an die deutſchen Dichter, mit einem gewiſſen Selbſtgefühl auf ſein Werk hinweiſend: er ſei der Bahnbrecher geweſen, die Spätern ſollten es beſſer machen. Er wiſſe wohl, daß er die Poeten Latiums und Spaniens nicht erreicht habe, doch auch Rom mußte erſt einen Ennius, Lucrez, Vergil haben, bis Horaz gekommen, deſſen Gedichte ſich bis heute erhielten, möchte doch auch ſeinen Gedichten unter den Deutſchen eine ebenſo lange Dauer gegönnt ſein. An dieſe Worte des Poeten, der für den Nachruhm lebendiges Gefühl und Verſtändniß beſaß, ſei die Bemerkung geknüpft, daß ſie dieſe Dauer wol verdienen, daß es eine Ehrenſache für unſer Volk wäre, die Gedichte des genialen und ſo warmfühlenden Patrioten in einer ſtattlichen Collectivausgabe zu vereinen. Denn trotz aller antiken Reminiscenzen, trotz mancher argen Schlüpfrigkeiten iſt doch des Schönen und Formvollendeten eine ſo reiche Fülle, daß man dem Poeten Celtis für unſere Tage dieſelbe Auferſtehung wünſchen möchte, wie ſie dem Epiſtolographen Muretus

Digitized by Google

durch Ruhnken zutheil ward. Was Celtis ſo ſehr und ſo vortheilhaft von den meiſten humaniſtiſchen Dichtern unterſcheidet, iſt die Subjectivität ſeiner Poeme, die einen eigenthümlichen Reiz gewährt. Alles ſetzt er mit ſich und ſeinen Strebungen in Verbindung; ob er nun Ausfälle gegen die Czechen oder gegen einen geſchwätzigen frieſiſchen Humaniſten macht, ob er Freunde beſingt, über die Peſt klagt, die ihm ſein Mädchen geraubt, ob er ſich bei Bacchus über die Weinverfälſcher beſchwert, gegen die Erfindung der Kanonen eifert, ſeinen Heimatsort feiert oder die Moralphiloſophie mit der Gladiatorenkunſt vergleicht, wir hören ihm immer mit Intereſſe zu, denn er weiß, was bei den humaniſtiſchen Poeten wol eine Seltenheit iſt, die Langeweile zu vermeiden. Wie mag nun der Mann im perſönlichen Verkehre geweſen ſein! Einen ſchwachen Abglanz davon bieten die begeiſterten Panegyriken und Briefe nicht blos der „familia Celtica", ſondern auch der Schüler allerorten, die verſchiedenſten führen mächtige Anregungen, die Erkenntniß ihres Berufes auf ihn zurück. Und zwar ſind es nicht blos die Jungen, leicht Erregbaren, die ſich um ihn ſcharen, und das Lob des Meiſters aller Welt verkünden, ſondern auch Männer in Amt und Würden, die ihm treu verbunden nach ſeinem Beifalle geizen und ſtreben, der gelehrte Dr. Mert Sibenburger, wahrlich ein ganzer Mann, ſchloß ſich wie J. Tichtel, der praktiſche Arzt und ſo viele der Aeltern an den Apoſtel des Humanismus. In den Wochenverſammlungen der Donaugeſellſchaft war er ſo recht in ſeinem Element. Da wurden die Arbeiten und Entwürfe der Mitglieder geprüft, muſikaliſche Productionen fanden ſtatt, ſchließlich fehlte natürlich nicht das durch geiſtreiche Reden und Facetien gewürzte Sympoſion. Hier wurden die fremden Gelehrten eingeführt, ein großer Theil der Sodalität gab auch theatraliſche Vorſtellungen, wie denn unter anderm 1501 zu Linz Celtis' „Ludus Dianae" geſpielt wurde; der Kaiſer erſchien auch öfter bei Verſammlungen und Productionen der durch ihn protegirten Geſellſchaft. Die Frucht der Anregungen, die hier geboten wurden, läßt ſich begreiflicherweiſe nicht ſtatiſtiſch angeben, daß dabei aber die Wiſſenſchaft gar ſehr ge-

fördert wurde, zeigen Arbeiten wie Ladislaus Suntheim's „Donauthal“, Ausgaben von Claſſikern (von denen noch die Rede ſein wird) und von mittelalterlichen Scriptoren, wie z. B. des Otto von Freiſingen durch Johannes Stabius und Cuspinian u. a.

Enea Silvio bemerkt in ſeiner amuſanten Schilderung der Wiener, daß es ſo wenig autochthone Geſchlechter, dagegen ſo viele Eingewanderte gäbe. Dieſelbe Wahrnehmung macht man unter den damaligen Gelehrten. Unter den namhafteren (39) wiener Literaten jener Tage erſcheint ein einziger Wiener (Steber), dagegen ſtellt Baiern fünf (Agricola, Collimitius, Gundel, Marius, Stiborius); Schwaben ebenfalls fünf (Roſinus, Suntheim, Faber, Braſſicanus, Foeniſeca); Franken drei (Celtis, Cuspinian, Misbeck); Schleſien drei (Logau, Urſinus Velius, Longus Eleutherius); Oberöſterreich vier (Puelinger, Krachenberger, Stab, Tichtel); Italien drei (Balbi, Camers, Cospi); die Schweiz zwei (Fabri und Vadian); Niederöſterreich zwei (Burger, Velocianus); Steiermark zwei (Perlacher, Rithaymer); Siebenbürgen zwei (Capinius, Wolfhard); Sachſen einen (Hadelius); Elſaß einen (Spiegel); Salzburg einen (Eubolius); Baden einen (Gerbel); Friesland einen (Canter); Tirol einen (Fuchsmagen); Deutſchungarn einen (Salzer). Jene zugewanderten kamen faſt durchweg nur der hohen Schule zu Liebe, viele auch, um den berühmten Celtis zu hören. Einige der weniger Bekannten von dieſen mögen hier eine nähere Betrachtung finden; leider congruirt die Grenze ihrer Wirkſamkeit nicht mit den chronologiſchen Grenzen dieſes Aufſatzes, die folgende Revue ſoll aber wenigſtens im einzelnen eine Vorſtellung von der nachhaltigen und vielſeitigen Wirkſamkeit des Celtis bieten.

Will man eine Charakteriſtik der wiener Humaniſten geben, ſo wird ſie große Aehnlichkeit mit der allgemeinen Signatur aller Freunde der ſchönen Wiſſenſchaften in jener Epoche haben. Das freudig betriebene Studium der Alten führt zu gierigem Aufſpüren, zur Herausgabe und Commentirung von Handſchriften, Vorträgen über Poetik und Rhetorik, zu oft ſklaviſcher

Nachahmung der Form der Alten. Aber auch eine hiſtoriſche, eine patriotiſche Richtung erwächſt, man ſucht nach vaterländiſchen Geſchichtsquellen, hat Sinn für alles Archäologiſche, ja man wird auch achtſam auf das Culturgeſchichtliche, bemüht ſich um geographiſche Kenntniſſe wie um Mathematik und zeigt die Anfänge von Kritik. Dabei trägt man ſouveräne Verachtung aller Scholaſtik zur Schau, wie denn hier Celtis den Ton angibt, der unter anderm auch den akademiſchen Doctorgrad geringſchätzte. Der Lorbeer des Dichters ziert mehr, das Höchſte aber iſt der Nachruhm, es hält ſchwer, in alledem Petrarca's Einfluß zu verkennen. In den jüngern Humaniſten freilich machen ſich auch andere Elemente geltend, ſie kämpfen gegen ſteife Regel und altväteriſche Zucht, häufig die Antike auch im Leben nachahmend, wie die Kraftgenies der Sturm- und Drangperiode.

---

Der Kreis der Mäcenaten iſt es nun zunächſt, der betrachtet werden ſoll, in ihm nehmen außer den ſchon Genannten Dr. Capinius oder, wie man ihn in Wien hieß Siebenburger und Johannes Tichtel die erſten Stellen ein. Eine der vielen Panegyriken an Kaiſer Max von Adrian Wolfhardus aus Siebenbürgen — es gab überhaupt damals ſchon eine ſiebenbürgiſche Colonie in Wien — iſt dem Martinus Capinius, Doctor beider Rechte, Profeſſor der Philoſophie und Stadtrichter von Wien gewidmet. Der ſchaffensluſtige jugendliche Dichter — er hat noch nicht das 21. Jahr erreicht, rühmt das ſcharfe Urtheil und die Gelehrſamkeit des Juriſten, der ihn vor den Viperzungen der Müßiggänger beſchützen möge. Der Jüngling zeigt eine große Beleſenheit, preiſt das ſchöne, recht anſchaulich geſchilderte Oeſterreich, verweilt bei des Kaiſers Erziehung und Jugendgeſchichte mit Behagen und kann es natürlich nicht unterlaſſen, ihn mit Camillus, den Scipionen, Metellus, Julius Cäſar und andern zu vergleichen. Dabei ſpricht er auch ſehr ausführlich von den neuen Studien in dem gelehrten Wien, zum Schluß wird ſein Gedicht ſchwerfällig und überladen. Der



Digitized by Google

Mann aber, dem es gewidmet iſt, gehört zu den intereſſanteſten Erſcheinungen des damaligen Oeſterreich; in der Gelehrten- und Juriſtenwelt, wie bei den Bürgern genoß er die höchſte Achtung, die wichtigſten Vertrauensämter wurden ihm übertragen, ſein Wort wurde wie ein Orakel betrachtet. Aber er war auch der Mann der kleinen Leute. Wie ihm ſeine Feinde, vor allem der junkerhafte hochmüthige Herberſtein vorwarfen, ſaß er bei ihnen in den niedern Schenken und hielt ihnen Reden. Was wir von ihm wiſſen, aus ſeinen Aufzeichnungen erſehen, zeigt ihn als Mann von felſenfeſtem Charakter (tenax propositi) und als getreuen Eckart der ſtädtiſchen und ſtändiſchen Gerechtſame. Dies erwies er in ſeiner Haltung bei allen Proceſſen, vor dem kaiſerlichen Hofe im Angeſicht der Prinzen, dies erwies er in ſeiner Führerrolle im Jahre 1519 und durch ſeinen Märtyrertod auf dem Blutgerüſt zu Neuſtadt. Celtis hatte den ihm Engverbundenen hoch geehrt und ihn zu ſeinem Teſtamentsexecutor gemacht. Es verſteht ſich, daß ein Mann von der Bedeutung Capinius' der Sache des Humanismus die größte Förderung verſchaffen konnte.

Einen nicht geringern Einfluß beſaß der Greiner Johannes Tichtel, der vielbeſchäftigte Arzt Wiens, deſſen reiches Einkommen und ungemein ausgedehnte Praxis ihn in die Lage ſetzten, ſeinen literariſchen Freunden vielfach zu nützen. Im Jahre 1482 war er auch Univerſitätslehrer geworden, mehrmals war er Dekan der mediciniſchen Facultät. Er iſt einer von denen, die Celtis auf das dringlichſte nach Wien einladen. Celtis aber feiert ihn mit dankbarem Herzen in der prächtigen Ode „Vienna latis moenibus imperans“ als einen, der die alten Camönen liebe, das Griechiſche aufnehme und ſeinen Kindern lernen laſſe, und das, was die Dichter ſingen. Oft habe er ihm Wein zugewendet, — es war wol Kloſterneuburger, — und ſein Haus mit Geſchenken aller Art geſchmückt. Er ſei ja keiner von denen, die alles verſprechen und nichts halten, wie es die leidige jetzige Sitte in Oeſterreich mit ſich bringt, bei ihm folge das Wort der That. Gott habe ihm aber auch ein braves Weib und Kinder, und ein ſchönes behagliches Haus mit redlich erwor-

Digitized by Google

benem Reichthum beſchert. Und der Poet übertrieb nicht. Es ſind ſehr comfortable Verhältniſſe, in denen ſich Tichtel bewegt, viele Angaben ſeiner Aufſchreibungen weiſen auf ein verfeinertes, anſpruchsvolles Leben hin. Wir können uns den wackern Arzt vorſtellen, wie er nach Hauſe kommend ſich Ruhe gönnt. Vor ihm liegt wol ein Claſſiker oder eine religiöſe Troſtſchrift. Behäbig blickt er hier und da vom Buche empor und durch das Fenſter, auf dem etwa zwei „grünglaſirte Blumentöpfe“ ihren Stand haben, während ſeine Knaben ſich um das Spielzeug balgen, das ihnen die Nonnen zur Himmelspforte zum Neujahr geſchenkt. Mitunter aber greift Tichtel zum nebenſtehenden, mit vergoldeten Schnäbelchen und Verzierungen geſchmückten Becher, einem werthen Geſchenke, deſſen Inhalte er friſch zuſpricht, wenn ihm ſein Seneca zu trocken werden will oder Terenz ihn begeiſtert. Aber auch ſonſt fehlt es nicht an Beweiſen für ein wohlgeordnetes comfortables Hausweſen, da werden als Einrichtungsgegenſtände genannt: Pfauenwedel und Lichtſchirm, Zungenſchaber und Zahnbürſte, beide mit Silber und Gold verziert, Schweiß- und Handtücher, ein mit Silber eingelegter vergoldeter Stock, den Tichtel bei ſeinen Gängen mitgenommen. Es iſt das einzige Humaniſtenheim in Wien, das näher beſchrieben werden kann, es wird aber auch deshalb hier beſprochen, weil Celtis bei Tichtel 1492 gewohnt haben ſoll.

Den Mäcenaten des Celtis ſchließt ſich einer ſeiner eifrigſten Anhänger an, Vincenz Lang aus Freiſtadt in Schleſien. Mit ſeinem Gelehrtennamen hieß er Longinus Eleutherius, er war Celtis’ Amtsgenoſſe im Dichtercollegium und wurde in feierlichſter Weiſe von Kaiſer Max zum Dichter gekrönt. Er ſpielte nämlich in Celtis’ „Ludus Dianae“ zu Linz die Rolle des Bacchus, mit dem Thyrſos in der Hand warf er ſich da vor des Kaiſers Füße, erbat und erhielt den Lorber (1501). In ſeinem Panegyricus auf Maximilian dankt er für die Eröffnung des Collegiums in gewandten Verſen, in denen, Zeugniß für ſeine bilinguitas, griechiſche Worte nicht fehlen. Der Inhalt iſt der übliche: der Kaiſer wird aufs höchſte geprieſen. Die Decoration iſt auch die gewöhnliche: der Kahlenberg, der in die

Wolken ragt, die weinbekränzten Gelände, Segen des Bacchus u. ſ. w., im Hintergrunde aber erſcheint in bedrohlicher Perſpective der Schrecken und die Noth der Zeit — der Türke. Manches in dem Carmen läßt auf Celtis' Reviſion ſchließen, was auch durch Briefe Lang's beſtätigt wird. Dieſer Correſpondent des Aldus Manutius nun war es, den Celtis auf einen Römerzug im literariſchen Sinne ausſandte. Wie Poggio und die Seinen in die Länder der Barbaren eilten, um auf Handſchriften Jagd zu machen, ſo folgte nun eine Gegenſtrömung: Deutſche zogen nach Hesperien, um ſich die neue Bildung und gute Bücher zu gewinnen. Allzu ſpärlich ſind die Berichte des Reiſenden über das, was er in Italien geſchaut, nur zwei Briefe ſind erhalten, aber bisher nicht publicirt. Der eine iſt aus dem Jahre 1499, Lang ſchrieb ihn aus Venedig und meldet Celtis, daß er nach vielen Gefahren, die ihm die Türken und das Meer bereitet hätten, hier angekommen ſei, den M. Antonius Sabellicus, den Aldus Manutius, den Georg Valla von Piacenza beſucht habe. In Padua hört er den Prospero und Calpurnius und begibt ſich dann nach Venedig zurück, von wo er nach Ferrara gehen will. Leider ſchreibt er nichts weiter, denn die Schiffsleute drängen auf Abſchluß des Briefes. Das zweite Schreiben, deſſen Anfang eine Ausführung des frühern, iſt aus der Ewigen Stadt (1500) datirt. Es meldet dem Meiſter, daß Lang bewogen durch ſeine Rathſchläge überall die Gelehrten aufgeſucht habe, welche Celtis kenne, er beſchreibt dabei ſeine Reiſe, die ihn durch Steiermark, Kärnten und Friaul nach Venedig geführt habe, unterwegs erfährt er von der Hinſchlachtung von 10000 Menſchen durch die Türken. Aldus, „der Herſteller des griechiſchen Alterthums", empfing ihn auf den Gruß des Celtis auf das freundlichſte, ſchenkte ihm zwei Exemplare des Dichters Muſäus ſammt lateiniſcher Ueberſetzung, ein Exemplar iſt für Celtis beſtimmt. Mit ſeinem Freunde Johannes Aeſticampianus, dem bekannten Philologen ging er zu Georg Valla und Antonius Sabellicus. Valla, ſchon im höchſten Alter ſtehend, war gerade mit Ueberſetzungen aus dem Griechiſchen beſchäftigt, man merkte ihm die vielen Jahre, Nacht-

Digitized by Google

wachen und das unaufhörliche Studium an. So matt er war, ſo erklärte er den Freunden auf ihre Bitten ſogleich die griechiſche Ausſprache und den Accent. Baptiſta Guarino trafen ſie in Ferrara auf ſeinem Spaziergange durch den Garten, er hatte aus Trauer über die Krankheit ſeines Schülers (Famulus?) ſeine Vorleſungen abgeſagt, ſie konnten ihn alſo nicht hören, betrachteten noch die alten, wie die neuen Denkmale und fuhren dann nach Bologna in die „hochberühmte“ Stadt, den reichſten Born der verſchiedenſten Wiſſenſchaften, wo ſie Antonius Codrus, den gelehrten Lateiner und Gräciſten anſtaunten, nicht minder aber den Philippus Beroaldus, der in Philoſophie, Rhetorik, Poetik und Eloquenz gleich Großes leiſtete. Sie hörten auch den ſcharfſinnigen Metaphyſiker Alexander, den Mathematiker Dominicus, der über Euklid und den Almageſt las. Lang reiſte dann über den Apennin, um in Florenz den Marſilius Ficinus, den hochverehrten Platoniker zu begrüßen, doch Ficinus war kurz zuvor geſtorben, den Phyſiker Lucio Bellancio ſuchte er fruchtlos ſowol in Florenz als in Siena, und ſo nahte er ſich Rom, deſſen gewaltige Ruinen die Weltſtadt anzeigten. Welcher Ausblick bot ſich da unſerm Deutſchen! Welche verwirrende Menge von Tempeln, Altären, Gebäuden, Baſſins, warmen und kalten Bädern, Statuen, Säulen, Stationen, Porticus, Krypten, Bogen, Magazinen, Backſtuben, Fleiſchbänken, Zeughäuſern, Burgen, Coloſſeen, Gärten, Obelisken, Teichen, Paläſten, dem Septizonium und andere beinahe unzählbare Dinge! Die ſieben Hügel machen dem Reiſenden, der alles ſehen möchte, einen ſehr unholden Eindruck, ſie erſcheinen ihm beinahe unbebaut, verwüſtet und zerriſſen. In demſelben Zuſtande findet er das Amphitheater, das Capitol, die Triumphbogen des Konſtantinus, L. Septimius, des Veſpaſian, Domitian, welche halb zerfallen ſind oder von der Erde überſchüttet. Auch die Aquäducte und Ueberreſte der Thermen bedrohen die Beſchauer mit ihrem Einſturze, doch bemerkt der Schreiber, das werde Celtis wol alles ſelbſt viel beſſer geſehen haben. Aber über neue Ausgrabungen müſſe er berichten. Da habe man in den letzten Tagen eine mit koſtbaren geglätteten Steinen gepflaſterte Straße

Digitized by Google

ausgegraben, die vom Fuße des Triumphbogens des divus Vespasianus — dem Schreiber paſſirte der komiſche Irrthum, Cuspiniani zu ſchreiben — bis zum Amphitheater und zum Triumphbogen des Konſtantin reicht, auf der ſo große Maſſen gewaltiger Säulen aus Serpentin gehauen, ausgegraben wurden. Er berichtet aber auch über die Neubauten und Zerſtörungen des Papſtes Alexander VI., der alte Denkmale trotz der immenſen Schwierigkeiten, die das feſte Material bot, niederreißen ließ, ein Vorgang, der Lang zu einer zahmen Betrachtung über die ſinnvolle Erhaltung der Baudenkmale durch früher ſehr religiöſe Päpſte veranlaßt, welche in jenen Monumenten Mittel zur Heranziehung von Fremden erſahen u. ſ. w. Aber über dem Anſchauen der architektoniſchen Merkwürdigkeiten Roms vergaß Lang die literariſchen Schätze nicht; Celtis hatte ihm ans Herz gelegt, einen Katalog über die lateiniſchen und griechiſchen Schriften in der Bibliothek des Papſtes zu verfaſſen; er ſendet aus Zeitmangel, denn die Bibliothek iſt nur in beſtimmten Stunden offen, einzig den leider nicht erhaltenen Index über die griechiſchen Bücher und verſchiedene Gedichte und Bücher, darunter die „Carmina fratris Jacobi de Gauda“ des Petrus Bonomus und den Panegyricus des Jakob Queſtenberg an Johannes Dalberg, Biſchof von Worms. Täglich hört er den Auguſtus aus Padua, den Petrus Marſus, A. Volſcus und viele andere Profeſſoren. Im Jahre 1502 war Lang wieder in Wien und berichtet getreulich über die Schickſale des Collegium poetarum, über Roſinus und Stabius und andere; ein zweiter Brief zeigt die hohe Achtung vor dem Meiſter, dem er Unſterblichkeit prophezeit. Um 1501 ſchrieb Aldus Manutius an Lang und Celtis zugleich als Antwort auf ihren Brief, und Lang hat ihm ein Epigramm geſandt voll Lob, das Aldus artig mit den Worten erwidert, es freue ihn das Lob belobter Männer, das er auch in einem andern Briefe ihm geſpendet. Anbei ſendet er zwei Exemplare von Vergil und Horaz und der Grundzüge ſeiner lateiniſchen Grammatik, wol auch, um für ſeine Officin den wiener Markt zu gewinnen. Noch einmal ward Lang auf eine italiſche Reiſe geſandt, da raffte auch

Digitized by Google

ihn, wie ſo manchen Deutſchen die aria cattiva Roms dahin (1504).

Glücklicher war das Los eines andern Jüngers der ſchönen Wiſſenſchaften, der ſchließlich ſein Schifflein in Wien vor Anker legen konnte. Aus der Schweiz wanderte, wie ſo viele andere, Ulrich Schmidts (oder Schmitz) aus Thornberg in die weite Ferne; gleich Platter der Studien halber. Wie ſeine Lebensläufe waren, wir wiſſen es nicht, wir treffen ihn erſt am Anfange des 16. Jahrhunderts in dem lieblichen Kloſterneuburg bei Wien als Schulmeiſter. Sein Name iſt bereits latiniſirt und in Fabri verwandelt, der Magiſter aber, der gewiß in ſehr beſcheidenen Verhältniſſen zu leben genöthigt war, verfügte über eine anſehnliche gelehrte Bildung, dies zeigt die lange Reihe von Editionen, die er mit klarer Zielbewußtheit zum Druck gefördert. Man kann wol ſagen, er iſt einer der rührigſten Beförderer der griechiſchen Studien in Oeſterreich, ſeine Ausgaben aber ſind leider ſchwer aufzutreiben und wird es deshalb nicht gelingen, von ſeiner literariſchen Thätigkeit ein vollſtändiges Bild zu geben. Im Jahre 1514, das ſteht feſt, kam er nach Wien, widmete ſich der Medicin, wurde Doctor der Arzneikunde, ſpäter Profeſſor derſelben, nicht weniger als ſiebenmal Dekan und viermal Rector der Univerſität; er iſt erſt nach 1544 geſtorben. Sein Hauptſtreben, und dies iſt gewiß löblich, war, gute Bücher nur recht ſchnell unters Volk zu bringen; ſo gab er z. B. einen Dialog des Mapheus Vegius Laudenſis ſammt ſeiner Interpretation heraus (1516). Das Büchlein iſt dem kloſterneuburger Kanonikus Lichtenberger gewidmet; in der Dedication ſpricht Fabri gegen die Undankbarkeit, die er von Jugend an haſſe, er bittet um freundliche Aufnahme für ſeinen Commentar, der das Dunkle und weniger Genaue erklären ſoll, es ſei wol wenig, aber vielleicht doch zu ſchätzen, wie König Artaxerxes das Waſſer ſchätzte, das ihm ein Arbeiter auf der Jagd bot. Uebrigens halte er ſein Urtheil höher als das von tauſend andern Ununterrichteten, deren ganzes Beſtreben darauf hinausgeht, den andern entgegenzutreten und mit Luchsaugen das Fremde, ihres aber mit den Augen des Maulwurfs zu betrachten, damit ſie nicht als

Digitized by Google

Suffenus (als kleinlicher Dichter) erſcheinen. Eine ganze Blütenleſe von Stellen aus den Claſſikern und neuern Schriftſtellern wird dann zum Lobe der Wahrheit aufgeführt, darunter Jakob Stapulenſis' „Der unbändig gelehrte Mann“, wie Erasmus' „Die Ehre Deutſchlands“ und F. Petrarca. In den Erläuterungen zu den Humaniſten des 15. Jahrhunderts zeigt Fabri ſeine compilatoriſche Gelehrſamkeit z. B. über den Namen der Pallas, er gibt alle Sprichwörter an, die ſich auf Minerva beziehen, dabei läßt er ſich auch auf Etymologien ein, z. B. bei dem Worte Charitinen. Beroaldus, Volateranus und Lorenzo Valla werden gut benützt, kurz es ſind ſehr eingehende mythologiſche, etymologiſche, hiſtoriſche, geographiſche Erläuterungen, die freilich mit ſtarker Zuhülfenahme von Erasmus, Reuchlin und andern geboten werden. Auch von Werken, die erſt erſcheinen ſollen, z. B. von einem Buche Badian's, das die Frage behandeln wird, ob der Poet geboren oder gebildet werde, gibt er Kunde und findet, daß Agricola's Gedichte zur Löſung dieſer Frage beitragen. Dieſe Frage, die an die Gottſched'ſchen Streitigkeiten erinnert, führt den unermüdlichen Commentator überhaupt zu den Poeten und ihren Schickſalen, Urtheile von Picus, J. Stapulenſis, Geiler, Reuchlin, Marſilius Ficinus, G. Simler, Petrarca werden da gehäuft, ebenſo bei andern Materien. So ergeht ſich Fabri auch in Excurſen über die Gegenſtände, welche die Prieſter für ihren Ritus brauchen, über die Mittel, welche die Frauen anwenden, um der Wahrheit ein Schnippchen zu ſchlagen, oder über das Handwerksgeräth der verſchiedenen Gewerbsleute, kurz es ſind ganz eigentlich verwendbare „Alterthümer“, die da gegeben werden, ſeine Schrift iſt deshalb für die Realien ſehr brauchbar, jeder Alexandrinismus iſt glücklich vermieden, das Neueſte benutzt, mit Geſchick werden die Argumente der Gegner gegen dieſe ins Treffen geführt; ſo wird z. B. der Nutzen der Medicin gerade aus Petrarca's Invectiven gegen die Aerzte erwieſen. Im Jahre 1518 gab Fabri Cicero's „Oratio pro Q. Licinio“ heraus, das Buch wurde in den Schulen verwendet. Voraus ging das Lob Cicero's, dem Lyſias und Plato weichen müßten, dann Bemerkungen, wie nöthig die Verbindung

Digitized by Google

von Rechtskunde und Eloquenz ſei, in einem Tetraſtichon fordert er die Jugend Deutſchlands auf, hierher zu kommen, dann ſei Delphi für ſie unnöthig. Die Edition iſt übervoll von einleitenden Gedichten und Beigaben, welche Anhänger des Humanismus lieferten. Dem Pfarrer von Sanct-Martin in Kloſterneuburg, Jakob Kornhuber, der ein gelehrter Mann geweſen ſein dürfte, widmete Fabri die Epiſtel Petrarca's an Thomas von Meſſina und dankt ihm darin für die Freundlichkeit, die er ihm während ſeiner Lehrerzeit erwieſen. In einer mir leider unzugänglichen Schrift ſoll er der wiener Univerſität reiches Lob geſpendet haben, in einer ſehr ſeltenen Edition von Jakob Locher Philomuſus' Urtheil des Paris machte er einen ziemlich ſcharfen Ausfall gegen den Adel, der ſtets mit ſeinen Ahnen prahle, durch deſſen Schuld die Pflege der Wiſſenſchaften beinahe ganz daniederliege, der ſich aus Rechtſchaffenheit und Tugend nichts mache. Er mahnt den Adel an ſein „patriciſches" Blut, mit dem die Tugend verbunden ſein ſollte. Auf dem dunkeln Hintergrunde aber hebt ſich dann allerdings das leuchtende Bild des Ariſtokraten um ſo beſſer ab, dem die Schrift gewidmet iſt, das Bild Kaspar Banffii de Tahluntz. In des Philomuſus Büchlein finde jener wol einen Sporn, noch größere Thaten zu vollbringen. Auch einen andern Adeligen, den Baron Cyriak von Polhaim, der in der Pavierſchlacht gefochten, hat Fabri in einem eigenen Panegyricus beſungen. Aber er war damals (1526) in keiner glücklichen Stimmung, wie aus der Dedicationsepiſtel an Johannes Faber, den nachmaligen wiener Biſchof, hervorgeht. Körperliches Uebelbefinden und, wie es ſcheint, finanzielle Drangſal peinigten ihn. Dennoch rühmt er frohgemuth die wiener Schule, an der man Plato, Homer, Heſiod, Vergil, Livius, Salluſt, Juſtin, Sueton, Cäſar, Cicero leſe und die Urſachen der Naturerſcheinungen, die Geſetze der Stürme, die Anzeichen von Regengüſſen, die Gründe der Ebbe und Flut, der Nebel und Blitze erforſche, in welcher Metrik, Aſtronomie, Geographie und Aſtrologie gelehrt würden. Für ſeine Berufswiſſenſchaft ſpricht er mit beſonderer Wärme, ſie ſei die Kenntniß von den Kräften des menſchlichen Körpers, die

Digitized by Google

Kunſt das Leben zu verlängern und die wollſpinnenden Schweſtern durch ärztliches Geſchick zu überwinden. Nicht nöthig iſt es daher, in die Weite zu ſchweifen wegen fremder Sitte und Wiſſen, das ſchöne Wien ſei viel beſſer, es ſtrebe Athen nach. Und nun folgt denn ein Lob auf Wien, das dem Bacchus geweiht ſei; froh blicken die ragenden Berge an der Donau, vor allem der Kahlenberg mit ſeinem kahlen Gipfel auf die weiten lachenden Gefilde. Wien, das vom Wienfluß, der mit ſanft dahingleitenden Wellen die Mauern umſpült, ſeinen Namen erhalten, iſt eine alte Stadt, die niemand nachſteht, ſei es, daß man die Kirchen oder die Mauern betrachte, die mit hohen Thürmen geziert ſind, oder die reichen Saatfelder, die burgähnlichen Häuſer oder den Menſchenzuſammenfluß und Handel, oder die Menge der Nahrungsmittel! Nach dieſen Bemerkungen, die an Enea Silvio erinnern, rühmt der Panegyriker Wiens Klima, Straßen, Thore, die überall herrſchende Bequemlichkeit, die Annehmlichkeiten und vergleicht es mit dem Tempe des Peneios, ſeine weinbekränzten Gelände und Gärten aber mit denen der Hesperiden. Mit einer vergiliſchen Reminiſcenz wird auf die Türkengefahr hingewieſen, dann folgen Gedichte an verſchiedene kaiſerliche Räthe und an Johann Faber, den er als Landsmann ziemlich offenherzig anſpricht, er lobt deſſen kluge Tapferkeit und unverzagten Muth, der ſeinen Feinden Fallſtricke lege(!), eine gute Charakteriſtik des heftigen Ketzerverfolgers. Andere weniger intereſſante Schriften Fabri's von ſehr chriſtlichem Inhalte übergehe ich hier, ſie wurden übrigens meiſt zu Schulzwecken benutzt.

Eine viel gewaltigere und auch weitaus glücklichere Perſönlichkeit war der gekrönte Dichter Joachim von Watt (Vadianus, geboren 30. December 1484 in Sanct-Gallen), der um 1502 nach Wien kam und unter Celtis, Camers und Cuspinian ſeine Studien machte. Der achtzehnjährige, reckenhaft entwickelte Schweizer zeigte eine gewaltige Raufluſt, die er erſt auf das Zureden eines Landsmannes bändigte. Nun wandte er ſich der Wiſſenſchaft mit derſelben Energie zu, die ihn früher zu wilden Streichen brachte, er wurde durch raſtloſen Eifer

einer der gelehrteſten Humaniſten, ja man kann ihn wol einen Polyhiſtor nennen, wie ihn denn auch Scaliger neben Melanchthon, Camerarius, Gesner und andern aufzählt. In den Jahren 1507—1509 ſupplirt er den Cuspinian, nach Cospus' Tode erhält er die Profeſſur für lateiniſche und griechiſche Sprache und entfaltet nun eine eminente Thätigkeit nicht blos als Lehrer, ſondern auch als Schriftſteller. In ſieben Jahren (1511—1518) veröffentlichte er 20 Schriften, man beläſtigte ihn fortwährend mit Bitten um empfehlende Verſe für alle möglichen Publicationen, die in Wien erſchienen. Eine intereſſante Publication widmete Watt den Sängerknaben der kaiſerlichen Hofkapelle (1515). Von ſeiner freiern Auffaſſung zeugt ein artiges Hiſtörchen in einer handſchriftlichen Correſpondenz, die ich in Salzburg abſchrieb. In einem Kreiſe von wiener Humaniſten, der in Dornbach beiſammen ſaß, wurde von einem Frater Achatius aus dem Sanct-Peterkloſter eine Disputation über eine Phraſe aufgeworfen, Watt lehnte aber ein Eingehen auf dergleichen „Hallucinationen“ ab, da man Beſſeres zu thun und zu reden habe. — Nach Celtis' Tode war Watt entſchieden der bedeutendſte der wiener Humaniſten; ſchade, daß er wegen ſeiner Sympathien für die reformatoriſche Bewegung dieſe Stadt verlaſſen mußte; aber ſein Einfluß und ſeine Nachwirkungen waren doch bedeutend (von ihnen ſoll an einem andern Orte geſprochen werden), ſie zeigen ſich auch in einem ihm treu ergebenen Strebegenoſſen, in Rudolf Baumann aus Waſſerburg, der ſich lieber den ſo trefflich klingenden Namen Agricola gab. Agricola hatte in Krakau unter Laurentius Corvinus ſtudirt, begab ſich dann 1515 nach Kremnitz in Ungarn, um das, was er im Plinius von den Metallen geleſen, daſelbſt zu ſehen. Dort nahm ihn der Prediger Magiſter Nikolaus de Czebinio liebevoll auf und beſchenkte ihn, damit er das blühende „Gymnaſium“ (d. h. die Univerſität) von Wien beſuchen könne. Im Jahre 1514 ſendete der junge Gelehrte, der damals am Hofe des Cardinals von Gran war, ein offenes Schreiben an Vadian, das von kosmographiſchen und geographiſchen Fragen voll iſt. Nach großen Lobſprüchen auf den in jeder Disciplin Erfahrenen be-

kennt Agricola, daß er ſich zuweilen von der Lektüre der Claſſiker zurückziehe, da ſie theils durch die Sorgloſigkeit der Drucker, theils durch die Unbill der Zeit verderbt, kimmeriſche Finſterniß und unheilbare Irrthümer aufweiſen. Er wünſcht unſerer Zeit mehrere Aldus, die ſich um gereinigte Ausgaben bemühen und dadurch den Schaden in der lateiniſchen Literatur größtentheils gutmachen würden. Vadian aber habe die dunkelſten Stellen erklärt, er bitte ihn deshalb, ihm einige ſchwierige Stellen aus Plinius („Naturalis historia“) und Perſius' Satiren aufzuhellen, ebenſo wünſcht er über die Antipoden, den Lacus Acronius und anderes unterrichtet zu werden, da es ihm keine Ruhe laſſe, ſich unwiſſend zu fühlen und die Erklärer im Widerſpruche zu ſehen, Vadian aber habe im Winter (1513) in ſeiner Vorleſung über Perſius alle Schwierigkeiten beſeitigt und bewunderungswürdige Sorgfalt auf den Pomponius Mela verwendet, darum frage er ihn. Vadian antwortete in einer großen Schrift voll Artigkeit, verwahrte ſich gegen die vielen Worte und Schmeicheleien und billigte das Lob des Quintilian, den auch er, den Cicero immer ausgenommen, am höchſten ſchätze; eben laſſe Aldus, wie er von Buchhändlern, die nach Venedig gereiſt waren, erfahre, die „Institutiones“ drucken; erhalte er ein Exemplar, ſo werde er ihm eins ſchicken. Er gibt ihm reichliche Aufſchlüſſe auf ſeine Fragen, erzählt auch von einem Beſuche der Dominicanerbibliothek zu Wien, den er mit Petreius Aperbacchius unternommen und bei dem er eine ungemeine Menge guter Bücher gefunden, ſpricht von der Ausgabe des Albertus Magnus durch Collimitius, erwähnt des durch Vespucci (!) entdeckten Amerika und citirt Erklärungen des Georg Peuerbach. Schließlich dankt er ihm, daß er durch ſeine Fragen ihm vielfache Anregungen gegeben habe, und trägt ihm Grüße an den Juriſten Stephan Taurinus auf, wenn dieſer etwa beim Cardinal in Gran weile; ſeit jener Zeit, als Taurinus aus Rom kommend, bei Collimitius, J. Spiegel und dem damaligen Sympoſiarchen ihres Conviviums mit ihm zuſammen war, habe er nichts von ihm gehört.

Agricola erſchien endlich in Wien und las daſelbſt von 1515—18 an der Univerſität über Poetik und Rhetorik; wie

Watt verſah auch er mannichfache Editionen mit Gedichten und gab ſelbſt einiges heraus. Es war hier wie in andern deutſchen Ländern, z. B. im Elſaß und in Schwaben Sitte, die Aldinen nachzudrucken, man gab eine Einleitung, etwa auch einen Commentar hinzu, änderte vielleicht einige Lesarten und putzte das Ganze mit eigenen Verſen, ſowie mit empfehlenden Epigrammen der Freunde auf. So gab auch Agricola (wie Fabri den Cebes und Anderes edirte) den Statius und den Horaz heraus, den letztern rühmt er, weil kein anderer Dichter gelehrter geweſen ſei, und lobt die akademiſchen Vorleſungen des Cospus über dieſen Poeten. Im Jahre 1518 begab ſich Agricola wieder nach Krakau, wo er hochgeehrt als Lehrer der Rhetorik lebte; er ſtarb 1521, Fabri widmete ihm einen poetiſchen Nachruf.

Noch ließe ſich von J. Burger, der über Salluſt las, über den Mathematiker Collimitius, der durch ſeine aſtrologiſchen Prophezeiungen die Wiener erſchreckte und beruhigte, von N. Gerbelius, Phil. Gundel, Hadelius, Logau, Marius, Misbeck, Steber, Stabius, Stiborius, Velocianus und Wunderl ſo manches ſagen, doch würde das zu weit führen und mag es damit genug ſein. Hoffentlich wird ſchon das hier Gegebene eine Vorſtellung von dem geiſtigen Leben Wiens in jenen Tagen geben. Aber einige Fragen werden doch noch beantwortet werden müſſen. Wir fragen billig, wie verhielten ſich die wiener Humaniſten zu den großen Begebenheiten vor der Reformation? Daß ſie die Türken ebenſo haſſen als ſie Maximilian lieben, haben wir geſehen, in dem Kampfe gegen Frankreich und die Welſchen ſtehen ſie natürlich beim Hauſe Habsburg. Von einer Theilnahme an den Dunkelmännerbriefen iſt nichts zu ſehen, doch waren des Celtis' „Amores" in ihrer erbarmungsloſen Schilderung der heuchleriſchen täppiſchen Pfaffen wol nicht minder wirkſame Geſchoſſe als jene. Erasmus wird in der ältern Generation wenig erwähnt, geradezu auffallend iſt der Mangel an Beziehungen zwiſchen ihm und dem wiener Gelehrtenkreiſe. Freilich erſcheinen in Wien die „Formulae Colloquiorum" (1519), die „Paraclesis" (1522) u. a. Der Liebling der Wiener iſt

Digitized by Google

Reuchlin, ſein Lob tönt von aller Lippen. Im Jahre 1512 (April) berichtet Lazius dem großen Hebraiſten, er ſowol als Th. Reſch, Stiborius, Vadian und Cuspinian hätten ſeinen „Augenſpiegel“ mit Freuden geleſen, er hätte auch Feinde bekehrt. Nicht minder lobt ihn Vadian in ſeinem Schreiben an Reuchlin und verſichert ihn des Sieges, ſeine Gegner aber würden ihre Namen mit Schande in die Zukunft bringen. In demſelben Monate ſchreibt ihm auch Cuspinian, er möge ſich mit den lateiniſchen und griechiſchen Büchern tröſten und die Narren geringſchätzen. Reuchlin ſchreibt ihm eine lange Dankesepiſtel und empfiehlt den Lazius.

Eine weitere Frage iſt die nach den Anregungen, die von Wien aus auf die andern Provinzen des habsburgiſchen Regentengeſchlechtes durch Celtis und die Strebegenoſſen ausgeübt wurden. Obwol dieſe Frage hier nicht ausführlich beantwortet werden kann, ſoll doch die Bemerkung Platz finden, daß in der bisher wegen der ungemein ſchwierigen Entzifferung der Handſchrift noch nicht völlig ausgebeuteten Correſpondenz des Celtis zu Wien manches Material zu finden iſt. Beſonders Mähren ſtellt, wie jetzt noch, viele Jünger der neuen Wiſſenſchaft, der bedeutendſte dürfte jedenfalls Auguſtinus von Olmütz ſein, das Archiv des olmützer Domkapitels mag auch nach dieſer Hinſicht reiche Materialien bieten. Intereſſant iſt wol die Correſpondenz eines gewiſſen Sinapinus aus Mähren, der ſich Marcomannus nennt, Celtis als ſeinen Lehrer preiſt (1505) und ihm voll Freude erzählt, wie er auf ſeine Anregung hin in ganz Mähren Alterthümer ſammle, er verehrt in Auguſtinus die verkörperte Intelligenz und die hellſte Leuchte ſeines Landes. Offenbar auf Celtis' Antrieb gründete man auch in Mähren eine Sodalitas Marcomannia, eine gelehrte Geſellſchaft, in der die Trinkbrüder (combibones) ihre deutſchen Namen latiniſirten, ſo wurde ein Eilberger zum Noctaemontanus. Sehr gut nennt Sinapinus den Celtis den Säemann und Pfleger der Talente. Dies zeigte der Dichter auch in Böhmen, wo freilich vor Allem Bohuslav von Haſſenſtein und Schlechta für die literariſche Zukunft ihres Landes ſorgten. Ueber Ungarn bin ich leider nicht unterrichtet.

Digitized by Google

Wir wiſſen, der Humanismus ſtellt ſich überall gegen die ſcholaſtiſche Gelehrſamkeit, gegen Methode und Inhalt der mittelalterlichen, der klöſterlichen Bildung, aber er greift auch ihre Träger an; wie ſcharf hat unter anderm Erasmus die Mönche in ihrer Beſchränktheit, ihren niedrigen Trieben, ihrem Bildungshaſſe und ihrer Verlogenheit charakteriſirt. Und dennoch gerade in den Klöſtern fand die neue Richtung Anhänger, Anhänger, die es auch dann blieben, als die reformatoriſche Bewegung die meiſten Theologen mistrauiſch und feindlich gegen die Gelehrten gemacht hatte. Dieſer allgemeinen Erſcheinung begegnet man nicht minder in Oeſterreich.

Auch in den Klöſtern Wiens hatte der Humanismus Eingang gefunden, Beweis dafür der Abt bei den Schotten Benedictus Chelidonius, der die Prälatur von 1518—21 inne hatte. Er war früher im Kloſter Sanct-Aegid in Nürnberg geweſen und war daſelbſt ſchon als Freund der Wiſſenſchaft, wie ſein Beiname Muſophilos zeigt, wol mit Dürer, Pirkheimer und andern in freundſchaftlichen Verkehr getreten, Beziehungen, die er als Abt des Schottenſtiftes, ebenſo wie ſeine literariſche Thätigkeit fortſetzte. Er war auch ein Freund des Celtis. Daß unter ſeiner Leitung die Kloſterſchule gedieh, iſt ſelbſtverſtändlich. Seine Ausgabe des „Bandinus“, eines Hauptwerkes der Scholaſtik, hat für die gegenwärtige Betrachtung keine beſondere Bedeutung, wichtiger ſind dagegen ſeine poetiſchen Bearbeitungen religiöſer und moraliſcher Stoffe. So erſchien unter anderm die „Passio Jesu Christi“ in verſchiedenen Versarten dargeſtellt, mit Dürer's Bildern verziert. Sie wird durch ein Gedicht an W. Pirkheimer, den homo bilinguis, eingeleitet, in dem Chelidonius ſein lange zurückgehaltenes Carmen dem gelehrten Freunde zur Begutachtung überſendet. Dieſen Verſen folgt Pirkheimer's artige Erwiderung und ein Hexaſtichon des Cochläus, welcher den traurigen Stoff in Gegenſatz zu der thebaniſchen, lesbiſchen und flacciſchen Poeſie ſetzt. Der Inhalt iſt der bekannte, hier und da geräth der Dichter ganz in die humaniſtiſche Ausdrucksweiſe, hier und da (wie bei der Schilderung der Vertreibung der erſten Menſchen) bekommt das Ge-

dicht dramatiſche Geſtalt, der Vertreiber wird ſprechend eingeführt, ſeine Rede iſt leidenſchaftlich gehalten. In ſapphiſcher Ode preiſt er Maria's Mutterſchaft, in choriambiſcher wendet er ſich an Jeſum, der in der Herberge geboren wird. Es folgen iambiſche Dimeter, eine Satire auf die Schänder der heiligen Orte, die nicht ohne Kraft iſt, eine Elegie des zum Leiden ſchreitenden Jeſus an ſeine Mutter; jeder einzelne Act der Marter wie der Auferſtehung wird dann in möglichſt abwechſelnden Versmaßen, die für die proſodiſche Gewandtheit des Dichters zeugen ſollen, beſungen, den Schluß bildet ein Gedicht über das jüngſte Gericht. Ein anderes Werk des Abtes: „Der Streit der Wolluſt mit der Tugend", wurde zu Wien 1515, alſo lange vor den Jeſuitendramen, aufgeführt. Es iſt einem Knaben, dem Grafen Nikolaus von Salm, gewidmet, deſſen Vater wegen ſeiner in Frankreich und Italien bewieſenen Tapferkeit und ſeiner Kenntniſſe in den ſchönen Wiſſenſchaften halber gerühmt wird. Der Abt gibt in der Dedication die beſten Lehren, mahnt zur Tugend und zum Studium der ſchönen Wiſſenſchaften, woher der rechte Adel komme. Freude habe es ihm gemacht, den kleinen Grafen wie ſo manche andere adelige Knaben durch ſein vor der Königin von Ungarn, Maria, und dem Cardinal Matthäus (Lang) aufgeführtes Spiel, an dem Manche Abgeſchmacktes auszuſetzen hätten, zur Begeiſterung für die Tugend und zu muthigem öffentlichen Auftreten veranlaßt zu haben. Dem Spiel geht eine Vorrede an die Zuſchauer voraus, dem ein Argument folgt, welches das Schiedsgericht Karl von Burgund, dem Enkel Maximilian's, überträgt. Hierauf beginnt der Preco:

Ir herren hoch von manchem ſtandt
Auf eer und tugend uns bekandt
Kurtzweyl wir euch zu dieſer Zeit
Erpieten und vil frolichkeit
Manch weg den menſchen hin und her
In Lebenszeit ia mit gefeer
Verleiten und des himelspan
Verſeelet wurt von manchem man.
Darumb das wolluſt heer geſelt
Und tugent wurdt zu ruck geſtelt

Zwitracht erhebt ſich da und dort
Venus, Pallas an keinem ort
Vergleichen ſich. Dy tugend ſtraft
Des menſchen hertz mit rat und kraſt
Das wir euch geben zu verſtan
In diſem ſpil yetz hebend an.
Her fur frau Venus und fur dich
Red ſelber und Latine ſprich.

Venus, Satan, Cupido einerſeits, Pallas andererſeits ſtreiten ſich um einen Jüngling, an dem aber alle Geſchoſſe Cupido's abprallen. Der Dialog iſt ſehr moraliſirend, mit mythologiſchem und geſchichtlichem Beiwerk verſehen, ſchlägt aber mitunter einen Ton an, der zeigt, daß man der Schamhaftigkeit der zuhörenden Frauen, — und Königin Maria verſtand ja Latein — wie der declamirenden Knaben manches zumuthete. Der Verlauf des erſten wie der folgenden zwei Acte iſt der einer Gerichtsſcene, der Herold tritt vor und ladet die Parteien, ſowie ihre Zeugen vor die Schranken, ſchließlich entſcheidet der Judex, worauf ein vierſtimmiger gemiſchter Chor (zu dem die Noten in der Ausgabe der disceptatio gedruckt ſind) den Schluß des Actes mit einem den Chorgeſängen der alten Tragödie vergleichbaren Liede bildet. Der zweite Act beginnt wieder mit einigen Worten des Preco:

Venus und Pallas mit gefecht
Auf ir furbringen ſuchen recht
Seintmal dy ſach ſo zwitracht ſtat
Und ydwe ſich verſehen hat
Zu Carolo von adel gros
Dem jüngling kaiſerlichs genos
Das eer entlich ein urteyl fell
Spricht Carolus ein ydwe ſtell
Ir zeugen: demnach gee ſententz
An gunſt und alle complacentz
Nun Venus dich mit fleiß ytz ruer
Und erſtlich deinen zeugen fuer
Haiſt Epicurus alzeit vol
Darnach mein Pallas thu ſo wol

Dein zeugnus ſtell haiſt Hercules
Ein man der tugend wol gemeß
Fach an Venus das ander teyl
Im ſpil ein ydwer ſchweyg dyweyl.

Venus führt nunmehr den Epikurus als ihren Zeugen auf, der aber vollgegeſſen und berauſcht, wie er iſt, ihr wenig nützt, Pallas ruft gegen ihn den Hercules auf, der vor dem Tribunal den Anteus, Geryon, die Amazone Hippolita, den Cakus bezwingt. Die Geſtalt des Epikur iſt roh und übertrieben gehalten, die Scenen zwiſchen Hercules und den Ungeheuern nicht ohne clownartige Derbheiten. Dem Preisgeſang auf Hercules folgt der dritte Act, den der Preco mit den Worten eröffnet:

Nach disputieren zweyer ort
Verherung auch der zeugen wort
Nachfolgen ſoll decisio
In dieſem ſchimpf pro tertio
Und etlich ſpruch nach rechtes laut
Wer hab verſchult zal mit der haut
Gerechtikheit vergolten werd
Mit gab und preys bequemt ſich ſer
Nun richter wolgeporner art
Von kindtheyt eer und zucht gelart
Belon und ſtraf wie pillich iſt
Gib urteyl ſtell nit weyter friſt.

Die Handlung wie das Intereſſe ſchrumpft in dieſem Theile ganz zuſammen, es mag nur bemerkt werden, daß, wie es die Narren in der mittelalterlichen Volkspoeſie und bei Shakſpeare zu thun pflegen, auch hier zwiſchen die ernſteſten Moralphraſen plumpe Aeußerungen des Cacus fallen. Es verſteht ſich, daß Hercules die Gelegenheit bei den Haaren herbeizieht, Kaiſer Maximilian und ſein ganzes Geſchlecht zu rühmen. Zum Schluſſe ſiegt, wie vorauszuſehen, die Tugend. Der Dichter aber wendet ſich mit einigen ſehr höflichen Worten und guten Wünſchen an das Publikum, zeichnet Königin Maria und Cardinal Matthäus in den üblichen Phraſen officieller Leerheit aus und lobt den Lehrer der namentlich angeführten Schüler, die in dem Spiele auftreten.

Digitized by Google

Chelidonius war auch mit Pirkheimer im herzlichſten Freundſchaftsverhältniſſe, Beweis dafür unter anderm ſchöne panegyriſche Verſe, in denen er die großen Kenntniſſe und die Liebenswürdigkeit Pirkheimer's rühmt und der Collectaneen der Alterthümer gedenkt, aus denen er genaſcht habe. In einem andern Schreiben aus dem Jahre 1519 empfahl er einen Theologen Dr. Leonhard, hofft auf Pirkheimer's Ueberſetzungen und ſpricht ſeine Freude aus, daß er ſich von der Geſandtſchaft nach Spanien losgemacht habe, da alle erkrankt ſeien, in Oeſterreich blühe das Räuberweſen, er fürchte noch Aergeres, von Stabius wiſſe man nichts. Auch von Quantitätsbeſtimmungen, über Lucian, Verlängerung des Termins ausgeliehener Bücher handeln die Briefe, die Zeugniß geben von dem Fleiße des Abtes, der nur in ſeinen Nebenſtunden ſich den Studien widmete und dabei oft von der Kälte des Bibliothekzimmers leiden mußte. Nach den vorhandenen Angaben merkt man nicht, daß andere Prälaten eine regere literariſche Thätigkeit entfaltet hätten, der Abt von Lilienfeld, Wolfgang (almi coenobii Druidarum in campis Liliacis) wird von Velocianus als Liebhaber und vorzüglicher Förderer der ſchönen Studien genannt, nach des Celtis Tode wünſcht er deſſen Epitaphe. Und auch im Stifte Kloſterneuburg, in dem Tichtel Hausarzt, Fabri Schulmeiſter war, ſcheint geiſtiges Leben geblüht zu haben; der Propſt Georg II. Hausmannsſtätter iſt ein Freund Cuspinian's, er bewog dieſen zur Abfaſſung ſeiner „Austria", aber ſchon Propſt Jacob I. (1485—1509) arbeitete mit Ladislaus Suntheim an den Geſchlechtstafeln der Babenberger, die er zu Baſel 1491 drucken ließ. Als ein charakteriſtiſches Denkmal, auch als Beiſpiel der leeren humaniſtiſchen Wortſpielereien mag da der Rede eines Thomas Stretzinger aus Korneuburg auf den heiligen Leopold (1513) gedacht werden. Ein Oktoſtichon Vadian's preiſt ſein Verdienſt, daß er Oeſterreichs Helden nicht im Dunkel laſſe. Daß der Verfaſſer Humaniſt war, zeigt ſofort die Dedicationsepiſtel, die mit Plato und Diogenes Laertius beginnt. Durch Plato's Wunſch, daß ſein Andenken in den von ihm herausgegebenen Büchern erhalten werde, ſieht ſich auch Stretzinger veranlaßt,

Digitized by Google

das Archiv zu Kloſterneuburg zu durchforſchen. In ſeiner ziemlich ſchülerhaften Rede, die von Citaten wimmelt (unter anderm von Boccaccio), und mit Gelehrſamkeit prunkt, vielfach aber auch an den Predigtton gemahnt, wird Leopold allen Größen des Alterthums vorgezogen, ſogar Fehler wie der des Abfalls mit dem Beiſpiel des Achilles entſchuldigt, kurz es fehlt nicht an jener nie ausſterbenden, aber immer widerwärtigen Speichelleckerei, ſogar gegen die Schatten der Mächtigen. Die Arbeit macht den Eindruck des Phraſenhaften, auch das Archivaliſche ſcheint ziemlich aus der Luft gegriffen, übrigens iſt es recht gut gemeint und machte, wie es ſcheint, einen vortrefflichen Eindruck.

---

Lehrreich iſt endlich auch eine Betrachtung der wiener Drucke im Anfange des 16. Jahrhunderts. Theologiſche Schriften, denen man den Einfluß der humaniſtiſchen Strömungen anſieht, erſcheinen in dieſer Zeit ſchon mehrfach; beſonders bedacht war Hieronymus, von deſſen Werken um 1500, 1511, 1516 mehrere erſchienen, 1520 kam eine Auswahl von ſeinen Briefen heraus, 1537 finden wir eine Ueberſetzung von Georgius Nyſſenus durch G. Trapezuntius verzeichnet, 1518 das Werk des Baſilius „De Ethnicorum libris legendis". Die Jura ſind ebenfalls nicht ganz karg vertreten, 1501 erſchien die „Introductio" des Favre von Eſtaples zur Ethik des Ariſtoteles, 1513 deſſen „Compendium phil. moral. ex Aristotele", 1511 der Dialogus Cicero's „De Amicitia", 1512 deſſen Buch „De officiis", im nächſten Jahre das „Spicilegium Philosophorum" von Hermann von dem Buſche, eine lateiniſche Ueberſetzung des Iſocrates „De regno gubernando" (1514), die Einleitung des Lionardo Aretino „In moralem disciplinam" (1515), mit einem Commentar von J. von Stobnicza, einem Polen, der ſpäter Franciscaner wurde, 1517 des Angelo Poliziano Lamia, eine lateiniſche Ueberſetzung von Theophraſt's Charakteren, 1519 Thomas Morus' „Utopia". Sehr häufig (1511, zweimal 1515, 1518) begegnen wir Cicero's „Somnium Scipionis", nicht minder

Stücken aus Plinius' „Naturalis historia“ (1513, 1514, 1519) u. ſ. w. Am dürftigſten iſt die Medicin von den Humaniſten bedacht, faſt nur Werke von Steinpeis ſind aufzuzählen; ſtärker ſind ſie in der Mathematik vertreten, wir finden die Namen Peuerbach und Heinrich Stromer, Perlach, Tanſtetter. In der Geſchichte ſind bis 1517 Salluſt, Florus, Juſtinus, Werke Cuspinian's, Diodor, Zonaras, Wimpfeling's „Expurgatio“, zu nennen, ferner kosmographiſche Bücher, wie Apulejus' „Epitome“, Pomponius Mela, Albertus Magnus „De natura locorum“, Tacitus' „Germania“, archäologiſche wie Feneſtella über die römiſchen Obrigkeiten, Donatus, Palaephatus, kritiſche wie Guarino's „jun. de docendi discendique modo“, Valla's „De libero arbitrio“, Petrarca's „Epistola de Inventionibus“. Unter den Grammatikern mögen die „Regulae grammaticales“ (1500), Perger's „Grammatica nova“ (1502 und 1513), Valla's „Elegantiae“, Guarino's „Bellum grammaticale“ (1512), unter den Poeten Perſius, Auſonius, Claudian, Euripides' „Hecuba“ und „Iphigenia“ in der Ueberſetzung des Erasmus, Ovid's „Ars amandi“, Epiſteln, Faſti; Horaz, Stabius, Plautus; daneben Balbi's, Reuchlin's und Vadian's Gedichte, unter rhetoriſchen Arbeiten die der Italiener Dati, Modeſto, Negri, Philelfo, und der Deutſchen Vadian, Stretzinger, Wunderl, Agricola, Aeſticampianus, Wimpfeling genannt werden. Die wackern wiener Buchdrucker, die in dieſen Jahren thätig waren, ſind natürlich auch alle eingewandert, es ſind Johannes Winterburger aus der Grafſchaft Sponheim, der von 1492—1519 druckte, dann der gelehrte Schleſier Hieronymus Victor (wahrſcheinlich hieß er Binder), der um 1546 ſtarb, ſehr ſchöne lateiniſche und griechiſche Drucke hatte und ſelbſt Latein ſchrieb, und der mit ihm eine Zeit hindurch verbundene Johannes Singrenius aus Oetting in Baiern, der wahrſcheinlich bei Victor gelernt hat und auch hebräiſche Drucke (1544) lieferte; im Jahre 1545 ſtarb er. Singrenius wie Victor ſind ſehr unterrichtete Drucker, die auch von den Gelehrten vielfach geprieſen werden und die wiener Typographie zu Ehren brachten.

Digitized by Google

Am 4. Februar 1508 war Celtis aus dem Leben geſchieden, in feierlichſter Weiſe wurde er beſtattet, ſein Leichnam an der äußern Oſtſeite des Stephansdomes beigeſetzt, wo noch heute die Grabſchrift zu leſen iſt, die ihm die Freunde Johannes Krachenberger, Martinus Capinius, Andreas Stiborius, Thomas Velocianus und Stephanus Roſinus geweiht.

Zahlreich waren die literariſchen Gaben, die Epitaphe und verherrlichenden Epigramme, in denen die Freunde und Verehrer den Geſchiedenen feierten. Thomas Velocianus drückte ſeinen Schmerz und ſein Dankgefühl in würdiger Weiſe aus, er gab die Oden und Epoden des Freundes heraus und verſah das Büchlein mit einer Vita des Verſtorbenen und mehrern ihn preiſenden Gedichten. So verſchieden auch die Formen und Bilder, in denen Camers, Cuspinian, Velocianus und andere Celtis' Hingang beklagen, ſo ſeltſam oft die Erfindungen und Ergüſſe, in denen ſie den Dichter preiſen, in einem ſind ſie doch einig: in dem klaren Gefühl des unerſetzlichen Verluſtes, den nur der Gedanke an die dem Freunde unentreißbare Unſterblichkeit etwas mildern kann. Aber auch der ſpätere Forſcher, der ſich in den Humaniſtenkreiſen Wiens eingelebt, hat die Empfindung, daß mit Celtis der Bannerführer der frohen freien Schar geſtorben, die Mittagshöhe der geiſtigen Cultur vorüber, für lange vorüber war.

# Friedrich der Große

## im Jahrzehnt vor dem Siebenjährigen Kriege.

Von

Dr. Reinhold Koſer in Berlin.

Digitized by Google

Glücklich die, ſchreibt Friedrich II. 1754 an einen ſeiner Geſandten, dem er den Austritt aus dem diplomatiſchen Dienſte geſtattet, „glücklich die, welche in einem gewiſſen Alter ſich von den Geſchäften zurückziehen können, und mir perſönlich ſcheint dieſes Glück um ſo höher, je mehr ich fürchte, es niemals zu genießen. Entwürfe, Sorgen und Hemmniſſe, das iſt das Ganze, was menſchliche Größe bietet. Wenn man einigemal in dieſe Zauberlaterne geſchaut, ſo hat man genug zum Ueberdruß, aber wehe dem Savoyarden, der ſie zu tragen hat; alle unſere Mühen bezwecken oft nur, Menſchen glücklich zu machen, die es nicht ſein wollen, und das ungewiſſe Los der Zukunft zu regeln, die alle unſere Entwürfe umſtößt“.[1]

Eine melancholiſche Klage am Vorabend einer Kataſtrophe, welche die alte Wahrheit von der Unzulänglichkeit aller Vorſicht und alles Vorbauens in erſchütternder Weiſe neu erhärten ſollte. Das Ergebniß der Friedenspolitik eines Jahrzehnts war ein Krieg von faſt gleicher Dauer. Die diplomatiſche Arbeit der zehn Friedensjahre, für die das nulla dies sine linea im eigentlichſten Sinne gilt, war vergebens gethan; alle die Mühen und Sorgen, deren der tapfer ausharrende Mann in warmer Pflichttreue für den Frieden und die Sicherheit ſeines Staates ſich nicht hatte dauern laſſen, der ſchwergebeugte Greis vermochte ihrer ſpäter nur mit eiſiger Verächtlichkeit zu gedenken und

[1] An Lord Marſchall in Paris, 31. März 1754.

Digitized by Google

bezeichnete die Erfolgloſigkeit ſeiner Politik vor dem Siebenjährigen Kriege als einen unwürdigen Gegenſtand für die Geſchichtſchreibung.[1]

Er ließ in der Geſchichte ſeiner Zeit, die er ſelbſt verfaßte, ein leeres Blatt; der deutſchen Geſchichtſchreibung liegt es zum größten Theile noch ob, daſſelbe auszufüllen. Die traditionelle Geſchichte weiß aus jener Zeit der Windſtille, die in Europa dem wilden Kriegsſturme der ſieben Jahre vorausging, nur von den Juſtizreformen und den Landesmeliorationen des preußiſchen Königs zu erzählen, von ſeiner kunſtſinnigen Bauthätigkeit, von ſeinem Schwelgen in literariſch-äſthetiſchem Genuſſe. Seiner auswärtigen Politik geſchieht dabei kaum Erwähnung. Das Gewerbe des Diplomaten kann in gewiſſer Beziehung undankbar erſcheinen, er arbeitet unſichtbar, ſein Platz im Welttheater iſt hinter den Couliſſen. Die großen Staatsactionen der Congreſſe und Friedensſchlüſſe, die ſeinen Namen bekannt machen, folgen ſich vereinzelt in weiten Zwiſchenräumen und in den entſcheidenſten Augenblicken des Völkerlebens wird ſein Antheil an den Ereigniſſen meiſt von dem blendenden Siegesglanze der Feldherren verdunkelt. Will aber ſein Glück, daß auch ihm ein Haupttreffer an Preis und Ehren zum Loſe fällt, ſo wird der erworbene Ruhm gar leicht veralten. Das Verdienſt des Diplomaten erſcheint dann als ein einmaliges, es gehört der Vergangenheit an, während die Gunſt und Anerkennung des Augenblickes nur dem gegenwärtigen, friſchen Verdienſte ſich zuwendet. Vergeſſen wird, daß nach den Friedensſchlüſſen und nach den äußerlich ſichtbaren Erfolgen für den Diplomaten eine neue, vielleicht mühevollere Arbeit beginnt, daß der Friede nicht blos gemacht, ſondern auch erhalten werden will, daß es oft ſchwerer iſt, Erfolge zu behaupten als zu gewinnen, und daß, wenn der Krieger von der Walſtatt in die Friedensquartiere heimkehrt, die Diplomatie ohne Ablöſung alle Zeit im Felddienſt und auf Beiwacht bleiben muß.

[1] „Oeuvres de Frédéric le Grand“, IV, 13.

Inmitten ſeines diplomatiſchen Vorpoſtendienſtes nach den Erfolgen der beiden erſten Schleſiſchen Kriege zeigt uns König Friedrich den Großen, den gekrönten Diplomaten, jetzt ſeine im Erſcheinen begriffene „Politiſche Correſpondenz“. Verſuchen wir, uns in allgemeinen Umriſſen ein Bild von den verſchlungenen Staatshändeln der zehn Friedensjahre zu entwerfen. Wir verweilen nur einen Augenblick bei der Zuſchauerpolitik Friedrich's während der drei Jahre, da der Krieg, aus dem er ſich nach der Einnahme von Dresden zurückgezogen, zwiſchen den alten Großmächten noch andauerte; wir verweiſen die Leſer, die das ganze Maſchennetz der preußiſchen Politik während der Jahre 1746—48 vor ſich ausgebreitet ſehen wollen, auf die Darſtellung des Schlußactes des Oeſterreichiſchen Erbfolgekrieges, welche wir aus der Feder eines Altmeiſters preußiſcher Hiſtoriographie unlängſt erhalten haben.[1] Wir werden auch des weitern die Beziehungen Preußens zu den einzelnen Mächten nicht Schritt für Schritt in ihren Abwandlungen begleiten; wir concentriren unſere Aufmerkſamkeit auf die Stellung des preußiſchen Königs zu den allgemeinen europäiſchen Fragen, welche ſeit dem Frieden von Aachen nach- und nebeneinander die Politik der Cabinete beſchäftigten.[2]

---

[1] J. G. Droyſen, „Geſchichte der preußiſchen Politik“ (Thl. 5, Bd. 3, Leipzig 1881).

[2] „Politiſche Correſpondenz Friedrich's des Großen“, Bd. 5 (1746 bis 1747); Bd. 6 (Januar 1748 bis Juni 1749); Bd. 7 (Juli 1749 bis Juli 1750); Bd. 8 (Juli 1750 bis December 1751). Für die Fortſetzung der Publication hat Verfaſſer die Acten des berliner Archivs bis zum Beginn des Siebenjährigen Krieges vollſtändig durchgearbeitet und für den folgenden Verſuch mithin verwerthen können. Zur Ergänzung der preußiſchen Archivalien dienten die Acten über die Beziehungen Frankreichs zu Preußen von 1746 bis 1756, deren Benutzung mir im Archiv des auswärtigen Miniſteriums zu Paris freiſtand. Die Mittheilungen Arneth's und Beer's aus den öſterreichiſchen Acten werden weſentlich vervollſtändigt durch die im berliner Archiv befindlichen Intercepte der Correſpondenzen öſterreichiſcher Diplomaten. Die Publicationen aus den nachgelaſſenen Papieren der leitenden Staats-

Digitized by Google

## Ausgang des Oeſterreichiſchen Erbfolgekrieges.

König Friedrich ſpricht am 11. Juni 1746 in einem Schreiben an ſeinen Cabinetsminiſter Podewils von ſeinem „jetzigen Syſtem“; es iſt das Syſtem, das er dem Miniſter ein paar Tage vorher mit den Worten angedeutet hatte: „Ich werde mich weder in die polniſche noch in andere Sachen einlaſſen; dieſes iſt der Plan, den ich mir jetzo gemachet habe, und werde alſo die Sachen gehen laſſen, wie ſie wollen und können, da hoffe ich am weiteſten und am beſten damit zu kommen.“ [1]

Friedrich hat bis zum Aachener Frieden dieſe Politik eingehalten, die Politik der ſtricten Neutralität. Sie war durchführbar, ſolange der Krieg noch anhielt, an dem Preußen nicht mehr theilnahm, den es aber durch eine neue Schilderhebung für die eine oder die andere Partei entſcheiden zu können ſchien. England und Frankreich, die noch immer als die beiden Vormächte in Europa galten, hatten gleichmäßig ein Intereſſe, es mit Preußen nicht zu verderben, den neutralen Zuſchauer nicht in das gegneriſche Lager zu treiben. Dieſe Mittelſtellung zwiſchen den beiden in Waffen ſtehenden Vormächten gab der preußiſchen Politik einſtweilen ihre Stärke.

So verwand Frankreich den preußiſchen Separatfrieden von 1745, es nahm die Weigerung König Friedrich's hin, im franzöſiſchen Intereſſe die Vermittelung zwiſchen den kriegführenden Mächten zu übernehmen, es machte gute Miene zu Friedrich's Abneigung, ſein Bündniß mit Schweden zu einer Tripleallianz unter Betheiligung Frankreichs zu erweitern. Kaum aber ſah Frankreich nach dem Abſchluß der Aachener Friedenspräliminarien der bisherigen Rückſicht gegen Preußen ſich über-

---

männer Englands, Pelham, Newcaſtle, Cheſterfield, Bedford, vermögen ein irgendwie abſchließendes Bild von der engliſchen Politik jener Zeit nicht zu geben; für die perſönliche Politik Georg's II. bot das hannoveriſche Archiv einiges Material.

[1] „Politiſche Correſpondenz“, V, 104, 106.

Digitized by Google

hoben, ſo begannen noch am Orte des Friedenscongreſſes ſelbſt Verhandlungen des franzöſiſchen Bevollmächtigten Saint-Severin mit Kaunitz, dem Vertreter der Kaiſerin Maria Thereſia, in denen ein Compromiß zwiſchen den Höfen von Wien und Verſailles behufs Vertreibung des Königs von Preußen aus Schleſien in Betracht gezogen wurde. Aus Aachen zurückgekehrt, zeigte Saint-Severin, der jetzt in das Miniſterium eintrat, gegen Preußen eine oſtentative Zurückhaltung; er erſuchte den preußiſchen Geſandten im December 1748 um die Einſtellung ſeiner Beſuche, da dieſelben den Vertretern anderer Mächte Anſtoß geben könnten.[1]

Auch das Verhältniß Preußens zu England hatte ſich damals nach manchen Abwandlungen ſehr ungünſtig geſtaltet. Lord Harrington hatte 1745 den Frieden vermittelt, England hatte 1746 für Preußens neue Erwerbung die Garantie übernommen. Auch Harrington's Nachfolger, Graf Cheſterfield, den König Friedrich als ſeinen perſönlichen Freund betrachtete, ließ ſich die Pflege der Beziehungen zu Preußen aufrichtig angelegen ſein, und der Herzog von Newcaſtle, dem Cheſterfield ſchon 1748 den Platz räumte, ſchien vorerſt den Traditionen ſeiner Vorgänger treu bleiben zu wollen. Eine Defenſivallianz mit Preußen wurde in Ausſicht genommen, die Verhandlungen waren bereits im Gange.

Aber Preußens Verhältniß zu England erſchwerte der territoriale Gegenſatz in Norddeutſchland zwiſchen Brandenburg und Hannover und die perſönliche Geſpanntheit der beiden Könige; vor allem aber Georg II. mit ſeiner Doppelpolitik als hannoveriſcher Kurfürſt und engliſcher König. Wenn der engliſche König ſich im Auguſt 1745 durch die Convention von Hannover verpflichtet hatte, den wiener Hof zum Friedensſchluſſe mit Preußen zu veranlaſſen, ſo ließ der hannoveriſche Kurfürſt die Annahme des Friedens heimlich abrathen und ließ ſich ſeinen Antheil an der Preußen abzunehmenden Beute zuſichern. Wenn der eng-

[1] „Politiſche Correſpondenz“, VI, 328.

Digitized by Google

liſche König verſprochen hatte, dem ruſſiſchen Hofe die Uebernahme der Garantie für Schleſien zu empfehlen, ſo ließ der hannoveriſche Kurfürſt aus ſeiner deutſchen Kanzlei den engliſchen Botſchafter in Petersburg mit geheimen Weiſungen verſehen, laut deren er die ruſſiſche Garantie zu hintertreiben hatte. [1]

Sir Heinrich Legge, der engliſche Geſandte in Berlin, der im Mai und Juni 1748 den Gedanken einer nähern Verbindung zwiſchen Preußen und England mit großer Lebhaftigkeit ergriffen hatte, drückte nach einem Beſuche am Hofe zu Herrenhauſen einem preußiſchen Diplomaten ſein Bedauern darüber aus, daß ſein König während des Sommers nach Hannover gekommen ſei, ſonſt würde alles zwiſchen Preußen und England ſchon auf einem guten Fuße ſein. [2] Der König von Preußen war zu der Annahme geneigt, daß das anfängliche Entgegenkommen Englands vor allem den Zweck gehabt habe, einen moraliſchen Druck auf den wiener Hof auszuüben und deſſen Beitritt zu den zwiſchen den beiden Weſtmächten einſeitig vereinbarten Friedenspräliminarien herbeizuführen. [3]

Das Bündniß mit England hätte für Friedrich eine erhöhte Bedeutung gewonnen im Hinblick auf Rußland. Mit dem ruſſiſchen Hofe ſeit 1745 überworfen, bezeichnete Friedrich doch noch 1746 Rußland als die Macht, deren Freundſchaft die preußiſchen Herrſcher ſtets zu pflegen haben würden. [4] An dem böſen Willen des Nachbarn im Oſten ließ der öſterreichiſch-ruſſiſche Vertrag von 1746 [5] keinen Zweifel mehr. Aber Ruß-

[1] Nach der Correſpondenz Georg's II. mit dem hannoveriſchen Geheimrathscollegium und des Lords Hyndford in Petersburg mit den hannoveriſchen Miniſtern Steinberg und Grote (1745 bez. 1746). (Archiv zu Hannover.)

[2] Droyſen, „Geſchichte der preußiſchen Politik", V, 3., 486. „Politiſche Correſpondenz", VI, 201.

[3] „Politiſche Correſpondenz", VI, 170.

[4] Posner, „Histoire de mon temps" von 1746, S. 302.

[5] Lord Hyndford ſchreibt über dieſen Vertrag an den hannoveriſchen Miniſter von Steinberg, Petersburg, 10. Juni 1746: „La

Digitized by Google

land galt als abhängig von England. Durch Rußland vermochte England auf Mitteleuropa zu drücken, die Alliirten Frankreichs im Rücken zu bedrohen; andererſeits ſchien Rußlands Militärmacht unterbunden, ſobald England ihm ſeine Subſidien verweigerte. Durch den Subſidienvertrag vom 11. Juni 1747 hatte die ruſſiſche Kaiſerin ihre Kerntruppen zur Verfügung Englands und Hollands geſtellt. Wenn Anfang 1748 ſich ein ruſſiſches Corps von 30000 Mann nach dem Rhein zu in Bewegung ſetzte, um an dem Kriege gegen Frankreich theilzunehmen, ſo ſah Friedrich in dem Soldverhältniß dieſer Truppen zu den Seemächten eine Garantie dafür, daß ſich die ruſſiſchen Regimenter nicht plötzlich zum Angriff gegen Preußen wenden würden.[1] Friedrich's Rechnung war: „So lange Rußland mit England gut ſteht und England mit mir, wird der wiener Hof niemals zu ſeinem Ziele gelangen."[2]

Nachdem nun der Wind in Hannover ſo ſcharf umgeſetzt hatte und nachdem eine hochgradige Gereiztheit zwiſchen Preußen und England eingetreten war, konnte der ſtarke engliſche Einfluß in Rußland nur nachtheilig für Preußen ſich geltend machen.

Wenn eben jetzt die Feinde des Königs von Preußen, Rußland und Oeſterreich, ſich zum Angriff erhoben, wo konnte der Angegriffene, mit England geſpannt, von Frankreich vernachläſſigt, auf Hülfe rechnen? Es ſchien, daß der Angriff nicht ausbleiben ſollte.

---

part ostensible de ce traité, et qui sera communiqué à toutes les cours, ne contient qu'un renouvellement de l'ancien, avec quelque peu de différence et qui ne regarde aucunement la présente guerre; mais comme son principal but est contre le roi de Prusse, pour lui ôter la Silésie et pour mettre des bornes, à l'avenir, à l'ambition de ce prince dangereux, il est stipulé" u. ſ. w. (Archiv zu Hannover.)

[1] Vgl. meinen Aufſatz „Preußen und Rußland" („Preußiſche Jahrbücher", XLVII, 304).

[2] „Politiſche Correſpondenz", V, 153.

## Die Nordiſche Frage (1749—1751).

Als ſich die 30000 Ruſſen, welche die Kaiſerin Eliſabeth den Seemächten für ihre Subſidien zu ſtellen hatte, nach dem Rhein zu in Marſch ſetzten, meinte König Friedrich, daß damit Schweden die volle Freiheit der Action für eine Veränderung der Staatsform im monarchiſchen Sinne gewonnen habe, daß Rußland nach Entſendung ſeiner beſten Truppen nach dem Weſten Europas auf eine Einmiſchung in die innern Angelegenheiten Schwedens werde verzichten müſſen.

Und doch trug ſich gerade jetzt der ruſſiſche Kanzler Beſtuſhew mit dem Plane zu einem Offenſivkriege gegen Schweden. Graf Beſtuſhew ließ den wiener Hof zu einer Allianz einladen, an der außerdem die Könige von England und Dänemark, der erſtere auch als Kurfürſt von Hannover, theilnehmen ſollten; wie Hannover ſollten endlich von deutſchen Staaten noch Sachſen und Heſſen-Kaſſel beitreten. Des ruſſiſchen Kanzlers Abſicht war, „Schweden ohne vieles Warnen in der Geſchwindigkeit mit Krieg zu überziehen“.[1] Die Lockung, mit der Beſtuſhew den öſterreichiſchen Hof für ſeinen Plan gewinnen zu können glaubte, war der Hinweis auf die günſtige Gelegenheit zur Wiedererwerbung von Schleſien. Der Kanzler nahm als ſicher an, daß der König von Preußen, ſeit dem 29. Mai 1747 Schwedens Verbündeter, dem Angriffe gegen Schweden nicht zuſehen werde; dann erhielt Oeſterreich an der Hand des petersburger Vertrages von 1746 einen formellen Anlaß, die Feindſeligkeiten gegen Preußen zu eröffnen.

Die öſterreichiſche Staatsconferenz, in welcher der ruſſiſche Plan erörtert wurde, ſprach ſich einhellig für völlige Fernhaltung aus; durch ein Reſcript vom 5. Auguſt 1748 wurde der Botſchafter in Petersburg, Graf Bernes, in dieſem Sinne beſchieden.

---

[1] Denkſchrift von Kaunitz bei Beer, Aufzeichnungen des Grafen Bentinck, S. XLVIII.

Digitized by Google

Wir hören, daß der wiener Hof nach der Abſage „beſchwichtigende Schritte“ in Petersburg thun zu müſſen glaubte[1], um durch ſeine ablehnende Haltung gegen die Wünſche Rußlands die ruſſiſche Bundesgenoſſenſchaft nicht zu verlieren. Dieſes nachträgliche Einlenken Oeſterreichs konnte nicht dazu beitragen, den ruſſiſchen Kriegseifer abzukühlen. Es kam darauf an, wie die andern Theilnehmer, auf die Beſtuſhew rechnete, den Plan des Kanzlers aufnahmen.

Beſtuſhew ſetzte voraus, ſo wenigſtens ſagte er dem öſterreichiſchen Botſchafter, daß England an einem etwaigen Kriege gegen Schweden directen Antheil nehmen werde.[2]

Zu der nämlichen Zeit, da von Petersburg aus Bundesgenoſſen für die Offenſive geworben wurden, betrieb man zu Hannover den Plan eines großen Defenſivbundes. Den König von England begleitete 1748 bei dem Beſuche des welfiſchen Kurlandes als Vertreter des engliſchen Miniſteriums der Herzog von Newcaſtle, der eitle und unfähige Staatsmann, welcher nur infolge ſeines ausgedehnten Grundbeſitzes, ſeines Einfluſſes auf eine große Anzahl Burgflecken Jahrzehnte hindurch in der engliſchen Staatsverwaltung eine maßgebende Stellung eingenommen hat. Newcaſtle ließ ſich in Herrenhauſen von den hannoveriſchen Miniſtern feiern, aber zugleich leiten. Ein ebenſo wenig correct parlamentariſcher Miniſter wie Lord Granville, den er 1744 hatte ſtürzen helfen, fragte der Herzog ſeine Collegen in London nicht viel um ihre Meinung, wenn er jetzt unmittelbar nach dem Abſchluß des Aachener Friedens mit ſeinem großen Allianzproject hervortrat. Er nahm eine Vereinigung der Seemächte und der beiden Kaiſerhöfe in Ausſicht, unter Hinzuziehung Sachſens und anderer deutſcher Fürſten. In Wien fand der Vorſchlag des engliſchen Staatsſecretärs großen Beifall.[3] Man glaubte von Allianzverhandlungen

[1] Vgl. Beer, S. CV.
[2] Ebend., S. XLV.
[3] Ebend., S. LXXVI.



Digitized by Google

zwiſchen Frankreich, Preußen, Schweden und der Pforte zu wiſſen, zum Schutze Schwedens gegen Rußland und Rußlands Helfer; dieſer Coalition ſollte das von Newcaſtle geplante Bündniß die Wage halten.

Damit war für die Plane des ruſſiſchen Großkanzlers und des britiſchen Staatsſecretärs der Berührungspunkt gefunden, die Nordiſche Frage. Die Politiker in Wien mochten das engliſche Project immerhin als Garantie des Friedens preiſen; aber durfte nicht Graf Beſtuſhew mit demſelben Rechte darin eine Förderung ſeiner Aggreſſivpolitik erblicken? Englands Verhalten gegen Schweden während der letzten Jahre mußte ihn in ſeiner Hoffnung, die Unterſtützung Englands für ſeine Abſichten zu gewinnen, beſtärken. Im Frühjahr 1747 hatte Lord Cheſterfield als engliſcher Staatsſecretär in Petersburg zur Intervention in Schweden, zur Beſeitigung der Herrſchaft der „Hüte“ auffordern laſſen.[1] Und Cheſterfield vertrat die gemäßigte Richtung im engliſchen Miniſterium: wird ſich ſein Nachfolger Newcaſtle weniger weit mit Rußland eingelaſſen haben?[2] Es hieß Oel ins Feuer gießen, wenn von engliſcher Seite in Petersburg die Mittheilung gemacht wurde, daß zwiſchen Preußen und Schweden eine geheime Convention behufs Aenderung der ſchwediſchen Regierungsform geſchloſſen ſei[3], eine Nachricht, die doch vollſtändig aus der Luft gegriffen war.

Der große hannoveriſche Plan ſcheint indeß ſchon mit New-

---

[1] Cheſterfield an Hyndford, 13. Februar 1747. Mittheilung aus dem „State Paper Office“, bei Malmſtröm, „Sveriges Politiska Historia“, III, 235, Anm.

[2] Marquis Valory berichtet als franzöſiſcher Geſandter zu Hannover am 31. Mai 1750 an den Miniſter Marquis Puyzieulx: „Je crois le duc de Newcastle un peu embarrassé sur les moyens de se tirer d'affaire avec Bestushew. Les apparences sont qu'il a autrefois secondé ou approuvé les desseins du ministre russe. Peut-être même l'a-t-il flatté de secours s'il entreprenait a guerre contre la Suède.“ („Mémoires de Valory“, I, 397.)

[3] Vgl. Beer, S. CVII.

Digitized by Google

caſtle's Rückkehr nach London zu den Acten gelegt worden zu ſein.[1] Gar ſehr verſtimmte es in Rußland, daß England mit dem Beitritt zu der ruſſiſch-öſterreichiſchen Allianz von 1746 zögerte; man hielt es unter der eigenen Würde, bei dieſer Zurückhaltung Englands die Verlängerung der Subſidienconvention vom Juni 1747 zu beantragen[2], und Graf Kaunitz wird das Richtige getroffen haben, wenn er in ſeiner Denkſchrift für die Kaiſerin-Königin[3] die Anſicht ausſprach: „England reizt Rußland ſehr zum Kriege, denkt aber nicht daran, ſich zu betheiligen."

Eine ſehr hervorragende Rolle war in Beſtuſhew's Plane Schwedens altem Nebenbuhler Dänemark zugedacht, deſſen König 1743 bei der ſchwediſchen Thronfolgerwahl gegen Adolf Friedrich von Holſtein als Mitbewerber aufgetreten war. Dänemark ſollte, wie man ſich ausdrückte[4], das Eis brechen, und Beſtuſhew ſchien entſchloſſen, im Nothfalle mit Dänemark allein zum Angriffe gegen Schweden zu ſchreiten. Der öſterreichiſche Botſchafter in Moskau hielt dafür, daß es von dem Erfolg der däniſch-ruſſiſchen Verhandlungen abhängen dürfe, ob Rußland ſich getrauen werde, mit Schweden anzubinden.[5] Die Mittheilung von der Abſicht Rußlands, den ſchwediſchen Kronprinzen von der Thronfolge auszuſchließen und eine Neuwahl zu Gunſten des Prinzen Friedrich von Heſſen, des Schwiegerſohnes Georg's II. von England und Schwagers Friedrich's V. von Dänemark, durchzuſetzen, iſt in Kopenhagen Ende 1748 erfolgt; Dänemark wurde aufgefordert, gemeinſame Sache mit Rußland zu machen.[6] Im Intereſſe des Gelingens der Verhandlungen

[1] Wenigſtens ſpricht Bartenſtein in ſeiner von Beer, S. 133, mitgetheilten Denkſchrift von dem „zu Hannover ſo ſehr erhobenen, zu London aber nachher in Abrede geſtellten Vorſchlag eines bewaffneten großen Bündniſſes".

[2] Bernes an Ulfeld, Moskau, 10. März 1749. (Berliner Archiv.)

[3] Beer, S. XLVI.

[4] Ebend., S. CIII.

[5] Bernes an Ulfeld, Moskau, 14. April 1749. (Berliner Archiv.)

[6] Vgl. Malmström, „Sveriges Politiska Historia från Carl XII. död", III, 323. (Nach Acten des däniſchen Geheimarchivs.)

Digitized by Google

ließ Beſtuſhew in Wien den Wunſch ausſprechen, einen kaiſerlichen Geſandten in Kopenhagen erſcheinen zu ſehen.[1]

Des langen Verhandelns überdrüßig, verſuchte der ruſſiſche Kanzler im März 1749 die Verbündeten Rußlands zu einer bindenden Aeußerung zu drängen. Eine Note, die er am 25. März den Vertretern Oeſterreichs, Englands und Sachſens zuſtellen ließ, forderte eine beſtimmte Erklärung, ob Rußland im Falle eines Krieges mit Schweden auf allianzmäßige Hilfe rechnen dürfe.[2]

Inzwiſchen aber hatte bereits die Gegenaction der Freunde Schwedens eingeſetzt.

---

Von den Verhandlungen des Herzogs von Newcaſtle in Hannover erhielt der König von Preußen noch im November 1748 Kenntniß. Dem aufmerkſamen und argwöhniſchen Auge ſeines Geſandten von Klinggräffen war nicht entgangen, daß die Vertreter von Sachſen, Oeſterreich und Rußland Tag für Tag untereinander und mit Newcaſtle conferirten.[3] Unverzüglich warnte Friedrich in Paris vor dem Plane Englands, durch eine mächtige Liga im Reiche Frankreich von ſeinem Einfluß auf die europäiſchen Angelegenheiten auszuſchließen.[4] Den Ausbruch eines Krieges im Norden glaubte Friedrich damals, wie er am 24. Nov. an die ſchwediſche Kronprinzeſſin ſchrieb[5], noch nicht befürchten zu müſſen. Immerhin ließ er die ihm durch Klinggräffen aus London zugeſendete Meldung, daß die nordiſche Frage der Gegenſtand aller politiſchen Unterhaltungen ſei, nicht ganz unbeachtet.[6] Nicht lange darauf wußte der ſchwediſche

---

[1] Bernes an Ulfeld, Moskau, 24. Februar und 3. März 1749. (Berliner Archiv.)

[2] Bernes an Ulfeld, Moskau, 31. März 1749. (Berliner Archiv.) Vgl. dazu Beer, S. CIX, Anm.

[3] „Politiſche Correſpondenz“, VI, 294.

[4] Ebend., S. 290, 297.

[5] Ebend., S. 295.

[6] Ebend., S. 297.

Digitized by Google

Geſandte in Wien, Graf Barck, wie dem Vertreter Preußens in Stockholm Mitte Januar 1749 officiell eröffnet wurde, von einem förmlichen Actionsplan zu berichten, der, zu Hannover feſtgeſtellt, die Ausſchließung der gottorpiſchen Prinzen Adolf Friedrich und Peter von der Thronfolge in Schweden und Rußland bezwecken ſollte. Friedrich ließ es dahingeſtellt, wie weit der ſchwediſche Diplomat ſeine ſenſationelle Entdeckung nur ſeinen Conjecturen verdanke, verkannte indeß nicht, daß, „wenn viele Perſonen einerlei Conjecturen hätten, ſolches einen gewiſſen, ſehr wahrſcheinlichen Grad von Probabilité erhielte“.[1] Noch bevor das ſchwediſche Miniſterium mit dem Hinweiſe auf ſo beunruhigende Gerüchte ihn zu Vorſtellungen in Paris aufforderte, hatte Friedrich dort von neuem warnen laſſen, und kaum ein Poſttag verging ſeitdem, daß er ſeine Mahnungen nicht wiederholte. Hatte man in Berlin und Stockholm bisher den Herzog von Cumberland, den zweiten Sohn des engliſchen Königs, als ſchwediſchen Thronprätendenten betrachtet, ſo berichtete jetzt, am 28. Januar, Klinggräffen, der nach der Rückkehr von Hannover in London ſeine Argusthätigkeit mit Erfolg fortſetzte, daß Friedrich von Heſſen neben dem engliſchen Prinzen genannt werde.[2] Wir ſehen, daß der preußiſche Geſandte mit ſeinen Informationen auf durchaus richtiger Fährte war. Wieder einige Wochen ſpäter las König Friedrich in einer aufgefangenen Depeſche aus Moskau[3] ſchwarz auf weiß, daß die Zarin perſönlich ihren beharrlichen Vorſatz ausgeſprochen habe, den Prinzen von Heſſen auf den ſchwediſchen Thron zu ſetzen.

Die Vorſtellungen Preußens und Schwedens in Verſailles blieben nicht ohne Wirkung, Frankreich erwachte aus ſeiner Theilnahmloſigkeit und begann zu reden; noch im Februar erfolgte an die Höfe von Kopenhagen, London und Wien die Erklärung, daß Ludwig XV. einem Angriffe auf Schweden nicht ruhig werde zuſehen können.

---

[1] „Politiſche Correſpondenz“, VI, 354.

[2] Ebend., S. 369.

[3] Bernes an Ulfeld, Moskau, 3. März 1749. (Berliner Archiv.)

Digitized by Google

Anfang März war der König von Preußen von dieſem Schritte benachrichtigt. Was er gerade in dieſen Tagen neuerdings über die Plane der Gegner erfuhr, ſteigerte ſeine Beſorgniß auf das höchſte und veranlaßte ihn, nunmehr auch ſeinerſeits aus ſeiner Zurückhaltung herauszutreten. Aus Norwegen[1] und Finnland ebenſo wie aus Mähren und Böhmen liefen immer neue Nachrichten von Truppenzuſammenziehungen ein, aus London aber meldete Klinggräffen, daß ein ruſſiſcher Kurier die Nachricht von der bevorſtehenden Eröffnung der Feindſeligkeiten durch Rußland überbracht habe und daß darauf von England die Entſendung einer Flotte in die Oſtſee verſprochen ſei. „Man muß ſich auf den Krieg gefaßt machen und ihn für dieſes Jahr als unvermeidlich betrachten", ſchrieb Friedrich an ſeine Schweſter nach Stockholm; „allem Anſcheine werde ich zu derſelben Zeit angegriffen werden wie Schweden."[2]

Friedrich ſchickte ſich an, ſeine Feinde zu empfangen. Dem Miniſter Münchow in Breslau äußerte er ſeine Beſorgniß, daß er im Mai zu den Revuen in Schleſien „mit einer weit ſtärkern Suite" kommen werde, als er geglaubt oder gehofft habe.[3] Alle Vorbereitungen zum Kriege im Umfange einer modernen Mobilmachung wurden getroffen. Während überall in den Garniſonen die Regimenter ſich zum Ausmarſche fertig machten, entwarf der König die Liſten für die Verſammlung der drei Heere, die er aufzuſtellen gedachte; er ſelbſt würde das Commando über die Hauptarmee übernommen haben, welche in der Stärke von 61 Bataillonen und 141 Escadrons von Schleſien aus nach Böhmen vordringen ſollte, um ſich dort mit einem aus Sachſen kommenden Corps von 63 Bataillonen und 85 Schwadronen unter dem Feldmarſchall Keith zu vereinigen. Von dem Verſuche, die Provinz Preußen zu halten, glaubte Friedrich ab-

---

[1] Im Reichsarchiv zu Chriſtiania fand Malmſtröm („Sveriges Politiska Historia", III, 331, Anm.) die auf die Vorbereitung des Angriffes gegen Schweden bezügliche Correſpondenz zwiſchen dem däniſchen Miniſter Berckentin und dem General Arnold.

[2] „Politiſche Correſpondenz", VI, 425.

[3] Ebend., S. 405.

Digitized by Google

ſehen zu müſſen; ſchon am 6. März benachrichtigte er den General von Lehwaldt[1] in Königsberg von ſeinem Entſchluſſe, Preußen zu räumen. Der General hatte alle Anſtalten zu treffen, um auf gegebenen Befehl mit der ganzen im Lande befindlichen Truppenmacht ohne Verzug aufbrechen und den Uebergang über die Weichſel innerhalb ſechs Stunden ausführen zu können; in Pommern ſollte er dann zu einer unter der Führung des Prinzen von Preußen aufzuſtellenden Armee ſtoßen.

Inmitten ſeiner kriegeriſchen Maßnahmen war Friedrich entſchloſſen, ſich in den Grenzen der ſtrengſten Defenſive zu halten und ſelbſt nach einem ruſſiſchen Angriffe auf Schweden die Eröffnung directer Feindſeligkeiten gegen Preußen abzuwarten. Er ließ in Verſailles erklären, daß er für den Fall eines ruſſiſch-ſchwediſchen Krieges ſich für dieſes Jahr noch nicht im Stande ſehe, in den Kampf einzugreifen; die Franzoſen würden dann ſehen, daß der König von Preußen den Krieg nicht ſo ſehr liebe, als man ſie immer glauben machen wolle. Friedrich berief ſich auf die ſtrategiſche Unmöglichkeit, in Kurland für Schweden eine Diverſion zu machen.[2]

Die Befehle, die der König an die Regimenter hatte ergehen laſſen und die nicht geheim bleiben konnten, riefen im diplomatiſchen Corps zu Berlin große Aufregung und unter der hauptſtädtiſchen Bevölkerung und ſelbſt bei Hofe eine wahre Panique hervor. Zur Beruhigung der Gemüther betonte in den berliner Zeitungen ein auf Befehl des Königs eingerückter Artikel (15. März) den defenſiven Zweck der Rüſtungen. Die Folge war, daß die Kunde von der preußiſchen Mobilmachung in ganz Europa nur um ſo ſchneller ſich verbreitete und um ſo größere Beachtung fand. Gleichzeitig (18. März) richtete der König ein Handſchreiben an Georg II., das den König von England aufforderte, ſeine Bemühungen mit denen Preußens zur Aufrechterhaltung des Friedens zu vereinigen.[3]

---

[1] „Politiſche Correſpondenz“, VI, 406.
[2] Ebend., S. 381, 296, 512.
[3] Ebend., S. 445.

Digitized by Google

Gerade in dieſen Märztagen trat ein preußiſcher Diplomat, Graf Finckenſtein, der ſoeben von ſeinem Geſandtſchaftspoſten am Hoflager der Kaiſerin Eliſabeth zurückgekehrt war, eine Reiſe nach Paris an, um für ſeine Gemahlin eine Erbſchaft zu erheben. Die zünftigen und nicht zünftigen Politiker aller Orten maßen ſofort dieſer Reiſe eine politiſche Bedeutung bei und brachten ſie mit der Kriſis im Norden in Verbindung.[1] War doch Finckenſtein der Reihe nach an allen drei nordiſchen Höfen, in Kopenhagen, Stockholm und Petersburg, accreditirt geweſen, ſodaß er in Paris aus der ſachkundigſten Anſchauung Auskunft geben konnte. Und um ſo mehr gab die Reiſe zu denken, als ihr die Rückkehr des franzöſiſchen Geſandten Valory nach Preußen zu entſprechen ſchien, auf die nach der dreivierteljährigen Abweſenheit des franzöſiſchen Diplomaten von ſeinem Poſten die Collegen in Berlin nicht mehr gerechnet hatten.

In einer Audienz, welche der öſterreichiſche Botſchafter in Moskau am 27. April während einer Hoffeſtlichkeit von der ruſſiſchen Kaiſerin in einem Nebengemache, nur in Gegenwart der beiden Kanzler, erhielt, berührte auch Eliſabeth den allgemeinen Gegenſtand des Tagesgeſpräches: „Warum denn der Graf Finckenſtein nach Paris gegangen ſei?“ Mit offenbar berechneter Discretion meinte Graf Bernes, „daß, ſoviel ihm bewußt, ſolches eine ihm zugefallen ſein ſollende Erbſchaft beträfe“. Die Kaiſerin aber erwiderte, „daß hierunter etwas anderes verborgen zu ſein ſie der Meinung wäre“. Dann ſetzte ſie hinzu: „Es wird doch auch einmal die Zeit geben, daß der König auf nichts ſich wird zu verlaſſen haben.“[2]

Noch, das ſah man jetzt wohl ein, war dieſe Zeit nicht gekommen; das preußiſch-franzöſiſche Einvernehmen, das man gründlich erſchüttert, das man beſeitigt glaubte, es war wieder da, es wirkte weiter, es beſtand noch, beſtand trotz der heißen

---

[1] Intercipirte Briefe von Weingarten an Bernes in Moskau, Berlin, 1. März; Bülow an Debroſe im Haag, Berlin, 15. März; Chotek an Ulfeld in Wien, Berlin, 25. Febr. (Berliner Archiv.)

[2] Bernes an Ulfeld, Moskau, 28. April. (Berliner Archiv.)

Digitized by Google

Wünſche der beiden Kaiſerinnen, die, einſt bitter verfeindet, jetzt in ihrem Haſſe gegen den böſen Mann in Sansſouci ſich gefunden hatten. Vor einem Jahre war Maria Thereſia, leidenſchaftlicher als die träge, fette Zarin, in Schluchzen ausgebrochen, als ein Mitglied ihrer Geſandtſchaft in Berlin, das ſie während eines Urlaubs in Wien perſönlich empfing, ihr von den geringen Ausſichten auf ein Zerwürfniß zwiſchen Preußen und Frankreich ſprach. Sie weinte, ſo erzählte nachher Leopold von Weingarten, „daß eine Thräne die andere ſchlug“.[1] Dann waren die Tage des Aachener Congreſſes gekommen, wo der franzöſiſche Bevollmächtigte Saint-Severin den König von Preußen wegwerfend einen Filigrankönig genannt hatte[2]: jetzt ſchienen alle Berechnungen, die ſich an die Epiſode von Aachen geknüpft hatten, zerronnen wie ein Traum, und man war nicht weiter wie ehedem. Von wo der Schlag ausging, das erfuhr man bald.

Denn gleichzeitig mit der Nachricht von der Kundgebung Frankreichs zu Gunſten des Friedens lief in Wien aus Dresden die vertrauliche Mittheilung ein, daß der ſächſiſche Botſchafter, Graf Loß, in Paris von dem Miniſter Puyzieulx erfahren habe, kein anderer als der König von Preußen ſei der Urheber des neuen Mistrauens der Franzoſen. Am 18. März wurde ein Kurier mit fünf Reſcripten und mit einer Abſchrift der ſächſiſchen Mittheilung an Graf Bernes abgefertigt. Am 10. April war er in Moskau. Graf Bernes recapitulirt die Summa der ihm zugegangenen Weiſungen mit den Worten: „Soviel ich aus dem Einhalt dieſer allerhöchſten Expeditionen begreife, ſo gehet Ihrer kaiſerlichen Majeſtät Aufmerkſamkeit zuvörderſt dahin, die Ruhe im Norden aufrecht zu erhalten, an keinem unnützen Kriege von Rußland theilzunehmen, worauf doch ruſſiſcherſeits angetragen wird.“[3] Am 15. April machte Bernes von ſeinen Inſtructionen bei dem Großkanzler „den reſcript-

[1] Droyſen, „Preußiſche Politik“, V, 3., 422.
[2] Ebend., S. 495.
[3] Bernes an Ulfeld, Moskau, 14. April 1749. (Berliner Archiv.)

mäßigen Gebrauch".[1] Es überraſcht uns nicht, daß Beſtuſhew über dieſe Vorſtellungen des öſterreichiſchen Botſchafters nicht eben erfreut war, da wir uns der Note erinnern, durch die Rußland drei Wochen zuvor den casus foederis gegen Schweden geſtellt hatte.

In der erſten Hälfte des April war dieſe ruſſiſche Note vom 25. März in Wien. Sie hätte in keinem ungünſtigern Augenblicke an ihrem Beſtimmungsorte anlangen können. Zu den ſtörenden Nachrichten aus Frankreich und Dresden, welche die kaiſerlichen Reſcripte vom 18. März veranlaßt hatten, war inzwiſchen noch die Kunde von der preußiſchen Mobilmachung gekommen.

Noch im März hatte deshalb die Kaiſerin-Königin von ihren ſechs Conferenzminiſtern über das angeſichts der gegenwärtigen Lage einzuhaltende politiſche Syſtem Gutachten eingefordert. In den erſten Apriltagen lagen fünf dieſer Gutachten der Monarchin vor.[2] Sie ſtimmten ſämmtlich darin überein, daß man jeder Verwickelung, jedem „widrigen Impegno" ausweichen müſſe, und namentlich an „dem etwa ausbrechen mögenden ruſſiſchen Unternehmen gegen Schweden" keinen Theil nehmen dürfe. Sämmtliche fünf Gutachten bezeichneten als die natürlichen Alliirten des Erzhauſes Rußland und die Seemächte. Das nachträglich eingereichte Gutachten des Grafen Harrach, des ſechsten Conferenzminiſters, befürwortete die Aufrechterhaltung des alten Syſtems des Bündniſſes mit England am entſchiedenſten. Die Grafen Kaunitz und Ulfeld dagegen hielten in ihren Denkſchriften die Trennung der bisherigen Allianz zwiſchen Preußen und Frankreich zwar für ſchwer, aber nicht für unmöglich. Und das war der Standpunkt, von dem aus man aus dem alten Gleiſe der engliſchen Allianz auf neue Wege, in die Arme Frankreichs geführt werden konnte. Kaunitz und Ulfeld erklären, daß Preußen als der größte, gefährlichſte und unverſöhnlichſte Feind des Erzhauſes zu betrachten iſt, daß aber

[1] Bernes an Ulfeld, Moskau, 21. April 1749. (Berliner Archiv.)
[2] Vgl. Beer, S. XXVI.

Digitized by Google

nichts gegen dieſen Feind gewagt werden darf „ohne faſt moraliſche Sicherheit eines glücklichen Ausſchlages“; daß auf dieſen glücklichen Ausſchlag nicht gerechnet werden kann, ehe Frankreich von Preußen getrennt iſt. Kaunitz ſetzt hinzu: Das alte Syſtem kann nicht Selbſtzweck ſein, kann nicht abſolute und ewige Gültigkeit beanſpruchen; es war ehedem gut als Mittel zu dem Zwecke, das Haus Bourbon zu bekämpfen, heute aber ſind die Zeiten andere und der Hauptfeind des Hauſes Oeſterreich iſt der König von Preußen; der vornehmſte Zweck der öſterreichiſchen Politik iſt die Beſchränkung der preußiſchen Macht und die Wiederbeibringung des Verlorenen. Für dieſen Zweck verſagt das alte Syſtem die Dienſte, dieſer Zweck kann nur unter Mitwirkung Frankreichs oder mit Frankreichs wohlwollender Neutralität erreicht werden.

Für die Beurtheilung der brennenden Tagesfrage ergab ſich für Kaunitz aus dieſer Auffaſſung das Folgende: „Was dem Plane, Frankreich zu gewinnen, am meiſten ſchaden und entgegenſtehen dürfte, iſt das ruſſiſche Vorhaben, Schweden mit Krieg zu überziehen. Frankreich kann Ehren und Nutzens halber ſolches nicht gern ſehen, mithin wird es gleichſam gezwungen, ſich mit Preußen enger zu verbinden.“[1] Ganz anders würde die Sache ſchon liegen, wenn Rußland, ſtatt Schweden anzugreifen, gegen Preußen ſeine Hauptmacht wenden wollte. Kaunitz vermißt an dem Plane des ruſſiſchen Großkanzlers, „daß ſolcher auf die Unternehmungen in Schweden fürdenket und die für Preußen zu tragende Obſorge faſt gänzlich in Vergeß ſtellet. Rußland ſollte ſeinem gefährlichſten Feinde weder Zeit noch Gelegenheit in Händen laſſen, die nordiſchen Unruhen zu ſeinem Vortheil auszubeuten, welches nicht beſſer bewerkſtelligt werden kann, als daß Rußland, wenn es doch losbrechen will, den größten Theil ſeiner Macht gegen Preußen wendet, deſſen Lande ohnedies noch ganz offen ſtehen“. Iſt Preußen einmal gedemüthigt, ſo kann Schweden ohnehin nichts machen.[2]

[1] Vgl. Beer, S. LIX.
[2] Ebend., S. XLIX, L.

Kaunitz will mit der Ausführung ſeines Planes, Preußen von Frankreich zu trennen, „je eher je beſſer“ den Anfang gemacht wiſſen. In Summa knüpft er ſeinen Plan, ſofort auf den Krieg mit Preußen zur Wiedereroberung Schleſiens hinzuarbeiten, an zwei Vorbedingungen oder „Eſſentialrequiſite“[1]: daß Rußland mit dem Krieg den Anfang macht, den König von Preußen in ſeinem eigenen Lande mit wenigſtens 60—70000 Mann angreift; daß Frankreich und Spanien nicht blos ſtilleſitzen, ſondern allen Vorſchub leiſten. Mit andern Worten, Kaunitz wünſcht ſtatt des beabſichtigten Krieges gegen Schweden einen Angriff Rußlands auf Preußen, aber auch dieſen nur dann, wenn Frankreich von Preußen ſich trennen läßt.

Indem Kaunitz in ſeinem Gutachten für den Fall der Ablehnung ſeines offenſiven Programms zugleich die Lineamente einer Politik im Rahmen des „alten Syſtems“ entwarf, eröffnete ſich die Möglichkeit, die Meinung der ſechs Conferenzminiſter in einen Schluß zuſammenzufaſſen. Der „Auszug“, den der Freiherr von Bartenſtein als Protokollführer der Conferenz aus den eingereichten Gutachten anfertigte, mit deſſen Grundzügen dann die einzelnen Miniſter ſich einverſtanden erklärten, der die Zuſtimmung der Kaiſerin-Königin erhielt und der für die nächſten Jahre von Bartenſtein als der Kanon der öſterreichiſchen Politik betrachtet wurde — der „Auszug“ vom 19. April 1749 zeichnete dieſer Politik das Feſthalten an dem „alten Syſtem“ vor. Nur daß der Einfluß des Verfaſſers dieſes Auszugs in Wien nicht mehr ein unbegrenzter war und daß die Rückſichten auf Frankreich, welche im Sinne des Standpunktes von Kaunitz doch überall für die öſterreichiſche Politik beſtimmend wurden, in das „alte Syſtem“ im Grunde nicht gut hineinpaßten.

---

Die öſterreichiſche Staatskunſt ließ es ſich zunächſt angelegen ſein, den Ruhm der Friedensſtifterin für ſich zu erhaſchen.

---

[1] Vgl. Beer, S. 63.

Digitized by Google

„Will Rußland gegenwärtig nicht losſchlagen", hatte Kaunitz in ſeiner Denkſchrift gemeint[1], „ſo ſollte es dem hieſigen Hofe Gelegenheit geben, die Ruhe im Norden wiederherzuſtellen, in der gemeinnützigen Abſicht, daß Preußen nicht mehr Anſehen in Frankreich gewinne, vielmehr das alte verliere." Es iſt das Recept, nach dem man in Wien nunmehr thatſächlich verfährt.

Nicht minder ſtark betonte man jetzt von London aus ſeine Friedensliebe. Nachdem die Nordiſche Frage durch die diplomatiſchen Erklärungen Frankreichs, durch den berliner Zeitungsartikel, durch das Schreiben Friedrich's II. an Georg von England, welches Klinggräffen in die londoner Blätter gelangen ließ, vor ganz Europa an die große Glocke gehängt worden war, hatte Newcaſtle für ſeine continentale Coalitionspolitik alle Ausſichten verloren und die „Gegenpartei, welche nichts als menagen ſuchet[2]", überwog im engliſchen Miniſterium.

Die Vertreter Englands, Hollands und Oeſterreichs in Moskau begannen gemeinſam eine diplomatiſche Action im Intereſſe des Friedens, während kennzeichnend genug der londoner Hof den wiener und dieſer jenen im Verdacht heimlichen Kriegſchürens hielt. „England reizt Rußland ſehr zum Kriege an, denkt aber nicht daran, ſich zu betheiligen", ſo hörten wir Kaunitz ſagen; in London aber „hatte die Anſicht feſte Wurzel gefaßt, daß man es am öſterreichiſchen Hofe auf eine Erneuerung des Krieges abgeſehen habe".[3]

Indem nun auch die empfindlichen Erwiderungen Beſtuſhew's auf die jetzt officiellen öſterreichiſchen und engliſchen Friedensmahnungen nicht ausblieben, bot ſich mit dem Sommer 1749 in dieſem Lager ein Anblick völliger Verwirrung, allgemeiner Verſtimmung und gegenſeitiger Gereiztheit.

---

[1] Vgl. Beer, S. 61.

[2] So klagt Philipp von Münchhauſen, Chef der deutſchen Kanzlei Georg's II., in einem Briefe an ſeinen Bruder, den hannoveriſchen Großvogt, London, 15. Auguſt 1749. (Staatsarchiv zu Hannover.)

[3] So Beer, S. LXXVI, nach der Correſpondenz zwiſchen Newcaſtle und Robert Keith.

Digitized by Google

In um ſo zuverſichtlicherm Anlauf bewegte ſich die Defenſivpolitik der Gegner. Als der entſcheidenſte Zug dürfte die Gewinnung des Staates betrachtet werden, deſſen der ruſſiſche Kanzler als „Eisbrecher" gegen Schweden ſich hatte bedienen wollen, deſſen er bereits ſicher zu ſein geglaubt hatte. Am 14. Auguſt 1749 ſchloß König Friedrich von Dänemark einen Subſidienvertrag mit Frankreich, ein Ereigniß, das man auf engliſcher Seite jammernd zu den Schlägen der Vorſehung zählte, „gegen welche menſchliche Klugheit nichts vermag".[1] Die weitere Folge der Gewinnung Dänemarks war die Schlichtung der alten Streitigkeiten zwiſchen Dänemark und dem ſchwediſchen Kronprinzen um den herzoglichen Antheil an Schleswig und Holſtein. Frankreich, Preußen, Schweden und Dänemark ſtanden jetzt feſt zuſammen. Die ſpaniſchen Bourbonen, obwol ſeit dem Frieden von Aachen mit der franzöſiſchen Linie geſpannt, brauchten doch nicht zu der Gegenpartei gerechnet zu werden, in Konſtantinopel aber überwog entſchieden der franzöſiſche Einfluß. Er zeigte ſich in den Erklärungen, mit denen die Pforte zu Gunſten Schwedens bei Rußland eintrat. Bereits unterhandelte Graf Deſalleurs, der franzöſiſche Botſchafter in Konſtantinopel, wegen einer Allianz zwiſchen dem Großſultan und dem König von Preußen.[2]

Dieſer verglich die diplomatiſche Aufſtellung, welche er und die befreundeten Mächte genommen hatten, mit einer gut ſtehenden Schachpartie.[3] „Unſere Partie", ſagte er, „iſt die ſtärkere geworden."[4]

So endete ein Jahr, das bedrohlich genug für Preußen begonnen hatte. Noch im Juli hatte Friedrich einen Augenblick die Eröffnung der Feindſeligkeiten durch Rußland als unmittel-

---

[1] G. A. von Münchhauſen an Newcaſtle, Hannover, 2. September 1749. (Hannoveriſches Archiv.)

[2] Seit dem Sommer 1749. „Politiſche Correſpondenz", VI, 608; VII, 434.

[3] Bericht Valory's, Berlin, 15. Nov. 1749. (Pariſer Archiv.)

[4] „Politiſche Correſpondenz", VII, 80.

Digitized by Google

bar bevorſtehend angeſehen[1]; im Februar des folgenden Jahres erſchien ihm die Möglichkeit eines Krieges im Norden ohne das Eingreifen „des abſoluten Willens der göttlichen Vorſehung" ausgeſchloſſen.[2] Dem veränderten Verhältniß der Kräfte der beiden europäiſchen Parteien entſprach die ſchroffere Haltung, die Friedrich jetzt gegen Rußland einnahm. Auf den Wunſch ſeiner Alliirten trug er kein Bedenken (4. März 1750), in Rußland eine Erklärung abgeben zu laſſen, die für den Fall eines ruſſiſchen Angriffes auf Schweden den warnenden Hinweis auf den preußiſch-ſchwediſchen Allianzvertrag von 1747 enthielt.

Der ruſſiſche Angriff unterblieb. Beſtuſhew begnügte ſich, in Stockholm Noten überreichen zu laſſen. Die Nordiſche Frage wurde aus einer acuten eine chroniſche, die Kriſis kehrte nicht wieder. Am 5. April 1751 trat endlich das Ereigniß ein, das zwei Jahre früher den allgemeinen Krieg entfeſſelt haben möchte. König Friedrich von Schweden ſtarb zu ſpät, um Europa noch durch ſeinen Tod beunruhigen zu können. Eine Proclamation, durch die ſich König Adolf Friedrich bei ſeiner Thronbeſteigung auf den Boden der beſtehenden Verfaſſung ſtellte, entſchloß man ſich an dem ruſſiſchen Hofe als eine befriedigende Löſung hinzunehmen. So viel Lärm ſie einſt hervorgerufen hatte, ſo geräuſchlos verſchwand jetzt die Nordiſche Frage. Seit Jahresfriſt bereits hatte eine andere Frage für die Cabinete Europas ein ungleich lebhafteres Intereſſe und gab dem hergeſtellten preußiſch-franzöſiſchen Einvernehmen eine neue Gelegenheit, ſich zu bewähren.

## Zwei lothringiſche Throncandidaturen.

Schon unmittelbar nach Abſchluß der Aachener Friedenspräliminarien im Juni 1748 iſt in Wien der Gedanke angeregt worden, eine römiſche Königswahl zu Gunſten des da-

[1] „Politiſche Correſpondenz", VII, 19 fg.
[2] Ebend., S. 253.



Digitized by Google

mals ſiebenjährigen Erzherzogs Joſeph zu veranlaſſen. Der Reichsvicekanzler Graf Colloredo, ſonſt ein durchaus unbedeutender Staatsmann, darf als der intellectuelle Urheber des Planes betrachtet werden; der Hofkanzler Graf Ulfeld redete ihm nach, Colloredo wolle ſich dadurch zur Geltung bringen; Ulfeld bezeichnete den Gedanken des Reichsvicekanzlers als einen unzeitigen.[1] In den Kreiſen der Staatsmänner Englands und Hollands ſofort mit Lebhaftigkeit ergriffen[2], trat der Plan in den Hintergrund, als die nordiſche Kriſis das ganze politiſche Intereſſe in Anſpruch nahm und für die Einleitung einer neuen diplomatiſchen Action keinen günſtigen Zeitpunkt bot. Aber ſchon in den Herbſtmonaten von 1749 macht die Königswahlfrage von neuem von ſich reden.[3] Im April 1750 bezeichnete der Herzog von Newcaſtle in einer Conferenz mit dem öſterreichiſchen Geſandten Grafen Richecourt die Erhebung des Erzherzogs Joſeph zur römiſchen Königswürde als eine Nothwendigkeit für die Befeſtigung des öſterreichiſchen Einfluſſes in Deutſchland und des politiſchen Syſtems gegen Frankreich. Newcaſtle verſprach Englands Beiſtand, er wollte die Wahl ſofort ins Auge gefaßt und durchgeführt wiſſen.[4]

Was dem engliſchen Staatsſecretär ſeine Politik dictirte, war doch nicht blos perſönliche Willfährigkeit für die hannoveriſchen Velleitäten Georg's II., der ſich als Protector Deutſchlands, als Königsmacher gefiel. Eine Politik, deren erſtes Gebot die Rückſicht auf Hannover war, würde gegen ihren Vertreter bald genug, wie ſchon ſo oft, die eiferſüchtige Oppoſition der Collegen im Miniſterium, die Oppoſition der ganzen engliſchen Nation hervorgerufen haben. Diesmal aber billigte die

[1] Ulfeld an Kaunitz in Aachen, Wien, 21. Juni 1748, bei Beer, S. XXI, Anm.

[2] Vgl. Beer, S. XC, Anm.

[3] Rohd's Bericht, Stockholm, 11. November. „Politiſche Correſpondenz“, VI, 174.

[4] Bericht Richecourt's, 9. April 1750. Arneth, „Maria Thereſia“, IV, 920.

Digitized by Google

öffentliche Meinung in England die deutſche Politik des Königs und des Miniſters. Zu tief eingewurzelt in der britiſchen Nation war ſeit den Tagen Wilhelm's III. die Anſchauung, daß es zur Aufrechterhaltung des europäiſchen Gleichgewichts gegen Frankreich eines ſtarken Oeſterreichs, eines de facto in Deutſchland erblichen habsburgiſchen Kaiſerthums bedürfe. Ein Staatsmann, dem Deferenz gegen die dynaſtiſchen Herzenswünſche des welfiſchen Monarchen unmöglich nachgeſagt werden kann und der als gefallener Miniſter an ſich ſehr zur Bekrittelung der Politik ſeiner ehemaligen Collegen geneigt war, Lord Cheſterfield hat in der Königswahlangelegenheit den Standpunkt des Herzogs von Newcaſtle durchaus getheilt.[1]

Von öſterreichiſcher Seite wurde der engliſche Vorſchlag verbindlich, aber zunächſt ablehnend beantwortet. Eine Wahl, die etwa durch eine Erniedrigung der kaiſerlichen Würde oder durch Opfer von ſeiten des Erzhauſes erkauft werden müſſe, ſchien einen Gewinn nicht zu bedeuten. Noch eine andere Erwägung mußte für den wiener Hof maßgebend ſein: die Rückſicht auf Frankreich. Mit dem leitenden Gedanken der öſterreichiſchen Politik, Frankreich von Preußen zu trennen, für Oeſterreich zu gewinnen, war ein Eingehen auf den Plan Newcaſtle's nur dann vereinbar, wenn dieſer Plan in Verſailles keinen Anſtoß gab. Sobald man in Wien ſich überzeugt zu haben glaubt, daß von Frankreich her keinerlei Schwierigkeiten ſich erheben würden[2], ſchwinden die anfänglichen Bedenken. Im Juni 1750 geht ein kaiſerlicher Specialgeſandter, der Reichshofrath Vorſter, nach Hannover, wo während der Anweſenheit Georg's II. alle Vorverhandlungen erledigt werden ſollten.

Darin waren alle Betheiligten einig, daß der Plan, einmal in Angriff genommen, auch ausgeführt werden müſſe. Es wäre

[1] Vgl. „Chesterfield Letters, ed. by Lord Mahon“, II, 279.

[2] Beer, S. XCII. Aus Beer's Mittheilung im „Archiv für öſterreichiſche Geſchichte“, XLVIII, 45, ergibt ſich, daß Frankreich 1748 während der aachener Verhandlungen die römiſche Königskrone für den Erzherzog ſogar angeboten hat.

ein ſchrecklicher Affront für den wiener Hof, ſchrieb der holländiſche Geſandte Graf Bentinck[1], wenn die Sache zum Antrag käme und dann verhindert würde oder ſich feſtführe. Auf die Stimmen der geiſtlichen Kurfürſten von Mainz und Trier durfte in Wien gerechnet werden, der wittelsbachiſche Kurfürſt von Köln bezog Subſidien von den Seemächten, mit denen jetzt auch der Neffe des Kölners, der Kurfürſt von Baiern, nach einigem Schwanken ſeinen Subſidienvertrag erneuerte (22. Auguſt 1750). Heinrich Pelham, der erſte Lord des Schatzes, gratulirte ſeinem Bruder, dem Herzog von Newcaſtle, und ſprach die Hoffnung aus, daß dem Vertrage mit Baiern die Königswahl nachfolgen werde.[2] Nur die Stimme von Pfalz ſtand noch aus, deren Gewinnung Oeſterreich durch einiges Entgegenkommen gegen alte Anſprüche des Kurfürſten-Pfalzgrafen in der Hand hatte, und die Stimme von Brandenburg. Der Augenblick ſchien gekommen, wo man um dieſe Stimme in Berlin zu werben wagen konnte, ohne ſich dem „Affront“ eines Scheiterns der Wahl ausſetzen zu müſſen.

Am 26. October 1750 begab ſich der kaiſerliche Geſandte Graf Puebla in Berlin zu dem Cabinetsminiſter Grafen Podewils, um die officielle Werbung des Kaiſers und der Kaiſerin um die Stimme Friedrich's II. für den Erzherzog Joſeph auf den Fall einer römiſchen Königswahl anzubringen. Die Hülle fiel, wie man ein fertiges Kunſtwerk dem Beſchauer enthüllt, aber der, welchem die Ueberraſchung zugedacht war, wußte ſehr wohl, was hinter dem Vorhange ſich vorbereitet hatte.

---

Schon vor faſt einem Jahre hatte Friedrich's Geſandter, der greiſe Baron Chambrier, in Paris den Boden ſondirt, vorerſt behutſam und von fern durch die dritte und vierte Hand, denn bei dem noch immer nicht ganz geſchwundenen Mistrauen des franzöſiſchen Miniſteriums mußte der König um jeden Preis

[1] 6. Juni 1750. Beer, S. 126.
[2] 21. September bis 2. October 1750. Coxe, II, 394.

den Anſchein des Schürens oder auch nur der Schwarzſeherei zu vermeiden ſuchen.[1] Chambrier hatte damals den Eindruck gewonnen, daß Frankreich die Wahl des öſterreichiſchen Erzherzogs geſchehen laſſen werde, daß Frankreich nicht an ein Werk ſich machen wolle, zu dem es ſeine Kräfte nicht gewachſen glaube.[2] Um ſo mehr war Friedrich überraſcht, als er im folgenden Sommer wahrnahm, daß die Franzoſen dieſe Frage jetzt ebenſo hitzig behandelten, wie anfänglich lau.[3] Die Rollen ſchienen ausgetauſcht, Frankreich war der warnende, anſpornende, ſchiebende Theil geworden, Preußen der gelaſſene, retardirende, ja gleichgültige.

In eben den Tagen, da der Herzog von Newcaſtle dem öſterreichiſchen Geſandten die erſten Vorſchläge machte, im April 1750, ließ Marquis Puyzieulx durch den Grafen Tyrconnell, den Nachfolger des Marquis Valory in Berlin, den König von Preußen zu der Bildung eines antiöſterreichiſchen Bundes im Reiche auffordern, zu der Gründung einer Union, deren unmittelbarſter Zweck die Verhinderung der Wahl des lothringiſchen Prinzen ſein ſollte.[4] Friedrich wich dem Vorſchlage aus. Selbſt für das Anerbieten, gegen preußiſche Subſidien, die Frankreich erſtatten wollte, Truppencontingente deutſcher Fürſten bis zur Höhe von 20000 Mann zu dingen, erklärte der König wenigſtens zur Zeit danken zu wollen[5]: er meinte, daß Frankreich vorzeitige Ausgaben ſich erſparen ſollte. Die Franzoſen wollten ſich nicht recht überzeugen laſſen, daß der angegebene Grund der wahre ſei. Als Friedrich dann im October 1750 auf das Anerbieten aus eigener Initiative zurückkam und eine Subſidienverhandlung mit ſeinem Schwager, dem Herzog von Braunſchweig, einleitete, glaubte Graf Tyrconnell doch zu bemerken[6], daß es dem König mit der Verhandlung nicht voller Ernſt ſei.

[1] „Politiſche Correſpondenz“, VII, 175.
[2] Ebend., S. 200.
[3] Ebend., VIII, 84.
[4] Ebend., VII, 340.
[5] Ebend., S. 321, 400.
[6] Nach Tyrconnell's Berichten im pariſer Archiv.

Digitized by Google

Offenbar fürchtete Friedrich, von Frankreich vorgeſchoben, ausgeſetzt, vielleicht ſchließlich im Stiche gelaſſen zu werden. Bezeichnend genug ſchließt ſeine ausweichende Antwort auf Tyrconnell's erſtes Anbringen (20. April 1750): „Noch bleibt ein Punkt, über den ich bei dieſer Gelegenheit nothwendig Aufklärung brauche, ob nämlich Frankreich den Erzherzog Joſeph nach geſchehener Wahl als römiſchen König anerkennen oder wegen der Anerkennung noch Schwierigkeiten machen würde, ein Umſtand, der mir als Compaß, meine Schritte zu regeln, dienen würde, da es mir in keiner Weiſe zuſagen könnte, der Einzige zu ſein, der ſich zu dieſer Anerkennung nicht bereit findet."

Wenn im Sommer 1745 die franzöſiſchen Truppen mitten im Kriege über den Rhein ſich zurückgezogen hatten und damit den Gegnern für die Wahl des Großherzogs Franz freies Feld gelaſſen hatten, lag dann der Gedanke ſo fern, daß Frankreich jetzt, wo es mit dem wiener Hofe in Frieden war, die Wahl des Erzherzogs trotz anfänglichen Einſpruches ruhig hinnehmen werde? Unzähligemal äußert der König gegen ſeinen Vertreter in Paris, daß auf die energiſchen Worte, die man gelegentlich aus dem Munde der franzöſiſchen Miniſter vernehme, nichts zu geben ſei, wenn ihr Handeln alle Augenblicke Schwankungen unterliege.[1] Schon ſchien wieder in dem Eifer des Vertreters Frankreichs zu Berlin und in der Lauheit des verſailler Miniſteriums ein ſchwer vereinbarer Gegenſatz zu Tage zu treten.[2]

Während des Hochſommers 1750 ſah Friedrich den Verhandlungen und Vorbereitungen der Höfe von Wien und Hannover mit verſchränkten Armen zu, indem er eine Vereitelung ihrer Plane nicht mehr für möglich hielt. Selbſt wenn dann gegen Anfang October die Wahlangelegenheit für ihn „die wichtigſte unter allen ihn intereſſirenden Fragen" geworden war[3], ſprach er doch die Anſicht aus, daß durch die anfängliche Gleich-

---

[1] Vgl. z. B. „Politiſche Correſpondenz", VIII, 184.
[2] Ebend., S. 89.
[3] Ebend., S. 91.

Digitized by Google

gültigkeit der Franzoſen das Spiel von vornherein verloren, daß es jetzt zu ſpät ſei, das Verſäumte nachzuholen[1], daß die Verwirklichung der Plane der Gegner nur noch eine Frage der Zeit ſei.

Die ganze Frage hatte für ihn nur eine moraliſche Bedeutung. Friedrich war überzeugt, daß der wiener Hof zu ſeinem Ziele gelangen werde, aber er ſollte nicht ohne Entgelt dahin gelangen, nicht ohne denen, die er vor allem um ihre Mitwirkung hätte angehen müſſen, gute Worte gegeben zu haben, um nicht in ſeiner Anſicht beſtärkt zu werden, „daß alle Welt ſofort ſeinen Launen ſich anſchmiegen muß".[2] Drei Wege ſtehen uns offen, ſagte der König zu dem franzöſiſchen Geſandten: einfache Zuſtimmung zu der Wahl des Erzherzogs, das wäre entehrend; Anfachung eines allgemeinen Brandes an allen vier Ecken Europas, das wäre gefährlich und nicht der Mühe werth; Ausbeutung der Wahl zu eigenem Vortheil durch eine Capitulation, die den künftigen Kaiſer beſchränkt und die franzöſiſche Garantie des Weſtfäliſchen Friedens in Erinnerung bringt. „Die große Kunſt in der Politik iſt nicht gegen den Strom ſchwimmen, ſondern alle Ereigniſſe zum eigenen Vortheil wenden."[3] Wiederholt erklärte der König, daß er für ſich perſönlich keine Vortheile beanſpruche, auch nicht die Grenzregulirung in Oberſchleſien, von der geſprochen wurde[4]; wodurch der wiener Hof ihn ſonſt zu verpflichten meinte, das, ſo erklärte der König, dürfe er nach den Beſtimmungen des Dresdener Friedens fordern.

Selbſt der Gedanke, durch Clauſeln in der Wahlcapitulation den Nachfolger an der Kaiſerkrone in ſeiner Macht zu beſchränken, war bei Friedrich mehr ein augenblickliches Zugeſtändniß an Frankreich als ein feſtes Programm. Wenige Zeit darauf beſchränkt ſich der König wieder auf die Forderung, daß der wiener Hof das Decorum gegen Frankreich und Preußen wahren

---

[1] „Politiſche Correſpondenz", VIII, 123.
[2] Ebend., S. 117.
[3] Ebend., S. 126, 127.
[4] Ebend., S. 174, 177.

ſolle und daß beider Mächte Verbündeter, der Kurfürſt von der Pfalz, für ſeine Anſprüche entſchädigt werden muß.[1]

Die Note, die dem kaiſerlichen Geſandten Grafen Puebla am 30. October als Antwort auf ſein Anbringen zugeſtellt wurde, enthielt nach einigen Wendungen der Courtoiſie den Rath, die Wahl bis zur Mündigkeit des Candidaten hinauszuſchieben, wo dieſe Wahl gleichzeitig mit den Reichsgeſetzen und der Würde des Corps Germanique mehr in Einklang ſtehen würde. Auf eigene Hand hatten vor Zuſtellung der Note die preußiſchen Miniſter im Einverſtändniß mit dem franzöſiſchen Geſandten die allgemein gehaltene Erwähnung der Reichsgeſetze durch die Einſchiebung eines Hinweiſes auf den achten Artikel des Weſtfäliſchen Friedens beſtimmter erläutert, eine Eigenmächtigkeit, die dem Grafen Podewils ſeitens ſeines königlichen Gebieters einen ſcharfen Verweis zuzog.[2]

Mit dem November 1750 trat die Wahlfrage dadurch in ein neues Stadium, daß ſich für die Gegner an ihre Oppoſition von jetzt ab noch ein weiterer Zweck knüpfte: es galt die Frage der Königswahl zugleich mit der nordiſchen Frage zu discutiren, die eine zur Beilegung der andern zu benutzen und ſo auf einmal allen Zündſtoff aus der politiſchen Atmoſphäre zu entfernen. Sowol von Verſailles wie von Stockholm aus[3] wurde dieſe Combination in Berlin angeregt. König Friedrich ging ſofort auf dieſelbe ein. Ueberhaupt zeigte er ſich jetzt den Wünſchen der Franzoſen gegenüber weniger zurückhaltend. Die Clauſel für die Wahlcapitulation wird dem Lieblingsgedanken der franzöſiſchen Politik zu Gefallen[4] jetzt ausdrücklich wieder in Ausſicht genommen.[5] Die Subſidienverhandlungen mit Braunſchweig rücken in raſchem Schritte zum Abſchluß vor, gleiche Verhandlungen werden in Gotha, Baireuth, Kaſſel und Stuttgart an-

---

[1] „Politiſche Correſpondenz“, VIII, 160.
[2] Ebend., S. 128—134.
[3] Ebend., S. 173, Anm. 1, 174.
[4] Vgl. ſchon „Politiſche Correſpondenz“, V, 9.
[5] Ebend., VIII, 175.

Digitized by Google

geknüpft. Es gelingt der franzöſiſchen Diplomatie, den Kurfürſten von Köln der Gegenpartei zu entreißen; während eines Beſuches in München, wo er ganz unter öſterreichiſchen Einflüſſen zu ſtehen ſchien, hat ſich Clemens Auguſt zur Annahme franzöſiſcher Subſidien entſchloſſen.[1] Und als dann Frankreich von neuem die Gründung einer Union im Reiche in Vorſchlag bringt, erklärt ſich der König auf ein Gutachten ſeiner Miniſter grundſätzlich einverſtanden und räth nur, an die Unionsverhandlungen erſt nach Abſchluß der in Ausſicht genommenen Subſidienverträge heranzugehen, um die für den Empfang von Subſidien ſehr empfänglich ſcheinenden Kleinſtaaten nicht durch die Perſpective weiterer politiſcher Verpflichtungen ſtutzig zu machen.[2]

Schon ſieht der leitende franzöſiſche Staatsmann eine geſchloſſene franzöſiſche Partei im Reiche unter preußiſcher Führung entſtehen. Wenn der König von Preußen, ſchreibt Puyzieulx an den franzöſiſchen Geſandten in Berlin[3], „zu den Mitteln, die deutſchen Fürſten zu gewinnen, die Seine Majeſtät ihm in die Hände gibt, den guten Willen treten läßt, dieſe Fürſten zu careſſiren, wenn er ſie unmerkbar ſich daran gewöhnen läßt, ihn als ihren Freund, ihren Vertheidiger und ihren Schirmherrn zu betrachten, dann wird binnen wenigen Jahren der große Einfluß der kaiſerlichen Würde und der Höfe von Wien und London verſchwinden. Sie können nicht oft genug dieſes ſchmeichelhafte, aber getreue Bild vor den Augen Seiner Preußiſchen Majeſtät und ſeines Miniſteriums entrollen".

Zu zwei verſchiedenen malen hatte der König von Preußen in frühern Jahren den Verſuch gemacht, einen Fürſtenbund im

---

[1] 27. Februar 1750. „Politiſche Correſpondenz", VIII, 300. In der Inſtruction für La Touche nach Berlin: Verſailles, 25. Juni 1752, heißt es: „Le Roi, sans qu'il parût personne de sa part à Munich, enleva l'alliance de l'électeur de Cologne à la vigilance de tant de ministres réunie et lui fit signer au milieu d'eux, sans qu'ils s'en aperçussent, un traité qui rompait les noeuds qu'ils cherchaient à fortifier." (Pariſer Archiv.)

[2] „Politiſche Correſpondenz", VIII, 254, 255.

[3] Verſailles, 10. Februar 1751. (Pariſer Archiv.)

Reiche unter preußiſcher Führung und unter Ausſchluß jedes fremden Einfluſſes zu begründen. Beidemal war der Verſuch geſcheitert. Die Anläufe von 1743 waren im folgenden Jahre auf die Frankfurter Union hinausgekommen, der doch Frankreich das Hauptgewicht geben mußte. Ein Plan von 1746, bei dem vor allem auf Kurſachſen und die drei wittelsbachiſchen Kurfürſten gerechnet wurde, war kaum bis in das Stadium des erſten Meinungseintauſches gelangt, und die jetzt wieder auftretenden Conföderationsentwürfe verhielten ſich zu dem Gedanken von 1746 in Anbetracht der Mitwirkung, ja Initiative Frankreichs wie die Frankfurter „Union" von 1744 zu der 1743 geplanten „Aſſociation".

Noch war Deutſchland politiſch nicht reif für die Verwirklichung des Grundſatzes, welchen der einzige König in Deutſchland, der nur über deutſche Länder herrſchte, welchen der König von Preußen 1743 proclamirt hatte, daß Deutſchland ſeine Angelegenheiten allein ordnen müſſe — ein Fluch, den Friedrich nun immer von neuem an ſich ſelbſt erfahren ſollte. Indem es ihn empörte, daß das engliſche Parlament ſich unterfing, die Frage zu erörtern, ob für die Königswahl in Deutſchland die Majorität der kurfürſtlichen Stimmen ausreiche, konnte der König von Preußen ſelbſt doch gegen dieſe Einmiſchung der Fremden der Hülfe des Auslandes nicht entbehren; gegen England war nirgends Hülfe als bei Frankreich. Als in Paris der öſterreichiſche Geſchäftsträger Mareſchal dem Marquis Puyzieulx ſein Erſtaunen ausdrückte, daß Frankreich am Hofe zu Weſtminſter den Vorſchlag gemacht hatte, die Vorfrage für die Königswahl, die Frage der Zufriedenſtellung der franzöſiſchen Alliirten, in Paris zu verhandeln, durfte ihm der franzöſiſche Miniſter nicht ohne Fug erwidern: „daß, wenn das Wahlgeſchäft eines römiſchen Königs anderwärts als im Reiche zu negociiren wäre, es ohnſtreitig eher in Paris als in London zu geſchehen hätte, weil ſein König als vornehmſter Garant des Weſtfäliſchen Friedens daran theilzunehmen hätte".[1]

---

[1] Mareſchal an Ulfeld, Paris, 24. Januar 1751. (Berliner Archiv.)

Im Sinne der von Verſailles und Stockholm aus gegebenen Anregung richtete der König von Preußen am 27. Januar 1751, ein Vierteljahr nach Ueberreichung der erſten Note, eine neue Erklärung an den öſterreichiſchen Geſandten, welche, mit dem franzöſiſchen Geſandten vereinbart, den Zweck hatte, die Nordiſche Frage in die Verhandlungen über die Wahl hineinzuziehen.[1] Ein ſcharfer Ausfall dieſer zweiten preußiſchen Note gegen „den jüngſten unter den Kurfürſten" bezichtigte den Inhaber der neunten Kur unerlaubte, in der Goldenen Bulle verbotene und mit dem Eide, den dieſelbe heiſche, unvereinbare Wege eingeſchlagen zu haben, um dem von ihm vorgeſchlagenen Candidaten eine große Anzahl der Kurſtimmen zu ſichern. Außer den Garantien für die Ruhe im Norden forderte die preußiſche Erklärung Genugthuung für den Kurfürſten von der Pfalz und eine Vereinbarung über die Wahlcapitulation, ſowie für den Fall einer Minoritätsregierung eine Vereinbarung über die Vormundſchaft des zu erwählenden unmündigen Königs.

Die Erklärung, die man in Wien und London eine indecente nannte, blieb unbeantwortet. Ungefähr gleichzeitig hatte Marquis Puyzieulx dem öſterreichiſchen Geſchäftsträger in Paris eine Erklärung abgegeben, welche wie die preußiſche Note die Zuſtimmung zu der Wahl des Erzherzogs von der Ertheilung hinlänglicher Garantien für die Ruhe im Norden abhängig machte.[2] Der öſterreichiſchen Politik, die ſich bis dahin in Betreff der Stellung Frankreichs noch immer Illuſionen hingegeben zu haben ſcheint, öffneten ſich die Augen für die Thatſache, daß Frankreich und Preußen, wie in der Nordiſchen Frage, ſo auch in der Wahlangelegenheit Hand in Hand gingen.[3] Nach dieſer Erkenntniß konnte in Wien für die eigene Stellung zu dem Wahlproject kein Zweifel mehr obwalten. Die unter dem

---

[1] „Politiſche Correſpondenz", VIII, 233—238.

[2] Mareſchal an Ulfeld, 25. Januar 1751. (Berliner Archiv.)

[3] Puebla an Kaunitz in Paris, Berlin, 2. Februar 1751: „Il est certain que cette note a été entièrement concertée avec les cours de Versailles et de Manheim." (Berliner Archiv.)

erſten Eindruck der Erklärungen Preußens und Frankreichs dem öſterreichiſchen Vertreter in London ertheilte Inſtruction iſt eine intereſſante Urkunde für die Veränderung des politiſchen Operationsplanes, die dem Kaiſerhofe die veränderte Sachlage gebot. Ein Vorhaben überſtürzen wollen, heißt es in der Inſtruction für Richecourt[1], „oder es gänzlich aufgeben, ſind zwei gleich ſchädliche Extreme. Nun empfindet man gegenwärtig die großen Unzuträglichkeiten, und die Seemächte ſind nach der dem Könige von England von dem Könige von Preußen zugefügten Beleidigung mehr als je gebunden, an dem Plane feſtzuhalten. Das Schlimmſte indeß würde ſein, das Vorhaben ſich verwirklichen zu laſſen nach dem Wunſche des preußiſchen Fürſten und ſeiner Anhänger, da ein Erfolg von ſolcher Art, weit davon entfernt, das Reichsſyſtem und die allgemeine Sicherheit zu feſtigen, jenes vollends umſtoßen und dieſe ſchwächen würde. Der Hochmuth dieſes Fürſten würde unerträglicher werden denn je, die Zahl derer, die ihm im Reiche zugethan ſind, würde ſich beträchtlich vermehren, in der Hoffnung, die ein jeder haben würde, durch Preußens Beiſtand auch den ungerechteſten Anſprüchen Geltung zu verſchaffen; die noch ſchwankenden Stände würden ſich den Uebelgeſinnten anſchließen, die Gutgeſinnten würden gänzlich den Muth verlieren und die preußiſche Dictatur würde gefeſteter werden, als ſie ſchon iſt. Dank dem Himmel, nichts iſt eilig, und mit der Zeit, weiſen Rathſchlägen und ſoliden Maßregeln kann man Heilmittel gegen alle dieſe Uebel finden. Ihre einzige Quelle iſt der König von Preußen, alſo kann man nicht ſchwanken über die Wahl der Heilmittel, deren Anwendung zweckmäßig iſt. Die Kaiſerin-Königin will nicht mit ihm brechen, noch irgendeine Gelegenheit zu neuen Unruhen geben, aber ſie glaubt, daß man mehr als je in dem Falle einer dringenden Nothwendigkeit ſich befindet, gegen die Abſichten und Unternehmungen jenes

[1] „Mémoire instructif pour le comte de Richecourt du 16 février 1751 sur l'élection d'un roi des Romains.“ (Berliner Archiv.) Vgl. „Politiſche Correſpondenz“, VIII, 293, Anm. 2. Arneth, „Maria Thereſia“, IV, 539, Anm. 375.

Digitized by Google

Fürſten ſich ſicherzuſtellen, und daß es zu dieſem Behuf erſprießlich iſt, ohne Unterlaß darauf hinzuarbeiten, Frankreich aus der Täuſchung über ihn zu wecken und ihn durch Rußland im Zaume zu halten".

Frankreich aus ſeiner Täuſchung über den König von Preußen wecken, ihn durch Rußland im Zaume halten — es ſind die beiden Kernpunkte des Kaunitz'ſchen Programms von 1749, welche wie Leitmotive der öſterreichiſchen Politik wieder und wieder hervorklingen und denen zu Liebe ſich das Wahlproject eine Vertagung ad calendas graecas gefallen laſſen muß. Das „nichts iſt eilig" iſt gleichſam die Deviſe der öſterreichiſchen Politik ſeit dem Frieden von Aachen.

Dem Verſchleppungsſyſtem, an das ſich der wiener Hof für die Wahlfrage jetzt hielt, kam es zu ſtatten, daß in England gerade zu dieſer Zeit zwei Ereigniſſe eintrafen, welche die auswärtige Politik Georg's II. in ihrer Action hemmten. Nach dem Tode des Prinzen von Wales (31. März 1751) mußte bei der Kränklichkeit des Königs und der Jugend des nunmehrigen Thronfolgers mit der Möglichkeit einer vormundſchaftlichen Regierung gerechnet werden, während der die jakobitiſchen Elemente im Lande leicht ihre Rechnung finden konnten. Gleichzeitig begegnete innerhalb des engliſchen Miniſteriums die durch Newcaſtle vertretene Politik des allezeit bereitwilligen Eingehens auf die Wünſche des Monarchen jetzt einer energiſchen Oppoſition. Erſt Ende Juni 1751 war durch die Verdrängung des Herzogs von Bedford und des Grafen von Sandwich aus dem Cabinet der Sieg Newcaſtle's entſchieden.

Bei einer neuen Anweſenheit in Hannover im Sommer des folgenden Jahres verſuchte der König von England die Wahlverhandlungen von neuem in Fluß zu bringen. Vor ſeinem Abgange nach dem Continent hatte er in ſeiner Thronrede dem Parlament gegenüber ſich für die Durchſetzung des Planes förmlich verbürgt. Die Ausſichten auf Erfolg waren um ſo größer, als die Nordiſche Frage, welche die Gegner vordem als Hemmniß in den Weg gewälzt hatten, nach dem Thronwechſel in Schweden nicht mehr vorhanden war. Nur noch den Kur-

Digitized by Google

fürſten von der Pfalz galt es zu befriedigen, und er hatte ſeine Anſprüche erheblich herabgemindert. Die Hartnäckigkeit, mit welcher der wiener Hof ein in der That geringfügiges Opfer für die pfälziſche Stimme verweigerte, würde unbegreiflich erſcheinen, wüßten wir jetzt nicht, daß die römiſche Königskrone, die England ſo großmüthig bot, dem wiener Hofe als ein gefährliches Geſchenk galt. Die neuen Zerwürfniſſe mit Frankreich, zu denen die Annahme dieſes Geſchenkes führen konnte, ſie mußten vermieden werden um jeden Preis, um das hohe Ziel nicht aus dem Auge zu verlieren, „Frankreich aus ſeiner Täuſchung über den König von Preußen zu wecken".

An der Sprödigkeit Oeſterreichs war die Wahl auch bei dem erneuten Verſuche des engliſchen Königs geſcheitert, und mehr noch als zur Zeit der aachener Friedenspräliminarien ſchrie man in London und Hannover über die „Undankbarkeit des Hauſes Habsburg".[1]

---

Nicht eine laute Haupt- und Staatsaction, wie die Bewerbung des Erzherzogs Joſeph um die römiſche Königswürde, die vor den Augen des ganzen Europas in fürſtlichen Briefen und miniſteriellen Noten, in Gutachten und Deductionen ventilirt wurde, war die Throncandidatur eines zweiten lothringiſchen Prinzen, welche, gleichzeitig mit der Candidatur des Erzherzogs Joſeph in Vorſchlag gebracht, vorſichtig hinter den Couliſſen blieb. Das Project, den Prinzen Karl von Lothringen, den Schwager der Kaiſerin Maria Thereſia auf den polniſchen Königsthron zu ſetzen, war ſchon ſeit dem Sommer 1748 ein Gegenſtand der Verhandlungen zwiſchen den beiden Kaiſerhöfen[2]; erſt volle drei Jahre ſpäter gelangte daſſelbe zur Kenntniß des Königs von Preußen.

Während der Regierung König Friedrich Wilhelm's I. hatte die preußiſche Politik auf die polniſchen Verhältniſſe ſtets ein

[1] Vgl. z. B. Newcaſtle an Pelham bei Coxe, „The administration of Pelham", II, 241 (20./31. Mai 1752).

[2] Vgl. Beer, S. CII.

Hauptaugenmerk gerichtet. Das polniſche Königthum der Wettiner wurde in Berlin bei der Rivalität zwiſchen den Nachbarſtaaten Brandenburg und Sachſen als eine ſchwere Schädigung des preußiſchen Intereſſes betrachtet; bei der Erledigung des polniſchen Thrones nach dem Tode Auguſt's II. war eine tiefgehende Verſtimmung zwiſchen Preußen und Rußland dadurch herbeigeführt worden, daß die Kaiſerin Anna gegen ihr urſprüngliches Verſprechen, die Wahl eines Piaſten herbeiführen zu helfen, die Partei des ſächſiſchen Kurfürſten unterſtützte.

Wieviel mehr aber mußte man ſich in Berlin bedroht fühlen, wenn bei einem neuen Thronwechſel die polniſche Krone an das Haus Lothringen, in den Beſitz derjenigen Dynaſtie kam, die jetzt eine ungleich gefährlichere Gegnerin für Preußen war als das Haus Wettin, als der verſchuldete und zerrüttete Mittelſtaat Sachſen.

Bisher hatte die preußiſche Diplomatie auf den polniſchen Reichstagen mit gutem Erfolge den Planen entgegengearbeitet, die auf eine Zuſammenfaſſung der Kräfte der Republik Polen und die Nutzbarmachung dieſer Kräfte für die Zwecke der öſterreichiſch-ruſſiſchen Coalition abzielten. Die Vermehrung der Kronarmee, die Erneuerung der heiligen Allianz mit Rußland und dem Hofe zu Wien, die Abſchaffung des Liberum veto, alle dieſe Gegenſtände der Sehnſucht des dresdener Hofes und der ihm ergebenen Partei der Czartoryski's waren regelmäßig an dem Einſpruche der Landboten aus dem Lager der Potocki geſcheitert, die mit franzöſiſchem und, wenn ſie konnten, auch mit preußiſchem Gelde ihre Gegenminen ſpringen ließen. Der Erregung und dem Lärm der Reichstage, die in jedem zweiten Jahre zu ihrer jedesmal gleich unfruchtbaren Arbeit zuſammentraten, folgten dann in den ungeraden Jahren die Pauſen der Erſchlaffung und der Stille, während derer die polniſchen Angelegenheiten für die Nachbarn von dem politiſchen Horizont zu verſchwinden pflegten.

Das reichstagsloſe Jahr 1751 ſollte aber ausnahmsweiſe nicht zu Ende gehen, ohne daß der König von Preußen durch die polniſchen Fragen ernſtlicher beſchäftigt worden wäre. Am

Digitized by Google

6. November 1751 ſprach es der König ſeinem Geſandten in Paris zunächſt als Vermuthung aus, daß der wiener Hof die Abſicht haben könne, dem Herzog Karl von Lothringen die Thronfolge in Polen zuzuwenden. Einen Monat ſpäter beauftragte Friedrich den Geſandten bereits, bei dem franzöſiſchen Hofe einen diplomatiſchen Gegenzug in Anregung zu bringen. Im Sinne ſeines alten Grundſatzes, daß nur die Pforte Rußland verhindern könne, willkürlich über die polniſche Königskrone zu verfügen, hielt er den Verſuch für angezeigt, bei zeiten von den türkiſchen Miniſtern die bindende Zuſage zu gewinnen, daß die Pforte eintretendenfalls der Wahl des Lothringers mit aller Wucht ſich widerſetzen werde. Vier Tage darauf, am 11. December 1751, war dem Könige, wie er weiter nach Paris mittheilt, ſein Argwohn zur Gewißheit geworden: er ſchöpfte ſie aus einem ſoeben eingegangenen Bericht ſeines Vertreters in Dresden.[1]

Die polniſche Thronfolgefrage blieb jetzt für Preußen und Frankreich auf der Tagesordnung. Aber wenn in dem diplomatiſchen Feldzuge gegen die römiſche Königswahl Frankreich der treibende, Preußen der retardirende Factor geweſen war, ſo war es jetzt umgekehrt Frankreich, das in den Grenzen kühler Zurückhaltung blieb. In der Inſtruction, die nach dem Tode des Grafen Tyrconnell deſſen Nachfolger, der Ritter La Touche, als franzöſiſcher Miniſter für Berlin erhielt[2], wird der entgegengeſetzte Standpunkt der beiden Mächte in den Worten zuſammengefaßt, der König von Preußen werde ſagen, daß die Verhandlungen der Höfe von Wien und Petersburg wegen Sicherung der Nachfolge in Polen zu Gunſten des Prinzen Karl von Lothringen oder eines der Erzherzoge für ihn von weit größerm Intereſſe ſeien als die römiſche Königswahlangelegenheit, und daß man nicht zeitig genug mit Gegenmaßregeln beginnen könne; der Ritter La Touche ſollte dann erwidern, daß die Informationen des Königs von Preußen

---

[1] Bericht Maltzahn's, Dresden, 7. December 1751.
[2] Verſailles, 25. Juni 1752. (Pariſer Archiv.)

Digitized by Google

wenig Wahrſcheinlichkeit für ſich hätten, daß die Erzherzoge zu jung ſeien und daß der Kurfürſt von Sachſen in ſeinem ſoeben abgeſchloſſenen Subſidienvertrage mit den Seemächten (13. September 1751) ſeine Stimme für die Wahl des Erzherzogs Joſeph zum römiſchen Könige nicht zugeſagt haben dürfte, ohne der Mitwirkung der Höfe von London, Wien und Petersburg für die ſächſiſche Succeſſion in Polen ſicher zu ſein. Unter allen Umſtänden war indeß La Touche ermächtigt, den Beiſtand Frankreichs für die Bekämpfung der polniſchen Throncandidatur eines Lothringers zu verſprechen.

Es iſt bekannt[1], daß Ludwig XV. damals mit nichts Geringerm umging, als eine Neuwahl in Polen auf ſeinen Günſtling, den Prinzen von Conti, zu lenken, den einige polniſche Edelleute von der antiſächſiſchen Oppoſition ſchon 1745 bei einem Beſuche in Paris ſich zum Könige erbeten hatten. Dem eigenthümlichen Verſteckſpiele, in welchem die unmittelbar aus dem Cabinet geleitete geheime Diplomatie Ludwig's XV. ſich gefiel, entſprach es, daß der Inhalt der Inſtructionen, die Graf Brolier 1752 für ſeine Miſſion nach Polen erhielt, dem Bundesgenoſſen Frankreichs, dem Könige von Preußen und deſſen Vertreter auf dem polniſchen Reichstage vollſtändig unbekannt bleiben mußte.

Die Fluten in Polen waren noch im Steigen, der Reichstag in Grodno von 1752 war noch nicht in der hergebrachten Weiſe „gehemmt“ oder „zerriſſen“, von der Candidatur des Lothringers war mehr die Rede als je.[2] König Friedrich entſchloß ſich, durch eine directe perſönliche Einwirkung auf Ludwig XV., die franzöſiſche Politik, die er den polniſchen Fragen gegenüber theilnahmslos glaubte, zu energiſchem Handeln aufzurütteln. Noch immer ſeit der Wahl des erſten ſächſiſchen Auguſt, ſo erinnerte Friedrich[3], hätten die Bewerber um die

[1] Vgl. Broglie, „Le secret du Roi“, Bd. 1.

[2] Benoit's Bericht, 12. Juli 1752, bei Röpell, „Polen um die Mitte des 18. Jahrhunderts“, S. 87, Anm.

[3] An Ludwig XV., 9. October 1752.



Digitized by Google

polniſche Königskrone mit bewaffneter Hand ſich in den Beſitz des Thrones geſetzt. Mit der Werbung des Prinzen von Lothringen eröffne ſich die Ausſicht auf einen neuen polniſchen Thronfolgekrieg. Das Mittel, das Friedrich zur Abwendung dieſes Krieges als das wirkſamſte vorſchlug, war eine Diverſion der Osmanen. Dieſe Diverſion herbeizuführen und zwar ſofort herbeizuführen, ſollte die Aufgabe der franzöſiſchen Diplomatie in Konſtantinopel werden. Es gilt, die Gelegenheit zu ergreifen, die jetzt eben ſich darbietet, den Miniſterwechſel im Serail, der einen kriegeriſch geſtimmten Großvezier an das Ruder gebracht hat. Die Gunſt der augenblicklichen Lage entfernt vorweg den Einwand, daß man dieſe Barbaren lieber in Reſerve halten ſoll, um ſie erſt loszulaſſen, wenn es an der Zeit ſein wird.

Die Antwort des franzöſiſchen Königs[1] berief ſich auf die bisherigen, nicht erfolgloſen Bemühungen ſeiner Politik, die ruſſiſche Kriegsluſt durch diplomatiſche Schritte des Sultans zu zügeln. Ueber die Stimmung der neuen türkiſchen Miniſter glaubte Ludwig XV. mit Sicherheit noch nicht urtheilen zu können. Eine directe Aufforderung zum Kriege ſchien ihm die Gefahr zu enthalten, ſich um die Früchte des Vertrauens zu bringen, das man den Türken einzuflößen geſucht hatte.

In einer eingehenden Denkſchrift verſuchte Friedrich noch einmal[2], den Argumenten ſeines erſten Schreibens bei dem Könige von Frankreich Eingang zu verſchaffen. Er geht aus von der Unzulänglichkeit jedes andern Auskunftsmittels gegen die polniſchen Plane der Gegner. Preußen und Schweden können gegen 280000 Ruſſen und Oeſterreicher nur 130000 Mann ins Feld ſchicken. Wenn Rußland in Finnland 40000 Mann gegen Schweden aufſtellt, ſo begeht es einen großen Fehler, denn die Zahl iſt das Doppelte des Erforderlichen. Finnland iſt zu Lande unangreifbar, ein Kampf zwiſchen Rußland und Schweden kann nur zur See entſchieden werden, die

[1] Choiſy, 15. November 1752.
[2] 18. December 1752.

ſchwediſche Marine aber iſt der ruſſiſchen nicht gewachſen. Auf Dänemark iſt nicht zu rechnen, ſolange ein übelgeſinnter Miniſter, wie der Freiherr von Bernſtorff, die däniſche Politik leitet. Eine franzöſiſche Diverſion in Flandern wird auf den Gang des Krieges um den polniſchen Thron ohne Einfluß bleiben, da die Franzoſen durch die Truppen der Seemächte und deren deutſche Hülfsvölker Beſchäftigung finden würden. „Aber es gibt ſicherere Mittel, die Freiheit der Polen aufrecht zu erhalten“, ſo fährt Friedrich fort, „als das Mittel, das wir dargelegt und als unausführbar verworfen haben: es gilt, die Türken zu beſtimmen, einer der beiden Kaiſerinnen den Krieg zu erklären. Wir betrachten dieſen Ausweg als den einzigen, der vollſtändig der Sache entſpricht.“ Nicht auf dem Wege formeller Verhandlungen und nicht durch die Zuſage von Diverſionen ſeien die Türken zum Handeln zu treiben, ſondern auf Umwegen. „Europa muß in Frieden bleiben, während der Krieg die Mächte bedroht, die ihre Kräfte misbrauchen könnten, indem ſie dieſelben gegen Polen anwenden, die Kaiſerhöfe müſſen ſich mit den Muſelmanen erſchöpfen, auf daß ſie in Polen ihr Ziel fehlen.“

Ludwig XV. ließ auf dieſe Darlegungen in einer Denkſchrift[1] antworten, welche der Empfänger das ſchwächſte Schriftſtück nannte, das noch von dem gegenwärtigen franzöſiſchen Miniſterium ausgegangen ſei.[2] Die franzöſiſche Antwort ſuchte den Beweis zu führen, daß unter der Vorausſetzung engen Einvernehmens zwiſchen Frankreich, Preußen und Schweden die Lage der beiden Kaiſerinnen ſo glänzend nicht ſei, daß im Gegentheil die Aſpecten für die eigene Sache günſtiger ſeien als für die Sache der Kaiſerinnen. In einem Kriege, den die Türken auf eigene Hand eröffnen würden, hätten ſie alle Ausſicht auf Niederlagen, deren Folge ein ſchneller Friede unter einſeitiger Vermittelung Englands und, weiter, erhöhte Anmaßung der Kaiſerhöfe ſein werde. Die franzöſiſche Denkſchrift rechnet

[1] Verſailles, 14. Januar 1753.

[2] Immediaterlaß an Lord Marſchall, 3. Februar 1753.



Digitized by Google

mit einem Eingreifen der Türken nur für den Fall der bereits eingetretenen Erledigung des polniſchen Thrones, alsdann aber würden die Türken zu unterſtützen ſein durch die zwiſchen Frankreich, Preußen und Schweden vereinbarten Diverſionen. Preußen wird für dieſen Fall mit ſeinen militäriſchen Operationen auf Hannover hingewieſen.

Es war in der franzöſiſchen Denkſchrift vielleicht mehr Methode, als der König von Preußen anzunehmen geneigt war. Der Gegenſatz des preußiſchen und des franzöſiſchen Standpunktes war ein principieller. Preußen wünſchte einen zwiſchen dem Sultan und den beiden Kaiſerinnen localiſirten Krieg, dieſen aber ſofort, weil er den drohenden allgemeinen Krieg von Europa abwenden ſollte. Dieſer allgemeine Krieg war gerade das, was Frankreich wünſchte und brauchte, aber es brauchte dieſen Krieg noch nicht ſofort. Die beiden Mächte hatten mit ihrem Freundſchaftsverhältniß ganz verſchiedene Zwecke im Auge. Für Preußen hatte daſſelbe ſeinen Werth als eine Bürgſchaft des Friedens, wie denn in der That das preußiſch-franzöſiſche Einvernehmen den Gegnern Preußens die Vertagung ihrer Plane angezeigt erſcheinen ließ. Für Frankreich bedeutete ſein Allianzſyſtem die Vorbereitung des Krieges, Frankreich betrachtete ſein Verhältniß zu Preußen als den Eckſtein einer continentalen Symmachie, an deren Spitze es zur Zeit und Stunde einen continentalen Krieg im größten Stile für die amerikaniſchen Intereſſen Frankreichs zu beginnen gedachte. Noch war die Zeit zum Kriege für Frankreich nicht gekommen, daher Frankreichs gute Weile im Gegenſatz zu dem Drängen Preußens auf den orientaliſchen Krieg. Aber Frankreich hätte die Beſorgniſſe, in denen es ſeinen Verbündeten wegen der polniſchen Frage ſah, gern benutzt, ſeine continentale Coalition durch die vorläufige Feſtſtellung eines Kriegsplanes militäriſch zu organiſiren, durch deſſen Annahme Preußen die Politik der freien Hand verloren haben würde. Daher der Vorſchlag der franzöſiſchen Denkſchrift, zwiſchen Frankreich, Preußen und Schweden im voraus Diverſionen zu vereinbaren.

Der König von Preußen vermied es, auf dieſes Anſinnen

Digitized by Google

einzugehen, er äußerte ſeinem Vertreter in Paris ſeine Verlegenheit (3. Februar 1753), was er auf die franzöſiſche Denkſchrift erwidern ſolle. Er hat ſie in der Folge unbeantwortet gelaſſen. Als der polniſche Reichstag das nächſte mal zuſammentrat, ſchien der Plan, den lothringiſchen Prinzen zum polniſchen König zu wählen, aufgegeben. Auf einen Vortrag ſeiner Miniſter[1] erklärte Friedrich II. ſich bereit, für die Wahl des ſächſiſchen Kurprinzen mitzuwirken, falls Frankreich denſelben auf den Schild zu heben beabſichtigen ſollte.

Im Herbſt 1754 drückte Rouillé, der neue franzöſiſche Miniſter des Auswärtigen, dem preußiſchen Geſandten ſeine Ueberraſchung aus, daß der König ſich nicht mit der Pforte zu verbünden ſuche, da man der Mitwirkung dieſer Macht unbedingt bedürfen werde, um die Wahlfreiheit in Polen zu ſichern.[2] Indem aber der franzöſiſche Staatsſecretär nur einen Monat ſpäter die Sendung eines preußiſchen Bevollmächtigten nach Konſtantinopel wieder bedenklich fand[3], erfolgten vorerſt keine weitern Schritte. Als im December 1755 ein Flügeladjutant des preußiſchen Königs, der Marquis von Varenne, mit Empfehlungsſchreiben an den franzöſiſchen Botſchafter an der Pforte nach Konſtantinopel ging, waren die Beziehungen zwiſchen Preußen und Frankreich bereits in voller Wandlung begriffen.

## Conflict mit England.

Die polniſche Frage hatte mit dem Ausgange des Reichstages von 1752 für Friedrich II. ihren beunruhigenden Charakter verloren, das Project der Wahl des Erzherzogs Joſeph zum römiſchen König durfte ſeit dieſem Herbſt (1752) als beſeitigt betrachtet werden, und im Norden hatten ſich die Gewitterwolken, die ſich über den europäiſchen Frieden zu entladen gedroht, nicht wieder zuſammengezogen. Und doch ſollte das Jahr 1753

[1] Berlin, 10. Februar 1754.
[2] Bericht Knyphauſen's, Paris, 6. September 1754.
[3] Bericht Knyphauſen's, 17. October.

Digitized by Google

für den König von Preußen unruhiger werden als die Vorjahre ſeit 1749.

Von zwei Seiten her drangen Wehklagen an die Ohren der Gegner Preußens um Hülfe gegen König Friedrich.

Zu der nämlichen Zeit, da Friedrich Frankreich gegenüber ſich bereit erklärte, eintretendenfalls die Bewerbung des ſächſiſchen Kurprinzen um die polniſche Krone zu unterſtützen, glaubte man in Dresden einem preußiſchen Angriffe auf die ſächſiſchen Erblande entgegenſehen zu müſſen. Die Spannung zwiſchen den Höfen von Berlin und Dresden war durch den Friedensſchluß von 1745 nicht beſeitigt. Die Verſuche Friedrich's II., eine politiſche Verbindung zwiſchen Preußen und Sachſen herzuſtellen[1], mußten erfolglos bleiben, ſolange Graf Brühl die Hoffnung nicht aufgegeben hatte, an der Seite der Kaiſerhöfe der ſächſiſchen Macht eine ebenbürtige Stellung neben dem norddeutſchen Nachbar wiederzugewinnen. Nichts wurde bei dieſer Richtung der ſächſiſchen Politik in Dresden peinlicher empfunden, als daß man durch eine Clauſel des Friedensvertrages ſich von dem verhaßten Sieger in gewiſſem Grade abhängig gemacht hatte. Indem der zerrüttete Zuſtand ihrer Finanzen es der ſächſiſchen Regierung unmöglich machte, die auf die leipziger Oberſteuerkaſſe eingeſchriebenen Guthaben preußiſcher Unterthanen der Beſtimmung des Friedens nach vollwerthig beim Fälligkeitstermin einzulöſen, mußte ſie ſich fort und fort die drängendſten Mahnungen von Berlin her gefallen laſſen. Eine Verwendung Frankreichs zu Gunſten der ſchlechten Zahler hatte Friedrich 1752 mit Beſtimmtheit zurückgewieſen[2]; ſo erſchien jetzt Sachſen hülfeflehend im andern Lager. Seit Ende 1752 fanden zwiſchen dem dresdener Cabinet und den beiden Kaiſerhöfen rege Verhandlungen ſtatt. Sachſen forderte das Verſprechen der Hülfsleiſtung gegen einen preußiſchen Angriff, als deſſen diplomatiſche Einleitung die Nöthigung wegen der Steuer hingeſtellt wurde. Die Kaiſerhöfe aber machten die

[1] Vgl. „Politiſche Correſpondenz", V, 1, 64, 73, 91, 188, 204.
[2] Ebend., VIII, 342, 374.

Digitized by Google

verlangten Zuſagen von dem Beitritt Sachſens zu ihrer Allianz, dem petersburger Bündniß von 1746, abhängig. Seit dem Februar 1753 war Friedrich über dieſe Verhandlungen unterrichtet, denn ſein Geſandter von Maltzahn in Dresden wußte ſich fortgeſetzt die Kenntniß der ſächſiſchen Geſandtſchaftsberichte aus Petersburg zu verſchaffen.[1]

Wie in Sachſen, ſo gab es auch in England finanzielle Intereſſen preußiſcher Unterthanen, welche wahrgenommen werden wollten. Während des letzten Seekrieges gegen Spanien und Frankreich hatten engliſche Kaper nach ihrer alten Praxis die Handelsſchiffe neutraler Mächte auf hoher See angehalten, durchſucht und wenn ſie Holz und ſonſtige Schiffbaumaterialien oder Korn geladen hatten, als gute Priſe in engliſche Häfen gebracht, während doch für die preußiſche Flagge Lord Granville 1744 officiell, obgleich nicht ſchriftlich die Zuſage gegeben hatte, daß als Kriegscontrebande nur der Handel mit Kriegsmunition und Mundvorrath nach belagerten Plätzen gelten ſollte.[2] Engliſche Admiralitätshöfe hatten über die preußiſchen Kauffahrer abgeurtheilt; war in einzelnen Fällen Freiſprechung erfolgt, ſo war doch für Zeitverluſt und für unbrauchbar gewordene Waaren kein Schadenerſatz geleiſtet. Als der König von Preußen nach jahrelangen Proteſten keine Genugthuung für ſeine Unterthanen erhalten konnte, legte er Ende 1752 Beſchlag auf den Reſt der auf Schleſien eingeſchriebenen Hypothekenforderungen engliſcher Geſellſchaften, deren Einlöſung er im Breslauer Frieden von 1742 übernommen hatte. Der britiſche Stolz bäumte hoch ſich auf. Hatte ſchon der preußiſche Widerſtand gegen das römiſche Königswahlproject vielen Engländern als eine Schädigung ihres nationalen Intereſſes gegolten, ſo ſchien das neue Attentat Preußens um ſo freventlicher, als es gegen England unmittelbar gerichtet war. Die Erregung in London wuchs,

---

[1] Bericht Maltzahn's, 6. Februar 1753.

[2] Vgl. Trendelenburg, „Friedrich's des Großen Verdienſt um das Völkerrecht im Seekriege" (Sitzungsbericht der berliner Akademie phil.-hiſt. Klaſſe, 1866).

Digitized by Google

als die Nachricht von einem bevorſtehenden preußiſchen Angriff auf Hannover durch die Tagesblätter ging. Die engliſche Nation, ſonſt ſtets voll Mistrauen und Eiferſucht gegen ihren hannoveriſchen König, fühlte ſich jetzt mit ihm ſolidariſch. Die Kunde, daß bei Spandau ein Uebungslager für ein größeres Truppencorps abgeſteckt wurde, mußte dem Gerücht von einem in naher Sicht ſtehenden Kriege neue Nahrung geben. Eine officielle Erklärung des preußiſchen Agenten Langſchmid in Hannover (März 1753), welche das Gerücht zu zerſtreuen beſtimmt war, wurde als Drohung ausgelegt. Der welfiſche Kronſchatz wurde von Hannover nach Stade geflüchtet.

Am 18. April erhielt Guy Dickens, der engliſche Botſchafter in Moskau, den Befehl ſeines Hofes, das ruſſiſche Miniſterium zu einer Erklärung darüber zu veranlaſſen, ob die Kaiſerin für den Fall eines preußiſchen Angriffes auf Hannover zu der bundesmäßigen Hülfe nach Maßgabe des Defenſivbündniſſes von 1742 bereit ſein werde. Als freiwillige Leiſtung ſtellte der König von England reichliche Subſidien in Ausſicht. Der wiener Hof, ſo konnte Guy Dickens hinzufügen, habe ohne jede Einſchränkung für jenen Fall den casus foederis anzuerkennen verſprochen.[1] Erſt am 18. Mai gelang es dem Großkanzler Beſtuſhew, bei der Zarin zum Vortrage zugelaſſen zu werden. „Gleichwie zu Anfang deſſelben die Kaiſerin ganz nicht von gutem Humeur zu ſein ſchiene, als welches ſich durch verſchiedene Zeichen geäußert, ſo wäre die vom Kanzler vorausgeſchöpfte gute Hoffnung beinahe verſchwunden; doch während der Anhörung der ihr ſodann vorgeleſenen Anträge und Remarquen und nach ſchicklicher Beantwortung ein und anderer von ihr gemachten Einwendungen hatte dieſer Humor ſich zum beſten der Anträge dergeſtalt verloren, daß er vielmehr lediglich wider Preußen, und Alles, was Preußiſch heiße, ausgebrochen.“[2] Unter

[1] Promemoria vom 15. und 27. April alten Stils, abſchriftlich im berliner Archiv.

[2] Bericht Funcke's an Brühl, Moskau, 16. Juli 1753. Daraus auch die folgenden Angaben.

Digitized by Google

geſchickter Benutzung dieſer Stimmung ließ ſich der Kanzler von der Kaiſerin die Ermächtigung geben, die engliſchen Anträge der großen Staatsconferenz vorzulegen. Das Gutachten der Conferenz, die am 25. und 26. Mai ſich verſammelte, fiel genau ſo aus, wie Beſtuſhew es vorher bei ſich beſchloſſen hatte; denn der Protokollführer, der junge Secretär Wolkow, war von dem Kanzler mit gemeſſenen Weiſungen für das verſehen, was er in ſein Protokoll zu ſchreiben hatte, und Beſtuſhew nahm nach glücklich vollbrachter That keinen Anſtand, ſeinem Vertrauten, dem ſächſiſchen Geſandten von Funcke, zu geſtehen, daß es ihm ſonſt nicht leicht geworden ſein dürfte, „die während des Conſeils unter- und übereinander her wie Kraut und Rüben vorgefallenen Aeußerungen derer Mitglieder zu vereinigen und in einen Reim zu faſſen“.[1] In dem Protokoll, unter das die 18 anweſenden moskowitiſchen Würdenträger ihre Namen ſetzten, wurde für die Politik Rußlands der Grundſatz proclamirt, daß mit allen Kräften danach zu ſtreben ſei, die Macht des Königs von Preußen auf den alten beſchränkten Stand zurückzuführen; durch umfaſſende militäriſche Rüſtungen ſollte die Möglichkeit geſchaffen werden, nicht blos im Falle eines preußiſchen Angriffs auf Hannover dem König Georg eine Diverſion zu machen, ſondern auch aus eigener Initiative an Preußen den Krieg zu erklären und ihn zu beginnen, „falls man dies zur Bändigung dieſes unruhigen Nachbarn für nöthig erachten wird“.

„Der hieſigen zur Genüge bekannten ungemeinen Langſamkeit nach“, wie Funcke ſich ausdrückt, verſtrichen wieder mehrere Wochen, ehe es der Zarin beliebte, das Gutachten der Staatsconferenz ſich vorlegen zu laſſen; dafür aber hatte der Kanzler jetzt die Genugthuung, daß die Kaiſerin das Gutachten, welches ſie vollinhaltlich billigte, als ein politiſches Teſtament, wie ſie ſagte, in ſeine Hände zurücklegte. Dadurch war Beſtuſhew, ſo urtheilte

---

[1] Beſtuſhew verfehlte nicht, dem ſächſiſchen Geſandten zu empfehlen, „dieſem jungen Menſch bei Gelegenheit ein kleines Douceur zukommen zu laſſen“, worauf Funcke bei Brühl eine „kleine Ergötzlichkeit“ für Wolkow in beliebiger Höhe beantragte.

Digitized by Google

Funcke, wenigſtens bei Lebzeiten Eliſabeth's aller Verantwortlichkeit überhoben; ſeinen Gegnern ſei für alle künftigen Zeiten durch das Protokoll „der Mund zugebunden".

---

Schon Mitte Juli kannte König Friedrich die Anträge des engliſchen Geſandten in Moskau, die Antwort Rußlands, das Gutachten der moskauer Staatsconferenz vom 26. Mai. Am 8. September lag, dank der Bemühungen Maltzahn's in Dresden, dieſes Gutachten, das „politiſche Teſtament" der Zarin, im Wortlaute[1] ihm vor.

[1] In franzöſiſcher Ueberſetzung einer holländiſchen Ueberſetzung des ruſſiſchen Originals. Funcke ſchreibt: „Weil es ſich ſo traf, daß mir noch deſſelben Abends, den 10. Juli 1753, nach dem Souper bei Hofe der Kanzler, ſo zu reden, wie in den Wurf kam, erbat ich mir die Erlaubniß, ihm noch nach Mitternacht nach Hauſe folgen zu dürfen, welche mir dieſer, da, en parenthèse zu melden, er bekanntermaßen nur zu gern bis früh morgens um 3 Uhr bei einem Glas Wein und alsdann manchmal bei beſſerm Humeur als des Tages zubringen mag, geſtattete. Hier war mithin vor diesmal die beſte Gelegenheit, ihn feſte zu halten." Der Kanzler bemüht ſich, die auf Sachſen bezüglichen Punkte des Protokolls dem ſächſiſchen Geſandten aus dem ruſſiſchen Text zu überſetzen. „Es wollte aber damit ſo wenig von Statten gehen, daß ich wohl ſahe, daß der gute Kanzler, wenn er ſich vom Translatieren hätte ernähren ſollen, damit nicht fortgekommen ſein würde. Auf vieles Bitten war ich endlich ſo glücklich, daß er mir die ganze Schrift im engſten Vertrauen auf etliche Stunden behändigte. Nachdem ich ihm auf das Heiligſte angelobt, daß ich ihm die Schrift alsdann ſofort wieder in ſeine Hände zuſtellen, daraus weiter nichts als obbenannte Punkte extrahieren und ſie zu dem Ende in extenso niemand als dem holländiſchen Envoyé Swart ſehen laſſen wolle, als der der ruſſiſchen Sprache ſo vollkommen als ein Ruſſe mächtig iſt und ſie daher ins Holländiſche recht wohl und fidèle zu überſetzen verſtände.... Alle dieſe Bedingungen ging ich ein, ließ aber ein vollſtändiges holländiſches Translat durch Swart verfertigen, und ſolches habe ich ſodann, ſo gut als ich es kann, lieber auf das Genaueſte dem eigentlichen Sinne und Worten, als der Zierlichkeit ins Franzöſiſche, ſowie es hiebei folget, überſetzet." Dieſe franzöſiſche Ueberſetzung, die E. Herrmann bei den Acten in Dresden nicht mehr

Digitized by Google

Im April hatte Friedrich ſich auf einen gleichzeitigen Angriff aller ſeiner Gegner gefaßt machen zu müſſen geglaubt. Anfang Mai war er von ſeiner Befürchtung zurückgekommen. jetzt im Herbſte glaubte Friedrich vorerſt, daß die Subſidienverhandlungen der Engländer an den maßloſen Forderungen Rußlands ſcheitern würden, denn die Zarin hatte zur Beſtreitung ihrer Rüſtungen nicht weniger als eine Million holländiſcher Thaler an jährlichen „Wartegeldern“ gefordert, eine Summe, die bei Beginn des Krieges auf drei Millionen erhöht werden ſollte.[1] Aber einer der Briefe des Königs an ſeinen Bruder, den Prinzen von Preußen, enthält ganz im Vorbeigehen eine Aeußerung, die uns ſchließen läßt, daß der König für das Jahr 1754 auf ernſte Verwickelungen gefaßt war. In Schwedt feierte man Ende November 1753 die Hochzeit einer Prinzeſſin des preußiſchen Hauſes mit dem Prinzen Friedrich Eugen von Würtemberg, die ganze königliche Familie betheiligte ſich an den Feſtlichkeiten, nur der König ſelbſt blieb in Potsdam zurück. „Die Zeit, die ich hier einſam bin“, ſchrieb er am 23. November an ſeinen Bruder, „iſt für den Staat nicht verloren. Ich bereite mich auf die ſchwierige Rolle vor, die ich im nächſten Sommer zu ſpielen haben werde.“

Aus dem Sommer 1753 ſtammt ein auf Befehl des Königs von dem jungen Prinzen Heinrich ausgearbeiteter Kriegsplan, in welchem unter der Vorausſetzung eines gleichzeitigen Krieges gegen England, Oeſterreich und Rußland ein preußiſcher Einmarſch in das Kurfürſtenthum Hannover in Ausſicht genommen wird.

Friedrich's Befürchtung war, daß der König von England

---

vorfand (vgl. „Archiv für Sächſiſche Geſchichte“, Neue Folge, II, 44), wird nach der Abſchrift im berliner Archiv in der „Politiſchen Correſpondenz Friedrich's des Großen“ als Beilage zu einem Immediaterlaß an Lord Marſchall in Paris vom 14. Sept. 1753 veröffentlicht werden.

[1] Promemoria von Beſtuſhew und Woronzow, Moskau, 28. Juni 1753; précis de convention à conclure, Beilage zum Promemoria, abſchriftlich im berliner Archiv. Am 8. September 1753 in Friedrich's II. Händen.

Digitized by Google

die hochgehende Stimmung der engliſchen Nation benutzen möchte, einen Krieg zu provociren, der anſcheinend der Ehre Englands, im Grunde aber dem dynaſtiſchen Intereſſe Hannovers gegolten haben würde. „Sollte der König von England ein neues Kriegsfeuer anzünden wollen", ſchrieb Friedrich ſchon am 17. Juni 1753 [1], „ſo würde der Grund Oſtfriesland ſein und die Beſchlagnahme des Schuldenreſtes der Vorwand." Georg II. war offenbar nicht gemeint, die preußiſche Herrſchaft in Oſtfriesland als einen endgültigen Zuſtand zu betrachten. Der kaiſerliche Hof und eine ſtarke Partei im Reiche begünſtigten die oſtfrieſiſchen Anſprüche des hannoveriſchen Kurfürſten. Auf dem Reichstage zu Regensburg kam es 1753 wiederholt zu tumultuariſchen Debatten über die oſtfrieſiſche Frage.

Ueber die Ausſichten eines Krieges mit England urtheilte Friedrich: „Allerdings würde mir der König von England viel Uebel zufügen, aber meinerſeits könnte ich ihm das Gleiche thun, mit Mitteln, von denen er vielleicht nichts weiß und an die er noch nicht glaubt." [2]

Welche Mittel kann Friedrich meinen? Daß er einen Angriff auf Hannover nicht im Sinne hat, iſt klar, denn dieſer Angriff gerade war es, woran man in Hannover und London glaubte.

Einige Winke gibt uns des Königs Correſpondenz mit dem Lord-Marſchall von Schottland, dem jakobitiſchen Emigranten George Keith, deſſen Miſſion am franzöſiſchen Hofe ſeit dem Sommer 1750 in England als ein Act herausfordernder Feindſeligkeit gegen die welfiſche Dynaſtie betrachtet wurde. Friedrich hatte zuerſt im Januar 1753 ſeinen Geſandten als Kenner der innern engliſchen Zuſtände um ſeine Meinung gefragt, ob England nach der Beſchlagnahme der engliſchen Kapitalien zu Vergeltungsmaßregeln im Kriegswege ſchreiten werde. Keith hielt die Eröffnung der Feindſeligkeiten durch England für unwahrſcheinlich. „Ich bin ſogar überzeugt", berichtete er am 5. Februar,

[1] An Klinggräffen in Wien.
[2] An Michell in London, 17. Juni 1753.

Digitized by Google

„daß, wenn die engliſche Nation Repreſſalien anwenden wollte, der König alles thun würde, ſie daran zu verhindern, um ſeine Erblande nicht auszuſetzen.“ Aber ſelbſt im Falle eines Krieges werde der König von Preußen, meinte Keith, mehr als ein Mittel in der Hand haben, nicht blos ſeine Staaten zu ſchützen, ſondern ſogar mit Erfolg Diverſionen zu machen. „Selbſt ein Seekrieg mit England würde nicht zu fürchten ſein, die Zahl der preußiſchen Schiffe, die England wegnehmen könnte, iſt nicht groß, und Ew. Majeſtät würde beträchtliche Priſen machen können, wenn Sie an franzöſiſche und andere Korſaren Kaperbriefe vertheilen ließe, um auf allen Meeren unter preußiſcher Flagge Fahrten zu machen.“

Friedrich antwortete dem Geſandten: „Ich weiß Ihnen großen Dank für die guten Rathſchläge, die Sie mir haben geben wollen, für den Fall, daß gegen alles Recht es England bedünken ſollte, zu Gewaltthätigkeiten gegen mich zu ſchreiten.“

Noch eine zweite Perſpective wußte Lord Marſchall zu eröffnen. Am 16. Februar berichtete er unaufgefordert über die Stärke der jakobitiſchen Partei in Großbritannien, was den König auf alle Fälle intereſſiren werde. Behufs weiterer Aufklärungen erbot ſich Keith, die Reiſe eines der Führer der Stuart'ſchen Partei nach Berlin zu veranlaſſen. Friedrich antwortete (23. Februar), daß er den Beſuch ſehr gern ſehen werde. Ende Mai erſchien Sir Dawkins in Berlin, der nach Keith mit Dr. King und Lord Weſtmoreland eine Art antihannoveriſches Triumvirat in Großbritannien bildete. Der Vorſicht halber hatte Keith ſeinen Freund Dawkins nicht wiſſen laſſen, daß er in Berlin erwartet wurde.[1] Der König ſprach Dawkins und lehnte es gegen Keith ab, ſich auf eine Verbindung mit der jakobitiſchen Partei zur Zeit einzulaſſen.[2]

Frankreich, das die wachſende Spannung zwiſchen Preußen und England begreiflicherweiſe nicht ungern ſah, zeigte in der von beiden Theilen ihm angetragenen Vermittlerrolle für Preu-

[1] Keith's Bericht, Paris, 7. Mai 1753.

[2] An Keith in Paris, 31. Mai 1753.

Digitized by Google

ßen entſchiedenes Wohlwollen, und ausdrücklich ließ Ludwig XV. in Berlin ſeine Hülfe zuſagen, falls der König von England die Anerkennung ſeiner Anſprüche auf Oſtfriesland mit bewaffneter Hand ſollte erzwingen wollen.

## Rückblick und Ausblick.

Im Herbſt 1746, als ein Krieg mit Rußland, den er im Frühling und Sommer gefürchtet hatte, ihm erſpart geblieben war, ſchloß Friedrich ſeine hiſtoriſchen Denkwürdigkeiten über den zweiten Schleſiſchen Krieg mit einem Satze, der des Königs Hoffnung auf einen dauernden Frieden durchblicken läßt: „Wenn jemand von dieſem Kriege Nutzen zog, ſo war es Preußen, deſſen Militär in ganz Europa in Achtung und hohem Anſehen ſtand; und wenn das Axiom wahr iſt, daß die Staaten ſich durch den Ruf ihrer Kriegsmacht und die Ehre der Waffen ſtützen, ſo darf man ſich ſchmeicheln, daß der jetzt geſchloſſene Friede nicht leicht von denen verletzt werden wird, denen die Preußen ihn aufgezwungen haben.“[1] Es kam das unruhige Jahr 1749, aber das drohende Geſpenſt des Krieges verſchwand noch einmal. Die ſtärkſte Garantie für den europäiſchen Frieden ſah Friedrich in jenen Jahren in der gleichmäßigen Erſchöpfung der großen Mächte, in dem allgemeinen Geldmangel.[2] Aber ſchon Ende 1749 berechnete er die Gnadenfriſt, die ihm bleiben werde, nur auf fünf Jahre.[3] Dem Thronfolger gegenüber betont er noch vor Ablauf dieſer fünf Jahre (Februar 1753), daß er der Meinung ſei und immer geweſen ſei, der Staat werde noch einen Entſcheidungskrieg durchkämpfen müſſen.

Der franzöſiſche Miniſter Puyzieulx[4] urtheilte ſchon 1751, daß es dem König von Preußen nicht zu verdenken ſein werde,

---

[1] „Histoire de mon temps“, Redaction von 1746, herausgegeben von M. Posner, S. 433.

[2] „Politiſche Correſpondenz“, VIII, 67, 243, 258, 270, 271.

[3] Ebend., VII, 143.

[4] „Lettre particulière à Tyrconnell“, Verſailles, 4. Januar 1751. (Pariſer Archiv.)

Digitized by Google

wenn er ſich auf den erſten beſten ſeiner Gegner ſtürze, um ihn außer Kampf zu ſetzen.

Aber wir ſahen, wie behutſam Friedrich II. den Verſuchen Frankreichs, ihn in der römiſchen Königswahlfrage vorzudrängen, auswich. Und wenn er 1752 zu Repreſſalien gegen England ſchritt, lag ihm der Gedanke durchaus fern, daß ſein Vorgehen kriegeriſche Verwickelungen zur Folge haben könnte. Nur daß, als dann in London das Kriegsgeſchrei anhebt, er ſich nicht beſtimmen laſſen will, ſchwächlich zurückzuweichen: mag England ſich entſchließen wie es will, Preußen wird den eingenommenen Standpunkt nicht verlaſſen.

So läßt in dem Conflict mit England die preußiſche Politik der Friedensjahre vor dem Siebenjährigen Kriege ihre Eigenart vielleicht am ausgeprägteſten hervortreten. Obgleich von Feinden rings umgeben, zeigt Friedrich ſich feſt und entſchieden, wo die Würde des Staates, wo die Ehre es zu erheiſchen ſcheint. Seine Politik iſt eine Politik der Defenſive, aber nicht eine Politik der Reſignation, der Selbſtverleugnung oder gar Selbſterniedrigung, ja nicht einmal eine Politik der Verſöhnlichkeit. Gerade im Bewußtſein ſeiner Friedensliebe tritt Friedrich ſeinem Gegner im gegebenen Falle mit um ſo ſtreitbarerer Miene entgegen und antwortet auf Nichtachtung oder Inſolenz allerdings mit gleicher Münze.

Wenn der wiener Hof nach Abſchluß des Dresdener Friedens dreiviertel Jahre verſtreichen läßt, ehe er einen Vertreter nach Berlin ſendet, ſo läßt der König von Preußen dieſen Geſandten einen Monat auf ſeine Antrittsaudienz warten, ſo empfindlich auch das Antichambriren den altöſterreichiſchen Stolz verwundete.[1] Wenn die öſterreichiſchen Hofpubliciſten einen Federkrieg gegen Preußen beginnen und durch die Veröffentlichung ihrer Schriften den Streit vor die Oeffentlichkeit ziehen, ſo bleibt man ihnen in Berlin die Antwort nicht ſchuldig, und Friedrich droht wol, einen „rüden Gelehrten“ in Anſpruch zu

[1] „Politiſche Correſpondenz“, V, 220—224, 230, 235, 242.

nehmen, der grob zu repliciren gewohnt iſt.[1] Er ſelbſt verſagt ſich nicht, unter die chiffrirten Cabinetserlaſſe an ſeinen Geſandten in Wien draſtiſche Bemerkungen zu ſetzen, eigenhändig und unchiffrirt, welche mehr an die Adreſſe der öſterreichiſchen Staatsmänner als an die des Geſandten gerichtet ſind, da Friedrich weiß, daß in Wien, wie überall, die Correſpondenz der diplomatiſchen Corps geöffnet und geleſen wird. „Ihr ſeid bei den Eiſenfreſſern von Deutſchland accreditirt", lautet einer dieſer eigenhändigen Zuſätze; „iſt es wunderbar, daß ſie Prahler ſind?" Eine andere der unchiffrirten Nachſchriften des Königs prägt dem Geſandten das geflügelte Wort eines ehemaligen Gouverneurs von Berlin ein: „Unteroffizier, iſt der Bürger ein Ochſe, ſeid Ihr auch einer; iſt der Bürger höflich, ſeid Ihr es auch."[2] Seinem Geſandten Empfehlungsſchreiben an die öſterreichiſchen Miniſter mitzugeben, weigert ſich der König ſehr entſchieden; das wäre eine „niederträchtige démarche", d. h. ein Schritt, der als Deferenz gedeutet werden könnte.[3] Verſuche, ein freundlicheres Verhältniß zu dem Hofe in Wien zu ſchaffen, erwieſen ſich ſchnell als ausſichtslos. Dem Kaiſer, der aufrichtig eine Verſöhnung zu wünſchen ſchien, fehlte es an Einfluß; Friedrich erprobte dann eine Zeit lang die Praxis, wenigſtens in Kleinigkeiten gegen den wiener Hof ſich entgegenkommend zu zeigen, wennſchon für die großen Fragen ein Einvernehmen nicht zu erzielen war; es war die auffallende Huld der Kaiſerin in einer dem preußiſchen Geſandten ertheilten Audienz in den kritiſchen Wochen nach der Niederlage der öſterreichiſchen Waffen bei Lawfeld, was den König zu dieſem Verſuche beſtimmte.[4] Derſelbe machte in Wien keinen Eindruck und man verfiel hier wie dort ſchnell wieder in den alten gereizten Ton. Als Graf Otto Podewils nach einer fünfjährigen Miſſion am wiener Hofe 1751 einen Nachfolger erhielt, ſagte ihm die Kaiſerin zum Ab-

---

[1] „Politiſche Correſpondenz", V, 380.
[2] Ebend., S. 182, 190.
[3] Ebend., VIII, 153.
[4] Ebend., V, 484, 485, 503.

Digitized by Google

ſchied, daß er es auf die politiſche Lage und auf die wenig angenehmen Verhandlungen, die er zu führen gehabt habe, ſchieben möge, wenn ſein Aufenthalt in Wien für ihn keine Annehmlichkeiten gehabt habe.[1]

Für ſein Verhältniß zu Rußland proclamirte der König mit vollem Bewußtſein das Princip der Gegenſeitigkeit. Wollte Rußland ihn vernachläſſigen und wol gar die Schicklichkeitsregeln außer Auge laſſen, ſo beſchloß er, auch ſeinerſeits keine Aufmerkſamkeiten mehr gegen Rußland zu zeigen.[2] Es geſchah das, als für die Verſuche, den Kanzler Beſtuſhew entweder zu ſtürzen oder zu gewinnen, jede Ausſicht geſchwunden war. Der Gegenſatz hatte ſich ganz allmählich geſchärft; indem Friedrich noch 1746 der ruſſiſchen Kaiſerin ein glänzendes Geſchenk ſchickte, hält er es doch mit ſeiner Würde nicht mehr für vereinbar, den Begleitbrief[3] mit eigener Hand zu ſchreiben, denn Eliſabeth hat ſeine letzten eigenhändigen Schreiben unbeantwortet gelaſſen. Der ruſſiſche Geſandte, der in dieſem Jahre in Berlin accreditirt wurde, Graf Keyſerlingk, hatte ſich noch perſönlicher Gunſtbeweiſe des Königs zu erfreuen, dem Nachfolger, der den Grafen 1749 ablöſte und dem von Paris her der Ruf ausgeſprochener Feindſeligkeit gegen Preußen vorausging, prognoſticirte man in Berlin von vornherein eine wenig behagliche Stellung. Offenbar mit Anſpielung auf die bürgerliche Herkunft des vor noch nicht langer Zeit geadelten Herrn von Groß fragte Friedrich den Grafen Keyſerlingk, ob ſein Nachfolger ein Bruder des erlangiſchen Zeitungsſchreibers Groß ſei.[4] Im folgenden Jahre ernannte dann Friedrich einen Bürgerlichen zu ſeinem Geſandten am ruſſiſchen Hofe. In Wien glaubte man ſich Glück wünſchen zu ſollen, daß der König von Preußen den ruſſiſchen Großkanzler und den ſächſiſchen Premierminiſter

[1] „Politiſche Correſpondenz“, VIII, 233.

[2] Vgl. „Preußiſche Jahrbücher“, XLVII, 302.

[3] „Politiſche Correſpondenz“, V, 96.

[4] Chotek an Maria Thereſia, Berlin, 8. März 1749. (Berliner Archiv.)

perſönlich gereizt und ſie dadurch ſich zu unverſöhnlichen Feinden gemacht habe.[1]

Die Feindſeligkeit ſeines Geſandten Mardefeld gegen Beſtuſhew hat Friedrich ſelbſt als einen politiſchen Fehler bezeichnet freilich als es bereits zu ſpät war, den Fehler wieder gut zu machen.[2] Den Grafen Brühl hat er Anfang 1746 noch ſich zum Freunde machen zu können geglaubt, wie denn Brühl 1742 ihm als Anhänger Preußens gegolten hatte.[3] Erſt mit dem Jahre 1747 bricht dann mit aller Entſchiedenheit die Ueberzeugung in Friedrich durch, daß Sachſen „ſein gefährlichſter, weil verſteckteſter Feind“.

Noch ſpäter endlich, erſt nach Eröffnung der Wahlcampagne für den Erzherzog Joſeph durch England, nimmt Friedrich's Sprache gegen den König von England ihre verletzende Schärfe an, und Georg II. muß ſich in einer officiellen preußiſchen Note den Titel des Jüngſten im Kurfürſtenrathe gefallen laſſen.

Wenn es des Königs Grundſatz war, den Gegnern gegenüber ſeiner Würde nichts zu vergeben und keine Geringſchätzung von ihnen hinzunehmen, ſo hat in der praktiſchen Anwendung dieſes Grundſatzes Politik und Temperament zuſammengewirkt; vielleicht daß das Temperament bisweilen weiter gegangen iſt, als ihm die Politik hätte erlauben ſollen. Zum Normaldiplomaten hat dem König manches gefehlt. Hat man andern Politikern das Zeugniß gegeben, ſie ſeien mehr Diplomaten als Staatsmänner geweſen, ſo könnte man von Friedrich umgekehrt ſagen, er war mehr Staatsmann als Diplomat. Zum Unterhändler fehlte ihm beim mündlichen Meinungsaustauſch die Ruhe; ſeine Lebhaftigkeit riß ihn im Geſpräche hin. Er wußte das ſehr wohl und vermied deshalb, wo es möglich war, mit den Vertretern der fremden Mächte in politiſche Discuſſionen ſich einzulaſſen; galt es aber ſchriftlich zu verhandeln, diplomatiſche Noten aufzuſetzen, ſo vermochte wieder der Literat in dem Könige

---

[1] Kaunitz bei Beer, S. XLI.
[2] „Politiſche Correſpondenz“, IV, 359.
[3] Ebend., II, 149; V, 147.

Digitized by Google

die Originalität des Stiles nicht immer zu verleugnen, die mit der conventionellen Glätte der Diplomatenſprache ſcharf contraſtirte. An jener Note vom 27. Januar 1751 [1], deren erſter Entwurf aus der Feder des Königs ſtammte, hatten ſein Cabinetsminiſter, der behutſame Graf Podewils, und der franzöſiſche Geſandte Tyrconnell ſtundenlang gefeilt, um die ſignificanteſten Wendungen abzuſchleifen; gleichwol verrieth ſie noch in der abgeſchwächten Schlußredaction ihren Urheber und ſtieß endlich bei Freund und Feind gleichmäßig an. Nicht ohne Unmuth ſchrieb Friedrich nach dieſer Erfahrung dem franzöſiſchen Geſandten: „Wenn je wieder der Fall an mich herantritt, ein Schriftſtück der Art zu verfaſſen, wird es heißen, zuvor die Naſe in die Acten ſtecken und über alle Punkte Aufklärung ſuchen, bevor man die Feder in die Hand nimmt.“ [2]

Nicht als ob es dem Könige an Geſchmeidigkeit, da, wo er ſie am Platze glaubte, gefehlt hätte. Er hatte während der beiden Schleſiſchen Kriege mehr als einmal auch Frankreich gegenüber keinen Anſtand genommen, ſehr deutlich zu ſprechen, was namentlich den franzöſiſchen König ſehr empfindlich verletzt hatte: jetzt, nach der Neubefeſtigung des Einvernehmens mit Frankreich im Sommer von 1749, wählte Friedrich für den geſchäftlichen Verkehr mit den franzöſiſchen Staatsmännern eine Umgangsform, die auf das feinſte pſychologiſch berechnet war. Er machte eine Wahrnehmung über eine Eigenthümlichkeit des franzöſiſchen Nationalcharakters, die ſchon zwei Jahrhunderte früher einem aufmerkſamen Beobachter nicht entgangen war. Ein ſpaniſcher Geſandter hat zur Zeit der Hugenottenkriege bemerkt, der Humor der Franzoſen ſei, argwöhniſch zu ſein gegen alles, was nicht von ihnen ſelbſt komme; was er von ihnen gethan haben wollte, pflegte deshalb der kluge Spanier nie als ſeine eigene Meinung vorzutragen, er zog es vor, davon als von einer Auskunft zu reden, die er habe erwähnen hören. [3] Ganz ebenſo empfahl jetzt

[1] Oben, S. 235.

[2] „Politiſche Correſpondenz“, VIII, 294.

[3] Vgl. Ranke, „Franzöſiſche Geſchichte“ („Sämmtliche Werke“, VIII, 371).



Digitized by Google

Friedrich der Große ſeinen Nachfolgern als probate Regel[1], im diplomatiſchen Verkehr mit den Franzoſen bedürfe es großer Rückſichten ſeitens derer, die mit ihnen zu thun hätten, in Anbetracht der Eigenliebe dieſer Nation und der überlegenen Einſicht, die ſie ſich eigen glaubte. Er habe die Ehre aller ſeiner Entwürfe den franzöſiſchen Miniſtern gegönnt, als wären es ihre Ideen, denen er geglaubt habe folgen zu ſollen. In derſelben richtigen Beurtheilung der franzöſiſchen Zuſtände handelte Friedrich, wenn er die Bundesgenoſſenſchaft einer Marquiſe Pompadour nicht verſchmähte. Als ſein Geſandter ihm ſchrieb, daß die Gunſtdame Einfluß auch auf die auswärtigen Angelegenheiten gewonnen habe, erwiderte der König, daß es ihm gleich viel gelte, ob er bei dem einen oder dem andern Geſchlechte Unterſtützung für ſeine Zwecke ſuche.[2]

Im Grunde war das Mehr oder Weniger an diplomatiſcher Verbindlichkeit oder undiplomatiſcher Schroffheit von keiner Bedeutung. Was frommte die glatte Sprache und die freundliche Miene, was that das Entgegenkommen in den kleinen Dingen, wenn in den entſcheidenden Fragen eine Verſtändigung nicht möglich war, wenn in dem einen Lager wie in dem andern das vornehmſte Augenmerk darauf ſich richtete, die Politik des Gegners überall zu durchkreuzen, ihn von ſeinen Freunden zu trennen, ſeine Freunde ihm zu Feinden zu machen? Das wollte Maria Thereſia, wie wir geſehen haben, und daſſelbe wollte Friedrich. Der Unterſchied iſt, daß für die Kaiſerin der diplomatiſche Intriguenkrieg, der den Gegner iſoliren ſollte, die Etappe für den Kampf auf dem Schlachtfelde bildete, während Friedrich durch die Schwächung der diplomatiſchen Aufſtellung

---

[1] „Testament politique“ von 1752. Angeführt bei Droyſen, „Preußiſche Politik“, V, 3, 345. Vgl. „Politiſche Correſpondenz“, IX, 18, 219.

[2] 29. März 1751. „Politiſche Correſpondenz“, VIII, 314. Damit ſind die oft nacherzählten Geſchichten in Valory's „Memoiren“, I, 320, ihrer Glaubwürdigkeit entkleidet. Die Pompadour galt dem König von Preußen lange Zeit als zur preußiſchen Partei gehörig. Vgl. „Politiſche Correſpondenz“, VIII, 440.

Digitized by Google

der Kaiſerin den militäriſchen Angriff hintertreiben wollte. Wie der Commandant einer belagerten Feſtung iſt Friedrich defenſiv in dem Zwecke ſeiner Politik, aber er iſt aggreſſiv in ſeinen Mitteln und muß es ſein, wie der Belagerte die Batterien des Belagerers zu demoliren, ſeine Angriffswerke zu zerſtören ſuchen muß. So wird zuerſt Schweden, dann Dänemark den Gegnern entriſſen, ſo wird um den Einfluß in Köln und in Braunſchweig, in Baireuth und in Stuttgart ein diplomatiſcher Krieg geführt, ſo wogt der Intriguenkampf in Warſchau und in Konſtantinopel, ſo parirt Friedrich mit großer Geſchmeidigkeit die Bemühungen der öſterreichiſchen Diplomatie, in Frankreich ihm ebenſo den Boden unter den Füßen zu entziehen, wie dies 1745 in Rußland geſchehen war. Der kleine Krieg „der Chicane und der Federn“[1], in welchem die gegenſeitige Gereiztheit äußerlich zur Erſcheinung, gleichſam an die Erdoberfläche kommt, iſt nur ein Symptom des großen, unter dem Boden geführten Kampfes der diplomatiſchen Minen und Gegenminen.

Es geſchah von beiden Seiten ganz folgerecht im Sinne des Syſtems, den Gegner zu iſoliren, wenn wir im Jahre 1755 nach dem Ausbruch der amerikaniſchen Händel zwiſchen Frankreich und England die Kaiſerin-Königin mit den Bundesgenoſſen Preußens und den preußiſchen König mit den Bundesgenoſſen Oeſterreichs Allianzverhandlungen anknüpfen ſehen. Maria Thereſia dachte, indem ſie ſich mit Frankreich zu verbünden entſchloß, ſo wenig auf die engliſche Freundſchaft verzichten zu müſſen, als Friedrich durch den Anſchluß an England ſich Frankreich zum Feinde zu machen glaubte.

Die Schwenkung, die an der öſterreichiſchen Politik nicht überraſcht, weil wir hier die Verbindung mit Frankreich als den Gegenſtand ſeit Jahren gehegter Lieblingswünſche kennen, will bei der preußiſchen Politik in Rückblick auf den 1755 noch nicht beigelegten Conflict mit England unvermittelt erſcheinen.

Aber uns entging nicht, daß das franzöſiſch-preußiſche Einvernehmen ſeine ſchwache Stelle hatte in der verſchiedenen Grund-

[1] „Politiſche Correſpondenz“, V, 195.

Digitized by Google

auffaſſung der Betheiligten, daß König Friedrich vom Standpunkt ſeiner Defenſivpolitik in ſeiner Verbindung mit Frankreich den Frieden ſuchte, daß die franzöſiſche Politik ihre continentale Coalition für den Krieg organiſirt hatte.

Trotzdem wäre Friedrich bei der anſcheinenden Ausſichtsloſigkeit, einen andern Bundesgenoſſen zu gewinnen, nicht von vornherein abgeneigt geweſen, an Frankreichs Seite in den Krieg einzutreten; er forderte Anfang April 1755 die Franzoſen zur Beſetzung von Hannover auf.

Zwei Möglichkeiten waren denkbar. Vielleicht, daß der König von England, an der empfindlichſten Stelle angegriffen, die Hand zum Frieden bot und die amerikaniſchen Streitpunkte zur Genugthuung Frankreichs beglich; dann durften auch die beiden Kaiſerhöfe auf die Unterſtützung ihrer Plane durch England nicht mehr, wie bisher, rechnen, und für Preußen war die Kriegsgefahr abgewendet. Nahm aber England den Fehdehandſchuh auf, dann mußte allerdings Preußen den Angriff der Ruſſen und Oeſterreicher gewärtigen, immer aber bot ihm die franzöſiſche Occupationsarmee im Hannoveriſchen von dort her Flankendeckung, während gegen Rußland die Hülfe Schwedens vertragsmäßig in Anſpruch genommen werden konnte.

So mag Friedrich gerechnet haben. Das franzöſiſche Miniſterium wies nun aber den Vorſchlag, den Friedrich gleichzeitig durch ſeinen Vertreter in Paris und durch den franzöſiſchen Geſandten in Berlin hatte machen laſſen[1], von der Hand und empfahl vielmehr eine Occupation Hannovers durch die Truppen Preußens. Friedrich antwortete, daß es ihm ſtrategiſch unmöglich ſei, nach drei Seiten hin Front zu machen.

Das franzöſiſche Miniſterium vermied es, eine Zuſage zu geben, ſolange dahinſtand, ob Preußen die Allianz von 1741 erneuern werde. Der Geſandte La Touche hatte bisher nicht vermocht, den preußiſchen Miniſtern eine Aeußerung über dieſe

[1] Bericht von La Touche, Berlin, 5. April 1755. (Pariſer Archiv.) Erlaß an Knyphauſen in Paris, Potsdam, 5. April 1755. Vgl. „Preußiſche Jahrbücher“, XLVII, 476.

Digitized by Google

Frage zu entlocken. Anfang Juni 1755 reiſte Darget nach Preußen, welcher, von Hauſe aus franzöſiſcher Diplomat, mehrere Jahre in Friedrich's Privatdienſt geſtanden hatte und bei dem Könige wohlgelitten war. In der Annahme, daß Darget's königlicher Gönner ihn empfangen und daß das Geſpräch auch die Politik berühren werde, verſah das franzöſiſche Miniſterium ſeinen geheimen Agenten mit einer förmlichen Inſtruction.[1] Darget ſollte dem König ſagen, daß Frankreich im Falle eines Krieges mit England ſeine Streitkräfte gegen die Niederlande wenden werde. Würde der König fragen, warum nicht gegen Hannover, ſo ſollte Darget erwidern, daß Frankreich, wie er ſicher glaube, keine Abneigung gegen die Ausführung dieſes Planes habe, daß er perſönlich denſelben aber für unannehmbar halte ohne ein Einverſtändniß mit dem berliner Hofe, und daß er nicht wiſſe, wie es damit ſtehe.

Allem Anſchein nach hat der Emiſſär keine Gelegenheit gehabt, von dem Inhalte ſeiner geheimen Inſtruction Gebrauch zu machen.[2] Inzwiſchen glaubte Friedrich doch zu bemerken, daß Frankreich trotz der ablehnenden Antwort auf ſeinen Vorſchlag vom April daran denke, den Engländern eine Diverſion in Hannover zu machen. Am 29. Juli 1755 ſchrieb er an den Freiherrn von Knyphauſen in Paris, den er inzwiſchen in Weſel geſprochen hatte, der Geſandte ſolle eine angemeſſene Gelegenheit ſuchen, den franzöſiſchen Miniſtern zu verſtehen zu geben, daß der beſte Weg zu einer Diverſion in Hannover die Mitwirkung des Königs von Dänemark ſein werde; gegen ſeinen Schwager, den Prinzen Ferdinand von Braunſchweig, hatte der däniſche König vor zwei Jahren geäußert, daß er bei Gelegenheit ſich nicht weigern werde, ſeinen Antheil an dem Gewinne aus dem hannoveriſchen Schatze zu nehmen. Friedrich ließ den franzöſiſchen Miniſtern empfehlen, in Kopenhagen nicht an den

---

[1] „Mémoire sur les circonstances actuelles relativement au roi de Prusse", Verſailles, 6. Juni 1755. (Pariſer Archiv.)

[2] Eine Notiz über einen Auftrag des Königs an Darget 1755 in Valory's „Mémoires", I, 298.

Digitized by Google

Miniſter von Bernſtorff, den Anhänger Englands, ſich zu wenden, ſondern an den Hofmarſchall Graf Moltke.

Friedrich's Weiſung an Knyphauſen läßt erſehen, wie vollſtändig fern ihm noch Ende Juli 1755 der Gedanke an ein Abkommen mit England lag; die erneute Aufforderung zu der Unternehmung gegen Hannover erfolgte wol gerade unter dem Eindrucke der durch Georg II. nach ſeiner Ankunft auf dem Continent eingeleiteten Subſidienverhandlungen mit mehrern deutſchen Höfen. Schon am 8. Juli hatte Friedrich ſeinem Geſchäftsträger Michell in London auf das Befremdliche dieſer Erſcheinung aufmerkſam gemacht; ſein Mistrauen gegen ſeinen Oheim war größer denn je. Am 26. Juli, drei Tage vor dem Abgang der Weiſungen an Knyphauſen, ſchrieb der König an Michell, er beginne zu bezweifeln, daß England den Krieg auf den Weſten und auf die See beſchränken werde; ſein Argwohn beſtätige ſich angeſichts aller der Anſtrengungen, die der König von England in Hannover mache, um den Krieg zu Lande auf dem Continent führen zu können.

Wenige Tage darauf kam dem Könige, gewiß ſehr unerwartet, aus Braunſchweig von ſeinem Schwager, dem Herzog Karl, die Nachricht, daß Georg II. die Verſtändigung mit Preußen ſuche. Die Gelegenheit bot ſich, einen Keil in die große Coalition zu treiben, welche Preußen die Jahre daher bedroht hatte, die Gelegenheit, England und mit England, ſo ſchien es, Rußland auf die Seite Preußens zu ziehen, um ſo das unverſöhnliche Oeſterreich zu iſoliren.

Friedrich hatte aus Verſailles die Antwort bekommen, daß man militäriſche Operationen in Deutſchland nicht beabſichtige, aber er vermuthete, wie wir eben ſahen, daß den Franzoſen gleichwol der Zug nach Hannover im Sinne liege. Er nahm deshalb Anſtand, die Neutralität des Kurfürſtenthums den Engländern, wie ſie es forderten, zu garantiren. Nur für ſich ſelbſt wollte er verſprechen, Hannover nicht anzugreifen; hatte er dies doch auch den Franzoſen von vornherein als ſeine Abſicht eröffnet. Erſt als ihm formell und wiederholt erklärt wurde, daß die Zuſage einer Neutralität für Hannover einſeitig im

Namen Preußens die Engländer der Nothwendigkeit noch nicht überhebe, zum Schutze der deutſchen Erblande ihres Königs ruſſiſche Hülfstruppen nach Hannover zu ziehen, entſchloß ſich Friedrich, die Neutralität des Kurfürſtenthums dem König von England gegen jedermann zu garantiren.

Der engliſch-ruſſiſche Subſidienvertrag war unterzeichnet (30. October 1755), die ruſſiſchen Truppen waren bereit, auf den erſten Wink aus London zu marſchiren oder in See zu ſtechen. Am 7. December entwarf König Friedrich eigenhändig den Befehl an den Geſchäftsträger in London, den Neutralitätsvertrag mit England abzuſchließen, durch den beide Theile ſich verpflichteten, fremden Truppen den Einmarſch in Deutſchland nicht zu geſtatten.

Jener Vorſchlag an Frankreich war zu einer Zeit geſchehen, wo der König von Preußen auf ein Entgegenkommen Englands unmöglich rechnen konnte. Die unerwartete Wahrnehmung, daß England den Frieden auf dem Continent zu erhalten ſtrebe, wies der preußiſchen Politik eine andere Richtung. Statt des einen Ausweges: „Krieg an der Seite Frankreichs", ſchien jetzt die Alternative gegeben: „Krieg an der Seite Frankreichs oder Friede an der Seite Englands." Friedrich konnte nicht ſchwanken; mit der Unterzeichnung ſeines Bündniſſes mit England hielt er den europäiſchen Frieden für geſichert. „Ich kenne nur zu gut", ſchrieb er an ſeinen Geſandten in Wien, „die innigen Verbindungen der beiden Kaiſerhöfe und die Plane, die ſie geſchmiedet haben, Plane, die mich in die höchſte Verlegenheit zu ſetzen vermocht hätten, wenn die Vorſehung ſie nicht glücklich ihr Ziel hätte verfehlen laſſen. . . . Ich kann Sie in Kenntniß ſetzen, daß ich gegenwärtig dem, was meine Feinde anzetteln, mit der größten Ruhe zuſchauen darf und daß ich, vorausgeſetzt, daß das Syſtem Englands auf ſeinem jetzigen Fuße bleibt, wegen alles Sonſtigen keine Beſorgniß haben werde."[1] Und wenn der König Mitte December durch ſeinen Geſandten in Dresden die

---

[1] An Klinggräffen, 20. und 27. December 1755.

Digitized by Google

Nachricht erhielt [1], daß am 7. October in einer ruſſiſchen Staatsconferenz die Beſchlüſſe vom 26. Mai 1753 erneuert waren und daß der König von Preußen durch Rußland mit Krieg überzogen werden ſollte, mochte er nun einen Alliirten Rußlands angreifen oder mochte er ſelbſt angegriffen werden — ſo antwortete er dem Geſandten [2]: „Ich freue mich, Ihnen ſagen zu können, daß die Bosheit des Kanzlers Beſtuſhew ohne Beiſpiel iſt, daß ich aber meine Gründe habe, mich deshalb in keiner Weiſe zu beunruhigen."

Mit England glaubte Friedrich Englands Bundesgenoſſen, die Ruſſen, für ſich zu gewinnen, während er, wie Frankreich ſelbſt, ſo Frankreichs Bundesgenoſſen nicht zu verlieren glaubte.

Frankreich hatte vor dreiviertel Jahren erklärt, Hannover nicht beſetzen zu wollen, jetzt murrte daſſelbe Frankreich, Hannover nicht beſetzen zu ſollen.

Der Entſchluß, den Hauptangriff gegen Hannover zu richten, iſt im Cabinet Ludwig's XV. gefaßt worden. Sein auswärtiges Miniſterium war noch im December 1755 ohne Kenntniß von dieſer Wendung. Es hätte wenig gefehlt, ſo wäre der Specialbevollmächtigte, den Ludwig XV. Ende des Jahres nach Berlin ſandte, aus Verſailles abgegangen, ohne für den ſpringenden Punkt der ganzen politiſchen Situation mit einer Weiſung verſehen zu ſein. Die Inſtruction, die der Herzog von Nivernais für ſeine Sendung nach Berlin erhielt, iſt das weitſchweifigſte Stück in den preußiſchen Acten des pariſer Miniſterialarchivs aus dem Jahrzehnt vor dem Siebenjährigen Kriege. Als aber der Geſandte dieſen voluminöſen Papierſtoß durchgeleſen hatte, konnte er nicht umhin, den Miniſter Rouillé darauf aufmerkſam zu machen, daß ſeine Inſtruction in Betreff der Hauptſache nichts enthalte.[3] Nivernais glaubte ſeiner Pflicht zu fehlen, wenn er

---

[1] Bericht Maltzahn's, Dresden, 12. December 1755. (Berliner Archiv.)

[2] 23. December 1755. (Berliner Archiv.)

[3] Nivernais an Rouillé, Paris, 11. December 1755: „Le premier article de ces agenda (des instructions pour Nivernais)

Digitized by Google

die Vorſtellung unterließe, daß er in Berlin auf kein Vertrauen würde rechnen können, ſolange ihm die Möglichkeit nicht gegeben ſei, ſtatt von ſchwankenden Berathungen von feſten Entſchlüſſen des Königs von Frankreich zu ſprechen. Er bat nun um eine „poſitive Aufklärung" über den Punkt, den er als den Eckſtein (pierre angulaire) ſeiner Verhandlung betrachte.

Jetzt erſt erhielt der Geſandte von dem Miniſter die Weiſung[1]: „Der König kennt keinen andern Feind als England, er will die Zahl ſeiner Feinde nicht vermehren und fürchtet noch mehr zu einem allgemeinen Kriege Anlaß zu geben. Se. Majeſtät nimmt ſich alſo vor, von dem Könige von England eine gerechte Genugthuung zu erzwingen und alle Mittel, die Gott in ſeine Hand gelegt, anzuwenden, um ſich an dieſem Fürſten zu rächen, ſei es durch ſeine Seemacht, an deren Vermehrung man ohne Unterlaß arbeitet, ſei es durch einen Angriff auf das Gebiet von Hannover, ſei es, indem er ihm bis nach London hinein nachgeht. Das ſind bisjetzt die Abſichten Sr. Majeſtät: Sie wünſcht, daß man dieſelben ſehr geheim hält, aber Sie erlaubt mir, Ihnen davon Mittheilung zu machen, auf daß Sie dieſelben dem Könige von Preußen anvertrauen können."[2]

Was beſtimmte den König von Frankreich, nicht mehr Flandern, wovon früher die Rede geweſen war, ſondern Hannover als Operationsziel für die franzöſiſche Landarmee in Ausſicht zu nehmen? Wir haben kein directes Zeugniß, aber der Zuſammenhang iſt unſchwer zu errathen. Seit Anfang September

---

porte que le Conseil du Roi a balancé jusqu'à présent et balancé encore entre le parti de faire une guerre de terre ou de se borner à une guerre de mer avec l'Angleterre, c'est-à-dire que le Conseil du Roi n'a pas encore pris de parti." (Pariſer Archiv, benutzt bei Ranke, „Sämmtliche Werke", XXX, 112.)

[1] Rouillé an Nivernais, Verſailles, 15. December. (Pariſer Archiv.)

[2] „Voilà quelles sont jusqu'à présent les intentions de Sa Majesté. Elle désire qu'on les tienne fort secrètes, mais Elle me permet de vous en faire part, afin que vous puissiez les confier à Sa Majesté Prussienne."

Digitized by Google

1755 bot Oeſterreich in Verſailles für den Fall eines franzöſiſch-engliſchen Krieges ſeine Neutralität, es forderte Frankreichs Neutralität für einen öſterreichiſchen Angriffskrieg gegen Preußen, ja es forderte eine Geldbeihülfe für dieſen Krieg. Frankreich hatte ſich geweigert, zu einem feindſeligen Schritte gegen Preußen die Hand zu bieten, oder einen ſolchen auch nur ſtillſchweigend zuzulaſſen[1], aber Frankreich war nicht abgeneigt, die Neutralität Oeſterreichs anzunehmen. Natürlich durfte dann ein Angriff auf die öſterreichiſchen Niederlande nicht in den Bereich des franzöſiſchen Operationsplanes gezogen werden.

Ludwig XV. iſt, wie von betheiligter Seite mit Beſtimmtheit verſichert wird[2], von vornherein für die Verſtändigung mit dem wiener Hofe geweſen. Der Abſchluß des engliſch-preußiſchen Vertrages gab dann den, wie angenommen werden darf, erwünſchten Anlaß, alle Rückſichten auf Preußen fallen zu laſſen.

Am 1. Mai 1756 erfolgte die Unterzeichnung des Vertrages von Verſailles, welcher Preußen der öſterreichiſchen Revanchepolitik als Beute überließ.

Die erſte Vorausſetzung, unter der Friedrich II. in dem Weſtminſtervertrage eine Garantie des Friedens geſehen, hatte ſich als falſch erwieſen: Frankreich hatte die Sache Preußens preisgegeben und ſich mit Preußens Todfeinde verbunden. Kurze Zeit nachdem er dieſe Erfahrung gemacht, in den erſten Junitagen von 1756, gewann Friedrich die ſchlimme Gewißheit, daß auch ſeine zweite Annahme nicht zutreffen ſollte, daß er mit England nicht auch Englands Bundesgenoſſen gewonnen hatte, daß Englands Einfluß in Petersburg geringer war als Rußlands Kriegseifer und Rußlands Haß gegen Preußen, daß Rußland trotz England bei ſeinen Kriegsplanen beharrte und ſeine Verbündeten zur Beſchleunigung der Ausführung drängte.

Zu ſpät ſah jetzt Friedrich, daß die Frageſtellung: „Krieg an der Seite Frankreichs oder Friede an der Seite Englands", eine falſche geweſen war. Eine Alternative hatte es allerdings

---

[1] Arneth, IV, 399, 403.

[2] „Mémoires de Bernis", Bd. 1.

Digitized by Google

gegeben, aber nicht die Wahl zwiſchen Krieg und Frieden, ſondern ſtets nur die Wahl zwiſchen dem Kriege im Bündniß mit Frankreich und dem Kriege im Bündniß mit England. In der Politik, ſeinem Staate den Frieden zu erhalten, die Friedrich ein Jahrzehnt hindurch mit Conſequenz und Erfolg eingehalten hatte, war er einen Schritt zu weit gegangen, indem er die Erhaltung des Friedens noch für möglich hielt, als der Krieg auf die eine oder die andere Weiſe bereits unvermeidlich war.

Ob Friedrich der Große, wenn er die Unvermeidlichkeit des Krieges alsbald durchſchaut hätte, als Waffengenoſſe Frankreichs das Schwert gezogen haben würde, ob er dennoch mit England ſich verbündet hätte, dieſe Frage zu beantworten fehlt es an urkundlichen Anhaltspunkten. Wir aber freuen uns heute einer Wendung, die den preußiſchen König 1756 zum Vorkämpfer nicht mehr allein der preußiſchen, ſondern der geſammten deutſchen Intereſſen werden ließ, und das deutſche Volk von damals empfand es mit Stolz, daß nur deutſche Truppen es waren, Preußen, Hannoveraner, Braunſchweiger und Heſſen, die den deutſchen Boden gegen eine europäiſche Coalition vertheidigten.

Digitized by Google

# Die Lehrjahre Philipp's II. von Spanien.

Von

Profeſſor Dr. Wilhelm Maurenbrecher in Bonn.

Digitized by Google

Digitized by Google

## I.

Die einzelnen Länder der Pyrenäiſchen Halbinſel waren erſt am Ausgang des Mittelalters zu einem Reiche zuſammengewachſen. Die Reiche Caſtilien, Leon und Galicien vereinigten ſich mit Aragon, Valencia und Catalonien unter Ferdinand und Iſabella, den katholiſchen Königen, zur Einheit des ſpaniſchen Reiches; ſie eroberten den letzten Reſt des Islam auf der Halbinſel Granada; ſie fügten den größten Theil Navarras hinzu. Es war ein eigengeartetes, aber begabtes und kräftiges Volk, das damals die ſtaatliche Einheit erlangte; in vollem Aufblühen war es begriffen: mächtig und reich im Innern, kräftig und thätig nach außen, mit blühendem Gewerbe und Handel, mit vielſeitig entfaltetem Reichthum des geiſtigen Lebens, in Wiſſenſchaften und Dichtkunſt glückliche Nachahmer des italieniſchen Humanismus: ſo waren damals die Spanier in ihrer glänzendſten Geſchichtsperiode, in dem goldenen Zeitalter ihrer nationalen Entwickelung.

Wie die Monarchie der katholiſchen Könige durch den Zuſammentritt verſchiedener Länder ſich gebildet hatte, ſo galt den Spaniern damals das politiſche Wachsthum ihres Staates noch nicht als fertig oder abgeſchloſſen; ſie meinten noch andere ſtammverwandte Gebiete ſich angliedern zu ſollen; man erſtrebte den Anſchluß des benachbarten Portugal; man ging auch auf die Eroberung italieniſcher Gebiete aus; und die ſüditalieniſchen Reiche, Neapel und Sicilien, wurden wirklich dem ſpaniſchen Throninhaber damals unterworfen. Aber ſelbſt über das Weltmeer hinaus, das man vor kurzem zu befahren ſich gewöhnt



Digitized by Google

hatte, reichten die begehrlichen Blicke der Spanier; — eine große, weitausgedehnte See- und Colonialmacht wurde die junge, eben geborene Monarchie. Ueberhaupt auf Krieg und Abenteuer, auf Eroberung ſtand damals des Spaniers Sinn. Mit der ganzen Kraft eines jugendfriſchen Volks griff Spanien in die Schickſale Europas ein.

Da wollte es nun die Verkettung allgemeiner und perſönlicher Dinge, daß die Kronen Spaniens der zweiten Tochter der katholiſchen Könige, Juana, zufielen, welche an den habsburgiſchen Erbprinzen Philipp, des Deutſchen Kaiſers Maximilian I. Sohn, verheirathet war. Königin Juana aber war geiſteskrank, und ſo trat nach dem Tode ihrer Aeltern und ihres Mannes ihr älteſter Sohn für ſie in die Regierung Spaniens ein, Karl — in Deutſchland Kaiſer Karl V., in Spanien König Karl I. Spanien wurde ein Beſtandtheil der gewaltigen Ländermaſſe, in deren Beſitz das Haus Habsburg allmählich ſich geſetzt, die es auszudehnen noch ſtets bemüht war. Karl's Weltreich umfaßte außer Spanien mit ſeinen Colonien und ſeinen süditaliſchen Beſitzungen die Niederlande und Theile von Deutſchland. Karl trug die Kaiſerkrone, die ihn zum oberſten Lehnsherrn der Fürſten von Deutſchland und von Italien emporhob.

Der habsburgiſche Großvater, Maximilian I., hatte ſeinem älteſten Enkel Karl die habsburgiſche und ſpaniſche Erbſchaftsmaſſe ungetheilt vererben wollen. Dagegen hatte König Ferdinand der Katholiſche die Abſicht, eine Theilung herbeizuführen unter Karl und ſeinem jüngern Bruder Ferdinand, bei welcher Spanien und die italieniſchen Beſitzungen — die letztern durch das Herzogzogthum Mailand vermehrt — als ein beſonderes ſelbſtändiges Reich hingeſtellt werden ſollten. Dem jüngern Bruder war das ſpaniſch-italiſche Reich zugedacht, während Karl als der Kaiſer die niederländiſchen und deutſchen Beſitzungen erhalten und durch die ſchon vorbereitete öſtliche Erweiterung, die Annexion von Böhmen und Ungarn, ſie ſeinerzeit vergrößern ſollte. Aber der Gang der Dinge hatte das realpolitiſche Programm des ſpaniſchen Reichsgründers nicht zur Ausführung gelangen laſſen. Kaiſer Karl behauptete ebenſowol die ſpaniſchen als die habs-

Digitized by Google

burgiſchen Länder für ſich. Dagegen ſchied er nach einigen Jahren die eigentlich deutſchen Gebiete ſeines väterlichen Erbes aus, indem er ſie ſeinem Bruder Ferdinand übertrug; und Ferdinand gelang es dann, die öſtlichen Königreiche ſeinem öſterreichiſchen Beſitze hinzuzufügen. Karl's Machtſtellung in Europa beruhte auf ſeinem Beſitze Spaniens und der Niederlande und der italiſchen Länder; die Kaiſerkrone erhob ihn zum erſten Herrſcher der Chriſtenheit und ſicherte die Abhängigkeit ſowol Italiens als Deutſchlands von ſeinem Willen.

In dieſem Weltreiche Karl's V. aber war der eigentliche Kern und Mittelpunkt das ſpaniſche Reich mit ſeiner ſtark entwickelten und einheitlich concentrirten Macht. Spanien gab in der That in der Länderverbindung Karl's den das Ganze beſtimmenden Charakter. In einem von Jahr zu Jahr ſteigenden Maße wurde Kaiſer Karl's Politik von ſpaniſchen Geſichtspunkten und Tendenzen beherrſcht; — zuletzt ſah es aus, als ob das Kaiſerthum Karl's nichts anderes mehr bedeutete als die Regierung der Welt durch die ſpaniſche Krone.

Es war ſomit etwas Selbſtverſtändliches, daß des Kaiſers älteſter — wie es ſich ſpäter geſtaltete, einziger — Sohn vor allem zum Nachfolger in Spanien erzogen wurde.[1]

---

[1] Die Literatur von Quellen und Bearbeitungen über Philipp II. von Spanien kann ſchon eine recht ausgedehnte genannt werden. Außer den ältern, den gleichzeitigen oder zeitlich naheſtehenden Erzählungen und Darſtellungen darf hier auf die verſchiedenen neuern Werke von Ranke und Raumer, von San-Miguel und Lafuente, von Mignet und Forneron, von Prescott, Motley und Froude hingewieſen werden. Wer ſich für den Nachweis der Einzelheiten intereſſirt, mag jene Bücher nachſchlagen und vergleichen. Wir beſitzen heute auch ſchon ſehr umfaſſende Publicationen des archivaliſchen Materials über Philipp's Regierung in den verſchiedenen reichhaltigen und dankenswerthen Quellenſammlungen von Gachard, in den zahlreichen Bänden der „Coleccion de documentos ineditos", in den „Papiers d'état du cardinal de Granvelle" u. ſ. w. Sehr intereſſante Skizzen und Charakterzeichnungen haben uns die Venetianer in ihren „Relazionen" über Philipp hinterlaſſen; für den in dieſem Aufſatz behandelten Zeitabſchnitt muß man die Schilderungen von Cavalli 1551, Moroſini 1552,



Digitized by Google

Karl hatte im März 1526 ſeine portugieſiſche Couſine Iſabella heimgeführt. Am 21. Mai 1527 gebar die Kaiſerin ihrem Manne in Valladolid das erſte Kind, einen Sohn. Von dem höchſten Geiſtlichen Spaniens, dem Cardinal Fonſeca von Toledo, ließ Karl das Kind auf ſeines Vaters Namen Philipp taufen: es war ein zarter, ſchwächlicher Knabe.

In den Jubel des Hofes, in die prächtigen Feſte höfiſchen und kirchlichen Charakters, die man bei der Geburt des Kronprinzen veranſtaltete, fiel plötzlich die Nachricht hinein, daß in Rom Papſt Clemens VII. von dem Heere des Kaiſers gefangen geſetzt und die Stadt Rom geplündert worden. Wenn auch Karl dem wetterwendiſchen Papſte eine Züchtigung zugedacht, ſo war dieſelbe doch ſtärker ausgefallen, als er beabſichtigt; und es war ganz natürlich, daß man in Spanien über den Vorfall einige Trauer bezeugte; die Feſte wurden in Valladolid unterbrochen; Gebete für die Befreiung des heiligen Vaters wurden veranſtaltet — es war ein böſes Omen, daß Geburt und Taufe des kaiſerlichen Prinzen mit dieſen römiſchen Ereigniſſen zuſammengefallen war.

Schon im April 1528 leiſteten die Cortes von Caſtilien dem elfmonatlichen Knaben den Treueid als dem Thronfolger. Seine erſte Erziehung beaufſichtigten die Mutter und eine ihrer portugieſiſchen Damen, Leonor de Mascareñas, und der Hofmeiſter Pedro Gonzalez de Mendoza. Den kaiſerlichen Vater führten die Geſchäfte ſeines weiten Reiches und ſeiner Politik jahrelang von Spanien fort. Philipp wuchs in Gemeinſchaft mit ſeiner Schweſter Maria auf, die ein Jahr jünger war als er (geb. 21. Juni 1528). Als Karl 1533 wieder einmal nach Spanien für einige Zeit zurückkehrte, wurde Bildung und Erziehung des Thronerben ſorgfältig ausgewählten Männern anvertraut. Freilich, die Abſicht ſchlug fehl, die man 1532

---

Giac. Soranzo 1554, Giov. Michieli, P. Tiepolo und Fed. Badoero 1557 und vielleicht auch noch Mocenigo, Mich. Soriano und Mula 1559 heranziehen. Ich werde mich in dieſer Abhandlung damit begnügen, einige weniger bekannte Details durch Citate zu belegen, insbeſondere aber das von mir verwerthete ungedruckte Material kenntlich zu machen.

Digitized by Google

hatte, den berühmten humaniſtiſchen Juriſten Viglius zum Lehrer des Prinzen zu gewinnen[1]; — mit Recht hat Philipp ſelbſt es bedauert, nicht den Unterricht eines ſolchen Mannes genoſſen zu haben; — ein Profeſſor aus Salamanca empfing den Auftrag, die wiſſenſchaftliche Seite der Ausbildung zu überwachen: Juan Martinez Siliceo, ein Mann nicht gerade hochfliegenden Geiſtes, aber als Gelehrter eine durchaus ehrenwerthe und brave Mittelmäßigkeit; er leitete die Studien des Prinzen, d. h. er unterwies ihn im Schreiben, Leſen, in den Sprachen[2]; mit einigem Stolze berichtete er nach einigen Jahren dem Vater von Philipp's Fortſchritten im Lateiniſchen. Während des Unterrichts, erzählte er, wurde nur lateiniſch geſprochen, ſodaß der Prinz ſich einige Fertigkeit angeeignet; derſelbe ſei auch im Stande, die meiſten lateiniſchen Hiſtoriker leicht zu leſen; er beſuchte mit ihm auch einmal die akademiſchen Vorträge in Alcala und freute ſich ſehr darüber, daß der Prinz Philipp im Stande geweſen, den Vortragenden zu folgen. Weniger gewandt lernte Philipp franzöſiſch und italieniſch. Sein Vater legte das größte Gewicht darauf, daß er überhaupt correct und präcis ſeine Gedanken auszuſprechen im Stande wäre. Man kann aber nicht ſagen, daß der Unterricht in ſeinen Schlußergebniſſen die Anforderungen des kaiſerlichen Vaters voll befriedigt hätte. Karl warf vielmehr Siliceo zu große Nachgiebigkeit, Schwäche und Nachſicht vor. Und Philipp's Neigung zu ernſter, eindringender Beſchäftigung mit fremden Sprachen und Literaturen ſcheint eine ſehr geringe geweſen und geblieben zu ſein. Die Fähigkeit gewandter und ſcharfer Ausſprache ſeiner Gedanken blieb ihm noch lange Zeit verſagt.

Die eigentliche Aufgabe des Erziehers war einem caſtiliſchen Edelmann erprobteſter Tüchtigkeit übertragen: dem Großcomthur von Caſtilien, Don Luis de Zuniga; ein ritterlicher Held in ſeiner ganzen Erſcheinung, ein Spiegel adeliger Zucht und Ehren-

---

[1] Viglius ſelbſt erzählt davon — „Vita Viglia", cap. 24 („Analecta belgica", I, 12).

[2] Berichte Siliceo's theilt Lafuente mit XII, 381 fg.

haftigkeit, ſchien Zuniga zum Prinzenerzieher eine ſehr geeignete Perſönlichkeit. Im Gebrauch der Waffen, im Reiten und Jagen empfing Philipp die hergebrachte Anleitung und Uebung. Daß er in Frömmigkeit und kirchlicher Devotion ſtreng und feſt erzogen wurde, entſprach der Tradition des ſpaniſchen Hofes ſeit den Tagen der katholiſchen Iſabella; es war bei Kaiſer Karl's Sinnesart ein ſelbſtverſtändliches Gebot. Oſtern 1541 empfing der Prinz zum erſten mal die Communion. Damals machte Karl einen neuen Verſuch, die literariſche Ausbildung des Sohnes zu befördern, indem er zwei hervorragende, als Humaniſten bekannte Gelehrte, Honorato Juan und Gines Sepulveda, zuweilen mit dem Prinzen oder auch in Gegenwart des Prinzen lateiniſche Unterredungen und Disputationen abhalten ließ.[1] Aber das Mittel half nicht mehr viel. Nachdem die Zeit des eigentlichen Unterrichts beendet war, blieb Siliceo noch in Philipp's Umgebung; er wurde ſein Beichtvater, der Leiter und Berather ſeines Gewiſſens. Gleichſam zur Belohnung empfing der frühere Lehrer das Bisthum Cartagena; aber noch höhere Ehren warteten ſeiner in ſpäterer Zeit.

Im Jahre 1539 verlor der Prinz ſeine Mutter. Kaiſer Karl vermochte ſich nicht zu zweiter Ehe zu entſchließen; melancholiſch und weltmüde ſtrebte er jetzt möglichſt bald den einzigen Sohn frühreif zu machen, um in ihm den politiſchen Nachfolger ſich zu erziehen. Als Karl im November 1539 Spanien verließ, blieb die ſpaniſche Regierung in den Händen des Cardinals von Toledo, Juan de Tavera, und des Staatsſecretärs Francisco de Cobos. Im December 1541 kehrte der Kaiſer nach Spanien zurück, nachdem ihm ſein Kriegszug nach Algier wenig Erfolge, aber reichliche Verſtimmung und Verdruß eingetragen hatte. Damals ſoll ihn der Prinz mit einem erbaulichen Schreiben überraſcht haben, durch welches er den Vater über die Niederlage in Algier zu tröſten unternommen; der uns

---

[1] Sepulveda, „De rebus gestis Caroli", lib. 21, cap. 37 („Opera", II, 189).

Digitized by Google

überlieferte Text des Schreibens aber trägt keine Gewähr ſeiner Echtheit mit ſich.[1]

Unter den Augen des Vaters verlebte darauf Prinz Philipp eine kurze Zeit. Karl ſelbſt begann in die Staatsgeſchäfte den Sohn einzuweihen; er war erfreut, Verſtändniß und Talent für die politiſchen Angelegenheiten in ſeinem Thronerben zu entdecken. So ließ er im Sommer 1542 den Sohn bei der Vertheidigung Perpignans gegen den franzöſiſchen Einfall auftreten. Der Herzog von Alba führte damals das ſpaniſche Heer. Dann nahm Philipp in Monzon von den aragoneſiſchen Cortes die Huldigung als Thronerbe entgegen, er leiſtete ſelbſt den üblichen Schwur am 21. October 1542 in Zaragoſſa. Den vollen Beifall des Vaters hatte Philipp durch ſein Auftreten vor den Cortes ſich erworben.

Als Karl im Mai 1543 den ſpaniſchen Boden wieder verließ, zum entſcheidenden Kampfe gegen den franzöſiſchen Rivalen und zum deutſchen Religionskriege ſich erhebend, da blieb Philipp als Statthalter in Spanien zurück. In die Kenntniß der Geſchäfte hatte ihn der Vater mündlich ſchon im letzten Jahre eingeführt; politiſch erfahrene und geiſtig bedeutende Männer waren ihm ſchon nahegekommen; an geiſtiger Dispoſition für politiſche Aufgaben fehlte es ihm nicht. Die Pflichten und Arbeiten des fürſtlichen Berufes hatte Karl ihm nahegelegt: dem ſechzehnjährigen Regenten von Spanien gab Karl ſeine tüchtigſten Miniſter zur Seite. In der Verwaltung der Halbinſel wurde der Prinz an den Rath von drei Männern gewieſen. Cardinal Tavera von Toledo, Staatsſecretär Cobos und Biſchof Fernando de Valdes, der Präſident des Rathes von Caſtilien, bildeten das Triumvirat, deſſen Rathſchläge Philipp in jedem Fall hören und prüfen ſollte. Neben ihnen aber waren am Hofe auch noch andere einflußreiche und maßgebende Leute; unter ihnen der Herzog von Alba, dem Karl damals den Oberbefehl über alle Truppen in Caſtilien und in Aragon übertragen hatte, dann auch der in kirchlichen Dingen ſehr bewanderte, freilich ſchon

[1] Bei Cabrera, „Felipe Segundo“ (1619), S. 5.

Digitized by Google

etwas alt gewordene Garcia de Loayſa, früher Karl's Gewiſſensrath, jetzt Cardinal und Erzbiſchof von Sevilla. Aber auch Zuniga und Siliceo ſollten Philipp mit ihrer Unterweiſung zu dienen fortfahren. Beſonders was Philipp's eigenes perſönliches Leben anging, unterſtellte ihn Karl noch dem Worte ſeines frühern Erziehers Zuniga, der allerdings nicht mehr der anordnende Hofmeiſter, aber doch der mahnende und rathende väterliche Freund ihm bleiben ſollte.

Ich hebe noch ein einzelnes Moment aus, das uns den werdenden Fürſten näher bringt. Wenn Karl damals den Sohn als das formelle Haupt der ſpaniſchen Regierung einſetzte und ihn dabei ſachlich an den Rath erfahrener Staatsmänner band, in deren Umgebung der junge Mann ſeine praktiſche Schule in der Politik durchmachen ſollte, ſo traute der gereifte Lenker der europäiſchen Politik doch dem Anfänger ſchon ein erhebliches Maß von Urtheil und Selbſtändigkeit politiſchen Denkens zu; er richtete, nachdem er perſönlich vom Sohne Abſchied genommen, noch einmal im Augenblicke der Abreiſe zwei längere vertrauliche Schreiben an Philipp — gleichſam geheime Anweiſungen für ſein Verhalten und eventuell tiefdurchdachte Inſtructionen für ſeine Zukunft.[1] In dieſen Schreiben fehlten nicht die allgemeinen Regeln und nicht die ſpeciell ausgeführten Beiſpiele für das politiſche Leben, das Karl von Philipp erwartete und erhoffte: der Beruf des Fürſten mit allen ſeinen Einzelheiten wurde Philipp vorgehalten, alle die einzelnen Pflichten und Aufgaben wurden ihm eingeſchärft. Dann aber glaubte Karl dem Sohne nicht die von ihm gemachten Bemerkungen und Beobachtungen über die Miniſter, in deren Mitte er ihn hineingeſetzt,

[1] Zwei Schreiben Karl's an Philipp, vom 4. und 6. Mai 1543, entdeckte ich, als ich in Madrid auf der Bibliothek des auswärtigen Miniſteriums (de Estado) nach andern Papieren ſuchte, in einem Sammelband; ich erkannte an den Schriftzügen die eigene Hand des Kaiſers. Ich habe dieſelben veröffentlicht in „Forſchungen zur deutſchen Geſchichte" (1863), III, 281—310 (vgl. Druckfehlerverzeichniß dieſes Bandes) und „göttingiſche Gelehrte Anzeigen", St. 45 von 1863, S. 1784.

Digitized by Google

vorenthalten zu ſollen; mit wenigen ſcharfen Strichen zeichnete er ſprechend ähnliche Charakterbilder ſeiner Staatsmänner.

Karl hatte in dem für Philipp gebildeten Miniſterrathe perſönliche Gegner vereinigt; auf der einen Seite Tavera, dem Zuniga Folge leiſtete, auf der andern Seite Cobos mit ſeinen Anhängern Valdes und Loayſa. Das größte politiſche Talent und die reichſte Erfahrung ſchrieb Karl ſeinem vertrauten Staatsſecretär Cobos zu; aber er meinte, derſelbe fange an alt zu werden, er wäre habgierig und ein Weiberknecht. Nichtsdeſtoweniger empfahl Karl dem Sohne, vor allem an Cobos' Dienſte ſich zu halten. Von Ehrgeiz erfüllt ſah Karl den Herzog von Alba dem Thronfolger ſich nähern; ſeine Talente in militäriſchen und politiſchen Dingen, als Feldherr und als Staatsmann, ſchätzte Karl hoch; aber er warnte den Sohn doch vor Alba's maßloſem Ehrgeiz: er ſtrebe die Staatslenkung zu beherrſchen, und weil ihm dies bei Karl nicht gelungen, ſo würde er um ſo mehr bei dem jüngern Herrſcher Aehnliches verſuchen, wenn er um zu ſeinem Ziele zu gelangen ſich vielleicht auch des Einfluſſes von Weibern auf den König bedienen müßte! Karl faßte in dieſen Aeußerungen auch die Zukunft ins Auge: wenn ihn ſelbſt ein zeitiger Tod dahinraffen ſollte, empfahl er dem Sohne, die Talente und Erfahrung Granvelle's für die außerſpaniſchen Dinge, für die allgemeinen und internationalen Verhältniſſe zu verwenden; er hielt zwar Granvelle nicht für frei von Eigennutz und pecuniären Intereſſen; aber er erklärte ihn doch für den gewandteſten und weitblickendſten und geſchickteſten Diplomaten ſeines ganzen Reiches; ihm komme in dieſer Beziehung niemand gleich; durch Granvelle namentlich im Beginn der Regierung ſich unterrichten zu laſſen wäre für Philipp ganz unerläßlich. Granvelle ſelbſt, fügte Karl hinzu, bemühe ſich, zu ſeinem Nachfolger ſich ſeinen Sohn — Anton, den Biſchof von Arras — zu erziehen; den jungen Mann bezeichnete Karl ausdrücklich als talentvoll und hoffnungsreich für die Zukunft. Verſchiedene praktiſche Fingerzeige ertheilte der erfahrene Vater dem lerneifrigen Prinzen: in die Verwaltung Spaniens, das war für ihn ein bleibender Grundſatz, dürfte man die ſpaniſchen Granden

Digitized by Google

nicht eindringen laſſen; durchgreifende Aufſicht über die Juſtizpflege, Erhaltung des wohleingerichteten Kirchenregiments der ſpaniſchen Krone legte er dem Sohne ans Herz; die Leitung der Finanzen rieth er zwei Beamten gemeinſam — etwa Cobos und Zuniga — anzuvertrauen; kurz eine Fülle allgemeiner Geſichtspunkte und ſpecieller Maßregeln bot Karl damals ſeinem Kronprinzen dar.

Welche Augen würden wohl Cobos und Alba und Granvelle — und die Geiſter zweiten Ranges, die Valdes, Tavera, Siliceo und Zuniga und die andern — gemacht haben, wenn ſie, die Beſitzer des kaiſerlichen Vertrauens, die allmächtigen und erfahrenen Rathgeber des unerfahrenen fürſtlichen Jünglings, hier geleſen hätten, wie tief Karl in ihre Seelen geblickt, wie ſcharf und richtig er ihre Charaktere beurtheilt, wie rückſichtslos und durchſchlagend er ihre Schwächen ſeinem Sohne enthüllt! Und was Karl ſonſt immer an Philipp zu tadeln oder zu beſorgen haben mochte, ich meine, für des Sechzehnjährigen geiſtige und politiſche Fähigkeiten iſt es doch ein ſchwerwiegendes Zeugniß, daß Karl ihm zutraute, dieſe Beobachtungen über ſeine politiſchen Lehrmeiſter und Rathgeber richtig verwenden zu können, — die Dienſte der Granvelle und Cobos und Alba genießend, ſie doch nur als Werkzeuge ſeines leitenden Willens zu benutzen.

Was Karl im Mai 1543 angeknüpft, führte er in den nächſten Jahren fort; er blieb mit ſeinem Sohne in unausgeſetztem regem Briefwechſel über alle politiſchen Fragen der Zeit; er unterwies und belehrte ihn ſelbſt in den Grundſätzen der Staatskunſt und ihrer Anwendung auf den einzelnen Fall. Philipp lernte in dieſer Schule mit Eifer und mit Erfolg. Unter Cobos' und Alba's Augen ſtudirte er die laufenden Geſchäfte der ſpaniſchen Staatsverwaltung aufs gründlichſte; er gewann in der Regierung der Pyrenäiſchen Halbinſel des Kaiſers Beifall und Zufriedenheit, und auch über die Grenzen Spaniens hinüber gewöhnte ſich ſein Auge zu ſehen. In jener directen politiſchen Correſpondenz zwiſchen Vater und Sohn erörterte Karl mit feinem ſtaatsmänniſchem Sinne dem Sohne die leiten-

Digitized by Google

den Geſichtspunkte ſeiner Handlungen, discutirte mit ihm die europäiſchen Fragen und zeigte ihm die Ziele und die Wege der weitausſchauenden, groß angelegten kaiſerlichen Staatskunſt.

Gleichzeitig mit Philipp's Erhebung an die Spitze der ſpaniſchen Regierung 1543 wurde ihm auch ein eigener Haushalt eingerichtet und eine Frau zu nehmen ihm geſtattet. Natürlich hatte es an Heirathsprojecten nicht gefehlt; verlockend ſchien eine Zeit lang die Idee, Philipp mit der Prinzeſſin Johanna von Albret, der Erbin von Navarra, zu vermählen: damit würde ja die Annexion des ſpaniſchen Navarra noch nachträgliche Gutheißung erfahren und zugleich das den Spaniern bisher noch entgangene Grenzland, beſonders Bearn den Franzoſen definitiv entzogen und für Spanien gewonnen worden ſein. Das Project hatte ſich zerſchlagen. Karl's Wahl entſchied ſich vielmehr für den Ehebund des Sohnes mit einer portugieſiſchen Prinzeſſin, Maria, einer nahen Verwandten; denn ihr Vater, König Johann III. von Portugal, war ein Bruder der Kaiſerin Iſabella, der Mutter Philipp's, und ihre Mutter Katharina war die jüngſte Schweſter des Kaiſers ſelbſt. Mit großer Pracht wurde Philipp's und Maria's Hochzeit in Salamanca am 15. November 1543 gefeiert. Spaniſche Berichte erzählen mit Behagen, wie Prinz Philipp als feuriger Liebhaber unterwegs mehrmals verkleidet ſeiner Braut begegnet, und ſie nur zu ſehen keine Anſtrengung geſcheut habe. Karl hatte dem Sohne ſchon im 16. Jahre die Ehe mit der nur wenig jüngern Verwandten bereitet, weil er meinte, auf dieſem Wege am ſicherſten etwaigen Unregelmäßigkeiten oder unerlaubten Freuden vorzubauen; er hatte ſich von dem Sohne feierlich das Wort geben laſſen, daß derſelbe bis zur Hochzeit ſich fern von jedem Weibe gehalten habe und noch halten würde; er machte ihm aber auch nach der Hochzeit noch die größte Mäßigung im ehelichen Leben zur Pflicht; er ging in ſeiner Vorſicht ſo weit, daß er ganz beſtimmte Verhaltungsmaßregeln ihm vorſchrieb und den frühern Erzieher Philipp's, Zuniga, mit einer Art von Aufſicht über den ehelichen Verkehr der jungen Gatten betraute. Ja Karl hielt es ſogar nicht für überflüſſig, den Sohn vor dem Umgang mit

Digitized by Google

andern Weibern zu warnen; es ſcheint, er fürchtete in dieſer Beziehung bei Philipp eine gewiſſe Neigung zu Ausſchreitungen, einen gewiſſen Ueberſchuß ſinnlichen Temperaments.

Das Glück der prinzlichen Ehe war von kurzer Dauer. Nachdem die Prinzeſſin am 8. Juli 1545 in Valladolid einem Knaben das Leben gegeben — dem nachmals ſo unglücklichen Prinzen Don Carlos — ſtarb ſie im Wochenbette, ſchon am vierten Tage nach der Entbindung. Mit achtzehn Jahren war der ſpaniſche Prinz ſchon Witwer geworden.

Die Geſchäfte der ſpaniſchen Verwaltung lagen mehr und mehr in der Hand des prinzlichen Regenten; 1546 ſtarb Tavera, 1547 Cobos. Mit ſpaniſchen Truppen war Alba damals zum Proteſtantenkriege nach Deutſchland gezogen. Immer ſelbſtändiger wurde daher Philipp's Stellung.

Mittlerweile hatte der Kaiſer den Entſchluß gefaßt, dem einzigen Sohne, dem Erben der ſpaniſchen Kronen, auch ſeine andern Länder zu hinterlaſſen, auf deren Zukunft ihm einiger Einfluß möglich war. Schon im Herbſt 1540 hatte er das ererledigte Herzogthum Mailand ihm zu verleihen in Ausſicht genommen: gerade der Tradition ſpaniſcher Intereſſen entſprach es, Spaniens Herrſchaft über Italien an möglichſt vielen Stellen und möglichſt feſt zu begründen. Die Belehnung Philipp's mit Mailand geſchah im Juli 1546 in Regensburg, als Karl ſich zum Kriege gegen die deutſchen Proteſtanten erhob; der römiſche König Ferdinand hatte ausdrücklich ſeine Zuſtimmung dazu ertheilt. Eine offene Frage war dagegen noch jahrelang das Schickſal der Niederlande; als Compenſationsobject hatte ja Karl ſchon ſeit längerer Zeit dieſe Provinzen behandelt. Es war möglich erſchienen, ſie als Ausſtattung für Philipp's Schweſter Maria zu verwerthen; es war als möglich bezeichnet worden, ſie wie eine Abfindung zur Schlichtung des alten Haders den Franzoſen zu opfern. Jahrelang hatte Karl die Entſcheidung hierüber in der Schwebe gehalten. Endlich erſt, 1548, als er in Ausnutzung ſeines Sieges über die deutſchen Proteſtanten nach allen Seiten hin eine definitive Regelung aller Verhältniſſe in Angriff nahm, da traf er die

Digitized by Google

bedeutungsſchwere und verhängnißvolle Verfügung, daß der dereinſtige König von Spanien mit ſeinen ſpaniſchen und colonialen Beſitzungen nicht nur die italieniſchen Provinzen, ſondern auch die Niederlande zu einem Reiche vereinigen ſollte.

Den Franzoſen wurde alle Ausſicht einer ihnen vorübergehend gebotenen Abtretung der Niederlande genommen; die deutſchen Verwandten hatten ſich mit dem Beſitz der deutſchen Reichstheile zu begnügen; Ferdinand's älteſter Sohn, Erzherzog Maximilian, ſollte allerdings die Prinzeſſin Maria, Karl's Tochter, heimführen, aber ohne daß die ſpaniſche Dame mit irgendwelchem Länderbeſitze ausgeſteuert wurde. An dem Beſitz der reichen und blühenden Niederlande wollte Karl für den Sohn jetzt ausſchließlich feſthalten. Das Verhältniß der Niederlande zum Deutſchen Reiche wurde durch einen Vertrag auf dem Augsburger Reichstage zum Nutzen der Niederlande neu geregelt. In den einzelnen Theilen der Niederlande ging des Kaiſers Politik ans Werk, ein einheitliches überall gültiges Erbrecht zu ſchaffen und ſomit die Nachfolge ſeines Sohnes anzubahnen. Und dem Herzog von Alba, der im deutſchen Kriege ſich als umſichtigen und erfolgreichen Feldherrn neu bewährt hatte, gab Karl den Auftrag, Philipp aus Spanien nach Deutſchland und den Niederlanden zu geleiten, damit die ganze Welt jetzt ſeinen Nachfolger, „den künftigen Erben des Weltalls, die Hoffnung des Jahrhunderts", von Angeſicht kennen lernen könnte.

Die Unterweiſung, welche Alba im Namen des Kaiſers nach Spanien überbrachte[1], enthielt eine klare und wohl motivirte Darſtellung der europäiſchen Lage unter dem Geſichtspunkt der kaiſerlichen Intereſſen; es war eine Denkſchrift, die Philipp in jeder Beziehung über Karl's Tendenzen zu unterrichten beſtimmt war. Bemerkenswerth iſt es, daß Karl damals noch nicht die

[1] Schon Sandoval, „Historia de la vida y hechos del emperador Carlos V" (1681), II, 475—487, theilte „Aviso o instruccion del emperador al principe su hijo" vom 19. Januar 1548 mit; ſpäter auch in „Papiers d'état de Granvelle", III, 267—318, abgedruckt.

Digitized by Google

Abſicht hatte, auch die Kaiſerkrone auf ſeinen Sohn zu vererben: mußte ja doch das Kaiſerthum von ſelbſt an ſeinen Bruder, den römiſchen König Ferdinand, fallen. Vielmehr zeigte ſich in nächſter Zeit, daß Karl's Wille dahin ging, dem ſpaniſchen Könige dereinſt eine höhere Stellung über den verſchiedenen Staaten Italiens zur Befeſtigung der ſpaniſch-italieniſchen Macht zu verſchaffen. Es war vorbehalten, die Formen und nähern Modalitäten der Ausführung dieſes Gedankens noch näher zu erwägen.

Da aber erfolgte von Philipp's Seite Einſprache gegen die politiſche Combination, die Karl erdacht hatte.[1] Es muß dahingeſtellt bleiben, ob Philipp ganz aus eigenem Antriebe auftrat oder ob Alba's Einfluß ſich beſtimmend auf den Sinn des Thronfolgers geltend machte — mir ſcheint vieles für die zweite Vermuthung zu ſprechen — jedenfalls, Philipp ließ durch Alba die Bemerkung erheben, daß eine dem Erzherzog Maximilian gegebene ſofortige Zuſicherung der Nachfolge im Kaiſerthume den unruhigen Italienern Anlaß zu Neuerungen und Intriguen bieten würde; er wünſchte deshalb auch die Errichtung des ſpaniſchen Vicariats über die italieniſchen Länder auf einige Zeit vertagt zu ſehen. Philipp ließ darauf hindeuten, daß er die Kaiſerkrone vielleicht für ſich ſelbſt in Anſpruch nehmen würde. Die nächſte Wirkung, die dieſe Wendung hervorbrachte, war das Uebereinkommen, daß für den Augenblick die Succeſſionsfrage, ſoweit ſie das Kaiſerthum betraf, unentſchieden gelaſſen wurde.

Im Sommer 1548 wurden in Spanien die Vorbereitungen zu Philipp's großer Reiſe getroffen. Zunächſt kam Erzherzog Max nach Spanien; ſeine Ehe mit Philipp's Schweſter Maria wurde dann am 17. September 1548 in Valladolid geſchloſſen. Dies junge Ehepaar, Max und Maria, ſollte in Philipp's Abweſenheit die Regentſchaft über Spanien führen.

---

[1] Briefwechſel zwiſchen Alba und Granvelle, März bis Mai 1548, citirt von Juſte, „Vie de Marie de Hongrie“ (neue Aufl. 1861), S. 162 fg., und Gachard, Artikel „Charles-Quint“ in „Biographie nationale de Belgique“ (1872), III, 787, 788.

Eine ſehr in die Augen fallende Veränderung des königlichen Hofes hatte Philipp auf Karl's Befehl am 15. Auguſt 1548 eingeführt. Nach dem burgundiſchen Muſter und mit burgundiſcher Etikette wurde der Hofhalt Spaniens [1] — ſehr zum Misfallen des ſpaniſchen Volkes — neu eingerichtet; viele neue Hofämter wurden den hervorragendſten reichſten und angeſehenſten Granden Spaniens zugetheilt. An die Spitze des Königshofes trat jetzt der Herzog von Alba; mit ihm aber übernahmen wichtige Poſten an demſelben die Söhne und Vertreter der glänzendſten Adelsfamilien Spaniens, z. B. Alba's Vetter Antonio de Toledo, die Grafen von Olivares und von Cifuentes, und einige Altersgenoſſen Philipp's, Ruy Gomez de Silva und der Graf von Feria u. a. Perſönliche Beziehungen zwiſchen dem ſpaniſchen Adel und dem jungen Fürſten wurden damit geknüpft und verſtärkt.

Philipp brach am 1. October 1548 von Valladolid auf, begleitet von einer ſehr großen Zahl ſeiner Höflinge und ſeiner Freunde.[2] Von Barcelona ging er am 2. November in See; am 25. November langte er in Genua an. Er zog dann durch die Städte Oberitaliens, überall mit glänzenden Feſten empfangen und gefeiert; durch Tirol und Deutſchland, über Luxemburg ging ſein Weg; am 1. April 1549 empfing ihn der Kaiſer in Brüſſel. Er blieb in der Umgebung des Vaters in den Niederlanden, nahm die Huldigungen der Stände dort entgegen und begleitete im Sommer 1550 den Vater auf den Reichstag in Augsburg.

---

[1] Eine Schilderung des Hofceremoniells gibt Ant. Rodriguez Villa, „Etiquetes de la casa de Austria“ (Madrid 1876). Mir iſt die große Ungenauigkeit der chronologiſchen Angaben in dieſem Büchlein ſehr aufgefallen.

[2] Ueber Philipp's Reiſe beſitzen wir eine zeitgenöſſiſche Erzählung, Calvete y Eſtrella, „El felicissimo viage del muy alto y poderoso principe don Phelippe hijo del emperador don Carlos quinto maximo desde España a sus tierras de la baxa Alemania“ (Anveres 1552). Außerdem enthält Cavalli's „Relazion“ von 1551 manche intereſſante Notiz. (Alberi, I, 2., 193 fg.)

Digitized by Google

Karl bemühte ſich in dieſem Verkehr mit dem Sohne, der ſich durch zwei Jahre ausdehnte, die politiſche Bildung und Erziehung ſeines Erben zu fördern und zu vollenden; er beſprach eingehend mit ihm die Angelegenheiten der Weltlage und die Einzelheiten insbeſondere der niederländiſchen Zuſtände und Intereſſen; faſt täglich dauerten dieſe intimen Geſpräche zwei oder drei Stunden. Auch an den Sitzungen des niederländiſchen Staatsrathes nahm der Prinz theil. Die Regentin der Niederlande, Karl's verwitwete Schweſter Maria, trug ebenfalls aus ihren Erfahrungen zum politiſchen Unterrichte ihres Neffen einiges bei. Soviel wir wiſſen, waren alle von der politiſchen Gelehrigkeit und Aufmerkſamkeit, von dem politiſchen Verſtändniß und Lerneifer Philipp's befriedigt.

Dagegen gefiel der ſpaniſche Prinz den Völkern, denen er ſich zeigen ſollte, ſehr wenig. Deutſche und Niederländer fühlten ſich von ſeinem Weſen geradezu abgeſtoßen. Philipp hatte damals durchaus nichts Leutſeliges an ſich; ſtumm und ſteif war er in Audienzen und im öffentlichen Auftreten. Mit den deutſchen Fürſten und mit dem niederländiſchen Adel kam er nicht vorwärts; an den Gelagen der Herren hatte er keinen Gefallen; der in dieſen Kreiſen herrſchende ungezwungene Ton des Verkehrs war ihm zuwider; ihn verletzte ganz beſonders das unkirchliche Verhalten und das unkirchliche Geſpräch dieſer Leute, die er gerade als Muſter und Vorbilder den andern Volksklaſſen vorzuhalten meinte. Die Unpopularität des ſpaniſchen Prinzen in Deutſchland und in den Niederlanden war die Frucht ſeiner Reiſe und ſeines perſönlichen Auftretens.

Philipp war in der äußern Erſcheinung ſeinem Vater ſehr ähnlich. Er war eine kleine, aber wohlgebaute Figur mit blaſſer Geſichtsfarbe, hellblondem Haar, feinen, zierlichen Zügen: das Merkmal des habsburgiſchen Geſchlechts — große, hängende Lippen — zeigte auch er. Philipp lebte, durchaus im Gegenſatz zu den Gewohnheiten ſeines Vaters, einfach in Speiſe und Trank, mäßig, ſtets mit Rückſicht auf ſeine zarte Geſundheit. Philipp liebte keineswegs Lärm und Prunk der Feſte; er zog ein äußerlich ruhiges zurückgezogenes Leben vor: wo er konnte, ver-

Digitized by Google

mied er es ſeine Perſon in öffentlichen Aufzügen den Augen neugierigen Volkes auszuſetzen. Nur dem Zureden des Vaters fügte er ſich, wenn er damals Einiges mitmachte. Dagegen war und blieb er dem ſinnlichen Verkehr mit dem weiblichen Geſchlecht ſehr zugethan.[1] Er lebte in ſehr engen und nahen Beziehungen zu einer vornehmen ſpaniſchen Dame, Donna Iſabella Oſorio, der Schweſter des Marques de Aſtorga. Philipp's Feinde erzählten ſogar von einem heimlichen Ehebunde, den er mit ihr geſchloſſen. Mag dies eine Uebertreibung genannt werden, ſo war jedenfalls doch das Verhältniß Philipp's zu ihr von einiger Dauer: mehrere Kinder ſoll ſie ihm geboren haben. Dies hinderte aber nicht, daß er auch mit andern Weibern ſich einließ. Gerade aus der Zeit ſeines niederländiſchen Aufenthaltes ſind mehrere derartige Dinge uns bekannt geworden.

Natürlich wurde damals auch über ſeine Wiederverheirathung viel geſprochen und verhandelt. Wiederum war von einer franzöſiſchen Prinzeſſin die Rede; aufs neue wurde auch das navarriſche Eheproject wieder in Erwägung gezogen. Karl empfahl 1548 dem Sohne ganz beſonders dies letztere im Auge zu behalten. Andererſeits ſtanden zwei Couſinen Philipp's auf der Liſte der Bewerberinnen: ſowol eine Tochter Ferdinand's als die Tochter des portugieſiſchen Königs Manuel aus ſeiner Ehe mit Karl's Schweſter Leonor, welche ſpäter den Franzoſenkönig Franz I. geheirathet, damals aber, zum zweiten mal verwitwet, ſich an den niederländiſchen Hof Karl's zurückgezogen hatte. König Ferdinand ſtrebte mit aller Macht danach, eine ſeiner Töchter auf den ſpaniſchen Thron zu bringen; man machte ihm auch Hoffnungen. Philipp ſelbſt ſchien der portugieſiſchen Seite ſich zuzuneigen; nach einigen Jahren ſchien die portugieſiſche Couſine Maria zur Braut des ſpaniſchen Thronfolgers auserkoren zu ſein.

[1] Darüber äußern ſich alle Venetianer: Badoero (1557), Tiepolo (1563), Soranzo (1565). Vgl. auch P. de Gayangos in der Vorrede zu ſeiner Ausgabe des Buches von Muñoz (ſ. u.). Auch Forneron I, 9, und Muro, „Vida de la princesa de Eboli“ (1877), S. 239 fg., ſtellen einige hierhin gehörende Daten zuſammen.

Es würde zu weit führen, wenn wir an dieſer Stelle den Gang der Verhandlungen verfolgen wollten, die innerhalb der kaiſerlichen Familie über die Zukunft der habsburgiſchen Reiche damals ſtattfanden.[1] Philipp's ehrgeizige Bewerbung um die deutſche Kaiſerkrone hatte eine Verwickelung hervorgerufen; Karl hatte ſich ganz unbedingt den Beſtrebungen des Sohnes angeſchloſſen. Mit vieler Mühe ſetzte man den Familienvertrag im März 1551 durch, nach welchem die Nachfolge Ferdinand's im Kaiſerthum unbeſtritten blieb; dann aber ſollte nach Ferdinand Philipp Deutſcher Kaiſer werden und in ſeinem Kaiſerthum Maximilian ihm zur Seite ſtehen, in ganz ähnlichem Verhältniß, wie es zwiſchen Karl und Ferdinand beſtanden hatte; während Ferdinand's Kaiſerregierung würde Philipp als Reichsvicar an Stelle des Kaiſers über die italieniſchen Staaten eine Art von Oberhoheit oder Oberaufſicht führen. Die Einwilligung zu dieſer Conceſſion, durch welche Ferdinand auf die Ausübung ſeiner Kaiſerrechte in Italien zu Gunſten Spaniens verzichtete, hatte man mit Mühe Ferdinand abgerungen. Wir ſahen, für die ſpaniſchen Intereſſen lag das Schwergewicht in dieſer auf Italien bezüglichen Einrichtung. Die Verbindung zwiſchen Italien und Spanien galt es möglichſt feſt und dauerhaft auszubauen, ſodaß auch die Unterbrechung in der ſpaniſchen Hegemonie, welche Ferdinand's Kaiſerregierung in der Zwiſchenzeit zwiſchen Karl's und Philipp's Regierungsperiode verurſachen würde, Spaniens Stellung in Italien keinen Schaden bringen dürfte.

Die Verabredung über das Vicariat blieb zunächſt ein Geheimniß. Dagegen traf man Anſtalten, Philipp's und Maximilian's Wahl in Deutſchland vollziehen zu laſſen. Aber ſo mächtig und überwältigend war der Widerſtand, auf den in Deutſchland das „ſpaniſche Succeſſionsproject“ ſtieß, daß nicht den geringſten Erfolg die Manöver der kaiſerlichen Politik da-

---

[1] Man kann dies in den Veröffentlichungen von Lanz, Bucholtz, von Druffel, in meinem Buche („Karl V. und die deutſchen Proteſtanten“, 1865) verfolgen.

Digitized by Google

vontrugen. Ja, der ſpaniſche Verſuch kann vielleicht als das Moment angeſehen werden, das zur Erhebung des deutſchen Aufſtandes von 1552 das Signal gab. Sicher iſt, daß der Sturm von 1552 alle Experimente der ſpaniſchen Politik gründlich vom Boden Deutſchlands wegfegte.

Philipp hatte ſchon 1551 ſeine Rückkehr nach Spanien von dem Vater erlangt. Aus Rückſicht auf die Berathungen des Familienrathes in Augsburg hatte Karl den Erzherzog Maximilian im Spätherbſt 1550 nach Deutſchland heimkehren laſſen; der Prinzeſſin Maria allein wurde darauf die formelle Vertretung der ſpaniſchen Krone übertragen; ſie blieb Spaniens Regentin bis zur Rückkehr Philipp's nach Spanien im Juli 1551; denſelben hatte ihr Gemahl, der Erzherzog Maximilian, nach Spanien begleitet, um ſich ſeine Frau nach Deutſchland zu holen. Seitdem ſtand wiederum, wie vor drei Jahren, Prinz Philipp an der Spitze der ſpaniſchen Regierung.

Philipp erhielt 1552 Gelegenheit, ſeine Geſchicklichkeit zu erweiſen; er brachte es dahin, daß er dem Kaiſer aus Spanien Soldaten und Geld zur Unterſtützung liefern konnte. Der Herzog von Alba mit vielen ſpaniſchen Granden eilte damals dem Kaiſer zu Hülfe wider den Einfall der Franzoſen und die Erhebung deutſcher Proteſtanten. Karl hatte im Herbſt 1552 allen Grund, mit den Anſtrengungen der Spanier und mit den Leiſtungen des Sohnes zufrieden zu ſein.

Es iſt bekannt, wie harte Schläge den alternden Kaiſer im Jahre 1552 getroffen. Der Aufſtand in Deutſchland, der Einbruch der Franzoſen in Lothringen und Elſaß, die kriegeriſchen Unruhen an verſchiedenen Punkten Italiens — alles dies erſchütterte des Kaiſers Machtſtellung bis in die Grundlagen. Karl ſelbſt wurde immer verſtimmter und unluſtiger; an Körper und an Geiſt war er krank und elend. Und die Theilnahme an den deutſchen Angelegenheiten war ihm gründlich verleidet. Daß er 1552 zu einem Religionsfrieden zuzuſtimmen gezwungen worden, erzeugte in ſeiner Seele die Idee, ſich von Deutſchland lieber zurückzuziehen, als Aehnliches auf die Dauer zu ertragen.



Digitized by Google

Philipp hatte an dem deutſchen Succeſſionsproject für ſeine Perſon auch 1552 noch feſtgehalten[1], er hatte im Herbſt dieſes Jahres, als die Dinge einmal eine etwas günſtigere Wendung genommen, ſofort wieder eine neue Anregung gegeben; es ſah 1553 ſo aus, als ob wirklich die 1551 fehlgeſchlagene Werbung noch einmal verſucht werden ſollte. Aber die antikaiſerliche und antihabsburgiſche Strömung in Deutſchland war jetzt doch zu ſtark, als daß neue Verſuche beſſern Erfolg wie früher verheißen hätten.

Entſcheidend war, daß im Sommer 1553 ſowol Karl's als Philipp's Aufmerkſamkett und Intereſſe nach einer andern Richtung abgelenkt wurden. Als die Vereinigung Englands mit Philipp's Reiche ganz plötzlich in den Geſichtskreis der kaiſerlichen Politik eintrat, da war man leichter bereit, auf Deutſchland zu verzichten.

## II.

In den harten und ſchweren Kämpfen mit Frankreich war es für Kaiſer Karl immer eine Frage von höchſter Bedeutung geweſen, an England einen Bundesgenoſſen zu gewinnen. Seit dem Misgeſchick, das ihn 1552 betroffen, beſtrebte die kaiſerliche Diplomatie ſich aufs eifrigſte, für den ihr auferlegten Franzoſenkrieg ſich die engliſche Allianz zu verſchaffen. Zwar war unter Edward VI. der Proteſtantismus die das engliſche Volksleben beherrſchende Macht geworden; nichtsdeſtoweniger hoffte der Kaiſer auch die proteſtantiſchen Engländer in den franzöſiſchen Krieg mit ſich fortreißen zu können.

Während Karl als Protector der katholiſch 'geſinnten Prinzeſſin Maria — der ältern Schweſter Edward's VI. aus jener ſpaniſchen Ehe Heinrich's VIII., deren Löſung zum kirchlichen Schisma der engliſchen Krone den äußern Anſtoß gegeben — mit großem Nachdruck ſeiner Couſine die Freiheit katholiſchen Gottesdienſtes ſichern wollte, während er darüber in heftigen

---

[1] Vgl. die Documente bei Druffel, II, 152, 770, 776, 802, 844.

Hader mit den proteſtantiſchen Machthabern Englands gerieth, ſetzte nichtsdeſtoweniger ſeine Diplomatie alle Segel auf, zu einer antifranzöſiſchen Action das proteſtantiſche England zu treiben.

Da ſtarb unerwartet und plötzlich der junge König Edward VI. am 6. Juli 1553. Nach einem kurzen Intermezzo, das in perſönlichen und kirchlichen Tendenzen einzelner Großen ſeinen Grund gehabt, beſtieg Prinzeſſin Maria, die fanatiſche Katholikin, den engliſchen Thron.[1]

Maria hatte ſtets in Kaiſer Karl ihren Freund und Bundesgenoſſen geſehen. Jetzt hielt ſie vornehmlich ſich an ſeinen Rath; ſie war bereit, durch den kaiſerlichen Vertreter, Simon Renard, ſich über ihre Politik unterweiſen zu laſſen. Die Rückführung Englands zum Katholicismus war das Werk, an das ſofort Maria und ihr aus dem Staatsgefängniß befreiter Miniſter Gardiner, Biſchof von Wincheſter, ſich machten. Daß gleichzeitig der engſte Anſchluß an die kaiſerliche und ſpaniſche Politik erfolgen müſſe, war die Aufgabe, die Renard mit großem Eifer und mit umſichtiger Geſchicklichkeit zu löſen unternahm. Schritt für Schritt wurde ſowol das eine als das andere Ziel erreicht.

Den katholiſchen Eifer der neuen Regierung bemühte ſich Renard,

---

[1] Ueber Maria Tudor vgl. Froude und Ranke und mein Buch „England im Reformationszeitalter“ (1866), S. 49 fg. Das diplomatiſche Material iſt ein dreifaches: a) Depeſchen des kaiſerlichen Geſandten Renard bei Griffet, „Nouveaux éclaircissements sur l'histoire de Marie, reine d'Angleterre“ (1766), bei Tytler, „England under the reigns of Edward VI and Mary“ (1839), in „Papiers d'état de Granvelle“, Bd. IV, und in der „Coleccion de documentos ineditos“, Bd. III. b) Depeſchen der franzöſiſchen Agenten, der Brüder Noailles, bei Vertot, „Ambassades de Noailles“ (1763). c) Venetianiſche „Relazionen“ beſitzen wir von Soranzo 1554 und Michiel 1557. Sehr lehrreich und ſtellenweiſe ſehr amuſant ſind auch die Depeſchen Michiel's bei Friedmann, „Les dépêches de Giovanni Michiel, ambassadeur de Venise en Angleterre (1554—57)“ (1869). Excerpte aus den Berichten der Venetianer überhaupt bringt in zahlreicher und lehrreicher Weiſe Rawdon Brown, „Calendar of State Papers, relating to english affairs in the archives of Venice“, Bd. 5 u. 6 (1873 u. 1877). Auffallend iſt es immerhin, daß Brown von Friedmann's Buch nicht Notiz nimmt.

Digitized by Google

folgend den Anweiſungen Karl's und Granvelle's und der Königin Maria, der politiſchen Schweſter des Kaiſers, welche ſchon mehr als zwei Jahrzehnte an der Spitze der Niederlande ſich bewährt hatte, zu größter Vorſicht und Behutſamkeit zu zügeln. Ueberraſchend leicht und glatt verlief der kirchliche Reactionsproceß.

Sodann hatte Karl ſchon in den erſten Tagen nach dem Thronwechſel Maria zureden laſſen, daß ſie zur Befeſtigung ihrer Stellung einen Ehegatten ſich ungeſäumt wählen müßte; ſeinen Rath bei dieſer ſehr ſchwierigen Gattenwahl ſtellte er ihr zur Verfügung.[1] Aber während er in England nur ſehr leiſe taſtend und den Boden der engliſchen Verhältniſſe vorſichtig ſondirend ſeinen diplomatiſchen „Fuchs“ bei Königin Maria operiren ließ, wußte er ſelbſt damals ſchon ſehr beſtimmt, was er wollte: die Wahl Maria's auf ſeinen Sohn Philipp zu lenken, dieſer Gedanke leitete ſchon im Juli 1553 ſeine Schritte. Dem Sohne eröffnete er ſofort ſeine Anſichten[2]: daß Maria von England die Ehe mit Philipp allen andern Combinationen vorziehen würde, war für Karl damals ſchon ſicher; er gedachte auch Philipp's Sinn darauf vorzubereiten.

Philipp ſtand damals auf dem Punkte, ſeine Verlobung mit jener portugieſiſchen Prinzeſſin Maria, ſeiner Couſine, abzuſchließen. Nach längerm Schwanken ſchien ſeine perſönliche Neigung nach dieſer Seite zu gehen. Karl hatte im April 1553 ausdrücklich Philipp's Werbung in Portugal gebilligt. Soeben war auch Philipp's jüngere Schweſter Juana mit dem portugieſiſchen Thronfolger verbunden; und die neue Eheverhandlung kam ſeitdem in ſchnellern Zug.[3] Als Alba aus den Nieder-

[1] Karl an Renard, 22. Juli 1553. „Papiers d'état“, IV, 56.

[2] Karl an Philipp, 30. Juli 1553 (Simancas), früher ſchon von Mignet, „Charles-Quint, son abdication, son séjour et sa mort au monastère de Yuste“ (1854), benutzt. Vgl. über das portugieſiſche Eheproject die verſchiedenen Notizen bei Gachard, „Retraite et mort de Charles V“, Einleitung, S. 32, 160 fg.

[3] Ueber dieſe Verhandlungen mit Portugal benutzte ich im Archiv von Simancas den Briefwechſel der Souveräne ſowol als die Correſpondenz mit dem ſpaniſchen Geſandten in Liſſabon, Don Luis Sarmiento.

Digitized by Google

landen damals nach Spanien heimkehrte, waren dort alle dem Abſchluß geneigt. Einige Anſtände erhob allein noch die Sparſamkeit des portugieſiſchen Königs, der von der Ausſteuer ſeiner Schweſter noch einiges abzuhandeln verſuchte. Im Juni entſandte deshalb Philipp ſeinen Freund und Günſtling Ruy Gomez nach Portugal, um die Sache etwas zu beeilen. Allgemein erwartete man damals die ungeſäumte Beendigung der Angelegenheit, die Beſeitigung der kleinen finanziellen Differenzen. Da trat die Wendung ein, welche Maria's Thronbeſteigung zuerſt bei Karl und dann bei Philipp hervorrief.

Karl beeilte ſich, dem Sohne die Wichtigkeit der engliſchen Allianz für den franzöſiſchen Krieg und für die ſpaniſche Herrſchaft in den Niederlanden auseinanderzuſetzen; er meinte, in England würde man auf das alte längſt zur Seite gelegte Project einer Verheirathung Maria's mit ihm ſelbſt gern zurückgreifen; er aber wollte jetzt keinenfalls darauf eingehen, gealtert oder weltmüde wie er war. Dagegen hoffte er in dieſem Fall den Heirathsantrag auf Philipp's Perſönlichkeit ablenken zu können. Karl erbat ſich daher von dem Sohne ſofortige Kunde über den Stand der portugieſiſchen Werbung: wenn Philipp noch nicht endgültig mit Portugal abgeſchloſſen, ſo gab Karl der engliſchen Verbindung den Vorzug. Und Philipp war ganz der Mann, dem Willen des Vaters zu folgen, hier abzubrechen, um dort anzuknüpfen.[1] Wohl ſprach er die Idee aus, daß die Ehe Karl's mit der engliſchen Königin aus vielen Gründen das geeignetſte Auskunftsmittel wäre; aber wenn Karl es nicht ergreifen wollte, ſo war er als gehorſamer Sohn bereit die Frau zu heirathen, die Karl ihm beſtimmen würde; er bezeichnete es als ein beſonderes Glück, daß Karl's Schreiben noch zur rechten Zeit angelangt; ohne die neue Ausſicht, führte er aus, würde er in Portugal jetzt endgültig ſich gebunden haben: nun aber nahm er die finanziellen Bedenken und Weiterungen des Königs von Portugal zum Vorwande, um die Sache noch eine Weile hinzuziehen; er brach noch nicht ab, da ja noch keine

[1] Philipp an Karl, 22. Auguſt 1553 (Simancas).

Digitized by Google

Gewähr für die engliſche Ehe vorlag: er hielt ſich einſtweilen die beiden Möglichkeiten noch offen.

In Portugal war freilich auch ein Freier um den engliſchen Königsthron aufgeſtanden: der Infant Dom Luis, Kaiſer Karl's Schwager.[1] Man machte zu ſeinen Gunſten geltend, daß er für Maria das paſſende Alter habe, daß er als ein tüchtiger Mann ſich mehrfach ſchon erprobt, daß er als engliſcher Königsgemahl durch nichts verhindert ſei in England dauernd zu reſidiren. Gerade durch Karl's Vermittelung ſollte dies eingefädelt werden. Aber Karl entzog ſich mit höflichen Worten dieſer Zumuthung; und als in England die Entſcheidung gefallen, ſprach er ſich rückhaltslos gegen die portugieſiſchen Anſprüche aus. Ganz ähnlich behandelte Karl damals ſeinen Bruder Ferdinand; auch ihm wurde es zum Bewußtſein gebracht, daß vor Philipp's Intereſſen die Wünſche der andern Verwandten zurückzutreten hätten.

In England hieß es, die Königin habe ihrem Verwandten, dem jungen Courtenay ihre Neigung geſchenkt: mächtige Miniſter, vor allen Gardiner, wünſchten ihre Heirath mit einem Engländer. Alles dies aber erwies ſich bald als unbegründet und ausſichtslos. Schon nach den erſten Andeutungen, die ihr Renard Anfang September machen konnte, wurde ihr Wille klar; ſie erklärte mit Nachdruck, daß ſie nicht aus Liebesluſt oder zu ihrem Vergnügen eine Ehe ſuche, nein, nur im Dienſte der Sache, der ſie ihre Regierung geweiht, war ſie geneigt das Ehejoch zu tragen; ſie nahm aber mit erſichtlicher Freude den erſt noch verhüllten, dann aber auch directer geſtellten Antrag Karl's entgegen, der als Werber für ſeinen Sohn auftrat. Daß das Parlament über eine Bitte berieth, ſie zu einer engliſchen Heirath zu treiben, beſtärkte nur ihren Entſchluß: ſchon am 30. October erklärte ſie, gleichſam wie von Gott inſpirirt, mit enthuſiaſtiſchen Worten, daß ſie Philipp, und nie-

[1] Bericht Sarmiento's vom 31. Auguſt, Schreiben des Infanten Luis an Karl vom 31. Auguſt. Sarmiento's Schreiben an Philipp 28. October 1553.

mand anders als Philipp heirathen wolle. Den Deputirten des Parlaments ertheilte ſie am 17. November eine heftige Zurechtweiſung: ihr Wille war nicht ſo leicht zu erſchüttern.

Natürlich konnten nun die officiellen Schritte erfolgen. Die portugieſiſchen Verhandlungen wurden von Philipp definitiv abgebrochen[1] und gleichzeitig mit der Zurücknahme der ſpaniſchen Bewerbung hatten die Portugieſen auch die Eröffnung zu hören, daß aus den Hoffnungen des Infanten Luis nichts werden könnte. Mit ſchönen Verſicherungen ewiger Freundſchaft wurde die Pille verzuckert; aber wie eine Beleidigung empfand das portugieſiſche Königshaus doch die ihm widerfahrene Behandlung. Beſonders jene Prinzeſſin Maria, die ſich der Hoffnung, Philipp's Frau zu werden, gern hingegeben, war über den ihr ertheilten Korb ſehr aufgeregt und entrüſtet. Es bedurfte energiſcher Zurede ihrer Mutter Leonor, die bei Karl weilte und unter Karl's Einfluß ſtand, ehe ſich die betrogene Prinzeſſin beruhigte.

Im December ſchickte der Kaiſer den officiellen Brautwerber nach London, den niederländiſchen Grafen Egmont. Am 12. Januar 1554 hatte er ſeine Audienz bei Königin Maria. Mit den engliſchen Miniſtern verhandelte Egmont den Ehevertrag. Es galt den Engländern, die Selbſtändigkeit ihres Reiches ſicherzuſtellen. Vorkehrungen wurden reichlich gegen jeden Verſuch des Spaniers getroffen in die engliſchen Regierungsgeſchäfte ſich einzumiſchen; ſelbſt im franzöſiſch-kaiſerlichen Kriege ſollte England ſeine freundlichen Beziehungen zu Frankreich fortſetzen dürfen. Maria behielt ſich vor, ihren Gatten niemals außer Landes begleiten zu müſſen; ein Sohn aus dieſer Ehe würde England erben und mit England die Niederlande verbinden, und wenn Philipp's ſpaniſcher Erbe, Prinz Carlos, jung ſtürbe, dann ſollte auch Spanien dem Sprößling Maria's zu-

---

[1] Karl an die portugieſiſche Königin, an den Infanten Luis, an Sarmiento vom 21. November 1553, Philipp an Sarmiento vom 12. December, Sarmiento's Bericht vom 23. December 1553. — Inſtruction für Juan Hurtado de Mendoza, nach Portugal vom 14. März 1554.

Digitized by Google

fallen. Man muß urtheilen, die Vortheile des Ehecontracts waren ſcheinbar auf engliſcher Seite; aber wenn nur erſt Philipp ſeinen Fuß in die engliſchen Zuſtände hineingeſchoben, konnte man doch auf einen Durchbruch jener künſtlich verclauſulirten Schranken rechnen.

Sehr unpopulär war in England die ſpaniſche Verbindung. Gewaltig wuchs die Erregung und Abneigung der Geiſter in England. Die franzöſiſchen Agenten ſchürten und hetzten und ſpendeten Geld: es kam im Februar 1554 zu einem Aufſtande, den vor allem der perſönliche Muth und die Entſchloſſenheit Maria's bezwang. Die Schweſter der Königin, die proteſtantiſche Eliſabeth, ſollte ihre Hand im Spiele gehabt haben; aber es konnte ihr nichts Strafbares bewieſen werden. Eliſabeth blieb neben Maria's Thron aufrecht ſtehen, gleichſam eine lebendige Warnung und Mahnung vor der Zukunft.

Im März 1554 erſchien Egmont zum zweiten mal mit der kaiſerlichen Zuſtimmung zu dem Heirathsvertrage. Die feierliche Verlobung geſchah am 6. März. Darauf erlangte die Regierung auch die Zuſtimmung des engliſchen Parlaments am 12. April zu dem Ehevertrage der Königin. Egmont hatte ihr ſchon die Geſchenke des Kaiſers überbracht. Vorkehrungen und Vorbereitungen für des fürſtlichen Bräutigams Erſcheinen auf engliſchem Boden wurden getroffen, — im Hochſommer 1554 ſollte er dann ſelbſt mit Pomp und Pracht ſeinen Einzug halten. Im Mai ging Egmont mit den Urkunden nach Spanien. Directe Freundſchaftsverſicherungen tauſchten Philipp und Maria damals miteinander aus, Philipp durch die Sendung des Marques de las Navas, Maria durch die Miſſion des Grafen von Bedford.

Große Vorſicht war immerhin nöthig erſchienen, wenn der fremde Fürſt ſich in die Mitte der Engländer wagen ſollte [1];

---

[1] Instructions données à Philippe prince d'Espagne. „Papiers d'état", IV, 267. Karl ermahnte ſeinen Sohn noch beſonders durch Schreiben vom 1. April u. a.: „Dizenme que passan mugeres casadas en vuestra compania y de sus maridos, las

ſeine ſpaniſche Begleitung konnte nur eine kleine ſein; ſo wurde ihm anempfohlen, unter ſeinem Gewande in England eine Rüſtung zu tragen: es war deutlich, man fühlte ſich nicht gegen einen ſchlechten Streich von engliſcher Seite geſichert. Im einzelnen erhielt Philipp genaue Rathſchläge für ſein Verhalten: er ſollte alles aufbieten, ſich populär zu machen, den Großen ſchmeicheln und Geſchenke darbieten, dem Volke in öffentlichen Demonſtrationen ſich zeigen; es hieß auch, Philipp ſollte ſich bemühen, die engliſche Sprache zu lernen, wenigſtens einige Complimente und Redensarten derſelben ſich aneignen. Ferner wurde vorgeſchrieben, daß ſein Gefolge keine ſpaniſchen Damen mitbringen dürfte, wenigſtens für den Anfang nicht, bis man erſt den engliſchen Boden kennen gelernt; — ob dieſe Weiſung ſich auf ſpecielle, in Philipp's Gunſt ſtehende Damen in erſter Linie bezog, oder ob ſie eine mehr ſeine Begleiter angehende Verfügung war, wage ich nicht zu entſcheiden. Das Gefolge Philipp's war nicht durch ſeine Anzahl, wohl aber durch den Rang und die Bedeutung ſeiner Genoſſen glänzend zuſammengeſetzt: es gingen mit dem Prinzen der Herzog von Alba, der Herzog von Medinaceli, der Marques de las Navas, die Grafen von Chinchon und Olivares und Feria, und der perſönliche Freund Philipp's, Ruy Gomez, der von allen Menſchen am unbeſchränkteſten ſein perſönliches Vertrauen genoß. Auch ſeinen Secretär Gonzalo Perez nahm Philipp mit ſich.

Inzwiſchen war am 2. Januar dieſes Jahres der portugieſiſche Kronprinz, Philipp's Schwager, geſtorben. Die Prinzeſſin Juana hatte drei Wochen nach dem Tode ihres Mannes dem Prinzen Sebaſtian das Leben gegeben: ihm gebührte in Portugal die Thronfolge. Philipp bemühte ſich darauf Ende März durch Luis Venegas die Schweſter dazu zu bewegen, daß ſie ihre Reſidenz nach Spanien verlegen und einſtweilen in ſeiner Abweſenheit dort die Geſchäfte der Verwaltung über

---

quales tengo que seran peores de governar y concertar con las inglesas que soldados; mirad si seria bien hazerlas pasar aca, hasta que las cosas de alla tomasen mas asiento."

nehmen wolle.[1] Juana fügte ſich dem Wunſche des Bruders; ſie kam im Juni in ihre Heimat, an der Grenze von Philipp perſönlich empfangen. Der Bruder übertrug ihr darauf die Regierung Spaniens, ehe er ſelbſt Spanien verließ. Eine Anzahl der erfahrenſten Staatsmänner und Beamten ſtellte er ihr zur Berathung an die Seite, vor allen den geſchäftskundigen Präſidenten Valdes, der ſeit kurzem Erzbiſchof von Sevilla geworden, und den Secretär Vasquez; neben ihnen ſollten in den verſchiedenen Zweigen des Staatsdienſtes der Marques von Mondejar und Garcia de Toledo, Alba's Vetter, und der im Tridentiner Concil ſchon erprobte Doctor Velasco die Schritte der Regentin leiten.

Am 11. Juli ging die ſpaniſche Geſellſchaft in See; am 19. landete ſie in Southampton, von der engliſchen Flotte unter Howard bewillkommnet.[2] Philipp machte ſich jene ihm ertheilten Verhaltungsregeln zu Nutze; noch von der Seereiſe krank, leerte er einen Humpen engliſchen Bieres, das er „engliſchen Wein“ ſcherzend nannte: die Zuneigung der Engländer trachtete er ſich damit zu gewinnen. Er war ſo liebenswürdig, als er nur ſein konnte. Man ſetzte dann zu Pferde die Reiſe fort; Philipp nahm engliſche Lebensſitten an und legte ſie auch ſeinen ſpaniſchen Freunden auf. Am 23. Juli erreichte er Wincheſter, wo Maria ſeit dem 22. auf ihn wartete. Abends begegneten die beiden ſich zum erſten mal, der ſiebenundzwanzigjährige Prinz. ſeiner achtunddreißigjährigen Verlobten — er

---

[1] Cabrera, Bd. I, Kap. 5 (S. 17—19).

[2] Philipp's engliſcher Aufenthalt iſt von verſchiedenen Spaniern gleichzeitig dargeſtellt worden: 1) Juan de Varaona, „Viaje de Felipe II a Inglaterra“, gedruckt in „Docum. ined.“, I, 564—574. 2) Andres Muñoz, „Viaje de Felipe segundo a Inglaterra“ (Zaragoza 1554; im Auftrag der Sociedad de Bibliofilos españoles mit verſchiedenen andern Berichten neu abgedruckt von P. de Gayangos 1877). 3) Auch Sepulveda (II, 467—510) gibt einen originalen Bericht. Außerdem dienen die in „Docum. ined.“, III, 519—536, veröffentlichten ſpaniſchen und die von Brown und Friedmann herausgegebenen venetianiſchen Briefe (ſ. o.) als Grundlage unſerer Kenntniß der intimern Details.

Digitized by Google

ein hübſcher, zierlicher, im Aufſteigen begriffener Jüngling, ſie eine ſchon verwelkte, früh gealterte, keineswegs hübſche Dame, die auch durch ihre Kleidung es abſolut nicht verſtand, die ſchon ſchwindenden Körperreize zu verdecken oder zu erſetzen. Philipp redete ſpaniſch, was Maria verſtand; ſie ſprach franzöſiſch. Philipp that ſo, als ob er engliſch zu lernen gedachte, er erregte großen Beifall der höfiſchen Geſellſchaft, als er bei der Vorſtellung der Hofdamen eine nach der andern, ſeinen Hut in der Hand, mit einem Kuſſe begrüßte. Endlich, am 25. Juli, wurde das ungleiche Paar getraut.

Bei der Hochzeit wurde durch einen Bevollmächtigten Karl's die Urkunde verleſen, durch welche Karl, um Philipp im Range ſeiner Frau gleichzuſtellen, ihm die Krone von Neapel übertrug; gleichzeitig wurde Philipp jetzt auch die Verwaltung des Herzogthums Mailand eingeräumt, deſſen Belehnung er ja ſchon ſeit vielen Jahren beſaß: ihm war damit die Regierung und die Sorge für die italieniſchen Beſitzungen des Kaiſers anvertraut. Ich komme auf die weitere Bedeutung des Schrittes zurück — damals wurde die ſoeben erwähnte Rückſicht, Philipp den königlichen Rang ſelbſt zuzuweiſen, als das Motiv des Kaiſers bezeichnet.

Wenn Philipp bei ſeiner erſten Reiſe durch ſeine hochmüthig zugeknöpfte Haltung ſich wenig Freunde erworben, ſo mußte alle Welt ihm jetzt das Zeugniß geben, daß er ſich redlich bemühte, in England ſich populär zu machen. Niemals in ſeinem Leben iſt Philipp wiederum ſo aus ſich herausgegangen, als er es damals 1554 in England über ſich gewonnen. Freundlichkeiten und Schmeicheleien und Geſchenke ſpendete er dem engliſchen Adel in reichſtem Maße; er machte für den Moment immerhin ſich damit einen Anhang, wenn er auch ſich eine dauernde Stütze ſeiner Politik in England trotz aller Anſtrengungen nicht erobert hat. Dem Kaiſer wurden Philipp's Schritte eingehend berichtet. Sein Staatsſecretär, Francisco de Eraſſo, des Cobos Nachfolger, kam im Herbſt zur Berathung verſchiedener Angelegenheiten zu Philipp; als er nach Brüſſel heimgekehrt, erſtattete er Karl und ſeinen Staatsmännern ausführlichen Bericht über

Philipp. Und Karl bezeugte laut und wiederholt ſeine Zufriedenheit mit dem Sohne; er erkannte es an, daß Philipp wahrhaftig ſich gewaltig zu ſeinem Vortheil in den letzten Jahren verändert habe.

Auch in den — das muß man zugeben — etwas ſchwierigen und peinlichen Beziehungen zur Gattin benahm Philipp ſich correct und zur Zufriedenheit der intereſſirten Perſonen.[1] Demonſtrative Aeußerungen von Liebe und Zärtlichkeit konnte niemand von ihm erwarten; mit Ergebung ertrug er dieſen Kelch, ſagte wenige Tage nach der Hochzeit von ihm ſein Vertrauter Ruy Gomez, der ihn auf dieſe Verhältniſſe ſchon vorbereitet zu haben ſich rühmte; er war und blieb ſich deſſen bewußt, daß er nicht aus ſinnlicher Luſt zu dieſer Ehe geſchritten, ſondern vielmehr um England dem Katholicismus wiederzugewinnen; er verſtand es, über das, was der Königin an Reizen mangelte, mit Anſtand hinwegzukommen. Er erreichte jedenfalls, daß Maria mit ihm ſehr zufrieden war und daß ſie nach wenigen Tagen Worte der Liebe und der Zärtlichkeit — die er ſogar einmal erwidert haben ſoll! — an ihn richtete. Im October begann man ſich zuzuflüſtern, daß die Königin guter Hoffnung; ſie nahm damals ihrem Gatten das Verſprechen ab, daß er in England ausharren würde, bis ſie den erſehnten und erwarteten Thronerben zur Welt gebracht haben würde.

In dieſer Zeit gewann auch Philipp auf den engliſchen Staatsrath und die engliſche Politik einen fühlbaren Einfluß. Die Reſtauration des Katholicismus machte die beſten Fortſchritte, unterſtützt und gefördert durch das perſönliche Bemühen des königlichen Gemahls. Dabei verfuhr Philipp aber ſo geſchickt, daß er ſeinen Einfluß auf die engliſchen Angelegenheiten zu verbergen ſuchte; ſcheinbar blieb er parteilos und neutral;

---

[1] Ruy Gomez an Eraſſo, 26. und 29. Juli und 12. Auguſt 1554. — „Docum ined.“, III, 526—531. Karl dankte Ruy Gomez für dieſe Berichte, und „el cuidado que teneis de acordar y endereçar las cosas de manera que todò vaya bien!“ (Sim. vom 1. September 1554).

ſcheinbar miſchte er ſich in die Landesregierung nicht ein. Dennoch fand er Mittel und Wege, die Haltung der einflußreichſten engliſchen Miniſter nach ſeinen Geſichtspunkten zu leiten.

Zum Werke der Katholiſirung Englands hatte Philipp aus Spanien ſich leiſtungsfähige Helfer mitgebracht. Sein Beichtvater Fray Pedro de Caſtro, Biſchof von Salamanca und bald nachher von Cuença, und neben ihm die als theologiſche Kämpfer ſchon erprobten Alonſo de Caſtro und Bartolome Carranza erwieſen auch hier ſich als thatkräftige, erfolgreiche Werkzeuge katholiſcher Propaganda; etwas ſpäter kam auch des Kaiſers früherer Beichtvater Pedro de Soto nach England. Dieſe Spanier ſtreuten neue Saaten unter den Engländern aus. Aber ſie waren ebenſo eifrig und unermüdlich, das Unkraut des Proteſtantismus aus dem Boden Englands auszurotten. Unter ſpaniſcher Leitung begann jene ſchauderhafte, blutige und feurige Verfolgung der Proteſtanten, welche in der Erinnerung der Menſchen Maria's kurzer Regierung den bleibenden Charakter aufgeprägt hat.

Schon ſofert nach Maria's Regierungsantritt war katholiſcher Gottesdienſt in England factiſch wieder eingeführt worden. Aber die anglikaniſchen Geſetze waren noch nicht abgeſchafft, und die Vereinigung der engliſchen Kirche mit der römiſchen Mutter war formell noch nicht wieder vollzogen. Gleich anfangs hatte man Einleitungen zu dieſem Endzwecke getroffen; man hegte auch nirgendwo Zweifel, daß Maria auf die volle Unterwerfung Englands unter das Papſtthum hinarbeitete. Aber Vorſicht und Behutſamkeit waren doch von Anfang an vielen Politikern und Kirchenpolitikern nothwendig erſchienen. Langſam wurde die Straße zwiſchen Rom und England geebnet und zugänglich gemacht.

Schon im Auguſt 1553 hatte der Papſt den alten engliſchen Cardinal Pole als Vermittler für die Reduction Englands auserkoren. Pole ſelbſt hatte damals ſowol den Papſt als die engliſche Königin mit überſchwenglichen Freudengrüßen überſchüttet; voll Eifer wollte er ſich in die ihm zugedachte engliſche Arbeit ſtürzen. Aber vom kaiſerlichen Hofe in Brüſſel

Digitized by Google

wurde ihm ſofort größere Mäßigung anempfohlen und eingeſchärft. Der päpſtliche Legat in Brüſſel, Dandino, der ſich mit Königin Maria ohne Zeitverluſt in Beziehung geſetzt, mahnte auch in Maria's Namen zu vorſichtig abgemeſſenen Schritten in England. Ganz in demſelben Sinne äußerten ſich die kaiſerlichen Miniſter; durch übereifriges, haſtiges Zugreifen wollte man den ſchließlichen Erfolg katholiſcher Politik nicht gefährden. So wurde Pole's engliſche Legation zunächſt in die Form gekleidet, daß er als päpſtlicher Legat zum Kaiſer nach Brüſſel gehen ſollte, eine Friedensvermittelung zwiſchen Karl und Frankreich zu verſuchen. In Brüſſel ſollte er den geeigneten Augenblick abwarten, um in die Geſtaltung der engliſchen Verhältniſſe eingreifen zu können.[1]

Es handelte ſich um einen förmlichen Act kirchlicher Autorität, durch welchen einerſeits Englands Unterwerfung unter die früher beſeitigten Kirchenordnungen und Kirchengeſetze neu feſtgeſtellt, andererſeits aber auch der päpſtliche Bann, der das ketzeriſche Volk Heinrich's VIII. getroffen, von dem wieder gläubig gewordenen Reiche Maria's zurückgenommen werden ſollte. Vorausſetzung war dafür natürlich die Beſeitigung der anglikaniſchen und proteſtantiſchen Kirchengeſetze der letzten Jahrzehnte. Dabei aber ergab ſich von vornherein, daß man auf eine große Schwierigkeit in England ſelbſt ſtoßen würde, wenn man die Zurückgabe aller der engliſchen Kirche entriſſenen Kirchengüter fordern wollte: hierin galt es ein Compromiß von vornherein ins Auge zu faſſen. Und es war die kaiſerliche Diplomatie, die nach beiden Seiten hin mit großer zielbewußter Umſicht eine Vereinbarung zwiſchen Rom und England herbeizuführen unternahm. Noch einmal leuchtete Karl's Stern hell in dieſer Verhandlung; überhaupt erwarb der Gang der engliſchen Angelegenheiten dem alten Politiker noch einmal großes Anſehen und verſchaffte ihm ſelbſt noch einmal das Gefühl freudiger Genugthuung.

---

[1] Vgl. die zahlreichen Documente über Pole's Legation bei Brown, V, 383, 387, 403, 407, 410, 413, 418 u. ſ. w.

Digitized by Google

Erſt als Philipp in England Fuß gefaßt hatte, hielt man es für angemeſſen, in der kirchlichen Frage vorzugehen; denn auf Philipp's ſtarken Arm rechnete man bei dem Werke, das man nicht als ein leichtes angeſehen hatte. Und Philipp bewies in der Führung dieſer Angelegenheit hinreichendes Verſtändniß für praktiſche Politik. Die Pole ertheilte päpſtliche Vollmacht ſchien ſowol dem Kaiſer als König Philipp eine zu engbegrenzte; die Angelegenheit der engliſchen Kirchengüter war in ihr dem Ermeſſen des Legaten anheimgeſtellt, aber die Worte klangen ſo, als ob er nicht auch zum Verzicht auf eine Rückgabe der Güter ermächtigt wäre. Gerade auf dieſen Verzicht legten Karl und Philipp den größten Werth, ſie fürchteten, daß eine etwaige ganze oder theilweiſe Rückforderung Pole's neue Unruhen und Schwierigkeiten verurſachen würde; ſie verlangten jedenfalls, daß jeder einzelne Schritt Pole's erſt mit ihnen vereinbart werden müſſe.[1]

Karl und Granvelle beantragten alſo für Pole eine Erweiterung ſeiner Vollmacht; ſie ließen dies in Rom fordern. Philipp's Bemerkungen zielten auf daſſelbe Ende hin. Philipp ſchickte im October Renard zu Pole, mit ihm ſich über ſein Auftreten zu verſtändigen. Pole machte, was ihn anging, keine Umſtände: es galt als ſicher, daß man den privaten Beſitzern engliſchen Kirchengutes nicht die Rückgabe auferlegen wollte; Philipp und Maria hatten für ſich zugeſagt, das was noch in der Hand der Krone wäre, ohne weiteres zu reſtituiren. Auf Grund dieſes Compromiſſes ſchritt man zur Action, ohne die ausdrückliche Gutheißung Roms abzuwarten. Und man täuſchte ſich nicht: nachträglich lief des Papſtes Billigung ein.

Unter ſtarker Beeinfluſſung durch die Regierung wurde im October 1554 ein neues Parlament gewählt. Daſſelbe faßte,

[1] Vgl. die Documente bei Brown, S. 573, 578, 581, 584—592. Karl's und Philipp's Anweiſungen an den Geſandten in Rom, Juan Manrique de Lara, 19. October; Karl an Philipp, 20. October; Philipp's Antwort durch Eraſſo, 16. November 1554. (Simancas.)



Digitized by Google

nicht ohne perſönliche Einwirkung Philipp's [1], den von der Krone gewünſchten Beſchluß der Unterwerfung unter Rom. Darauf konnte dann am 24. November Pole in England erſcheinen, als Bote des kirchlichen Friedens, als Träger des päpſtlichen Segens. Am 30. November nahm er das bußfertige engliſche Volk wieder auf in den Schos der katholiſchen Kirche.

Die Königin hatte Pole mit den Worten begrüßt: „Ave Maria — benedictus fructus ventris tui", mit ähnlichen Phraſen hatte er dem Papſte Philipp's Entſchluß geprieſen, „dieſer engliſchen Jungfrau Gatte und Sohn zu werden", indem er in ſehr anſtößigen Wendungen einen Vergleich zwiſchen Philipp und — Jeſus Chriſtus zog.

Damals ſchien die erſte und wichtigſte Arbeit des ſpaniſchen Prinzen in England gethan. Karl berief den Sohn zu ſich an den niederländiſchen Hof; immer dringender wurde dieſer Ruf; durch Philipp's Uebernahme der Regierungsgeſchäfte ſelbſt von ſeiner Bürde entlaſtet zu werden, war der Wunſch, der Karl's perſönliche Gefühle und Gedanken immer maßgebender beherrſchte. Philipp verſprach dem Vater ſeine Ankunft, ſobald erſt ſeine Frau ihm den engliſchen Prinzen geſchenkt haben würde.

Auf dies verheißene und erſehnte Ereigniß ſpannte damals ſich die Aufmerkſamkeit Englands und der ganzen Welt. Die ganze Errungenſchaft der ſpaniſchen Politik blieb unſicher und ſchwankend, ſolange nicht auf eine längere Dauer der damaligen Regierung gerechnet werden konnte. Blieb Maria's Ehe kinderlos, ſo war ihre Halbſchweſter Eliſabeth die Erbin ihrer Krone; Eliſabeth aber huldigte proteſtantiſchen Neigungen; ihre Thronbeſteigung mußte alſo einen gründlichen Umſchwung aller eng-

[1] Cabrera, Bd. I, Kap. 6, S. 25 theilt eine Rede mit, welche Philipp vor dem engliſchen Parlament bei dieſem Anlaß gehalten haben ſoll. Schon Prescott bemerkte, es wäre ein Wunder, wenn die Engländer den König verſtanden hätten — er ſprach nur ſpaniſch! Es iſt nichts als eine Stilübung des Autors. Sepulveda hat von Derartigem nichts, im übrigen iſt gerade ſeine Erzählung eine recht verſtändliche und gute. Vgl. über die Sache den ſpaniſchen Bericht vom December 1554 bei Muñoz-Gayangos, S. 125—139.

Digitized by Google

liſchen Verhältniſſe nach ſich ziehen, wie man ihn ſoeben im entgegengeſetzten Sinne erſt erlebt hatte. Gebar aber Maria wirklich ſelbſt einen Erben, ſo war alle Ausſicht für eine längere Fortdauer katholiſcher Religionsprincipien und ſpaniſchen Einfluſſes vorhanden; als Vormund ſeines eigenen Sohnes mußte Philipp ſelbſt bei einem frühzeitigen Tode der Königin im Stande ſein, ſeine Hand über England zu halten.[1]

Die rein menſchlichen Gefühle und Vorgänge im Leben der Könige und Staatslenker bilden in der Regel ein Gebiet rein privater Intereſſen, von welchem das Auge des Hiſtorikers den Schleier abzuſtreifen weder das Recht noch den Beruf hat. Mir erſcheint die Neigung mancher Hiſtoriker, mit Berichten aus dem Privatleben hiſtoriſcher Perſonen ihre Leſer zu unterhalten, eine keineswegs zu billigende Eigenſchaft, die zwiſchen ernſter Geſchichte und neugieriger Klatſchſucht die Grenzpfähle umzuwerfen oder zu verrücken ſtrebt. Aber anders liegt in dem Falle, über den ich hier ſchreibe, die Sache. Hier haben es die Verhältniſſe ſo mit ſich gebracht, daß die Geſchicke nicht allein Englands, ſondern der geſammten abendländiſchen Entwickelung aufs directeſte von der Frage abhingen, ob die Ehe des Spaniers mit der Engländerin zur Begründung einer neuen ſpaniſch-engliſchen Dynaſtie ſich fähig erweiſen oder mit Unfruchtbarkeit geſchlagen ſein würde. Denn erzielte jener Ehebund einen lebenskräftigen Sproſſen, ſo war Eliſabeth vom engliſchen Throne ausgeſchloſſen und England, das wieder katholiſch gewordene England blieb katholiſch. Noch mehr. Hielt im Verlauf der nächſten Jahrzehnte England ſich als Alliirter an der Seite des ſpaniſchen Königs, ſo wäre der Oppoſition und ſpäter der Erhebung der Niederlande gegen die ſpaniſche Herrſchaft die directe und indirecte Hülfe Englands nimmermehr zutheil geworden: die Weltgeſchichte würde in ſolchem

[1] Ueber die Verhandlungen betreffend Philipp's eventuelle Regentſchaft als Vormund ſeines Sohnes macht ſehr intereſſante Mittheilungen Renard's Bericht vom 21. December 1554. „Papiers d'état“, IV, 341. Vgl. ebend., S. 357—367.



Digitized by Google

Fall kaum etwas von dem glorreichen Freiheitskampf der Niederländer zu erzählen haben.

Das ſind die Fragen und die Intereſſen, die an die im Winter 1554 auf 1555 behauptete Schwangerſchaft Maria's ſich anknüpfen.

Man könnte nicht ſagen, daß die Spanier ſich bei den Engländern populär zu machen verſtanden. Wir hören im Gegentheil von fortgeſetzten Reibungen und Conflicten zwiſchen Philipp's ſpaniſchen Freunden und den engliſchen Großen, von populären Demonſtationen nationalen Gegenſatzes und Haſſes ſeitens des Volkes gegen die fremden Gäſte: es kam am 2. Januar 1555 faſt zu Tumult und Straßenkampf. Alles das waren wenig tröſtliche Zeichen der Zukunft für den ſpaniſchen Herrſcher. Für ihn beſtand die Garantie ſeiner bisherigen Erfolge einzig und allein in der Zuneigung ſeiner Gattin und in der Hoffnung lebenskräftiger Nachkommenſchaft. Mit aufgeregter Spannung ſah man dem angekündigten Ereigniß entgegen. Mit leidenſchaftlicher Zuverſicht erwartete der engliſche Hof die Geburt des Kronprinzen. Der alte Kaiſer in den Niederlanden hoffte ungeduldig auf dieſe Krönung ſeines politiſchen Gebäudes.

Im April 1555 war man bereit, das Kind zu empfangen. Man hegte keinen Zweifel, daß daſſelbe ein Sohn ſein müſſe. Die Geburtsanzeigen, in denen ein Sohn angekündigt wurde, waren ſchon in vielen Exemplaren fertig geſtellt, nur das Datum hatte man offen gelaſſen: heute ſind die Blätter im engliſchen Archive noch vorhanden. Mit Proceſſionen und Bittgängen ſuchte man zuletzt noch des Himmels Gnade ſich zu erzwingen. Am 30. April 1555 glaubte man in Hamptoncourt den großen Augenblick gekommen: die Anzeichen aber gingen fruchtlos vorüber. Man blieb in Spannung und Erwartung den ganzen Mai hindurch — eine Woche nach der andern ging vorüber; auch der Juni kam und verſchwand. Mitte Juli glaubte man noch einmal dicht vor dem erflehten Ziele zu ſtehen; es war wiederum vergeblich. Endlich mußte man ſich entſchließen, die Hoffnung aufzugeben. Es wurde klar, die Königin hatte ſich ſelbſt über ihren Zuſtand getäuſcht; und ſie hatte die

Digitized by Google

andern zu derſelben Täuſchung irregeleitet. Eine Conſultation hervorragender Aerzte wurde veranſtaltet und auch eine Anzahl vornehmer und erfahrener Damen hinzugezogen, um über den Zuſtand der Königin Klarheit zu ſchaffen.[1] Mitte Juli meinte man noch nicht alle Hoffnung aufgeben zu müſſen; man tröſtete ſich durch Hinausſchieben des vermutheten Termins; aber auf die Dauer hielt auch dies Mittel nicht vor. Anfang Auguſt verlegten Philipp und Maria ihre Reſidenz von Hamptoncourt weg; die täglichen Proceſſionen wurden abgethan; die in großer Zahl herbeigeeilten adeligen Damen wurden nach Hauſe geſchickt; und Königin Maria ertheilte wieder Audienzen und übernahm wieder die Regierungsgeſchäfte. Die Grundloſigkeit der gehegten Hoffnungen lag für alle Welt klar zu Tage; ja der ganze Vorgang wurde jetzt ſo angeſehen, daß man Grund zu Beſorgniſſen über den Geſundheitszuſtand Maria's überhaupt zu haben glaubte: man entdeckte jetzt in den früher falſch ausgelegten Umſtänden die Symptome unheilbarer Erkrankung.

Die Eventualität, daß die Thronfolge an die Prinzeſſin Eliſabeth kommen könnte, wurde ein Factor der Lage, mit dem eine vorausſehende und kluge Politik immer mehr rechnen mußte. Philipp war der Schwägerin keineswegs ſo feindlich entgegengetreten, als Maria dies für ihre Perſon zu thun pflegte. Als Eliſabeth's Theilnahme an den Verſchwörungen und Unruhen von 1554 nicht erwieſen werden konnte, wurde ſie aus dem engen Gewahrſam, in dem ſie ſaß, freigelaſſen; ſie kam ſogar an den Hof; aber unter ſehr ſtrenger Aufſicht wurde ſie dort gehalten. Philipp und Maria ſahen ſie einigemal; aber Maria konnte ihre Abneigung und ihr Mistrauen nicht überwinden. Philipp war der Anſicht, die katholiſche Zukunft Englands dadurch zu ſichern, daß man Eliſabeth zu einem katholiſchen Ehebündniß berede oder zwinge[2]; ſein Candidat war ent-

[1] Man kann die engliſche Lage in den venetianiſchen Depeſchen jetzt ſehr gut verfolgen; vgl. beſonders die Berichte vom 23. Juli und 5. Auguſt 1555, Friedmann, S. 87, 93; Brown, Bd. VI.

[2] Wenn Michiel, 29. April 1555, auseinanderſetzt, für den Fall von Maria's Tode habe Philipp „la speranza di poter con il favore

weder der Prinz Philibert Emanuel von Piemont und Savoyen, der im Heere des Kaiſers diente, von dem man ſich große Leiſtungen verſprach, oder ſein habsburgiſcher Vetter Erzherzog Ferdinand, durch welchen man England ans Haus Habsburg gebunden haben würde. Aber weder die eine noch die andere Candidatur rückte vorwärts. Eliſabeth's Scheu vor der Ehe, Maria's Unluſt, auch des Piemonteſen nach verſchiedenen Seiten gleichzeitig ausſchauende, unentſchiedene Neigung und die Langſamkeit des habsburgiſchen Bewerbers — alle dieſe Hinderniſſe gelang es damals nicht zu überwinden.

Die Rückkehr Englands zum Katholicismus war allmählich zur vollendeten Thatſache geworden. Das Parlament hatte die ſchismatiſchen Geſetze Heinrich's VIII. wieder abgeſchafft. Durch eine beſondere feierliche Geſandtſchaft war dem Papſte Englands Gehorſam entgegengebracht worden. Die Bisthümer und Kirchen Englands waren wieder an Katholiken ausgetheilt. Pole ſelbſt war als Erzbiſchof von Canterbury an die Spitze der engliſchen Kirche getreten. Auch hatte Königin Maria die Güter der Kirche, die ſie noch ſelbſt in Händen hatte, der Kirche freigebigen Sinnes wieder zugewieſen. Alles dies war im Sommer 1555 geſichert.

Seitdem die Erfolgloſigkeit der monatelang gepflegten Hoffnungen Maria's feſtſtand, konnte Philipp dem kaiſerlichen Vater ſeinen Beſuch nicht länger mehr verſagen. Hin und her waren in letzter Zeit ſchon die Politiker des kaiſerlichen Hofes gereiſt; mehrmals war Craſſo in England erſchienen; und Philipp's Freund Ruy Gomez hatte mehrmals ſchon Philipp's Geſichtspunkte in Brüſſel vorgetragen. Die allgemeinen Angelegenheiten, ſowohl Deutſchlands, als Italiens, als des franzöſiſchen Krieges heiſchten gründliche Beſprechung und Verſtändigung

di questi grandi remaritandosi con lei (Elisabeth) suceder nel regno, non essendo dificile che anco ella da se vi inclinasse" (Friedmann, S. 33), ſo iſt dies nichts anderes als höfiſches Geſchwätz, ohne Grund und ohne Bedeutung. Derartigem müßigem Klatſch begegnet man mehr wie einmal in den Depeſchen und Relazionen der hochgeprieſenen venetianiſchen Diplomatie.

zwiſchen Vater und Sohn; Karl's Sehnſucht nach Ruhe und Erholung war ein weiteres Moment. Kurz, alles dies entſchied für Philipp's Trennung von ſeiner engliſchen Königin.

Am 26. Auguſt begleitete Maria den Gemahl nach Greenwich, tief traurigen Gemüthes über den ihr drohenden Verluſt. Hier verabſchiedete ſich Philipp von ihr am 29. Auguſt[1]: mit erzwungener Faſſung ertrug Maria die öffentliche Scene des Abſchiedes; ihr küßten die ſpaniſchen Herren voll Ergebenheit die Hand; Philipp aber ſagte den engliſchen Hofdamen ſeiner Frau mit einem wirklichen Kuſſe Lebewohl, einer nach der andern in der Runde. Wie Philipp die Barke beſtiegen, die ihn nach Gravesend bringen ſollte, eilte Maria in ihren Palaſt zurück, von deſſen Fenſtern ſie noch unter reichlich ſtrömenden Thränen dem Gatten nachblickte, ſolange die Barke ſichtbar. Auch Philipp hatte noch bis zuletzt ſeine Grüße der traurig zurückgebliebenen Gemahlin zugewinkt. Niemand kann ſagen, mit welchen Empfindungen der Spanier das herzliche Gefühl ſeiner engliſchen Frau damals erwidert hat.

Vor dem Abſchied hatte übrigens Philipp ein Document ſeiner Regentenklugheit noch zurückgelaſſen. Er hatte dem engliſchen Staatsrathe und dem Legaten Pole die Frau und die Regierung eindringlich anempfohlen; er legte ihnen eine ausführliche ſchriftliche Unterweiſung über ihre Aufgaben vor, in welcher auch die einzelnen Perſonen, die man zu den Geſchäften verwenden konnte, von ihm ſcharf charakteriſirt waren. Ganz beſonders an Pole's Beiſtand und Rathſchlag hatte Philipp ſeine Königin verwieſen; er hatte perſönlich denſelben aufgeſucht und ihm in vertraulicher Conferenz das feſte Verſprechen abgenommen, Maria's Helfer zu werden.

Ueber Gravesend ging Philipp nach Canterbury. Widrige Winde hielten ihn dort vom 30. Auguſt bis zum 4. September gefeſſelt. Dann erſt wagte er die Ueberfahrt von Dover nach Calais. Am 8. September langte er in Brüſſel bei Kaiſer Karl an.

[1] Die Abſchiedsſcene ſchildert als Augenzeuge ſehr anſchaulich Michiel, 3. September (Friedmann, S. 115); über Philipp's Anweiſungen

Digitized by Google

## III.

Schon in jüngern Jahren hatte Kaiſer Karl zu altern angefangen. Weltſchmerz und Lebensüberdruß hatten ſchon früh zeitweiſe ſein Gemüth ergriffen. Oft hatte er ſich aus tiefer Verſtimmung wieder zu Thatenluſt und Energie emporgearbeitet. Aber ſeit den Unglücksſchlägen von 1552 hielt ihn die Sehnſucht nach geiſtiger und körperlicher Ruhe immer feſter in ihrem Banne. Da begann er ſich den Gedanken auszumalen, daß der Sohn, den er ſich ſeit faſt einem Jahrzehnt zum Nachfolger herangebildet hatte, in die Geſchäfte der Kaiſerregierung eintreten und einen Theil der Laſt dem Vater abnehmen ſollte.

Wir finden in dem vertraulichen Schriftwechſel der höchſten Politiker und der Umgebung des Kaiſers in dieſer Zeit wiederholte Aeußerungen des Aergers und der Unzufriedenheit über das perſönliche Verhalten Karl's, der ſich in ſeinen körperlichen Leiden und ſeiner geiſtigen Verſtimmung über den Gang der Dinge einer gewiſſen Paſſivität und Schwerfälligkeit, einer gewiſſen Neigung, die wichtigen Entſcheidungen zu verſchieben, einer gewiſſen Unſicherheit und Veränderlichkeit ſeiner Entſchließungen hingegeben hatte. Auch dieſen Kreiſen konnte eine Betheiligung des Thronfolgers an den ſchweren Aufgaben und Geſchäften des habsburgiſchen Weltreiches als ein erwünſchtes Ereigniß gelten.

Aus Deutſchland war Karl im Herbſt 1552, von der Ungunſt der deutſchen Entwickelung überwältigt, ausgeſchieden. Er kämpfte mit wechſelndem Glücke, aber unter ſchwerem Ringen und großer Anſtrengung in den Niederlanden wider die Franzoſen. Er ſelbſt war der Anſicht[1], daß ſein Sohn gerade an dieſer Stelle ihn ablöſen ſollte: wenn Philipp im franzöſiſchen Kriege ſich Lorbern und Früchte zu erringen im Stande, ſo

an die Miniſter und ſein Geſpräch mit Pole hatte Pole ſelbſt dem Venetianer Mittheilung gemacht.

[1] Karl an Philipp, 2. April 1553; Gachard, „Retraite", Einleitung, S. 154.

würde dies ſeiner ganzen zukünftigen Regierung einen guten Anfang und eine ruhmvolle Unterlage verleihen.

Andererſeits aber heiſchten gerade damals die Zuſtände Italiens das Eingreifen einer kräftigen, entſchloſſenen Hand. Dort war die ganze Stellung der kaiſerlichen Macht damals in die äußerſte Gefahr gerathen, von den Franzoſen über den Haufen geworfen zu werden. Nicht nur außeritaliſche und italiſche Feinde beſtürmten des Kaiſers Beſitzungen in Italien, ſondern die Fehler und Mängel ſeiner eigenen Miniſter ſchienen ebenſo eine Kataſtrophe in nächſter Zeit herbeiführen zu müſſen.

Jahre hindurch war die kaiſerliche Politik in Italien von Diego de Mendoza, dem kaiſerlichen Geſandten in Rom, und von dem italieniſchen Fürſtenſohne Ferrante Gonzaga als dem kaiſerlichen Statthalter in Mailand einträchtig und eine Weile erfolgreich geleitet worden. Neben ihnen hatten in jener Periode Don Pedro de Toledo, der Marques von Villafranca Neapel und Don Juan de Vega Sicilien verwaltet. Aber immer mehr hatte Gonzaga's Ehrgeiz, dem beim Kaiſer der alte Granvelle ſeine Unterſtützung geliehen, zu neuen Unternehmungen die kaiſerliche Politik gedrängt. Vor allem ſchien es wichtig und bedeutungsvoll, daß man die Franzoſen aus dem von ihnen eroberten Piemont verjage und in der Mitte Italiens die Herrſchaft über Siena ſich ſichere: in beiden Richtungen gingen Gonzaga und Mendoza unruhigen Ehrgeizes zum Angriff vor. Geradezu verhängnißvoll aber wurde es, daß Gonzaga die Farneſes zuerſt aus Piacenza und dann auch aus Parma auszutreiben unternommen. In endloſe Streitigkeiten verwickelte Gonzaga durch dieſe Dinge die kaiſerliche Politik. Und ſeit 1551 erlitt er bei ſeinen Experimenten Schlappe auf Schlappe.

Ueber die farneſiſchen Intereſſen, welche ſchlauerweiſe der Franzoſenkönig 1551 unter ſeinen Schutz genommen, begann der Krieg; aber bald nahm er in Italien allgemeinen Charakter an. Ende Juli 1552 brach in Siena ein Aufſtand aus, der das kaiſerliche Regiment abſchüttelte und den Franzoſen im Freiſtaat Siena Fuß zu faſſen geſtattete. Bisher waren der Papſt und der Herzog Coſimo von Florenz auf des Kaiſers

Digitized by Google

Seite geweſen; ihre Haltung wurde damals verdächtig. Coſimo manövrirte auf ſein Ziel einer Annexion von Siena hin; der Papſt bot ſeine guten Dienſte als Vermittler an: ſeine pomphaft und umſtändlich inſcenirte Friedensvermittelung war eine maskirte Parteinahme für Frankreich. In Neapel war Toledo's ſtrenges Regiment ſehr verhaßt geworden; in Mailand gab es von verſchiedenen Seiten Klagen über Gonzaga's Erpreſſungen und Ungerechtigkeiten. Kurz, es wurde den kaiſerlichen Staatsmännern klar, daß die Fundamente ſpaniſch-kaiſerlicher Herrſchaft in Italien ſchwankten; ſie ſelbſt ſprachen unverhohlen ihre Unzufriedenheit mit Gonzaga und Mendoza aus.[1]

Der jüngere Granvelle, der Biſchof von Arras, der nach ſeines Vaters Tode, ſeit 1550, die allgemeinen Geſchäfte in der Hand hatte, bedauerte lebhaft, daß er geholfen Gonzaga nach Mailand zu bringen. Karl bereute es — ſo ſagte Granvelle ganz offen — durch Gonzaga ſich zu dem Angriff auf die Farneſes haben verleiten zu laſſen. Es galt durchgreifend die italiſche Politik des Kaiſers einer ſorgfältigen Prüfung und Erwägung zu unterziehen; es galt die Organe der kaiſerlichen Regierung ſcharf zu controliren und ſie vielleicht mit neuen Perſonen zu wechſeln.

Der erſte Schritt war die Abberufung Mendoza's ſowol von ſeinem römiſchen Poſten als von der Stellung, die ihm in Siena anvertraut geweſen. Mendoza kam an Karl's Hof in die Niederlande[2]; ungnädig aufgenommen, ſchied er überhaupt

---

[1] Granvelle's Unzufriedenheit, 7. Auguſt 1552, bei Druffel, II, 732, vgl. S. 735; über Gonzaga's Regiment in Mailand erſtattete La Gasca, Biſchof von Palencia, ein ſehr erprobter Verwaltungschef, am 25. Juli 1552 Bericht, voll ſchwerer Klagen; es liegt auch eine lange Beſchwerdeſchrift wider Gonzaga vom 17. Juli 1552 vor, unterzeichnet von dem Marcheſe de Marignano, dem Finanzleiter Ybarra und dem Commandanten von Mailand, Juan de Luna.

[2] Karl an Mendoza, 20. Auguſt 1552. An Philipp berichtete Mendoza, 1. Mai 1553, man habe ihm eröffnet, „que por el beneficio de los negocios convenia que yo no tornasse a Roma". Der Secretär Vargas hatte ſchon am 3. April Philipp berichtet: „su M.

Digitized by Google

aus der diplomatiſchen Thätigkeit aus. Die Wahrnehmung der kaiſerlichen Intereſſen gegenüber Siena wurde Francisco de Toledo übertragen; in Rom fungirten interimiſtiſch mehrere Agenten. Im Frühjahr 1553 wurde als außerordentlicher Bevollmächtigter Juan Manrique de Lara nach Rom geſchickt, der ſchon einmal dort mit Erfolg aufgetreten war, einer der militäriſchen Diplomaten ſpaniſcher Schule. Der Vicekönig von Neapel war, als er gegen Siena auszog, im Februar 1553 geſtorben; einſtweilen übertrug man die Verwaltung in Neapel dem alten Cardinal Pedro Pacheco, der ſeit der Auflöſung des Tridentiner Concils in Rom lebte; das konnte nur eine zeitweilige Maßregel bedeuten; denn Pacheco war kein Soldat, und das Haupt der ſpaniſchen Regierung in Neapel mußte jedenfalls über militäriſche Gaben gebieten.

Aus Manrique's Berichten wird klar[1], daß des Kaiſers Miniſter ſehr deutlich das Proviſoriſche der damaligen Lage empfanden, daß ſie ganz beſonders auch über Gonzaga's Erfolgloſigkeit und Ungeſchick zu klagen ſich berechtigt dünkten. Sowol Pacheco als Manrique ſtellten Karl vor, es würde Prinz Philipp hier eine ſehr geeignete Aufgabe für ſeine perſönliche Thätigkeit finden.[2] Auch der Papſt lieh damals wiederholt dem Gedanken Ausdruck, Karl möchte die Geſchäfte Italiens an Philipp übertragen: er ſelbſt könne ſich Ruhe gönnen und den Sohn für ſich arbeiten laſſen. Manrique wünſchte zum Schutz der kaiſerlichen Stellung in Italien mit den treu gebliebenen Italienern eine Defenſivliga zu ſchließen, vor allem mit Florenz und Genua; an ihrer Spitze würde Philipp auftreten können. Manrique hielt es für

---

esta en no servirse mas de D. Diego de Mendoca en aquella embajada."

[1] Manrique's Berichte, vom 22. Mai 1553 beginnend, habe ich im Archiv von Simancas excerpirt.

[2] Cardinal Pacheco an Karl, 22. September 1552 und 4. Februar 1553; auch La Gasca in ſeinem ſchon citirten Bericht vom 25. Juli 1552 hatte auf Philipp's Reſidenz in Italien hingewieſen; Manrique's Berichte vom 8. Juni und 14. October 1553 und vom 20. März 1554.

Digitized by Google

dringend nothwendig [1], daß für die ſämmtlichen Angelegenheiten Italiens ein höchſter Leiter in Italien ſelbſt eingeſetzt würde, der eben in die verſchiedenen Schritte kaiſerlicher Politik Uebereinſtimmung und Zuſammenhang zu bringen im Stande. Den Gedanken an und für ſich wies Karl keineswegs ab; jedoch ſchien ihm bei Muſterung ſeines höhern politiſchen Perſonals niemand für einen ſolchen Poſten hinreichend brauchbar und erprobt zu ſein.

Gegen Gonzaga mehrten ſich die Klagen und Vorwürfe. Sehr erſchwert war ihm damals jedenfalls eine geregelte Verwaltung in Mailand, da die höchſten Beamten — ſowol der Chef der Juſtiz, der Großkanzler Taverna, als der Leiter der Finanzen Ybarra, als der Commandant der Feſte Mailand, Juan de Luna — gerade die Führer der Oppoſition gegen ihn waren und den kaiſerlichen Hof mit Klagen gegen ſein Regiment überhäuften. In Neapel bedurfte man eines Soldaten. Von Papſt und Cardinälen wurde darauf hingearbeitet, daß der Kaiſer mit den Farneſes ſich verſöhnen und im Beſitz von Parma und Piacenza ſeinen Schwiegerſohn Ottavio anerkennen möchte; dies entſprach den Anſichten vieler Politiker auf kaiſerlicher Seite. Auch engen Anſchluß an Florenz vertraten manche Stimmen, Manrique ſowohl als die Toledos, deren Verwandte Coſimo geheirathet hatte. Im November 1553 wurde in der That mit dem Florentiner ein Abkommen getroffen, das auf ein gemeinſames Unternehmen gegen Siena hinauslief; kaiſerliche Truppen zogen darauf, mit den florentiner Streitkräften gemeinſam operirend, ſeit dem Januar 1554 gegen Siena ins Feld unter dem Befehl des kaiſerlichen Generals Giacomo de Medici, Marcheſe von Marignano. An verſchiedenen Stellen Italiens wurde in nächſter Zeit Krieg geführt, da auch türkiſche Ueberfälle die franzöſiſchen Waffen zu unterſtützen verſuchten.

[1] Manrique, 8. September 1553. — Conſulta der kaiſerlichen Miniſter im October: „no ay que dubdar que seria muy necessario que huviesse persona de quien confiar como D. Juan lo toca, pero no se vee quien.“

Digitized by Google

Natürlich mußte man von Philipp's Uebernahme der italiſchen Centralleitung abſehen, ſobald ſeine engliſche Ehe eine beſchloſſene Sache geworden. Da war für eine italiſche Reſidenz des Prinzen keine Zeit mehr übrig. Da mußte er ſobald irgend möglich ſich nach England verpflanzen. Deſto dringender wurde die Entſcheidung des Kaiſers in der Frage der italiſchen Verwaltung. Gonzaga hatte nicht unterlaſſen, gegen die Vorwürfe und Anklagen, die man gegen ihn erhoben, ſich nach Kräften zu vertheidigen[1]; in den Beſchwerden der ihm in Mailand untergeordneten Organe ſah er nur perſönliche Feindſchaft, Rachſucht und Neid einzelner Leute; ſeine Mißerfolge führte er auf den immerwährenden Geldmangel zurück, an dem er zu leiden gehabt. Ende Auguſt 1553 hatte Gonzaga mit den Franzoſen eine Waffenruhe geſchloſſen; dies zog ihm ernſtliche Rügen Karl's zu[2], der davon eine Verſtärkung der franzöſiſchen Kräfte an der niederländiſchen Seite vorausſah. In der Umgebung Karl's ſprach Granvelle ſich immer entſchiedener gegen Gonzaga aus. Der Secretär Diego de Vargas, der die italieniſche Correſpondenz beſorgte, unterhielt mit Gonzaga's Gegnern lebhaften Ideenaustauſch; Ybarra und Luna, die fortwährend an ihn ihre Kritik der Schritte Gonzaga's richteten, empfingen von ihm ſogar Weiſungen für ihr Verhalten gegenüber Gonzaga.[3] Schwer

---

[1] Gonzaga beſchwert ſich z. B. am 21. Mai 1553 bei Karl über Granvella: „piacque a Mons. d'Arras di dire apertamente à esso Natale" (Gonzaga's Secretär, den er dorthin geſchickt) „che si dovea maledire il giorno che V. M. me havea chiamato à questo governo." Im Herbſt 1553 wurde eine ausführliche, weitſchweifige „Giustificatione" dem Kaiſer eingereicht, welche Gonzaga's Secretär Goſellini verfaßt; jetzt abgedruckt in „Miscellanea di Storia italiana", XVII (1878), 121—305.

[2] Karl an Gonzaga, 11. September, und Gonzaga's Antwort vom 23. September 1553.

[3] Luna's Schreiben vom 2. September, 3. und 22. December 1553. Diego de Vargas an Ybarra (December 1553): „deve v. m. mostrar antes en este tiempo toda confianca de don Fernando y hazer del ladron fiel que no lo contrario por muchos respectos que todos a mi parecer tienden al bien de nuestro negocio y a curar tanto de

fiel ins Gewicht, daß Herzog Alba, der im Frühjahr 1553 auf ſeiner Rückreiſe nach Spanien durch Mailand durchgeeilt war, dem Kaiſer über die militäriſchen Vorkehrungen Gonzaga's einen ſehr ungünſtigen Bericht erſtattet hatte.[1] Kurz, auch Kaiſer Karl war voll Aerger und Unzufriedenheit über ſeinen früher ſo hochgeſchätzten italiſchen Feldherrn[2], er war bereit ihn zu entfernen und in Italien es mit andern Perſonen zu verſuchen. Es handelte ſich Ende 1553 darum, im Einverſtändniß mit Philipp unter Berückſichtigung etwaiger Wünſche Philipp's die kaiſerliche Politik in Italien neu zu organiſiren.

Was Neapel anging, ſo hatte Manrique, der ſo dringend die Sendung eines Militärs betonte, ſelbſt dieſen Poſten zu übernehmen abgelehnt. Karl hatte ſein Auge auf Alba geworfen; aber Alba ſcheint zunächſt keineswegs mit beſonderm Eifer die Stelle in Neapel ſich gewünſcht zu haben.[3] In Mailand glaubte Karl einen ſehr erprobten und notoriſch ſehr rechtlichen und ehrlichen Beamten anſtellen zu müſſen; als ſolcher bot ſich ihm beſonders der Vicekonig von Sicilien, Juan de Vega, dar, der einſt die römiſche Geſandtſchaft zur Zeit Paul's III. zu großer Zufriedenheit verwaltet hatte. Vega aber, der gerade unter den damaligen Umſtänden in dem von Gonzaga verſchul-

---

lo que toca a los del rey, pues sabiendolo el mejor que nadie tarda tanto en remediarlo y no es cordura querer v. m. tomar la cruz sobre si, pues ha demasiademente cumplido con dios y su principe."

[1] Karl an Gonzaga, 2. Juni 1553.

[2] Diego de Vargas an Philipp, 19. Auguſt 1553 über die Lage in Piemont und Mailand: „los pueblos gastados y descontentos, la gente de guerra desanimada y el ministro mal satisfecho y con poca reputacion y credito y lo peor es que con el desgusto que su M. tiene del no cura de que vayan en perdicion sus cosas antes paresce que se venga de don Fernando como si aquel estado fuese suyo." — Derſelbe am 15. October: „su M. esta bien desabrido de la forma que se procede en lo de alli y spera cartas de V. A. para tratar del remedio."

[3] Karl an Philipp, 8. November 1553. — Conſulta in Brüſſel, 2. Januar 1554.

deten Chaos der Geſchäfte den mailänder Auftrag für aus-nehmend ſchwierig erklärte, hatte wenig Luſt ſich dorthin zu be-geben; er wünſchte vielmehr nach Spanien ſelbſt verſetzt zu werden. Trotz dieſer vorhandenen und bekannten Abneigung Vega's führte die reifliche Erwägung der kaiſerlichen Vertrauten zu dem Entſchluß, Vega das Amt anzubieten und ihm dringend die Annahme deſſelben ans Herz zu legen. Von den durch Philipp neben Alba und Vega noch in Vorſchlag gebrachten Spaniern ſah Karl ab, da ſie nicht die verlangte Reiſe und Er-fahrung beſaßen. Jedenfalls aber war die Abberufung Gonza-ga's endlich geſichert.[1] Im Januar 1554 empfing er den Be-fehl, ſich ſofort zu Karl hinzubegeben, um über die Unternehmungen nächſter Zeit Rath zu ertheilen und über die ganze Lage in Italien Bericht zu erſtatten; in eine gewiſſe ſchonende Form war alſo aus Rückſicht auf ſeine frühere Stellung und ſeine Verdienſte die Abſetzung eingekleidet.

Zur Charakteriſtik Gonzaga's dient übrigens eine ſeltſame Notiz. Im Mai 1553 hatte er mit einem italiſchen Edelmann ein Attentat auf den heldenmüthigen Vertheidiger Sienas, Piero Strozzi, verabredet, ihn lebend oder todt in die Hand der Kaiſerlichen zu liefern. Als er erfuhr, daß Ottavio Farneſe nach Frankreich gereiſt, ließ Gonzaga auch ihm auflauern, ihn wie Strozzi zu bedrohen. Vom Kaiſer wurde ein Attentat auf Ottavio ausdrücklich gutgeheißen[2], höchſtens ſchärfte man ein, den Schwiegerſohn des Kaiſers nur gefangen zu nehmen, aber

[1] Karl an Gonzaga, 16. Januar 1554.

[2] Karl an Gonzaga, 18. Februar 1554: „la diligencia que haveys usado para hazer en la persona de Ottavio lo que se tenia pensado de Pedro Strozzi os tenemos en muy accepto servicio y seremos servido procureys por todas vias que fueren posibles de que su persona se haya en las manos y se execute al prenderle solamente, prometiendo a la persona con quien se tiene la platica lo que os parecera, y en ninguna manera le maten porque no es tal nuestra intencion, sino que solameñte se le heche la mano". Ueber den analogen Vorgang von 1547 vgl. Maurenbrecher, „Karl V.", S. 158.

Digitized by Google

doch nicht ihn todtzuſchlagen! Unwillkürlich erinnert dieſer Vorgang an Gonzaga's Manöver von 1547 gegen Ottavio's Vater. Gegen den Zufall, der bei etwaigem Handgemenge das Leben des Angegriffenen in Gefahr brachte, konnte niemand wirklichen Schutz bieten. Gonzaga's politiſches Verfahren, ſeine Neigung zu Gewaltſtreichen und liſtigen Ränken iſt in der That bis zum Ende ſeiner Laufbahn ſich völlig gleichgeblieben.

An Vega wurde im Februar 1554 der eigene Bruder, Hernando de Vega, entſendet, ihn in Karl's Namen um Uebernahme der Stellung in Mailand zu bitten. Vega aber beharrte auf ſeiner Weigerung; er entſchuldigte ſich mit ſeiner Kränklichkeit.[1] Mochte man nun auch meinen, ſeine Gicht würde in Mailand für ihn kein größeres Hinderniß als in Sicilien abgeben, ſo mußte man ſich doch fügen; einſtweilen blieb Vega alſo an der Spitze Siciliens: erſt 1557 wurde er abberufen und zum Präſidenten des Rathes von Caſtilien in der Heimat erhoben.

Gonzaga verließ Mailand am 19. März 1554 und ging in die Niederlande zu ſeinem alten Freunde und kaiſerlichen Wohlthäter. Die Verwaltung von Mailand wurde einſtweilen als Proviſorium geordnet; die Civilangelegenheiten beſorgten der Präſident des Senats und der Großkanzler in Gemeinſchaft. Die Soldaten ſollte der Marcheſe de Marignano befehligen; ſolange derſelbe aber gegen Siena zu Feld lag, wurde der bisherige Geſandte in Genua, Juan de Figueroa, mit dem Heeresbefehl in Mailand beauftragt.

Proviſoriſche Maßregeln ſowol in Mailand als in Neapel und ein außerordentlicher Geſandter in Rom (obwol im Auguſt 1553 zum ordentlichen Geſandten ſchon der Marques de Sarria deſignirt worden): das waren deutliche Symptome, daß ein radicaler Entſchluß des Kaiſers in Erwägung genommen. Und nichts Geringeres ſtand damals in Ausſicht, als die Ceſſion der italiſchen Kronen an Prinz Philipp.

[1] Karl an Vega, mit Sendung durch Hernando de Vega, 16. Februar — Vega's Antwort, 17. April, Conſulta darüber vom 10. Mai — Karl's Rückäußerung vom 22. Mai und Diego de Vargas' vom 22. Mai 1554.

Der Gatte der Königin von England war allerdings nicht mehr in der Lage, wie es von mehrern Seiten angerathen und gewünſcht worden, ſeine Reſidenz in Italien aufzuſchlagen; aber ſein und der Spanier Intereſſe an den italiſchen Dingen war und blieb immerhin ein großes, maßgebendes für die Politik ſeines Vaters. Es kam jene Rückſicht hinzu, welche ich früher berührt habe: Philipp's Rang wollte man der Stellung ſeiner Gemahlin gleichſtellen. So gab Karl ihm die Königskrone von Neapel und übertrug ihm die Verwaltung des Herzogthums Mailand, mit welchem Philipp ſchon ſeit 1546 belehnt war. Am 25. Juli 1554 überreichte einer der höhern neapolitaniſchen Beamten, der Regent Juan de Figueroa, in Wincheſter dem jungen Ehemanne die bezüglichen Urkunden.

Philipp beauftragte dann den Marques de Pescara und den Don Luis de Cordoba, in ſeinem Namen von den ihm überwieſenen Provinzen Italiens Beſitz zu ergreifen. Dieſe formellen Acte vollzogen ſich im Herbſt 1554. Auch die Belehnung mit Neapel gewährte im October der Papſt, obwol einzelne Cardinäle ihre Bedenken nicht zu unterdrücken gewußt hatten.[1] Ein anderer Uebelſtand kam damals den Vertretern Spaniens zum Bewußtſein. Philipp's des Königs von Spanien rechtliche Stellung zu Italien war doch nicht genau dieſelbe wie die des Kaiſers geweſen. Zwar hatte Karl ſchon im Mai dieſes Jahres Siena gegenüber erklärt[2], daß die alten Rechte und Freiheiten der Republik verwirkt ſeien und daß er deshalb zum Schutz der innern Ordnung und der äußern Autonomie Prinz Philipp als Vertreter der Kaiſerrechte in Siena eingeſetzt habe. Nach der Eroberung Sienas durch das kaiſerliche Heer ſollte das Reichsvicariat Philipp's über Siena auch ſofort in Vollzug geſetzt werden. Dennoch ging es kaum an, auch an andern Stellen ähnliche Anordnungen zu erlaſſen. Der Befehlshaber des mailänder Heeres, Figueroa, lenkte Karl's Aufmerkſamkeit auf den wichtigen Punkt hin[3], daß er bisher als Bevollmächtigter des

[1] Monteſa's Bericht aus Rom vom 24. October 1554.

[2] Karl's Mandat betreffend Siena, 30. Mai 1554.

[3] Figueroa an Karl, 10. November 1554.

Kaiſers im Gebiete der Reichslehen, z. B. in Savoyen, Befehle hätte erlaſſen können, aber jetzt ſei ihm als dem ſpaniſchen General des Herzogs von Mailand alle Gewalt in den unmittelbaren Lehen des Kaiſerreiches entzogen; er bat, in Berückſichtigung der militäriſchen Nothwendigkeiten und Eventualitäten, den Kaiſer Vorkehrungen zu treffen, und nöthigenfalls ſeine Vollmacht durch kaiſerliche Mandate zu ergänzen oder zu erweitern. Dies war eine Anregung, die nicht unmittelbare Wirkung hatte, aber auf welche Karl bei der definitiven Organiſation der Stellung Philipp's in Italien zurückgekommen iſt.

Welche Verfügung Philipp in Italien zu treffen geneigt, konnte man damals im Herbſt 1554 ſchon vorausſehen. Daß Prinz Philipp Emanuel von Savoyen den Wunſch ausſprach, mit der Verwaltung Mailands betraut zu werden [1], mußte natürlich ohne Folgen bleiben; wie hätte man den Herzog von Savoyen und Piemont, der ſein Land an die Franzoſen verloren, gerade in die ſeiner Heimat benachbarte Provinz einſetzen ſollen! Das wäre doch keineswegs eine Garantie für die ſpaniſche Herrſchaft in Mailand geworden. In Philipp's Umgebung lebte ehrgeizig und hochangeſehen der ſpaniſche Candidat — es war der Herzog von Alba.

Wir erinnern uns, wie ſcharfblickend ſchon 1543 Kaiſer Karl den Charakter Alba's dem Sohne enthüllt: talentvoll als Feldherr und Staatsmann, aber anmaßend und ruhmdurſtig hatte Alba es darauf angelegt, bei dem jugendlichen Nachfolger ſeines Kaiſers der allmächtige und alleinige Lenker der Politik, der allgebietende Premierminiſter oder Staatskanzler zu werden. Seitdem hatte Alba noch wiederholt ſeine Begabung und Leiſtungsfähigkeit bewieſen, noch wiederholt ſich um die habsburgiſche Monarchie große Verdienſte erworben: 1546 und 1547 war er der Führer der kaiſerlichen Heere im deutſchen Proteſtantenkriege geweſen; er hatte dann 1548 den ſpaniſchen Prinzen auf ſeiner erſten politiſchen Reiſe begleitet; 1552 war ihm

[1] Davon weiß der Venetianer da Mula, 2. September 1554, zu erzählen. (Brown, V, 571.)

Digitized by Google

der Befehl gegen die Franzoſen in Lothringen übertragen; 1553 hatte er dieſen Auftrag niedergelegt, um bei dem Prinzen wiederum die Stelle des oberſten Hofmarſchalls zu verſehen: er war der Mentor, der Berather und Leiter Philipp's in den politiſchen Lehrjahren des kaiſerlichen Thronfolgers, das leitende Haupt des prinzlichen Hofes. Alba hatte geringe Neigung gehabt, als Vicekönig in Neapel ſeines Oheims Nachfolger zu werden; aber eine höhere Stellung über den einzelnen Provinzialregierungen in Italien war ein Auftrag, der für Alba viel Verlockendes in ſich barg. Selbſtverſtändlich war ihm dabei die Führung des ſchwebenden Krieges die Hauptſache; die neuen Lorbern, die ihm dort winkten, konnten für ſeinen Anſpruch, die dauernde Leitung der ſpaniſchen Politik an höchſter Stelle zu erlangen, nicht ohne Bedeutung bleiben. Alba wollte aber nur für einige Zeit die höchſte italiſche Regierungsgewalt übernehmen. Daß einſtweilen 1554 das Proviſorium in Italien fortdauere, entſprach ſeinem Verlangen. Es handelte ſich darum, ob Kaiſer Karl ſeine Zuſtimmung zu Philipp's und Alba's Projecten würde geben wollen.

Herzog Alba begleitete im Sommer 1554 ſeinen Fürſten nach England; er war noch immer der oberſte Hofmarſchall des ſpaniſchen Kronprinzen. Seine Gemahlin nahm Alba damals mit ſich, eine ſtolze ſpaniſche Dame. Philipp's engliſche Königin erzeigte der Spanierin große Ehren; ſie behandelte ſie faſt wie eine gleichgeſtellte Freundin. [1] Bei der ſo erfolgreichen politiſchen Arbeit Philipp's auf engliſchem Boden fiel Alba die Aufgabe des vertrauten, im geheimen Philipp unterrichtenden und lenkenden Rathgebers zu. Als Alba einmal dem Kaiſer den Wunſch vorgebracht, an die Spitze der kriegeriſchen Aufgaben beordert zu werden, erwiderte Karl ihm in der ehrenvollſten Weiſe, man könne im Augenblick ihn noch keineswegs in England entbehren, dort ſei er zur definitiven Ordnung der engliſchen Ver-

[1] Ueber den Empfang der Duqueſa de Alba vgl. die ſpaniſchen Berichte bei Muñoz-Gayangos, S. 98 und 99, in „Docum. ined.", I, 573; vgl. auch Sepulveda, S. 29, Kap. 34 (II, 501).



Digitized by Google

hältniſſe einſtweilen noch durchaus nöthig.[1] Alba ſelbſt ließ es übrigens nicht an Anſpielungen und Reden fehlen, durch welche er ſich ausſchließlich das Verdienſt der unleugbaren politiſchen Erfolge Philipp's in England zuſchrieb; er that ſo als ob er den ſchwerſten und wichtigſten Theil der politiſchen Arbeit in England gethan habe[2], — eine Behauptung, die nicht von allen Begleitern Philipp's für richtig gehalten wurde.

Karl rechnete darauf, daß alle ſchwebenden Fragen bei ſeiner Zuſammenkunft mit Philipp würden entſchieden werden müſſen[3]; er verlangte anfangs, daß Philipp ſchon wenige Tage gleich nach ſeiner Hochzeit ihn in den Niederlanden aufſuche. Dann aber wurde ihm doch Ausſtand gegeben, eine Weile mit der Frau vergnüglich in England zu verleben. Nur ſchärfte Karl ein, möglichſt bald müſſe Philipp kommen; Karl griff den Gedanken des vorigen Jahres wieder auf, dem Sohne die Niederlande und den niederländiſch-franzöſiſchen Krieg zu übertragen und ſelbſt in Spanien die erſehnte Ruhe zu ſuchen. Philipp's Reiſe ſchob ſich hinaus: es galt die Niederkunft der Königin Maria in England abzuwarten. Karl mußte mit dieſem Aufſchub einverſtanden ſich erklären.

Jene Ceſſion Italiens an Philipp ſtellte übrigens manche Unzuträglichkeiten und Unbequemlichkeiten für Philipp heraus. An ſeine Entſcheidung waren die Angelegenheiten Italiens verwieſen; aber ſolange er in England war, ging der Geſchäftsverkehr zwiſchen Italien und England ganz naturgemäß über die Niederlande. Die Miniſter des Kaiſers aber, welche die Geſchäfte zu erledigen gewohnt waren, enthielten ſich nicht, die durchpaſſirenden Depeſchen zu öffnen und zu leſen, auch mitunter Entſcheidungen und Antworten vorwegzunehmen. Philipp ſelbſt begann bald über die Einmiſchung der kaiſerlichen Miniſter,

[1] Kaiſer Karl an Alba, 1. September 1554.

[2] Darüber berichtet Ruy Gomez wiederholt mit draſtiſchen Worten an Eraſſo; beſonders intereſſant iſt ſein Schreiben vom 15. April 1555.

[3] Karl an Philipp, 28. Juni, 3. Auguſt, 1. September 1554 (Gachard, Einleitung, S. 165—169.)

Digitized by Google

über die Nichtachtung der neuen ihm verliehenen Autorität ſich zu beklagen.[1] Andererſeits lag auf der Hand, daß die Verweiſung der Dinge nach England ein meiſtens ganz unnöthiger Zeitverluſt war, eine Erſchwerung des Geſchäftsganges, eine Vermehrung der Arbeitslaſt für alle an den Geſchäften betheiligten Perſonen. Es war durch Karl's Maßregel alſo ein ganz unerträglicher Zuſtand geſchaffen, unerträglich für alle Parteien. Nur als ein Uebergangsſtadium konnte man ſich für kurze Zeit ihn gefallen laſſen.

Des Kaiſers Staatsſecretär, dem die Finanzen des großen Reiches unterſtanden, Francisco Eraſſo, war im September und im November in England; ſeine Aufträge bezogen ſich jedesmal auf alle ſchwebende Fragen, in denen eine Verſtändigung zwiſchen Vater und Sohn erforderlich ſchien.[2] Es ſcheint nicht, daß Eraſſo mit beſonderm Eifer die Projecte Alba's vertreten. Eraſſo ſowol als Philipp's perſönlichſter Freund und Genoſſe Ruy Gomez waren Alba's Gegner, die ſich durch Alba's ſelbſtbewußtes und gebieteriſches Auftreten gedrückt und verletzt fühlten.[3] Und doch traten ſie Philipp's Anſicht bei, der Alba's Project zu dem ſeinen gemacht hatte; wenn ſie aus Philipp's Nähe Alba entfernten, wurde ihr Einfluß auf Philipp jedenfalls des läſtigen Gegners und Rivalen ledig: ſie gewannen alſo für ihr eigenes

---

[1] Philipp an Karl, 16. November, Karl an Philipp, 20. November; beſonders deutlich Diego de Vargas an Ruy Gomez, 20. November 1554; Karl's Entſchuldigung durch Eraſſo vom 10. Januar 1555.

[2] Karl's Inſtruction für Eraſſo, 1. September. — (Philipp's Antwort fehlt.) Sehr ausführliche Inſtruction Eraſſo's, zur Vorlage an Karl, als Eraſſo zum zweiten mal in London war, 16. November 1554. Das Archiv von Simancas bewahrt auch eine (undatirte) Zuſammenſtellung von Punkten, welche Eraſſo mündlich Karl vorzutragen hatte: ich entſcheide nicht, ob ſie zur Sendung des September oder des November gehört.

[3] Ruy Gomez an Eraſſo, 22. September, 26. und 29. November, 5., 11., 16. December 1554, 16., 22. März, 5., 15. und 20. April, 6., 18., 22. Mai, 6. Juni 1555: es iſt zu weitläufig, eine Blumenleſe kräftiger Ausdrücke über Alba aus dem Munde ſeines Rivalen zuſammenzuſtellen.

Digitized by Google

Intereſſe durch Alba's Auszeichnung und Erhöhung. Im November ſtellte demnach durch Eraſſo's Vermittelung Philipp bei Kaiſer Karl den Antrag[1], Alba nach Italien zu ſchicken ſowol in der Stellung des Statthalters von Mailand als von Neapel, ganz beſonders aber ihm den Oberbefehl über die Heere in Italien und die ausgedehnteſten Vollmachten für alle Zweige der Verwaltung und Politik anzuvertrauen. Karl konnte ſich mit dem Vorſchlage nur ſehr ſchwer und ſehr allmählich befreunden. Darauf handelte es ſich noch um die Vollmachten Alba's, um ſeine finanzielle Ausſtattung, um die ihm mitzugebenden Rüſtungen. Alba ertrug nur ſehr ſchwer die Verzögerung der Sache, die jetzt eintrat. Ende December ging Ruy Gomez zum Kaiſer, die Schwierigkeiten zu ebnen, welche der Abreiſe ſeines Rivalen im Wege ſtanden. Durch perſönliche Verhandlungen dieſes Hofmannes in Brüſſel und durch Eraſſo's wiederholtes Auftreten in London wurden im Januar und Februar 1555 nach und nach die finanziellen Vorbereitungen getroffen. Allmählich geſtaltete ſich alles nach Alba's Forderungen und Anſprüchen und nach den Anſchauungen, die Philipp von der Sache ſich zu eigen gemacht hatte.

Gleichzeitig wurde auch die Angelegenheit Gonzaga's definitiv entſchieden.[2] Wir ſahen, Gonzaga war im Frühjahr 1554 ſeine Abſetzung noch nicht mitgetheilt. Als er in den Niederlanden erſchienen, hatte Karl ihn gnädig und freundlich empfangen. Gonzaga ſchmeichelte ſich mit der Hoffnung, mit Ehren aus der Unterſuchung ſeiner Verwaltung, die er ſelbſt gewünſcht, hervorzugehen, und dann ſei es wieder nach Mailand zurückzukehren oder ſei es in eine andere hohe Vertrauensſtellung einzutreten.

---

[1] Philipp's Inſtruction für Eraſſo, 16. November 1554. Ruy Gomez' Miſſion, 28. December 1554.

[2] In Simancas ſah ich 21 große Actenſtücke in Folio, welche „el caso de don Fernando" ausmachen (Legajo 1207). Ein 22. Document enthält eine zuſammenfaſſende Relation: „la causa de don Fernando Gonzaga" (in Legajo 1195). — Die Commiſſion an Seld und Tisnacq vom 4. September 1554 trägt ihnen auf, auch ein summarium anzufertigen.

Die mailänder Ankläger und Widerſacher gaben ihre Beſchwerden am kaiſerlichen Hofe ein. Bis Ende Auguſt 1554 dauerte dieſe Sammlung des Anklagematerials gegen ſeine Verwaltung; allerlei wurde gegen ihn zuſammengebracht: er ſollte Aemter gegen Geldzahlungen vergeben, Verkehrserleichterungen gegen Geſchenke Einzelnen gewährt, richterliche Entſcheidungen nach Willkür erlaſſen, aus öffentlichen Wäldern Holz für ſeinen Privatgebrauch entnommen, auf öffentliche Koſten Anſchaffungen für ſein Haus gemacht, bei Steuererhebungen ſich ſelbſt einzelne Abgaben zugeeignet haben. Das Material der Anklage wurde dann im September 1554 an Seld und Tisnacq zur Prüfung überwieſen. Später, im März 1555, ſollten Granvelle und Praet ihr Gutachten abgeben. Das Ergebniß war ſchließlich, daß eine Verurtheilung nicht ausgeſprochen werden konnte; beſonders böſe Fälle von Amtsmisbrauch wurden Gonzaga nicht nachgewieſen.

Karl empfand perſönlich ein gewiſſes Mitgefühl mit Gonzaga, ſeinem alten Kriegsgenoſſen und perſönlichen Freunde: er hätte ihm gern eine Genugthuung oder Entſchädigung verſchafft. Aber Philipp und ſeine politiſchen Gefährten wollten davon nichts hören; ihnen war es erwünſcht, daß durch jene Anklage und Unterſuchung Gonzaga zu Fall gebracht war; ſie dachten keinen Augenblick daran ihn nach Mailand zurückkehren zu laſſen. Aber Karl ſchwankte und zauderte monatelang, ehe er ſich zur öffentlichen Erklärung von Gonzaga's Rücktritt und zur Ernennung des Herzogs von Alba entſchließen konnte. Eraſſo ſowol als Ruy Gomez hatten noch wiederholt ihm zuzureden; König Philipp hatte noch wiederholt darüber zu ſchreiben.[1] Höchſt ungeduldig wartete Alba auf die kaiſerliche Entſcheidung; voll Kummer und Zorn ſah Gonzaga dem Ausgange dieſes Spieles entgegen, deſſen Opfer ſein Amt und ſeine Ehre zu werden drohten.

---

[1] Karl's Inſtruction für Eraſſo, 10. Januar; Philipp's Auftrag an Ruy Gomez, 5. Februar; Karl an Philipp, 21. März, Eraſſo an Philipp, 6. April 1555.

Digitized by Google

Noch einmal erbot ſich im März 1555, als in Mailand neue Unglücksfälle im Kriege gegen die Franzoſen eingetreten, der ſavoyiſche Prinz, wenigſtens interimiſtiſch dort mit ſeiner Perſon in die Breſche zu ſpringen, bis die mailänder Statthalterfrage ausgemacht wäre.[1] Karl lehnte dankend ſolche Dienſtleiſtung ab; man beſorgte im kaiſerlichen Rathe, Alba, auf deſſen Ernennung Philipp beſtand, würde ein ſolches Experiment übel vermerken. Noch mehr auf die kaiſerlichen Miniſter als auf Karl ſelbſt wirkte der Schatten der künftigen Regierung ſchon beſtimmend ein. Auf Philipp gewöhnte man ſich ſchon jetzt mehr und mehr Rückſicht zu nehmen.

Gonzaga wurde es allmählich klar, daß von ſeiner italiſchen Machtſtellung nichts mehr zu retten war. Da kam er auf die Idee, gerade bei dem künftigen Herrſcher ſein Heil zu verſuchen. Formell lag ja damals auch die Sache ſo, daß Philipp als der Herrſcher von Mailand die letzte Entſcheidung über Gonzaga's Schickſal zu ſprechen hatte: ihm hatte Karl ausdrücklich dieſelbe zugeſchoben. Da man nun allgemein der Anſicht war, Philipp würde bei einem erfahrenen und gereiften Staatsmanne oder Kriegsfürſten in ſeiner jungen Regierung Anlehnung ſuchen, ſo ſchien Gonzaga die Ausſicht nicht übel, wenn er in der Nähe von Philipp's Perſon irgendeinen Poſten übernehmen könnte! Gonzaga bat daher[2] unter heißen Klagen über das ihm widerfahrene Unrecht und unter lebhafter Betheuerung ſeiner Ergebenheit, Karl möchte ihn dem Sohne an Alba's Stelle zum oberſten Hofmarſchall empfehlen. Dies Intermezzo hielt eine Weile noch den Abſchluß auf. Aber weder Philipp noch Alba waren Gonzaga's Wunſche geneigt. Alba behielt ſich vielmehr ausdrücklich die Rückkehr in ſein mittlerweile frei bleibendes

---

[1] Lo que se passo con el duque de Savoya — Consulta en Envers — Karl an Philipp vom 12. März 1555.

[2] Karl an Philipp, 21. März; Eraſſo an Philipp, 6. April; Eraſſo an Karl 14. April, 1555. Vgl. die venetianiſchen Berichte, bei Brown, Bd. VI, und die florentiner Nachrichten bei Ranke, „Deutſche Geſchichte“, V, 373 fg.

Hofamt vor. Gonzaga hatte ſich eventuell auch zur Vertretung Alba's in Neapel erboten; man ging nicht darauf ein. Ruy Gomez hätte allerdings Gonzaga nicht ungern in Philipp's Umgebung gezogen; aber eine hervorragende oder leitende Stellung ihm dort zu verſchaffen, lehnte auch er ab. Und in eine untergeordnete Stelle einzutreten weigerte ſich Gonzaga. Die nationalen Empfindungen aller Spanier an Philipp's Hofe hatten ſich mächtig gegen den Italiener geregt: ſeine letzte Ausſicht hatte ſich alſo im Frühjahr 1555 zerſchlagen. Die neue Regierung machte es ihm bald begreiflich, daß ſie von ſeinen Talenten und ſeinen Erfahrungen keinen Gebrauch zu machen beabſichtigte; im April theilte Craſſo ihm mündlich ſein Schickſal mit.

Der einzige Troſt, den man ihm ließ, war die Zuſage, ſeine mailänder Gegner zur Verantwortung zu ziehen oder wenigſtens ihnen den Unwillen des Herrſchers auszuſprechen. Aber auch dies kam ganz anders. Sobald Alba die Verwaltung Mailands angetreten, beförderte er jenen Francisco Ybarra, den leidenſchaftlichen Verfolger Gonzaga's. Und Karl, ſo entrüſtet er ſich darüber äußerte, vermochte an dem Entſchluſſe und dem Verfahren Alba's nichts mehr zu ändern.

Am 14. April unterzeichnete Philipp in Hamptoncourt das Patent, durch welches er Alba die Regierung von Neapel und Mailand und den Oberbefehl über alle Truppen in Italien übertrug.[1] Alba erhielt die volle Macht, alles zu thun oder zu

---

[1] Das Original des für Alba ausgeſtellten Patentes (d. d. Hamptoncourt, 14. April 1555) hatte ich Gelegenheit in dem Familienarchiv der Herzoge von Alba y Liria in Madrid einzuſehen. Ich notire aus demſelben hier die eigenthümliche Motivirung: „Quum multum referre arbitremur reque ipsa compertum sit quantum reipublicae intersit quinam viri eius administrationi praeficientur, quod hac in re non sine ingenti subditorum periclo ac detrimento peccatur civiumque commodis persaepe non bene consultum videmus, praesertim cum res judicio non geritur neque muneribus homines sed munera hominibus delinquuntur: hac nimirum ratione ducti etc.

Digitized by Google

verfügen, was Philipp, wenn er in Italien anweſend wäre, ſelbſt thun oder verfügen konnte. So ehrenvoll wie möglich war Alba's Auftrag geſtaltet; und einen außergewöhnlich hohen Gehalt hatte man ihm ebenfalls ausgeſetzt.

Alba nahm ſeinen Weg über die Niederlande. Hier hatte er Gelegenheit, mit Kaiſer Karl und den Staatsmännern ſeiner Umgebung, mit Granvelle und Eraſſo und Diego Vargas, mit der Regentin der Niederlande die geſammte europäiſche Lage und den Gang der Dinge in Italien zu beſprechen. Sein Eintritt in Italien bezeichnet in der That eine neue Phaſe im Verhältniß von Italien und Spanien.

Ich hob ſchon mehrmals hervor, daß es der Tradition und den Intereſſen der ſpaniſchen Politik entſprach, Spaniens Machtſtellung in Italien zu befeſtigen und zu verſtärken und wenn möglich den Beſitz Spaniens an italiſchen Provinzen zu vermehren. Mit feſtem Griff glaubte man damals durch Alba's Hand Mailand und Neapel zu erfaſſen. Soeben hatte am 17. April 1555, von den Truppen des Marcheſe de Marignano ſeit mehr als Jahresfriſt bedrängt, Siena capitulirt; die Trümmer des Freiſtaates behaupteten ſich noch einige Zeit in Montalcino, aber Siena ſelbſt war unterworfen. Man erwog, wie man deſſelben ſich dauernd verſichern könnte.[1] Der Kaiſer hatte ſchon ſein früheres Privilegium zu Gunſten Philipp's dahin erweitert, daß Philipp das Reichsvicariat in Siena auch durch einen Stellvertreter ſollte ausüben dürfen. Mit der Verwaltung von Siena wurde damals Alba's Vetter Francisco de Toledo beauftragt. In dieſer Zeit aber verlangte in Brüſſel Herzog Alba, daß ihm die dauernde Oberaufſicht über Siena gegeben würde, mit dem Rechte, in Siena einen Eid des Gehorſams zu fordern, mit der Befugniß der Beamtenernennung, der Tributerhebung u. dgl. Im kaiſerlichen Rath ſtieß dieſes Verlangen auf Bedenken; denn eine Abtrennung Sienas vom Kaiſerreiche ſchien

[1] Karl's neues Patent über das Vicariat in Siena, 17. April 1555. Philipp's Schreiben an Karl, 22. Mai; Gutachten Granvelle's, 5. Juni; Karl's Antwort, 16. Juni; Karl's Inſtruction für Eraſſo (Juli) 1555. Vgl. auch „Papiers d'état“, IV, 436, 456.

Digitized by Google

doch damit eingeleitet zu werden, und Siena einfach dem ſpaniſchen Beſitz anzugliedern konnte man ſich nicht recht entſchließen. Der Kaiſer meinte Anfang Juli, er wolle ſeine Entſcheidung bis zur mündlichen Erörterung mit ſeinem Sohne vertagen: dann würden ſie auch in der ganzen immer noch nicht definitiv ausgetragenen Zukunftsfrage der Kaiſerwürde ſich entſchließen müſſen.

Zu den Anhängern des Kaiſers und Spaniens zählten jedenfalls Genua und Mantua und Florenz. Mit ihnen hatte Alba gute Beziehungen zu pflegen. Sofort nach ſeiner Ankunft in Italien traf er mit dem Florentiner zweckmäßige Vereinbarungen; durch den Agenten Francisco de Pacheco kam Alba zu Florenz in recht intime Beziehungen. Herzog Coſimo hatte ſich im ſieneſer Kriege nützlich erwieſen; ſeines Herzens Wunſch war die Annexion Sienas an ſeinen Beſitz. Verhandlungen führte er darüber in ſehr vorſichtiger Weiſe, welche endlich im Sommer 1557 ihm die Gewährung ſeines Wunſches einbrachten.[1] Alba ließ ſich auch auf Verſuche ein, den Herzog von Urbino dem Dienſte ſeines Königs zu gewinnen.

Damals näherte ſich Ferrara, das bisher im Gefolge franzöſiſcher Politik exiſtirt hatte, dem ſavoyiſchen Prinzen, den man durch die Ablehnung ſeines mailänder Angebots für verletzt und gekränkt hielt; der Verſucher von Ferrara ſuchte Savoyen von Karl abzuziehen und eine italieniſche Erhebung gegen die ſpaniſche Herrſchaft anzuzetteln. Prinz Philibert aber beeilte ſich, Granvelle dieſe Eröffnungen ſofort vorzulegen; und Granvelle lobte des fürſtlichen Jünglings Treue und Standhaftigkeit.[2] Die vertriebene ſavoyiſche Dynaſtie hatte in der That von dem Kaiſer allein die Herſtellung in ihren frühern Beſitz zu erhoffen;

---

[1] Philipp's Unterhändler war Juan de Figueroa, Aufträge vom 17. März und 2. Juni 1557 — Vertrag vom 3. Juli, Bericht Figueroa's über Coſimo's noch über den Vertrag hinausgehende Zuſagen vom 2. Auguſt 1557.

[2] Herzog von Savoyen an Granvelle, 17. Mai, und Granvelle an den Kaiſer, 3. Juni 1555. Vgl. die Schreiben Granvelle's in „Miscellanea di storia italiana“, XIX (1880), S. 450 fg.

Digitized by Google

ihr Intereſſe hielt ſie bis zum Friedensſchluß bei der ſpaniſchen Seite.

Die Verſuche der Farneſes, in Karl's Gunſt zurückzutreten, hatten übrigens ſeit dem Sturze Gonzaga's günſtigern Boden getroffen.[1] Es konnte auch nicht bedeutungslos ſein, daß von den farneſiſchen Brüdern einer, Ottavio, des Kaiſers Schwiegerſohn war, und der andere, Cardinal Aleſſandro Farneſe, es gerathen fand, in den Parteiwirren des päpſtlichen Hofes Anſchluß und Rückhalt bei der kaiſerlichen Partei zu ſuchen. Schon im November 1554 hatte ſich der einflußreiche und hochgeſchätzte Cardinal Morone zugleich an Alba und an Granvelle gewendet und Vorſchläge über den Rücktritt Ottavio's in den kaiſerlichen Dienſt gemacht: Vorausſetzung ſollte dabei allerdings die Rückgabe Piacenzas ſein; von dieſer Bedingung, an welcher früher ſtets der Austauſch geſcheitert, wollte man nicht abgehen, oder höchſtens den Austauſch mit Siena für zuläſſig halten. Dafür erbot Ottavio ſich ſpaniſche Beſatzungen in einzelne Plätze aufzunehmen und ſeinen Sohn als Pfand ſeiner Treue an Philipp's Hof zu ſchicken. Nun ſah Philipp dieſe Frage von vornherein ganz anders an, als ſie bisher behandelt war: ihm lag der Schwerpunkt darin, daß es dringend nothwendig wäre, die Farneſes zu Dienern und Stützen ſeiner italiſchen Politik ſich zu gewinnen. Wohl wünſchte er Parma und Piacenza mit Mailand zu vereinigen; er wollte zunächſt einen neuen Verſuch angeſtellt haben, ob Ottavio ſich ohne die Rückgabe von Piacenza gewinnen laſſe; aber er wollte doch nicht darauf beſtehen und daran die Frage nicht zum Scheitern bringen. Nach dieſem Geſichtspunkt begann Alba durch Francisco de Toledo neue Erörterungen und Verhandlungen mit Ottavio; ſie haben ſich noch lange hingezogen; aber das Endergebniß war doch, daß Philipp nachgab und nach Ottavio's Wünſchen ein enges Bündniß mit demſelben abſchloß (15. und 22. September 1556).

---

[1] Morone's Relation, 2. November 1554; Karl an Philipp, 15. November; Philipp an Karl, 6. December 1554; Karl an Morone 31. December 1554; Karl an Philipp, 12. Januar 1555.

Digitized by Google

Herzog Alba verſtand es, in Italien binnen kurzer Zeit Ordnung zu ſchaffen. In Neapel ging ihm der ſpaniſche Admiral Bernardino de Mendoza an die Hand. Mit Doria einigte er ſich über die nächſten Schritte. Er verproviantirte und ſetzte die feſten Plätze Italiens in guten Stand; entſchloſſen, zu kräftiger Action gegen die Franzoſen und Franzoſenfreunde zu ſchreiten. Aber ehe es dazu gekommen, brach plötzlich ein Wetter gegen die ſpaniſche Stellung in Italien los, auf das man nicht gefaßt war und nicht hatte gefaßt ſein können.

Auf den päpſtlichen Stuhl war am 23. Mai dieſes Jahres der alte Cardinal Caraffa erhoben — Papſt Paul IV. Er war ein ebenſo eifriger Anwalt und Vorkämpfer der katholiſchen Reformationstendenzen, als ein leidenſchaftlicher Haſſer Spaniens und des Kaiſers: ſo war ihm mit Recht die kaiſerliche Excluſion im Conclave ertheilt; aber nichtsdeſtoweniger war er gerade wegen ſeines religiöſen Eifers gewählt worden. Es war eine gewaltige, weithin fühlbare Niederlage der kaiſerlichen Politik. Juan Manrique, der ſehr tief ſein Misgeſchick fühlte, verlangte ſofort den Schauplatz ſeines Unglücks verlaſſen zu dürfen[1]; er beklagte den Mangel an Disciplin und den Eigenſinn der kaiſerlichen Cardinäle. Es ſoll hier nicht unterſucht werden, wie weit ſeine ſehr perſönlich zugeſpitzten Bemerkungen das Richtige treffen und wie weit der kaiſerlichen Vertretung in Rom ſelbſt Ungeſchicklichkeit nachzuſagen iſt.

Der Friede mit dem neuen Papſt dauerte nicht lange. Schon im Sommer 1555 erhoben ſich perſönliche und diplomatiſche Plänkeleien.[2] Der neue Vertreter in Rom, Don Fernando Ruiz de Caſtro, Marques von Sarria, gerieth in Streit mit Paul und ſeinen Verwandten. Schon im Auguſt meinte

[1] Manrique an Karl, 24. Mai 1555.

[2] Die römiſchen Händel ſind im Detail zu verfolgen ebenſo in den Berichten des Venetianers Navagero (Brown, Bd. VI), aus denen ich nach einer in Madrid befindlichen Abſchrift mir Excerpte genommen habe, als auch in den Depeſchen Sarria's, vom 21. Juli 1555 ab. (Simancas.) Hier gehe ich nicht weiter darauf ein.

Digitized by Google

Alba, das Beſte wäre, den Geſandten aus Rom abzuberufen und ganz deutlich mit dem Papſte zu ſprechen.[1] Eine gefährliche Verwickelung zwiſchen dem ſpaniſchen Könige und dem Papſte ſpann ſich an, deren Einfluß auf die franzöſiſchen Kriegsereigniſſe ſehr hoch anzuſchlagen, deren Ausgang noch gar nicht abzuſehen war. Düſter umnebelt war der Horizont, als Philipp von dem Vater die ganze Regierungsgewalt übertragen erhielt.

## IV.

Im Herbſt 1555 hatte Kaiſer Karl endlich dem Ziele ſeiner langjährigen Wünſche ſich ſo weit genähert, daß er den Reſt der Länder, deren oberſte Verwaltung noch in ſeiner Hand ruhte, dem Sohne abzutreten im Stande war. Es handelte ſich noch um die Niederlande, um die ſpaniſchen Kronen, um die Kaiſerwürde des Deutſchen Reiches. Im September ſollten eingehende Berathungen im engſten Familienkreiſe und gründliche Erörterungen mit den vertrauteſten Staatsmännern der Geſammtmonarchie ſtattfinden, um die nöthigen Einleitungen und Vorbereitungen zum endgültigen Abſchluß zu treffen.

Zu dieſem Zwecke kam Philipp aus England herbei. Mit Genugthuung konnte damals der Achtundzwanzigjährige auf die in England abgelegte Probe ſeiner politiſchen Tüchtigkeit zurückblicken; es war ihm die Unterwerfung des ketzeriſchen England geglückt; er hatte ſich in recht ſchwierige Verhältniſſe mit gutem Erfolge geſchickt; er hatte in einem fremden und ſchwer zu behandelnden Volke Fuß gefaßt. Nicht ohne Grund verglich man damals ſeinen engliſchen Triumph mit dem theuer und heiß errungenen Siege Karl's über die deutſchen Proteſtanten. Daß übrigens Philipp's Ruhm in England nicht ſicherer und dauerhafter begründet war als der Siegesglanz des Kaiſers in Deutſchland, das hat erſt die nächſte Folgezeit den länger lebenden Zeitgenoſſen enthüllt: damals war Karl's und Philipp's Freude eine berechtigte.

[1] Alba an Vargas, 30. Auguſt 1555.

Digitized by Google

Der junge Fürſt hatte in derſelben Zeit auch ſchon die Leitung Italiens übernommen. Wir haben verfolgt, wie ſich allmählich die Eigenart ſeiner Methode und ſeiner Ziele auf italiſchem Boden entwickelte. Er hatte allmählich die Organe des Herrſcherwillens dort gewechſelt, an die Stelle der Diener ſeines Vaters ſeine Freunde und Geſinnungsgenoſſen geſetzt. In Neapel und Mailand beſaß er die zwei feſten Säulen ſeiner italiſchen Herrſchaft. Wenn nun Karl's Miniſter noch andere Fürſtenthümer hinzuzuziehen ſich angeſtrengt, ſo ging Philipp's Regiment, wie wir geſehen haben, darauf aus, in friedlichen und freundlichen Verhältniſſen zu den Kleinfürſten Italiens zu ſtehen. Zur Herſtellung guter Nachbarſchaft war er ſogar im Stande den kleinen Herren Conceſſionen zu gewähren. Genua und Florenz und Parma und Mantua band er auf dieſe Weiſe an ſeine Gefolgſchaft; ſie wurden nicht von Spanien beherrſcht, aber ſie lebten unter ſpaniſchem Einfluß.

Es war ſicherlich kein ganz unerfahrener, politiſch unreifer Fürſt, der damals die Regierung des väterlichen Reiches antrat. Mit Ehren hatte er ſeine Lehrjahre hinter ſich gebracht: man durfte mit einigem Vertrauen ihm entgegenkommen.

Wir haben erzählt, daß Philipp einſt den Anſpruch erhoben, auch in dem Deutſchen Kaiſerthum ſeines Vaters Nachfolger zu werden. Wahrſcheinlich hatte Alba's Ehrgeiz ihn dazu vermocht. Und trotz des Fehlſchlagens der auf das Kaiſerthum gerichteten Bemühungen, trotz der üblen Folgen, die gerade das ſpaniſche Succeſſionsproject in Deutſchland hervorgerufen hatte, beharrte Prinz Philipp noch eine Zeit lang auf ſeinem Wunſche. Aber im Sommer 1555, als Alba aus ſeiner Nähe geſchieden, um die Leitung Italiens zu übernehmen, da zog Philipp ganz deutlich und unzweideutig ſich von ſeinen Kaiſerabſichten zurück. Er folgte hierbei dem Rathſchlage ſeines Freundes Ruy Gomez.[1] Als derſelbe im Auguſt, kurz vor

[1] Inſtruction für Luis de Venegas 26. Auguſt 1555; Gutachten des Ruy Gomez, 14. Auguſt, und auf Grund deſſelben Nebeninſtruction für Luis de Venegas. — An anderer Stelle komme ich

Digitized by Google

Philipp's eigener Anweſenheit, ſich in Brüſſel aufhielt, brachte er es dahin, daß Luis Venegas, der zu König Ferdinand und Erzherzog Maximilian mit verſchiedenen auf perſönliche Verhältniſſe bezüglichen Aufträgen geſchickt wurde, den deutſchen Verwandten die Erklärung und Verſicherung Philipp's vorzutragen inſtruirt wurde, Philipp habe definitiv auf das Kaiſerthum verzichtet und würde Maximilians Wahl zum römiſchen Könige nach Kräften fördern.

Man kann in dieſem Acte einen Rückzug der ſpaniſchen Politik erkennen. Aber man muß beachten, daß ſchon 1551 das Intereſſe des Spaniers an der Kaiſerkrone in der Hauptſache durch die Abſicht motivirt war, die Verfügung über Italien auf dieſem Wege in der Zukunft ſich zu ſichern. Und wenn man im Herbſt 1555 das Kaiſerproject aufgab, ſo ging dabei Philipp's Gedanke keineswegs dahin, auch auf die Leitung Italiens zu verzichten. Das ſpaniſche Reichsvicariat in Italien war vielmehr eine politiſche Idee, an welcher Philipp und Karl mit Zähigkeit feſthielten.

Karl ſtand damals im Begriff, der Reihe nach die Regierung ſeiner einzelnen Länder niederzulegen. Schon ſeit mehrern Jahren hatte er die deutſchen Angelegenheiten ſeinem Bruder, dem römiſchen König Ferdinand, überlaſſen. Es tagten gerade damals die deutſchen Reichsſtände in Augsburg; aus ihren Berathungen ging im September 1555 der Religionsfriede hervor, — ein deutſches Reichsgeſetz, das Karl aus tiefſtem Herzen verabſcheute. Karl beeilte ſich, als er den bevorſtehenden Schluß der augsburger Verſammlung erfuhr, dem Bruder mit Beſchleunigung die Bitte auszuſprechen, den Reichstag noch verſammelt zu halten; er beabſichtigte noch eine wichtige Mittheilung zu machen. Aber Karl's Eilbote traf doch um wenige Stunden zu ſpät in Augsburg ein; und Ferdinand beſchwor den Bruder dringend und wiederholt, die Abdankung von dem Kaiſerthum einſtweilen noch hinauszuſchieben. Ferdinand war augenſchein-

auf die Entwickelung der Beziehungen zwiſchen Philipp und den deutſchen Habsburgern noch einmal ausführlicher zurück.

lich nicht beſonders eifrig oder beſonders eilig, der ihm zugedachten Erhöhung ſeiner Stellung theilhaftig zu werden.

Ich berühre hier einen Punkt, der mir bisher nicht hinlänglich aufgeklärt zu ſein ſcheint. Was war der eigentliche Grund des Widerſpruches, den König Ferdinand gegen Karl's Niederlegung der Kaiſerkrone erhob und hartnäckig aufrecht hielt? Das wußte er doch hinlänglich, daß von Karl's Seite ſeine Nachfolge im Kaiſerthum nicht beſtritten wurde, daß ſelbſt Maximilian's ſpätere Königswahl nicht mehr durch Philipp's Abſichten durchkreuzt werden ſollte. Mir ſcheint, daß Ferdinand's Sträuben nicht in Beſorgniß oder Beunruhigung durch ehrgeizige Projecte Philipp's in Beziehung auf die deutſche Kaiſerkrone wurzelte, wohl aber ſcheinen Forderungen oder Bedingungen, oder Vorbehalte anderer Natur von Karl und Philipp geltend gemacht worden zu ſein.[1] Und alle Wahrſcheinlichkeit ſpricht dafür, daß Karl, indem er Deutſchland ganz und unbedingt an Ferdinand abtrat, zu gleicher Zeit die Ausübung der kaiſerlichen Rechte über Italien nicht dem römiſchen König, ſondern vielmehr ſeinem Sohne Philipp zu übergeben wünſchte. Dazu aber war Ferdinand's Zuſtimmung nöthig; nicht nur weil der römiſche König der natürliche Vertreter des Kaiſers war, ſondern auch weil Karl und Philipp wünſchen mußten, die jetzt zu treffende Einrichtung auch auf die Regierungszeit Ferdinand's auszudehnen, d. h. die 1551 in Augsburg vereinbarten Stipulationen wirklich zur Ausführung zu bringen.

---

[1] Der Briefwechſel der Souveräne, gedruckt bei Lanz, Bd. III, und in „Col. de docum. in.", Bd. II, reicht zur Aufklärung der Sachlage nicht aus; ich konnte ihn noch durch archivaliſche Studien vermehren; aber zweifellos klar wird auch ſo die Sache noch nicht. Eine ſehr werthvolle Hülfe bieten deshalb die Mittheilungen des venetianiſchen Geſandten am brüſſeler Hofe, Badoero, von 1555 und 1556. Bekannt iſt ſeine ſehr inſtructive Relazion von 1557 (Alberi, I, 175—330); aus ſeinen Depeſchen gibt Brown, Bd. VI, Auszüge (leider nur ſelten im originalen Wortlaut, auf den hier alles ankommt). Ich werde das einzelne, wie geſagt, demnächſt noch ausführen und belegen.



Digitized by Google

Außerordentlich ſchwierig war es, die Zuſtimmung Ferdinand's zu erlangen. Briefe und Boten gingen darüber hin und her. Zuletzt mußte Karl doch handeln, ohne des Bruders ſich vergewiſſert zu haben. Und in der Zukunft zerging das Ergebniß ſeines Willens nur zu bald wieder zu körperloſem Dunſt.

Seit dem 8. September war Philipp in Brüſſel; angeſtrengt arbeiteten Vater und Sohn miteinander; mehrere Stunden lang dauerten täglich die Conferenzen. Man hatte ſehr gründlich das Verhältniß zum Papſt zu erwägen.[1] Paul's Feindſchaft war eine ausgemachte Thatſache; ſie einzudämmen ſah man verſchiedene Wege vor ſich, einen ſchroffern, der unmittelbar zum Bruche führte, und einen gelindern, der zum Bruche erſt ſchritt, nachdem alle andern Mittel erſchöpft wären. Man wählte das letztere Verfahren, aber man verhehlte ſich keineswegs das vorauszuſehende Ende eines ernſtlichen Conflicts mit dem Papſte.

Im Frühjahr 1555 waren unter Vermittelung der Engländer und des Cardinals Pole Verhandlungen eines franzöſiſch-kaiſerlichen Friedenscongreſſes in Marcq bei Calais geführt worden: unverſöhnlich aber ſtanden ſich noch immer die Anſprüche der Parteien gegenüber. Der franzöſiſche Krieg ſchleppte im Sommer und Herbſt 1555 ſich daher weiter fort. Und doch waren die Momente, die auf habsburgiſcher Seite für den Frieden ſprachen, bedeutungsſchwer und legten immer ſchwerer ihr Gewicht in die Wagſchale der Entſchließungen. Philipp, der ſich der ganzen Verantwortung, die jetzt auf ſeine Schultern gelegt werden ſollte, durchaus bewußt war, meinte: entweder Krieg oder Friede müſſe man zu haben ſuchen; der in letzter Zeit dauernde Zuſtand der Ungewißheit und Halbheit müſſe jedenfalls beendigt werden[2]; er drängte damals zu einer beſtimmten Entſcheidung.

[1] Ein ſehr wichtiges Document hat die Aufſchrift: „Los puntos que se tractaron y resolvieron en consejo destado para despachar a Roma y Italia, consultados con sus mayesdades en Brusselas ultimo de Setiembre 1555.“ Eine ähnliche Conſulta liegt vor aus dem October.

[2] Philipp an ſeine Schweſter Juana, 25. October 1555, eigenhändig: „Por lo que ha escripto y escrive el emperador mi

Am 21. October legte Karl die Großmeiſterwürde des Ordens vom Goldenen Vlies nieder. An ſeine Stelle wählten die Ritter den König Philipp. Am 25. October entſagte Karl der Herrſchaft über die Niederlande. Oft geſchildert iſt die großartige und ergreifende Scene der Abdankung.[1] Karl nahm perſönlich Abſchied von ſeinen Unterthanen, indem er ihnen Philipp vorſtellte und empfahl. Philipp verhielt ſich ſehr reſervirt; ſeine Unfähigkeit, fließend franzöſiſch zu ſprechen, zwang ihn ſich bei ſeinen Verſicherungen der Hülfe Granvelles zu bedienen. Schmerzlich empfand man, daß auch die bisherige Regentin, des Kaiſers Schweſter, die Königin Maria, ihren Rücktritt ankündigte; ſchon ſeit mehrern Jahren hatte ſie ihn verlangt; jetzt wurde er ihr zutheil. Man hatte ſchon mehrfach davon geſprochen, die Verwaltung dieſer Provinzen dem jungen ſavoyiſchen Prinzen Philibert Emanuel zu übertragen; — ſelbſtverſtändlich würde er lieber in die Regierung ſeines Heimatslandes zurückgekehrt ſein, aber ſolange die Franzoſen daſſelbe nicht geräumt hatten, war auch der niederländiſche Poſten für ihn ſehr annehmbar;

---

señer vera v. a. en el termino que estan las cosas de Italia y aun las de aqui que su m. me renuncia oy. Son tan trabajosas que lo uno y lo otro me tiene en gran cuidado mayormente sabiendo como esta lo de alla y la dificuldad que ay en lo del dinero; pero ya su m. ha querido ponerme en esto y han de estar sobre mi cosas de tan gran peso y importancia donde va mi honor y reputacion; no puedo hazer menos de procurar el remedio y ir lo entreteniendo sin que se venga todo a perder hasta que se venga a la paz o se pueda hazer la guerra como se deve, porque mucho peor es consumirnos por la via que ahora se haze."

[1] Gleichzeitiger niederländiſcher Bericht, publicirt von Gachard in „Analectes belgiques", S. 75 fg.; ſpaniſche Relation in „Col. de doc. in.", VII, 534 fg., vgl. auch des engliſchen Geſandten Maſone Bericht bei Burgon, „Life of Thomas Gresham" (1839), I, 173 fg., und Badoero's Depeſche vom 26. October, Brown, VI, 221. Die Abdankungsurkunde in „Papiers d'état", IV, 486, vgl. Pontus Heuterus, „Rerum austriacarum libri" (1643), S. 336 fg., und Sandoval, II, 592 fg. Unter den neuern Darſtellern genügt es an Ranke, Mignet, Gachard, Prescott zu erinnern.

verpflichtete er ſich doch durch ſolche Dienſtleiſtung die kaiſerliche und jetzt auch die ſpaniſche Politik immer mehr zu dem gewünſchten Gegendienſte.

Es dauerte eine Weile, ehe der Act des 25. October die nothwendige Ergänzung erhielt. Die Herſtellung der für erforderlich gehaltenen Urkunden nahm einige Zeit in Anſpruch. Karl wurde von einem beſonders ſchweren Gichtanfall getroffen. Inzwiſchen kreuzten und verwirrten einander die beiderſeitigen Geſchäftsführungen von Vater und Sohn. Unter den Miniſtern, die Karl nahe ſtanden, und den Gehülfen Philipp's gab es manche Differenz und manchen Hader.[1] Es kam dazu, daß Ferdinand's Vorſtellungen gegen die Abdankungsabſicht Karl's nicht vollſtändig ohne Eindruck auf Karl's Sinn blieben; wenigſtens eine Vertagung des Projects, der Kaiſerkrone ſich zu entäußern, erzielte Ferdinand bei dem kaiſerlichen Bruder. Auch machten Ferdinand's und Philipp's Einwendungen gegen die ſofortige Abreiſe Karl's nach Spanien ihn wenigſtens eine Zeit lang ſchwankend: den augenblicklichem Aufſchub erzwang von ihm ſeine böſe Gicht. Schließlich aber vollzog ſich doch der Schlußact im politiſchen Leben des Kaiſers.

Am 16. Januar 1556 übertrug in Mitte einer Verſammlung der in Brüſſel anweſenden Spanier Karl die ſpaniſchen Länder an ſeinen Sohn.[2] Es gelangten drei Urkunden zur Verleſung: die Ceſſion der Krone Caſtilien und Leon mit allen Colonien und Nebenländern jenſeit des Oceans, ſodann die von Aragon mit ſeinen Provinzen und zuletzt auch die von Sicilien. In jener Verſammlung redete Karl in demſelben Sinne wie am 25. October; er entſchuldigte die lange Ver-

---

[1] Davon wiſſen der Venetianer und der Florentiner vielerlei zu erzählen (a. a. O.). Ich möchte warnen, gerade dieſem doch ſehr natürlichen Uebelſtande, der kaum vermeidbaren Folge des Uebergangsſtadiums allzu großes Gewicht beizulegen, wie es wol geſchehen iſt.

[2] Sepulveda, lib. 30, c. 20, 21 („Opera", II, 523—526), Sandoval, II, 603—606, Gachard, Einleitung, S. 111—115. Die Scenen in der Verſammlung erzählt Badoero 16. Januar 1556. (Brown, VI, 317—319.)

Digitized by Google

zögerung und betonte, daß er ſchon ſeit Jahren den Entſchluß der Abdankung gehegt habe. Er übergab auch dem Sohne ſein Teſtament und beſchwor ihn, genau alles, was er dort angeordnet, zur Ausführung zu bringen. Er richtete ebenſo an den Sohn wie an die verſammelten Großen Worte herzlicher Mahnung. Zuletzt erklärte Karl den Anweſenden, daß er jetzt nichts übrig behalten habe als die Kaiſerwürde; er würde die ihm aus derſelben erwachſenden Pflichten auch ferner ebenſo treu erfüllen, als er bisher gethan: ja, wenn die Deutſchen ihn beſſer gekannt hätten — fügte er hinzu — würden vielleicht die Zuſtände Deutſchlands beſſere ſein, als ſie jetzt ſeien!

An demſelben 16. Januar ſtellte Karl noch zwei andere Verleihungsurkunden ſeinem Sohne aus, die in jener Verſammlung nicht veröffentlicht wurden.[1] Die eine war eine Erneuerung des Reichsvicariats oder der Schutzherrſchaft über Siena, die er 1554 ihm, wie wir geſehen, übertragen hatte. Die andere enthielt in der That die Errichtung des Reichsvicariats über Italien zu Gunſten der ſpaniſchen Krone, über welche in letzter Zeit ſo viel geredet war. Aber weit über die eventuellen Verabredungen von 1551 ging Karl jetzt hinaus: er ernannte Philipp und ſeine Erben zu Vertretern des Kaiſers in Italien, ſowol für jetzt als für die Zukunft. Zwar hatte Karl die bleibende Trennung der Kaiſerwürde von der Krone Spanien zugegeben, aber dafür gedachte er jetzt aus Italien alle Reſte der alten Kaiſerrechte hinauszuſchieben und die oberſte Leitung Italiens dauernd mit dem ſpaniſchen Königthum zu verbinden.

Einſtweilen, ſolange Karl noch Kaiſer war, hatte es keine Schwierigkeit, durch Philipp den Einfluß auf Italien auszuüben. Ferdinand hatte kein Intereſſe, ſich dort einzumiſchen. Durch Alba beſorgte einſtweilen Philipp die italiſchen Geſchäfte. In der ſpätern Zeit dagegen wurde der ſpaniſche Anſpruch haltlos, ſolange nicht auch Ferdinand jenem Vicariat zugeſtimmt hatte. Ferdinand aber verweigerte feſt und conſequent ſeine Einwilligung, ebenſo 1556 wie 1558 und 1562.

---

[1] Beide erwähnten Urkunden im Archiv von Simancas.

Ein einziges kleines Territorium war damals noch nicht an Philipp übertragen: die Grafſchaft Burgund.[1] Für dies Ländchen exiſtirte vertragsmäßige Neutralität in den Kriegen zwiſchen Frankreich und Habsburg. Karl fürchtete bei einer Uebertragung Burgunds an Philipp während des franzöſiſchen Krieges dieſe Neutralität zu gefährden; erſt nach Eintritt der Waffenruhe ließ er daher dort Philipp's Regiment ſeinen Anfang nehmen. Man hat damals wol vermuthet, Karl beabſichtige ſeinem Schwiegerſohne Maximilian Burgund zu überlaſſen, und deshalb habe er die Abtretung hingehalten. Aber ein actenmäßiger Beweis ermangelt jener Vermuthung. Im Juni 1556 wurde Burgund dem Könige Philipp überantwortet.

Seit dem Januar 1556 ruhten die Geſchäfte des ganzen großen Reiches uneingeſchränkt in der Hand des jugendlichen Königs von Spanien. Den alten Kaiſer zog man höchſtens bei einzelnen Anläſſen noch zu Rathe. Die neue Regierung ging meiſtens ihren eigenen Weg.

Wir haben erwähnt, daß 1554 und 1555 in England Herzog Alba dem Könige zur Seite geſtanden, mit dem Anſpruch ausſchließlicher Berathung und Leitung. Doch war ihm damals ſchon das perſönliche Verhältniß Philipp's zu Ruy Gomez einſchränkend in den Weg getreten. Ruy Gomez hatte die Entfernung Alba's nach Italien gern geſehen und befördert in der Hoffnung, auf ehrenvolle Weiſe den ſtolzen und politiſch erfahrenen Herzog los zu werden. Alba's italiſche Miſſion war ein glänzendes Zeugniß des Vertrauens, welches man in ſeine politiſche Klugheit und Leiſtungsfähigkeit ſetzte; mit Eifer hatte Alba den Auftrag erſtrebt, aber er hielt ſich doch den Rücktritt in ſeine Stellung an Philipp's Seite offen. Die Zwiſchenzeit nutzte Ruy Gomez, noch feſter ſich in Philipp's Gunſt einzuniſten.

Ruy Gomez de Silva ſtammte aus portugieſiſcher Adelsfamilie; mit ſeinem Oheim, dem Hofmarſchall der Kaiſerin Iſa-

[1] Gachard, Einleitung, S. 116—118. Das Parlament in Dole war am 10. Juni 1556. — Vgl. die von Badoero berichteten Gerüchte, Brown, S. 319, 541, 544.

bella, war er nach Spanien gekommen, Page der Kaiſerin, nachher im Dienſt des Thronfolgers, deſſen Kammerherr er 1548 geworden. Er war ein ſchöner Mann, von gefälligen, liebenswürdigen Formen des Umganges und Verkehres, ſchon ſeit der Knabenzeit Philipp perſönlich lieb und werth. Mit den höchſten Gaben ſeiner Gunſt hatte ihn Philipp überſchüttet; mit einer der reichſten ſpaniſchen Damen hatte Philipp als Kronprinz ſelbſt ihm die Verlobung und frühe Heirath vermittelt; zu perſönlich wichtigen und vertraulichen Angelegenheiten hatte Philipp ihn mit Vorliebe benutzt; als Mittler zwiſchen Vater und Sohn war Ruy Gomez hin- und hergeſchickt worden. Zwar war dem Kaiſer Ende 1554 verſichert worden, trotz aller Gunſt Philipp's würde Ruy Gomez ſich um die Staatsgeſchäfte nicht bekümmern. Doch blieb es nicht aus, daß des Monarchen Liebling mehr und mehr ſich mit ihnen abgab. Aber eigentlich politiſche Schulung und geſchäftliche Erfahrung ging ihm ſo gut wie ganz ab. Im Alter von etwa 38 oder 39 Jahren hatte Ruy Gomez noch wenig Einblick oder Verſtändniß für die Verhältniſſe und Aufgaben der hohen Politik ſich erworben. An eine feſte Methode oder an Selbſtändigkeit politiſchen Urtheils war bei ihm noch gar nicht zu denken.

So war die Perſönlichkeit beſchaffen, in deren Hände damals die Geſchäfte der Regierung fielen. Ein perſönlicher Günſtling des neuen Herrſchers, ein liebenswürdiger Höfling, aber kein Staatsmann — ſo trat Ruy Gomez in die Stelle der erfahrenen und erprobten Miniſter Karl's V. ein.[1]

Der Favoritminiſter ſelbſt hatte übrigens ein Gefühl davon, daß er zur alleinigen Leitung der Geſchäfte nicht hinlänglich fähig; er ſorgte dafür, daß ein Staatsrath gebildet, daß ihm eine Anzahl anderer Politiker zur Seite geſetzt wurde. Das

[1] Die Berichte Badoero's geben ein gutes Bild von den verſchiedenen Perſönlichkeiten am Hofe Philipp's und den verſchiedenen Strömungen und Gegenſätzen. Die Relazion Badoero's faßt in ſehr lehrreicher Weiſe das Einzelne zuſammen. Ich benutzte außerdem noch verſchiedene Briefe von Granvelle, Gomez, Eraſſo, Gonzalo Perez, Diego de Vargas und Juan Manrique.

Digitized by Google

neue Collegium beſtand aus ſechs Perſonen, neben Ruy Gomez Granvelle, ſodann zwei junge, bisher noch verdienſtloſe Freunde Philipp's, Graf von Feria und Don Antonio de Toledo, und zwei geſchulte Beamte, Don Bernardino de Mendoza, der einen Theil der ſpaniſchen Seemacht befehligt und dann an der Spitze Neapels kurze Zeit unter Alba geſtanden, und jener Don Juan Manrique de Lara, der im Sommer 1555, als Alba nach Italien ging, ſeinen römiſchen Poſten aufgab; gerade ihn hatte Ruy Gomez herbeigerufen, um in ihm einen in europäiſcher Diplomatie bewanderten Gehülfen zu haben.

Der erfahrenſte Staatsmann von allen war natürlich Granvelle, auf deſſen Schultern mehrere Jahre hindurch die Arbeitslaſt der Weltmonarchie geruht hatte. Sehr ſelbſtbewußt und anſpruchsvoll trat Granvelle den neuen Günſtlingen Philipp's entgegen. Schon bald bemerkte er, daß Philipp ihm nicht volles Vertrauen ſchenkte, daß man ohne ſeinen Rath wichtige Dinge erledigte. Granvelle ſelbſt begann ſich aus der erſten Reihe der leitenden Staatsmänner zurückzuziehen; er war klug genug, ſehr zeitig von ſeinem Ruhebedürfniß und ſeiner Sehnſucht nach wiſſenſchaftlichen Studien zu reden; er zog es vor, lieber abzudanken als abgedankt zu werden. Ihn vollſtändig zu entlaſſen war damals noch nicht möglich; zu ſehr bedurfte man noch ſeiner Kenntniß von Menſchen und Verhältniſſen; es ging nicht an, ihn nicht zu Rathe zu ziehen, wo es ſich um ſachlich begründete politiſche Information handelte. Aber allmählich ſchied man ihn aus; und allmählich entzog er ſich ſelbſt der Theilnahme an den Geſchäften.

Cardinal Pole hatte auch nach dem Fehlſchlagen ſeiner diplomatiſchen Intervention an dem Gedanken der Friedensſtiftung feſtgehalten. Im Januar 1556 ſchien plötzlich ihm ein Erfolg zu erblühen. Franzöſiſche und ſpaniſche Politiker traten in der Abtei Vaucelles bei Cambrai zuſammen. Noch einmal zeigte ſich in dieſen Berathungen die Unmöglichkeit oder doch eine im Augenblick unüberſteigliche Schwierigkeit, die ſtreitenden Intereſſen der Mächte auszugleichen oder zu verſöhnen. Aber auf beiden Seiten war das Bedürfniß des Friedens überwäl=

Digitized by Google

tigend. Man entſchloß ſich daher zu dem Auswege eines mehrjährigen Waffenſtillſtandes auf Grund des Statusquo. Granvelle äußerte laut ſeine Misbilligung der ſpaniſchen Zugeſtändniſſe; aber Ruy Gomez redete der Waffenruhe das Wort. Und Philipp war geneigt, ſeine Friedensliebe deutlich zu bethätigen. Selbſt Karl hieß den Abſchluß gut. So kam es zu dem Vertrage am 5. Februar 1556.

Es war eine Täuſchung, wenn man glaubte, den Anfang eines Friedens gewonnen zu haben. Haltung und Manöver des Papſtes zettelten bald neue Verwickelungen an, aus denen ſchon bald ein neuer franzöſiſcher Krieg in Italien und den Niederlanden entſprang. Ich verfolge dieſe Geſchichte hier nicht weiter.

Als Philipp Ende Auguſt 1555 von ſeiner engliſchen Gemahlin ſich verabſchiedet, hatte er ihr verſprochen bald nach England zurückzukehren. Verſchiedene Umſtände haben die Einlöſung des Wortes verhindert oder wenigſtens Philipp geeignete Motive dargeboten, ſein Nichtkommen zu entſchuldigen: zunächſt die Abdankungsacte, dann die Reiſeabſicht des Vaters, deren Verwirklichung immer vertagt wurde und damit auch Philipp ſtets neuen Anlaß zum Aufſchub ſeiner engliſchen Reiſe darbot. Endlich kam ein Abgeſandter Maria's, Lord Paget, nach Brüſſel, das eigentliche Motiv ſeines Fernbleibens zu ergründen. Maria ließ dem Gatten andeuten, ſie habe die Hoffnung auf einen Sohn noch gar nicht definitiv aufgegeben — wenn er, der Gatte, nur wieder zu ihr zurückkehren wollte! Man argwöhnte, Philipp ſei darüber verſtimmt, daß man ihn in England nicht zum Könige gekrönt hätte; man folgerte, damit würde er den Schein eines Anſpruches auf die engliſche Krone auch nach dem Tode der Gattin oder doch wenigſtens ein ſelbſtändiges Recht in England erhalten haben. Philipp verhieß im Frühjahr, er würde kommen, ſobald erſt der Beſuch ſeiner Schweſter und ſeines Schwagers, des Erzherzogs Maximilian, in Brüſſel ſtattgefunden hätte. Immer länger ſchob ſich die Sache hinaus.

An den Entſcheidungen des engliſchen Staatsrathes nahm übrigens Philipp auch abweſend Antheil; deſſen Gutachten und

Digitized by Google

Berichte wurden ihm vorgelegt; er gab ſeinen Rath und ſein Urtheil ab, das für Königin Maria maßgebend war.

Jener Familientag in Brüſſel dauerte vom 17. Juli bis 8. Auguſt 1556. Sein Ergebniß war nicht das erwünſchte: äußerlich that man ſehr freundlich, innerlich aber war die Entfremdung zwiſchen Max und Philipp noch gewachſen. Max hatte von Karl nichts anderes erreicht, als daß Karl die Niederlegung der Kaiſerwürde vollſtändig dem Ermeſſen Ferdinand's anheimgab. Unmittelbar vor ſeinem Abſchiede aus den Niederlanden unterzeichnete er, am 7. September 1556, die Vollmachten für die betreffenden Botſchafter.

Am 28. Auguſt nahm der alte Kaiſer in Gent Abſchied von dem Sohne; begleitet von ſeinen verwitweten Schweſtern Maria und Leonor begab er ſich nach Vliesſingen. Am 15. September ſtach er in See. Widrige Winde zwangen ihn noch einmal in den Hafen zurückzukehren. So konnte Philipp am 19. September dem Vater noch einen Beſuch auf ſeinem Schiffe abſtatten. Es war das letzte mal, daß die beiden in dieſem Leben ſich geſehen. An demſelben Tage fuhr die Flotte endgültig ab, die den weltmüden und hinfälligen Herrn der Welt nach Spanien brachte.

Die Lehrjahre ſeines Nachfolgers waren beendet. Nach ſeinen eigenen Geſichtspunkten leitete Philipp II. von da ab die Geſchäfte ſeiner Politik. Mehr und mehr enthüllte ſich die Eigenart ſeines Charakters und ſeiner Tendenzen.

---

Druck von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Digitized by Google

Digitized by Google